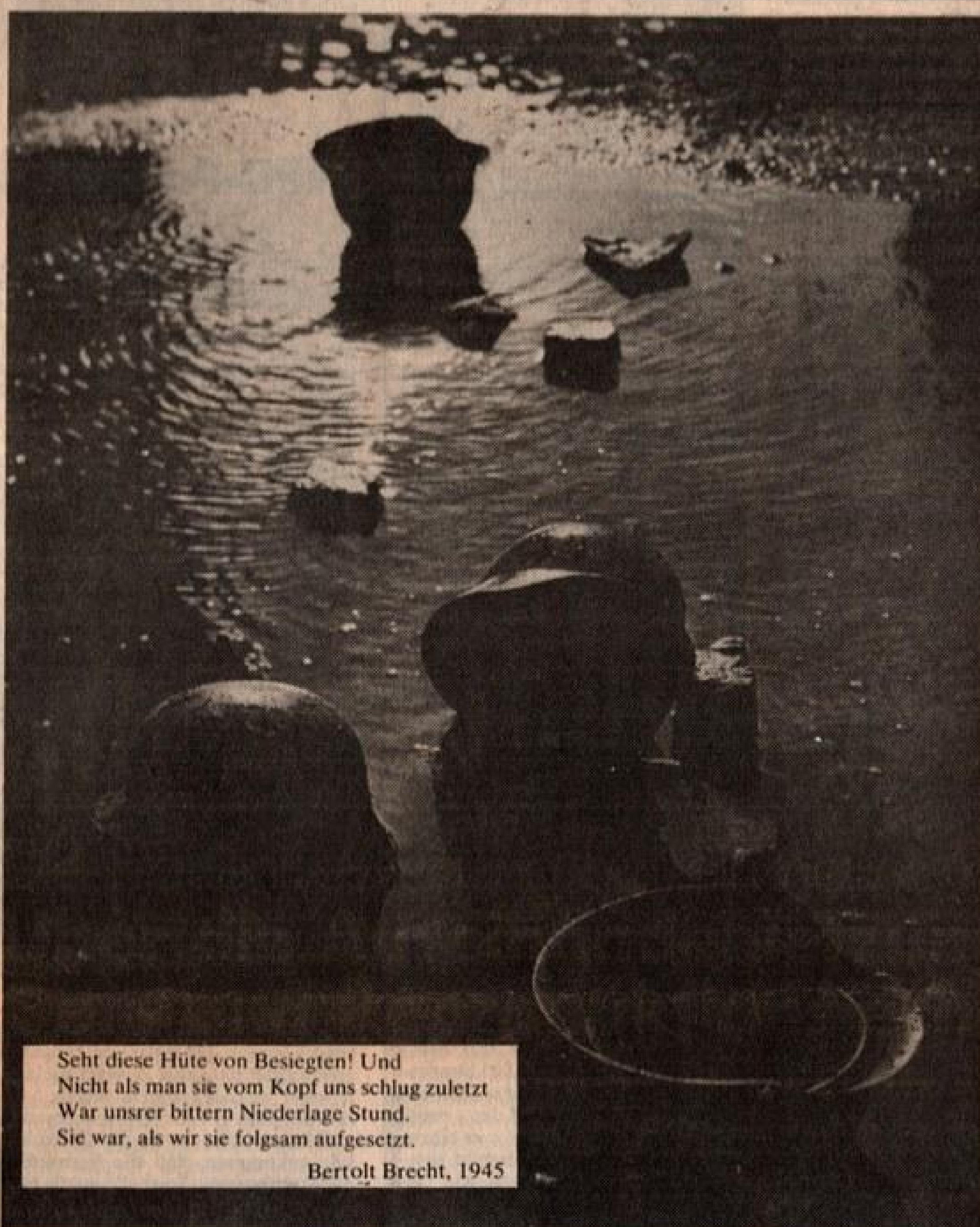


Vor 10 Jahren: 1. Mai — Saigon ist frei! — S. 30

Arbeiterkampf

Jg. 15, Nr. 258, 6. 5. 85 ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES 4 DM Förderpreis DM 5,- C 21734 E



Seht diese Hüte von Besiegten! Und
Nicht als man sie vom Kopf uns schlug zuletzt
War unsrer bittern Niederlage Stund.
Sie war, als wir sie folgsam aufgesetzt.

Bertolt Brecht, 1945

Bitburg: Im Westen nichts Neues

ÜBER ALLEN GRÄBERN IST RUH'

Still und nobel sollte alles laufen. Routinier Boenisch erklärte schon im Dezember: „In Ehrfurcht vor den Opfern, allen Opfern dieses Krieges, wollen wir den 8. Mai im stillen Gedenken begehen und für den Frieden von heute und morgen beten." („Spiegel", 24.12.84) Geradezu distinguiert unaufdringlich: „An einer solchen einseitigen, auf die Judenvernichtung anspielenden Optik eines solchen Besuches können wir nicht interessiert sein" (vertrauliches Papier des Auswärtigen Amtes vom 27.11.84).

Denn die Deutschen bestehen, wie auch Bundeskanzler Kohl scharfsinnig beobachtet hat, „*aus mehr als nur Bewußtsein. Sie haben auch Herz und Seele*" (Interview mit Kohl, „Time", 6.4.85). Nicht immer liegt Kohl daneben: 72% der Bundesbürger (94% in der CDU-Anhängerschaft, 57% in derjenigen von SPD und Grünen) sprachen sich für die noble Bitburger Ehrung von SS und Wehrmacht aus. 20% waren dagegen („FR", 29.4.).
Gefühl über alles. Willy Brandt hatte schon im Dezember davor gewarnt, am 8. Mai „*wieder tiefer in die alte Kiste reinzugreifen*". Im Interesse der heranwachsenden Generation solle der Jahrestag „*nicht dazu verführen, den einzelnen Menschen weismachen zu wollen, sie hätten das verbrochen*" („Spiegel", 24.12.84). „*Die SPD begrüße den amerikanischen Staatsbesuch wegen der freiheitlichen Tradition, der Lebenskraft, der weltweiten Verpflichtungen und des großen Beitrages zur Überwindung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, zum Wiederaufbau und zur Sicherung der Freiheit*", sagte der sozialdemokratische Fraktionschef Vogel („FAZ", 24.4.).

Fortsetzung Seite 3

25.000 in Bonn:

Radikale Minderheit wieder da?

Es wurde nicht der Gipfel der Harmonie von 1945 bis 85 (und schon gar nicht von 1941 bis 85), wie es sich Helmut Kohl und Ronald Reagan vorgestellt hatten. Abgesehen davon, daß die Regierungschefs der sieben führenden Industrienationen des Westens zwar im Luxus schwelgten ohne daß für ihre eigenen Probleme gemeinsame Lösungen auch nur in Sicht wären — wohl noch nie war eines dieser Treffen von derart heftigen Protesten begleitet. Sie richteten sich gegen die gigantische Kriegsrüstung und Interventionen in der „3. Welt", gegen Geschichtsverdrehung und Rehabilitierung der Nazivergangenheit.

Gegen den Bitburg-Gipfel gab es zahllose Proteste vor allem jüdischer Organistionen, die sich zu mehreren Tausenden sowohl in der Eifelstadt als auch in Bergen-Belsen versammelten, in Köln, Frankfurt und Hamburg demonstrierte die VVN. Ungezählt sind kleinere Manifestationen aller Art. Wie wichtig es war, daß in Bonn grüne, rote und schwarze Demonstranten zusammenkamen, um gegen die herrschende Ordnung der westlichen Welt, gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg, gegen Patriarchat und Sexismus zu protestieren, zeigte Reagans erste Amtshandlung nach seiner Ankunft, sein Bannstrahl gegen Nicaragua. Die Bonner Demonstration war beherrscht von Solidaritätsparolen mit Nicaragua, das durch einen Sprecher vertreten war. Allen Unkenrufen zum Trotz waren mehr Menschen gekommen als erwartet, die sich weder durch Demobilisierungsversuche sozialdemokratischer Wahlkämpfer, noch durch Einschüchterung und schließlich polizeiliche Brutalität beirren ließen. Während das bisherige Friedensbündis, der Koordinationsausschuß, gerade in dieser brisanten Situation in Agonie liegt, kam erstmals eine neue Aktionseinheit von den Grünen bis zu den Linksradikalen zum Tragen. Daß eine Aktion, die einmal ohne sozialdemokratischen Segen und Kontrolle ablief, die Polizei zum Ausflippen brachte, charakterisiert das tatsächliche Raue demokratische Klima in diesem Lande. Dennoch hat sich das frischgebackene Bündnis trotz aller Differenzen und Ängstlichkeiten beachtlich geschlagen. Wir sind die letzten, die zwischen „Breite" und „Radikalität" von Aktionen einen Widerspruch konstruieren würden. Aber: Lieber eine radikale Minderheit als eine schweigende Mehrheit. Das soll auch für die Zukunft gelten.

Fortsetzung auf Seite 4

Weltwirtschaftsgipfel

Konfrontation aufgeschoben

Wenig spektakulär ging der Weltwirtschaftsgipfel zu Ende. In der internationalen Presse wurde dieses Ereignis mehr mit dem Symbol „Bitburg Gipfel" und den damit zusammenhängenden Problemen als mit den Problemen der Weltwirtschaft identifiziert. Auch darin drückt sich aus, daß Treffen dieser Art nur noch wenig mit dem Versuch zu tun haben, die Politik der westlichen Industriestaaten aufeinander abzustimmen. In der Vermarktung dieser Treffen wird die Tatsache, daß die Regierungen der sieben mächtigsten Industriestaaten miteinander reden, zum Wert an sich.

Seit nunmehr zehn Jahren gibt es diese Weltwirtschaftsgipfel, und mit der Zeit zogen die Beteiligten mancherlei Konsequenz: Statt detaillierter Abschlußerklärungen mit Handlungsanweisungen an die einzelnen Regierungen werden heute nur noch allgemeine und unverbindliche Erklärungen verabschiedet. 1977 wurden z.B. in London die Raten des Wirtschaftswachstums festgelegt, die Japan, die USA und die BRD noch in dem gleichen Jahr erreichen sollten. Die Realität bewies natürlich, daß keine bürgerliche Regierung die reale Entwicklung der jeweiligen Volkswirtschaften planen kann, und so wirkte dieser Versuch im Nachhinein nur lächerlich.

Fortsetzung auf Seite 6

USA — Nicaragua

Vor dem Krieg das Embargo

Die USA haben eintotales Handelsembargo über Nicaragua verhängt. Als Vorwand dienten ihnen die zu engen Beziehungen Nicaraguas zur Sowjetunion und Cuba sowie die Verhaftung von angeblich nicaraguanischen Beratern der Guerilla in Honduras. Proteste vor der UNO, verlautbarte die US-Regierung, würden sie genausowenig beeindrucken, wie die Beschlüsse des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag, an den sich Nicaragua nach der Verminung seiner Häfen gewandt hatte.

Das jetzige Embargo bedeutet:
— Keine Abfertigung von nicaraguanischen Schiffen in den USA.
— Einstellung der Flüge der nationalen Fluglinie „Aeronica" zwischen Miami und Managua.
— Abzug der gesamten Ausrüstung für den Krabben- und Langustenfang, der einen Wert von 15-20 Mio. US-Dollar besitzt.
— Die bisherigen überwiegend agrarischen Exporte in die USA, ebenso wie die überwiegend industriellen und agrartechnologischen Importe aus den USA werden ab sofort untersagt.

Die USA kündigten an, daß sie das Embargo aufheben würden, wenn Nicaragua seine Beziehungen zur Sowjetunion und zu Cuba vollkommen abbrechen, seine angebliche militärische Unterstützung von Befreiungsbewegungen in Zentralamerika einstellen würde und im eigenen Land Pluralismus garantiere. Die Führung der FSLN sprach in einer ersten Stellungnahme zu dem Embargo von tiefgreifenden Auswirkungen auf die Wirtschaft. Da Nicaragua aber weder bereit sei, sich „vor Hunger zu ergeben" noch seine Grundsätze und Prinzipien aufzugeben, rief die nicaraguanische Regierung alle Länder der Welt, insbesondere die lateinamerikanischen, dazu auf, den Boykott zu durchbrechen.

Vor der Revolution war Nicaragua weitestgehend vom Handel mit den USA abhängig. Seit 1979 sinken die Exporte in die USA ständig von fast 200 Mio. US-Dollar auf unter 100 Mio. US-Dollar im letzten Jahr. Ihr Anteil am Gesamtexport Nicaraguas schrumpfte von 33% auf 17%. Die hauptsächlichen Exportartikel sind Bananen, Fleisch und Langusten. Für Bananen wurden neue Absatzmärkte in Ost- und Westeuropa erhofft. Von den Langusten gingen bisher 60% in die USA, 40% nach Kanada und Europa; sie sollen jetzt nach Japan, Frankreich, Italien und Spanien exportiert werden. Die Fleischexporte werden in Zukunft nach Kanada und — um im Austausch Öl einzukaufen — nach Mexiko durchgeführt.

Fortsetzung auf Seite 6

Trotz Atomwaffensperrvertrag:

Atombomben »Made in Germany«

Aufruf zu einer bundesweiten Konferenz anläßlich der 3. Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag

Seit nahezu 30 Jahren wird in der Öffentlichkeit die Illusion geschürt, die zivile Atomtechnik ließe sich von der militärischen eindeutig trennen. Tatsächlich wurden und werden auch in der Bundesrepublik mit der zivilen Atomenergie die technologischen Vorraussetzungen für eine militärische Nutzung der Atomenergie, einschließlich der Herstellung nuklearer Waffen, fortlaufend verbessert. Je deutlicher die ursprünglich gehegten energiepolitischen Hoffnungen in die Atomenergie verblassen, um so markanter kommt die militärische Seite dieser janusköpfigen Technologie zum Vorschein.
Im Ausland ist die dubiose Rolle der Bundesrepublik beim Umgang mit Atomwaffentechnologien spätestens seit dem Brasiliengeschäft von 1975 (u.a. Lieferverträge über Wiederaufarbeitungstechnik und Urananreicherungsanlage) wohl bekannt.
In der BRD selbst jedoch wurde dieser gesamte Themenbereich bis in die jüngste Vergangenheit hinein weitgehend tabuisiert.
Die von Unionspolitikern wiedereröffnete Diskussion über eine "Europäische Atomstreitmacht" unter Ausnutzung westeuropäischer Initiativen für eine "Europäische Union" und die aktuelle Kontroverse über die Hanauer Nuklearbetriebe und die Wiederaufbereitungsanlage (WAA) in Wackersdorf haben erstmals das Thema Proliferation (Weiterverbreitung von Atomwaffen durch zivile Atomtechnik) und die Aushöhlung des Atomwaffensperrvertrages durch die Bundesregierung zu einem Gegenstand der öffentlichen Auseinandersetzung gemacht.
Mit ihrem aktiven Eintreten für atomare Aufrüstung und gegen einen atomaren Teststop trägt die Bundesrepublik zudem Mitverantwortung für die Aushöhlung des Atomwaffensperrvertrages, der die Atomwaffenstaaten ausdrücklich zur Abrüstung verpflichtet.
Vor dem Hintergrund der im September 1985 in Genf stattfindenden 3. internationalen Atomwaffensperrvertrag-Überprüfungskonferenz * wollen wir zeitgleich mit einer bundesweiten Konferenz die Rolle der Bundesrepublik bei der Entwicklung und Weiterverbreitung von Atomwaffen in das Blickfeld der Öffentlichkeit rücken.

Die Bundesrepublik Deutschland hatte sich lange dagegen gewehrt, dem Atomwaffensperrvertrag beizutreten. 90 Unionspolitiker, darunter die heutigen Minister Wörner, Mertes und Zimmermann stimmten selbst noch 1974 im Bundestag gegen die Ratifizierung dieses Vertrages. Über einen offiziellen Vorbehalt bei der Ratifizierung hat sich die BRD ausdrücklich die Beteiligung an einer westeuropäischen Atomstreitmacht offengehalten.

Auch die Politik der diversen Bundesregierungen nach Beitritt zum Nichtverbreitungsvertrag läßt sich mit einer konsequenten Nichtverbreitungspolitik nicht in Einklang bringen:

– Warum liefert die Bundesrepublik seit 1975 Atomanlagen und/oder nukleare Komponenten überwiegend in Länder, die dem Atomwaffensperrvertrag nicht beigetreten sind und die militärische Option verfolgen (Brasilien, Argentinien, Südafrika u.a.) ?

– Welcher Zusammenhang besteht zwischen dem illegalen Uranabbau in Namibia, an dem auch die BRD beteiligt ist und dem Versuch, die Unabhängigkeit Namibias zu hintertreiben ?

– Warum beteiligt sich die Bundesrepublik derzeit an der Errichtung und Plutoniumbeschickung des Schnellen Brüters in Malville, für den auch eine militärische Verwendung im Rahmen der französischen Atomstreitmacht vorgesehen ist ?

– Welche militärischen Perspektiven ergeben sich für die Bundesrepublik aus dem Einstieg in die Plutoniumwirtschaft durch Schnelle Brüter und WAA ? Welche Perspektiven bestehen schon heute durch die geheimgehaltene Verwahrung waffenfähiger Rohstoffe in Hanau und wie ist vor diesem Hintergrund der geplante Ausbau der Hanauer Lagerstätten für hochangereichertes Uran und Plutonium zu bewerten ?

– Wie einflußreich sind die Kräfte in der BRD die eine "Westeuropäische Atomstreitmacht" mit bundesdeutscher Beteiligung oder eine nationale Atombewaffnung fordern ? Wird die Diskussion über eine Wiederbelebung der Westeuropäischen Union (WEU) als Vehikel für eine europäische Atomstreitmacht benutzt ? Welche Konsequenzen würde die Errichtung einer solchen Atomstreitmacht in Europa und im Hinblick auf die weltweite Kriegsgefahr haben ?

– Schafft sich die Bundesrepublik mit der Beteiligung an Weltraumprogrammen (deutsch- französisches Satellitenprogramm, Kooperation mit den USA (Krieg der Sterne)) u.a. eine Vorraussetzung für die gleichberechtigte Integration in die Reihen der Atommächte ?

– Steht die Entwicklung weitreichender Flugkörper durch die BRD in einem Zusammenhang mit Bestrebungen nach einer möglicherweise eigenen Atomstreitmacht und werden hierdurch Abrüstungsschritte in Westeuropa blockiert ?

würde die Errichtung einer solchen Atomstreitmacht in Europa und im Hinblick auf die weltweite Kriegsgefahr haben ?

– Schafft sich die Bundesrepublik mit der Beteiligung an Weltraumprogrammen (deutsch- französisches Satellitenprogramm, Kooperation mit den USA (Krieg der Sterne)) u.a. eine Vorraussetzung für die gleichberechtigte Integration in die Reihen der Atommächte ?

– Steht die Entwicklung weitreichender Flugkörper durch die BRD in einem Zusammenhang mit Bestrebungen nach einer möglicherweise eigenen Atomstreitmacht und werden hierdurch Abrüstungsschritte in Westeuropa blockiert ?

– Wie ist das Eintreten der Bundesregierung für die Stationierung von US- Mittelstreckenraketen, gegen die Einbeziehung der Nukleararsenale von Frankreich und Großbritannien in Abrüstungsverhandlungen und gegen einen Teststop für Atomwaffen im Zusammenhang mit der Abrüstungsverpflichtung des Atomwaffensperrvertages zu bewerten ?

– Warum will die Bundesregierung das völkerrechtliche Einsatzverbot von Massenvernichtungsmitteln gegen die Zivilbevölkerung durch eine sogenannten "Nuklearvorbehalt" einschränken ?

Über diese Fragen wurde bisher in der Bundesrepublik öffentlich kaum diskutiert. Soweit die Themen aufgegriffen wurden, geschah dies meist in isolierter Form – Anti- AKW- Bewegung, Dritte- Welt- Gruppen und Friedensbewegung betrachteten jeweils Teilaspekte, nicht den Gesamtzusammenhang.

Die Konferenz "Atomwaffensperrvertrag und Bundesrepublik Deutschland " wird daher vor allem zwei Funktionen erfüllen: Aufbrechen der Tabuisierung, Aufheben der Zersplitterung der Diskussion!
Vor dem Hintergrund der weltpolitischen Situation wird die Politik der Bundesrepublik analysiert werden. Wir brauchen Antworten auf die offenen Fragen, müssen zu einer gemeinsamen Einschätzung kommen – um dann gemeinsam gegen atomare Rüstung, gegen die Weiterverbreitung nuklearer Technologien und gegen das Atomprogramm in der Bundesrepublik vorgehen zu können.

* Im September 1985 kommen die Mitgliedstaaten des Atomwaffensperrvertrages in Genf zu einer großen internationalen Konferenz zusammen um über die Einhaltung und mögliche Verbesserung dieses Vertragswerkes zu beraten. Etwa 120 Nicht- Atomwaffenstaaten, darunter die Bundesrepublik, haben mit der Unterzeichnung dieses Vertrages erklärt, auf die Herstellung und Beschaffung vonAtomwaffen zu verzichten und anderen Ländern bei der Herstellung von Atomwaffen jede Unterstützung zu versagen. Die Atomwaffenstaaten USA, Sowjetunion und Großbritannien haben sich per Unterschrift verpflichtet, keine Atomwaffen weiterzuverbreiten und die eigenen Nukleararsenale mittels glaubwürdiger Verhandlungen zu reduzieren. Im Gegensatz dazu haben die Atomwaffenstaaten ihre atomaren Waffenpotentiale ausgebaut, was wiederum für viele Nicht- Atomwaffenstaaten Vorwand und Antrieb ist, sich im Gegenzug die nukleare Option offenzuhalten.
Wenn auch im Atomwaffensperrvertrag gleichzeitig die Verpflichtung zur weltweiten Förderung der Atomenergienutzung enthalten ist – was problematisch und auch inkonsequent ist, weil zivile Atomanlagen allesamt auch militärisch genutzt werden können und die Atomenergienutzung unkontrollierbare Gefahren mit sich bringt – dennoch betrachten wir dieses weltweit größte Rüstungskontrollabkommen als ein Instrument im Kampf für die weltweite Abschaffung aller Atomwaffen.

Bisheriger Trägerkreis:
Akafrik, Aktion Sühnezeichen, Arbeitsgemeinschaft ökologischer Forschungsinstitute (AGÖF), Atommüllkonferenz, BI Hanau, Bundeskonferenz unabhängiger Friedensinitiativen (BUF), Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), Bundeskongreß entwicklungspolitischer Gruppen (BUKO), Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsgegner (DFG/VK), Die Grünen, Friedensliste, Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit, Junge Europäische Förderalisten (JEF), Jungsozialisten, KOFAZ, Landeskonferenz der bayrischen Anti- AKW- Initiativen, SPD Hessen Süd

Weitere Unterstützer sind willkommen!

Kontakt und Information: H. Lorscheid, Klemens- Hofbauerstr. 17, 5300 Bonn, Tel. 0228/675442

Nächstes Vorbereitungstreffen: 16. Mai, 11 Uhr, Kessenicher Hof, Mechenstr. 55, 5300 Bonn

FRIEDENSVERSAMMLUNG HANNOVER

14. - 16. Juni 1985: Schlesiertreffen in Hannover
Verschärfter Revanchismus - Begleitmusik zur Hochrüstung und "Bonner Wende"

SCHLESIEN BLEIBT POLNISCH !

1945 endete der zweite Versuch der Herrschenden in Deutschland, sich die Welt untertan zu machen. Zurück blieben Trümmer und neue Grenzen in Europa. Daraus folgte auch die Bildung der Blöcke in West und Ost.

1985 sprechen Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsident Albrecht auf dem Schlesiertreffen unter dem Motto „Schlesien bleibt unsere Zukunft in einem Europa freier Völker". Dies ist — nur 40 Jahre nach dem schrecklichen Krieg — erneut ein deutlicher Angriff auf die bestehenden Grenzen in Europa.

Vom 14.-17. Juni findet in Hannover das Schlesiertreffen statt. Etwa 150.000 „Geburts-, Abstammungs- und Bekenntnisschlesier" (aus dem offiziellen Aufruf) werden erwartet. Alle werden um das Motto „40 Jahre Vertreibung — Schlesien bleibt unsere Zukunft in einem Europa freier Völker" versammelt. Mit diesem eindeutig revanchistischen Slogan machen dabei die Czaja, Hupka usw. ihre Politik der unverhohlenen Gebietsansprüche auf „die deutschen Ostgebiete" wieder hoffähig. Diejenigen, die aus familiären oder kulturellen Gründen am Schlesiertreffen teilnehmen, dienen dabei als Staffage. In dieser Situation müssen sich die Teilnehmer fragen lassen, ob sie diese Politik mittragen wollen.

Dies ist heute wieder möglich, weil sich die Politik der Bundesregierung nur unwesentlich von dem unterscheidet, was die von ihr so „scharf kritisierten" Vertriebenenfunktionäre vertreten. Der Unterschied liegt vor allem darin, daß die Vertriebenenfunktionäre heute schon das zu Ende denken und aussprechen, was die logische Konsequenz aus der Politik des faktischen Offenhaltens der deutschen Frage ist.

Daß der Bundesregierung und ihren Verbündeten der Gedanke an „Grenzkorrekturen" gen Osten nicht fremd ist, spiegelt sich u.a. auch in der forciert betriebenen Aufrüstung nach den Grundsätzen von Airland Battle und Rogers-Plan wider. Tiefe Schläge bis in die westlichen Militärbezirke der UdSSR sowie die Hoffnung, von der osteuropäischen Bevölkerung als Befreier empfangen zu werden, prägen die Planungen der westlichen (auch der bundesdeutschen) Militärs und Politiker. Die Frage stellt sich: Wo ist da eigentlich noch der Unterschied zum so gescholtenen Artikel im „Schlesier" über den Einmarsch der Bundeswehr in Polen?

Gleichzeitig stellen wir fest: Revanchismus ist mehr als die Politik weniger Spinner. Dahinter stehen auch Wirtschaftskreise, die ernsthaft auf eine Wiedereroberung des „freien Marktes" im Osten setzen. Auch wenn die Bundes-(Landes-)Regierung den „Einmarsch der Bundeswehr in Polen" nicht offen propagieren kann: Kohl und Albrecht haben zu keinem Zeitpunkt ernsthaft in Frage gestellt, auf dem Schlesiertreffen zu sprechen. 185.000 DM an öffentlichen Zuschüssen werden für das Treffen gewährt. Das Land Niedersachsen als „Patenland" von Schlesien tut ein weiteres, indem es für das geplante „Schlesiermuseum" bereits finanzielle Unterstützung zugesagt hat.

Die Bundesregierung hält nach wie vor am Alleinvertretungsanspruch für „alle Deutschen" und am Fortbestand des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 fest. Sie verweigert nach wie vor der DDR die volle völkerrechtliche Anerkennung. In Salzgitter besteht z.B. weiterhin die „Erfassungsstelle für in der DDR begangene Straftaten", die nach der Wiedervereinigung dann nach bundesdeutschem Recht ggf. neu geahndet werden sollen. Dieses Relikt aus dem kalten Krieg macht sehr deutlich, daß das eigentliche Ziel bundesdeutscher Politik immer noch die Annexion der DDR (und der „deutschen Ostgebiete") ist — „in einem Europa freier Völker" versteht sich. In den Schulen sind nach wie vor Landkarten mit den Grenzen von 1937 vorgeschrieben. In der Ostkunde im Unterricht wird laut Beschluß der Kultusministerkonferenz die Erinnerung an die „Heimat im Osten" weitervermittelt und wachgehalten.

Weil wir wissen, daß ohne die volle völkerrechtliche Anerkennung der bestehenden Grenzen in Europa auf Dauer keine wirkliche Friedenssicherung möglich ist, fordern wir:
— die volle völkerrechtliche Anerkennung der DDR,

Frage stellt sich: Wo ist da eigentlich noch der Unterschied zum so gescholtenen Artikel im „Schlesier" innerung an die „Heimat im Osten" weitervermittelt und wachgehalten.

Weil wir wissen, daß ohne die volle völkerrechtliche Anerkennung der bestehenden Grenzen in Europa auf Dauer keine wirkliche Friedenssicherung möglich ist, fordern wir:
— die volle völkerrechtliche Anerkennung der DDR,

— die volle völkerrechtliche Anerkennung der Westgrenze Polens und der übrigen Grenzen in Europa!
— Alle abgeschlossenen Verträge sind strikt einzuhalten.
— Die Oder-Neiße-Linie und der Grenzverlauf zwischen BRD und DDR (Elbmitte) sind völkerrechtlich verbindlich anzuerkennen.
— Die Verwendung von Landkarten mit „Deutschland in den Grenzen von 1937" im Schulunterricht ist zu untersagen.
— Die Erfassungsstelle in Salzgitter muß sofort aufgelöst werden.
— Der faktische Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik für „alle Deutschen" ist aufzugeben.
— Die Streichung der 185.000 DM aus Steuermitteln zum diesjährigen Schlesiertreffen.
— Die Streichung der Zuschüsse des Landes Niedersachsen für das „Schlesiermuseum" und die Kündigung der Patenschaft mit der „Schlesischen Landsmannschaft".
— Kohl und Albrecht dürfen auf dem Schlesiertreffen nicht sprechen!

Das Ziel unseres Protestes ist die Politik des Revanchismus und des Nationalismus, wie sie die Vertriebenenfunktionäre mit praktischer und ideologischer Unterstützung der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien betreiben. Wir wollen unseren Protest formulieren gegen diese Politik, die im Schlesiertreffen nur ihren sichtbarsten Ausdruck findet. Wir fordern alle Menschen im Lande, vor allem auch die politisch Verantwortlichen in Stadt, Land und Bund auf, sich eindeutig hinter unsere Forderungen zu stellen, den 14.-17. Juni in Hannover zu einem Signal gegen Revanchismus und Nationalismus zu machen.

Wir rufen auf zu

— Einer Vorbereitungsveranstaltung zur Auseinandersetzung mit dem Schlesiertreffen in Hannover, am 31. Mai um 19.30 Uhr im Pavillon.
— Einer Aktion zur Begrüßung der Vertriebenenfunktionäre anläßlich ihres Empfangs bei Albrecht am Freitag, 14. Juni.
— Einer Podiumsdiskussion „Gegen Revanchismus und Kriegsvorbereitungen!" am Freitag, 14. Juni um 19.00 Uhr im Pavillon.
— Einer Demonstration durch die Innenstadt, vorbei an solchen Punkten, wo wir unseren Protest gegen Revanchismus vermitteln können; am 15. Juni. Treffpunkt ist um 11.00 Uhr auf dem Opernplatz. Die Demonstration soll ihren Abschluß in einer Kundgebung, um 13.30 Uhr auf dem Weißekreuzplatz finden.
— Einer Kulturveranstaltung, die sich an die Kundgebung auf dem Weißekreuzplatz anschließt.

verabschiedet von der Friedensversammlung Hannover am 25.4.85

Schlesiertreffen und NPD-Parteitag

Der nebenstehende Aufruf und die Aktionsplanung sind Festlegungen der Aktivitäten aus Anlaß des Schlesier-Treffens vom 15.-17. Juni in Hannover mit Kohl und Albrecht als Hauptrednern. Wie ersichtlich, ist auf eine Demonstration zum Ort des Schlesier-Treffens verzichtet worden.

Die Podiumsveranstaltung am 14.6. ist geplant mit Vertretern der SPD (im Gespräch: Glotz, Gaus), der Grünen (Schneider, Trampert), der VVN (Carlebach), linker Kirchenkreise (Sölle) sowie aus Gewerkschaften, einem polnischen Sprecher und eventuell einem Redner der DKP. Diskussionsleiter wird der Journalist Eckart Spoo sein.

Die Demonstration am 15.6. soll vom Opernplatz am Landtag vorbei zum Weiß-Kreuz-Platz ziehen (Redner/innen bislang: Sölle, ein Gewerkschafter, ein Sprecher von „Künstler für den Frieden"). Im Anschluß daran soll am Weiß-Kreuz-Platz ein Kulturfest stattfinden, für das „Künstler für den Frieden" verhandelt mit U. Lindenberg, Manaam (eine polnische Gruppe), Kabarettisten wie Polt und Schneyder, Sam Karadscha (Türk-Rock) u.a. Abends ist eine Abschlußfete im Raschplatz-Pavillon vorgesehen.

In zeitlicher, örtlicher und geistiger Nähe zum Schlesier-Treffen plant die NPD für den 15. Juni ihren Bundesparteitag, den sie in der Festhalle von Stadthagen in der Nähe von Hannover angemeldet hat (eine Zusage, die mittlerweile zurückgezogen wurde, woraufhin jetzt ein Rechtsstreit ansteht).

Pikanterweise ist an die Öffentlichkeit gekommen, daß die Vermittlung der Stadthagener Festhalle an die NPD über den Kreisvorsitzenden des „Bundes der Vertriebenen", Arthur Gläser erfolgt sein soll (was dieser mittlerweile bestreitet).

Diverse autonome Gruppen überlegen mittlerweile Aktivitäten gegen das Schlesier-Treffen / NPD-Bundesparteitag, die einen etwas anderen Rahmen finden dürften, als die Planungen der „Friedensversammlung Hannover".

Diverse autonome Gruppen überlegen mittlerweile Aktivitäten gegen das Schlesier-Treffen / NPD-Bundesparteitag, die einen etwas anderen Rahmen finden dürften, als die Planungen der „Friedensversammlung Hannover".

Impressum:

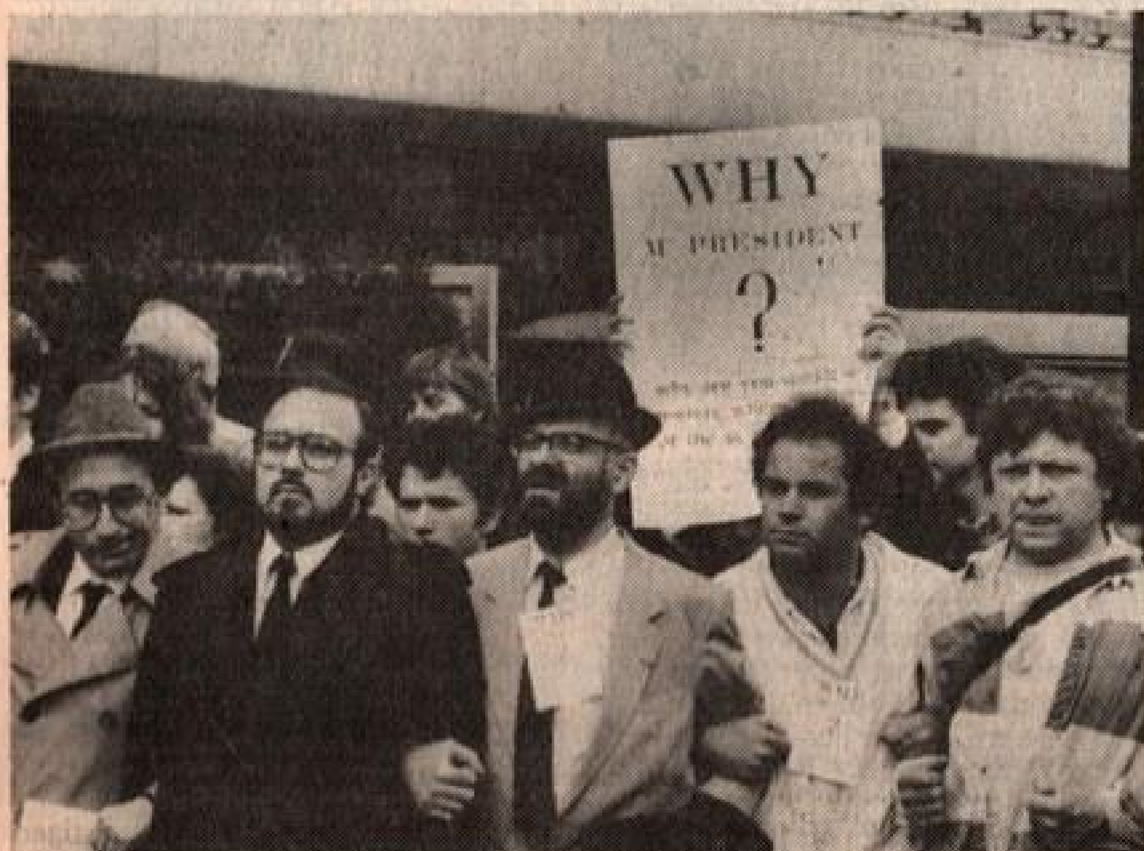
Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 20; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Aboverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-; halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00; Einzelpreis DM 4,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 4.500
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Fortsetzung von Seite 1

ÜBER ALLEN GRÄBERN IST RUH'



,,Der Führer der freien Welt ehrt Gräber der Mörder unseres Volkes". So berichtete der israelische Rundfunk über die ,,noble Geste", für die der Begriff ,,Versöhnung" den Gipfel der Heuchelei bedeutet.



Emphatisch hieß es vom CDU-Fraktionsvorsitzenden Dregger, Totenehrung sei ,,*ein Teil der Kultur des Abendlandes*" (,,Welt", 25.4.). Da ließ sich Vogel nicht lumpen. Einen Tag später erklärte er: ,,*Die Erinnerung an die Mißbrauchten ist ein Bestandteil unserer Geschichte ... Die SPD begrüßt es, daß gefallener Soldaten gedacht werde.*"

Wieder Kohl: ,,*Im Toten ehren wir das Bild des Menschen.*" Und CSU-Waigel: ,,*Es gehört zur politischen Identität eines Volkes, daß es versöhnt ist mit seinen Toten.*" (Zitate aus ,,FAZ", 26.4.) Der richtige Tote ist allemal, wer als ,,*anständiger junger Mann*" im Kampf gegen die Rote Armee gefallen ist (Brief Dreggers an 53 US-Senatoren, die sich gegen Reagans Bitburg-Besuch ausgesprochen hatten; ,,FR", 23.4.).

So ein ,,Wirrwarr" (Vogel). Mindestens eine Lehre will die ,,FAZ" (25.4.) daraus gezogen wissen: ,,*Die Bundesrepublik Deutschland darf sich nie wieder künstliche Gedenktage und Gedenkfeiern aufzwingen lassen ... Welche innere Berechtigung hat es, den vierzigsten Jahrestag jenes Endes ins Feierliche zu erheben*", fragt das Blatt, hinter dem immer ein weites Herz steckt ...

Das fragen sich ,,Welt", ,,FAZ" und wie sie alle heißen, wieder und wieder: ,,*Aber vierzig Jahre seit einem Datum im Mai, das Befreiung war, das aber auch die Zerschlagung Deutschlands brachte und eine Neuordnung Europas — für viele Europäer nicht zum Guten, sofern man an die Hoffnung auf Freiheit denkt — ist das des Feierns wert?*" (,,FAZ", 22.3.) Zwei bis drei Dutzend Bundestagsabgeordnete der CDU/CSU hatten sich frühzeitig darüber Klarheit verschafft. Kohl warfen sie vor, er habe sich die Gedenkfeier zum 8.Mai im Bundestag vom Osten aufzwingen lassen. An sowas wollten sie nicht teilnehmen. CDU-Generalsekretär Geißler sah überhaupt keinen Anlaß, den Tag als ,,*Sieg des kommunistischen Sozialismus über den Faschismus*" zu feiern. Besser wäre es gewesen, ,,*wenn beide damals aus der Weltgeschichte verschwunden wären*" (,,FR", 4.2.).

Die ,,FAZ" (15.4.) sah mal wieder die ,,jüdisch-bolschewistische Gefahr" am Horizont: ,,***Die amerikanischen Juden sollten sehen, wer ihnen da zur Hilfe eilt. Ihre Proteste sind verständlich, aber nicht wohlüberlegt ... Gewisse jüdische Kreise müßten von einsichtigen Leuten davor gewarnt werden, gewisse Gedanken überzustrapazieren. Das Schicksal Israels hängt von der Verteidigungsfähigkeit des Westens ab, und diese wiederum von der moralischen Einheit seiner Nationen.***"

Genervt waren auch Bitburger Bürgermeister Hallet (CDU) und Bitburger MdB Alois Mertes (CDU). Die Bevölkerung der Eifel stehe dem ,,*makabren Streit um die vor vierzig Jahren gefallenen Soldaten verständnislos gegenüber*", verriet der erste (,,FAZ", 20.4.), während sich der zweite energisch ,,*gegen jede Form von Sippenhaftung und Kollektivanklage*" verwahrte; das mindere nämlich ,,*das Vertrauen der heutigen Deutschen in die Fairneß und den Weitblick der westlichen Verbündeten*". Und der ,,lachende Dritte" sei die Sowjetunion (,,FR", 20.4.).

In all diesen Tagen und Stunden hat er ,,wie selten zuvor" in seinem Leben gelitten, offenbarte Kohl im ,,Time"-Interview (s.o.). Wo er doch selber ,,die KZ-Idee" hatte, während ,,die Amis skeptisch" waren (Boenisch). Und überhaupt. Hatte nicht der frühere SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher 1951 geschrieben: ,,*Diese Waffen-SS ist weder mit der allgemeinen SS noch mit den speziellen Organisationen der Menschenvernichtung gleichzusetzen, sie war für Kriegszwecke geschaffen. Sicher sind viele der jungen Menschen Träger einer spezifisch hitlerischen Ideologie gewesen, ohne aber die Verbrechen der zwölfjährigen Diktatur als solche zum Bestandteil ihrer politischen Zielsetzung zu machen. Hunderttausende aber sind ohne ihr Zutun für die SS als Wehrmachtsteil eingezogen oder dahin abkommandiert worden.*"

Daran erinnerte Kohl. Diesmal nicht als CDU-Vorsitzender, sondern als Kanzler aller (West-)Deutschen, wie die ,,FAZ" (26.4.) rühmt. ,,*Solche Augenblicke sind selten, aber sie lassen spüren, daß das oft bemäkelte Plenum des Parlaments noch immer der ,zentrale Ort' der Politik in der Bundesrepublik ist, das Forum, auf dem die alle bewegenden Fragen gestellt werden.*"

Nun — man ist auf diesem Terrain umzingelt. ,,***Geschichtsmasochisten gibt es auch in der Bundesrepublik. Das ist leider der Preis der Freiheit, daß es nicht strafbar ist, die Opfer der KZ-Lager posthum dadurch zu schänden, daß ihr Schicksal zum Zwecke anti-deutscher Propaganda mißbraucht wird.***" (Abendkommentar im Bayrischen Rundfunk, 21.1.85) Hinweis für ein Auschwitz-,,Lügen"-Gesetz der neunziger Jahre?

Auf anderem Terrain ist man auch umzingelt. Altkanzler Schmidt, auf US-Tournee, läßt seine Zuhörer süß erschaudern, wenn er ausmalt, wie er mit dem Auto nur eine Viertelstunde braucht, um von Hamburg aus an eine kommunistische Grenze zu stoßen (,,FR", 18.4.).

Aber so total auf sich allein gestellt ist man nun auch wieder nicht. Und das schon seit langem. Als Helmut in der Oggersheimer Tanzschule seine Hannelore kennenlernte — hatte er da nicht, hatten sie nicht beide Klamotten aus US-Care-Paketen an? (,,Time"-Interview, s.o.) Ronald Reagan ist sein Freund. ,,*Er ist ein Mann, für den ich nur Gutes tun möchte.*" (ebd.) Von wegen Bitburg sei ein Sieg Hitlers: ,,*Die engen Bindungen vor allem mit den USA sind genau das Gegenteil von dem, was Hitler wollte*", klärte Boenisch auf (,,Bild", 24.4.). Wie der sich über SDI und Mittelstreckenraketen geärgert hätte! Gottseidank ist ihm das erspart geblieben, sonst wäre er noch viel schneller in die Kiste gehopst ...

Spaß beiseite. **Wenn man schon so lange, durch dick und dünn, zu seinem Kumpel hält und weiter halten will — dann kann man doch mal eine kleine noble Geste verlangen.** Oder etwa nicht? Schließlich: Nicht nur Juden, Sintis, Homosexuelle, Sozialdemokraten, Kommunisten, Polen und Russen, sondern ,,*auch das deutsche Volk habe schwer unter der braunen Diktatur gelitten*" (Geißler; ,,SZ", 25.4.).

Draußen in der Welt wird so undifferenziert geurteilt. Geradezu salopp würden Waffen-SS und allgemeine SS in einen Topf geworfen, monierte Dregger (,,Welt", 25.4.). Wer protestiert, soll sich erstmal von Sachverständigen informieren lassen. Selbstverständlich, so Mertes, müsse man ,,*jene deutschen Soldaten ehren, die im guten Glauben kämpften*" (,,Welt", 23.4.). Außerdem, enthüllt ,,Bild" (24.4.), seien die 47 Bitburger SSler vor der Ardennen-Offensive gefallen (also nicht für die Erschießung amerikanischer Kriegsgefangener verantwortlich). ,,***Mithin entfällt der Vorwurf, Reagan könnte Kriegsverbrechern die Ehre erweisen.***" (ebd.)

Er habe eine ,,sehr ausgewogene Haltung", wenn es darum gehe, ,,*die gefallenen Amerikaner, die Opfer des Holocausts und des 2. Weltkrieges zu ehren*", erzählte Reagan der ,,New York Times" (14.4.). Allmählich ärgerte ihn die Sache, und Nancy war ganz wütend über das böse Gerede (,,Hamburger Abendblatt", 23.4.). Er dachte: ,,*Es ist nichts falsches dabei, diesen Friedhof zu besuchen, wo diese jungen Männer doch auch Opfer des Nationalsozialismus sind, obwohl sie in der deutschen Uniform gekämpft haben ... Sie waren letztlich ebenso Opfer wie die Opfer in den KZs.*" (Reagan; zit. nach ,,Le Monde", 20.4.)

Er fand, daß ,,*im deutschen Volk nur noch wenige leben, die sich überhaupt noch an den Krieg erinnern können, und sicher keine, die schon erwachsen und irgendwie am Krieg beteiligt waren, und sie haben ein Schuldgefühl, das ihnen auferlegt worden ist.*" Er glaubt: ,,*Das ist unnötig.*" (,,FR", 23.3.)

Er weinte, oder wenigstens beinahe, daß irgendjemand ,,*seine Empfindungsfähigkeit zum Holocaust in Frage ziehe*" (,,FR", 19.4.), wo doch von Vietnam über Nicaragua bis Südafrika jeder weiß, daß Sensibilität sein Schwachpunkt ist.

Wo kann denn eine noble Geste des Friedens und der Versöhnung ,,*besser geschehen als auf einem Friedhof, gar auf einem Soldatenfriedhof?*" (Boenisch; ,,FR", 20.4.) Also — ,,*vierzig Jahre danach lehnt es die Regierung ab, Soldatengräber zu politisieren oder zu entnazifizieren*" (ebd.). Das ist die Schwierigkeit; auf welchen Friedhof hätte man sonst hingehen können, wo doch überall das gleiche Problem auftaucht? Nur weil der ,,Volksbund deutscher Kriegsgräberfürsorge" 1959 bei der Gestaltung des Bitburger Friedhofes aus Ordnungsliebe auf die korrekte Dienstbezeichnung geachtet hat, hat man den Ärger. Außerdem hatte Reagan selber gesagt, daß er einen Besuch in Dachau für ,,nicht angemessen" hielt (Larry Speakes, Sprecher des Weißen Hauses; ,,Welt", 26.1.), weil er ,,*den Deutschen Peinlichkeiten ersparen*" wollte (,,FAZ", 30.1.).

Wobei das auch ein recht nobles Entgegenkommen war, denn: **,,Das ist ja das letzte, daß man noch 40 Jahre nach Kriegsende durch KZs laufen muß"** (Boenisch; ,,Spiegel", 29.4.). Wie Kohl schon während seiner Israel-Reise gesagt hatte: ,,Kenne ich alles ..."

Die Bundesregierung bemühte sich doch um ein ,,*geeignetes KZ*" (,,FR", 16.4.), wobei ,,*nicht nur ein ehemaliges KZ, sondern beispielsweise auch eine Synagoge in Frage*" käme (Boenisch; ,,FR", 17.4.).

Langsam wurde auch ,,Bild" (24.4.) gereizt: ,,*Was sollen wir denn noch alles machen? Jeden Morgen die rote Fahne raushängen und ,Lang lebe der Kommunismus' rufen?*" Von wegen Pannen, Peinlichkeiten, Mißverständnisse — da protestiert Dregger: ,,*Das einzige Peinliche sei das hämische Gelächter der Selbstgerechten*", sagte er auf einer Kundgebung des Bundes der Vertriebenen in Bonn (,,Welt", 29.4.).

,,*Die Erregung über den Besuch des amerikanischen Präsidenten auf einem deutschen Soldatenfriedhof des Zweiten Weltkrieges hatte ihr Gutes*", schrieb die ,,FAZ" (30.4.). Sie ließ nämlich die Bundesregierung in Ruhe über drei DDR-Einladungen zum 8. Mai nachdenken und sie alle drei zurückweisen. ,,*Die Beteiligung des Bonner Ständigen Vertreters an den Ost-Berliner Feiern des 7. und 8. Mai würde die Grenze der zumutbaren Demutsgesten, der Schuld- und Schambeteuerungen überschreiten.*"

,,*Um des Himmels willen*", fragt Rudolf Augstein, ,,*wer könnte ein Interesse haben, den 8. Mai 1945 zu begehen?*" (,,Spiegel", 29.4.) ,,*Nun gut*", ist seine Antwort, ,,*die Sowjetrussen hatten ein echtes politisches Interesse. Sie müssen jede Erinnerung an die Kriegskoalition per Mund beatmen, um Keile und Keilchen zwischen ihre jetzigen Feinde zu treiben. Auch die Israelis haben, von den unbedingt achtenswerten Emotionen abgesehen, ein politisches Interesse. Sie wollen die Erinnerung an die deutsche Schuld wachhalten, um materieller und rüstungstechnischer Gründe willen.*"

Während Mitterrand und Thatcher bereits Monate vor dem furchtbaren Datum in einer authentischen Geste christlicher Demut Kohl versprochen hatten, nichts zu unternehmen, was deutsche Sensibilitäten verletzen könnte, hat Präsident Reagan nicht ,,an die mächtige publizistische Maschinerie seines Landes" gedacht. Diejenige nämlich, welche die ,,*Verfolgung bis ins siebte Glied pflegt*" und für jeden Anlaß dankbar ist, ,,*das Zerrbild des häßlichen Deutschen wieder auszugraben und alte Wunden wieder aufzureißen*" (,,FAZ", 29.4.). Die Nutznießer der dadurch ansteigenden ,,trüben antiamerikanischen Flut" wären die Sowjets.

Grund zum Feixen haben die ohnehin schon genug: Der ,,sowjetischen Führung" sei es gelungen, gegen Reagan ,,*so starken Druck aus Teilen der Öffentlichkeit in Europa und den Vereinigten Staaten zu entfesseln, daß er — entgegen seiner wohlbegründeten ursprünglichen Absicht — bei seinem bevorstehenden Besuch in der Bundesrepublik ein ehemaliges nationalsozialistisches Konzentrationslager besuchen muß*" (,,FAZ", 18.4.). Nun weiß man endlich, wer hinter 53% US-Bürgern (Meinungsumfragen) und der Mehrheit des Kongresses in Washington, die sich gegen Bitburg aussprachen, steckt: Die fünfte Kolonne.

Der aus Moskau gesteuerte Protest ist ein reines Ablenkungsmanöver: ,,*Was in diesen Tagen bei uns im Westen nur selten erwähnt, was offiziellen sowjetischen Besuchern nie vorgehalten wird, ist die Mitschuld des Kreml am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs. Zwei Mörderregime reichten sich damals im August 1939 die Hand ... Auch wenn die Russen später unsägliches Leid in diesem Krieg erleiden mußten, die Mitschuld ihrer Führer darf man gerade heute nicht unter den Teppich legen.*" (,,Welt", 23.4.) Und Joachim Fest, pünktlich zu Führers Geburtstag: ,,*1945 war zwar ein Sieg der Demokratien, zugleich aber auch die größte Niederlage jenes demokratischen Prinzips, für dessen Erhaltung und Ausdehnung sie in den Krieg eingetreten sind. Im Februar 1943, so berichtet Ernst Jünger, tauchte an den Mauern Pariser Häuser häufig, mit Kreide geschrieben, das Wort ,Stalingrad' auf. ,Wer weiß', fragte der Dichter sich, ,ob sie dort nicht mitbesiegt werden?'*" (,,FAZ", 20.4.) Stalingrad als Niederlage der ,,freien Welt" ...

Der Vorsitzende des Auswärtigen Auschusses, Werner Marx (CDU), dozierte in der ,,Bild" (15.4.): ,,*Daß jüdische Mitbürger hier und jüdische Organisationen in Amerika Bedenken haben, muß jeder begreifen.*" Man muß schon zugeben, daß die Befreiung von Auschwitz, Bergen-Belsen, Treblinka, Majdanek, Dachau usw.usw. eine objektive Verbesserung der jüdischen Lebensqualität darstellte. Eine Schweinerei bleibt es aber, daß Moskau Reagans freundliche Geste als ,,***Verbeugung vor dem 3. Reich***" verteufelt (ebd.).

Es drängt sich ohnehin die Frage auf, ob eine politische Herangehensweise dem Nationalsozialismus gerecht wird. Das ist doch mehr eine philosophische Angelegenheit, sozusagen eine

Fortsetzung nächste Seite



Solche Bilder sah man nicht im BRD-Fernsehen. 1.400 vorwiegend jüdische Demonstranten kamen in Bitburg zusammen: ,,Kein Pardon, kein Vergessen, keine Entschuldigung für Nazis", ,,Never again!", ,,Reagan: Faschismus ist kein Kino". Kohl und Reagans Treueschwüre vor SS-Gräbern und Militär-Mannschaften mußten vor denen ,,geschützt" werden, deren Familien durch die Nazis dezimiert wurden. Dieses vernichtende Zeugnis haben sich Kanzler und Präsident selbst ausgestellt. Polizei behinderte, schikanierte und stoppte die Demonstration, um sie schließlich mit drohend gezückten Schlagstöcken einzupferchen. Aber während sich auf dem unseligen Friedhof Kriegsherren die Hände reichten, begrüßten sich unter den Demonstranten Juden und Araber.

Fortsetzung von vorheriger Seite

Weltanschauungsfrage: „*Am 8. Mai 1945 war für mich Auschwitz kein Begriff*", teilt Dregger mit, der mit der Verteidigung Schlesiens gegen die Roten voll ausgelastet war („Welt", 30.3.). Und heute könne man „*nicht unter Strafandrohung jemanden zwingen, etwas zu glauben oder nicht.*"

Ebensowenig kann man den Dachauer Bürgern zumuten, weiter an der Last der Naziherrschaft zu tragen. Schon ohne die vorgeschlagene — und abgelehnte! — internationale Jugendbegegnungsstätte ist ihr Kreuz schwer genug: „*Die Bürger der Stadt leiden schon heute, daß die Touristen sich nicht den historischen Stadtkern ansehen, sondern alle zum KZ pilgern*" („Welt", 9.4.), statt das anständige Dachau mal zu beehren.

Also „*Schluß mit der Gespensterschlacht*" („Bild", 2.5.). Das waren vielleicht tolle Tage: „*Was es nicht alles gab*"! Der Landrat von Bitburg soll auch SS gewesen sein. Und dann noch diese drollige Geschichte: „*Nun kommt heraus, daß der Besitzer von Schloß Gymnich, wo Reagan wohnt, ein ‚Patenkind' Hitlers ist.*" Aber genug gelacht, jetzt heißt es wieder ernst werden: „*Möge sich die Weltöffentlichkeit endlich auf das bedeutendste Ereignis in der deutsch-amerikanischen Geschichte konzentrieren: Auf Reagans Staatsbesuch im Land des treuesten Verbündeten.*" (ebd.)

Unschön, gewiß, war die „Quick"-Titelblatt-story **„Die Macht der Juden"** (25.4.): „*Nicht einmal drei Prozent Bevölkerungsanteil — und dennoch hielt sich auch (!) in den USA immer hartnäckig die Behauptung: Juden sind Krämerseelen, Juden sind Händler. Juden beherrschen die Wallstreet, das Kapital*". „Quick" geht der Sache nach: „*Wie also beeinflussen sechs Millionen amerikanische Juden 209 Millionen nichtjüdische Amerikaner?*" Zwar ist es so, daß, „*wo mit Milliarden gerechnet wird, Juden keinen Zutritt haben. Grund: Amerikas ‚Country-Clubs', die maß- und tonangebenden Kungel-Treffs von Hochfinanz und Industrie, lehnen jüdische Mitglieder prinzipiell ab.*"

Wer aber denkt, damit sei das Problem aus der Welt, täuscht sich gewaltig. Es gibt nämlich „*die sagenhafte jü-*
blem aus der Welt, täuscht sich gewaltig. Es gibt nämlich „die sagenhafte jü-
dische Lobby ... Dieser Druck wird noch unterstützt durch die Meinungsherrschaft der großen Medien — alle drei kommerziellen Ferensehgesellschaften ABC, CBS und NBC werden von jüdischen Vorstandsmitgliedern dirigiert. Auch manche Zeitungen, wie die New York Post, stehen unter jüdischem Einfluß." Sich das vorzustellen, ist natürlich für einen Deutschen nicht so einfach. Und seine Meinung kann man dazu auch nicht ohne weiteres sagen. „*Freilich: Amerikaner leben leichter mit einer unbefangenen Einstellung zu Judentum und Juden. Deutschen dagegen ist eine wirklich objektive, wertfreie Beschäftigung mit diesem Thema durch die Hypothek der jüngeren Vergangenheit verwehrt.*" Schade, nicht? Wenn Auschwitz nicht gewesen wäre, könnte man heute doch ganz anders mit den Juden ... „*Vier Millionen ermordete Juden — jüdische Quellen sprechen von sechs — sowie echte und geheuchelte Schuldgefühle belasten jede Diskussion.*"

Wer bezahlt denen denn **„ihren Nostalgiestaat"**? „*Pumpt aber nicht Washington alle Jahre wieder Milliarden Dollar ins aufgeblasene Militärbudget Israels, das sich eine Inflation von 500% leistet? Dahinter steckt — argwöhnen viele — der mächtige Einfluß jüdischer Berater und Kabinettsmitglieder ... Und Amerikas Juden lassen sich ihren Nostalgie-Staat zusätzlich rund 300 Millionen Spenden-Dollar jährlich kosten.*" (alles „Quick")

Bitte Schluß mit diesem Jahrestag, wünscht sich Augstein. „*Was aber geht uns die Feierei an? Ein Teil von uns ist befreit worden, damit ein anderer Teil von uns einer neuen, erst neuerdings menschlichen Diktatur überantwortet wurde. Der befreite Teil ist übrigens nicht souverän, der nicht befreite Teil auch nicht.*" („Spiegel", 29.4.)

Und jetzt in die Hände gespuckt, hin zur wirklichen Befreiung!?

Deutschland (West) hat noch Großes vor sich. In unserem schönen Land wird „*nicht nur die deutsche, sondern auch die amerikanische Freiheit verteidigt*" (Kohl in „Time", s.o.). Darum „*werden wir in einigen Wochen die Dienstzeit unserer eigenen Jugend von 15 auf 18 Monate erhöhen*" (ebd.). Auf geht's!

Nirgendwo kann der alte Kampf des freien Westens für Frieden und Völkerfreundschaft besser gewürdigt werden als auf Friedhöfen.

Da hatte Boenisch ausnahmsweise mal recht.

E.

Fortsetzung von Seite 1

25.000 in Bonn:
Radikale Minderheit wieder da?



Foto: AK

Mit rund 15.000 Polizisten, Grenzschützern, GSG 9 bis hin zu amerikanischen Sicherheitsexperten gab Bonn in den ersten Mai-Tagen auch einen Gipfel bisheriger Polizeieinsätze in BRD ab. Wer während des Gipfels auf der Bundesstraße 9 am Kanzleramt vorbeiwollte, mußte sich ca. alle 100 Meter gründlichst durchsuchen lassen und rund eine Stunde Verzögerung in Kauf nehmen. Als in einem Blumentopf ein heraushängender Draht gesichtet wur-
nehmen. Als in einem Blumentopf ein heraushängender Draht gesichtet wur-
de, war in Windeseile die gesamte Umgebung abgesperrt und der Draht alsbald von Bombenexperten „entschärft". Allein während der eigentlich Demonstration wurden 40 Personen festgenommen, eine unbekannte Anzahl von Punks und anderer Verdächtiger nicht eingerechnet. Der Öffentlichkeit präsentierten die Staatsschutzbehörden zu Beginn des Gipfels die Story von einer 6-kg-Bombe auf dem Balkon des Gebäudes der ‚Deutschen Luft- und Raumfahrtsgesellschaft', nur 300 Meter von der US-Botschaft entfernt, die gerade noch rechtzeitig durch den Hinweis eines „aufmerksamen Passanten" habe entschärft werden können. Damit waren die Prophezeiungen der Behörden, in Bonn würden während der Demonstration und des Gipfels „Gewalttätigkeiten" und „Anschläge" geplant, noch rechtzeitig in „Erfüllung" gegangen — eine Art selffulfilling prophecy? Natürlich spricht es jeder Logik Hohn, daß bei dem grandiosen Aufwand für Sicherheit ausgerechnet dieses Gebäude (nach den Anschlägen auf Zimmermann und andere Gebäude dieser Gesellschaft) nicht bewacht gewesen sein soll. Aber wer fragt schon danach? Die Rechtfertigung für die Verwandlung Bonns in eine bislang nicht gesehene Polizeifestung war gegeben. Die Polizisten waren dadurch (und durch zusätzliche Gerüchte wie bei jedem Polizeieinsatz) entsprechend „heiß" gemacht.

Was macht man, wenn die Polizei randaliert?

Der Polizeieinsatz von Bonn begann mit einer langen Kette von provokatorischen Demütungsversuchen. Die demonstrativen Durchsuchungen der Autos und die Festnahmen einzelner Teilnehmer verfolgten überhaupt keinen anderen Zweck: Kofferräume beispielsweise wurden nur oberflächlich durchgewühlt, Tascheninhalte waren uninteressant.

Zum zweiten Male nach der Nicaragua-Demonstration im vergangenen September wurde in Bonn ein Vermummungsverbot dazu benutzt, um ohne konkreten Anlaß in eine Demonstration hineinzuprügeln. Bis dahin hatten alle Teilnehmer die Schikanen entweder diszipliniert über sich ergehen lassen oder mit defensiver Abwehr reagiert. Ungeniert demonstrierte die Polizei, daß sie alle gesichteten Autokennzeichen und die Demonstranten mittels zahlreicher Dokumentationstrupps in ihren „Erinnerungs-Alben" festhalten wollte. Hinzu kam noch die dreiste Lüge des Einsatzleiters der Polizei, dies gar nicht vorgesehen. Demnächst muß es einfach mal eine komplett vermummte Demo in Bonn geben.

Auf der Abschlußkundgebung bildete die Polizei nicht nur eine Kette um den halben Platz herum, sondern sie sperrte teilweise sogar den Zugang für weiter einströmende Demonstran-
sie sperrte teilweise sogar den Zugang für weiter einströmende Demonstran-
ten. Sie nahm nichtige Anlässe („Denkmalschutz") zum Vorwand, um mit ihren Sonderkommandos eine Riesenrandale abzuziehen. Sie prügelte sich wild durch die Menge und stürmte blindings über aufgestellte Stände. Ein ursprünglich in Bonn angekündigter Trupp von Skinheads hätte sich das nicht getraut.

Verschiedene Kräfte versuchten, Ketten gegenüber der Polizei zu bilden. Das klappte nicht. Der Großteil der Demonstrationsteilnehmer ist im Gegensatz etwa zu früheren Demonstrationen (z.B. bei den großen Anti-AKW-Demonstrationen) viel zu schlecht organisiert dafür, und den Autonomen, die sich aktiv beteiligten, sind solche Formen bislang eher ungewohnt bis verdächtig gewesen. Der Hauptgrund war aber, daß die Polizei solche Bemühungen im wahrsten Sinne des Wortes überrannte.

Auf der Kundgebungstribüne gaben die Demoverantwortlichen während dieser Zeit über Lautsprecher eine blamable Vorstellung ab. Neben den vernünftigen Aufrufen, Ketten zu bilden, überwogen bald insbesondere von den Grünen betriebene Distanzierungen von den Werfen von Flaschen, Steinen oder Knüppeln auf die Polizei. Eine Verurteilung des polizeilichen Vorgehens fiel zeitweise ganz unter den Tisch. Zum Teil trugen grüne Mitverantwortliche dumme Falschmeldungen auf die Bühne, etwa daß der Bulleneinsatz erst nach einem Besprühen des Denkmals erfolgt sei oder, nachdem die ganze Randale vorbei war, daß Autonome schon Steinhaufen für die nächste Schlacht aufgetürmt hätten. Nachprüfbar war es dagegen so, daß sich die Werfer (mit Ausnahme der Zerstörung einer Kaufhausfassade) ganz eindeutig auf die Abwehr der Polizei vom Platz beschränkt hatten. Die Steine waren anschließend sogar wieder in die Löcher zurückgelegt worden. Die Mehrheit der Grünen sind — um es klar zu sagen — eher bereit, gegen werfende Demonstranten Ketten zu bilden, als sich gegen die Polizei zu stellen. Taktisch gesehen konnten Distan-
den, als sich gegen die Polizei zu stellen. Taktisch gesehen konnten Distan-
zierungen höchstens den Rückzug vom Bündnis, aber alles andere bewirken als eine tatsächliche Beruhigung der Teilnehmer. Als
ein Autonomer sich gegenüber seinen Mitstreitern äußerte, was immerhin die Atmosphäre aufbesserte, ganz gleich, was man davon inhaltlich hielt, konnte eine grüner Sprecher nur mit sanfter Gewalt auf der Bühne daran gehindert werden, nochmal eine Distanzierung abzugeben.

Diese Vorgänge haben sich allerdings mehr intern abgespielt, die Grünen haben dann ihr Verlangen, man solle sich sowohl vom Einschmeißen der Kaufhausfassade als auch von allen Werfern distanzieren, nach anfänglicher Aufregung erheblich abgeschwächt. Wie sie hat dann auch die „absolut gewaltfreie" Friedensliste (nach „Vorbild" der DKP) die gemeinsame Erklärung des Trägerkreises mitgetragen und nur durch eine Zusatzerklärung begleitet, die nur noch halbe Distanzierungen enthält.
Der Polizeieinsatz war derart provokatorisch, daß es für alle unübersehbar gewesen ist.

Will man die Dinge ernsthaft erörtern, so ist es eben falsch, wenn die Grünen in ihrer Erklärung behaupten, das Werfen von Gegenständen hätte dem gemeinsam beabsichtigten friedlichen Rahmen gesprengt. Denn alle übrigen Mittel (Appelle an oder Verhandlungen mit Polzei oder der Versuch, Ketten zu bilden) konten ganz offensichtlich die randalierende Polizei nicht aufhalten. Erst durch die beherzte Gegenwehr ist sie dann tatsächlich vertrieben worden ist. Diese Vorgehen erfolgte ganz sicher überwiegend spontan und ohne lang zu überlegen, ob dabei die Gefahr drohte, daß die Polizei die ganze Kundgebung abräumen läßt. Von ihrem Auftreten her wäre es dieser wohl zuzutrauen gewesen, auch wenn es umgekehrt einsehbar ist, warum die Polizei einen solchen Skandal erste Ordnung meiden wollte.

Es ist offensichtlich, daß die gesamte Demonstration ihre Randale nur zu defensiver Abwehr gegen eine tobende Polizei und keinesfalls darüber hinaus eingesetzt hat. Eine kleine Gruppe hat sich dann in blinder Wut nach Abzug der Polizei an der naheliegenden Schaufensterreihe einer Kaufhausscheibenfront ausgetobt. Erst nach einiger Zeit trauten sich andere Demonstranten dazwischen. Für die einen war das eine Punkgruppe, andere wollten Provokateure gesichtet haben, einige Grüne nun wiederum Freunde der Autonomen im Trägerkreis. Der Einsatz der Polizei war darauf angelegt, die Demonstrationsteilnehmer vor die Alternative absoluter Demütigung oder Gegenwehr zu stellen. Die Heftigkeit, die dann nach langer Zurückhaltung erfolgte, dürfte auch die Polizei überrascht haben. Man wird sich aber zukünftig bei ähnlichen Anlässen darauf einstellen müssen, daß die Polizei ähnlich agieren wird. Ihr Vorgehen liefert den Medien die Möglichkeit, hauptsächlich gegen die „Chaoten" zu hetzen, wie es musterhaft „Bild am Sonntag" vorführte, die überhaupt nur dieses Thema kannte. Auf der anderen Seite dient diese Propaganda dazu, auf die Grünen Druck auszuüben, sich vor solchen politischen Bündnissen zu hüten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß einige innerhalb der Grünen gehorchen könnten, auch wenn die an der Aktionsplanung Beteiligten sich nach zwischenzeitlicher Hysterie in ihrem Rahmen solidarisch verhalten haben.

HH

★★★★★★★★★



Presserklärung des Trägerkreises des Aktionsbündnisses gegen den Weltwirtschaftsgipfel

Während die Demonstranten sich auf dem Münsterplatz sammelten, umstellte die Polizei den Platz und führte mehrere, für die meisten Kundgebungsteilnehmer nicht einsichtige Einsätze im Innenraum des Platzes durch. Der erste Einsatz richtete sich gegen eine auf dem Beethoven-Denkmal befestigte Fahne. Die Polizei begründete diesen Einsatz mit der „Wahrung des Denkmalschutzes". Der zweite Einsatz richtete sich gegen ein Transparent und den Büchertisch der kommunistischen Partei Perus, der dabei von der Polizei zerstört wurde.

Die nachfolgenden Auseinandersetzungen auf dem Münsterplatz sind direkte Folge dieser zwei Polizeieinsätze. Die Polizei trägt dafür die volle Verantwortung. Die Polizei wurde mehrfach während der Demonstration und der Kundgebung nachdrücklich darauf hingewiesen, daß ihre massive Präsenz und ihr Auftreten einen störungsfreien Ablauf der Veranstaltung gefährden könnte. Wir stellen fest, daß während und nach dem Polizeieinsatz im Kaufhof auf dem Münsterplatz Scheiben eingeworfen wurden. Dies ist einerseits eine Reaktion einzelner Demonstrationsteilnehmer auf das Vorgehen der Polizei, andererseits ein bedauernswerter Zwischenfall, zu dem es unserer Meinung nach nicht hätte kommen müssen.

(...)

Heute haben 25.000 Menschen gegen den Weltwirtschaftsgipfel demonstriert. Das heißt, daß die in den letzten Tagen stattgefundenen Einschüchterungs- und Desinformationskampagnen ihr Ziel nicht erreicht haben, die Menschen von ihrem Protest gegen den Weltwirtschaftsgipfel abzuhalten. Für die Polizei wurde jedoch damit der Boden und das Klima für ihre gestrigen und heutigen Übergriffe bereitet. Trotz aller Einsätze der Polizei ist das Tribunal als auch die Demonstration geschlossen durchgeführt worden. Beide Aktionen gegen den Weltwirtschaftsgipfel waren ein voller politischer Erfolg.

Bonn, den 4.Mai 1985

★★★★★★★★★



Foto: AK

Karl-Heinz Roth

Reagan war richtig in Bitburg

Wir dokumentieren hier die Rede von Karl-Heinz Roth , die auf der Abschlußkundgebung in Bonn am 4.5. verlesen werden sollte, er mußte aus persönlichen Gründen vorher abfahren.

Dies ist gleichzeitig eine kleine Vorankündigung: Wir werden im kommenden AK die Rede von Karl-Heinz Roth, die am 3.5. auf dem Tribunal gehalten worden ist, dokumentieren. In dieser Rede wird seine These, wie es zum Bruch der Antihitlerkoalation und wie sich das Bündnis von deutschem und amerikanischem Kapital bereits vor 1944 herauszubilden begann und wieweit Vorstellungen der Naziherrschaft für eine Nachkriegsordnung in Bretton Woods eingeflossen sind, ausführlich dargelegt und abgeleitet werden.

Liebe Freunde,
Genossinnen und Genossen
Vorgestern hat Reagan von westdeutschem Boden aus ein Handelsembargo gegen Nicaragua verkündet.

Morgen gehen Reagan und Kohl nach Bitburg, um die Nazi-Wehrmacht und die Waffen-SS im stillen Gedenken zu ehren.

Das eine hat mit dem anderen zu tun. Aber was?

Der Wirtschaftskrieg gegen Nicaragua ist vom Bonner Weltwirtschaftsgipfel aus verkündet worden. Das besagt, daß der westdeutsche Gastgeber als wichtigster Juniorpartner dem Alleinherrn über die Finanz- und Wirtschaftspolitik des sogenannten Freien Westens bei der neuesten Verschärfung seines Kurses beisteht — daß er sich ihm einmal mehr bedingungslos unterwirft.

Dahinter stehen die Transnationalen der USA und Westdeutschlands. Der veschärfte Wirtschaftskrieg gegen widerspenstige Entwicklungsländer soll garantieren:
1. daß sich die drei Kontinente mit Hilfe von Hochzins und künstlich überbewertetem Dollar weiter aushungern und ausplündern lassen,
2. daß ihre Schuldenkrise dazu mißbraucht wird, um sie zur Mitfinanzierung der gigantischsten Rüstungsspirale der USA zu zwingen, die es jemals in einer Nicht-Kriegs-Ökonomie gegeben hat,
3. daß innerhalb dieser Rüstungsspirale ein neuer technologischer Entwicklungssprung angeheizt wird (,,Star Wars''), der sowohl die Sowjetunion wie die Befreiungsbewegungen der drei Kontinente in die Knie zwingen soll.

Nachdem Reagan und sein Lakai Kohl diese strategische Entscheidung um die Komponente des offenen Handelskriegs bereichert haben, gehen sie gemeinsam nach Bitburg. In Bitburg ehren sie das Militärpotential Nazi-Deutschlands. Sie ehren damit aber auch das neue Bündnis zwischen dem US- und Nazi-Kapital, das seit dem Herbst 1944 in Gang gekommen war. Sie ehren das Komplott zwischen der Wallstreet und den geheimen Planungsgremien von ,,Reichsgruppe Industrie'' und SS, das schon lange vor Kriegsschluß die Antihitlerkoalition des Westens mit der Sowjetunion gesprengt hat. Reagan und Kohl verneigen sich vor der geheimen Vorgeschichte eines konterrevolutionären Bündnisses, das die Volksmassen Europas und der Welt um die Früchte ihres antinazistischen Kampfes betrogen hat. Sie stellen sich in die Kontinuität einer Entscheidung, die noch während des zweiten Weltkrieges die Weltherrschaftspläne der Nazis mitsamt ihren neuen währungs- und handelspolitischen Instrumenten an die neue Weltmacht USA abgetreten hat.

Die USA wollten seit 1943/44 wie 1940/41 die Nazis die Welt ökonomisch und politisch in ihr Hinterland verwandeln. Die mit der Schuld an millionenfachen Massenmorden befleckten Wirtschaftskapitäne und Planungstechnokraten Nazi-Deutschlands ordneten sich den Weltwirtschaftsplänen der USA von Bretton Woods unter, weil die damit einhergehende Spaltung Europas und Deutschlands ihre einzige Überlebenschance war.

Das haben Reagan und Kohl im Hinterkopf. Und deshalb bestehen sie auf Bitburg und brüskieren die überlebenden Opfer und Widerstandskämpfer.

Ihre Entscheidung war kein dummer Betriebsunfall. Sie war und ist logisch und konsequent. Das 1944/45 gezimmerte Bündnis Washington-Bonn wird in einem Augenblick symbolisch aufgewertet, wo es zu einem neuerlichen Sonderbündnis Washington-Bonn kommt. Noch konsequenter wäre es gewesen, Reagan und Kohl wären nach Landsberg an die Gräber der hingerichteten Hauptkriegsverbrecher und NS-Technokraten gegangen, die damals noch der Wut der europäischen Volksmassen geopfert werden mußten. Soweit sie überlebte — es war die erdrückende Mehrheit — kam die Masse der NS-Technokraten danach in die entscheidenden Schlüsselpositionen, um das neue strategische Bündnis zu zimmern. Selbst mit der neuesten ,,Strategischen Verteidigungsinitiative'' sind ja ihre Namen — Wernher von Braun, Oberth und Co. — noch untrennbar verbunden.

Das neue Bündnis **Reagan-Kohl** richtet sich gleichermaßen gegen die Geschichte des antinazistischen Widerstands wie gegen die heutigen antiimperialistischen Befreiungskämpfe in den drei Kontinenten und die Sozialbewegungen in den immer mehr verarmenden Metropolen selbst.

Die Vergangenheit warnt. **Mobilisieren wir alle Kräfte des Widerstands,** um den furchtbaren Folgen des historisch bewußt erneuerten imperialistischen Komplotts zuvorzukommen, das vor unseren Augen in die Startlöcher geht.

Schließen wir uns zum entschiedenen Widerstand zusammen, bevor es zu spät ist.

Augenzeugenbericht

Der Münsterplatz hatte sich schon gefüllt. Vorne spielte eine Rockband. Auf einem Beethoven-Denkmal im hinteren Teil des Platzes wurde eine US-Fahne verbrannt.
(...)
Offensichtlich als Reaktion auf diese Aktionen umstellten die Bullen das Beethoven-Denkmal in Doppelreihe. Dabei wurden die Leute, die um das Denkmal herumstanden vertrieben. Dann bildeten die Bullen eine breitere Linie und rückten vor, offensichtlich um sich einzelne Leute herauszugreifen.

Auf das Vorgehen der Bullen reagierte ein Teil der Demonstranten mit dem Werfen von Dosen, Knallern, Stöcken etc. Die Bullen traten daraufhin immer massiver auf. Ca. 50 Bullen (Bereitschaftspolizei und SEK) rannten mehrere Male auf breiter Front vom hinteren Teil des Platzes in Richtung Bühne. Sie waren mit Schildern, Helmen und langen Knüppeln ausgerüstet. Die Kundgebungsteilnehmer liefen panikartig auseinander. Dabei stürzten sie auch über Büchertische und Essensstände.
(...)
Die Auseinandersetzungen auf dem Platz dauerten etwa 15 Minuten. Die Bullen zogen sich dann zurück an die Ränder des Platzes und die Seitenstraßen. Dann begannen Leute, die wir nicht sehen konnten, die Scheiben des Kaufhofs auf ca. 20 m Länge einzuschlagen. Die Bullen versuchten nicht dies zu verhindern. Erst nachdem die Scheiben völlig zerstört waren, bildeten sie vor dem Kaufhof eine Kette.
(...)

Zwei Hamburger Demonstranten

en Teil des Platzes in Richtung Bühne. Sie waren mit Schildern, Helmen und langen Knüppeln ausgerüstet. Die Kundgebungsteilnehmer liefen panikartig auseinander. Dabei stürzten sie auch über Büchertische und Essensstände.
(...)
Die Auseinandersetzungen auf dem Platz dauerten etwa 15 Minuten. Die Bullen zogen sich dann zurück an die Ränder des Platzes und die Seitenstraßen. Dann begannen Leute, die wir nicht sehen konnten, die Scheiben des Kaufhofs auf ca. 20 m Länge einzuschlagen. Die Bullen versuchten nicht dies zu verhindern. Erst nachdem die Scheiben völlig zerstört waren, bildeten sie vor dem Kaufhof eine Kette.
(...)

Zwei Hamburger Demonstranten

Pressemitteilung

Polizeiübergriffe auf Teilnehmer des Tribunals gegen den Weltwirtschaftsgipfel

1. Seit ca. 13.00 Uhr werden Autos, die zur Godesberger Stadthalle wollen und deren Insassen so aussehen, als ob sie sich an der morgigen Demonstration gegen den Weltwirtschaftsgipfel beteiligen würden, angehalten und durchsucht. Es werden von allen Insassen die Personalien festgestellt.

Die Fahrzeuge wurden von Polizeibeamten mit vorgehaltener Maschinenpistole kontrolliert.
(...)
Ein Befahren des Kreises um die Stadthalle ohne Durchsuchung und Personalienfeststellung ist nicht mehr möglich.

Es befinden sich jetzt ebenfalls auffallend viele Beamte in Zivil auf dem Gelände.
2. Photographen, die diese Einsätze photographieren, werden die Filme beschlagnahmt.
3. Das Fahrzeug einer Baudekorationsfirma für den Bühnenaufbau wurde durchsucht und ein Ersatzkanister Benzin als Indiz zur Herstellung von Molotov-Cocktails verdächtigt. Der Fahrer wurde aufgefordert, mit seinem Wagen auf die Wache zu folgen und bekam als Beifahrer einen Polizeibeamten, bewaffnet mit Maschinenpistole.
4. Walter Schwenninger, Mitglied der GRÜNEN IM BUNDESTAG, wurde festgenommen, als er sich höflich beim Einsatzleiter erkundigte, weshalb die Polizei gegen Teilnehmer/innen des Kongresses vorgehe, ohne, daß ihm Auskunft erteilt wurde, wurde er in einen Polizeiwagen gestoßen, zum Polizeigelände in Bad Godesberg gefahren und dort an den Haaren aus dem Wagen gezerrt. Rücklings wurde er auf den Boden geworfen und besonders vom Einsatzleiter

lend viele Beamte in Zivil auf dem Gelände.
2. Photographen, die diese Einsätze photographieren, werden die Filme beschlagnahmt.
3. Das Fahrzeug einer Baudekorationsfirma für den Bühnenaufbau wurde durchsucht und ein Ersatzkanister Benzin als Indiz zur Herstellung von Molotov-Cocktails verdächtigt. Der Fahrer wurde aufgefordert, mit seinem Wagen auf die Wache zu folgen und bekam als Beifahrer einen Polizeibeamten, bewaffnet mit Maschinenpistole.
4. Walter Schwenninger, Mitglied der GRÜNEN IM BUNDESTAG, wurde festgenommen, als er sich höflich beim Einsatzleiter erkundigte, weshalb die Polizei gegen Teilnehmer/innen des Kongresses vorgehe, ohne, daß ihm Auskunft erteilt wurde, wurde er in einen Polizeiwagen gestoßen, zum Polizeigelände in Bad Godesberg gefahren und dort an den Haaren aus dem Wagen gezerrt. Rücklings wurde er auf den Boden geworfen und besonders vom Einsatzleiter
Kallweit mißhandelt. Dies geschah, obwohl er als Ex-MdB seinen Diplomatenausweis in der Hand hatte.
(...)
Auf sein ständiges Einwenden, daß er doch Mitglied der GRÜNEN IM BUNDESTAG sei, erwiderte Einsatzleiter Kallweit: ,,Schlimm genug, daß es solche Leute wie Sie im Bundestag gibt.''
(...)

Wir sehen diesen Polizeieinsatz als gezielten Einschüchterungsversuch, mit dem insbesondere für die morgige Demonstration ein Klima der Angst und Unsicherheit und ein entsprechend harter Polizeieinsatz vorbereitet werden könnte.
(...)

Trägerkreis gegen den Weltwirtschaftsgipfel





Foto: AK



Die Grünen, Bundesgeschäftsstelle, Pressedienst 6785:

Grüne protestieren gegen Polizeiprovokationen

Zu den Vorfällen während der heutigen Demonstration gegen den Weltwirtschaftsgipfel in Bonn geben der Bundesvorstand und der Landesvorstand NRW folgende Erklärung ab:

Mit ihren ca. 25.000 Teilnehmern war die Demonstration ein Erfolg der Friedens- und Dritte-Welt-Bewegung gegen das Auftreten des US-Präsidenten Reagan in der Bundesrepublik.

Bereits von Anfang an war die friedliche Demonstration von einer massiven Polizeipräsenz und vollkommen willkürlichen Übergriffen seitens der Polizei — und insbesondere der Sondereinsatzkommandos (SEK) — begleitet.
(...) Wir verurteilen dieses Vorgehen der Polizei und insbesondere der SEKs, das dazu führte, Gewalt in die bis dahin friedliche Versammlung hineinzutragen. Wir bedauern allerdings ebenfalls, daß diese Polizeiprovokation von einem kleinen Teil der Demonstranten ihrerseits mit Gewalt beantwortet wurde. Dieses Verhalten widersprach eindeutig dem friedlichen Charakter der Demonstration.
(...)

Bonn, den 4.Mai 1985



Foto: AK

Fortsetzung von Seite 1

Konfrontation aufgeschoben

Auf dem Gipfel 1979 in Tokio wurde unter anderem beschlossen, den Ölverbrauch allgemein zu verringern, um die damals noch starken OPEC ein wenig zu schwächen. Der Ölverbrauch nahm in der Tat ab — dies war jedoch nicht die Folge des Gipfelbeschlusses sondern der im gleichen Jahr einsetzenden weltweiten Krise. 1982 konnten sich die Teilnehmer nicht auf eine gemeinsame Linie zum Erdgas-Röhren-Geschäft zwischen Europäern und der Sowjetunion einigen. Knapp zwei Wochen nach diesem Treffen verkündete der US-Präsident das Embargo gegen alle Firmen, die an diesem Geschäft beteiligt waren. Kommentar zu diesem Gipfel in Versailles: „Der Inhalt des Schlußkommuniqués ist umgekehrt proportional zu den harten Vorgesprächen, die dazu notwendig sind.“

Und so ist es prinzipiell nichts neues, wenn auf dem diesjährigen Bonner Gipfel die unterschiedlichen nationalen Interessen der westlichen Industriestaaten verhindert haben, daß gemeinsame programmatische Ergebnisse verabschiedet werden konnten. Bemerkenswert ist vielmehr der deutliche Wille aller Beteiligten, einen offenen Bruch des westlichen Bündnisgefüges zu vermeiden. Die US-Regierung war in die Verhandlungen zum Bonner Gipfel mit dem Wunsch gegangen, eine neue GATT-Runde zu verabschieden. Dies hätte bedeutet, daß die internationalen Handelsabkommen sowohl für den Handel mit der „3. Welt“ als auch für den Handel zwischen den Industrienationen neuerlich ausgehandelt werden würden. Das US-Interesse zielte vornehmlich darauf ab, die Abkommen zwischen europäischen Ländern und Ländern der „3. Welt“ aufzuheben. Diese Abkommen schützen gewissermaßen den Handel Europas mit der „3. Welt“ vor einem zu starken Einfluß der US-Wirtschaft. Daß die europäischen Staaten an solchen Verhandlungen wenig Interesse haben, ist begreiflich.

Andererseits streben die europäi-
päischen Staaten an solchen Verhandlungen wenig Interesse haben, ist begreiflich.

Andererseits streben die europäischen Staaten eine Neuregelung des Weltwährungssystems an. Seitdem der US-Dollar nicht mehr internationale Leitwährung ist, besteht ein System flexibler Wechselkurse zwischen den Währungen der Industriestaaten. Nun zeigen die vergangenen drei Jahre, daß die USA zwar nicht mehr die Last tragen, mit dem Dollar eine internationale Leitwährung zu stellen, faktisch aber über die Kursbestimmung des Dollars nach wie vor eine dominante Einflußmöglichkeit auf das Weltwährungssystem haben. Die damit verbundenen Unabwägbarkeiten möchten die europäischen Staaten mit einem neuen Weltwährungssystem aus der Welt schaffen. Und daran haben wiederum die USA kein Interesse. Eine geradezu klassische Sackgasse errichtete der französische Ministerpräsident Mitterand, als er in Bonn forderte, keinen Verhandlungen über den Handel zuzustimmen, wenn sich die USA nicht ihrerseits für ein neues Weltwährungssystem einsetzen.

Die Probleme, mit denen sich die Regierungen der westlichen Industriestaaten herumschlagen, sind das Erbe der Entwicklung des Kapitalismus nach dem 2. Weltkrieg. Die krisenhafte Entwicklung des Handels und des Weltwährungssystems mußte so und nicht anders laufen, einschließlich des Problems der Verschuldung der „3. Welt“. Insgesamt ist erstaunlich, in welchem Maß die imperialistischen Staaten bei allen Widersprüchen untereinander die Konflikte begrenzt halten.

Internationales Währungssystem

Die gegenwärtige Diskussion um die Neuordnung des Weltwährungssystems ist der Versuch, etwas zu ersetzen, das fast 30 Jahre funktioniert hatte. 1943 entwarfen britische und US-amerikanische Finanzexperten den Vertrag von Bretton Woods, dessen Inhalt die Errichtung des IWF und der Weltbank waren. Die USA waren bis 1972/73 in der Lage, dank ihrer ökonomischen und politischen Hegemonie mit dem Dollar eine internationale Leitwährung zu stellen, die zwar einerseits eine US-Dominanz manifestierte, aber andererseits den westlichen Industriestaaten einen gesicherten Rahmen für den internationalen Handel boten.

Die volle Freizügigkeit im Handel mit den Währungen der westlichen Industriestaaten wurde erst Ende der 50er Jahre erreicht. Bis dahin bestand Knappheit an der internationalen Leitwährung, die sich aber in den folgenden zehn Jahren bis Ende der 60er in einen Dollarüberschuß umkehrte. Zum anderen repräsentierte das Austauschverhältnis zwischen dem Dollar und den übrigen Währungen nicht mehr das reale Kräfteverhältnis; die europäischen Industriestaaten waren zu eigenständigen kraftvollen Industrienationen herangewachsen. Zuerst brach die alte Kolonialwährung, das britische Pfund, zusammen, 1969 wurde die DM erstmalig aufgewertet, und als in den folgenden zwei Jahren immer mehr mit der DM spekuliert wurde, wird ihr Wechselkurs freigegeben, die DM „floatet“ gegenüber dem Dollar. Kurz darauf geht das Bretton Woods System vollends zu Bruch. Im Dezember 1971 wird der Dollar abgewertet, im Frühjahr 1973 liegt der Wert des Dollars gegenüber der DM nur noch bei 2.40 (1969 noch stabil bei 4.00 DM). Die USA sagen sich von der politischen Verantwortung los, mit dem Dollar die Leitwährung zu stellen. Eine Zeit bisher nicht gekannter Währungsunsicherheit beginnt. Die europäischen Staten halten gegenseitig und gegenüber dem Dollar flexible Wechselkurse, und für die zum großen Teil vom Export lebende Wirtschaft der BRD, Frankreichs und Italiens wird der internationale Handel erschwert, da die Wechselkurse auf lange Distanz nicht kalkulierbar sind. Die europäischen Staaten gehen dazu über, gegen die USA einen eigenen Währungsblock aufzubauen, das Europäische Währungssystem (EWS). Das EWS ist der Versuch, aus den wichtigsten europäischen Währungen einen Block zu bilden; die Wechselkurse untereinander dürfen nur in sehr begrenztem Maße verändert werden. Trotz eines sehr weitgehenden Konsenses — im wesentlichen diktiert durch die Konkurrenz zum US-Imperialismus — stellt das EWS keinen Ersatz einer internationalen Leitwährung dar. Die eben auch Sicherheit bietende Dominanz des US-Imperialismus ist gebrochen; an seine Stelle kann kein grundsätzlicher Konsens der Industriestaaten treten, schon aufgrund unterschiedlicher nationaler Interessenslage.

Welthandel

Die Krise des internationalen Wäh-

Welthandel

Die Krise des internationalen Währungssystems ist Ausdruck der Tatsache, daß sich nach dem 2. Weltkrieg mit der Zeit ein Weltmarkt hergestellt hat, der — vermittelt über die Konkurrenz — zur Angleichung der jeweiligen nationalen Verwertungsbedingungen geführt hat. Die 50er und 60er Jahre waren eine Zeit der Internationalisierung des Warenkapitals. Wachstumsraten des Welthandels lagen in den 50er Jahren bei 7,5%, in den 60er Jahren bei 11,9%, und sanken in den 70er Jahren auf 6,5%. Die Bedingungen für die Erzielung einer im Durchschnitt hohen Profitrate waren in den 50er Jahren für alle Metropolen gegeben, und an einem Ausbau des Welthandels waren die westlichen Industriestaaten in gleichem Maße interessiert. Diese Bedingungen zerfielen „*jedoch im Verlauf der 60er Jahre, und zwar durch den Prozeß der Internationalisierung des produktiven Kapitals, durch die wachsende Bedeutung der Direktinvestitionen von transnationalen Konzernen. Dadurch wurden die Produktionsbedingungen in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern tendenziell angeglichen, jedenfalls schwand schneller als damals ausgemalt der Produktivitätsvorsprung der USA gegenüber Westeuropa und Japan.*“ (1)

Die Steigerung der Konkurrenz auf dem Weltmarkt führte zu Produktivitätssteigerungen durch neue Produktionsmethoden. Steigende Löhne durch Vollbeschäftigung und sozialpartnerschaftliche Konzepte sowie eine steigende Kapitalintensität des Produktionsapparates führten in fast allen Industriestaaten in den 70er Jahren zu einem Sinken der Rentabilität des Kapitals. Der Logik des Kapitals entsprechend sanken die Investitionsquote und die Akkumulationsrate, Kapital wurde in der „3. Welt“ angelegt und wanderte schließlich in die Sphäre der Spekulation und der internationalen Kreditmärkte. Dadurch wurde der internationale Kredit auch für Länder der „3. Welt“ erschwinglich, Produkt dieses Prozesses ist indes die heutige Verschuldung der „3. Welt“. „*Daraus hätten sich keine besonderen Probleme ergeben, wäre nicht die Ausweitung des internationalen Kredits mit dem Übergang in eine Phase der wirtschaftlichen Stagnation zusammengefallen. Mehr noch, die vermehrte Anlage liquider Mittel als zinstragendes Kapital war nachgerade die Kehrseite der gesunkenen Rentabilität bei produktiven Anlagen — was mit Notwendigkeit in eine Krise münden mußte.*“ (1)

US fight back

Die USA verfolgen gegenwärtig im Inneren eine Wirtschaftspolitik, die die Rentabilität des Unternehmenssektors und Neuinvestitionen steigern sollen, mit dem Ziel einer verbesserten Kapitalausstattung und erhöhten Produktivität der US-Wirtschaft. Massive Steuersenkungen, Entlastung des US-amerikanischen Kapitals von sozialen und infrastrukturellen Abgaben ist Teil dieser Strategie, ebenso wie die staatliche Subvention der Wirtschaft über die Rüstungsaufträge. Gegenwärtig wirkt sich die verbesserte Position der US-Wirtschaft nicht im internationalen Handel aus, da durch den Dollar-Kurs die Vorteile mehr als wettgemacht werden, die USA importieren mehr als sie exportieren. Trotz dieser Situation, die schon seit einigen Jahren besteht, hat die US-Regierung bisher mehrheitlich Gesetzesvorlagen abgelehnt, die eine Abschottung des US-Marktes gegen Importe zur Folge gehabt hätten. (2)

Aus US-Sicht geht die Gefahr einer Regionalisierung (Zersplitterung) des Welthandels in Zonen nicht von den USA, sondern von der EG aus. „*Ein ‚Wirtschaftskrieg' gegen die USA im Falle unüberwindbarer außenwirtschaftlicher Interessensgegensätze wäre — wenn auch unter erheblichen Kosten — von seiten der EG durchaus führbar, ist aber angesichts der politischen Verbundenheit in der gemeinsamen freiheitlichen Wertordnung und der damit verbundenen gemeinsamen Aufgaben undenkbar. Die von der Regierung Reagan erneut kraftvoll beanspruchte politische Dominanz im westlichen Bündnis wird so für die USA heute zur Grundlage einer rein ökonomisch nicht ohne weiteres fundierten wirtschaftlichen Dominanz.*“ (2) In einem Aufsatz zur Außenpolitik der Reagan-Regierung in der zweiten Amtszeit wird — über alle Widersprüche hinweg — empfohlen, die Allianz auch mit großen Kosten zusammenzuhalten. Und gegenüber der Kritik an den wirtschaftlichen Maßnahmen in den USA wird den europäischen Staaten geantwortet, endlich von veralteten Vorstellungen über Wohlfahrtsstaat und planender Wirtschaftspolitik Abstand zu nehmen — und sich am erfolgreichen US-Beispiel zu orientieren. Dieser Aufsatz und seine Empfehlungen sind deshalb beachtenswert, da er im US-amerikanischen elitären Diskus-

greichen US-Beispiel zu orientieren. Dieser Aufsatz und seine Empfehlungen sind deshalb beachtenswert, da er im US-amerikanischen elitären Diskus-

sionsblatt „Foreign Affairs“ erschienen ist (3).

Die gegenwärtige Wirtschaftpolitik und Währungspolitik der USA wird von vielen Polikern als ein Vabanque-Spiel eingeschätzt, bei dem nicht nur die US-Wirtschaft, sondern das gesamte westliche Industriesystem der Einsatz ist. Unter dem Titel „Wir fordern eine neue Politik“ veröffentlichten eine Reihe prominenter ehemaliger Regierungschefs einen Report der Internationalen Gruppe des Aspen-Instituts, in dem sie einen Appell für eine rationalere Politik der Metropolen starteten. Dort empfahlen sie als Leitlinie internationaler Diplomatie unter anderem: „*Eine einzelne Regierung unternimmt nichts, was ihre Verbündeten ernsthaft beeinträchtigt, wenn diese aus gewichtigen Gründen Widerspruch erheben. Auf längere Sicht ist wahrscheinlich weniger kostspielig, von einer einseitigen Maßnahme abzusehen, die nur gegen den Widerstand des engsten Freundes realisiert werden kann, als die Entfremdung in Kauf zu nehmen, die ein solcher Alleingang provoziert.*“ (4) Die Geschichte zeigt, daß imperialistische Politik sich solchen Vorsätzen nicht unterordnet. Aber in den gegenwärtigen Versuchen, die innerimperialistischen Konflikte auf der Ebene der Politik zu halten, und die Widersprüche nicht durch eine Politik mit anderen Mitteln zu lösen, können wir sehen, welch turbulenten Zeiten wir entgegen gehen.

Imperialismus-Kommission

Anmerkungen:
1) Alexander Schubert, Die Auswirkungen der Ölpreis- und der Zinssteigerungen auf die Entwicklungsländer, in: Entwicklungsländer in der Finanzkrise, 1983
2) Jens van Scherpenberg, Die Außenhandelspolitik der USA zwischen Freihandel und Protektionismus, in: aus politik und zeitgeschichte, 27.4.85
3) Henry Grunwald, After the Election — Foreign Policy Under Reagan II, in: Foreign Affairs, Winter 1984/85
4) Dieser Aufsatz ist u.a. unterzeichnet von: J. Callaghan, ehem. britischer Premierminister; Bruno Kreisky, ehem. österreichischer Bundeskanzler; Georg Kennan, ehem. US-Botschafter in Moskau; Helmut Schmidt; John J. McCloy, ehem. Vorsitzender der Chase Manhattan Bank; Pierre Trudeau, ehem. Premierminister von Kanada; Robert S. McNamara; Cyrus Vance, ehem. US-Außenminister. Aus: ZEIT, 30.11.84

Informationen zum Thema Weltwährung und Weltmarkt sind entnommen aus: Dietmar Goralczyk, Weltmarkt, Weltwährungssystem und westeuropäische Integration, Gießen 1975. Ansonsten Presse vom Anfang Mai 1985.

Vor dem Krieg das Embargo



Fortsetzung von Seite 1

Wesentlich fatalere Auswirkungen wird die Unterbrechung der Importe aus den USA haben, die hauptsächlich aus Düngemitteln und Pestiziden sowie Ersatzteilen für landwirtschaftliche Maschinen und industrielle Anlagen bestehen. Daher wird der größte Effekt in der Landwirtschaft und Industrie erwartet.

Das Embargo trifft Nicaragua in einer Situation, wo die Wirtschaft kurz vor dem Bankrott steht. Ortega bezeichnete die Lage vor kurzem als „höllisch“, und der Leiter der Zentralbank äußerte, daß er keinen Cordoba mehr in seinen Safes habe. Die nicaraguanische Auslandsschuld ist extrem hochgeschnellt, von 515 Mio. US-Dollar im Jahre 1984 auf 4,4 Mrd. US-Dollar Anfang 1985. Seit Monaten

mehr in seinen Safes habe. Die nicaraguanische Auslandsschuld ist extrem hochgeschnellt, von 515 Mio. US-Dollar im Jahre 1984 auf 4,4 Mrd. US-Dollar Anfang 1985. Seit Monaten

kann Nicaragua keine Kredite mehr zurückzahlen. Die Versorgungslage mit Lebensmitteln ist äußerst kritisch, die Inflation beträgt ca. 300%.

Ende 1983 stellte Venezuela die Erdöl-Lieferungen aufgrund von Zahlungsschwierigkeiten Nicaraguas ein. Die Auslandsschuld gegenüber Venezuela beträgt 80 Mio. US-Dollar. Ab Ende 1983 sprang die Sowjetunion mit Öllieferungen ein, die jetzt 50% der Importe ausmachen. Die andere Hälfte lieferte bisher Mexiko, das seine Lieferungen aber solange einstellen will, bis Nicaragua wieder zahlungsfähig ist.

Ursache der schlechten wirtschaftlichen Lage ist eindeutig der Krieg. Ca. die Hälfte des Staatshaushaltes (1 Mrd. US-Dollar) muß für die Verteidigung ausgegeben werden; 1984 entstanden Kriegsschäden in Höhe von 250 Mio. US-Dollar. Hinzu kommt die Blockierung von Krediten bei der Interamerikanischen Bank für Entwicklung und bei dem Weltwährungsfond, die, auf Druck der USA hin, weitere Kredite an politische Forderungen knüpfen.

Die Strangulierungspolitik der USA besteht seit 1979 in dem Zusammenspiel von Contra-Aktivitäten — Zerstörung der Ernten und Industrieanlagen — und direktem wirtschaftlichen Druck:
— 1980 wurden die ersten Einfuhrbeschränkungen für nicaraguanischen Zucker in den USA erlassen.
— Im selben Jahr wurden sämtliche Entwicklungskredite der USA, wie auch versprochene Kredite der BRD, annulliert.
— 1983 verminte die CIA alle Häfen Nicaraguas und bewirkte kurzfristig eine fast vollständige Seeblockade.
— Im November 1984 wurde unter dem Vorwand, sowjetische Waffenlieferungen an Nicaragua zu verhindern, von der US-Regierung eine totale Seeblockade erwogen.
— Ende Februar 1985 blockierten die USA eine Schiffsladung Öl in Ecuador, die für Nicaragua bestimmt war.
— Anfang März sperrte die US-Regierung einen Landwirtschafts-Kredit bei der Interamerikanischen Bank für Entwicklung über 58 Mio. US-Dollar.
— Ende März kündigte ein Sprecher des Weißen Hauses an, daß bei einer Bewilligung der 14 Mio. für die Contra, parallel ein Handelsembargo verhängt werden soll.

Am 1.4.85 erschien das äußerst regierungsnahe Magazin „US News & World Report“ mit einer Titelstory über Nicaragua. Statt einer Invasion wird die totale Handelsblockade empfohlen, um in der angeschlagenen Wirtschaft „den latenten Unmut in Widerstand umschlagen zu lassen“. In derselben Ausgabe spricht sich der demokratische Senator von Iowa, T. Harkin, in einem Interview gegen eine Intervention und die offene Unterstützung der Contras aus und empfiehlt stattdessen, wirtschaftlichen Druck auf Nicaragua auszuüben, um es zu einer Lösung von Cuba und der SU zu zwingen: „Wenn Nicaragua dann die Beziehungen zur SU weiterführt, können wir den ökonomischen Druck erhöhen“. In der Frage eines Wirtschaftskrieges bestehen keine Differenzen zwischen der Opposition in Kongreß/Repräsentantenhaus und der Regierung. Bisher sind aus dem Lager der Demokraten zu dieser Variante kritische Stimmen nicht zu vernehmen. Weiterhin ist auch zu berücksichtigen, daß die Zukunft der Contra als äußerst schlecht beurteilt wird. Der pensionier-

Regierung. Bisher sind aus dem Lager der Demokraten zu dieser Variante kritische Stimmen nicht zu vernehmen. Weiterhin ist auch zu berücksichtigen, daß die Zukunft der Contra als äußerst schlecht beurteilt wird. Der pensionier-

te Oberkommandant der US-Truppen in Zentralamerika, Gorman, sagte vor dem Kongreß, daß sich die Contras in absehbarer Zukunft nicht mehr halten können. Nah Schätzung von Militärexperten benötigten sie ca. 30-50 Mio. US-Dollar *pro Jahr*, um die nicaraguanische Regierung und Gesellschaft ernsthaft gefährden zu können. Das ist weit mehr als die 80 Mio., die sie über die CIA zwischen 1981 und 1984 erhalten haben. Daher hatten die 14 Mio. für die Contras, über die öffentlich abgestimmt werden sollte, lediglich symbolischen Wert, der weitere inoffizielle und private Geldströme nach sich gezogen hätte.

Was aber ist das Ziel des jetzigen Embargos? Die offizielle Version, Nicaragua zum Abbruch der Beziehungen mit Cuba und der SU zu bewegen, kann nur als paradox bezeichnet werden, da es die erklärte Absicht der USA ist, daß sich möglichst viele Länder dem Embargo anschließen, was zwangsläufig engere Beziehungen Nicaraguas mit dem RGW-Bereich zur Folge hat. Dies soll dann umso mehr angeprangert werden.

Entscheidende Absicht scheint es zu sein, größere Teile der Bevölkerung Nicaraguas in die Opposition zu treiben. Die ausgerechnet vom „Wall Street Journal“ und der Fernsehgesellschaft CBS veröffentlichten Dokumente über die Contras zeigen, daß diese als Sabotagetruppe gegen Wirtschaftseinrichtungen weiter gebraucht werden, aber als echte nicaraguanische Opposition nicht verkauft werden können. Eine solche soll jetzt aus dem erhofften Zusammenbruch der Wirtschaft entstehen; nicht umsonst zielen die wichtigsten Maßnahmen auf den privaten Sektor, wo der Unmut am leichtesten zu schüren ist.

Die größte Gefahr liegt in der stetigen Eskalation der Maßnahmen der US-Regierung. Was bleibt schließlich noch nach einem Handelsboykott außer einer militärischen Intervention? Außenminister Shultz hat jedenfalls in einem Interview nach der Abstimmungsniederlage im Repräsentantenhaus erklärt, daß weder ein zweites Cuba noch ein zweites Vietnam in Zentralamerika geduldet werde.

Imperialismus-Kommission

(alle Zitate aus: „El Pais“ und „The Economist“)

Frankreich, August 1944: Der Aufstand von Paris

„Seit über einem Jahr verbreiten wohlmeinende Seelen, es habe nie einen Pariser Aufstand gegeben, die Männer der Resistance hätten sich mit einigen Schüssen in die Luft, im allerletzten Moment, begnügt.

Diese wohlmeinenden Seelen traf man in der Tat nicht bei den Barrikaden ... In der Tat keine Barrikaden in Auteuil und Passy. Aber andere zeigten uns auch das Bild eines ganzen Volkes an den Gewehren, aus eigener Kraft Paris befreiend in einem edlen romantischen Elan. Wenn die Wahrheit nicht so einfach ist, verliert sie dabei nicht an Größe. Vier bis fünftausend Menschen standen nach einem konzertierten Plan auf, um den Weg der VII.. Armee zu versperren. Nach einer Woche Kampf standen fünfzigtausend Pariser auf den Barrikaden in den Stadtteilen der Revolution und kämpften mit Waffen, die sie dem Feind entrissen hatten. Dank ihnen bremste Paris den deutschen Rückmarsch, befreite sich aus eigener Kraft und ersparte den Alliierten zusätzliche Gefechte.

Das ist die Wahrheit. Man müßte noch die Farben eines sommerlichen Paris erwähnen, das Gewitter vom Mittwoch Abend, die Jugend auf den Barrikaden, endlich lachend, das erste Mal in diesen vier Jahren ...

Wir sollten das schätzen lernen, was uns diese großartige Woche gelehrt

Wir sollten das schätzen lernen, was uns diese großartige Woche gelehrt

hat: dieses Frankreich, das man als feige und verlogen bezeichnete, hatte noch eine Jugend, die auf die Schmähung antwortete, und dieses „degradierte" Volk war die einzige lebendige Kraft der Nation ..."

Das schrieb Albert Camus am 20. August 1945, ein Jahr nach dem Pariser Aufstand in der Zeitung „Combat" (1).

In den Arbeiter-Stadtteilen hatte fast jede Straße ihre Barrikade.

Entsprechende Karten weisen hunderte von Barrikaden in den 18., 19., 20., 12., 13., 14. und 15. Pariser Arrondissements auf, ganz wenige dagegen im Auteuil und so gut wie keine in Passy oder im 8. Arrondissement.

Es wurde mit alten Gewehren, mit Pistolen und Küchenmessern gekämpft.

Der Kommandant der FFI („Französische Kräfte des Inneren", Zusammenschluß aller militärischen Widerstandsorganisationen) in Paris, Kolonel Rol, gab am 22. August 1944 die Anweisungen: *„Jedem sein Boche! Überzieht Paris mit Barrikaden!"* An der Sorbonne stellte Joliot-Curie (Nobelpreis Physik) Molotow-Cocktails her ...

3000 Pariser starben, 7000 wurden verwundet. Am 25. August kam de Gaulle an. Am 26. August titelte die „Humanite", Zeitung der KPF, nach Versen von Victor Hugo: *„Die letzten Feinde in der Hauptstadt vernichtet! Den ganzen Tag haben die FFI und die Truppen gekämpft ... Von einem zum anderem Ende des noch besetzten Frankreich steht das Volk mit Gewehren auf, um den Eindringling zu vernichten."*

Im August/September 1944 schrieb Sartre die Reportage **„Ein Spaziergänger im aufständischen Paris"** (2).

„Die ersten Vorgefechte haben am Samstag gegen drei Uhr stattgefunden. Seit dem Vorabend fuhren Autos, Lastwagen, Panzer unablässig über die Quais. Um drei Uhr überquerten in kleinen Gruppen Männer in Hemdsärmeln mit ausdrucksloser Miene die Straße und setzten sich an den Quai-Mauern fest. Wenig Waffen: ein paar Gewehre, eine oder zwei Handgranaten, Revolver, keine Munition. Die Devise ist bekannt: einen Deutschen niederschlagen und ihm seinen Revolver wegnehmen, ein Gewehr erobern, mit dem Gewehr einen Wagen in seinen Besitz bringen, mit dem Wagern einen Schützenpanzer und einen Panzer nehmen. So mancher unter den Ungläubigen der Resistance hat darüber gelächelt. Und doch hat sich dieses Programm vor meinen Augen Punkt für Punkt verwirklicht. Einer meiner Freunde hat mit einer bei einem Antiquar beschlagnahmten Muskete gekämpft. Und er hat sie nicht einmal lange behalten. Nach einer halben Stunde riß ein waffenloser Angehöriger der Forces francaises de l'Interieur sie ihm aus den Händen: ‚Gib sie mir, ich kann besser schießen als du.' "

„Ein anderer, ein ehrenwerter Museumskonservator, wollte kämpfen. Ohne Waffe ging er auf die Straße hinunter, und die Leute von den Forces francaises de l'Interieur sagten zu ihm: ‚Stell dich da hin, und wenn wir einen Lastwagen umlegen, dann stürz dich hinein und nimm ein Gewehr'. Er wartete drei Stunden, aber keinerlei Lastwagen kam vorbei. Angewidert ging er in sein Museum, schlug einen Schaukasten ein und stahl — der erste Diebstahl seines Lebens — ein prächtiges Mausergewehr, das zwischen einem Totenschläger, einem Bumerang und einem malaiischen Kris thronte. Ganz stolz kam er wieder: ‚Da ist das Gewehr, jetzt gebt mir die Kugeln!' Die Leute von den Forces francaises de lInterieur lachten: ‚Kugeln haben wir keine. Aber weil du etwas bringst, hast du hier einen Revolver. Sieh zu, wie du damit klarkommst.' "

In mehreren Abschnitten dieser Reportage beschreibt Sartre den Tag der Befreiung: *„Sie kommen. In den Lastwagen, in den Jeeps, auf den Panzern, unter den amerikanischen Stahlhelmen, sonnengebräunt, glücklich, lächelnd ... Es sind französische Soldaten der Division Leclerc. Die Menge brüllt vor Freude. Sie erstürmt die Wagen, ergreift die ausgestreckten Hände. ... Sie ziehen vorüber, und die Menge bejubelt sie unermüdlich, stampft mit den Füßen, klatscht in die Hände. Plötzlich knallt ein Schuß, noch einer und noch einer; eine Frau ist gefallen, ihr Kleid in den Farben der Trikolore hat ein Loch mitten im Mieder ... Ich habe nie einen seltsameren und schöneren Vorbeimarsch gesehen. Er hatte nicht die strenge Gliederung und den Aufwand der großen Truppenschauen. Zuallererst erinnerten diese bunten Wagen, die mit sonderbaren Zeichen und Streifen aus weißer Farbe bedeckt waren, an einen etwas dürftigen Karneval, einen Kriegskarneval. Auf kleinen Lastwagen zogen Männer und Frauen langsam vorüber, wie auf den großen Wagen am Karnevalsdienstag. Nur hielten sie in ihren Händen Gewehre, Handgranaten, Revolver; ihre Gesichter waren hart, von der Sonne gebräunt, von der Erschöpfung gezeichnet. Schwarze Autos folgten ihnen, aus denen bisweilen ein Arm, ein einziger Arm herausragte, welcher der Menge einen schweren Revolver zeigte.*

Man dachte an die finsteren Tage der Chicagoer Gangster, wenn Killer zu einem Bankraub fahren oder ein Opfer zu einer ‚Spazierfahrt' entführen. Aber die Menge klatschte und rief nach der ‚Lampion'-Melodie: ‚F.F.I.! ... F.F.I.!', und die Killer in Hemdsärmeln, die lachend all ihre Zähne bleckten, wurden durch die Huldigung des Volkes begrüßt ... Und dann erschienen plötzlich hinter diesem Zug von schlechtbewaffneten und schlechtbekleideten Männern und schönen Frauen, die in der einen Hand ein Gewehr und in der anderen eine Fahne hielten, mächtig und stumm Autos voller Soldaten, voller Mobilgarden mit weißen Handschuhen: die Ordnung, die Macht. Auch sie wurden beklatscht."

Von den 108.000 jüdischen Deportierten kamen nur 3.500 nach Frankreich zurück; von den 112.000 politischen Deportierten 35.000. Hinzu kommen mindestens 20.000 erschossene Resistance-Mitglieder, die Bevölkerung von Oradour und und und.

Rund 10.000 Kollaborateure wurden, unmittelbar nach der Befreiung, kurzerhand exekutiert; dann gab es 2.800 gerichtliche Todesurteile, wovon 767 vollstreckt wurden, und 3.910 Todesurteile in Abwesenheit. 39.000 Gefängnisstrafen wurden verhängt. Allerdings befanden sich 1952 davon nur 1.570 Menschen im Gefängnis. 40.000 Kollaborateuren waren die Ehrenrechte aberkannt worden, 1952 traf diese Situation nur noch für 10.000 zu.

Bei den Wahlen zur konstituierenden Versammlung im Oktober 1945 erreichten die verschiedenen kandidierenden Parteien folgende Ergebnisse: Kommunisten und MURF (Vereinigte Bewegung des französischen Widerstands): 5.000.000 Stimmen (26%), Sozialisten und UDSR (Demokratischer und sozialistischer Widerstandsbund): 4.600.000 Stimmen (24%), MRP (Bewegung der Volksdrepublikaner): 4.500.000 Stimmen (23,6%), Gemäßigte Rechte: 2.900.000 Stimmen (15%). Stärkste Fraktion wurde also die KPF. In der Pariser Region erreichte sie damals bis zu 35% der Stimmen.

Generalsekretär Maurice Thorez forderte für die KPF eines der großen Schlüsselministerien (Innen, Außen und Verteidigung). In einer Rundfunkansprache erklärte De Gaulle: „Ich will ihnen nicht die drei Hebel anvertrauen, von denen die Außenpolitik abhängt: die Diplomatie, die sie zum Ausdruck bringt, die Armee, die sie stützt, und die Polizei, die sie deckt" (3). Stattdessen ernannte er fünf KPF-Minister, darunter Thorez zum Staatsminister ohne Portefeuille, und die Minister für Wirtschaft, Rüstung, Industrielle Produktion und Arbeit.

Zuvor, im August 1945, hatte der Parteitag der SFIO (Sozialisten) das Angebot einer Fusion seitens der KPF mit 10.112 von 10.598 Stimmen abgelehnt.

Frankreich-Kommission

1. „La France depuis la guerre", Alexander Werth, Gallimard 1957
2. „Paris unter der Besatzung", J.P. Sartre, rororo 4593
3. „Frankreichs Geschichte seit dem Krieg", Ernst Weisenfeld, C.H. Beck

DKP gegen VVN und DDR?

Antisowjetische Gruppe mit Tarnkappe

Manifestation zum 8. Mai soll Antifaschisten täuschen

UZ, 23.4.85

Je näher der 8. Mai, der Tag des Sieges über den Faschismus und der Befreiung von der Nazibarbarei kommt, um so schärfer scheiden sich die Geister. Reaktionäre aller Schattierungen, ultrakonservative Kreise der Bonner Rechtskoalition, die Massenmedien unter Führung des Springer-Konzerns verstärken ihre antisowjetische Hetze, die Klage über die „deutsche Katastrophe und größte geschichtliche Niederlage".

Demokraten und Antifaschisten dagegen sind mit wachsendem Engagement und Aktivität dabei, die großen Kundgebungen in Hamburg, Köln und Frankfurt am 4. Mai 85 und ungezählte Manifestationen überall in Städten und Gemeinden der Bundesrepublik unter der Losung: Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg! vorzubereiten und durchzuführen.

Kein Wunder, daß sich in einer solchen Situation – genau wie in der Vergangenheit – notorische Fälscher, Spalter und Irreführer zu Wort melden, die ihr Süppchen wärmen wollen. So hat in München „die Redaktion einer parteiungebundenen Arbeiterjugendzeitung" die Trägerschaft der Manifestation „Dank Euch Ihr Sowjetsoldaten" übernommen. Sonst übt sich das Grüppchen in plumper antisowjetischer Verleumdung. Jetzt gibt die „Redaktion kämpfende Jugend – 8.-Mai-Ausschuß" vor, für den 11. Mai eine Manifestation zum „40. Jahrestag unserer Befreiung vom Hitlerfaschismus vorzubereiten".

In Wahrheit handelt es sich bei den Drahtziehern unter dem Deckmantel „Redaktion kämpfende Jugend" um den aus dunklen Quellen geförderten „Arbeiterbund", der schon öfter unter Vorspiegelung falscher Tatsachen als Organisator angeblich antifaschistischer Aktionen aufgetreten ist. Auch diesmal geht es den Drahtziehern nicht um eine antifaschistische Aktion, um einen Dank an die Sowjetsoldaten. Sie spekulieren vielmehr auf Verwirrung, auf Spaltung und Schwächung der antifaschistischen, demokratischen Kräfte, die gerade jetzt mehr und mehr in Aktionseinheit handeln und Lehren aus Faschismus und Krieg für die Kämpfe unserer Tage ziehen. Die tun heute alles, damit die amerikanischen Angriffsraketen gegen die Sowjetunion wieder vom Boden unseres Landes abgezogen werden, damit die Militarisierung des Weltraums verhindert wird.

In der Erklärung der „Redaktion kämpfende Jugend zum 8. Mai 85" gibt es nicht den geringsten Hinweis auf die Lehren aus dem Kampf gegen Faschismus und Krieg, für den heutigen antiimperialistischen und Friedenskampf. Kein Wort finden die „Verehrer der Sowjetarmee" für die aktuelle Politik der Sowjetunion, für ihre gewaltige politische und militärische Rolle im Ringen um die Friedenssicherung, gegen US-amerikanische imperialistische Weltherrschaftspolitik.

Dank Euch Ihr Sowjetsoldaten! Manifestation München 11. Mai

Verbeugung von Fälschern

Zum 40. Jahrestag unserer Befreiung vom Hitlerismus:

Dank Euch Ihr Sowjetsoldaten!

Manifestation München 11. Mai

Das Original

Wer aufjault, wie im hier dokumentierten „UZ"-Artikel vom 23.4.85, der ist getroffen. Getroffen ist die DKP von der „Dank Euch Ihr Sowjetsoldaten!"-Manifestation nicht nur in ihrem Alleinvertretungsanspruch für sowjetische Belange hierzulande (in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft). Mehr noch getroffen ist die DKP von einem Umstand, den sie in diesem Artikel nicht nur verschweigt, sondern dessen Kenntnis sie durch Fälschung des im Faksimile wiedergegebenen Aufrufes zu der Manifestation ihren Lesern vorenthalten will.

Es ist allerdings auch hart: Sprecher der von *„notorische(n) Fälscher(n)"*, von einer *„antisowjetische(n) Gruppe"* angekündigten Manifestation sind von der DKP hoch geschätzte Bündnispartner, u.a.

— Hanne Hiob, hervorragende Interpretin der Werke ihres Vaters Bertold Brecht. Erst jüngst war sie zum Internationalen Frauentag mit einem Brecht-Abend bei der Hamburger DKP zu Gast;

— Ferdi Hülser, ehemals Mitglied des Nationalkomitees Freies Deutschland (Widerstandsgruppe Köln), heute Ehrenmitglied der DFG/VK;

— Albert Lehmann, ehemaliges Mitglied einer Widerstandsgruppe in Deutschland, im KZ Osthofen inhaftiert, heute u.a. Mitglied des Landesvorstandes der VVN/BdA Hessen;

— Hermann Reineck, er kämpfte gemeinsam mit den Partisanen der Tschechoslowakei und Österreichs gegen den Hitlerfaschismus, heute ist er Generalsekretär der „Lagergemeinschaft Auschwitz — Freundeskreis der Auschwitzer e.V." (BRD).

Und es kommt härter noch: Die DKP hat nicht nur einen Einbruch in ihr Monopol auf die VVN und ins Lager des traditionellen Antifaschismus hinzunehmen, auch die bsherige Generalvertretung für Auftritte von DDR-Prominenz in der BRD wird ihr beschnitten. Sozusagen starguest der Münchner Manifestation ist nämlich der — zu Recht hochgeehrte — DDR-Staatsschauspieler Erwin Geschonneck, ehemals Widerstandskämpfer, inhaftiert im KZ Neuengamme.

„Verbeugung von Fälschern" hat die „UZ"-Redaktion das Flugblatt-Faksimile unterschrieben. Dummerweise war es nun gerade die „UZ"-Redaktion selbst, die das Blatt gefälscht hat, indem sie solange die Schlagzeilen auf dem Blatt hin- und hergeschoben hat, bis der ursprünglich vorhandene Block mit der Nennung der Redner/innen verschwunden war (s. nebenstehendes Original!). Verbeugt sich nun hier die „UZ"-Redaktion vor der eigenen Fälscherkunst oder wie sonst dürfen wir ihren Bild-Kommentar verstehen?

K., Hamburg

P.S.: Genau wie wis nun mal (meistens) sind, haben wir uns beim Veranstalter — dem Büro „Dank Euch Ihr Sowjetsoldaten!" — erkundigt, ob es vielleicht zwei Versionen des Flugblattes gäbe, die „UZ" halt die ihr genehmere publiziert habe. Nein, sagt uns das Büro, es gibt nur eine Version, und auf der sind alle Sprecher genannt.

Die kritischen Fragen zu den revanchistischen „unverrückbaren Rechtsgrundsätzen'' bundesdeutscher Außenpolitik sind verstummt. Es ist der Kohl-Regierung gelungen, das Thema, mit dem zur Zeit außenpolitisch nur Schaden anzurichten ist, unter den Teppich zu kehren. Im Inneren geht dagegen die Arbeit an der ideologischen Trendwende weiter: Die „offene Wunde der deutschen Teilung'' könnte ja sonst bei der nachwachsenden Generation schlicht in Vergessenheit geraten. Der folgende Artikel beleuchtet ein zunächst wenig spektakuläres, aber in seiner Bedeutung für den Revanchismus nicht zu unterschätzendes Feld der Reproduktion „deutscher Identität''.

Revanchismus im Unterricht
Schularbeiten für Großdeutschland

„... auf neue Ausfahrt vorbereiten''

Die Aufgabe der „Ostkunde'' an den Schulen hat schon 1959 der ehemalige NS-Volkskundler und Schriftleiter der „Deutschen Ostkunde'', Dr.Dr. Ernst Lehmann, prägnant umrissen: *„Ostkundliche Bestrebungen ... wollen im Rahmen von Erziehung und Unterricht ... den Anspruch auf die unaufgebbaren Gebiete wachhalten und die deutsche Jugend für eine neue Ausfahrt im Auftrag Europas vorbereiten.''* (Dt. Ostkunde, Sept. 59) In diesem Sinne wurde bereits 1952 die „Arbeitsgemeinschaft Sudetendeutscher Erzieher'' in der Sudetendeutschen Landsmannschaft gegründet; 1953 entstand auf deren Initiative die „Bundesarbeitsgemeinschaft Deutsche Ostkunde im Unterricht'', die auch die bis heute erscheinende Zeitschrift „Deutsche Ostkunde — West-ostdeutsche Blätter für Erziehung und Unterricht'' herausgibt. Aus diesen Kreisen rekrutierten sich die „Ostkundereferenten'' in den Kultusministerien der Länder. In § 96 des Bundesvertriebenengesetzes wurde die „ostkundlich-kulturelle Bildungsarbeit'' der Vertriebenenverbände politisch und materiell abgesichert. Auch nichtstaatliche Stellen, wie die Ostkundearbeitsgemeinschaften dieser Verbände, wurden und werden aus öffentlichen Mitteln finanziert. Es entwickelte sich ein enges, nach wie vor arbeitendes Geflecht von staatlichen, halbstaatlichen und Verbandsstellen, wo die Vorgaben für eine revanchistische Schulung der „deutschen Jugend'' erarbeitet werden.

Der Stand dieser konzertierten Bemühungen wurde in den „Empfehlungen zur Ostkunde'' der Kultusminister vom 13.3.56 festgehalten: *„Das gesamte Erziehungs- und Bildungswesen der Deutschen muß den Aufgaben gerecht werden, vor die unser Volk durch den Einbruch des Sowjetsystems in Mitteleuropa, durch die Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa und durch die Spaltung Deutschlands in einen westlichen und einen östlichen, unter den Einfluß des Sowjetsystems geratenen Teil gestellt worden ist. Das Schicksal Deutschlands und Europas wird wesentlich davon abhängen, ob es gelingt, diese Aufgaben zu meistern.''*

Entspannung und Verständigung?

Nach Einsetzen der „Neuen Ostpolitik'' Anfang der 70er Jahre wurden diese Richtlinien teilweise aus dem Verkehr gezogen. Eine deutsch-polnische Schulbuchkommission begann zu arbeiten. In ihrer Empfehlung sprach sie sich für das Akzeptieren der bestehenden Westgrenze Polens aus. Zumindest die offene Kalte-Kriegs-Propaganda verschwand aus einigen neuaufgelegten Schulbüchern

Ende der 70er Jahre war es dann Zeit für ein neues Grundsatzpapier der Kultusministerkonferenz, 1981 ergänzt durch „Grundsätze für die Darstellung Deutschlands in Schulbüchern und karthografischen Werken für den Schulunterricht''. Demanch ist das Deutsche Reich vom 31.12.37 nicht nur auf thematischen Karten, sondern auch auf politischen Karten Europas und physischen Übersichtskarten darzustellen, mit einer Legende versehen, die das rechtliche Fortbestehen von „Deutschland als Ganzem'' betont.

Aus den Richtlinien vom 23.11.78 (Titel: Die Deutsche Frage im Unterricht) wird klar, daß und warum die nach außen vorgetragene „Entspannungspolitk'' einer gegenläufigen Ergänzung im Innern dringend bedarf: *„Solange konkrete Erfolge einer auf die staatliche Wiedervereinigung gerichteten Politik nicht sichtbar sind, kommt es darauf an, den politischen, rechtlichen und humanitären Anspruch auf die deutsche Einheit und auf die freie Selbstbestimmung aller Deutschen langfristig wachzuhalten. Im Rahmen dieser umfassenden Aufgabe haben die Bildungseinrichtungen, vor allem die Schulen, einen besonderen Beitrag zu leisten ... Diese Aufgabe der Schule ist durch das Grundgesetz geboten; sie ist eine Zielsetzung von verfassungsrechtlichem Rang.''* Auf diese — angesichts der Berufsverbotepraxis nur als Drohung zu verstehende — Warnung vor einem Verfassungsverstoß folgen *„Hinweise für den Unterricht: Die deutsche Frage ist zugleich eine europäische Frage ... Zum europäischen Einigungsstreben steht der Wiedervereinigungsanspruch nicht im Gegensatz. Auch die europäische Einigung steht vor dem Problem, daß Europa geteilt ist. Sie kann sich derzeit nur auf einen Teil Europas erstrecken. Seine Vereinigung, in welcher Form auch immer, kann aber nicht Ende aller europäischen Einigungsvorstellungen sein. ... Der Unterricht soll gleichzeitig zeigen, daß das Festhalten an unserem nationalen Interesse legitim ist und das Aufgeben elementarer Interessen weder im Namen des Friedens gefordert werden kann noch der Sache des Friedens dient. ... Die Bundesrepublik Deutschland ist nicht das ganze Deutschland, ihre Bevölkerung nicht das ganze deutsche Volk: Deutschland ist mehr als die Bundesrepublik. Der Unterricht soll der Jugend diese Tatsache bewußt machen und zu einem dauerhaften Gefühl der Verbundenheit mit den Deutschen, insbesondere auch mit der Jugend im anderen Teil Deutschlands beitragen.''*

Allein mit diesen Richtlinien ließ sich allerdings nicht verhindern, daß die Zahl der Lehrer, die den Revanchismus als Herzensangelegenheit betrachteten, im Zuge der von der „Entspannungspolitik'' geprägten Klimaveränderung (und des Ausscheidens der alten NS-Kader aus dem Schuldienst) deutlich abnahm. *„Eine verunsicherte Lehrergeneration zeigte den Schülern Geschichte von der negativen Seite her, und die junge Generation begann das zu glauben''*, klagt ein Uwe Grewe im „Ostpreußenblatt'' (v. 12.6.82).

Um auch unabhängig von der individuellen Unterrichtsgestaltung der Lehrer Zugriff auf die Schüler zu bekommen, wurden in den meisten Bundesländern Schülerwettbewerbe zur „Ostkunde'' eingerichtet oder ausgebaut. Während ein solcher Wettbewerb in NRW schon seit 30 Jahren — damals von der „Deutschen Jugend des Ostens'' initiiert — duchgeführt wird, gibt es ihn in Baden-Württemberg seit 1969/70, in Hessen seit 1981/82. In

duellen Unterrichtsgestaltung der Lehrer Zugriff auf die Schüler zu bekommen, wurden in den meisten Bundesländern Schülerwettbewerbe zur „Ostkunde'' eingerichtet oder ausgebaut. Während ein solcher Wettbewerb in NRW schon seit 30 Jahren — damals von der „Deutschen Jugend des Ostens'' initiiert — duchgeführt wird, gibt es ihn in Baden-Württemberg seit 1969/70, in Hessen seit 1981/82. In

den Fragestellungen dieser Wettbewerbe geht es vor allem darum, immer wieder auf die urdeutsche kulturelle Tradition der „Ostgebiete'' hinzuweisen. Das macht an den Grenzen des Deutschen Reichs von 1937 nicht halt: Selbst Karpaten-, Wolga- oder Bessarabiendeutsche werden ausgiebig gewürdigt. Die Geschichtsklitterung kennt keine Schamgrenze: *„Der Einmarsch deutscher Truppen in der Sowjetunion 1941 wurde von vielen Völkern dieses Staates in der Hoffnung begrüßt, befreit zu werden''*, heißt es in den Begleitworten des bayrischen Kultusministers Mayer zum diesjährigen Schülerwettbewerb „Die Deutschen und ihre östlichen Nachbarn'' (taz, 4.4.85)

An der Ausarbeitung der Wettbewerbe sind die Vertriebenenverbände unmittelbar beteiligt. Die dafür bereitgestellten Mittel sind nicht unbeträchtlich: Die Arbeitsstelle zur Durchführung des Wettbewerbes in NRW z.B. war 1981 mit 400.000 DM ausgestattet. 1979 haben am NRW-Wettbewerb 121.000 Schüler teilgenommen, in Niedersachsen dagegen nur 278. (Weitere Zahlen: Bayern (1980) 27.000; Schleswig-Holstein (1981) 18.000; Rheinland-Pfalz (1981) 13.000; in BaWü waren es 1984 15.196 Teilnehmer aus 836 Schulen.)

Vorreiter Baden-Württemberg

Eine Schrittmacherrolle bei der Durchsetzung nationalistischer und revanchistischer Positionen hat Baden-Württembergs Kultusminister Mayer-Vorfelder übernommen. *„Die Tendenzwende im Bildungsbereich muß exekutiert werden''*, kündigte der begeisterte Reserveoffizier auf dem CDU-Parteitag in Donaueschingen 1981 stramm an. Entsprechend lehnte er es explizit ab, den Empfehlungen der deutsch-polnischen Schulbuch-Kommission nachzukommen. In einer großangelegten Lehrplanrevision wurden gegenteilige Passagen aufgenommen. Im Lehrplan für das Fach Gemeinschaftskunde der Berufsschulen beispielsweise wurde als übergeordnetes Lernziel zur Deutschen Frage vorgegeben: *„Der Schüler soll die Bereitschaft erwerben, den Wiedervereinigungsanspruch im Inneren wachzuhalten und nach außen beharrlich zu vertreten ...''*. Im selben Lehrplan wird unter dem Punkt „Nationalsozialismus'' bemängelt: *„Mißbrauch positiver Werte, z.B. Liebe zu Volk und Heimat''* —in Baden-Württemberg ist die-

beispielsweise wurde als übergeordnetes Lernziel zur Deutschen Frage vorgegeben: „Der Schüler soll die Bereitschaft erwerben, den Wiedervereinigungsanspruch im Inneren wachzuhalten und nach außen beharrlich zu vertreten ...''. Im selben Lehrplan wird unter dem Punkt „Nationalsozialismus'' bemängelt: „Mißbrauch positiver Werte, z.B. Liebe zu Volk und Heimat'' —in Baden-Württemberg ist die-

ser Begriff seit 1976 im Schulgesetz festgeschriebenes Erziehungsziel — *„Gemeinschaft, Treue, Tapferkeit, Opferbereitschaft''*. Positive Werte, die zur Durchsetzung des deutschen Wiedervereinigungsanspruchs zweifellos von Nutzen sein dürften ...

Zur Hintergrundschulung und pseudo-wissenschaftlichen Absicherung verteilte das Kultusministerium etwa 1983 eine Aufsatzsammlung unter dem Titel „Deutschland — eine geteilte Nation'', deren einleitende Betrachtungen der hinlänglich bekannte Golo Mann lieferte.

Wer diese Art freundlicher Winke nicht verstehen will, dem muß massiver Druck auf die Sprünge helfen: Die Regelbeurteilung im Öffentlichen Dienst soll in BaWü auf die Lehrer ausgeweitet werden. Die regelmäßige Befähigungs- und Leistungsbeurteilung — durchzuführen durch Schulleiter bzw. Schulräte — umfaßt insbesondere „Wertevermittlung und Wirken im Sinne der Erziehungsziele''. Schon heute — noch vor dem Inkrafttreten dieser Bestimmungen — verschärft sich der Druck durch die Kontrolle von Klassenbüchern und unangesagte Unterrichtsbesuche spürbar. Im Falle des Ulmer Lehrers Peter Langer, bekannt als aktives Mitglied der Ulmer Friedensbewegung und der GEW, wurde ein Exempel statuiert: Zwei Beamte des Oberschulamtes besuchten Langers Unterricht, Schüler wurden zur Person und zum Unterricht Langers verhört, der Direktor der Schule ließ den Schrank Langers im Lehrerzimmer aufbrechen und beschlagnahmte 13 Aktenordner „Zettelpädagogik'' (nicht vom Kultusministerium genehmigte Unterrichtsmaterialien): Presseartikel, Reportagen aus „Spiegel'' und „Stern'', Unterrichtseinheiten zu Gastarbeitern, Umweltschutz und Rechtsradikalismus. Zum 30.9.83 verfügte das OSA Langers Entlassung. **Vorgeworfen wurde ihm keine parteipolitische Aktivität, sondern „einseitiger und unausgewogener Unterricht'', u.a. eine ausführliche Behandlung von Heinrich Manns „Der Untertan''.**

Welche Folgen eine solche Kombination von exemplarischer Existenzvernichtung, allgemeinem Druck, Reglementierung und ideologischer Bearbeitung für die Veränderung der Unterrichtsinhalte im Konkreten bisher gebracht hat, läßt sich kaum abschätzen. Klar ist jedenfalls: **Die revanchistische „Basisarbeit'' an den Schulen läuft, und sie macht beträchtliche Anstrengungen, die in den Jahren der Entspannungspropaganda eingetretene teilweise „Aufweichung'' rückgängig zu machen. Nicht nur ein paar unverbesserliche alte Schreihälse, sondern die zuständigen staatlichen Stellen selbst forcieren die Vermittlung revanchistischer Ideologien und Ziele an die Jugendlichen.**

Scheint diesem Staat auch heute (mit Blick auf die ungünstige Außenwirkung) eine militant-revanchistische Massenmobilisierung nicht gerade wünschenswert, so wird doch — gezielt

zu machen. Nicht nur ein paar unverbesserliche alte Schreihälse, sondern die zuständigen staatlichen Stellen selbst forcieren die Vermittlung revanchistischer Ideologien und Ziele an die Jugendlichen.

Scheint diesem Staat auch heute (mit Blick auf die ungünstige Außenwirkung) eine militant-revanchistische Massenmobilisierung nicht gerade wünschenswert, so wird doch — gezielt

in der Jugend — versucht, einen Boden zu bereiten, der eine solche Mobilisierung m ö g l i c h macht. Von diesem Fundament aus lassen sich veränderte politische Konstellationen in Europa und neue Spielräume, die sich für die bundesdeutsche Politik vielleicht einmal ergeben könnten, u.U. sehr rasch und massiv für heute aus pragmatischen Gründen zurückgestellten offenen Revanchismus nutzen.

Ein Genosse aus Freiburg, mit Unterstützung einer BWK-Genossin

Quellen
Herbert Wittmeier: Das Prinzip Ostkunde, in: Schritte zur deutsch-polnischen Verständigung, Hg. von der Deutsch-Polnischen Gesellschaft u.a., Reinheim 1983, S.60 ff.
Zur Kritik der „Behandlung der deutschen Frage im Unterricht'' und Materialien gegen die Schulpolitik der CDU, hg. vom AK Schulpolitik der Volksfront BaWü
Georg Herde: Die „Bonner Wende'' in Schule und Unterricht. Revanchistische Indoktrinierung der Jugend, hg. vom Präsidium der VVN, Juni 1984
sowie diverse Materialien aus den Schulen



INNENMINISTERIUM BADEN-WÜRTTEMBERG

Schülerwettbewerb
mit osteuropäischen und gesamtdeutschen Themen

Fragen aus den Wettbewerben 1983 - 1985

Im Jahr 1788 wurde der Gesuchte auf Schloß Lubowitz in Schlesien geboren, er starb 1857 in Neisse. Er stu-



INNENMINISTERIUM BADEN-WÜRTTEMBERG

Schülerwettbewerb
mit osteuropäischen und gesamtdeutschen Themen

Fragen aus den Wettbewerben 1983 - 1985

- Im Jahr 1788 wurde der Gesuchte auf Schloß Lubowitz in Schlesien geboren, er starb 1857 in Neisse. Er studierte Jura in Halle, Heidelberg und Berlin und stand als Jurist im Staatsdienst. Als Lyriker und Romantiker hat er sich einen großen Namen gemacht. Es handelt sich um
  a) Gerhart Hauptmann b) Joseph Freiherr von Eichendorff c) Andreas Gryphius
- 1. Wie hieß der Chemiker, der schon vor dem 1. Weltkrieg mit dem „Hydrierverfahren" die industrielle Verarbeitung der Kohle zu Gas, Benzin und Heizöl erfand?
  a) Paul Ehrlich b) Friedrich Bergius c) Justus Liebig
  2. Stammte er aus
  a) Schlesien b) Brandenburg? c) Pommern? d) Ostpreußen?
- „Europa" in unserem Sprachgebrauch wird häufig gleichgesetzt mit Westeuropa, aber auch mit der Europäischen Gemeinschaft. Europa ist jedoch mehr als in diesen beiden Begriffen zum Ausdruck kommt; es umfaßt mehr als 30 Staaten, darunter Teile der Sowjetunion. Die Ost-Grenze zu Asien bildet ein Gebirgszug. Wie heißt er?
  a) Karpaten b) Kaukasus c) Ural
- In der Sowjetunion haben sich bei der Volkszählung 1979 1 936 000 als Deutsche bekannt. Die meisten von ihnen wurden während des Zweiten Weltkrieges (1941/42) aus ihren angestammten Siedlungen an der Wolga, in der Ukraine, auf der Krim, im Kaukasus, in klimatisch ungewohnte Gebiete Sibiriens und Mittelasiens deportiert.
  Die überwiegende Mehrheit der Vorfahren dieser Siedler wurde teils in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, teils im ersten Viertel des 19. Jahrhunderts durch eine aus Deutschland stammende russische Zarin bzw. durch ihren Enkel ins Land gerufen. Wie hieß sie?
  a) Anna b) Katharina II. c) Elisabeth
- Der Staatssekretär, der 1919 die österreichische Friedensdelegation in St. Germain leitete, beklagte, daß durch den Friedensvertrag die Sudetendeutschen von Österreich losgerissen und einer fremden Staatlichkeit unterstellt wurden: „Es gibt keinen, der diese Lösung nicht als nackte Vergewaltigung empfinden würde, und der Schmerz darüber wird nie still, die Klage über dieses Unrecht niemals stumm werden." Er wurde 1920 Staatskanzler und von 1945–1950 Bundespräsident der Republik Österreich. Wie heißt dieser Staatsmann?
  a) Karl Lueger b) Karl Renner c) Leopold Figl d) Viktor Adler
- Das 20. Jahrhundert wird heute schon „Jahrhundert der Flüchtlinge" genannt. Machtpolitische und nationalistische Gründe, religiöse Intoleranz oder rassistische Besessenheit zwangen von 1900 bis heute über 100 Millionen Menschen auf der ganzen Welt zum Verlassen ihrer Heimat, sei es durch Vertreibung oder Flucht vor Verfolgung. Während und nach dem Zweiten Weltkrieg waren hiervon vor allem Deutsche, Esten, Finnen, Juden, Letten, Litauer, Polen, Rumänen und Ungarn betroffen.
  Wie viele Deutsche wurden insgesamt aus ihrer Heimat vertrieben?
  a) 2–3 Millionen b) 6–8 Millionen c) 14–18 Millionen
- Ein Land Europas hat nach Westen hin einen fast 1400 km langen und in die Tiefe gestaffelten, streng bewachten Sperrgürtel aufgebaut. Offensichtlich geschah dies aus Furcht, es könnten zu viele Menschen aus diesem Land flüchten. Dieser als Friedensgrenze bezeichnete Sperrgürtel besteht – einmalig in der Welt – aus folgenden Teilen, die nacheinander aufgebaut sind: Grenzstein – Markierungssäule – 3,20 m hoher Metallgitterzaun mit Selbstschußanlagen SM-70 – Kraftfahrzeug-Sperrgraben – 6-m-Spuren-Sicherungsstreifen – Kolonnenweg – Beobachtungsturm – Lichtsperre – Grenzmeldenetz – 500-m-Schutzstreifen mit Schutzstreifenzaun – 5-km-Sperrzone. Handelt es sich um
  a) Schweden b) Spanien c) Österreich
  d) die DDR e) die Bundesrepublik Deutschland

Der erste Preis ist eine fünftägige Flugreise nach Berlin; teilnehmenden Schülergruppen winkt u.a. eine „dreitägige Grenzlandfahrt".

Zum Ausschneiden: Das Deutschlandlied mit allen drei Strophen

DAS LIED DER DEUTSCHEN

Das Lied wird zur Kaiserhymne von Josef Haydn gesungen (unten)

Deutschland, Deutschland über alles,
über alles in der Welt,
Wenn es stets zu Schutz und Trutze
brüderlich zusammenhält.
Von der Maas bis an die Memel,
von der Etsch bis an den Belt
Deutschland, Deutschland über alles,
über alles in der Welt.

Deutsche Frauen, deutsche Treue,
deutscher Wein und deutscher Sang
Sollen in der Welt behalten
Ihren alten schönen Klang.
Uns zu edler Tat begeistern
unser ganzes Leben lang –
Deutsche Frauen, deutsche Treue,
deutscher Wein und deutscher Sang!

Einigkeit und Recht und Freiheit,
für das deutsche Vaterland!
Danach laßt uns alle streben,
brüderlich mit Herz und Hand!
Einigkeit und Recht und Freiheit,
sind des Glückes Unterpfand –
Blüh' im Glanze dieses Glückes,
blühe deutsches Vaterland!

Poco adagio; cantabile

p dolce

Die Urschrift des Deutschlandliedes (oben) von Hoffmann von Fallersleben (Bildmitte)

aus: „Schulzeit'' (kostenlos verteilte Zeitschrift des Kultusministeriums), März 1985

»Wir haben nichts gewußt!«

Ursprünglich war für das 1937 in unmittelbarer Nachbarschaft Weimars eingerichtete Konzentrationslager der Name ,,Ettersberg'' angeordnet worden, der jedoch in ,,Buchenwald''umgewandelt wurde, weil, wie es in einem seinerzeitigen NS-Schreiben heißt, ,,Ettersberg mit dem Leben des Dichters Goethe in Zusammenhang'' stehe (zit. n. ,,FR'', 15.4.85).

Am 11. April 1945, dem Tag der Selbstbefreiung des Lagers, waren von den 250.000 Menschen, die in den acht Jahren des Bestehens von Buchenwald dort eingeliefert worden waren, über 60.000 ermordet. Weitere Tausende waren nach der Befreiung ,,dem Tode so nahe, daß keine Hoffnung auf ihre Genesung besteht'' (,,Daily Telegraph'', 18.4.45).

Die amerikanische Fotojournalistin Margaret Bourke-White begleitete die US-Truppen 1945 durch Deutschland. In ihrem 1946 in den USA erschienenen Buch ,,Dear Fatherland, Rest Quietly'' (Lieb Vaterland, magst ruhig sein) berichtet sie in Bild und Wort u.a. über das KZ Buchenwald. Wir dokumentieren einen Teil ihres Berichtes und einige ihrer Fotografien vom April 1945. K.

„Wir haben nichts gewußt! Wir haben nichts gewußt!"

Diese Worte hörte ich an einem sonnigen Nachmittag im April zum erstenmal. Sie sollten sich in den folgenden Wochen noch so oft wiederholen. Wir bekamen sie so häufig und monoton zu hören, daß sie uns wie eine deutsche National-Hymne vorkamen.

Dieser Apriltag in Weimar hatte etwas Unwirkliches, ich fühlte etwas, woran ich mich hartnäckig festklammete. Ich sagte mir ständig vor, ich würde erst dann an das unbeschreiblich gräßliche Bild in dem Hof vor mir glauben, wenn ich meine eigenen Photos zu sehen bekäme. Die Kamera zu bedienen, war fast eine Erleichterung, es entstand dann eine schwache Barriere zwi-

ständig vor, ich würde erst dann an das unbeschreiblich gräßliche Bild in dem Hof vor mir glauben, wenn ich meine eigenen Photos zu sehen bekäme. Die Kamera zu bedienen, war fast eine Erleichterung, es entstand dann eine schwache Barriere zwi-schen mir und dem bleichen Entsetzen, das ich vor mir hatte.

Dieses bleiche Entsetzen empfand ich als zart und durchscheinend wie Schnee, und ich wünschte, es möchte unter der strahlenden Aprilsonne, die vom klaren, blauen Himmel schien, einfach wegschmelzen. Ich wollte, daß es verschwand, denn solange es da war, mußte ich daran denken, daß dies wirklich Menschen getan hatten — Menschen mit Armen und Beinen und Augen und Herzen, die unseren nicht unähnlich waren. Und es machte, daß ich mich schämte, zur menschlichen Rasse zu gehören.

Die paar hundert anderen Zuschauer, die an jenem sonnigen Aprilnachmittag durch den Hof von Buchenwald zogen, sträubten sich ähnlich, zu den menschlichen Wesen zu gehören, die diese furchtbaren Verbrechen verübt hatten. Allerdings hatte ihr Widerstreben eher eigennützige Motive, sie waren Bürger von Weimar und ganz darauf aus, ihre Ahnungslosigkeit den Greueltaten gegenüber zu vertreten.

Als Truppen der 3.Armee zwei Tage zuvor Buchenwald besetzt hatten, war der alte Haudegen General Patton so erregt von dem, was er sah, daß er seiner Polizei befahl, in Weimar (Buchenwald ist ein Vorort der Stadt) tausend Bürger aufzutreiben und sie zu zwingen, mit eigenen Augen zu sehen, was ihre Führer getan hatten. Die Militärpolizisten waren so empört, daß sie mit zweitausend zurückkamen.

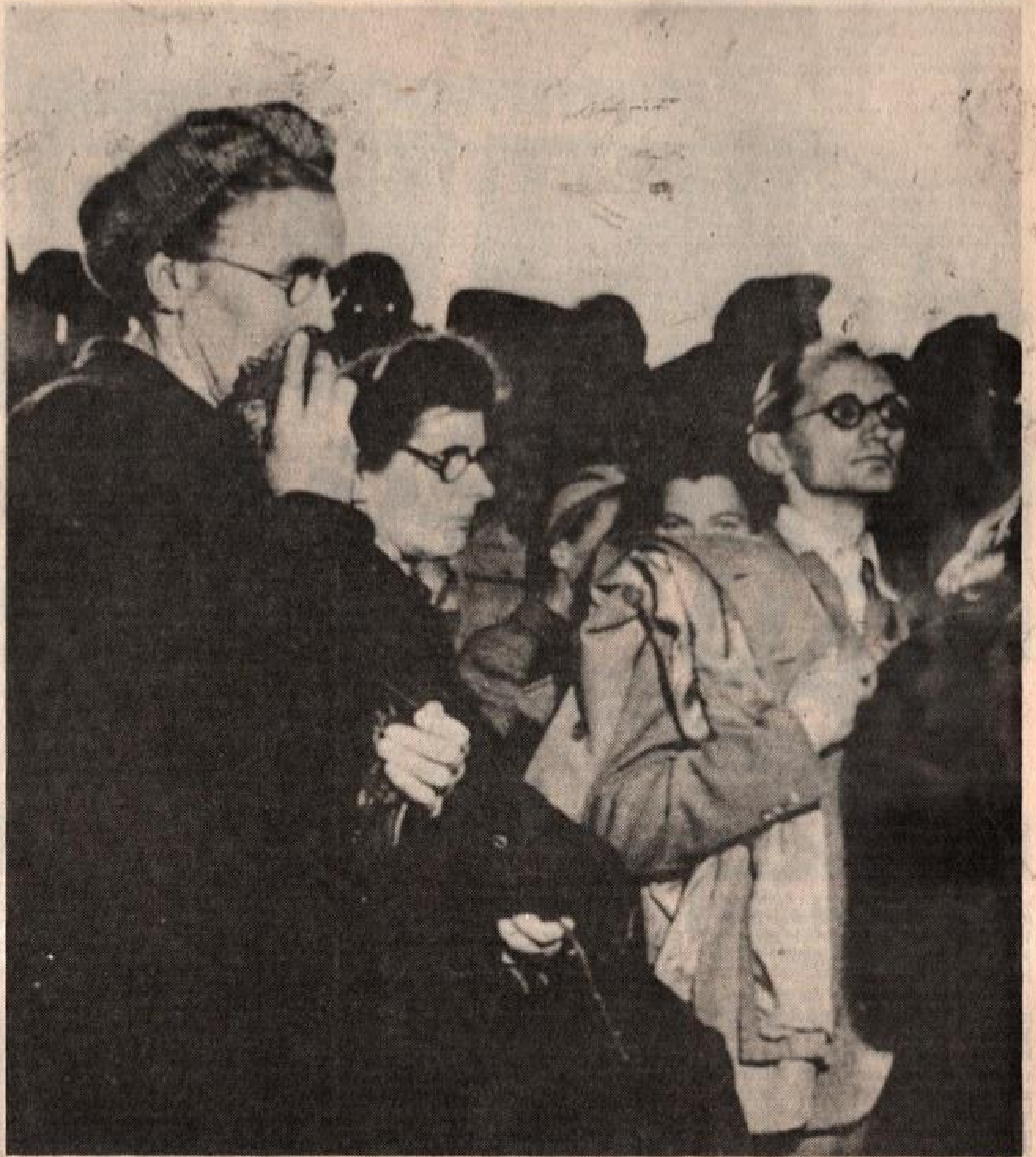
Die eben befreiten Insassen des Lagers in ihren blauweißgestreiften Häftlingsanzügen kletterten auf die Zäune um den Hof. Dort warteten die Zwangsarbeiter und politischen Gefangenen darauf, mitanzusehn, wie die Deutschen gezwungen wurden, den Haufen ihrer toten Kameraden anzuschaun. Frauen fielen in Ohnmacht oder weinten. Männer bedeckten ihr Gesicht und drehten die Köpfe weg. Als die Zivilisten immer wieder riefen: „Wir haben nichts gewußt! Wir haben nichts gewußt!" gerieten die Ex-Häftlinge außer sich vor Wut.

„Ihr habt es gewußt", schrien sie. „Wir haben neben euch in den Fabriken gearbeitet. Wir haben es euch gesagt und dabei unser Leben riskiert. Aber ihr habt nichts getan."

Natürlich hatten sie es gewußt, wie fast alle Deutschen.

Quellen:

- Der Textauszug entstammt dem sehr lesenswerten (jedoch mit einem skandalösen Vorwort versehenen) Buch von Margaret Bourke-White, das 1946 in den USA unter dem Titel „Dear Fatherland, Rest Quietly" erschien und 1979 bei Schirmer/Mosel in deutscher Sprache unter dem Titel „Deutschland April 1945" aufgelegt wurde (180 Textseiten und über 100 Fotografien, DM 29,80).
- Die Fotografien entstammen dem oben genannten Buch sowie dem Band „the photographs of Margaret Bourke-White". Boston: New York Graphic Society, 1975 (208 Seiten, 9,50 Dollar).
- Über Voraussetzungen und Durchführung der Selbstbefreiung in Buchenwald informiert: Klaus Drobisch, Widerstand in Buchenwald. Frankfurt/M.: Röderberg-Verlag, 1985 (218 Seiten und zahlr. Abb., DM 9,80). Es handelt sich um eine Lizenzausgabe vom Dietz Verlag Berlin (DDR), 1977.



Die Deutschen riefen: „Wir haben nichts gewußt! Wir haben nichts gewußt!" Die Häftlinge antworteten: „Wir haben neben euch gearbeitet. wir haben es euch immer gesagt." Der Bürgermeister von Weimar und seine Frau gingen nach Hause und beginnen Selbstmord.

(Foto und Kommentar von Margaret Bourke-White)



Junge Frau, die du nicht hinsehen kannst, hast du das mit den Juden richtig gefunden? Wirst du deinen Kindern erzählen, daß Hitler ein guter Mensch war?

(Foto und Kommentar von Margaret Bourke-White)



HAU WEG DEN SCHEISS!

„Wir sind von den Räumen abhängig, in denen wir arbeiten und uns erholen. Von den Bauten überträgt sich der Wille auf den Menschen selbst.“ Adolf Hitler (1)

Sie stehen heute noch da, so monumental wie vor fünfzig Jahren. Die Bauten aus der Zeit des Faschismus, klobig, protzig und Herrschaft signalisierend, wurden nach der Befreiung nicht abgerissen, nicht in Brocken zerhauen und auch nicht auf der Sondermülldeponie vernichtet. Was dereinst Prunk war, kann doch heute nicht Schrott sein, nur weil wir einen Krieg verloren haben, mögen sich die Verantwortlichen gedacht haben. Und: wo man bis jetzt repräsentieren konnte, sollte mensch es heute doch auch immer noch können. In Nürnberg beispielsweise hielten die für die Reichsparteitage der NSDAP gebauten Plätze und Gebäude später für öffentliche Massenveranstaltungen, für Ausstellungen, Kongresse und die 900-Jahr-Feier der bayerischen Stadt her. Selbst für Vertriebenentreffen und Zivilschutzübungen wurde das Gelände ganz oder in Teilen genutzt. Seit zwölf Jahren gilt der „Kolossalstil des Dritten Reiches“ in Bayern sogar als denkmalschutzwürdig (2). Und was „denkmalschutzwürdig“ ist wird auch ge-

ganz oder in Teilen genutzt. Seit zwölf Jahren gilt der „Kolossalstil des Dritten Reiches“ in Bayern sogar als denkmalschutzwürdig (2). Und was „denkmalschutzwürdig“ ist wird auch ge-

pflegt. Mit hohen Summen aus dem Steuersäckel. So kann es also sein, daß heute noch Antifaschisten von einst, ehemalige KZ-Häftlinge, in Zuchthäusern des Dritten Reiches Malträtierte oder auch ins Exil Getriebene ihren (finanziellen) Teil beitragen müssen, die einstigen Herrscher wenigstens architektonisch zu würdigen.

Die Revision der Moderne

Wer Frankfurt über die Autobahn A 648 verläßt, kann einen Blick nach links werfen und sich in die Vergangenheit zurückversetzt fühlen. Dort zieht sich der Messe-Neubau über hunderte von Metern hin: eine einschüchternde braune Fassade von erschreckender Regelmäßigkeit. Geschmückt wird der Steinkoloß von militärisch ausgerichteten Bäumchen, zurechtgestutzt und so unlebendig wirkend wie ein Plastikfarn im Dorfgasthaus „zum sterbenden Schwan“. Architekt des Baus ist Oswald Mathias Ungers, 1926 geboren und einer der wichtigsten Vertreter der Postmoderne in der Bundesrepublik. Was den Charakter dieser neuen Architekturrichtung ausmacht, schreibt Heinrich Klotz, Leiter des Deutschen Architektur-Museums in Frankfurt: *„Einer der wichtigsten Lehrsätze der Moderne bestand in der Feststellung, daß ein Bauwerk keinen aufgesetzten Schmuck tragen dürfe. (...)So schränkte sich die Mitteilungskraft eines Wohnhauses darauf ein, daß man das kleine WC-Fenster vom großen Wohnzimmerfenster unterscheiden konnte. Die historische Architektur hatte eine Fülle von andersartigen Formen auf den Fassaden zur Anschauung gebracht und damit ein weitaus umfassenderes Spektrum an wahrnehmbaren Inhalten dargestellt: zum Beispiel die Formen der Würde und der Macht (Hervorh. F.), die Zier des Rustikalen...“*(3)

Das klingt ansatzweise nicht schlecht, ist aber weniger harmlos, als mensch vermuten möchte. Denn die Postmodernen haben auch ihre Vorbilder. Eines davon ist Albert Speer. Nicht der verurteilte Reichsminister Albert Speer natürlich, sondern der Architekt, wie der in London lebende Leom Krier, ein wichtiger Vertreter der internationalen Postmoderne, feinsinnig unterscheidet.(4) Er fordert daher eine **„Kopernikanische Wende“** beim Beurteilen von Speers Bauten. Krier stellt das **„Wort in Stein“** der faschistischen Architektur (s.u.) dem heutigen **„Geschwätz“** aus Beton, Stahl und Glas gegenüber und erhebt so die faschistischen Bauten zu Lösungen einer Baukunst, die mehr will und soll, als nur Raum zum Wohnen und Arbeiten schaffen.

Das Wort aus Stein

„Zum erstenmal (entstehen) wieder Gemeinschaftsbauten, die völlig von jeder Zweckbestimmung des Alltags losgelöst sind (...) Stein gewordene Verkörperungen eines Glaubens (...) In einer solchen (vom 'Chaos' des 19. Jahrhunderts und der 'Systemzeit' verunstalteten, Anm. D.B.) Umwelt werden die Bauten des neuen Reiches zu Fanalen. Als ordnendes Prinzip setzen sie sich durch, machen das Unheil ihrer Umgebung schmerzhaft fühlbar und werden in immer stärkerem Maß deren Umgestaltung nach sich ziehen.“(5) So ein Autor in dem Mitte der dreißiger Jahre erschienenen Bildband „Neue deutsche Baukunst“. Eines der mächtigsten „Worte aus Stein“ ist das Reichsparteitagsgelände in Nürnberg geworden. Es sollte den (zwischen 1933 und 1938 jeweils im September stattfindenden) Reichsparteitagen der NSDAP den richtigen Rahmen geben. Richtig — das hieß, daß auch durch die Architektur der Plätze und Gebäude das Aufgehen des Einzelnen in die „Volksgemeinschaft“ demonstriert werden sollte. Der emotionale Wert der Architektur sollte so eingesetzt werden, daß es unmöglich werden sollte, sich ihrer Wirkung zu entziehen. *„Erlebnis“*, *„Größe“*, *„Gemeinschaft“* waren die Zaubervokabeln dieser politischen Suggestion. Den Auftrag für die Konzeption des Reichsparteitagsgeländes bekam 1934 Albert Speer, damals noch ein junger Karrierist. Er entwarf mit wenigen Ausnahmen auch alle Gebäude, die auf dem riesigen Areal errichtet wurden. Noch vor Baubeginn trat der gewalttätige Charakter des gigantischen Bauplanes hervor: *„Grundsätzlich muß sich die Stadt Nürnberg sofort entscheiden, ob sie für die nächsten 100 Jahre den Parteitag in ihrer Stadt haben will, oder ob sie diesen Vorteil daran scheitern läßt, daß sie eine Anzahl von alten Bäumen im Luitpoldhain erhalten will“*(6), äußerte Hitler in einem Gespräch mit der Stadtverwaltung Nürnberg. Die Landschaft mußte weichen, die NS-Architektur brauchte Raum für Stein. Welche Dimensionen das Projekt annehmen sollte, dokumentiert Thomas Wunder in seinem Buch „Das Reichsparteitagsgelände in Nürnberg“: Die Nürnberger Altstadt umfasste damals 1,6 Quadratkilometer, das gesamte Reichsparteitagsareal, konzipiert als „Tempelstadt der Bewegung“, war auf knapp 17 Quadratkilometer veranschlagt

Die Gesamtsumme der geplanten Baukosten soll etwa eine Milliarde Reichsmark betragen haben. Nachdem anfangs die Schaffung von Arbeitsplätzen durch das gigantische Bauprojekt propagandistisch hervorgehoben wurde, wurde schon Mitte der dreißiger Jahre der Einsatz von KZ-Häftlingen befohlen. Eine „Kostendämpfungsmaßnahme“. „Schon 1938 schloß die SS Lieferverträge mit der Organisation Todt und mit der Berliner Baubehörde von Albert Speer ab.

Häftlingen befohlen. Eine „Kostendämpfungsmaßnahme“. „Schon 1938 schloß die SS Lieferverträge mit der Organisation Todt und mit der Berliner Baubehörde von Albert Speer ab.

In ihren Steinbrüchen und Ziegeleibetrieben wie im ellsässischen Natzweiler und im vor den Toren von Hamburg gelegenen Neuengamme haben tausende von Häftlingen bei Zwangsarbeiten ihr Leben für die Bauten des Dritten Reiches lassen müssen. Mit der Deportation von 3 Millionen Osteuropäern, vorwiegend Russen, sollte ab Herbst 1941 eine versklavte Armee von Bauhilfsarbeitern bereitstehen.“(7)



Parteitag 1936

Das Gelände

Das Reichsparteitagsgelände ist in zwei deutlich voneinander abgegrenzte Zonen unterteilt. Die Monumentalbauzone und die Unterbringungszone. Die Unterbringung auf dem Lagergelände erfolgte in Großzelten. Prunk und Pracht war nur in der Monumentalbauzone zu sehen. Hier waren die Straßen breit angelegt. Eine große Straße durchzog das gesamte Gelände. In den verschiedenen Einzelanlagen, die für jeweils besondere Einzelanlässe errichtet wurden, waren auch die Standorte der Herrschaftsrepräsentation hervorgehoben, meistens durch Haupttribünen. Besonders drastisch wurde die architektonische Konzeption als Mittel zur Hierarchisierung beim Zeppelinfeld eingesetzt, das als großes Versammlungsareal für etwa 300.000 Menschen gedacht war. Während die „Volksgenossen“ auf 6,5 Meter hohen Tribünen zusammengedrängt wurden, stand für Hitler eine 23 Meter hohe Tribüne zur Verfügung, 50 Meter vom Feld und den übrigen Tribünen abgerückt — ein „Majestätsabstand“, wie Thomas Wunder meint. Die Form der Haupttribüne war von Albert Speer dem Pergamon-Altar (Kleinasien) nachempfunden worden. Zusätzlich waren um das Gelände herum mehrere hundert Flak-Scheinwerfer postiert, die beim Einschalten in Sekundenbruchteilen einen „Lichtdom“ schaffen konnten, der bei klarem Wetter mehrere Kilometer in den Himmel reichen konnte.

Bürgerliches Erbe?

Wie umgehen mit diesen Hinterlassenschaften des Faschismus? Kommentarlos stehn sie heute fest auf dem Boden eines Landes mit Grundgesetz. Touristengruppen, Schulklassen, Ausflügler begeben sich dorthin, erschauern vielleicht ein wenig, staunen viel, bewundern die kolossalen Gebäude. *„Indes wirkt die suggestive Sprache der NS-Architektur fort und hinterläßt — wie dies Erfahrungen bei Befragungen von Einzelpersonen und Schulklassen zeigen — eher die schon von den NS-Bauherren erwünschte Faszinationswirkung als eine Erkenntnis über die Aussageabsicht und den historischen Zusammenhang der Bauten“*, schreibt Thomas Wunder und hat trotzdem eine „Einführung zur Begehung des ehemaligen NS-Parteitagsgeländes“ verfaßt. Er analysiert und interpretiert die überwältigenden Bauten in seinem Buch nicht sehr subtil, dafür aber eindeutig wie bei seiner Analyse des Zeppelinfeldes: *„Der Befestigungscharakter durch die quadratische Umwallung und die 34 Turmbauten sollten den ambivalenten Eindruck einer Festungsarchitektur hervorrufen: Einerseits das Empfinden von Eingeschlossensein und Abgeriegeltwerden; andererseits die Vorstellung von Schutz und Sicherheit. Das Gefühl, sich in der Ausnahmesituation eines militärischen Belagerungszustandes zu befinden, ließ sich*

und Abgeriegeltwerden; andererseits die Vorstellung von Schutz und Sicherheit. Das Gefühl, sich in der Ausnahmesituation eines militärischen Belagerungszustandes zu befinden, ließ sich

auf diese Weise als unverrückbarer Sachzwang schon in Friedenszeiten vermitteln.“ Nur: die Erklärung kann den Eindruck des Anblicks kaum wegwischen oder gar ins Gegenteil verkehren. Ziel der Architektur des Faschismus — und das belegt Wunder selbst (und ja nicht nur er) — ist es gerade, die Analyse auszuschalten, emotional zu manipulieren. Die Erklärung allein funktioniert also, vorausgesetzt mensch liest sie, nur am Schreibtisch. Einem Touristen, der über das Gelände tapert — bestenfalls haben 10 Prozent das informative Handbuch in der Tasche, noch viel weniger dürften es gründlich studieren — prägt sich die Dimension der Architektur eher ein als ihre Funktion oder gar eine Ahnung von dem terroristischen Prozeß, der zu ihrer Entstehung geführt hat. Dies verhindert nicht nur eine kritische Wahrnehmung der faschistischen Architektur, es sollte auch den Versuch an sich verbieten. Entstehungsbedingungen und Produkt sind nicht voneinander zu trennen. Egal wie mensch es mit Goethe hält: Das „bürgerliche Erbe“, in den Jahren 33 — 45 enstanden, gehört weggesprengt. Belehren können Bücher wie Thomas Wunders oder Dieter Bartetzkos, auch ohne daß die Denkmäler, die das Denken ausschalten wollten, weiter in den Himmel ragen.

Fassanbass

(1) „Hitler im Gespräch“; zit. n. Bartetzko, Illusionen in Stein, rororo 1985
(2) Diese und die folgenden Fakten über Nürnberg stammen aus: Thomas Wunder, Das Reichsparteitagsgelände in Nürnberg, Nürnberg 1984
(3) Heinrich Klotz in „Die Revision der Moderne“, Prestel Verlag, 1984
(4) zit. n. Dieter Bartetzko, a.a.o.
(5) zit. n. Dieter Bartetzko, Illusionen aus Stein, ein wirklich empfehlenswerter, materialreicher Band.
(6) wie (2)
(7) wie (2)

NS-Terrorist festgenommen

Mit Odfried Hepp ist den französischen Behörden Anfang April ein interessanter Fisch ins Netz gegangen. Der 27-Jährige gehört zu denjenigen Mitgliedern der Wehrsportgruppe Hoffmann, die mindestens zeitweise mit dem BKA kooperiert haben, um dann in den Untergrund abzutauchen. Er ist der bisher einzige westdeutsche Neonazi, der von der Polizei steckbrieflich gesucht wurde — freilich ohne daß sich dabei jemand überanstrengt hätte. Seine Festnahme könnte im Prinzip dazu beitragen, eine ganze Kette rechtsradikaler Aktivitäten, beginnend mit dem Anschlag auf das Münchner Oktoberfest im September 1980, aufzuhellen. Aber wie das Leben so spielt: Das Gegenteil ist der Fall. Die bürgerliche Presse ergeht sich in immer grelleren Geschichten über libanesische, palästinensische, pro-irakische, tunesische und armenische Terroristen, über syrische und bulgarische Geheimdienste, angebliche Flüge nach Ostberlin und geheimnisvolle Verbindungen zu RAF, Action directe und den belgischen Cellules Communistes Combattantes. In diesem internationalen Fantasia-Land verblaßt die Tatsache schnell, daß es um überaus nationalen, hausgemachten Neofaschismus der BRD und Westeuropas geht. Eines hat Hepp immerhin erreicht: Er wirkt auf Journalisten und ihre Stichwortgeber vom Staatsschutz ungemein anregend.

Hepp leitete eine nach Presseangaben sechsköpfige, tatsächlich aber größere NS-Gruppe, die sich aus Überresten der WSG Hoffmann (1980 verboten) und der VSBD (1982 verboten) bildete. Diese Gruppe verübte in der zweiten Jahreshälfte 1982 eine spektakuläre Serie von Attentaten und Banküberfällen in Hessen, wofür zunächst Revolutionäre Zellen beschuldigt wurden, bis im Februar '83 angeblich ,,überraschend'' drei Neonazis in Frankfurt und zwei weitere in Südengland festgenommen wurden. Der Prozeß gegen diese Fünf war am 15.3.85 in Frankfurt mit Haftstrafen zuende gegangen; Walther Kexel, zweite Führungsfigur neben Hepp, nahm sich
land festgenommen wurden. Der Prozeß gegen diese Fünf war am 15.3.85 in Frankfurt mit Haftstrafen zuende gegangen; Walther Kexel, zweite Führungsfigur neben Hepp, nahm sich
nach der Urteilsverkündung in der Gefängniszelle das Leben (s. AK 257).

Wie schon bei der Verhaftung von Kexel und Mitstreitern 1983, ist Hepps Auffliegen in Paris heute Anlaß einer massiven Kampagne, in welcher ,,Verbindungslinien zwischen rechtem und linkem Terror'' behauptet werden. Äußerte Innenminister Zimmermann vor gut zwei Jahren über Kexel: *,,Hier schließt sich der Kreis zwischen Links- und Rechtsextremismus''* (1), so heißt es heute (vor allem in Frankreich): *,,Sie gehen Hand in Hand, teilen die Waffen, die Informationen, die Logistik und oftmals auch die Aktionen.''*(2) Es ist schon ein Phänomen: Wo immer Hepp in den letzten drei Jahren Spuren hinterlassen hat, folgt ihm die Desinformation auf dem Fuß.

Das fängt bei einer so simplen Geschichte an, daß es mehrere Versionen über die Umstände seiner Festnahme gibt, die sich in nicht unwesentlichen Details voneinander unterscheiden. Die erste, Mitte April verbreitete Darstellung besagt, Hepp sei ,,Ostern'' in Paris gefaßt worden. Dazu sei es als *,,Nebenergebnis bei der Bekämpfung des nahöstlichen Terrorismus von links''* gekommen (3). Bereits im Oktober 1984 sei nämlich in Lyon der Europa-Verantwortliche der ,,Bewaffneten Revolutionären Libanesischen Fraktionen'' (FARL), ein Georges Ibrahim Abdallah, dingfest gemacht worden. Bei dieser Aktion hätten sich Hinweise auf eine Pariser Wohnung der FARL mit umfangreichem Waffenarsenal gefunden, und ebendort sei Hepp in Begleitung eines Palästinensers mit tunesischem Paß den Fahndern in die Arme gelaufen.

Der FARL werden in Frankreich mehrere antiamerikanische und antiisraelische Attentate zugerechnet. *,,Nach Erkenntnissen des französischen Geheimdienstes besteht die marxistisch orientierte Organisation aus etwa 30 libanesischen Christen aus Nordlibanon''* und operiere *,,von der syrisch kontrollierten Zone aus''*(4). Das wäre also die erste marxistische Gruppierung libanesischer Christen, die bekannt wird, aber — wer weiß? — vielleicht gibt es auch sandinistische Armenier und maoistische Schiiten. Heutzutage ist ja alles möglich...

Unmittelbar nach diesen ersten Pressemeldungen erfolgte ein Dementi *,,von einer autorisierten Quelle''* in Paris (5), die aber nicht näher bezeichnet wurde. Zwar sei tatsächlich am 2.4.85 ein Waffenversteck der FARL entdeckt worden. Dies stünde aber in keinem Zusammenhang mit der Festnahme Hepps eine Woche später. Hepp habe vielmehr mit einem Tunesier namens Mohammed Ghadban zu tun gehabt, der als Mitglied der FLP (Front Libération Palestinienne) auf einem Pariser Flughafen der Polizei in die Hände gefallen sei (6). Die FLP ist mit der PLO (französische Bezeichnung OLP) nicht zu verwechseln; gemeint ist offenbar eine pro-irakische Palästinenser-Organisation (7).

Die Zeitung ,,Le Monde'' (5) nimmt das zum Anlaß, erneut die Frage nach den Urhebern eines der schwersten Attentate in Paris aufzuwerfen: Am 9.8.1982 gegen das jüdische Restaurant Goldenberg in der rue des Rosiers (6 Tote, 22 Verletzte). Der französische Geheimdienst DST gehe mit ziemlicher Sicherheit davon aus, daß Hepp und



Protest in Paris gegen ein Bombenattentat auf das ,,Festival des jüdischen Films'' Ende März

Kexel zu den Tätern gehörten, die im Auftrag der Abu Nidal-Gruppe gehandelt hätten.

Dieser Verdacht hat eine ebenso lan-
Kexel zu den Tätern gehörten, die im Auftrag der Abu Nidal-Gruppe gehandelt hätten. Dieser Verdacht hat eine ebenso lan-
ge wie widerspruchsvolle Geschichte. Er beruht auf Phantombildern der Täter, die mit Hilfe von Augenzeugen erstellt wurden. Zwei dieser Bilder sollen den Konterfeis von Hepp und Kexel ähneln. Dementsprechend wurde Kexel sofort nach seiner Festnahme von französischen Kriminalbeamten aufgesucht, die sich per Augenschein von der Ähnlichkeit mit dem Phantombild überzeugten. Umgekehrt konnten allerdings nach damaligen Presseberichten die Augenzeugen mit Originalfotos von Kexel nichts anfangen. Angeblich deswegen verschwand der Verdacht so schnell, wie er heute wieder auftaucht; im Frankfurter Kexel-Prozeß war von der rue des Rosiers nicht mehr die Rede. Man wird den Eindruck nicht los, daß es hier weniger um Wahrheitsfindung geht als um eine mit heißer Nadel gestrickte Propaganda-Masche. Danach steckt erstens hinter jedem Attentat nahöstlicher Terrorismus (und dahinter natürlich der KGB), und zweitens bedient sich jener in Westeuropa wahllos aller ,,extremistischen'' Gruppen als Mitarbeiter. Schlußfolgerung: Der Terrorismus schlechthin habe sich von jeder politischen Motivation gelöst und operiere nur noch rein kriminell bzw. im Auftrag verschiedenster Geheimdienste. In diesem Kontext firmiert natürlich jede bewaffnete Formation aus dem Nahen Osten — ob nun FARL oder FLP oder Abu Nidal — unhinterfragt als ,,links''.

Die dritte Version seiner Festnahme kommt offenbar hauptsächlich von Hepp selbst und wird von seiner Anwältin referiert (8). Demnach sei Hepp seit längerem Mitglied der genannten FLP, die von einem Abul Abbas geleitet werde. In deren Auftrag habe er mehrfach von Frankreich aus Reisen nach Tunesien unternommen. Mit dem gleichfalls verhafteten Ghadban habe er sich zwar treffen wollen; der vereinbarte Termin sei aber von dessen Freundin denunziert worden. Hepp habe sich dem polizeilichen Zugriff am Flughafen zunächst entziehen können, um kurze Zeit später an einem anderen Ort festgenommen zu werden.

Durch den Mund seines Rechtsbeistands gibt Hepp weiter zum Besten, er und Kexel hätten sich bereits 1981 von den Neonazis getrennt. Als Beweis führt er an, daß er zusammen mit Kexel (?) zur Festnahme Hoffmanns 1981 in der BRD beigetragen habe. Und: Kexel sei seiner Meinung nach ,,wahrscheinlich umgebracht'' worden.

Von der WSG zum BKA

Es ist nicht vollkommen auszuschliessen, daß es Hepp in Frankreich gelungen sein mag, Kontakte zu irgendwelchen Palästinensern aufzunehmen (auch dort gibt es schließlich rechte nationalistische Kräfte). Versucht hatte er es schon früher: Im Sommer 1982 war er in Frankfurt auffallend bemüht, sich Zutritt bei Palästina-Aktivitäten (gegen den Einmarsch Israels im Libanon) zu verschaffen. Hierbei wurde er jedoch mehrfach erkannt und umgehend vor die Tür gesetzt. Ganz im Gegensatz zur Propaganda der Medien zeigte nämlich gerade die PLO damals das größte Interesse, Anbiederungsversuche antisemitischer Rechter zurückzuweisen, weil sie eine Zusammenarbeit mit den Kriegsgegnern in Israel selbst anstrebte.

Außerdem: Weshalb sollte die FLP-story weniger erlogen sein als alles Andere, was Hepp verlauten läßt? Wenn er sich wirklich vom Faschismus losge-
Außerdem: Weshalb sollte die FLP-story weniger erlogen sein als alles Andere, was Hepp verlauten läßt? Wenn er sich wirklich vom Faschismus losge-
sagt hätte — was hat ihn dann vier Jahre lang daran gehindert, sein Wissen über den inneren Kern der Wehrsportgruppe Hoffmann öffentlich zu machen, beispielsweise um zur Aufklärung des Oktoberfest-Anschlags beizutragen? Immerhin kommt der Attentäter von München, Gundolf Köhler, aus Hepps Ecke, nicht nur geographisch sondern (mindestens teilweise) auch politisch.

Hepp startete seine ,,Karriere'' mit dem Aufbau einer ,,Kampfgruppe Schwarzwald'' (alias ,,Wehrsportgruppe Schlageter'') Ende der 70er Jahre. U.a. stand Köhler auf der Liste seiner Kontaktpersonen. 1980 stieß er zur WSG im Libanon. Am 24.9.1980, zwei Tage vor dem Münchner Anschlag, unternimmt er zusammen mit Peter Hamberger, Steffen Dupper und Kai Uwe Bergmann einen Fluchtversuch. Nach allem, was bisher darüber bekannt geworden ist, gelingt es dem Quartett zunächst, das Hoffmann-Camp zu verlassen und die BRD-Botschaft in West-Beirut aufzusuchen. Dort tauchen sie unter falschem Namen auf, erzählen etwas über verlorene Pässe und lassen sich provisorische Papiere sowie Flugtickets aushändigen.

Dies deutet darauf hin, daß sie damals wohl nicht beabsichtigten, in die BRD zurückzukehren (wo die billige Verstellung sofort aufgeflogen wäre), sondern sich anderweitig absetzen wollten. Das Wie und Wohin sollte offenbar mit den Falangisten abgesprochen werden, die Hepp und Co. in Ost-Beirut aufsuchten; ihnen gegenüber deckten sie auch ihre wahre Identität auf.

Das Unternehmen schlug fehl: Bei der Rückkehr in den Westen der Stadt wurden die Vier von PLO-Leuten aufgegriffen und zur Hoffmann-Truppe zurückgebracht. Interessant bleibt daran mindestens, daß Hepp im Streit mit Hoffmann sich nicht an die Palästinenser wandte sondern zunächst an die libanesischen Faschisten. Dies widerspricht seiner späteren angeblichen Aufarbeitung der Libanon-Zeit nach dem Motto: Hoffmann nein — Palästinenser ja. Zusätzlich bleibt natürlich noch die Frage offen, ob der Zeitpunkt dieses Fluchtversuchs zufällig gewählt war. Oder wußte Hepp vielleicht, daß wenig später ein ,,großes Ding'' der WSG ablaufen sollte, weshalb es ratsam schien, seinen Bruch mit Hoffmann *vorher* zu bekunden?

Im Juni 1981 gelingt Hepp, Hamberger, Dupper und Hans-Peter Fraas (Bergmann war in der Zwischenzeit von seinen eigenen Leuten zu Tode gefoltert worden) die Flucht aus dem Camp und Rückkehr in die BRD — diesmal mit Hilfe des BKA, in dessen Armen sie logischerweise erstmal landen. Ihre Aussagen sind für Polizei und Justiz so wichtig, daß Hoffmann (endlich) hinter Gitter wandert. Hepp beschuldigt ihn, die Ermordung von Shlomo Levin und Frieda Poeschke angestiftet zu haben, aber auch für das Münchner Attentat verantwortlich zu sein.

Letzteres taucht später in der Anklage gegen den WSG-Chef nicht mehr auf; es gibt auch keine Informationen darüber, was Hepp dazu behauptet hat, und weshalb es nicht stichhaltig sein soll. Hepps eigenes beachtliches Straftaten-Register bringt ihm in einem Prozeß im September '81 lediglich 16 Monate ein. Schon am 15.12.81 kommt er wieder frei (6), ohne daß eine Begründung für diese erstaunliche Maßnahme bekannt wird.

Bevor wir seinen weiteren Aktivitäten nachgehen, noch ein Blick zurück in den Libanon. Dort löst sich die WSG nach dem Ausbruch der Vier und der Festnahme Hoffmanns in der BRD rasch auf. Walter Ulrich Behle und Uwe Mainka schlagen sich zu den Falangisten durch (so abwegig war also Hepps erster Versuch nicht). Behle ist neben Hepp der zweite WSGler, der Hoffmann eine Beteiligung am Münchner Attentat vorgeworfen hat. Entsprechend äußerte er sich Ende 1980 bei einem Aufenthalt in Damaskus. Hoffmann wirft ihm heute (im Verlauf seines Prozesses, wo Behle als Belastungszeuge auftrat) vor, schon damals für den (nordrhein-westfälischen) Verfassungsschutz gearbeitet zu haben. Der ,,Spiegel'' behauptet das Gleiche und fügt noch hinzu, Behle sei auch für ,,süddeutsche Dienststellen'' aktiv gewesen. Inzwischen ist er bei den ,,Nationalrevolutionären'' des Karl Jochheim-Armin gelandet — eine gepflegt-schummrige Adresse.

Auch Mainka ist weiter für Pressemeldungen gut. Sein Paß wurde im Oktober '84 bei der Festnahme eines
Karl Jochheim-Armin gelandet — eine gepflegt-schummrige Adresse. Auch Mainka ist weiter für Pressemeldungen gut. Sein Paß wurde im Oktober '84 bei der Festnahme eines
Mitglieds der armenischen Geheimarmee ASALA in Marseille gefunden — für ,,Le Monde''(5) und ,,FAZ''(9) ein weiterer Anlaß, über den internationalen Links(?)-Rechts-Terrorismus zu meditieren. Angeblich sollen Mainkas Papiere über palästinensische Kanäle bei der ASALA gelandet sein. Ebenso gut ist allerdings denkbar, daß er den Ausweis bei den Falangisten in Ost-Beirut abgeben mußte. Diese hatten nämlich im September 1980 auch schon die Papiere des Hepp-Quartetts kassiert.

Drei der Libanon-WSGler — Klaus Hubl, Joachim Bojarski (oder Bovarski) und Leroy Paul — finden einen Weg nach Italien, wo die beiden ersteren später verhaftet werden. Dieses Trio wird mit einer dubiosen ,,Staatsschutz-Kiste'' in Verbindung gebracht, die zum Zweck gehabt haben soll, die Ermittlungen zum Bologna-Attentat (2.8.80) auf die angeblich ,,falsche Spur'' der Wehrsportgruppe zu lenken (ob diese Spur wirklich vollkommen abwegig ist, darf bezweifelt werden).

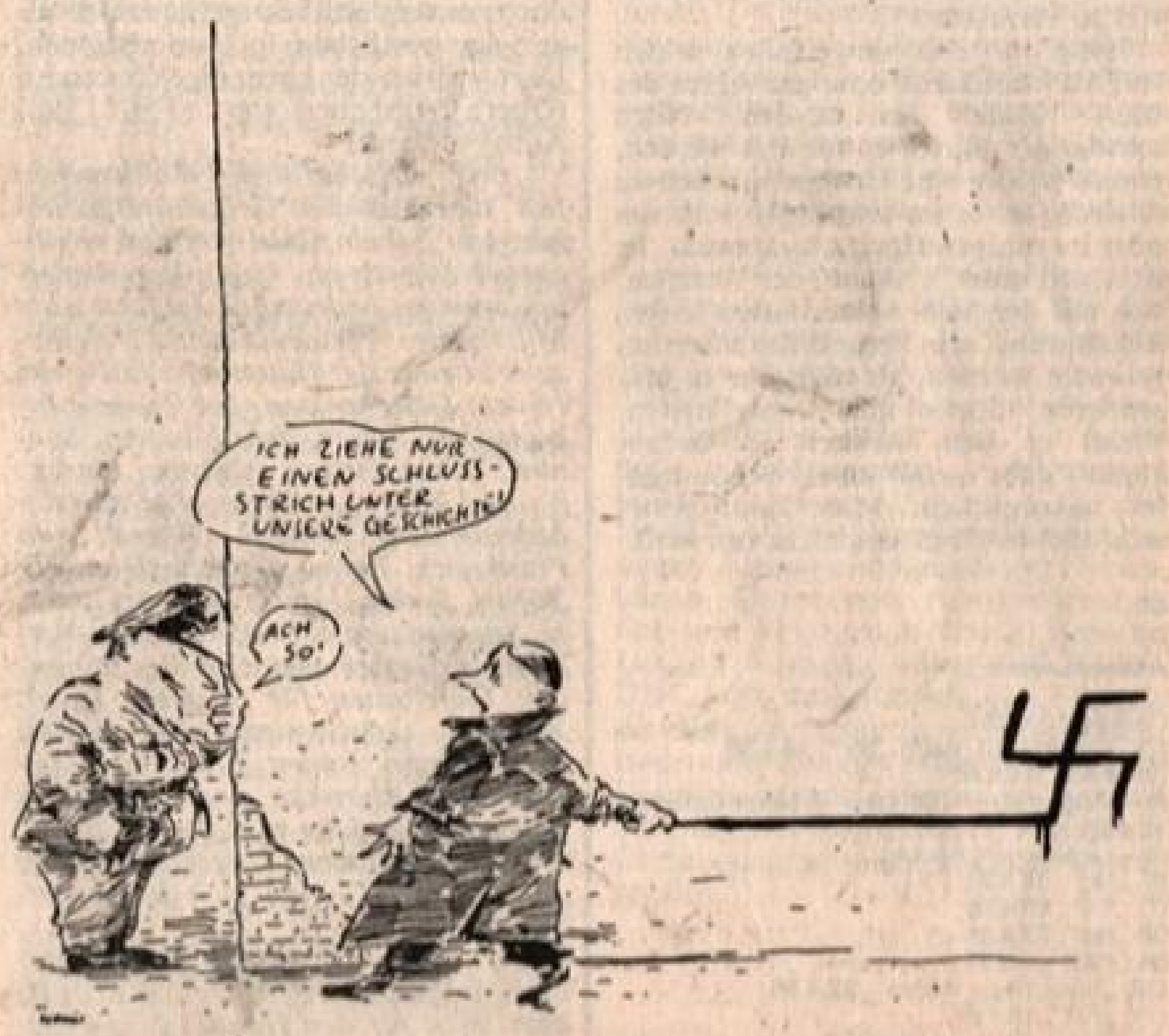
Schließlich ist noch ein zehnter Fall bemerkenswert: Der ehemalige Libanon-Wehrsportler Arndt-Heinz Marx findet bald nach seiner Rückkehr eine Anstellung bei der US-Army im Rhein-Main-Gebiet, angeblich sogar in einer Vertrauensposition (10). Er betätigt sich zeitweise in Kühnens ANS/NA, bis er wegen erneuter Folterpraktiken in den Knast wandert.

Vom BKA zur Provokation

Zurück zu Hepp, der sich 1981 vom Neofaschismus ,,losgesagt'' haben will. Stattdessen nimmt er über die NS-Zentrale des Ehepaars Müller in Mainz Kontakt zum VSBDler Kexel auf. Die Beiden erklären sich für einen ,,undogmatischen'' Nationalsozialismus nach den Vorbildern Strasser/Röhm, stellen eine handlungsfähige Gruppe zusammen und versuchen, mit Anschlägen vor allem gegen US-Einrichtungen staatliche Repressionsmaßnahmen gegen die Linke zu provozieren, mit der sie doch angeblich ein ,,Bündnis'' suchten. Dieses Kapitel ist ausführlich in AK 257 beschrieben. Eine Reihe von Indizien legt es nahe, davon auszugehen, daß die Aktionen dieser Gruppe dem Staatsschutz sehr viel weniger Rätsel aufgaben als (anfangs) der Öffentlichkeit. Dieser Sachverhalt läßt sich allerdings auch wesentlich unhöflicher ausdrücken...

Hepps Spur verliert sich mit der Festnahme von Kexel und weiteren vier Mitstreitern im Februar '83. Erst jetzt wird bekannt, daß er wie Kexel zunächst Unterschlupf bei einem ehemaligen Fallschirmjäger-Major in Südengland fand, eine keineswegs ,,undogmatische'', sondern einschlägig in der westeuropäischen NS-Szene bekannte Anlaufstelle. Selbiger Mr. Clarence wird mit verschiedenen Organi-
dogmatische'', sondern einschlägig in der westeuropäischen NS-Szene bekannte Anlaufstelle. Selbiger Mr. Clarence wird mit verschiedenen Organi-
sationen in Verbindung gebracht, beispielsweise mit der Organisation **,,Edelweiß''** oder der **,,Kolonne 88''** (8 steht bei den Nazis für den achten

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

Buchstaben im Alphabet, also H. 88 bedeutet HH oder „Heil Hitler").

Ohne rot zu werden, behauptete dieser Major auf Befragen der englischen Polizei: *„Er war hier. Jetzt ist er wahrscheinlich auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs."* Ebenfalls ohne rot zu werden, gibt es die „FAZ" wieder und läßt es als wahr gelten (3). Tatsächlich bereiste Hepp munter und von der Fahndung unbehelligt die Bundesrepublik, um seine NS-Kontakte zu pflegen. Mal tauchte er bei einem namentlich nicht genannten „Stuttgarter Freund" auf, mal bei Behle in München, mit dem er ja Manches gemeinsam zu haben scheint. Mit Behle schmiedete er das Projekt einer Druckerei in Westberlin, die von der Beute aus den Banküberfällen finanziert werden sollte.

Auch die Verbindung zu Andreas Hagen (Westberlin, Wiesbaden), der bereits bei der Gründung der Hepp-Kexel-Gruppe 1982 dabei war, erhielt er aufrecht. „Le Monde"(5) zitiert aus einem Polizei-Dossier vom 10.1.85 (!), wonach ein Treffen westdeutscher Neonazis auf französischem Boden geplant gewesen sei: Zwischen Hepp, Hagen und einem Gerhard Fopper.

Libanesen hin, Palästinenser her — die französische Polizei kannte also ihre Pappenheimer, und ihre gespielte Überraschung bei der „zufälligen" Festnahme Hepps wirkt so wenig glaubwürdig wie die gleiche Pose, die die westdeutschen Fahnder seinerzeit bei Kexel zur Schau trugen (damals wähnte man sich ebenfalls angeblich auf einer „linken" Spur). Bei Hagen und Fopper dürfte es sich mit einiger Wahrscheinlichkeit um diejenigen Figuren handeln, von denen es nach Kexels Festnahme hieß, sie hätten wie Hepp entkommen können (später wurde die gesamte Gruppe einfach auf sechs Mitglieder reduziert).

Wenn nun, den offiziellen Dementis folgend, der Zugriff auf Hepp zumindest mit der FARL nichts zu tun hatte, so könnte vielleicht ein anderer Anlaß eine Rolle gespielt haben. Am 29.3.85 explodierte in dem Pariser Kino Rivoli Beaubourg eine Bombe, die 18 Menschen verletzte. Zu dem Anschlag, der dem „Internationalen Festival des jüdischen Films"
galt, bekannte sich neben dem islamischen Jihad („Heiliger Krieg"), derzeitige Topadresse, welcher nahezu alle größeren Anschläge zugeschrieben werden, auch eine „Kolonne 88" — siehe Clarence, siehe Hepp...

Nun sitzt der Provokateur also. Provokateur war er aber nicht in dem Sinn, daß er durch seine Tätigkeit rechtsradikale Kräfte auffliegen ließ (dazu hätte es seiner kaum bedurft). Vielmehr war es sein Part, immer neue Anlässe zu schaffen, die der Propaganda „linksextrem gleich rechtsextrem" Nahrung geben sollten. Umgekehrt lernen wir daraus: **Wo immer eine Brücke**

Nahrung geben sollten. Umgekehrt lernen wir daraus: **Wo immer eine Brücke**

zwischen rechtsaußen und linksaußen existiert, gleicht sie erstens derjenigen von Avignon und ist zweitens auf Geheimdienst-Pfeilern gebaut.

Es darf gestaunt werden: Den Mann, der angeblich auf allen möglichen Hochzeiten des nahöstlichen Terrorismus tanzte, klagt die französische Justiz jetzt *„wegen unerlaubten Waffenbesitzes und Führens falscher Papiere"* an (11). Mehr nicht. Keine Wort von der rue des Rosiers oder vom Kino Rivoli Beaubourg. Hepps Auslieferung an die BRD soll erst nach Abschluß dieses Verfahrens erfolgen (oder erst nach Abschluß des Hoffmann-Prozesses, damit er dort nicht als Zeuge vernommen werden kann?). Rebmann scheint es nicht ungelegen zu kommen, daß sich die Sache hinzieht. Gibt es so viel zu vertuschen?

Hepp dürfte es schwerfallen, seinen Ruf als Marionette oder gar Agent des BKA wieder loszuwerden. Noch schwieriger dürfte es für ihn werden, jemals wieder eine Gruppe um sich zu scharen, sei es im unruhigen Libanon oder im ruhigen Hochschwarzwald. Er ist „verbrannt". Auch der Versuch, sich mit der nicht weiter ausgeführten Behauptung, sein Freund Kexel sei umgebracht worden, als Märtyrer zu präsentieren, dürfte ihm wenig helfen. Wenn er sich wirklich in Gefahr glaubt, gäbe es nur eines: Schonungslos auszupacken. Man kann sicher sein, daß er genau das nicht tun wird.

de.

Anmerkungen:

(1) siehe AK 257
(2) „Figaro", zit. nach „taz", 18.4.85
(3) „FAZ", 16.4.85
(4) „Allgemeine Jüdische Wochenzeitung", 12.4.85
(5) „Le Monde", 16.4.85
(6) „taz", 18.4.85
(7) „FR", 23.4.85
(8) „taz", 23.4.85
(9) „FAZ", 5.3.85
(10) „blick nach rechts", 22.4.85
(11) „FR", 16.4.85

Die NATO-Südflanke:
Angriffsplattform in alle Richtungen

Die NATO bezeichnet den Mittelmeerraum häufig als ihre „Südflanke". Diese sei von der sowjetischen Flotte (Eskradra) im Mittelmeer, ihren überlegenen Bomberstaffeln und außerdem von Krisenherden rundherum in Afrika und im Nahen Osten ernsthaft bedroht. Es drohe durch das „Abschneiden unserer Lebensadern" der Zusammenbruch der europäischen Industrie-Nationen, ohne daß die Sowjetunion nur einen Schuß abgeben müsse.

Wir wollen hier anhand von offiziellen NATO-Quellen darlegen, daß tatsächlich umgekehrt die Mittelmeerregion der zentrale Aufmarschplatz der NATO ist, um der Sowjetunion in die Flanken fallen zu können, und daß er zugleich zentraler Ausgangspunkt für die NATO-Interventionspolitik ist. Im Anschluß folgt eine militärpolitische Darstellungen der einzelnen Länder der NATO-Südflanke.

In Neapel liegt das Hauptquartier der NATO-Streitkräfte der Südregion (AFSOUTH), das traditionell von einem US-Admiral befehligt wird, der zugleich Oberfehlshaber der US-Seestreitkräfte in Europa (mit Sitz in London) ist (derzeit Admiral Small). Ihm unterstehen die Befehlshaber der Luftstreitkräfte (Airsouth — ein US-Generalleutnant), der Landstreitkräfte (Landsouth) und Seestreitkräfte (Navsouth), die von italienischen Generälen befehligt werden.

Der Befehlsbereich erstreckt sich mehr als 4000 km in west-östlicher Richtung (von Gibraltar bis zur Osttürkei); hinzu kommen strategisch wichtige Atlantik-Inseln: die portugiesischen Azoren (1600 km westlich von Portugal) und die spanischen Kanarischen Inseln (westlich von Marokko). 1400 km erstreckt sich der Bereich vom nördlichen Afrika bis hin zu den Alpen. Den strategischen Kern bilden das Mittelmeer, das ‚mare nostrum' der NATO, und die nördlich angrenzenden Länder: Portugal, Spanien, Italien, Griechenland und die Türkei, allesamt NATO-Mitglieder. Hinzu kommt die US-Präsenz mit ihrem Kernstück, der 6. US-Flotte, 30.000 Marinesoldaten und 199 militärischen Einrichtungen in dieser Region. Auch Frankreich unterhält im Mittelmeer eine ständige Flotte, die Bundesrepublik ist ebenso wie Großbritannien zeitweise mit Flotteneinheiten vertreten (1).

Beherrschung des Mittelmeeres

Gerade auch für das Mittelmeer gilt die NATO-Maxime der Beherrschung aller Meere, die Kriegsminister Weinberger folgendermaßen formulierte: die Marine sei *„kein Bereich, in dem Begriffe wie Gleichwertigkeit oder Parität irgendeinen Sinn haben. Wir müssen die Flottenüberlegenheit besitzen."*(2)

Das Mittelmeer ist nicht nur zentrale Wasserstraße für die Anrainerstaaten, sondern auch der größte Seekorridor, der den Atlantik mit dem Indischen Ozean verbindet, solange der Suez-Kanal offen steht. Immerhin geht über die Hälfte des sowjetischen Außenhandels durchs Mittelmeer, dessen Umfang jedoch unvergleichlich geringer ist als der der westlichen Industrienationen. Dazu schrieb der ehemalige Cincsouth (Oberbefehlshaber von AFSOUTH), Admiral Shear:

„Das wirtschaftliche Wohlergehen fast des gesamten Mittelmeergebiets hängt in hohem Grad von den westlichen Nationen ab. Und diese wiederum erhalten bedeutende Importe vom Mittelmeer. Westdeutschland zum Beispiel ist einer der Hauptlieferanten von Italien, Griechenland, der Türkei, Jugoslawien, Syrien, dem Libanon, Spanien, Israel, Libyen, Algerien, Marokko und Zypern, bezieht aber auch in bedeutendem Unfang Waren von Frankreich, Italien, Griechenland, der Türkei, Syrien, Libyen, Algerien, Malta, Spanien und Jugoslawien. Die Vereinigten Staaten sind einer der führenden Lieferanten für Spanien, Israel, Ägypten, Griechenland, die Türkei, den Libanon, Italien, Frankreich, Tunesien und Marokko, und importieren in großem Umfang aus Spanien, Israel, der Türkei, Italien, Griechenland und Algerien. Und so läßt sich das fortsetzen.

Hier liegen die nationalen Lebensadern, insbesondere für Öl und Erdgas, aber auch für den Handel ganz allgemein. Es ist dieser vieltausendfache Austausch von Rohstoffen und Erzeugnissen, der die moderne Wirtschaft (der imperialistischen Staaten — Anm. AK) *gesund erhält.*

Sehen wir uns zur besseren Illustrierung die Statistik der westdeutschen Ölimporte an. Deutschland verbraucht jährlich mehr als 80 Millionen Tonnen Öl. Mehr als die Hälfte davon wird an der afrikanischen Mittelmeerküste gekauft, wobei Libyen mit 43% und Algerien mit 9% an der Gesamtmenge beteiligt sind. Fast alles überquert auf die eine oder andere Weise das Mittelmeer und wird dann durch Tanker oder über Leitungen nach Norden transportiert. Selbstverständlich ist diese Ölmenge für eine der meistindustrialisierten Nationen der Welt von lebenswichtiger Bedeutung.

Die westeuropäischen und nordamerikanischen Länder haben am Mittelmeer sowohl als Absatzmarkt für ihre Produkte wie als Bezugsquelle für Rohstoffe und andere Handelsgüter beträchtliches Interesse. Alle Nationen hatten von jeher den Wunsch, lebensfähige und dauerhafte Beziehungen herzustellen und für unentbehrliche Bedarfsgüter verläßliche Garantien zu suchen... Das dürfte genügen, um klar zu machen, wie ein gordischer Knoten aus internationalen Beziehungen die Länder der Mittelmeerküste nachhaltig an die Nationen Europas und Amerikas bindet." (3)

Einen Wirtschaftsraum mit 17 Nationen und mehr als 325 Millionen Menschen, 2000 Handelsschiffen täglich mit großer Tonnage (6), den sieht die NATO natürlich nur durch eigene militärische Herrschaft als garantiert an.

Wodurch könnte diese Herrschaft nun bedroht sein ? Bis Mitte der 50er Jahre war das Mittelmeer nach dem 2. Weltkrieg noch eine Idylle, von der NATO-Strategen immer wieder schwärmen:

„Ansonsten war das Mittelmeer ein friedliches Binnenmeer, vom Winde des Kalten Krieges unberührt, der in Zentraleuropa und vor allem in Berlin bereits heftig blies. Noch hielten die Engländer hier Positionen wie Suez, Zypern, Ägypten, Malta und Gibraltar; Marokko und Algerien lagen in französischer Hand; Libyen unter König Idris stellte ebenso kein Problem dar wie der Libanon und Syrien. Griechenland, Italien und Frankreich erholten sich mit Hilfe des Marshall-Planes und bildeten zusammen mit den USA eine einheitliche Front gegen jeden weiteren Expansionsversuch der Sowjetunion in Europa. Dazu kam die Türkei, die Schutz bei den USA suchte und fand. Jugoslawien löste sich aus dem Machtbereich der UdSSR. Im Westen fand man es nun doch besser, daß 1936 in Spanien die Volksfront nicht gesiegt hatte; bereitwillig holte man Franco aus der Isolierung. Obendrein herrschte die 6.US-Flotte über das Mittelmeer.' (4)

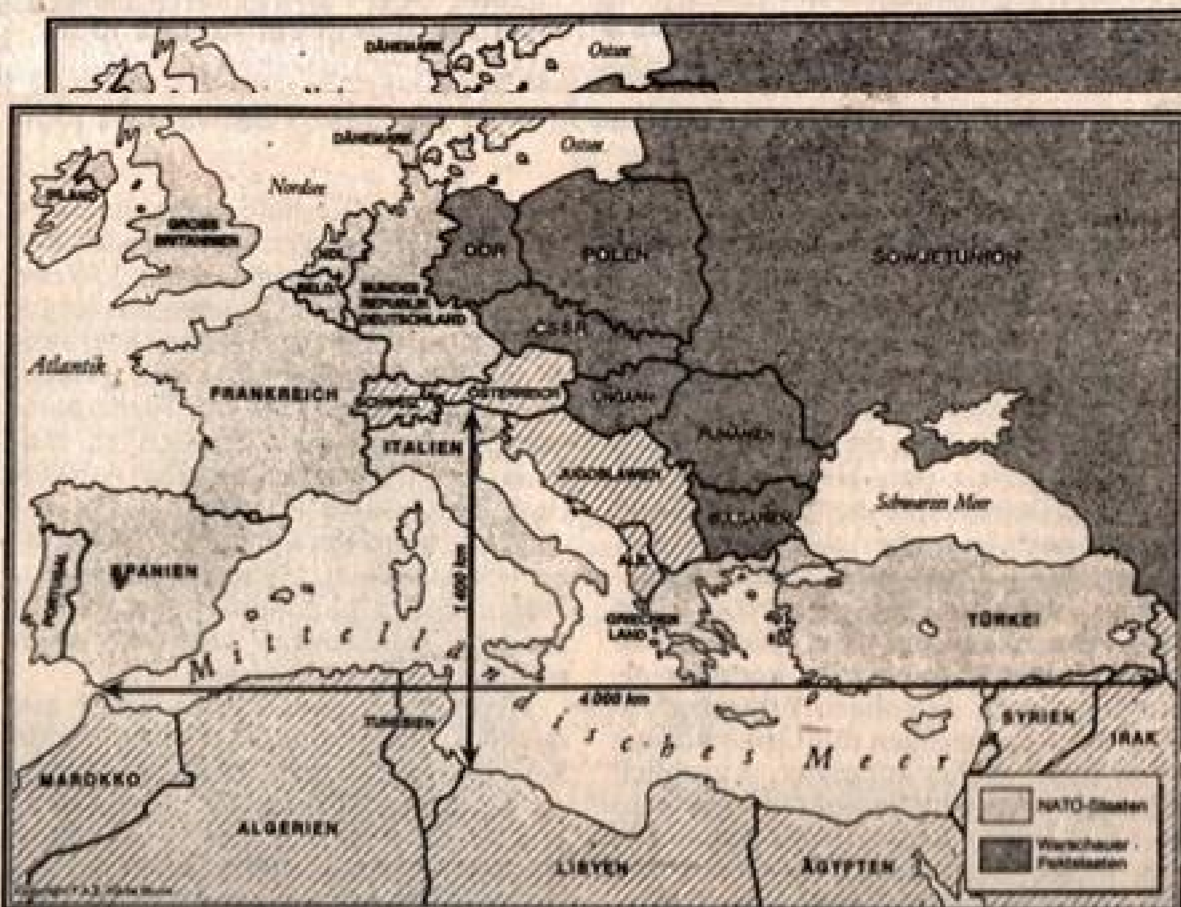
Bedrohung durch die sowjetische Flotte?

Heute wird hingegen überall zu neuen militärischen Anstrengungen mit Hinweis auf die sowjetische „Überlegenheit" geblasen. Alte AK-Leser werden sich an den bedrohlichen „Zangengriff" der sowjetischen Flotte auf Europa und im Mittelmeer noch erinnern können. So polemisierte seinerzeit der westdeutsche NATO-General Johannes Steinhoff (inzwischen a.D.): *„Die Süd- und Südostflanke der NATO droht zu einem fragilen Gebilde abzumagern, das einzustürzen droht, wenn die anderen Partner weiter untätig, ohne Initiative und Bereitschaft, sich zu engagieren, zusehen."* (5)

Nach der Kuba-Krise baute die Sowjetunion — wie auf allen Meeren — auch im Mittelmeer ab 1963 eine ständige Flottenpräsenz auf. Höhepunkt dieser Flottenpräsenz war der Jom-Kippur-Krieg 1973, als die Sowjetunion ihren militärischen Nachschub für Ägypten mit 98 Kriegs- und Hilfschiffen absicherte. Die Sowjetunion verlor ihre Marinebasis in Ägypten, als dieses einen 15-jährigen Kooperationsvertrag kündigte. Das *„schuf mit dramatischer Dringlichkeit das Problem der logistischen Unterstützung von Land aus für die Sowjetische Eskradra im Mittelmeer (SOVMEDRON) und begünstigte die Entwicklung einer starken Marinekomponente für die bewegliche logistische Versorgung zur See ... In den letzten Jahren hat sich die sowjetische Marinepräsenz (...) bei einer Gesamtzahl stabilisiert, die zwischen 40 und 60 Einheiten insgesamt schwankte (...) Vom quantitativen Gesichtspunkt aus gesehen scheint es, als normalisiere sich daher der Umfang der sowjetischen Flottenkräfte im Frieden bei: 8-10 Unterseeboten, 10-14 Überwasserkampfschiffen, 10-22 Hilfsschiffen, 4-6 Aufklärern und Spezialforschungsschiffen."* Bisweilen kreuzt einer der drei sowjetischen Flugzeugträger (für Senkrechtstarter) im Mittelmeer (6). Von diesem Marinegeschwader soll zudem jeweils „nur ein Fünftel im Einsatz" sein (1).

Im Konfliktfalle wäre diese Flotte von weiteren Zuführungen und jedem Nachschub aus dem Schwarzen Meer abgeschnitten — sieht man mal von der NATO-Behauptung ab, dieser käme dann aus dem Nordmeer (1). So ist es schon eine totale Untertreibung, wenn der NATO-Oberbefehlshaber das Kräfteverhältnis auf dem Mittelmeer mit drei zu eins zugunsten der NATO angibt, denn immerhin stehen der NATO 190 Kriegsschiffe zur Verfügung; die 6.US-Flotte besteht aus 2 Flugzeugträgern, einem Hubschrauberträger, einem Lenkwaffen- und zwei herkömmlichen Kreuzern, fünf Lenkwaffenzerstörern, 20 weiteren Zerstörern, 20 U-Booten (ohne Atom-U-Boote) sowie 15 sonstigen Einheiten samt am-

Fortsetzung nächste Seite





US-Basen im Mittelmeerraum, aus: El Pais

ches steht vielmehr zur Disposition. Doch ist immer wieder fest-


Flugzeugträger Nimitz

Fortsetzung von vorheriger Seite

phibischen Eliteverbänden mit 1800 von insgesamt 30.000 Marinesoldaten. (7) Hinzu kommen weitere 45 französische Kriegsschiffe, die nur formell nicht der NATO unterstehen. Aber, so hört man im NATO-Hauptquartier, *„wenn auch hinter vorgehaltener Hand, daß die Zusammenarbeit mit Frankreich (...) hervorragend sei. Gemeinsame Marine- und Luftwaffenmanöver seien an der Tagesordnung. Die Einsatzgrundsätze seien aufeinander abgestimmt. Die Zusammenarbeit gründe sich auf ein ‚Memorandum of Understanding' (...) Der Zeitbedarf für die Entscheidung* (der jeweiligen französischen Zustimmung bei NATO-Operationen — Anm.AK) *wird bei den Manövern schon durch Simulation mit eingeplant."* (1) Konsequenz der NATO-Stäbe : *„Die Überwasserschiffe der Sowjetunion machen ... kaum große Sorgen"* (ebenda), oder, wie es in einer NATO-Studie unverblümt heißt : *„Die oft geäußerte Furcht, die sowjetische Marine sei irgendwie kurz davor, den Westen von seinen Verbindungswegen im Mittelmeer, im Roten Meer oder Persischen Golf und damit von der Ölzufuhr abzuschneiden, muß ins rechte Verhältnis gerückt werden: Nichts deutet darauf hin, daß die Sowjets drauf und dran seien, auf diese Weise einen Krieg anzufangen — denn darauf würde es hinauslaufen (...) Man sollte solche Szenarien nicht allzu ernst nehmen."* Vielmehr hätten die *„sowjetischen Marinestreitkräfte nur wenig Aussicht, eine ernsthaftere militärische Auseinandersetzung zu überstehen."* (8) Sowjetische U-Boote könnten allerdings noch einiges Unheil anrichten, da „deren Ortung und Abwehr gerade im Mittelmeer aus physikalischen Gründen schwierig ist." Zudem könnten *„von U-Booten und Handelsschiffen und aus der Luft (...) Minen gelegt werden. Bei der russischen Schwarzmeer-Flotte soll es einen Bestand von etwa 85.000 Minen geben, eine beachtliche, auch psychologisch wirksame Bedrohung."* (1) Solche Minen könnten zeitweise die Meerengen und die Passage zwischen Italien und Libyen zu einem Risiko bei der Durchfahrt werden lassen. (s.Karte)

„Aber die Sowjets sind ja nicht die einzigen im Mittelmeer: Bis vor einigen Jahren besaßen die Küstenländer der Dritten Welt nur unbedeutende Seestreitkräfte, aber jetzt vollzieht sich gerade ein beträchtlicher Aufbau ihrer Marinen." (6) Zur Bedeutung der Marinen aus Libyen, Tunesien und Algerien, die aus sowjetischen, aber auch italienischen und französischen Typen bestehen, heißt es weiter : *„Es gibt begründete Zweifel darüber, wie und ob diese Länder in der Lage sein werden, die hochmodernen von ihnen erworbenen Mittel ohne angemessene ausländische technische Hilfe zu bedienen und zu warten."* (ebenda)

Bedrohung aus der Luft?

Neben der Flotte wird ebenso die sowjetische „Luftüberlegenheit" als Schrecken für die NATO ins Feld geführt: *„Die größte Gefahr aber droht aus der Luft. Sowjetische ‚Backfire' können praktisch das gesamte Mittelmeergebiet erreichen, also auch Flotteneinheiten und Luftwaffenstützpunkte der NATO im Süden. Auch für die modernen Jagdbomber liegen Italien und die Ägäis in Reichweite. Der Zahl nach ist der Ostblock in der Luft zweieinhalbfach überlegen."*(1)

Das ist die Standard-Märchen-Zahl, die die NATO für Europa handelt.

Aber selbst vor diesem Hintergrund wird man dann gleich beruhigt: *„Im NATO-Kommando rechnet man aber mit dem hohen Ausbildungsstand der westlichen Piloten* (gemeint ist die Tatsache, daß alle Uraltflugzeuge auf seiten der SU mitgezählt werden — Anm. AK) *und den fest zugesagten Verstärkungen aus Amerika. ‚Wir können mehr hierherbringen, als die Stützpunkte überhaupt aufnehmen können', sagt ein hoher Stabsoffizier. (...) Die Awacs-Frühwarnflugzeuge hätten vieles erleichtert (...) Zusammen mit den amerikanischen Trägerflugzeugen sei so eine integrierte und tief gestaffelte Lufverteidigung möglich."* Hinzu kämen die Erneuerungen der türkischen, griechischen und italienischen Luftwaffe. (1)

Daß die Luftwaffen von 3.-Welt-Staaten der Region keine Bedrohung für die NATO darstellen, haben die Kriege Israels gegen Syrien und Ägypten) ebenso deutlich gemacht, wie der Abschuß libyscher Flugzeuge durch die USA.

Zusammenfassend erklärte der NATO-Oberbefehlshaber Small :
„Im Mittelmeer müsse man vor allem den Kampf um die Luftherrschaft gewinnen. Sei dies gesichert, so beherrsche man auch die See. ‚Es ist denkbar, daß wir nach einiger Zeit sogar Kräfte abgeben, um im Atlantik auszuhelfen', meint gelassen der Admiral." (1)

Drohung einer Landinvasion?

Die Drohung einer Landinvasion durch sowjetische Truppen wird im Unterschied zu Nordnorwegen oder der BRD im Mittelmeerraum in aller Regel schon gleich weggelassen, obwohl es hier drei mögliche Kriegsschauplätze gibt: Lange Zeit galt Jugoslawien nach dem Tode Titos als bedroht durch einen prosowjetischen Putsch oder eine Invasion bedroht; das diente als Kriegs-Ausgangspunkt bei zahlreichen Stabsmanövern.

Hinzu kommt eine Grenzlinie zwischen Bulgarien und Griechenland und der Türkei, wo allerdings von NATO-Kreisen schon eher eine andere Frage aufgeworfen wird: *„Wird Rumänien weiterhin eine Politik der Unabhängigkeit von der Sowjetunion verfolgen und den Sowjets einen Korridor als Zugang zu Bulgarien verweigern? Welche Wahrscheinlichkeit besteht, daß die Sowjets die Breschnew-Doktrin auf Rumänien anwenden?"* (3)

Hier ergibt sich für die NATO eher eine unsichere Flanke des Warschauer Paktes als eine mögliche Angriffsplattform der Gegenseite.

Als letztes kommt eine direkte Grenze zwischen der Sowjetunion und der Türkei ins Spiel, wo ein 570.000 Mann-Heer 20 sowjetische Divisionen (300. bis 400.000 Mann) bindet. Die NATO geht davon aus, daß auch hier wie auf den anderen beiden Landkriegsschauplätzen „die zu Beginn eines unerwarteten Konflikts gerade vorhandenen Kräfte eine Zeit lang auf sich selbst angewiesen sein werden." Wenn aber von außerordentlichen Problemen der Türkei die Rede ist, sind ihre wirtschaftlichen und inneren Probleme gemeint. (3)



Die Bedrohung der NATO und Spaniens durch die sowjetische Seestrategie

aus: Europäische Wehrkunde Nr. 12/84 S. 678


Abb. 4: **Die verschärfte Bedrohungssituation im Mittelmeer**

Die Küstenzone als Einsatzbereich der klassischen Minen ist schwarz dargestellt. Die graue Zone entspricht Wassertiefen unter 1000 m. Dieser Wert wurde willkürlich als maximale Einsatztiefe von Torpedominen angenommen. Die Abbildung zeigt, daß das Mittelmeer durch den Einsatz derartiger Minen in mehrere Becken unterteilt würde. Der Wechsel von einem Becken zum andern wäre stets riskant.

aus: Internationale Wehrrevue 9/84 S. 1248

Die „Südflanke" — eine Achillesferse der Sowjetunion

Das Gerede von einer offenen Süd-„Flanke" der NATO ist nur Teil der Propaganda, die für Aufrüstungsmaßnahmen herhalten muß, denn gerade *„im Süden fühlt sich die NATO stark" (1). Es geht der NATO hier nicht darum, ein Vordringen der Sowjetunion oder ihre Störung der „Lebenslinien"* des Westens im Mittelmeer zu verhindern, als vielmehr um eine offensive Kriegsführung : *„Mehr als die Nordflanke eignet sich die Südostflanke der NATO, um den genannten Vorteil des Warschauer Paktes* (gemeint ist die tiefe Staffelung ihrer Truppen — Anm. AK) *zu eliminieren; denn aus Griechenland und der Türkei kann sein gesamter südlicher Bereich westlich des Urals mit konventionellen Waffen erfaßt werden* (die atomar bestückten Flugzeuge in der Türkei sind hier schamhaft verschwiegen — Anm. AK). *Deshalb sind von der NATO-Planung zwei Flugzeugträger vorgesehen. Demnach übt die Südostflanke der NATO nicht die Funktion eines Riegels, sondern die einer Angriffsplattform aus, eben zur Entlastung der Zentralfront in Europa, das heißt der Bundesrepublik Deutschland."* Denn *„eine im Mittelmeer dominierende 6. US-Flotte hat durch ihrer Luftwaffe die Möglichkeit, einen eventuellen Angriff des Warschauer Paktes gen Westen* (laut NATO-Doktrin gibt es den umgekehrten Fall gar nicht — Anm. AK) *von der Flanke her, z.B. durch die Bombardierung von Verkehrsknotenpunkten, erheblich zu stören."* (9)

Das bekannte Leitliniendokument des Pentagon zur Planung von Kriegsoptionen für die Jahre 1984-88 führt allgemein dazu aus, daß *„Offensivmaßnahmen gegen die Flanken des Warschauer Paktes besondere Bedeutung erhalten werden, um einen Abzug von Verbänden des Paktes von der Zentralfront zu erzwingen."* (10)

Das Mittelmeer : Aufmarschplatz für die Interventionspolitik der NATO

Während die östlicheren Länder der NATO im Mittelmeer — Italien, mehr noch Griechenland und vor allem die Türkei — für den Angriff auf die Südflanke des Warschauer Paktes gerüstet sind, hat der Mittelmeerraum eine weitere bedeutende Funktion. Die kanarischen Inseln und mehr noch Azoren im Atlantischen Ozean stellen die entscheidenden Brückenkopfe für den gesamten militärischen und wirtschaftlichen Nachschub im Krisen- und Kriegsfalle aus den USA dar, wobei täglich mehr als 250.000 Tonnen Material per Luft und vor allem auf dem Schiffswege transportiert werden sollen. Mit Spanien und Portugal als Scharnier ist dieses Gebiet nicht nur den USA am nächsten gelegen, sondern auch gleichzeitig am entferntesten von jeder Bedrohung durch die Sowjetunion. Alle strategischen Stützpunkte der US-Truppen im südlichen Teil der NATO sind hier angesiedelt. Dabei geht es keinesfalls nur um den Nachschub für einen direkten Konfliktfall mit der Sowjetunion, sondern auch für alle Invasionsvorhaben in Afrika bzw. in Nahen und Mittleren Osten, wofür inzwischen die Schnelle Eingreiftruppe der USA allein mit 200.000 Mann zur Verfügung steht. Portugal, Spanien und die atlantischen Inseln sind hier genauso wie von Ost nach West in Nord-Südrichtung von enormer strategischer Bedeutung. Seit langem gibt es NATO-Planungen, eine „südatlantische Verteidigungsgemeinschaft" mit Portugal, Südafrika, Argentinien und Brasilien zu bilden. (11)

Wenn wir hierzu den früheren Cincsouth, Admiral Shear zitieren, so ist natürlich offenkundig, daß er von einer Sowjetunion, die bei allen Konflikten drohend im Hintergrund steht, ausgeht: *„Hier eine kurze und unvollständige Liste möglicher Unruheherde, die für die Südflanke von Bedeutung sein könnten: die Polisario-Front in der Sahara, Libyen, Tschad, Uganda, Angola, Zaire, Rhodesien, Libanon, Äthiopien, Eritrea, Somalia, Mocambique, die beiden Jemen, Afghanistan, Pakistan. Die Liste scheint endlos !*

Für den Westen waren der Aufruhr und das Chaos im Iran ein schwerer Schlag. Aber er hatte auch etwas Gutes. Er zeigte deutlich, daß sich etwas derartiges hier ereignen kann ... und dort. Es kann in einer Reihe von den genannten Ländern passieren und es könnte morgen passieren.(...) Meine Besorgnisse haben im wesentlichen drei Gründe.

Erstens scheint es offensichtlich, daß die Sowjets ihre Stoßrichtung geändert haben. Sie nützen jetzt die Instabilität der verschiedenen Nationen um das Mittelmeer und den Persischen Golf sowie im ganzen Kontinent Afrika aus. (...) Diese Gebiete sind jetzt zum Brennpunkt der Gefahren geworden, die mit der größten Wahrscheinlichkeit auf uns zukommen. (...) Die Methode ermöglicht ihnen größte Gewinne bei geringstem unmittelbarem Risiko. Als strategische Initiative war sie ungemein geschickt. (...) Vielleicht übertraf der Erfolg ihre kühnsten Träume.

Der zweite Grund zur Besorgnis ist die mögliche Auswirkung dieser sowjetischen Anstrengungen auf unser Bündnis. Zur Zeit versuchen die Sowjets im Gebiet des Roten Meeres, des Persischen Golfs und in ganz Afrika politisch, militärisch und wirtschaftlich Fuß zu fassen. Wenn ihnen das gelingt, dann legt sich ihr Einfluß quer über die Öl-Nachschubrouten des Westens. Sie haben dann ideale Möglichkeiten, den lebenswichtigen Öltransport und Verkehrswege des Welthandels zu bedrohen. Darüber hinaus würden sie durch den Erwerb von Stützpunkten in diesen Gebieten die Infrastruktur erhalten, die sie für weltweite Mobilität ihrer Streitkräfte brauchen.

Meine alles überragende Sorge jedoch gilt dem möglichen Verlust ausreichenden Ölnachschubs für unsere Allianz. Eine derartige Aktion gegen die NATO hätte weitreichende militärische und wirtschaftliche Folgen. Unsere Wirtschaft würde praktisch innerhalb einiger Wochen zum Stillstand kommen. Schlimmstenfalls würde das Abschneiden der NATO von den Ölquellen dazu führen, daß wir den Krieg, den abzuwenden wir uns so sehr bemühen, ohne einen Schuß verlieren. (...)

Eines ist in letzter Zeit immer deutlicher geworden, hätte es jedoch schon lange sein sollen. Wir können es uns nicht leisten, auf einer Karte saubere Linien zu ziehen und sagen, daß dies die NATO-Grenzen sind, die alle unsere Interessen umschließen." (3)

Mit anderen Worten, jede kleine regionale Krise in Afrika oder im Nahen und Mittleren Osten könnte schon fast das Aus für die NATO sein, weil sie das ganze strategische Kräfteverhältnis kaputtmachen würde. Da muß ggf. auch überall die NATO militärisch ran.

Last not least hat die NATO-Südflanke und das Militär auch die Aufgabe, über die „Sicherheit" und „Stabilität" der beteiligten NATO-Staaten zu wachen, worunter ja gleich eine ganze Zahl unsicherer Kantonisten zu finden sind. Und noch einmal Admiral Shear dazu : *„Welche Wirkung werden kommunistischen Parteien in verbündeten Nationen oder der Eurokommunismus allgemein langfristig auf die Mitglieder des Bündnisses und auf die Solidarität im Bündnis haben?*

Werden die Mitglieder unseres Bündnisses in Zukunft imstande sein, ihre eigenen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Probleme zu lösen — also jene Art von Problemen, die die volle Ausschöpfung des Potentials der NATO behindern könnten?

(...) Das heißt, daß wir derartige Fragen immer wieder prüfen müssen. Das ist keine leichte Aufgabe." (3)

Die militärpolitische Lage in den NATO-Staaten Südeuropas werden wir in einer Artikelserie darstellen.

miko, Antimil-Kommission Göttingen (+ HH)

Anmerkungen:

(1) Frankfurter Allgemeine, 29.11.84
(2) IPW, 1980, S.49
(3) „Die Südflanke der NATO", von Admiral Harold E. Shear (CINCSOUTH), in: Europäische Wehrkunde, 12/1979
(4) Kedros, Das Mittelmeer in der Ost-West-Auseinandersetzung, in: Beiträge zur Konfliktforschung, 1/83, S. 69/70
(5) Steinhoff: Wohin treibt die NATO? Hamburg, 1976, S. 98
(6) „Seestreitkräfte im Mittelmeer", Admiral di Giovanni, Oberbefehlshaber von Navsouth, in: Marine Rundschau 12/1983
(7) Lothar Rühl, in: Die Welt, 30.9.67
(8) A.Z. Rubinstein: Die Sowjetunion und das östliche Mittelmeer, in: Beiträge zur Konfliktforschung 4/79, S. 694
(9) Kedros, s.a.a.O. S. 81 u. 79
(10) nachgedruckt z.B. in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 7/82, S. 1015 ff.
(11) vgl. D. Schulze-Marmeling, Der Südatlantik im Fadenkreuz imperialistischer Interessen, in: AIB 9 u. 10/84

OTAN NO — BASES FUERA
Anti-NATO-Bewegung in Spanien

Eine brisante innenpolitische Konstellation reift in Spanien heran: Unter der politischen Hegemonie der radikalen Linken hat sich eine Massenbewegung für den NATO-Austritt formiert, die die Sympathie der Bevölkerungsmehrheit und die Unterstützung der Gewerkschaftsbewegung hat. Sowohl die ,,prokommunistischen'' Arbeiterkommissionen als auch die regierungsnahe UGT-Gewerkschaft drängen auf die Durchführung einer Volksabstimmung zu dieser Frage, wie es die Sozialisten vor ihrem Regierungsantritt 1982 zugesichert hatten.

Die Entstehung der Bewegung

Der spanischen Friedensbewegung ging und geht es nicht um die Ablehnung einzelner Waffensysteme, sondern um die Ablehnung der NATO-Mitgliedschaft, was auf einer starken Antipathie gegen das (franquistische) Militär überhaupt basiert.

Die traditionellen Linksparteien PSOE und PCE bekamen wenig Einfluß in dieser Bewegung:

— Die PSOE, die anfangs mit der Anti-NATO-Stimmung kokettiert und sie für ihren Wahlsieg 1982 genutzt hat, nahm bald danach eine Meinungsänderung um 180 Grad vor. Dazu kommt, daß über 50.000 ihrer Mitglieder in Staats- und Regierungsämtern gebunden sind, und die Partei praktisch über keine Kader für die Massenarbeit verfügt.

— Die eurokommunistische PCE hat sich diskreditiert, weil sie zwar den NATO-Beitritt ablehnte, nicht jedoch die Auflösung der US-Basen forderte. Außerdem hat sich die PCE mittlerweile nicht nur regional (Katalonien), sondern auch national gespalten: in Eurokommunisten (PCE) einerseits, und in die ,,Prosovieticos'' mit ihrer eigenen Partei (P.C.) andererseits.

Politisch dominant in der Bewegung sind daher — ähnlich wie in der Anti-AKW-Bewegung in den siebziger Jahren hierzulande — Gruppierungen der radikalen Linken: die ,,Movimiento Communista'' (MC) sowie die trotzkistische LCR.

Die Bewegung selber ist natürlich wesentlich breiter als diese (jeweils einige tausend Mitglieder starken) linksradikalen Organisationen. Dies zeigt sich nicht nur an der Mobilisierungskraft (s. Kasten), sondern auch an der formellen Mitarbeit in den örtlichen Anti-NATO-Komitees, wo die diversen (bislang unbedeutenden) ''Grünen Parteien'', die Organisation der Kriegsdienstverweigerer (Movimiento de Objetores de Conciencia — MOC), ökologische und antimilitaristische Basisgruppen. sowie zahlreiche Frauen-

Kriegsdienstverweigerer (Movimiento de Objetores de Conciencia — MOC), ökologische und antimilitaristische Basisgruppen, sowie zahlreiche Frauen-

gruppen tätig sind. Zu den Demonstrationen rufen auch immer wieder die ,,Arbeiterkommissionen'' (CC.OO — also die linke Massengewerkschaft unter Dominanz der beiden PCs) und der linke Flügel der PSOE (,,Izquierda Socialista'') auf, sowie dann natürlich auch die beiden orthodox-kommunistischen Parteien.

Die PSOE-nahe Gewerkschaft UGT ,,darf'' zwar diese Aufrufe nicht mittragen, fordert aber ebenfalls den NATO-Austritt und die Abhaltung eines Volksentscheides darüber (das muß mensch sich mal beim DGB vorstellen...). Auf nationaler Ebene ist die Bewegung locker in der ,,Coordinadora Estatal de Organizaciones Pacifistas'' zusammengeschlossen. Diese ''Koordination'' besteht nicht aus einem ständig arbeitenden Ausschuß (dem Friedens-,,KA'' in der BRD vergleichbar), sondern lediglich aus regelmäßigen Aktionskonferenzen. Die regionalen Zusammenschlüsse sind an die nationalen Beschlüsse nicht gebunden, was jedoch der Einheitlichkeit der Bewegung keinen Abbruch tut: In ganz Spanien (egal nun, ob es sich um explizite Anti-NATO-Komitees handelt wie in Madrid, oder um Friedensbündnisse mit anderem Namen wie in Barcelona) ist sich nämlich die Bewegung in ihren zentralen Forderungen einig: Nein zur NATO, Raus mit den US-Basen, Neutralität, Keine Atomkraftwerke, Kürzung der Militärausgaben, eine sofortige Volksabstimmung mit klarer Fragestellung.

Der Versuch der PSOE, in Konkurrenz zu der Anti-NATO-Bewegung eine bravere Koordination (,,Movimiento por la paz, el desarme y la libertad'') hochzuziehen, scheiterte mangels Masse. Etwas besser erging es der PCE, die mit ihrem Prominentenkomitee ,,Comitee de Accion Paz y Desarme'' zwar über keine Basisgruppen in den Stadtteilen Madrids verfügt, aber dennoch gleichberechtigt mit dem Anti-NATO-Komitee (,,Comision Anti-OTAN'') in Madrid zu den großen Demonstrationen aufruft. Von dem Madrider Anti-NATO-Komitee gehen die wichtigsten Impulse für ganz Spanien aus. In der Hauptstadt selber ist das Komitee der anerkannte Vertreter der Bewegung, ohne den nichts läuft. Außer der Straße haben die spanischen Antimilitarist/inn/en auch den Äther erobert: Der Piratensender ,,Radio Zero'' jagt täglich Anti-NATO-News und heiße Musik über die Frequenzen.

Die Tricks der PSOE

Bei den Wahlen am 28.10.1982 machte die sozialistische Partei (PSOE) einen riesigen Sprung von 28% auf 48% und stellt seither die Regierung. Mit zu die-

Bei den Wahlen am 28.10.1982 machte die sozialistische Partei (PSOE) einen riesigen Sprung von 28% auf 48% und stellt seither die Regierung. Mit zu die-

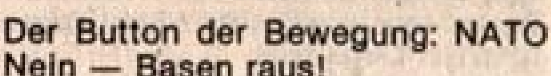
sem spektakulären Sieg der Partei hatte beigetragen, daß sie sich im Wahlkampf massiv auf Plakatwänden für eine Volksabstimmung über den NATO-Austritt Spaniens ausgesprochen hatte (der Beitritt war von der vorherigen konservativen Regierung Sotelo im Mai gleichen Jahres vollzogen worden). Plakatiert wurde damals der Slogan ,,OTAN, De Entrada No'' — ein Wortspiel, das sowohl ,,NATO, Nein zum Beitritt'' als auch ,,NATO, von Anfang an NEIN'' heißen kann.

Die versprochene Volksabstimmung jedoch wird seither immer wieder hinausgeschoben. Mittlerweile wurde sie von Regierungschef Gonzales für Februar 1986 versprochen.

Hintergrund ist der Meinungswechsel in der PSOE-Chefetage: In seinem Bericht zur ,,Lage der Nation'' im letzten Oktober schlug Gonzalez als ,,nationalen Konsens'' in der Sicherheitsfrage einen 10-Punkte-Katalog vor, der unter anderem umfaßt (4):

— Weitere Mitgliedschaft in der ,,zivilen'' Struktur der NATO.
— ,,Schrittweiser'' Rückzug der US-Militärpräsenz in Spanien.
— Das Verbot der A-Waffen-Lagerung in Spanien.
— Die Weigerung, den Atomwaffensperrvertrag zu unterzeichnen.
— Das Ersuchen um Aufnahme in die ,,Westeuropäische Union'' (WEU).

Der ,,nationale Konsens'' sieht so aus, daß im Parlament eine erdrückende Mehrheit für die Mitgliedschaft in der NATO ist (die PSOE, die extrem rechte AD, die zentristische UCD und die konservativen baskischen und katalonischen Nationalisten). Für den NATO-Austritt und ein klares Referendum dazu treten im Parlament nur die PCE (4 Abgeordnete), die CDS (Partei des früheren Premier Suarez — 2 Abgeordnete) und die baskische und katalonische Linke (1 Abgeordneter) ein. Nach einer Umfrage vom Februar 1985 sind hingegen 46,5% der Bevölkerung für den totalen NATO-Austritt, 19,1% für den Status quo, 15,4% für



Der Button der Bewegung: NATO Nein — Basen raus!

die volle Integration in die NATO und 19% sind unentschieden.

Auf ihrem Parteitag im Dezember 1984 wurde die PSOE-Spitze in ihrem Kurs bestätigt. Eine 80%-Mehrheit stimmte für den weiteren Verbleib in

Auf ihrem Parteitag im Dezember 1984 wurde die PSOE-Spitze in ihrem Kurs bestätigt. Eine 80%-Mehrheit stimmte für den weiteren Verbleib in

der NATO. Abgelehnt wurde der Antrag der ,,Izquierda Socialista'', den NATO-Austritt zu betreiben, und ein ,,Vermittlungsantrag'', der die endgültige Entscheidung der Volksabstimmung überlassen und die Partei verpflichten wollte, davor eine NATO-Nein-Kampagne durchzuführen. Ergänzend solle die Regierung — so dieser unterlegene Antrag weiter — zweiseitige Militärverträge mit einzelnen westeuropäischen Staaten abschliessen.(5)

Die Diskussion in der Bewegung

Genauso wie hierzulande, so hat es auch in Spanien Versuche gegeben, die Bewegung zu mäßigen. Die Linie der reformistischen KPs (DKP hier, PCE dort) läuft daraufhinaus, lediglich Forderungen gegen eine Verschlechterung



3. Marsch nach Torrejou (20.3.83)

des Status quo aufzustellen, den Status quo selbst aber nicht in Frage zu stellen (das sei nicht populär). Konkret auf deutsch: Die zusätzliche Aufstellung neuer Raketen ist schlecht, die ,,traditionelle'' Mitgliedschaft in der NATO dagegen muß hingenommen werden. Konkret auf Spanisch: Die zusätzliche Mitgliedschaft in der NATO ist schlecht, die ,,traditionellen'' US-Basen jedoch müssen hingenommen werden. Diese Linie der PCE, Ende der 70er Jahre noch vehement vertreten, brachte ihr nicht nur keine Sympathien in der Bewegung, sondern stand auch — hier ist der Unterschied zur BRD-Situation — im Widerspruch zur Stimmung in der Bevölkerung: Während die Mehrheit der Westdeutschen die traditionelle Mitgliedschaft

zur BRD-Situation — im Widerspruch zur Stimmung in der Bevölkerung: Während die Mehrheit der Westdeutschen die traditionelle Mitgliedschaft

in der NATO hinnimmt oder sogar begrüßt, sind die Spanier im gleichen Maße gegen die NATO-Einbindung und gegen die traditionelle US-Militärpräsenz im Lande. — Die PCE hat ihre Position übrigens niemals offiziell revidiert, sondern betreibt sie leidglich nicht mehr offensiv.

Im letzten Jahr (1984) dann ein weiterer mißglückter Coup der PCE: Sie lancierte die ,,Mesa pro Referendum''. Im Zuge ihrer Bündnisstrategie mit bürgerlichen Kräften wollte sie unter diesem Namen eine Kampagne puschen, die nicht mehr die NATO-Gegnerschaft in den Mittelpunkt stellt, sondern nur noch auf die bloße Abhaltung eines Referendums pocht (ohne eine NATO-Nein-Empfehlung für den Fall eines solchen Referendums zu geben). In der Splitterpartei CDS des ehemaligen Premiers Suarez suchte und fand sie darin Unterstützung, keineswegs aber in der Friedensbewegung. Selbst die eigene Basis der — sowieso geschwächten — PCE reagierte mit gebremster Begeisterung.

In der Bewegung selber hat die Diskussion um die Wahlfrage begonnen (die nächsten Parlamentswahlen stehen ebenfalls 1986 an). Angesichts zweier KPs und mehrerer grüner Parteiansätze, die die Bewegung als Wahlunterstützung instrumentalisieren wollen, wird ein geschlossenes Vorgehen als fast unmöglich eingeschätzt. Der Versuch einer gemeinsamen Kandidatur der gesamten Bewegung würde nach Einschätzung der MC nur die Gefahr einer Spaltung heraufbeschwören.

Der Spielraum der Regierung

Der Spielraum der Regierung

Da es keine verfassungsgemäße Möglichkeit gibt, einen Volksentscheid und die Art und Weise der Fragestellung dabei zu erzwingen (etwa über ein Volksbegehren), hat die Regierung durchaus noch einige Möglichkeiten für Trickserejen:

— Die Wahlen werden vorgezogen, so daß v o r einem möglichen Referendum im Februar 1986 die PSOE wieder eine satte Mehrheit erhält (und dann das Referendum nochmal bis zum St. Nimmerleinstag verschieben kann).

— Beim Referendum wird nicht über die NATO-Mitgliedschaft mit Ja/Nein abgestimmt, sondern es werden Fragestellungen gewählt, die die Friedensbewegung spalten und die Bevölkerung verwirren. (Möglichkeit eins: Militärische Integration in die NATO versus ,,zivile'' Integration in die NATO. Möglichkeit zwei: NATO-Austritt versus US-Abzug aus Spanien. Möglichkeit drei: NATO-Mitgliedschaft p l u s EG-Mitgliedschaft Ja/Nein.)

Wie man sich gegenüber einem solchen ,,faulen'' Referendum verhält wird bislang in der Bewegung nicht diskutiert. Wegen des Fehlens einer linken Wahlalternative muß die PSOE auch nicht fürchten, für solche Manöver die Quittung **mit dem Stimmzettel** zu erhalten. Allerdings: Die ungebrochene Mobilisierungskraft der spanischen NATO-Gegner und ihr Rückhalt in den Gewerkschaften gibt trotzdem zur Hoffnung Anlaß, daß Gonzalez, die spanische Bourgeoisie und die NATO nicht ganz ungerupft aus dieser Lage herauskommen.

Jürgen/Stuttgart

Am 5. Marsch nach Torrejou (24.3.85) nahmen über 100.000 Leute teil. Auf dem offiziellen Plakat sind als Marschteilnehmer neben Jesus auch Marx und Engels abgebildet (linke Seite7. Der Bär ist das Wappentier von Madrid.

Der Höhepunkt der Bewegung

25.1.1981: 25.000 Teilnehmer beim 1. Marsch auf Torrejon. Allgemein wird das als Geburtsstunde der Massenbewegung bezeichnet
15.11.1981: 300.000 Menschen bei einer Kundgebung in Madrid gegen die NATO. Die damals noch oppositionelle PSOE rief mit auf.
6.6.1982: 2. Marsch auf Torrejon, etwa 15.000 Teilnehmer.
28.2.1983: 25.000 demonstrieren in Zaragoza, fordern die Auflösung der US-Basis und den NATO-Austritt.
20.3.83: 3. Marsch auf Torrejon, 25.000 Teilnehmer.
12.6.1983: 100.000 demonstrieren in Madrid.
17.6.1983: Erstes nationales Treffen der Bewegung. Ein gemeinsamer Forderungskatalog wird verabschiedet.
23.10.1983: Zeitgleich zu anderen westeuropäischen Ländern Friedenskundgebung in Madrid. 200.000 Teilnehmer
14.2.1984: 4. Marsch auf Torrejon, 55.000 Teilnehmer.
3.6.1984: Nationale Demnstration in Madrid, 500.000 Teilnehmer.
2.12.1984: Nationaler Aktionstag. In ganz Spanien folgen fast 500.000 dem Aufruf der Nationalen Koordination.
24.3.1985: 5. und bisher größter Marsch auf Torrejon (100.000 Teilnehmer).
5.5.1985: Großdemonstration gegen den Reagan-Besuch. Am folgenden Dienstag Blockade-Versuche in der Madrider Innenstadt, Demonstration direkt vor der US-Botschaft und dem Regierungsviertel, wo die Gespräche stattfinden.

Anmerkungen u. Quellen

Dank den Genoss/innen des Anti-NATO-Komitees Madrid und von Movimiento Comunista, die mir mit Gesprächen und mit viel Material diesen Artikel ermöglicht haben.
(1)-(3) entfällt
(4) Zitiert nach: Anti-NATO-Komitee Madrid, The Spanish Socialist Party and Nato.
(5) Ausführlich in AK 254, S.17

»KANZLER, BLEIBE HART!«

Der NATO-Beitritt der BRD (6.5.1955) und die »Neuordnung des Ostens«

Zum Leidwesen gewisser Kreise in der BRD fallen in der Diskussion um den 40. Jahrestag der Kapitulation zwei andere Daten unter den Tisch: der 5. als 30. Jahrestag der Aufhebung des Besatzungsstatuts bzw. der Wiedererlangung der staatlichen Souveränität und der 6. als 30. Jahrestag des NATO-Beitritts der BRD. Dabei zielten und zielen doch gerade diese beiden Ereignisse auf die Revision der Ergebnisse des 8. Mai 1945. Adenauer konstatierte schon damals einen Zusammenhang zwischen dem Mai 1945 und dem 5./6.5.1955: „Ich betrachtete den Tag der Zurückgewinnung der Souveränität als einen großen Tag in der deutschen Geschichte. Zehn Jahre vorher zerbrach Deutschland und hörte auf, ein sich selbst regierender Staat zu sein. Es war die dunkelste Stunde unseres Vaterlandes. Der Weg zur Gewinnung der Freiheit war lang und hart" (1). Noch präziser wußte jüngst die „Europäische Wehrkunde", das Fachblatt für derartige Fragen, die Kausalität der Ereignisse zu deuten: „Erinnert der 40. Jahrestag des 8. Mai 1945 an die Befreiung oder an die Katastrophe? Auf diese Frage ... läßt sich keine Antwort geben, die wirklich befriedigt, wenn vergessen wird, auch an den 30. Jahrestag des 5. Mai 1955 zu denken ... Zwischen diesen beiden Daten, die uns als Jahrestage bevorstehen, liegt eine Wende unserer Geschichte. Wer den 8. Mai 1945 ebenso als politische wie moralische Zäsur im Leben unseres Volkes versteht, darf den 5. Mai 1955 als ein Stück politischer Bewältigung der Vergangenheit begreifen ..." (2). Im vorliegenden Artikel wird dargestellt, wie „dieses Stück politischer Bewältigung der Vergangenheit" zu verstehen ist und warum erst e i n Stück dieser Vergangenheit bewältigt wurde.

Der „schwarze Tag" für die Europa-Armee

So sehr der 5./6. Mai 1955 von den herrschenden Kreisen in der BRD mit der Aura des Beginns einer neuen Epoche umgeben wird, so sehr war für diese Leute der 30. August 1954 ein „schwarzer Tag". An diesem Tag lehnte die französische Nationalversammlung auf 'kaltem' Weg den Beitritt zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) ab: mit 319 gegen 264 Stimmen wurde der gaullistische Antrag auf Vertagung angenommen. Damit war das (vorläufige) Ende der EVG, die der westdeutschen Wiederbewaffnung als Weg dienen sollte, besiegelt. Adenauers Integrationspolitik schien gescheitert. In seinen „Erinnerungen" führt er dazu aus: *„Ich mußte die Tragödie ihren Lauf nehmen lassen. Es waren qualvolle Tage. Das Er-*

rungen" führt er dazu aus: *„Ich mußte die Tragödie ihren Lauf nehmen las-*

sen. Es waren qualvolle Tage. Das Ergebnis der Abstimmung in der französischen Nationalversammlung vernichtete uns Deutschen die jahrelangen Bemühungen, bei dem Wiederaufbau Europas den entscheidenden Schritt nach vorne zu tun" (3).

Die EVG war von Anfang an das Produkt eines Kompromisses zwischen den unterschiedlichen Vorstellungen der USA, Frankreichs, Großbritanniens und der BRD über die Form der westdeutschen Remilitarisierung. Auch wenn die französische Regierung noch im November 1949 erklärte: *„Die Welt muß sich im klaren darüber sein, daß Frankreich nicht Partner eines Sicherheitssystems bleiben kann, welches eine deutsche Wiederaufrüstung bejaht" (4)*, wurde die Grundsatzentscheidung über die Remilitarisierung der BRD auf Druck der USA doch bereits im September 1950 öffentlich proklamiert. Mitte September 1950 konnten sich die Außenminister Acheson (USA), Bevin (GB) und Schuman (F) zwar noch nicht auf eine gemeinsame Position des **Wie** der westdeutschen Wiederbewaffnung einigen, aber die *„Frage der Teilnahme der Bundesrepublik an der gemeinsamen Verteidigung Europas"* wurde zum Gegenstand von Untersuchungen erklärt. Wenige Tage später ließ dann die NATO-Ratssitzung im Kommunique verkünden: „Der Rat war sich einig darüber, daß Deutschland in die Lage versetzt werden sollte, zum Aufbau der Verteidigung Westeuropas beizutragen" (5).

Damit hatte sich Ende 1950 das US-Interesse an einer Wiederbewaffnung der BRD weitgehend durchgesetzt. Als ideologische und legitimatorische „Argumentationshilfe" diente den USA und auch der Bundesregierung der am 25. Juni 1950 begonnene Korea-Krieg. Von der bürgerlichen Publizistik als „Vater der westdeutschen Wiederaufrüstung" tituliert, wurde der Korea-Krieg auf der propagandistischen Ebene instrumentalisiert, um die sowjetischen Divisionen und die „schwerbewaffneten Volkspolizisten" in der DDR als akute Kriegsgefahr zu stigmatisieren. Doch die Intention, mit der Gründung der BRD eine neue Armee gegen die Sowjetunion aufzubauen, ist nicht erst auf den 25. Juni 1950 zu datieren.

US-Bemühungen zur weltweiten Gegenoffensive

Trotz gegenteiliger öffentlicher Äußerungen gehen erste Bemühungen der USA um eine Remilitarisierung der BRD mindestens in das Jahr 1947 zurück. Die Behandlung höherer deutscher Militärs unmittelbar nach der Kapitulation (u.a. die Historical Division) legt allerdings den Schluß nahe, daß die Westalliierten zumindest das deutsche militärische Know how für noch ausstehende Ostfeldzüge übernehmen wollten. Durch besondere Weitsichtigkeit zeichnete sich damals der britische Premier Winston Churchill aus, der — noch vor Kriegsende — Lord Montgomery anwies, *„dafür zu sorgen, daß die deutschen Waffen gesammelt würden, damit man sie ohne weiteres wieder an die deutschen Soldaten ausgeben könnte, mit denen*

gesammelt würden, damit man sie ohne weiteres wieder an die deutschen Soldaten ausgeben könnte, mit denen

wir zusammenarbeiten würden müssen, wenn die Sowjets ihren Vormarsch fortsetzen" (6).

In den USA wurden 1947 im Joint War Plans Branch (Operations- und Planungsabteilung der US-Army) Überlegungen über die deutsche Wiederbewaffnung angestellt. Auch eine Analyse des Stabes des 1947 gegründeten Sicherheitsrates der USA stellte fest: *„Die Niederlage der Kräfte des von den Sowjets angeführten Weltkommunismus ist für die Vereinigten Staaten von vitaler Bedeutung. Dieses Ziel kann durch eine defensive Politik nicht erreicht werden. Die Vereinigten Staaten sollten daher die Führung bei der Organisierung einer weltweiten Gegenoffensive übernehmen, die darauf zielt, unsere und der nichtsowjetischen Welt antikommunistische Kräfte zu mobilisieren und zu stärken und die Stärke der kommunistischen Kräfte in der sowjetischen Welt zu unterminieren. In unseren Bemühungen zur Gegenoffensive sollte die erste Priorität auf Westeuropa gelegt werden"* (7). Als sich 1948 abzeichnete, daß der Brüsseler Vertrag zwischen den westeuropäischen Staaten sich vornehmlich gegen ein Wiedererstarken des deutschen Militarismus richtete, waren die US-Stabschefs alarmiert. *„Bei einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates am 20. Mai 1948 hob Armeeminister Kenneth Royal die Besorgnis der Stabschefs hervor, mit der eine Verpflichtung zur Verteidigung Europas betrachtet würde, und betonte deren Wunsch, daß jedes Vertragswerk, das eine derartige Verpflichtung zur Folge hätte, die Möglichkeit des späteren Beitritts Deutschlands und Spaniens offen lassen sollte"* (8). Der Brüsseler Vertrag wurde dann auch im Oktober 1954 in revidierter Form das Vehikel, über das die BRD der NATO beitreten konnte.

Aber nicht nur seitens der US-Regierung bestand ein Interesse an der Frage der westdeutschen Remilitarisierung. Auch Adenauer hatte bereits 1948 — also noch vor Gründung der BRD — bei dem ehemaligen Wehrmachtgeneral Speidel ein Gutachten in Auftrag gegeben, in dem Vorschläge für einen „deutschen Verteidigungsbeitrag" ausgearbeitet werden sollten. Als Bundeskanzler brachte Adenauer dann durch eine geschickte Interview-Politik das Thema Wiederbewaffnung in Form einer „Schaffung einer europäischen Armee unter Beteiligung deutscher Soldaten" in die Diskussion. Mit dem sogenannten Sicherheitsmemorandum an die Alliierten Hohen Kommissare im August 1950, in dem Adenauer westdeutsche Kontingente für eine europäiche Armee anbot, verschärfte sich zwar die innenpolitische Situation mit dem Rücktritt von Innenminister Heinemann, doch Adenauer befand sich nach Beginn des Korea-Krieges propagandistisch in der Offensive, was er auch auszunutzen wußte (zum politischen Konzept der Bundesregierung s.u.).

Vom Pleven-Plan zur EVG

Nach der Grundsatzentscheidung des NATO-Rates vom September 1950 über die Beteiligung der BRD an der „Verteidigung Westeuropas" übernahm der französische Ministerpräsident Rene Pleven die Initiative, um die westdeutsche Remilitarisierung im französischen Sinn zu kanalisieren. Der „Pleven-Plan" sah die Bildung einer Europa-Armee mit einer möglichst starken Verschmelzung der nationalen Kontingente vor. Die entsprechenden Kontingente sollten auf möglichst kleiner Basis, in Bataillonsstärke, integriert werden. Das Verteidigungsministerium und das Militärbudget sollten direkt supranational angelegt sein. Besonderen Wert legte Pleven darauf, daß es weder eine nationale westdeutsche Armee noch einen westdeutschen Generalstab geben sollte. Das Projekt einer Europa-Armee sollte mit einem Junktim mit dem „Schuman-Plan" zur Schaffung einer europäischen Montanunion verknüpft werden. Die wirtschaftliche und besonders die militärische Gemeinschaft sollten den Weg zu einer politischen Union Europas beschleunigen. Allerdings stieß der Pleven-Plan innerhalb der NATO auf starke Kritik. Eine Kompromißlösung wurde dann im sog. Spofford-Plan gefunden: die westdeutschen Einheiten

wurde dann im sog. Spofford-Plan gefunden: die westdeutschen Einheiten

sollten nicht mehr in Bataillonsstärke, sondern in größeren Einheiten integriert werden; die Gesamtstärke der westdeutschen Soldaten sollte 20 % der gesamten westeuropäischen Streitkräfte nicht übersteigen; das Junktim zwischen „Verteidigungsbeitrag" und Montanunion wurde aufgegeben. Auf der NATO-Ratssitzung am 19. Dezember 1950 wurde dann beschlossen, auf der Grundlage des Spofford-Planes in Verhandlungen mit der Bundesregierung zu treten.

Eine der Vorbedingungen der Westalliierten für die Aufhebung des Besatzungsstatus und für den BRD-Beitritt zu einer „Europa-Armee" war die Anerkennung der Auslandsschulden des ehem. Deutschen Reiches durch die Bundesregierung. Auf einer Londoner Konferenz wurde 1952 die Höhe der finanziellen Verpflichtungen der BRD auf 14,4 Mrd. DM festgelegt. Und auch bezüglich des Wiedergutmachungsabkommens der BRD mit Israel, das die Zahlung von 3 Mrd. DM innerhalb von 12 bis 14 Jahren vorsah, trat die Bundesregierung bewußt die Nachfolge des Deutschen Reiches an. Mit der Anerkennung der Auslandsschulden wurde die BRD von den Westalliierten auch als das „eigentliche Deutschland", das berechtigt ist, für das „ganze Deutschland" zu sprechen, anerkannt (s.u.).

In Konsequenz der Dezember-Entscheidung des NATO-Rates begannen am 15. Februar '51 in Paris die Verhandlungen über den Aufbau einer „Europa-Armee" auf der Grundlage des „Spofford-Planes". In einem Zwischenbericht am 27. Juli 1951 äußerten die Konferenzteilnehmer (Frankreich, BRD, Belgien, Luxemburg und Italien, sowie die Niederlande, Großbritannien, Dänemark, Norwegen, Portugal, die USA und Kanada als Beobachter) ihre Bereitschaft zur Bildung einer „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft" (EVG). Diese EVG sollte in enger Beziehung zur NATO stehen. Während in Paris über die Bildung der EVG verhandelt wurde, trafen sich seit Anfang Mai 1951 die Westmächte und die Bundesregierung zu den sog. Petersberger Gesprächen über die Ablösung des Besatzungsstatuts. Frankreich machte von Anfang an deutlich, daß die Aufhebung des Besatzungsstatuts an die Integration der westdeutschen Armee in die EVG gekoppelt sei.

Im November 1951 gab Großbritan-



Wahlplakat (auch der CDU!) 1949

nien bekannt, daß es sich nicht an der EVG beteiligen würde. Damit wurden

nien bekannt, daß es sich nicht an der EVG beteiligen würde. Damit wurden

die innenpolitischen Bedingungen für Frankreich noch ungünstiger, zumal die Bundesregierung kein Hehl daraus machte, daß sie die EVG eher als Zwischenschritt Richtung NATO verstand. Adenauer hatte im Februar 1952 vor dem Bundestag verkündet: *„Es ist für mich gar kein Zweifel daran möglich, daß wir, wenn wir in die Europäische Verteidigungsgemeinschaft eintreten, eines Tages auch Mitglied des Atlantikpaktes werden, ganz von selbst ..."* (9).

Trotz der französischen Bedenken gegen eine westdeutsche Remilitarisierung und die Auflösung der ntionalen in eine europäische Armee konnten die entsprechenden Vertragswerke im Mai 1952 unterzeichnet werden: am 26.5.52 in Bonn der Vertrag über die Beziehungen zwischen den Drei Mächten (USA, GB,F) und der BRD (sog. General- oder Deutschlandvertrag) und einen Tag später in Paris der Vertrag über die Gründung der EVG zwischen Frankreich, der BRD, Italien und den BeNeLux-Staaten. Auf entsprechenden Druck Frankreichs gaben die USA und Großbritannien eine Erklärung ab, *„nach der, falls die Integrität oder die Einheit der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft von irgendeiner Seite durch irgendeinen Schritt bedroht werden sollte, die Regierungen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten einen solchen Schritt als eine Bedrohung ihrer eigenen Sicherheit ansehen würden"* (10).

Der sog. **Deutschland-Vertrag** sollte das Besatzungsregime beenden, die Herstellung der Souveränität der Bundesrepublik festlegen, an die Stelle der Besatzungskosten einen „Verteidigungsbeitrag" setzen und die Westmächte vertraglich binden, die Wiedervereinigung Deutschlands zu fördern. Eine Vorbehaltsklausel sah die Möglichkeit vor, den Deutschland- und den EVG-Vertrag sowie alle Abkommen über die europäische Integration auch auf ein wiedervereinigtes Deutschland anzuwenden (11). Die Souveränität wurde eingegrenzt bezüglich der Stationierung alliierter Streitkräfte, und aller Fragen, die „Deutschland als Ganzes" betrafen. Eine Notstandsklausel (Art. 5) sah ein entsprechendes Eingreifen der NATO im Falle von inneren oder äußeren „Unruhen" vor.

Der **EVG-Vertrag** beinhaltete *„Zusatzprotokolle über wechselseitige Garantien zwischen NATO und EVG sowie die Beschränkung der Rüstungsproduktion in strategisch exponierten*

wie die Beschränkung der Rüstungsproduktion in strategisch exponierten

Gebieten (BRD) und einen automatischen gegenseitigen Hilfeleistungsvertrag zwischen Großbritannien und den EVG-Staaten. Die EVG sollte eigene Hoheitsbefugnisse erhalten. Für die Streitkräfte der gleichberechtigten und im Verteidigungsfall zum automatischen Beistand verpflichteten Mitglieder war eine einheitliche Rechtsstellung, Bewaffnung, Ausrüstung, Uniform und Besoldung vorgesehen, eine (mindestens) 18-monatige Dienstzeit auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht und — nach einer Übergangszeit — auch ein einheitliches Wehrrecht." (12) Von den jeweils national homogenen Divisionen sollte Frankreich 14, die BRD 12, Italien 12 und die BeNeLux-Staaten 5 stellen. Die einsatzbereiten Verbände sollten unter die operative Planung und Führung der NATO treten. Im Gegensatz zum ursprünglichen Spofford-Plan sollte die BRD ein Verteidigungsministerium erhalten, aber eine direkte Anbindung an die NATO, d.h. die „Mitbestimmung" der operativen Planung, konnte die Bundesregierung nicht erreichen. Im Bundestag wurden der EVG- und der „Deutschland-Vertrag" am 19.3.53 angenommen.

In der französischen Nationalversammlung lagen die Pläne quasi auf Eis, da eine Mehrheit für die Verträge ungewiß schien. Der Druck der USA auf Frankreich, die Verträge zu verabschieden, wirkte sich eher gegenteilig aus. So hatten die USA 1953 im „Richards-Amendment" die US-„Hilfsgelder" aus dem „Mutual Security Program" mit der Auflage versehen, daß die Hälfte der US-Militärhilfe an die Annahme des EVG-Vertrages gekoppelt sei.

Mitte August 1954 erhob die französische Regierung neue Forderungen, die in Form von Zusatzprotokollen an den EVG-Vertrag ergänzt werden sollen: ein Vetorecht Frankreichs innerhalb der ersten 8 Jahre, Truppenintegration nur für in der BRD stationierte Truppen und das Recht für jeden Teilnehmer, aus der NATO auszuscheiden, falls Deutschland wiedervereinigt werden sollte (die Vertragsdauer der EVG war auf 50 Jahre festgelegt!). Daraufhin kam es zu einer weiteren Tagung der EVG-Vertragsstaaten vom 19.-22.8.54 in Brüssel, in der aber die französischen Forderungen abgelehnt

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

wurden. Damit war die Niederlage in der französischen Nationalversammlung vorprogrammiert: am 30. August 1954 entschied sich die Mehrheit der Nationalversammlung gegen die Verträge. Dies schien vor allem ein „Schwarzer Tag" für die Adenauer-Regierung zu sein: die gesamte Konzeption der Aufhebung des Besatzungsstatuts, Westintegration, Remilitarisierung und Politik der Stärke gegenüber der Sowjetunion schien wie ein Kartenhaus zusammengefallen zu sein.

Von der EVG zum NATO-Beitritt

Sofort nach dem französischen Nein gegen die EVG setzte in der BRD, in Großbritannien und den USA hektische Aktivität ein. Churchill wies bereits am 2. September 1954 den Weg, als er den direkten NATO-Beitritt der BRD vorschlug. Der britische Außenminister Eden ging vom 12.-17. August auf Europareise, in allen Hauptstädten der EVG-Staaten warb er für einen NATO-Beitritt der BRD. Dabei konnte er natürlich mit der vollen Unterstützung der Bundesregierung rechnen. US-Außenminister Dulles kam am 16.9. nach Bonn, am 17.9. nach London und ließ Paris demonstrativ aus. Dulles drohte Frankreich mit dem Abschluß eines Separatabkommens, falls sich die Franzosen nicht flexibler zeigen würden. Ergebnis dieser Aktivitäten war dann die Neun-Mächte-Konferenz vom 28.9. - 3.10. 1954 in London. Frankreich sah sich gezwungen, dem amerikanischen Druck nachzugeben; innerhalb der imperialistischen Allianz hatte sich Frankreich isoliert. Auf der Grundlage der Verträge von 1952 sollten nun neue Verträge ausgearbeitet werden, die den NATO-Beitritt der BRD implizierten. Die konkreten Verhandlungen über die einzelnen Verträge standen dann vom 19. - 23. Oktober 1954 in Paris an. In Paris fanden eigentlich vier separate Verhandlungen statt: 1. bilaterale Verhandlungen BRD — Frankreich über die „Saarfrage"; 2. eine Vier-Mächte-Konferenz (BRD, F, GB, USA) über die Aufhebung des Besatzungsstatuts und die westdeutsche Souveränität; 3. eine Neun-Mächte-Konferenz über die Einbeziehung Italiens und der BRD in den Brüsseler Vertrag von 1948; 4. eine Fünfzehn-Mächte-Konferenz aller NATO-Staaten und der BRD.

1. die „**Saarfrage**" mußte geklärt werden, bevor Frankreich sich bereiterklären konnte, der BRD die Souveränität zu übergeben. Nach langen Verhandlungen einigte man sich auf einen Kompromiß: der Saar sollte im Rahmen der Westeuropäischen Union ein „europäisches Statut" gegeben werden. Damit wurde zunächst die Frage der nationalen Verfügungsgewalt über das Saargebiet offengehalten.

2. In Art. 1 des revidierten „**Deutschland-Vertrages**" wurde der BRD die volle Macht eines souveränen Staates über die inneren und äußeren Angelegenheiten übertragen. Auch die Verantwortlichkeit der Alliierten für Berlin und „*Deutschland als Ganzes*" wurden in Art. 2 festgeschrieben. Die Notstandsklausel von 1952 wurde gestrichen; allerdings sollten die alliierten Notstandsrechte erst erlöschen, wenn die Bundesregierung Notstandsgesetze verabschieden würde. Eine Möglichkeit der Kündigung war im „Deutschland-Vertrag" nicht vorgesehen, im „*Falle einer Wiedervereinigung Deutschlands*" sieht der Art. 10 höchstens eine Revision vor, die jedoch „*im gegenseitigen Einvernehmen*" vollzogen werden soll.

Die Forderung nach Erweiterung der NATO-Gebietes nach Osten findet sich in Art. 7 des „Deutschland-Vertrages" wieder: „*1. Die Unterzeichnerstaaten sind sich darüber einig, daß* **ein wesentliches Ziel** *ihrer gemeinsamen Politik eine zwischen Deutschland und seinen ehemaligen Gegnern* **frei vereinbarte** *friedensvertragliche Regelung* **für ganz Deutschland** *ist, welche die Grundzüge für einen dauerhaften Frieden bilden soll. Sie sind weiterhin darüber einig, daß die* **endgültige Festlegung der Grenzen Deutschlands** *bis zu dieser Regelung aufgeschoben werden muß. 2. Bis zum Abschluß der friedensvertraglichen Regelung werden die Unterzeichnerstaaten zusammenwirken, um mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen:* **Ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik, besitzt und das in die Europäische Gemeinschaft integriert wird**" (13).

Gegenüber den Westmächten mußte die BRD allerdings darauf verzichten, irgendwelche Alleingänge zu starten: Sie verpflichtete sich, „*die Wiedervereinigung Deutschlands oder die Änderung der gegenwärtigen Grenzen der Bundesrepublik Deutschland niemals mit gewaltsamen Mitteln herbeizuführen und alle zwischen der Bundesrepublik und anderen Staaten entstehenden Streitfragen mit friedlichen Mitteln zu lösen*" (14). Gleichzeitig bekräftigten die drei Westmächte in einer Zusatzerklärung, „*1.* **daß sie die Regierung der Bundesrepublik Deutschland als die einzige deutsche Regierung betrachten, die frei und rechtmäßig gebildet und daher berechtigt ist, für Deutschland als Vertreter des ganzen Volkes in internationalen Angelegenheiten zu sprechen;** *(...) 3. eine zwischen Deutschland und seinen früheren Gegnern frei vereinbarte friedensvertragliche Regelung für Gesamtdeutschland, welche die Grundlage für einen dauerhaften Frieden legen soll, ein wesentliches Ziel ihrer Politik bleibt. Die endgültige Festlegung der Grenzen Deutschlands muß bis zum Abschluß einer solchen Regelung aufgeschoben werden; 4. die Schaffung eines völlig freien und vereinigten Deutschlands durch friedliche Mittel ein grundlegendes Ziel ihrer Politik bleibt*" (15).

Damit besiegelte der „Deutschland-Vertrag" eine „*einseitig westliche politische Bindung der BRD auf der Grundlage systematischer Aufrechterhaltung eines völkerrechtlichen Schwebezustands in Mitteleuropa*" (16). Im Klartext heißt das, daß es auch auf der rechtlichen Ebene ein „wesentliches Ziel" der NATO ist, die „endgültige Festlegung der Grenzen Deutschlands" in ihrem Sinne zu vollziehen. Das bedeutet nichts anderes, als daß die NATO — seit dem Beitritt der BRD — davon ausgeht, daß die Ostgrenze der BRD zur Disposition steht, daß sich die BRD nur als Teil Deutschlands versteht, das noch nicht vervollständigt ist. Das Bundesverfassungsgericht hat dies in seinem Grundvertragsurteil vom 31.7.1973 wie folgt ausgedrückt: **Art. 23 des Grundgesetzes „besagt, daß sich diese Bundesrepublik Deutschland als gebietlich unvollständig versteht und daß sie erst vollständig das ist, was sie sein will, wenn die anderen Teile Deutschlands ihr angehören. Dieses 'rechtlich Offensein' gegenüber dem erstrebten Zuwachs liegt speziell darin, daß sie, die Bundesrepublik, rechtlich allein Herr der Entschließung über die Aufnahme der anderen Teile ist, sobald sich diese dafür entschieden haben, beizutreten"** (17).

Zwar ist es der BRD 1954 nicht gelungen, den Anspruch auf Deutschland in den Grenzen von 1937 **expressis verbis** in den Vertrag einzubringen, doch der Begriff des „dauerhaften Friedens" sei — so der damalige Ausschußberichterstatter Wahl — **„vor allem dahin auszulegen ..., daß nicht bloß an die Wiedervereinigung mit der Sowjetzone mit der Bundesrepublik zu denken ist"** (18). Die Bekräftigung der drei Westmächte, die Regierung der BRD als die einzig Rechtmäßige zu betrachten, die „für Deutschland als Vertreter des ganzen Volkes in internationalen Angelegenheiten" sprechen kann, impliziert die formale Zuständigkeit der NATO für alle „deutschen Volkszugehörigen", die heute in den **Gebieten der deutschen Grenzen von 1937** leben. Der Art. 116 des Grundgesetzes definiert dabei genau, wo man überall auf „Deutsche" stoßen kann: „Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist ..., wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in den Gebieten des Deutschen Reiches nach dem Stand vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat." Aus der Sichtweise der Bundesregierung und seit 1954/55 auch der NATO hindern nur gewisse politische und militärische Faktoren die „rechtmäßige Regierung für ganz Deutschland" daran, ihrer „Verantwortlichkeit" in allen Gebieten „ihres Staatsgebietes" nachzukommen: einige Regionen „ihres Staates" sind ihrem unmittelbaren Zugriff verschlossen. Aber um dies zu ändern, ist die BRD ja schließlich Mitglied der NATO geworden. Trotz sozialliberaler „Ostpolitik" hat sich an der „Deutschlandpolitik" der BRD — Anschlußprinzip (die ehemaligen deutschen Ostgebiete werden an den „Kernstaat" BRD angeschlossen), Grenzrevision, Einbeziehung östlich der BRD liegender Staaten in das westliche Bündnissystem — nichts geändert. Diese Position ist vielmehr seit dem 6. Mai 1955 auch die juristisch fixierte Perspektive der NATO. Wie sehr dies auch (und gerade) für die jetzige Bundesregierung gilt, hat deren Staatsminister im Auswärtigen Amt Alois Mertes verdeutlicht: „*Für die vom Deutschlandvertrag bekräftigten Ziele und Rechte benötigen wir Verbündete, die — im Atomzeitalter! — nicht nur zur Unteilbarkeit der westlichen Sicherheit verläßlich stehen; sondern die darüber hinaus auch unseren Willen und den unserer östlichen Nachbarvölker zur moralisch-offensiven Gestaltung eines dauerhaften Friedens durch Verwirklichung der personalen Menschenrechte und nationalen Selbstbestimmung tatsächlich teilen; also politische Verbündete, die kraft geschichtlichen Weitblicks in der Wiedervereinigung Deutschlands und Europas elementares Eigeninteresse erkennen und mitvertreten. Rechtspositionen sind kein ‚juristischer Formelkram', aber auch kein Politikersatz. Recht, Wille und Macht gehören zusammen ... Im übrigen wird es zu einer dauerhaften Friedensordnung in Europa, die diesen Namen verdient, erst kommen, wenn die Sowjetunion aufgrund einer fundamentalen Neueinschätzung ihrer eigenen Interessen — insbesondere gegenüber dem deutschen und dem polnischen Volk — konstruktiv mitwirkt ... Jeder verantwortliche deutsche Politiker hat eine doppelte Pflicht: 1. seine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes — dazu zählen auch die Sudeten, die Memel- und die Danzig-Deutschen, die 1937 n i c h t zu Deutschland gehörten — zu widmen ...*" (19).



Die Pariser Verträge: Die Bundesrepublik wird souverän, 5. Mai 1955

3. Doch zurück zu der Pariser Konferenz im Oktober 1954: der dritte Punkt betraf die **Einbeziehung der BRD in den Brüsseler Vertrag** von 1948, der ursprünglich vor allem gegen ein Wiedererstarken des deutschen Militarismus gerichtet war. Auf der Grundlage der revidierten Brüsseler Verträge wurde die Westeuropäische Union gegründet. Als Höchstgrenzen der jeweiligen Armeen wurden die Bestimmungen des EVG-Vertrages übernommen. Der BRD wurden einige Beschränkungen in der Produktion bestimmter Waffen auf dem Gebiet der BRD auferlegt. Großbritannien verpflichtete sich, auf dem europäischen Festland vier Divisionen und die Zweite taktische Luftflotte zu unterhalten.

4. Auf der Fünfzehn-Mächte-Konferenz wurde der **Beitritt der BRD zur NATO** besiegelt. Die BRD sollte 12 Divisionen für die „Verteidigung Westeuropas" bereitstellen, die allerdings eine Höchstgrenze von 500.000 Mann nicht überschreiten sollte. Die Heeresgruppen wurden dem Befehl der integrierten NATO-Stäbe unterstellt, wobei alle Dislozierungen (räumliche Vertretung der Truppen) in Übereinstimmung mit der NATO-Strategie vorzunehmen waren.

Ende Dezember 1954 wurden die Pariser Verträge in der französischen Nationalversammlung angenommen. Am 27./28. Februar 1955 wurden die Verträge im Bundestag mit einer zwei Drittel Mehrheit angenommen. Am 5. Mai 1955 wurde das Besatzungsstatut aufgehoben, am 6. Mai 1955 trat die BRD offiziell der NATO bei.

Die „Befreiung des versklavten Europa"

Adenauer und die durch ihn vertretenen Kreise verbanden mit der Wiederbewaffnung ein klares politisches Konzept: die BRD konnte nach außen nur offensiv auftreten, wenn sie sich auf die entsprechende Machtbasis stützen konnte. Adenauer erläutert in seinen „Erinnerungen": „Es wurde mir klar, daß in einer Zeit wie der unsrigen Politik soviel Kraft hat, wie die Kraft bedeutet, die hinter ihr steht. Wenn man keine Macht besitzt, kann man keine Politik machen. Ohne Kraft wird unser Wort nicht beachtet" (20). Diese Kraft und Stärke der BRD sollte sich natürlich primär gen Osten richten, denn — so Adenauer — ein totalitärer Staat wie die Sowjetunion verstehe nur die Sprache der Macht. Deshalb verstand die Bundesregierung die Bemühungen um staatliche Souveränität und den Beitritt zum westlichen Militärbündnis auch als Voraussetzung für eine „realistische Wiedervereinigungspolitik". Auf dem Gründungskongreß des „*Bundes der Vertriebenen*" am 17.11.1951 erläuterte der politische Großvatzer des derzeitigen Bundeskanzlers: „*Sie haben die Losung stehen: Heimat! Deutschland! Europa! Das ist eine wahre und richtige Losung. Seien Sie davon überzeugt, daß bei den Verhandlungen, die ich zu führen habe* (EVG- und „Deutschlandvertrag"), *niemals außer acht gelassen wird, was Ihnen so sehr am Herzen liegt, die Rückgewinnung der Heimat*" (21). Der Weg in das westliche Bündnissystem war für Adenauer die Voraussetzung, um „*nicht nur die Sowjets, sondern das ganze versklavte Europa östlich des Eisernen Vorhangs zu befreien*" (22). Die Sowjetunion sollte sich „freiwillig" aus Osteuropa zurückziehen; diesen „Rückzug" wollte Adenauer gerne durch sog. „Verhandlungen" erreichen — allerdings: „*Mit einem totalitären Staat ... können Verhandlungen zur Regelung internationaler Fragen mit Aussicht auf Erfolg nur geführt werden, wenn derjenige, der diese Verhandlungen mit Sowjetrußland führt, ebenso stark wenn nicht noch stärker ist als Sowjetrußland ist*" (23). Damit hatte Adenauer für die **Bundesrepublik** die Lehren aus dem gescheiterten Versuch des faschistischen Überfalls auf die Sowjetunion gezogen.

Von ihrer ganzen Konzeption her war es natürlich für die Bundesregierung unmöglich, auf die sowjetische Note vom 10. März 1952 einzugehen, in der der Abschluß eines Friedensvertrages sowie die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung mit eigenen nationalen Streitkräften für ein neutrales Deutschland angeboten wurde. Am 25.3.1952 umriß Adenauer vor dem Fraktionsvorstand der CDU/CSU den Standpunkt der Bundesregierung zu möglichen Verhandlungen: „*Noch ist aber nach meiner festen Überzeugung der Augenblick für Verhandlungen mit den Sowjets nicht gekommen. Wenn die Neuordnung Europas kommt — und sie wird kommen —, dann wird man auch nicht vorbeigehen können an einer Neuordnung im europäischen Osten, a u c h bei den Satellitenstaaten ... Wenn diese Aussprache kommt, dann kann sie sich nicht nur auf die deutsche Sowjetzone beziehen, sondern auf den ganzen europäischen Osten. Deshalb darf die Aussprache mit den Sowjets nicht zu früh kommen, da jetzt die Dinge noch nicht so weit sind ... Verhandlungen mit den Sowjets im jetzigen Stadium wären für uns geradezu schädlich*" (25). Was versteht ein westdeutscher Politiker, der laut über die „Neuordnung des europäischen Osten" sinniert, wenn die „Dinge soweit sind", was versteht ein solcher Politiker unter einer „Aussprache mit den Sowjets"?

Adenauer baute aber in seinen „ostpolitischen Überlegungen" nicht nur auf die „westliche Abwehrfront", durch die „*die Wiedervereinigung mit unseren Brüdern und Schwestern in der Sowjetzone zu erreichen ist*" (26), sondern auch auf die Aufstandsbereitschaft und Unterstützung durch Teile der DDR-Bevölkerung. Die Politik der Stärke und des langfristigen Kriegskurses fände auch in der DDR begeisterte Zustimmung. Adenauer: „*Die Bewohner der Sowjetzone, die Flüchtlinge, die tagtäglich herüberkommen, stehen alle auf demselben Standpunkt. Als ich zuletzt in Berlin war, haben mir immer wieder Männer und Frauen aus der Sowjetzone zugerufen: Kanzler, bleibe hart*" (27). Der westdeutsche Botschafter in den USA, Heinz Krekeler, rechnete sogar mit der Dankbarkeit der Sowjetunion über die Aufrüstung der BRD, als er US—Journalisten auf einer Pressekonferenz erläuterte: „*Sie dürfen nämlich nicht vergessen, daß die Russen durch die heroische Haltung der deutschen Arbeiter in der Ostzone so viel Schwierigkeiten haben, daß sie sicher froh sind, wenn sie sich auf diese Weise aus der Affaire ziehen können*" (28).

Nachdem sich 30 Jahre nach dem Beitritt der BRD zur NATO die Sowjetunion immer noch nicht „frohgemut" aus Osteuropa zurückgezogen hat, hat sich an dem „strategischen Ziel" der BRD — Wiedervereinigung in den Grenzen von 1937 — trotz einiger Auseinandersetzungen um Mittel und Taktik („Neue Ostpolitik") — nichts geändert. Heute hat auch eine solche Gallionsfigur der Revanchisten wie Herbert Czaja keine Probleme mehr mit den „Ostverträgen": „**Man kann nicht anderen Staaten, schon gar nicht totalitären Diktaturen, das Vollrecht der territorialen Souveränität an Teilen Deutschlands zusprechen, wenn diese nach Völkerrecht, Verfassung und Wortlaut der Ostverträge aus der Zugehörigkeit zu Deutschland nicht entlassen sind**" (29). Nicht nur für Czaja gibt es „***kein völkerrechtlich wirksames Dokument über die Abtrennung von Provinzen aus dem völkerrechlichen Eigentum Deutschlands***". Auch der „Enkel" von Adenauer, Helmut Kohl, ausgezeichnet vom Bund der Vertriebenen mit deren höchster Plakette „für Verdienste um den deutschen Osten und das Selbstbestimmungsrecht", hat keine Probleme mit den „Ostverträgen". Zwar sei die Bundesrepublik an die Feststellung gebunden, daß Oder und Neiße die Westgrenze Polens bilden. **Ein späteres, wiedervereinigtes Deutschland sei daran aber nicht gebunden.** „*Unser Vaterland ist nicht nur die Bundesrepublik Deutschland, sondern das Land, wo unsere Kultur in Jahrhunderten gewachsen ist*" (30).

„Soweit ostwärts wie möglich ..."

Entsprechend der politischen Konzeption der Bundesregierung sahen auch die militärischen Überlegungen aus. Die Grundlage für das operative Konzept der Bundeswehr legte die „Denkschrift des militärischen Expertenausschusses" vom 9. Oktober 1950; 15 Offiziere der ehemaligen Reichswehr werteten im Eifelkloster Himmerode ihre Kriegserfahrungen für die zu schaffenden Nachfolger in der Reichswehr aus. Unter Punkt „***II.B. Die operativen Bedingungen für die Verteidigung West-Europas***" formulierten die reaktivierten Militärs:

„***1. Der westeuropäische Raum muß soweit ostwärts wie möglich verteidigt werden. Seine operative Tiefe ist im***

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite



Die Anfänge der Bundeswehr, Januar 1956

Zeitalter des Motors und der Luftwaffe an sich schon sehr gering. Jeder weitere Verlust an Boden ist gefährlich, abgesehen von den psychologischen Auswirkungen auf die Völker Europas. (...)
4. Die Verteidigung muß, wo immer möglich, offensiv geführt werden. Das bedeutet, daß überall und von Beginn an angegriffen werden muß, wo es durchführbar ist. Dieses Verfahren wird die Sowjets am stärksten beeinflussen ... Es wird also darauf ankommen, mit einer Gruppe zwischen Main und Lüneburger Heide das Vorgehen frontal aufzuhalten und mit je 1 Gruppe aus dem Süddeutschen und Schleswig-Holstein'schen Raum so bald und so stark wie möglich den Angreifer anzufallen. Daß diese Kampfhandlungen möglichst bald auf ostdeutsches Gebiet vorgetragen werden, muß mit allen Mitteln angestrebt werden. — Zugleich sollten die ersten Einsätze der anglo-amerikanischen Luftwaffe mit Schwerpunkt der Unterstützung des Erdkampfes dienen zur Zerschlagung der über die Weichsel laufenden Verbindungen, Niederkämpfen der feindlichen Luftwaffe und Angriffe auf die angreifenden sowjetischen Divisionen selbst. Dagegen werden großangelegte Angriffe nach Rußland mit Ausnahme vom Einsatz der Atomwaffe und Vernichtung des Ölgebiets in Baku voraussichtlich erst erfolgen können, wenn das russische Vorgehen zu Lande zum Stehen gebracht ist ...'' (31).

Im Bulletin der Bundesregierung konkretisierte Wehrmachtgeneral a.D. Adolf Heusinger im Oktober 1953 die ,,Himmeroder Denkschrift'' für eine ,,europäische Verteidigung im Rahmen der EVG''. Zunächst verweist Heusinger auf die quantitative Verstärkung der NATO durch den EVG-Beitritt der BRD. Dann führt er weiter aus: ,,*Die deutschen Divisionen würden auch aus anderen Gründen die Verteidigung des Westens wesentlich verstärken. Ihre Offiziere und Unteroffiziere kennen den russischen Soldaten aus langjähriger Erfahrung, sie würden im Ernstfall im wahrsten Sinne des Wortes für die Heimat kämpfen, für die Zukunft ihres Volkes und für ihre Ehre ihrer Frauen und Kinder. Sie haben den russischen Einmarsch nach Deutschland erlebt und wissen, wie es in der Sowjetzone aussieht. Sie haben erkannt, was Freiheit bedeutet. Niemand sollte diese moralischen Faktoren unterschätzen''* (32). Zu den operativen Bedingungen des künftigen ,,Ostfeldzuges'' erklärte Heusinger: ,,*Wir haben es im vergangenen Kriege erlebt, daß es unmöglich ist, eine starre Verteidigungslinie von großer Ausdehnung zu halten. Hitler hatte dies immer wieder gegen den Vorschlag seiner militärischen Berater* *...Kriege erlebt, daß es unmöglich ist, eine starre Verteidigungslinie von großer Ausdehnung zu halten. Hitler hatte dies immer wieder gegen den Vorschlag seiner militärischen Berater* *befohlen. Immer wieder gelang es den Russen, durch Konzentration ihrer Kräfte diese dünne Frontlinie zu durchbrechen und damit zum Zusammenbruch zu bringen. (...) Der Westen wird nicht in der Lage sein, genügend Kräfte zu sammeln, eine starre Verteidigungslinie solcher Länge aufzubauen und zu halten ... Deshalb besteht nur ein Mittel gegen einen russischen Angriff: Die bewegliche Verteidigung. Der Verteidiger muß seinerseits den Angreifer angreifen, wo immer sich eine Chance dafür bietet. Mit dieser Kampfmethode sollte der Westen dem Osten gegenübertreten. Man muß versuchen, so schnell wie möglich den russischen Operationsplan zu durchkreuzen. Mit anderen Worten, es gilt so schnell wie möglich die Initiative zu erringen. Aus diesem Grunde sollten in Westdeutschland Kräfte bereitgestellt werden, die Gegenangriffe führen können. Deshalb haben wir darauf gedrungen, daß genügend Panzerdivisionen im Rahmen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft aufgestellt werden. Eine solche bewegliche Verteidigung darf nicht auf die Operationen der Landstreitkräfte beschränkt werden. Sie gilt im besonderen Maße für die See- und Luftstreitkräfte. Nur eine solche bewegliche Kriegsführung verspricht Aussicht auf Erfolg''* (33).

Der Geist von Airland Battle stand bereits bei den ersten operativen Konzepten der Bundeswehr Pate. Die Bundeswehr soll(te) in den Augen der herrschenden Kreise der BRD das Instrument (mit Unterstützung der NATO) sein, mit der ,,die Aussprache mit den Sowjets'' geführt werden kann. Adenauer wie auch die ehemaligen Wehrmachtsgenerale gingen von der Möglichkeit einer Wiederholbarkeit des 2. Weltkrieges aus: diesmal allerdings nicht als Zwei-Fronten-Krieg, sondern mit der Hilfe der NATO nach Osten, um die ,,Neuordnung Europas'' zu bewerkstelligen. Die Remilitarisierung der BRD wurde von der Bundesregierung als quantitative und qualitative Verstärkung der NATO an der europäischen Zentralfront verstanden. Das ,,Problem'' eines Atomkrieges, das für Mitteleuropa spätestens seit der Aufrüstung der US-Streitkräfte mit taktischen Atomwaffen seit 1954 zur Diskussion stand, wurde von der Bundesregierung ignoriert.

Atomwaffen waren für Adenauer ja stung der US-Streitkräfte mit taktischen Atomwaffen seit 1954 zur Diskussion stand, wurde von der Bundesregierung ignoriert.

Atomwaffen waren für Adenauer ja nur die ,,Weiterentwicklung der Artillerie''; die nuklearen Waffen würden sich — nach Meinung Adenauers — in einem Konfliktfall gegenseitig paralysieren. Der ,,Große Vereinfacher'' Adenauer stellte sein Kriegsbild am 25.2.1955 im Bundestag vor: ,,*In diesem Zusammenhang möchte ich auf die Erklärungen des General Gruenther (NATO-Oberbefehlshaber) zurückkommen, weil sie für jeden Deutschen in der Bundesrepublik wie für die Deutschen in der Sowjetzone von der größten Bedeutung sind und weil darin allein schon die Rechtfertigung dafür liegt, daß auch wir unsere Truppen der NATO zur Verfügung stellen. General Gruenther hat gesagt: solange keine deutschen Truppen zur Verfügung stehen, ist die NATO-Strategie eingestellt auf die Verteidigung am Rhein. Das bedeutet also, daß ganz Deutschland — ich wiederhole: die Bundesrepublik und Deutschland jenseits des Eisernen Vorhangs — Schlachtfeld wird genau wie Korea. General Gruenther hat dann hinzugefügt: Wenn wir diesen wesentlichen zusätzlichen deutschen Beitrag haben, werden wir mit dem Potential aller Waffen unseres NATO-Arsenals dann in der Lage sein, realistisch eine Strategie der vorderen Räume zur Verteidigung Westdeutschlands zu planen. (...) Deswegen will ich ganz einfach dem deutschen Volke folgendes sagen: Solange wir nicht zur NATO gehören, sind wir im Falle eines heißen Krieges zwischen Sowjetrußland und den Vereinigten Staaten das europäische Schlachtfeld, und wenn wir in der Atlantikorganisation sind, dann sind wir dieses Schlachtfeld nicht mehr''* (34) — denn dann liegt das Schlachtfeld im Westen der Sowjetunion. Bei seiner Politik, ,,richtig mit den Sowjets ins Gespräch zu kommen'', hoffte Adenauer auf die US-amerikanische Unterstützung: ,,*Das* (die ,Aussprache mit den Sowjets') *kann aber erst sein, wenn der Westen stark ist, sodaß die Sowjets auf uns und den Westen hören ... Unter General Eisenhower wird dies alles schneller gehen, weil dies auch ganz seine eigene Konzeption ist''* (35).



,,Anti-Hitler-Koalition''

„Roll Back" — und was sich dahinter verbarg

„Roll Back" — und was sich dahinter verbarg

Wie sah aber nun die Konzeption der USA aus, auf die die Bundesregierung so sehr vertraute? Ende 1952 äußerten die Republikaner im Wahlkampf unter ihrem Präsidentschaftskandidaten Eisenhower massive Kritik an der Truman-Administration und ihrer containment-policy gegenüber der Sowjetunion. Die ,,Politik der Eindämmung'' war nach Ansicht der Republikaner eine ,,negative Politik'', weil die USA der Sowjetunion die Initiative überlassen hätte: die Eindämmungsstrategie wäre zu statisch angelegt. Die Politik Trumans sei außerdem ,,unmoralisch'', weil sie das Übel des Kommunismus nur zudecke, aber nicht an der Wurzel bekämpft habe. Das waren sicherlich Töne, die in den Ohren der Bundesregierung wie Musik klingen mußten. Nach dem Wahlsieg der Republikaner formulierte die Eisenhower/Dulles-Administration ihre Politik des ,,New Look'': statt der ,,passiven'' containment- sollte eine aktive roll back-Politik verfolgt werden. Auf der militärischen Ebene lieferte Außenminister Dulles dazu die Strategie der ,,massive retaliation'' (massive Vergeltung). Am 12. Januar 1954 führte Dulles hierzu aus: ,,*Solange die Grundlagen unserer Politik unklar waren, konnten die militärischen Führer unsere Streitkräfte nicht gezielt und sinnvoll aufbauen. Solange der Gegner in der Lage war, Zeit, Ort und Waffen nach Belieben zu wählen — und unsere Politik in traditioneller Weise darauf abzielte, Aggressionen direkt und lokal begrenzt zu erwidern —, mußten wir zugleich in der Arktis und in den Tropen, in Asien, im nahen Osten und in Europa zum Kampf bereit ein. Wir mußten uns darauf einstellen, zu Wasser, auf dem Lande und in der Luft, mit herkömmlichen und mit modernsten Waffen zu kämpfen. Diese Politik konnte nicht lange ohne verheerende Folgen für den Staatshaushalt, die Wirtschaft und den Zustand unserer Gesellschaft fortgeführt werden ... Unsere Politik des New Look wird sich in erster Linie auf die verstärkte Fähigkeit richten, unverzüglich, und zwar mit den Mitteln und an den Orten unserer Wahl, zurückzuschlagen. Diese Politik wird es ermöglichen, daß wir unsere militärischen Mittel in gezielter Auswahl anwenden, anstatt sie zu vervielfachen''* (36).

Die ,,massive retaliation'' war aber nicht die Strategie zur ,,Neuordnung Europas'', die die Bundesregierung erwartet hatte. Diese Strategie fußte eindeutig auf der nuklearen Überlegenheit der USA, drohte der Sowjetunion den nuklearen Holocaust an, falls sie es wagen sollte, die weltweiten Interessen der USA zu behindern. Die Konsequenz aus dieser Strategie war, daß die USA aus innenpolitischen wie ökonomischen Gründen die dem NATO-Kommando zugesagten 24 Divisionen auf 14 reduzierte. Die Gesamtstärke der US-Streitkräfte wurde von 3,5 Mio. Mann (Dezember 1953) auf 2,9 Mio. (Juni 1955) gesenkt. Betroffen von dieser Reduzierung war besonders das Heer, das seinen Umfang von 1,5 Mio. auf 1 Mio. Soldaten verringern mußte. Nur die Luftwaffe als das ,,nukleare Schwert'' wurde verstärkt. Die Bodenstreitkräfte sollten vor allem von den Verbündeten gestellt werden: ihnen wurde primär die ,,Schild-Funktion'' zugewiesen; sie sollten der trip-wire (Stolperdraht) sein, der das strategische, nukleare Bomberkommando der USA in Aktion setzte. Ge- Funktion'' zugewiesen; sie sollten der trip-wire (Stolperdraht) sein, der das strategische, nukleare Bomberkommando der USA in Aktion setzte. Ge-rade in diesem Zusammenhang der ,,Schwert — Schild - theorie'' wurde die Wiederaufrüstung der BRD und Japans gesehen. Die Ausarbeitung der Strategie der ,,massiven Vergeltung'' war von Admiral Radford, dem Vorsitzenden der Vereinigten Stabschefs, geleistet worden. Der Ankündigung dieser Strategie waren intensive Auseinandersetzungen unter den Militärs vorausgegangen. General Maxwell Taylor, einer der späteren Begründer der flexible response-Strategie, reichte sogar seinen Rücktritt ein. Admiral Radford ging in seinen strategischen Überlegungen davon aus, daß der nächste militärische Konflikt mit Atomwaffen ausgetragen würde. In den militärischen Stäben der USA wurde die Widerholbarkeit des ,,konventionellen'' Zweiten Weltkrieges zu den Akten gelegt. Damit befanden sich die strategischen Vorstellungen der Bundesregierung im Gegensatz zu dem strategischen Konzept der USA. Die USA hatten der zu schaffenden Bundeswehr neben der Funktion des ,,trip wire'' auch die Aufgabe zugewiesen, an der europäischen Zentralfront die Truppen des Gegners zu binden und zum konzentrierten Zusammenziehen zu zwingen, um dann die sowjetischen Truppenkonzentrationen zum ,,effektiven'' Ziel für taktische Atomwaffen zu machen. Dieses Konzept war auch seit Dezember 1954 die offizielle Strategie der NATO.

Zwar übte sich die Eisenhower-Dulles-Clique im Nordamerika der McCarthy-Ära durchaus in wortradikalem Antikommunismus, der die Übereinstimmung mit der Linie der Bundesregierung zu bestätigen schien, doch in den militärpolitischen Zielen der Eisenhower-Regierung lassen sich eher Parallelen zur Nixon-Doktrin Ende der 60er Jahre ableiten als zum militärstrategischen Kurs der 80er Jahre. Ähnlich wie Dulles hatte auch Nixon das ,,burden sharing'' propagiert. Nixon erklärte am 18. Februar 1970 vor dem Kongreß die nach ihm benannte Doktrin: ,,*Ihre Zentralthese besagt, daß die Vereinigten Staaten an der Verteidigung und Entwicklung der Alliierten und Freunde teilhaben werden, daß Amerika aber nicht alle Pläne machen, nicht alle Programme ausarbeiten, nicht alle Entscheidungen treffen und nicht die ganze Verteidigung der freien Nationen der Welt übernehmen kann — und auch nicht will. Wir werden dort helfen, wo es wirklich notwendig ist, und in unser aller Interesse steht.''*

Ähnlich wie die Nixon-Administration mit ihren Stellvertreer-Regimes im Iran, in Südkorea oder in Brasilien, so versuchte auch die Eisenhower/Dulles-Administration mit einem umfassenden Bündnissystem die finanziellen und wirtschaftlichen Lasten insgesamt zu verteilen: im September 1953 schlossen die USA ein Militärbasen-Abkommen mit Spanien, im Oktober 1953 ein Stationierungs- und Verteidigungsabkommen mit Südkorea, im September 1954 wurde die Southeast asia Treaty Organisation (SEATO) mit den Mitgliedsstaaten USA, Frankreich, Großbritannien, Australien, Neuseeland, Thailand, Pakistan und den Philippinen gegründet (bereits 1951 war der ANZUS-Pakt aus der Taufe gehoben worden), nach dem Scheitern der EVG folgte der NATO-Beitritt der BRD und schließlich kam es auch 1955 zur Gründung des Bagdad-Paktes (ab 1959 CENTO-Pakt) mit den Mitgliedsstaaten Türkei, Irak, Großbritannien, Iran und Pakistan.

Im Gegensatz zu ihrem Wortradikalismus erfüllte die US-Regierung Mitte der 50er Jahre aber nicht die Hoffnung der Bundesregierung auf die Unterstützung ihrer ,,Befreiungskonzeption''. Im antikommunistischen Wortradikalismus vergleichbar mit der Eisenhower-Regierung, in der Strategie und politisch-militärischen Konzeption aber eher zu vergleichen mit der Kennedy-Administration Anfang der 60er Jahre, ist die Reagan-Regierung weitaus gefährlicher als die Kalten Krieger der 50er Jahre. Die Reagan-Administration **redet nicht nur** von dem Programm, das die BRD sich seit 1949 in das Grundgesetz und seit 1955 in die ,,Pariser Verträge'' geschrieben hat, sondern sie bereitet auch dieses Programm und die materiellen, militärischen Voraussetzungen zur Umsetzung dieses Programms mit der NATO vor. Wie aktuell die operativen Konzepte der Gründerjahre der Bundeswehr heute noch sind, braucht auf Grund der intensiven Diskussion um AirLand Battle und Rogers-Plan nicht weiter ausgeführt zu werden. Die materiellen Voraussetzungen und die technologischen Kapazitäten eröffnen — im Zusammenhang mit bestimmten ökonomischen und politischen Faktoren — der BRD heute die Möglichkeit, sich ihren ,,Wiedervereinigungsträumen'' ein Stück näher zu wähnen. Gerade mit Unterstützung der NATO ist ren — der BRD heute die Möglichkeit, sich ihren ,,Wiedervereinigungsträumen'' ein Stück näher zu wähnen. Gerade mit Unterstützung der NATO ist für die BRD der 5. und der 6. Mai 1955 tatsächlich eine ,,Wende unserer Geschichte'': Der Anfang einer Politik, mit der sie die ,,Katastrophe'' des 8. Mai 1945 (Dregger) zu revidieren gedenkt.

miho
Antimil-Komission
KB Göttingen

Quellen:

1) Konrad Adenauer, Erinnerungen, Bd. 2, Stuttgart 1966, S. 430.
2) Europäische Wehrkunde, 2/1985
3) Adenauer, 1966, 298
4) Ulrich Albrecht, Die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik, Köln 1980, S. 24
5) nach: Siegfried Thomas, Der Weg in die NATO, Berlin 1978, S. 167
6) nach: Albrecht, 1980, S. 13
7) nach: ebd., S. 20
8) ebd., S. 12
9) nach Manfred Dormann, Demokratische Militärpolitik, Freiburg 1970, S. 185
10) nach: Thomas, 1978, S. 244
11) nach: Ernst Lutz, Lexikon der Sicherheitspolitik, München 1980, S. 64
12) nach: ebd.
13) nach: Martin Bennhold, NATO-Vertrag, äußere Souveränität und Festlegung auf ostpolitische Perspektiven, in: antimilitarismus information 12/82, S. 165
14) nach: Klaus von Schubert, Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1 Köln 1978, S. 150
15) nach: ebd. S. 151
16) nach: Bennhold, 1982, S. 163
17) ebd., S. 166
18) ebd. S. 167
19) ebd. S. 168
20) nach: Thomas, 1978, S. 173
21) ebd., S. 357, Anm. 39
22) ebd., S. 233
23) ebd., 234
24) entfällt
25) nach: Thomas, 1978, S. 235
26) nach Dormann, 1970, S. 182
27) ebd., S. 187/88
28) ,Der Spiegel', 23/1955
29) Frankfurter Rundschau, 3.9.84
30) ebd.
31) nach: von Schubert, Bd. 2, S. 98
32) ebd., S. 100
33) ebd.
34) nach: Dormann, 1970, S. 195
35) nach: Hans-Jürgen Grabbe, Unionsparteien, Sozialdemokratie und Vereinigte Staaten von Amerika 1945 - 1966, West-Berlin 1983, S. 194
36) nach: Dormann, 1970,S. 180
37) Europa-Archiv, 7/1970 D 152

Als Ergänzung zur Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI/Strategic Defense Initiative) der USA, die die Erforschung, Entwicklung und Weltraum-Stationierung von Laserstrahl-Waffensystemen bezweckt, hat F.J. Strauß eine „europäische strategische Verteidigungsinitiative" gefordert.

Strauß, der von Anfang an für eine westeuropäische Beteiligung am US-Projekt eingetreten ist, sieht in einer westeuropäischen SDI den Weg, *„sich der Bedrohung durch sowjetische Kurz- und Mittelstreckenraketen zu erwehren"*. Ins gleiche Horn stieß der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Dregger, der zusätzlich die Entwicklung von Waffen gegen sowjetische Marschflugkörper und Flugzeuge forderte. Eine schnelle Kontaktaufnahme mit Frankreich, Großbritannien und Italien sei sinnvoll, weil allein in einem solchen Gemeinschaftsprojekt die Möglichkeit stecke, *„die Gefahr eines weiteren Zurückfalls der Bundesrepublik gegenüber dem wissenschaftlich-technischen Niveau Amerikas"* abzuwenden. Eine Vergrößerung des Rückstands drohe, wenn die USA qualifizierte Forscher abwerben würden und Forschungsergebnisse den Westeuropäern nicht zur Verfügung stellten.

Die Meldung, das US-Kriegsministerium stehe mit der Firma Dornier im direkten Kontakt wegen einer Auftragsvergabe, war gerade durch die Presse gegeistert. Dornier hatte schnell dementiert, so wie überhaupt die westdeutsche Industrie ein verdächtiges Desinteresse an SDI demonstriert. Siemens-Vorstandsmitglied Beckurts: *„Es sei doch nicht so, daß die deutsche Industrie gebannt auf einen technologischen Schub aus diesem militärischen Weltraumprogramm warte."* Aufmerksamere Beobachter sahen es jedoch nicht als Zufall an, daß die Daimler-Benz AG, die erst vor wenigen Wochen die Motoren- und Turbinen-Union MTU für rund 650 Millionen Mark übernahm, nun auch für knapp 400 Millionen eine 68-prozentige Mehrheitsbeteiligung an der Dornier-Gruppe erwerben will. Es waren keine finanziellen Gründe, aufgrund derer die ebenfalls interessierte Mannesmann AG nicht zum Zuge kam, so wurde überall betont, als bedürfte es noch eines Hinweises, daß bei einer Realisierung des Dornier-Kaufes ein gewichtiger Teil westdeutscher Luft- und Raumfahrtkapazitäten bei Daimler-Benz vereint wäre.

Diese neue Konzentrationsbewegung, von Baden-Württembergs Ministerpräsident Späth tatkräftig gefördert, entspricht neuen politischen Plänen der EG-Imperialisten. „Eureka" heißt das Zauberwort und steht für „European Research Coordination Agency", Agentur für die Koordinierung der europäischen Forschung. Auf der WEU-Tagung (Westeuropäische Union) in Bonn am 22. und 23.April erläuterte Frankreichs Außenminister Dumas seine Vorstellungen dazu. In der Agentur sollten die Forschungsvorhaben in den Bereichen *„Optoelektronik, neue Materialien, Hochleistungslaser, Großcomputer, künstliche Intelligenz, Hochgeschwindigkeits- und Miniatur-Mikroelektronik"* organisiert werden. Die Forschungsergebnisse könnten sich auf zivile und militärische Sektoren auswirken. Für letztere schlug Dumas folgende Unterscheidung vor: *„Auf der einen Seite die militärischen Funktionen mit friedlichen Zielen, da sie die Sicherheit betreffen, die darin besteht, zu hören, zu sehen und zu kommunizieren, und auf der anderen Seite die Einführung von Waffensystemen in den Weltraum, die ganz anderer Natur ist."*

Inwieweit sich mit „Eureka" eine „europäische Antwort auf SDI" geben läßt, wird sich allerdings erst in den nächsten Monaten zeigen, da der WEU-Ministerrat die Forschungskooperation als EG-Aufgabe bezeichnete, so daß dieses Thema voraussichtlich auf dem kommenden EG-Gipfel im Juni erneut dabattiert werden wird.

fo.

Quellen: „Frankfurter Allgemeine Zeitung", „Süddeutsche Zeitung" und „Weser-Kurier" vom 22. - 27.4.1985

Die »Wende« im Zivildienst

Ein Überblick

Anläßlich des Normenkontrollverfahrens zum „Kriegsdienstverweigerungsneuordnungsgesetz" wollen wir einen kurzen Überblick über die Entwicklung der Kriegsdienstverweigerung (KDV) und des Zivildienstes seit dem Regierungswechsel im Herbst '82 geben. Unser besonderes Augenmerk richtet sich dabei auf die Auswirkungen des neuen Gesetzes, das am 1.1.84 in Kraft getreten ist.

Bei der Regierungsübernahme konnte die CDU/CSU-Bundesregierung problemlos an die KDV- und Zivildienstpolitik ihrer SPD/FDP-Vorgängerin anknüpfen: Ganz im Sinne der Anfang '83 verabschiedeten Novelle hatte das Bundesamt für den Zivildienst (BAZ) unter SPDler Hans Iven seit Anfang der 70er Jahre den Ausbau des Zivildienstes zur „lästigen Alternative" vorangetrieben:

— Streichung bzw. Nichtanerkennung sog. politischer Stellen (u.a. beim BBU) und Stellen im pädagogischen Bereich (Kinder- und Jugendheime);

— Einrichtung von Stellen im sog. Umweltschutz (Abfallbeseitigung, Forstwegebau, Deichbau, Katastropheneinsatz) und beim Zivilschutz;

— Errichtung staatlicher Zivildienstschulen (für Einführungslehrgänge) und -kasernen (am Widerstand der ZDLer gescheitert);

— Verpflichtung zum vierwöchigen „Einführungslehrgang" (in Anlehnung an die Bundeswehr-Grundausbildung);

— Eingriffe in die weitgehend selbständige Verwaltung der Zivildienststellen der Wohlfahrtsverbände etc.pp. (2)

Geißlers Ministerium kündigte den Abbau der „Sonnenscheinplätze" vor allem im Verwaltungsbereich an, die Ausweitung der Stellen in Zivil- und Umweltschutz, die Erhöhung des Anteils heimatfern eingesetzter ZDLer und die Erhöhung des Anteils der Dienststellen mit Dienstunterkunft auf einen Anteil von 75-80 % (3). Die Bilanz der Regierungspolitik seit Herbst '82:

— **KDV-Anträge:**
1982: 59.776
1983: 68.334
1984: 44.014, davon:
anerkannt: 25.185
abgelehnt: 1.059 wegen Unvollständigkeit, 64 wegen Unbegründetheit, 2 an Ausschüsse weitergeleitet (alle Zahlen bis 25.1.85 (4)).

Geißler selbst kommt zu dem Schluß, die im Verhältnis zu 1982 um 25 % zurückgegangene Zahl der Anträge entspreche den definitiven Ablehnungen nach altem Recht (das trifft rein zahlenmäßig zu) und beweise damit, daß das neue Gesetz den Zweck der Unterscheidung „echter" und „unechter" Verweigerer erfülle.

Der Stau von 101.315 Anträgen am 31.12.83 sei inzwischen auf 69.550 abgebaut. Wörner rechne damit, daß der Stau bis Ende '85 bereits *„auf einen normalen Bestand der laufenden Bearbeitung zurückgeführt sein wird"*.

— **Zivildienstplätze:**
Die Gesamtzahl der Plätze wurde 1984 von 53.000 auf 60.000 erhöht. Sie soll — falls erforderlich — bis Ende 1986 auf 80.000 Plätze angehoben werden. Davon sollen etwa 5.000 im „Umweltschutz" eingerichtet werden (z.Zt. sind es 556) (5). Stellen im Verwaltungsbereich werden nicht mehr eingerichtet, bzw. sie werden umgestaltet, d.h. mit praktischen Tätigkeiten kombiniert, oder aber mit ZDLern besetzt, die aus gesundheitlichen Gründen nicht anders einsetzbar sind (dafür hat das BAZ im Herbst '84 eigens eine Dienstunfähigkeitsbescheinigung, die der herkömmlichen Krankmeldung entspricht, eingeführt, mit der die ZDLer *„eingeschränkt dienstfähig"* geschrieben werden können) (6). Ende '84 leistete mit 43.000 die bisher höchste Zahl an KDVern Zivildienst.

Die „Reform" tritt in Kraft

In größere Schwierigkeiten geriet die Bundesregierung mit dem Inkrafttreten der Novelle im Januar '84: In der überstürzten Eile des Gesetzgebungsverfahrens hatte sie versäumt, eine Übergangsregelung für die Zeit zwischen Auflösung der alten und Einrichtung der neuen Prüfungsausschüsse vorzusehen. Da die Wahl der Beisitzer in einem komplizierten Verfahren erst nach Inkrafttreten der Neuregelung erfolgen konnte, hatten bis Mitte Februar lediglich 15 von 119 Ausschüssen Sitzungstermine angesetzt (7). Zu leiden hatten darunter vor allem Einberufene und Soldaten, denen bei Verweigerung keine Zurückstellung gewährt wird.

Für Reservisten, die nachträglich ihre Anerkennung als KDVer beantragt haben, sah das BAZ eine ganz besondere Unverschämtheit vor: fünf Monate Zivildienst nachleisten! Betroffen waren bisher 48 Reservisten, fünf davon haben vor Verwaltungsgerichten erfolgreich auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung ihres Widerspruchs gegen die Einberufung geklagt. Endgültig entscheiden muß das Verfassungsgericht, da es sich hier um Doppelbestrafung handelt: mündliches Prüfungsverfahren und zusätzlicher Zivildienst (8).

In der Durchführung des Zivildienstes mußte das BAZ den Wohlfahrtsverbände einige Zugeständnisse machen: Neben der Tatsache, daß den KDVern Zeit gelassen wird, sich selbst eine Stelle zu suchen, wird den Verwaltungsstellen der Wohlfahrtsverbänden (als größten „Zivildienstgebern") eine Anzahl an ZDLern zugewiesen, für die diese dann die geeigneten Plätze suchen können (das entspricht quasi einer Wiedereinführung der „Einverständniserklärung"). Darüberhinaus wurde vereinbart, daß Dienststellen in Großstädten keine Dienstunterkünfte bereitstellen müssen bzw. überhaupt nur im Bedarfsfall dazu verpflichtet sind (9).

Schließlich wurden noch zwei Veränderungen vorgenommen, die nicht unmittelbar Ausfluß der Gesetzesänderung sind:

— Bereits mit dem Regierungswechsel wurde die Hauspostille des BAZ, „Der Zivildienst", vollständig auf Hofberichterstattung umgestellt. Sie hatte zwar nie die Interessen der ZDLer vertreten, aber immerhin fanden kritische Stellungnahmen und allgemein friedenspolitische Themen durchaus Eingang in das Blatt. Seit Oktober '82 hingegen fielen diese völlig aus, dafür wurde von nun an die CDU-Führungselite in Szene gesetzt, der VEBA-Vorstandschef durfte sich über Atomenergie und Technikfeindlichkeit verbreiten, der gemeinsame Feind im Osten wurde wiederentdeckt usw.usf. (10).

— BAZ-Leiter Iven wurde, nachdem es Geißler trotz Disziplinarverfahren (wegen Ivens Stellungnahme zur Verfassungswidrigkeit der KDV-Novelle (11)) nicht gelungen war, ihn zum „freiwilligen" Rücktritt zu bewegen, am 1.1.84 durch den 33jährigen evangelischen Pfarrer Peter Hintze — CDU-Mitglied und vormaliger stellvertretender RCDS-Vorsitzender - ersetzt.

An seiner Regierungstreue kann kein Zweifel sein: Er erklärte im vergangenen Oktober anläßlich des Kabinettsbeschlusses zur Verlängerung des Wehrdienstes auf 18 Monate (ab 1989), er halte es nicht für eine unzumutbare Härte, wenn KDVer parallel dazu 24 Monate Zivildienst leisten müßten. Die „Selbstorganisation der Zivildienstleistenden" forderte daraufhin öffentlich seinen Rücktritt (12).

Abschaffung des Prüfungsverfahrens?

Offensichtlich ist es bereits, wie Geißler zufrieden feststellen konnte, durch den lästigen Zivildienst gelungen, die Anzahl der KDV-Anträge zu drücken. Inwieweit die Gewissensprüfung durch das schriftliche Verfahren wirklich abgeschafft ist — die Regierungsvertreter bestehen darauf, es handele sich hier lediglich um eine formale Vollständigkeits- sowie eine Schlüssigkeitsprüfung im Hinblick auf Gewissensgründe — wird sich allerdings erst erweisen, wenn das Bundesverfassungsgericht über die Gesetzesänderung entschieden hat, der sog. Antragstau abgebaut ist und schließlich die Personalprobleme der Bundeswehr infolge der geburtenschwachen Jahrgänge (bzw. verschärfter Kriegsvorbereitungen) drastisch zunehmen. All diese Gründe lassen der Regierung momentan noch genügend Spielraum, sich als relativ großzügig zu profilieren.

Die Praxis der weiterbestehenden mündlichen Prüfungsverfahren für Soldaten, Reservisten, Alt- und Zweitantragstellern ist jedoch so schikanös wie zuvor (13):

— Ca. 17.000 Anträge von noch nicht erfaßten Jugendlichen, die vor dem 1.7.83 gestellt worden waren (4), um der Zivildienstverlängerung zuvorzukommen, wurden trotz nicht eindeutiger Rechtsgrundlage von den Kreiswehrersatzämtern zurückgewiesen (14).

Dazu hat es bisher zwei Gerichtsentscheidungen gegeben: Das Verwaltungsgericht Kassel hat eine Untätigkeitsklage unter Berufung auf § 26 Abs. 2 Satz 3 des Wehrpflichtgesetzes alter Fassung mit der Begründung zurückgewiesen, daß nur *„ungediente Wehrpflichtige"* (d.h. nach Erfassung) einen KDV-Antrag stellen können. Diese Klage war jedoch sehr ungeschickt angegangen worden (15).

Erfolgreicher verlief eine Verhandlung vor dem Kölner Verwaltungsgericht: In Anlehnung an die Religionsmündigkeit ab Vollendung des 14. Lebensjahres wurde unter Hinzunahme der Kriterien *„Ernsthaftigkeit, Entscheidungsreife und Vorliegen eines zeitlichen und sachlichen Zusammenhangs zum Kriegsdienst"* entschieden, daß ab 16 Jahren durchaus eine Gewissensentscheidung zu treffen möglich sei. Dies wurde untermauert durch den Hinweis auf freiwillig dienende 17jährige Soldaten bei der Bundeswehr (16).

— Gegenüber Verweigerern mit Altanträgen wird sowohl von Seiten der Bundeswehrverwaltung (Kreiswehrersatzämter) als auch der Verwaltungsgerichte (Schleswig, Lüneburg, Hildesheim u.a.) massiver Druck ausgeübt, neue Anträge mit der Folge des verlängerten Zivildienstes zu stellen — sonst entfalle die Pflicht des Gerichtes zu „wohlwollender Prüfung" (17).

Die Gerichte versprechen sich davon offensichtlich vor allem eine Arbeitsentlastung und dem Verweigerer die Möglichkeit der Anerkennung im schriftlichen Verfahren. Die Folge ist jedoch bei einem solchen Zweitantrag: Die aufschiebende Wirkung gegenüber der Einberufung entfällt, das mündliche Verfahren findet in der Regel statt, und der Verweigerer wird zudem „unglaubwürdig". Obendrauf kommt dann schließlich der zwanzigmonatige Zivildienst (18).

— Eine weitere Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes, die zunächst eine Erleichterung für die mündlichen Prüfungsverfahren zu bringen schien, wird systematisch von der Bundeswehrverwaltung unterlaufen: Das Bundesverwaltungsgericht hatte in zwei Urteilen entschieden, daß Prüfungsausschüsse und alle anderen Instanzen nach dem neuen Gesetz nicht nur in Ausnahmefällen nach Aktenlage entscheiden können, sondern *„wenn sie aus dem Inhalt der schriftlichen Unterlagen die ‚hinreichend sichere Überzeugung' gewinnen, daß eine geschützte Gewissensentscheidung vorliege"*. Dies sei in jedem Einzelfall — auch für Altanträge — zu prüfen (19).

Daraufhin erließ das Bundeswehrverwaltungsamt eine schriftliche Verfügung an die Vorsitzenden der Prüfungsausschüsse und -kammern: *„Zusammenfassend ergibt sich, daß die KDV-Gremien auch bei Neuverfahren (...) regelmäßig eine Anerkennung nur nach persönlicher Anhörung des Antragstellers aussprechen können."* Bei „Altfällen" sei *„auf herkömmliche Weise"* zu verfahren (20).

Insgesamt gesehen kann davon ausgegangen werden, daß der im Gesetz vorgezeichnete Kurs der Verschärfung — insbesondere angesichts weiterer Kriegsvorbereitungen — konsequent vorangetrieben werden wird. Nicht zuletzt soll eine Auswertung der Erfahrungen mit der Neuregelung bei deren Auslaufen Ende '85/Anfang '86 (21) die Bedingungen für eine mögliche erneute Verschärfung festlegen.

Daß Bundesamt und Regierung sich in Einzelbereichen weitgehend zurückhalten, ist neben den bereits o.a. Gründen zu einem nicht geringen Anteil sicherlich entsprechendem öffentlichen Druck und Widerstand der ZDLer und der Wohlfahrtsverbände im Vorfeld des Normenkontrollverfahrens geschuldet. Zudem hat die Novelle ja bereits die gewünschten Auswirkungen auf die Antragszahlen zur Folge gehabt.

**Antimil-Kommission
KB Göttingen**

Anmerkungen und Quellen

1. Alle Äußerungen von Geißler stammen, soweit nicht anders angegeben, aus dem schriftlichen Text seiner Rede vor dem BVG am 30.1.85.

2. Eine ausführliche Darstellung zur Geschichte von Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst in AK 222, s. auch „KDV wie Keiner Darf Vergessen" (speziell zur SPD in AK 249.

3. lt. „FAZ", 18.11.82, Ende '83 waren rd. 60 % der Dienststellen mit Unterkünften versehen („Ausbruch", Ztg. der Selbstorg. der ZDL, Nr. 12, Okt. 83)

Fortsetzung nächste Seite

Das neue KDV-Gesetz

Im seit 1.1.84 gültigen neuen KDV-Gesetz finden sich folgende wesentliche Änderungen:

— Ungediente, nicht einberufene oder vorbenachrichtigte Wehrpflichtige werden vom Bundesamt für den Zivildienst als Kriegsdienstverweigerer (KDVer) anerkannt, wenn ihr Antrag auf KDV vollständig ist (d.h. Antrag plus *„ausführlicher Lebenslauf"* und *„persönliche, ausführliche Darlegung der Beweggründe"* sowie Führungszeugnis), wenn *„die dargelegten Beweggründe das Recht auf Kriegsdienstverweigerung zu begründen geeignet sind"* und *„das tatsächliche Gesamtvorbringen des Antragstellers und die dem Bundesamt bekannten sonstigen äußeren Tatsachen keine Zweifel an der Wahrheit der Angaben des Antragstellers begründen"*. Ist eine der ersten beiden Bedingungen nicht erfüllt, wird abgelehnt und der KDVer muß direkt vors Verwaltungsgericht zur Anfechtung dieser Entscheidung. Bei *„begründeten Zweifeln"* erfolgt eine Weiterleitung an den Prüfungsausschuß.

— Einberufene oder vorbenachrichtigte Wehrpflichtige sowie Soldaten, Reservisten und Zweitantragsteller müssen von vornherein vor den Prüfungsausschuß — ebenso alle Antragsteller im *„Spannungs- und Verteidigungsfall"*. In all diesen Fällen erfolgt auch eine Zurückstellung vom Wehrdienst.

— Der Ausschuß ist mit einem *„vom Bundesminister der Verteidigung bestimmten Vorsitzenden und zwei ehrenamtlichen Beisitzern besetzt"*, wobei der Vorsitzende im Gegensatz zu früher Stimmrecht hat.

— Das Einberufungshöchstalter für in KDV-Verfahren steckende Wehrpflichtige wird auf 32 Jahre heraufgesetzt.

— *„Der Zivildienst dauert um ein Drittel länger als der Grundwehrdienst"* (z.Zt. 20 Monate).

— Die Anerkennung von Beschäftigungsstellen *„im Bereich des Umweltschutzes, des Naturschutzes und der Landschaftspflege"* wird neben dem sozialen Bereich im Zivildienstgesetz verankert zusammen mit der ausdrücklichen Verpflichtung zur gleichwertigen Belastung der Zivildienstleistenden (ZDLer) im Verhältnis zu den Wehrdienstleistenden und dem Wegfall der Einverständniserklärung der Dienststelle mit dem ihr zugewiesenen ZDLer.

— Die Möglichkeit des ZDLers, sich eine Dienststelle auszusuchen, wird aus dem Gesetzestext gestrichen.

— Ein zeitlich nicht begrenzter *„Einführungsdienst"* mit Zwang zur Unterbringung in einer *„dienstlichen Unterkunft"* (Kaserne) wird eingeführt.

— Disziplinarmaßnahmen aus dem Disziplinarkatalog für Zeitsoldaten werden aufgenommen.

Sinn und Zweck dieser Neuregelung soll lt. Gesundheitsminister Geißler sein: — die Belastung und den Protest (nicht nur) „junger Menschen" wegen des Prüfungsverfahrens und der Unfähigkeit des Staates zu seiner Neuregelung zu reduzieren;

— den Antragstau von über 100.000 unerledigten KDV-Anträgen abzubauen;

— die Ausschußprüfung abzuschaffen und dafür den Zivildienst zur *„einzigen Probe auf die Gewissensentscheidung"* auszugestalten (1).

Kriegsdienstverweigerung Im Grundgesetz sind 15 = 20



„Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen." Dies schreibt immerhin das Grundgesetz (in Art. 12a Abs. 2 Satz 2) bindend vor. Tatsächlich aber dauert der Wehrdienst 15 Monate und der Ersatzdienst 20 Monate, somit 5 Monate länger, als das Grundgesetz erlaubt. Zwar hat die SPD in ihrer Regierungszeit niemals Probleme damit gehabt, daß auch schon damals der Ersatzdienst länger dauerte, in der Opposition sieht das nun anders aus: Gegen das Inkrafttreten der neuen KDV- und Zivildienstregelung (am 1.1.84, also unter Verantwortung der Kohlregierung) hatten die SPD-regierten Bundesländer Bremen, Hamburg, Hessen und NRW sowie 196 SPD-MdB ein Normenkontrollverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht angestrengt. Nach der mündlichen Verhandlung am 30. Januar folgte nun, am 24.4.1985, die Verkündung des Urteils. Und siehe da, das Bundesverfassungsgericht (BVG) gab der Regierung in allen Punkten Recht. Obwohl das Grundgesetz (GG) ausdrücklich dieselbe Dauer von Wehr- und Ersatzdienst fordert, meinen die obersten Hüter des Gesetzes in ihrer Urteilsbegründung, daß es überhaupt nicht auf einen *„Vergleich der tatsächlichen Dauer"* nicht ankäme, vielmehr wolle das Grundgesetz *„ein Gleichgewicht der Belastung"* sicherstellen.

Die Bundesregierung hatte vor Gericht behauptet, daß im „normalen Dienst" die Rekruten 56 Stunden Dienst pro Woche zu leisten oder abzugammeln hätten, während die Zivildienstleistenden nur 41 Stunden arbeiten würden. Diese Stundendauer läßt sich ganz einfach erklären: in der Kaserne sind die sowieso und ab 56 Stunden gibt es einen Bonus, wie kürzlich der Spiegel berichtete: *„Um in den Genuß einer Zulage zu kommen, müssen Soldaten pro Woche mindestens 56 Dienststunden nachweisen... In ihrem Gutachten hatten die Rechnungsprüfer aufgelistet, was alles von den Einheiten als Dienst gewertet wurde: etwa ‚Polterabende, Bälle verschiedener Art, Rallys, mehrtägige Schützenfeste, Herrenabende'."* (Ausgabe vom 28.1.85) Umgekehrt können ZDLer nach ihrem neuen ‚Leitfaden' insgesamt bis zu 70 Wochenstunden beschäftigt werden („Ausbruch" Nr. 20, März/April 85).

Außerdem wird immer wieder behauptet, daß die zusätzlichen Wehrübungen (nach Beendigung der Bundeswehrzeit) ein längeren Ersatzdienst erforderlich machten. Angeblich würden „viele Reservisten" pro Jahr 20-30 Tage Wehrübungen abzuleisten haben und in einem sich abzeichnenden Spannungsfall sogar für mehrere Monate eingezogen werden (maximal bis zu 9 Monaten, lt. Gesetz) (aus: Pressematerial des Gesundheitsministerium). Unter Apel hatte das Kriegsministerium eine durchschnittliche Übungsdauer von 3,5 Tagen bzw. 15 Tage für die tatsächlich Übenden errechnet. Aber wie hatte das Gericht doch gesagt? Auf einen tatsächlichen Vergleich komme es gar nicht an.

Die SPD-Klage hatte außerdem moniert, daß der ‚lästige Zivildienst' eigentlich den Gewissens-TÜV hätte beseitigen sollen. Ein Kombination sei ihrer Meinung nach Verfassungswidrig. Das Gericht behauptete nun, daß *„beide Elemente ...nur in ihrem Zusammenwirken mit hinreichender Sicherheit"* gewährleisten würden, daß „echte Verweiger" (die mit einem „Gewissen") durchkämen. Ein erschwerter Zivildienst sei *„zwar die eigentliche, nicht aber die einzige ‚Probe auf das Gewissen'"*. Das zusätzlich Anerkennungsfahren sei gar kein eigentliches Prüfungsverfahren („im herkömmlichen Sinn") sondern bloß eine Formalie. Und damit es wieder vor dem Grundgesetz stimmt und weil die Erschwernis gar keine Erschwernis sondern bloß eine Gewissensprobe ist, konnten die Richter hinzufügen: *„Wer den Zivildienst leistet, bringt kein größeres Opfer als der Wehrdienstleistende."*

Die SPD hatte noch eine ganze Reihe von Punkten bemängelt und vor Gericht gebracht. Darunter die Vorschrift, daß im „Spannungs- und Verteidigungsfall" alle Antragsteller auf KDV erst einmal solange weiterdienen müssen, bis sie nach abgeleisteter Gewissensprüfung freigesprochen würden, die Tatsache, daß schon heute von der Einberufung zur Armee Be-

den, die Tatsache, daß schon heute nicht da-

von der Einberufung zur Armee Benachrichtigte ohne Prüfung nicht davonkommen können; daß dem KDV-Antragsteller und nicht den Prüfern die Beweislast zufällt (er muß sein Gewissen nachweisen können). Auch diese Klagepunkte wies das Gericht rundherum ab, was nach ihren Interpretationskünsten zugunsten der Armee wohl kaum verwundern dürfte. In einem Punkt allerdings gab das Gericht den Klägern einen kleinen Bonbon (damit nicht alles umsonst war): Im Spannungs- und Kriegsfall müssen KDV-Antragsteller zwar weiter in der Armee und im Krieg dienen, die Waffe dürfen sie aber beiseite legen.

Mit dieser Entscheidung hat das Gericht der „Einrichtung und Funktionsfähigkeit der Bundeswehr" wieder einmal (nach einer ganzen Reihe ähnlicher Skandalurteile) einen großen „vaterländischen Dienst" erwiesen. Diese Funktionsfähigkeit, so erklärten die Richter, habe nämlich *„verfassungsrechtlichen Rang"*. Daß dabei die einfache Logik (15 = 20) und vor allem der gute Glaube an die Verfassung in größeren Teilen der Bevölkerung auf der Strecke bleiben könnte, ist natürlich mißlich. Eine Richterminderheit, die Richter Mahrenholz und Böckenförde haben dann auch in drei Punkten ihre abweichende Beurteilung zu Protokoll gegeben: 1. könne nicht gegenüber einem Grundrecht (auf Kriegsdienstverweigerung) nicht gerade diejenige staatliche Aufgabe (Funktionsfähigkeit der Armee) ins Feld geführt werden, gegen die das Grundrecht (auf KDV) dem Staat Einschränkungen auferlegen wolle. 2. wollten sie nicht die Tatsache weggebogen sehen, daß im Grundgesetz die gleiche Dauer von Wehr- und Ersatzdienst vorgegeben wird. 3. stellen sie den Gewissensbegriff des Gerichts (in seiner Mehrheit) infrage, der eine Kriegsdienstverweigerung nur aus pazifistischen Gründen erlaube.

Der Richter Mahrenholz sah zudem eine Verfassungswidrigkeit in der Tatsache, daß die Vorsitzenden der Gewissens-TÜV-Ausschüsse vom Kriegsministerium ernannte und somit dessen Weisungen unterworfene Beamte sind.

Recht haben sie natürlich. Sie dürften hiermit auch einigen unverbesserlichen Fans dieser Verfassung und von Klagen vor dem Verfassungsgericht erneut Stoff für allerschönste Hoffnungen geben. Tatsächlich aber hat das Bundesverfassungsgericht einmal mehr gezeigt, daß mit dieser Verfassung alles nach Wunsch der Herrschenden laufen kann und das Verfassungsrecht auf Kriegsdienstverweigerung auf keinen Fall eine Behinderung für die Kriegsrüstung und Kriegsführung sein darf. Diese Behinderung muß schon auf anderem Wege laufen.

Antimil-Kommission KB/Gruppe Göttingen und HH

Im Wortlaut: FR, 25.3.82

19 Monate Zivildienst

Mit einem einstimmigen Beschluß hat die SPD-Bundestagsfraktion ihre Grundsätze für die geplante Neuordnung des Rechts der Kriegsdienstverweigerung festgelegt. Sie haben folgenden Wortlaut:

1. Wer vom Grundrecht der Wehrdienstverweigerung Gebrauch machen will, erklärt dies schriftlich und individuell gegenüber der zuständigen Stelle.

2. Unter Beachtung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 13. 4. 1978 und der gebotenen Gleichbehandlung von Wehr- und Zivildienstleistenden beträgt die Dauer des Zivildienstes 19 Monate.

3. Es ist sicherzustellen, daß alle anerkannten Wehrdienstverweigerer ohne großen Zeitverlust zum Zivildienst herangezogen werden.

4. Ein Einführungslehrgang mit gleichen Bedingungen ist — unabhängig von der Trägerschaft — für alle Zivildienstleistenden zu gewährleisten.

5. Der Einsatz im sozialen Bereich behält Vorrang. Die ambulanten Hilfen für Alte und Behinderte werden verstärkt.

6. Die Zuständigkeit für alle mit dem Recht der Wehrdienstverweigerung zusammenhängenden Fragen wird aus dem Verteidigungsministerium herausgelöst.

7. Für Soldaten, einberufene, vorbenachrichtigte und gediente Wehrpflichtige wird ein angemessenes Verfahren vorgesehen.

Samstag, 22. April 1978, Nr. 82

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Anders sein

ein. Die Wehrdienstverweigerer gehen auf die Straße. Sie demonstrieren gegen das Urteil von Karlsruhe. Die lärmende Minderheit macht von sich reden. Dafür steigt die Zahl der Frei-

reden. Dafür steigt die Zahl der Frei-

willigenmeldungen zur Bundeswehr stetig. Doch davon spricht niemand. Die schweigende Mehrheit tut ihre Pflicht. Sie tut sogar mehr. Nicht nur zahlreiche Abiturienten verpflichten sich nach der Dienstzeit weiter. Aus allen Berufsgruppen kommen die Interessenten, die länger dienen wollen. Nun gibt es attraktive finanzielle Vorteile für Längerdienende. Der Arbeitsplatz für Zeitsoldaten ist geschützt. Mancher mag auch vor drohender Arbeitslosigkeit in die Bundeswehr ausweichen. Aber das allein erklärt den Zustrom nicht. Die Erfahrung bestätigt Untersuchungen, wonach zwischen wachsenden Freiwilligenmeldungen und wirtschaftlicher Flaute nur geringer Zusammenhang besteht. In vielen jungen Männern steckt das Gefühl, anders sein zu sollen als die anderen — diese Verweigerer. Elitäres Bewußtsein drückt sich hier aus. Es gehört zum Soldatischen. Aber auch eine Art Trotzhaltung wird gezeigt — gegen alle, die das Bild von der heutigen Jugend verfälschen, die vom Gewissen sprechen, aber etwas anderes meinen.

Die „Selbstorganisation der Zivildienstleistenden" (SOdZL) ruft bundesweit dazu auf, den unbefristeten Zivildienst im Krieg und die Zivildienstüberwachung im Frieden zu verweigern.
Die SOdZDL, die sich bundesweit aus 150 Einzelinitiativen zusammensetzt, sieht darin die längst fällige Ergänzung zur Reservisten-, Frauen- und Totalverweigerung.

Um möglichen Repressalien entgegenzuwirken, hat die SO einen Rechtshilfefonds eingerichtet. Im folgenden drucken wir Auszüge aus der Presseerklärung ab:
"Der Zivildienst ist entgegen aller öffentlichen Bemäntelung kein sozialer Friedensdienst. Er mag im einzelnen befriedigende soziale Tätigkeiten beinhalten, in seinem Aufbau wird er militärischen Strukturen und Erfordernissen immer stärker angepaßt, soweit er diese nicht schon längst beinhaltet:

- die Grundrechte sind eingeschränkt
- das Disziplinarrecht entspricht dem der Bundeswehr
- die ZDLs werden durch die staatlichen Einführungslehrgänge verstärkt diszipliniert

Die staatliche Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer erweist sich in Anbetracht unserer Verplanung für den sogenannten Verteidigungsfall vollends als Farce.
Nach § 79 des Zivildienstgesetzes können ZDLs und Ex-ZDLs im Krieg zum "unbefristeten Zivildienst" herangezogen werden. Die im § 23 ZDG angeordnete Zivildienstüberwachung ehemaliger Zivildienstleistender bis zum 32. Lebensjahr hat einzig den Zweck, für diesen Fall vorzubereiten. Der Überwachung unterliegen zur Zeit schätzungsweise 200.000 ehemalige ZDLs.

Konsequente Kriegsdienstverweigerung heißt für uns: Verweigerung des Kriegsdienstes mit und ohne Waffen!!!
(...)
Mit uns kann für den Krieg und dessen Vorbereitung keiner rechnen! Deshalb verweigern wir uns."

Informationen, Material bei: Wolfgang Urban, Am Rain 24, 3550 Marburg oder Bundeszentrale der SOdZDL, Hochstr. 56, 6.000 Frankfurt/Main

---

Fortsetzung von vorheriger Seite

4. Zahlen aus „Göttinger Tageblatt", 2.2.85 und der Rede Geißlers. Das Jahr '83 fällt insofern aus dem Rahmen, als Anträge ab dem 1.7.83 bereits nach dem neuen Verfahren behandelt wurden. Außerdem hatte die SOdZDL eine Kampagne „Verweigert vor dem 30.6." durchgeführt, die bei Vergleich mit der hochgerechneten Antragszahl vom Anfang des Jahres eine zusätzliche Antragslawine von ca. 15.000 plus 17.000 noch nicht wehrpflichtige Verweigerer (s.u.) ergab. Ohne diese 17.000 Antragsteller verweigerten bis zum 30.6. 46.241 junge Männer! Dadurch ist das starke Absinken 1984 sicherlich teilweise zu erklären. Zur Problematik der KDV-Statistik allgemein s. „Zahlen und Zahlen, die es gar nicht gibt" von der Bremer „Zentralstelle für Recht und Schutz der KDVer..."
5. Zahlen aus „epd", 8.1.85; „Pinneberger Tageblatt", 17.11.84; „Ostfriesen Zeitung", 22.9.84 und Geißlers Rede
6. „Ausbruch" Nr. 17, Sept. 84 — Nach Beantwortung einer kleinen Anfrage der Grünen am 2.1.85 durch Geißler sind seit Januar '83 1.700 Stellen im Verwaltungsbereich aberkannt worden (lt. „Ausbruch" Nr. 21, Mai/Jun. 85)
7. lt. „Heilbronner Stimme", 23.2.84
8. „Zeit", 1.2.85 und „FR", 2.3.85
9. „Ausbruch" Nr. 12, Okt. 83
10. „Ausbruch" Nr. 13, Dez. 83
11. in „Sozialdemokratischer Pressedienst", 16.2.83
12. „Neue Osnabrücker", 18.10.84 und „FR", 9.11.84
13. Anerkennungsquoten bis Sept. '84: Prüfungsausschüsse: 61 %, Kammern: 57 %, Soldaten- und Reservistenanteil an KDVern: 16 % (1984), nach „Zeit", 1.2.85
14. „epd" Nr. 217, 9.11.83
15. „Ausbruch" Nr. 15, Apr. 84
16. „Ausbruch" Nr. 19, Jan./Febr. 85
17. „FR", 20.9.84 und 30.1.85
18. „FR", 12.10.84 und „Ausbruch" Nr. 17, Sept. 84
19. „Tagesspiegel", 16.6.84 und „FR", 9.10.84
20. „FR", 6.12.84
21. Artikel 6 des Neuordnungs-Gesetzes schreibt eine Berichterstattung der Bundesregierung bis zum 31.12.85 und ein Außerkrafttreten am 30.6.85 vor, *„wenn der Gesetzgeber bis dahin nicht bestimmt hat, daß es weitergilt"*.



Aufgespießt

Sehr geehrte Herren,

anbei sende ich Ihnen mein Exemplar des Grundgesetzes. Es wurde mir anläßlich meiner Reifeprüfung am städtischen Otto-Hahn-Gymnasium in Dinslaken/Ndrrh. im Frühjahr 1971 ausgehändigt, zusammen mit vielen guten Wünschen für meinen zukünftigen Lebensweg. Es hat mich während meiner Militärzeit ebenso begleitet wie während meiner Studienzeit (in deren abschließendem Examen ich mich nunmehr befinde), nämlich wenig gelesen, aber geachtet.

Während dieser Zeit wurde mir langsam klar, daß von Menschen geschaffenes Recht nicht starr, ewig und tot ist wie ein Stein, sondern daß es lebt und vergänglich ist wie alles Lebendige. Besonders Ihre Ausführungen zu Artikel 4 (3) des Grundgesetzes haben mir dies vor Augen geführt.

Nun brauche ich mein Grundgesetz nicht mehr. Meine Zuversicht für meinen weiteren Lebensweg schöpfe ich von nun an aus anderen Quellen. Nehmen Sie das Büchlein zu den Akten, oder führen Sie es bitte auf dem Wege des Recycling einer neuen, nützlichen Verwendung zu.

Mit freundlichem Gruß!

Schreiben eines Bürgers der Bundesrepublik Deutschland an das Bundesverfassungsgericht nach dem Urteil über die Wehrdienstnovelle.

Ermittlung gegen Verweigerer

Justiz trat sofort nach dem Karlsruher Urteil auf den Plan

FR, 26.4.85

Von unserer Mitarbeiterin Ursula Knapp

KARLSRUHE, 25. April. Am Mittwoch, dem Tag der Urteilsverkündung zum Kreigsdienstverweigererungsgesetz, kam es in Karlsruhe zu einer Hausdurchsuchung beim baden-württembergischen Landesverband der Deutschen Friedens-Gesellschaft (DFG). Nach Angaben der beiden Landesgeschäftsführer wurden dabei 250 Flugblätter beschlagnahmt, in denen die „Aktion Kofferpacken" dargestellt wurde. Zivildienstleistende wollen danach ihre Dienststelle nach 15 Monaten und dreieinhalb Tagen verlassen, da dies die durchschnittliche Dauer des Grundwehrdienstes einschließlich der Wehrübungen ist. Die Kriegsdienstverweigerer wollen damit gegen den 20monatigen Ersatzdienst protestieren.

Das Flugblatt wird von der DFG bereits seit einem Jahr verteilt. Warum es gerade jetzt zur Beschlagnahme kam, soll ein Kripo-Beamter gegenüber den Karlsruher Landesgeschäftsführern damit begründet haben, daß man das Urteil des Bundesverfassungsgerichts habe abwarten wollen. Mit der „Aktion Kofferpacken" werde nun, nach dem Urteil, eindeutig zu einer Straftat aufgefordert.

Norddeutsche Affinerie und Hamburger Aluminiumwerke

Gesundheitsbelastung am Arbeitsplatz

Werden durch Giftstoffe Luft, Wasser und Boden verseucht, ist das Spektakel groß. Wenn jedoch am Arbeitsplatz Arbeitnehmer zusammenklappen oder Spätschäden davontragen, wird das eher schulterzuckend zur Kenntnis genommen — die Produktion muß weitergehen.

Derzeit sind 60.000 Chemikalien und eine Million Stoffgemische auf dem bundesdeutschen Markt und jährlich kommen 300 Stoffe hinzu. Mindest 400 Stoffe können nach der Liste Maximaler Arbeitsplatzkonzentrationswerte (MAK) von 1981 Krankheiten verursachen, wenn die Grenzwerte nicht eingehalten werden. Nur 40 von 60.000 Chemikalien werden als möglicher Krankheitsauslöser bei den Berufsgenossenschaften in deren Verordnung aufgeführt. Eine EWG-Empfehlungsliste für Berufskrankheiten von 1962 ist mit 60 Krankheiten auch heute noch weiter gefaßt.

Der Kontakt mit krebserzeugenden Arbeitsstoffen wird immer häufiger, weil die Stoffe zahlenmäßig zunehmen. 5.000 bis 22.000 chemische Verbindungen sind, so die IG-Metall, als krebserregend einzustufen. Zirka 1.000 haben sich in Tierversuchen als krebserregend herausgestellt. (1) Einer Studie mehrerer US-Behörden von 1978 zufolge, sind zwischen 23% und 38% aller Krebserkrankungen — also jeder dritte Fall — durch Belastungen am Arbeitsplatz verursacht worden. (2) 1982 waren in der BRD von den 37.366 angezeigten Berufskrankheiten die Hälfte (19.202) auf die Einwirkung von Schadstoffen zurückzuführen. Die arbeitsbedingten Hauterkrankungen haben sich dabei seit 1953 bis heute verdoppelt. 1982 wurden fast 11.000 schwere oder wiederholt rückfällige Hauterkrankungen registriert. (3)

Die Berufsgenossenschaften, die paritätisch aus Unternehmer- und Arbeitervertretern besetzt sind, versuchen die Folgekosten dieser krankheitsverursachenden Produktion auf die Betroffenen abzuwälzen. Nur jede sechste Berufskrankheit (16%) gelangt zur Anerkennung. Während bei Asbestose auf zwei Krankheitsanzeigen eine Rente fällt, führt bei Blei jeder 30. Fall zur Rentenanerkennung. Und bei der Berufskrankheit Nr. 43 (Erkrankungen der Sehnenscheiden) ist das Verhältnis von Anzeige zur Rente 400 : 1 .(4) Einem Hubstaplerfahrer zum Beispiel war die Anerkennung einer Rente vom Bundessozialgericht mit der Begründung verweigert worden, daß seine Tätigkeit ,,*keine berufliche Beschäftigung im Sinne der ... Berufskrankheitenverordnung*'' darstelle .(5)

All diese Tricks der Nichtanerkennung von Berufskrankheiten konnten nicht verhindern, daß die Ausgaben der Berufsgenossenschaften für Entschädigungen sich in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt haben — 1983: 7,7 Milliarden Mark — trotz stagnierender Zahl von Versicherungsnehmern im gleichen Zeitraum. (6)

Wie konkret der Anschiß der Arbeiter in den Betrieben im Einzelnen aussieht, welche Schwierigkeiten bei der Verbesserung dieser Situation auftreten und welche notwendige Unterstützung dabei Umweltschützer leisten können und müssen, soll im folgenden am Beispiel der **Norddeutschen Affinerie** und den **Hamburger Aluminiumwerken** aufgezeigt werden.

Gesundheitsgefährdung auf der Affi ...

Der Arbeiter Franz Pohl (Name von der Redaktion geändert), war seit über 20 Jahren in einer Hütte der Affi beschäftigt, in der Blei hergestellt wurde. Hier war er mit den unterschiedlichsten Schadstoffen wie Blei, Arsen, Zink und einigen anderen Stoffen in Berührung gekommen. Schutzeinrichtungen existierten nicht und der Arbeitsschutz wurde klein geschrieben. 1983 klagte der Betroffene über Schulterschmerzen. Der Hausarzt diagnostizierte ,,Kalkablagerungen''. Eine Gesundung wollte nicht eintreten, und ein Krankenhausaufenthalt brachte Gewißheit: Lungenkrebs durch Arsenvergiftung im letzten Stadium. Das Ende kommt schnell: Schlaganfall, Gedächtnisstörungen bis zum gänzlichen Erinnerungsverlust, blutiger Auswurf aus Lunge und After — Tod im Alter von 43 Jahren. Dies war der bisher letzte Fall einer tödlichen Berufserkrankung auf der Norddeutschen Affinerie.

Eine weitere arsenbedingte Vergiftung führte in den 70er Jahren bei einem anderen Mitarbeiter zu einem Brusttumor, der zu einem operativen Eingriff zwang. Eine Anerkennung als Berufskrankheit liegt nicht vor.

Aber auch erbbiologische Folgen einer solchen Giftproduktion sind nicht zu unterschätzen: Eine Laborhelferin hatte über Jahre mit den unterschied-

Eine weitere arsenbedingte Vergiftung führte in den 70er Jahren bei einem anderen Mitarbeiter zu einem Brusttumor, der zu einem operativen Eingriff zwang. Eine Anerkennung als Berufskrankheit liegt nicht vor.

Aber auch erbbiologische Folgen einer solchen Giftproduktion sind nicht zu unterschätzen: Eine Laborhelferin hatte über Jahre mit den unterschied-

lichsten Chemikalien hantiert. Eine böse Überraschung erlebte die ehemalige Affi-Mitarbeiterin bei der Geburt ihres Kindes. Die Diagnose: Neurodermatitis, eine Allergie-Krankheit, die den Körper mit Pusteln übersät und eine strenge Ernährungsdiät — im schlimmsten Fall auf Lebenszeit — erfordert.

Nach offiziellen Angaben (7) des Amtes für Arbeitsschutz (die durch eigene Untersuchungen ergänzt wurden) liegen folgende Fälle berufsbedingter Erkrankungen bei der Norddeutschen Affinerie vor:

- 1973 - 83: Sechs Fälle von Lungenkrebs, durch Arsenvergiftung;
- 1973 - 83: 24 Fälle arsenbedingter Lungenveränderung;
- 1965 - 75: Vier Fälle von Nickelkrebs (drei Lungen- und ein Nasennebenhöhlenkrebs);
- 1969 - 76: 13 Fälle von Nasenscheidewandperforation infolge Arsenvergiftung;
- ca. 1980: ein Fall von Zinkfieber;
- ca. 1982 ein Fall von angeborener Neurodermatitis, einer Allergie;
- ca. 1980: Ein Fall von Brusttumor infolge einer Arsenvergiftung.

Rechnet man diese kleine unvollständige Bilanzierung hoch, denn nur jeder sechste Fall wird als Berufskrankheit anerkannt, dann müßten demnach bei der Berufsgenossenschaft in den letzten Jahren ca. 300 berufsbedingte Erkrankungen von Affi-Arbeitern angezeigt worden seien.

... kein Anlaß zur Beunruhigung

Der Betriebsrat und die IG-Chemie sehen dennoch keinen Anlaß zur Beunruhigung. In einem Flugblatt an die Mitarbeiter heißt es: ,,*Die*

Behauptungen, der Arbeitsschutz für die Beschäftigten der NA und die Gesundheitsuntersuchungen seien absolut ungenügend und unzureichend, entbehren jeder Grundlage und weisen wir als polemische Panikmache entschieden zurück. Als Betriebsrat und Arbeitssicherheitsausschuß arbeiten wird mit der werksärztlichen Abteilung und der Gewerbeaufsicht eng zusammen und hinsichtlich der Einhaltung der MAK-Werte gibt es auch keine Beanstandungen.'' (8)

Hier stimmt in mehrerlei Hinsicht einiges nicht. Der Affi-Arbeiter Siegfried Licht hat keine guten Erfahrungen mit den Arbeitsmedizinern gemacht. ,,*Letztes Jahr hatte ein Kollege einen Blutbleiwert von 86, normal sind etwa 20. Diese Überschreitung hat aber nicht der Werksarzt festgestellt. Da mußte der Kollege schon zum Hausarzt.*'' Stellt der Werksarzt bei Arbeitern erhöhte Bleiwerte fest, werden die auch nicht etwa krankgeschrieben und nach Hause geschickt. Licht: ,,*Die kommen auf Arbeitsplätze ohne Bleiexposition. Der Streß bleibt da, und statt mit Blei hat man dann eben mit Lärm und Staub zu tun. Außerdem wird die Arbeit auf den Plätzen, auf die umgesetzt wird, meistens schlechter bezahlt.*'' Auf den besonders kritischen Arbeitsplätzen ist der Anteil türkischer Beschäftigter besonders hoch. (9)

bleibt da, und statt mit Blei hat man dann eben mit Lärm und Staub zu tun. Außerdem wird die Arbeit auf den Plätzen, auf die umgesetzt wird, meistens schlechter bezahlt.'' Auf den besonders kritischen Arbeitsplätzen ist der Anteil türkischer Beschäftigter besonders hoch. (9)

Vergiftungsmafia gegen wirksamen Arbeitsschutz

Die Zusammenarbeit des Betriebsrates mit den staatlichen Stellen verläuft ähnlich gut. Das **Amt für Arbeitsschutz** duldet seit Jahren die Überschreitung der MAK-Werte für Blei in einigen Betrieben der Norddeutschen Affinerie.

Mit den seit 1982 bestehenden Biologischen Arbeitsstoff-Toleranzen (BAT-Wert), der ,,inneren Belastung'' — z.B. Blutbleiwerte — die von Arbeiter zu Arbeiter unterschiedlich sein kann, werden die überschrittenen ,,äußeren Belastungen'' (MAK-Werte) ,,aufgefangen''. Bleikranke werden zu ,,Bleiträgern''. Professor Lehnert, Hamburger **Arbeitsmediziner** und ,,Experte für Unbedenklichkeit'' (10) sieht in den BAT-Werten einen arbeitsmedizinishcen Fortschritt. Lehnert: Die ,,*gesundheitlichen Vorschäden infolge abgelaufener oder persistierender* (anhaltender — Anm. AK) *Krankheitsprozesse*'' könnten von Person zu Person unterschiedlich sein. Auch sei die ,,persönliche Hygiene'' des Einzelnen verschieden. (11) Er gehört zu der Sorte von Arbeitsmedizinern, die ein Forschungsprojekt initiieren wollten, das ausschließlich das Ziel hatte, die ,,*angeborene Empfindlichkeit der Arbeitnehmer gegen gewisse Stoffe und Chemikalien*'' zu untersuchen. (12)

Erinnert sei auch an den Vorschlag des Hoechst-Betriebsarztes Loskant, der 1977 gefordert hatte, daß ,,*Arbeitsplätze, an denen mit karzinogenen* (krebserzeugenden — Anm. AK) *Substanzen gearbeitet wird, bevorzugt durch ältere Arbeitnehmer besetzt werden*'' sollten. Das IG-Metall Vorstandsmitglied Partikel fühlte sich angesichts dieses Vorschlages, ,,menschliches Leben zu selektieren'', an die Nazi-Zeit erinnert. (13) ,,Vernichtung durch Arbeit'' hieß das damals.

Das Problem wird verdreht: Der Arbeitsplatz muß nicht mehr den Arbeits- und Gesundheitsanforderungen genügen, sondern der Arbeiter wird dem Arbeitsplatz angepaßt. In den USA hat diese Auffassung dazu geführt, daß sich mehrere Frauen im gebärfähigen Alter sterilisieren ließen, um ihren Arbeitsplatz zu behalten. Das Unternehmen America Cynamid hatte dies verlangt, weil der Umgang der Arbeiterinnen mit nicht ,,*unbeträchtlichen Mengen von Bleistäuben zu einer Gesundheitsgefährdung für Föten*'' werden könne. (14) Bei Frauen wirkt das Blei stark auf die Geschlechtsorgane, wie zahlreiche Untersuchungen schon um die Jahrhundertwende belegen. ,,*In England waren von 77 Bleiarbeiterinnen 15 kinderlos, 35 hatten zusammen 90 Fehlgeburten. Eine Frau hatte ein einziges lebendes Kind, das in einem Jahr geboren worden war, in dem sie der Bleigefahr fernblieb. Eine andere hatte acht Fehlgeburten, von vier Kindern starben drei als Säuglinge.*'' (15) Nach Tardieu wurden bei 60% der Bleiarbeiterinnen Frühgeburten festgestellt. Kein Wunder, daß die **Berufsgenossenschaft** heute in ihren Arbeits,,schutz''bestimmungen ein Beschäftigungsverbot für Frauen in Bleibetrieben unter 45 Jahren, im gebärfähigen Alter, gesetzlich verankert hat.

Dies alles kann den **Werksarzt** der Norddeutschen Affinerie, Dr. Richard Pott, nicht beeindrucken. In einer von ihm in Zusammenarbeit mit Prof. Lehnert angefertigten Studie über die gesundheitlichen Auswirkungen durch Blei auf die Nervenleitfähigkeit, kann er nichts Auffälliges endecken. Der Hintergrund: Die finische Ärztin Anna Maria Seppalainen hatte in einer Studie 1977 festgestellt, daß die Nervenleitgeschwindigkeit bei bleibelasteten Arbeitern abnimmt. Die Finnin, die fünf verschiedene Nervenleitstränge untersuchte, konnte diese Tatsache jedoch nur bei dreien definitiv nachweisen. Genau die zwei Nervenstränge bei denen die Ärztin keine Veränderung feststellen konnte, untersuchte Dr. Pott und kam zum selben Erbebnis.

In der Werkszeitung ,,NA-Intern'' wurde diese Untersuchung von ihm selbst allerdings als Widerlegung des Untersuchungsergebnisses der finnischen Ärztin gewertet.

Auch die Auswahl der verschiedenen Personengruppen war ebenfalls recht diletantisch. Die Kontrollgruppe von Prof. Lehnert und Dr. Pott stammte nicht etwa von firmenfremden Mitarbeitern, sondern aus der Kupferelektrolyse der Affi. ,,*Hier wird reines Kupfer in großen Bleibecken gewonnen, die mit 60 Grad heißer Schwefelsäure gefüllt sind. In den Dämpfen dieser Bäder arbeitet die Kontrollgruppe! Zudem sind die beiden Anlagen (Bleiraffination und Kupferelektrolyse) keine 100 Meter entfernt. Kontrollgruppen außerhalb des Betriebes hätten möglicherweise andere Ergebnisse gebracht. Offensichtlich waren echte Kontrollen aber gar nicht vorgesehen.*'' (16)

Daß bei den Untersuchungen sogar Blutbleiwerte von 85 µg/dl Blut ermittelt wurden, die zudem über dem Grenzwert der Biologischen Arbeitsstoff-Toleranz (70 µg/dl) liegen, kümmerte den Werksarzt ebenso wenig.

Eine Doppel- bzw. Vorbelastung durch Bleiabgase aus dem Autoverkehr, wie der Düsseldorfer Prof. für Lufthygenie Dr. Schlippköter sie sieht, will der Werksarzt gar nicht erst in Betracht ziehen. Nach Berechnungen von Schlippköter atmet der Mensch, bei täglich 15 m^2 Luftaufnahme und einer durchschnittlichen Belastung in der Hauptverkehrszeit von 24 - 44 µg/m^2, ganze 30 - 60 µg Blei ein.(17) Mit ähnlich professioneller Akribie werden Bleiuntersuchungen (1974 waren es 2.550) im Werk durchgeführt. Da werden allein Blut- und Urinproben entnommen und entsprechende Ergebnisse nur widerwillig mitgeteilt. Haarproben, wie sie derzeit die Hamburger Gesundheitsbehörde durchführt, um die Belastung in der Bevölkerung zu ermitteln, werden nicht genommen. Die chronische Mehrfach-Belastung der Affi-Arbeiter und deren Folgen soll offenbar auch nicht ans Licht kommen.

Arbeitsmedizinisch fragwürdig sind auch die Arsenuntersuchungen im Blut, die rund 200 arsenexponierte Arbeiter regelemäßig über sich ergehen lassen müssen. Die Berufsgenossenschaft verlangt nur

ermitteln, werden nicht genommen. Die chronische Mehrfach-Belastung der Affi-Arbeiter und deren Folgen soll offenbar auch nicht ans Licht kommen.

Arbeitsmedizinisch fragwürdig sind auch die Arsenuntersuchungen im Blut, die rund 200 arsenexponierte Arbeiter regelemäßig über sich ergehen lassen müssen. Die Berufsgenossenschaft verlangt nur

Blut- und Urinproben — weitergehende Untersuchungen unterbleiben. Soll das Unternehmen mit unliebsamen Ergebnissen und Konsequenzen verschont bleiben? Monatliche Betriebsbegehungen, an denen Werksarzt, Betriebsrat und Sicherheitskräfte teilnehmen, lassen Klagen der Betroffenen nicht aufkommen, da der entsprechende Abteilungsleiter diese Aktion begleitet.

Der **Betriebsrat** kann sich in Fragen der Arbeitssicherheit auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der **Geschäftsleitung** stützen. In einem 1975 gemeinsam herausgegeben ,,Ratgeber Sicherheit'' wird eine Gefährdung z.B. durch Bleistaub dadurch gesehen, daß dieser ,,*sich auf der Lungenschleimhaut zum Teil auflöst und deshalb nicht hinausbefördert werden kann*''. Der Ratgeber weiß Rat.

,,*Sicher ist es lästig, über längere Zeiträume eine Atemschutzmaske zu tragen. Die Gesundheit wird aber dadurch optimal geschützt. Jeder Mitarbeiter kann mithelfen, die Staubbelastung so niedrig wie möglich zu halten: Durch vorsichtiges und geschicktes Arbeiten, durch korrekte Bedienung der (nicht vorhandenen) Absauganlagen, durch Sauberhaltung des Arbeitsplatzes, evtl. auch durch einen wohlüberlegten Verbesserungsvorschlag.*''

Eine Gesundheitsgefährdung sieht der Ratgeber nur dann, wenn ,,*unvorsichtig gearbeitet wird*'', die Schadstoffe werden als ,,*praktisch unschädlich*'' deklariert. (18)

Fortsetzung nächste Seite

Luftbelastungen durch die Affi: Antwort des Hamburger Senats auf eine Anfrage der GAL, 26.6.84

Die freiwilligen Emissionserklärungen der Norddeutschen Affinerie für den Luftbereich weisen für 1982 und 1983 die nachfolgenden Schadstoffmengen aus:

Luftbelastungen durch die Affi: Antwort des Hamburger Senats auf eine Anfrage der GAL, 26.6.84
Die freiwilligen Emissionserklärungen der Norddeutschen Affinerie für den Luftbereich weisen für 1982 und 1983 die nachfolgenden Schadstoffmengen aus:
1982 1983
Staub* 325 729 kg/a 295 646 kg/a
davon Arsen 6 128 kg/a 5 959 kg/a
Blei 17 568 kg/a 16 701 kg/a
Cadmium 483 kg/a 511 kg/a

		1982	1983
Staub*		325 729 kg/a	295 646 kg/a
davon	Arsen	6 128 kg/a	5 959 kg/a
	Blei	17 568 kg/a	16 701 kg/a
	Cadmium	483 kg/a	511 kg/a
	Kupfer	71 230 kg/a	65 505 kg/a
	Nickel	175 kg/a	139 kg/a
	Zink	20 439 kg/a	16 753 kg/a
SO_2		5 807 107 kg/a	5 197 574 kg/a
SO_3/H_2SO_4		110 721 kg/a	97 767 kg/a
Kohlenmonoxid		8 610 947 kg/a	11 635 981 kg/a
NO_x		71 310 kg/a	69 195 kg/a
Chloride/HCl		25 803 kg/a	12 251 kg/a
Fluoride/HF		7 808 kg/a	1 463 kg/a

*Davon Schornsteinemissionen 1982: 36,5 Prozent, 1983: 35,6 Prozent; die übrigen Emissionen stammen aus diffusen Quellen (z.B. Hallendächern, Lagerung, Umschlag) und bleiben aufgrund des niedrigen Emissionsniveaus zum Teil auf das Betriebsgelände beschränkt.



Protest von Umweltschützern vor den Werktoren der Affi, 1981

Fortsetzung von vorheriger Seite

Eine Änderung der **Gewerkschaftspolitik**, die gesundheitsgefährdende Belastungen am Arbeitsplatz mit Lohn-Zuschlägen abgelten läßt, ist nicht in Sicht. Entsprechende Vorstöße, z.B. Lärm und Hitze zu beseitigen oder die Schichtarbeit abzuschaffen, scheitern daran, daß diese Lästigkeitszulagen in der Lohnpolitik einen hohen Bestandteil erreicht haben. Der Verlust eines Schichtarbeitsplatzes infolge verschlechterter Gesundheit hat bei der NA nicht selten eine Lohneinbuße von 30% zur Folge!

Und was sich „bewährt hat", wird weiter praktiziert. Jüngst hatte der Betriebsrat den dreitägigen Sonderbleiurlaub für die Allgemeinheit „geopfert", um einen sechswöchigen Jahresurlaub für alle durchzusetzen.

Es ist festzustellen „...daß Unsauberkeit und Unordnung auf dem Werk zunehmen. Leere Zigarettenschachteln und Kippen, Apfelsinenschalen, Butterbrotpapier, Putzwolle, leere und auch zerbrochne Flaschen, Arbeitsschutzmittel usw. sollten nicht achtlos auf dem Werksgelände verstreut werden. Nun wird seit Jahren oft und viel von Umweltverschönerung, Arbeitsplatzverbesserung und ähnlichem gesprochen. Für uns sind dies keine unverständlichen Fremdworte ... aber auch mit den berechtigten Wünschen um die Erleichterung der Tätigkeit des Einzelnen, die Verschönerung der Arbeitsplätze und die Gesunderhaltung unserer Mitarbeiter ließen wir es nicht beim guten Willen bewenden. Die Abfallbehälter sind inzwischen in ausreichender Stückzahl eingetroffen. Jeder kann sich nunmehr in Verantwortung und Disziplin üben; denn jeder Einzelne wird in Zukunft darüber entscheiden, ob ihm wirklich daran gelegen ist, seine Arbeitswelt zu verschönern."

Der ehemalige Affi-Betriebsleiter Dr. Goy auf einer Betriebsversammlung 1974.

Es geht auch anderes

„Der Betriebsrat führt diese Fragebogenaktion durch, um den Gesundheitszustand der Belegschaft zu erfassen. Wir hoffen, daß wir aus den Ergebnis-

Es geht auch anderes

„Der Betriebsrat führt diese Fragebogenaktion durch, um den Gesundheitszustand der Belegschaft zu erfassen. Wir hoffen, daß wir aus den Ergebnissen des Fragebogens Schlußfolgerungen ziehen können:
- *zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen*
- *bei der Abwehr von Krankheitskündigungen*
- *bei der weiteren Untersuchung der Gesundheitsgefährdung durch Schadstoffe am Arbeitsplatz..."* (19)

So begründete der Betriebsrat der Hamburger Aluminiumwerke (HAW) die Einleitung einer Fragebogenaktion unter den Kollegen. Die Geschäftsleitung der HAW hatte sich über den hohen Krankenstand von 25% (‚normal' sind 8%) beklagt und den Verdacht geäußert, die Kollegen würden zuviel „blau" machen. Der Betriebsrat vermutete jedoch die schlechte Arbeitssituation als krankheitsauslösenden Faktor und forderte ein Meßprogramm an den „kritischen" Arbeitsplätzen. Die Geschäftsleitung zog vorerst mit. Nach Abschluß der Messungen, die personenbezogen durchgeführt wurden, erklärte sie die Ergebnisse zum Betriebsgeheimnis, da aus den Abgasen Rückschlüsse auf die Produktionsverfahren möglich wären.

Daraufhin hatte sich der Betriebsrat entschlossen selbst Daten zur Gesundheitsbelastung der Arbeiter zu ermitteln. In einem Flugblatt an die Belegschaft heißt es:

„Der Fragebogen wurde so ausgefüllt, wie es die Kollegen persönlich für richtig hielten. Das war auch die Absicht des Fragebogens. Wenn wir z.B. hätten wissen wollen, wie heiß oder kalt es an einem bestimmten Arbeitsplatz ist, hätten wir auch die Temperatur messen können. Das sagt dann aber oft nichts darüber aus, in welchen Ausmaß der betroffene Kollege sich davon belastet fühlt." (20)

Die Geschäftsleitung hatte versucht, diese *„tendenziöse Art der Befragung"* und zudem noch *„betriebsratsfremde Tätigkeit"* gerichtlich verbieten zu lassen. Ohne Erfolg. Der Fragebogen, der von 50% der Belegschaft (400 Kollegen) ausgefüllt wurde, brachte Erschreckendes zutage.

So widerspricht der Senat seiner eigenen Verharmlosungspolitik gegenüber der Giftküche „Affi"

14. Norddeutsche Affinerie Werk Nord	Bleiraffination	Natriumarsenat	Gesundheitsgefahr	×
	Kupferelektroanalyse	Arsen (III) -säure	Gesundheitsgefahr	×
		Arsen (V) -säure	Gesundheitsgefahr	
		Arsenate	Gesundheitsgefahr	
	Schachtöfen	Arsen (III)	Gesundheitsgefahr	
		Arsen (V) -oxid	Gesundheitsgefahr	
15. Norddeutsche Affinerie Werk Süd	Selenanlage	Arsen (III) -oxid	Gesundheitsgefahr	×
		Arsen (V) -oxid	Gesundheitsgefahr	
		Natriumselenit	Gesundheitsgefahr	
	Kontaktanlage Süd	Arsen (III) -oxid/säure	Gesundheitsgefahr	×
	SVA*	Natriumselenit	Gesundheitsgefahr	×
		Arsen (III) -oxid	Gesundheitsgefahr	
	Mischsäureanlage (Entarsenung)	Arsen (III) -oxid	Gesundheitsgefahr	×
		Arsen (III) -säure	Gesundheitsgefahr	
	Neutralisation	Arsen (III) -oxid	Gesundheitsgefahr	×
		Arsen (V) -oxid	Gesundheitsgefahr	
	Spaltanlage	Arsen (III) -oxid	Gesundheitsgefahr	×
		Arsen (III) -säure	Gesundheitsgefahr	
	Entkupferungselektrolyse	Arsen (V) -säure	Gesundheitsgefahr	×
		Arsen (III) -säure	Gesundheitsgefahr	
		Arsenwasserstoff	Vergiftungsgefahr	
	NMA *	Arsenate	Gesundheitsgefahr	×
		Arsen (V) -säure	Gesundheitsgefahr	
	Nickelanlage	Arsen (III) -säure	Gesundheitsgefahr	
		Arsen (V) -säure	Gesundheitsgefahr	
		Schwefelwasserstoff	Vergiftungsgefahr	
	Chlorgaslager	Chlorgas	Vergiftungsgefahr	
	SO_2-Lager	Schwefeldioxid	Vergiftungsgefahr	
16. Norddeutsche Affinerie Werk Ost	Kontaktanlage Ost	Arsen (III) -oxid	Gesundheitsgefahr	×
		SO_2, SO_3	Vergiftungsgefahr	

SVA = Selenverflüchtigungsanlage
NMA = Naßmetallurgische Anlage

Aus: Umweltpolitisches Aktionsprogramm des SPD-Senats, 1984:

Mit „Ja" hatten 67% aller Befragten im letzten Jahr bei grippalen Infekten geantwortet, Hautallergien lagen bei 43%, Magengeschwüre 34%, Vergiftung durch Schadstoffe 30%. Die körperlichen Beschwerden verteilten sich wie folgt: 45% Rücken oder Kreuzschmerzen, 40% klagten über Kopfschmerzen, Einschlafstörungen 37%, Hautausschläge 29%, Herzschmerzen 19% und die Einnahme von Schlaftabletten wurde von 16% der Befragten bejaht. Bei den Belastungen am Arbeitsplatz wurden Schmutz, Staub, Zugluft, Lärm und unangenehme Gerüche mit über 60% (!!) angegeben. Monotoner Arbeitsgang wurde von 35% der Befragten als Belastung gesehen, Gase lagen bei 31% und ungünstige Beleuchtung wurde mit 25%

Befragten bejaht. Bei den Belastungen am Arbeitsplatz wurden Schmutz, Staub, Zugluft, Lärm und unangenehme Gerüche mit über 60% (!!) angegeben. Monotoner Arbeitsgang wurde von 35% der Befragten als Belastung gesehen, Gase lagen bei 31% und ungünstige Beleuchtung wurde mit 25%

angegeben. (21)

Doch mit diesen Erkenntnissen fängt das Problem erst an. Ein Reynolds-Betriebsrat (Reynolds und HAW gehörten früher zusammen) erläutert dies so:

„Dort kann man vielleicht durchsetzen, daß die Leute untersucht werden. Das passiert u.U. auch. Wenn jemand aber einen schlechten Wert hat, z.B. zuviel Fluor im Urin, dann wird der Mann entlassen, denn er hat keinen Schutz. Das ist dann die Konsequenz unserer Betriebsratsarbeit, und das ist natürlich auch kein Erfolg." (22)

Genau dies war vier Frauen der Keramikfabrik Nerbel in Mosbach (Baden-Würtemberg) widerfahren. Sie hatten sich beim Glasieren von Keramikkacheln mit bleihaltigen Substanzen schwerste Bleivergiftungen zugezogen. Neben erhöhten Blutbleiwerten waren Leber- und Nierenschäde festgestellt worden. Die Berufsgenossenschaft hatte die Firma bereits im Januar 1981 aufgefordert, die Arbeiterinnen aus der bleigefährdeten Tätigkeit herauszunehmen, da das Beschäftigungsverbot für Frauen unter 45 Jahre nicht eingehalten wurde. Von einem Produktionsstop war natürlich keine Rede, denn Männer und Frauen über 45 haben kaum Chancen Kinder zu gebären. Die Gewerkschaft versucht derzeit die Anerkennung als Berufskrankheit zu erstreiten. (23)

Die gesetzliche Grundlage

„Die Forscher sollten frei und unabhängig arbeiten: sie sind möglichst nicht weisungsgebunden oder berichtspflichtig gegenüber politischen oder staatlichen Instanzen, wenn neutrale und wertfreie Urteile erhalten werden sollen." (24)

Diese Wunschvorstellungen, des Vorsitzenden der MAK-Wertekommission, Prof. Henschler, entbehren jeglicher Realität. So sind von den 39 Kommissionsmitgliedern allein 13 Vertreter aus der Industrie; darunter Bayer, Hoechst und BASF. Ähnlich wie die Industrie den Betrieb von AKW-Anlagen ihren TÜV-Stempel aufdrückt, werden die MAK-Werte weitgehend von den Vertretern der Industrie bestimmt. Und wer da einwenden mag, daß die in der Kommission vertretenen Arbeitsmediziner in der Überzahl sind und für die richtige Aus- bzw. Festlegung der MAK-Werte sorgen, sollte sich keinen Illusionen hingeben, welche Sorte von Arbeitsmedizinern in der BRD tätig sind.

Heinz Bolling, Chefarzt und Astbestexperte der Strahlenabteilung des Krankenhauses Lüdenscheid, hatte dem besorgtem Betriebsratsvorsitzenden der Mühlheimer Isolierfirma Tapp KG, in der es mehrere Todesfälle durch Asbestose gegeben hatte, in einem Antwortschreiben u.a. mitgeteilt:

Heinz Bolling, Chefarzt und Astbestexperte der Strahlenabteilung des Krankenhauses Lüdenscheid, hatte dem besorgtem Betriebsratsvorsitzenden der Mühlheimer Isolierfirma Tapp KG, in der es mehrere Todesfälle durch Asbestose gegeben hatte, in einem Antwortschreiben u.a. mitgeteilt:

„So schlimm für jeden Betroffenen eine Erkrankung, also auch eine Berufskrankheit ist ... müssen wir uns vor Augen halten, daß bereits die ersten Menschen mit der Herstellung allererster Werkzeuge sich durch diese selbst gefährdet haben. Segen und Fluch jeder Neuerung liegen nahe beieinander. Die Menschheit arbeitet seit der Steinzeit mit Astbest und ist bisher nicht ausgestorben, im Gegenteil, sie vermehrt sich rasch..." (25)

In ähnlich rückständiger Weise wie hier der Chefarzt sein „Wissen" zum besten gibt, werden Grenzwerte für die Arbeitsmedizin festgelegt.

Die MAK-Werte

MAK-Werte sind in der BRD als analytische Durchschnittskonzentrationen über einen Acht-Stunden-Arbeitstag konzipiert worden. Dabei sind zwischenzeitlich höhere Werte zulässig (!), solange der MAK-Wert im Tagesmittel nicht überschritten wird. Ein Beispiel der HAW-Betriebsräte: *„Legt man seine Hand auf eine 80 Grad heiße Platte, dann wird es zweifellos Verbrennungen geben... Die durchschnittliche Temperaturbelastung bezogen auf einen Acht-Stunden-Tag wäre zehn Grad"* und es würde nichts passieren. (26)

Ein weiterer Kritikpunkt: MAK-Werte werden nur für r e i n e Stoffe erfaßt, Stoffgemische oder das Zusammenwirken verschiedener Einzelstoffe (Mehrfachbelastung) bleibt bei der Beurteilung unberücksichtigt. In der Vergangenheit sind nicht selten, auf Grund neuerer Erkenntnisse, MAK-Werte nach unten korrigiert worden. Die unverdächtige „Frankfurter Allgemeine Zeitung" bringt die Kritik wie folgt auf den Kern:

„Da die MAK-Werte sich am Schutz großer Personengruppen orientieren, ist es durchaus möglich, daß einzelne Arbeitnehmer bereits vor Erreichen der MAK-Werte gefährdet sind." (27)

Bei Arbeiten mit krebserregenden Stoffen, die bei **jeder Dosis** gesundheitsschädlich sind, werden Technische Richtkonzentrationswerte (TRK-Werte) erstellt. Auch bei einer **Unter**schreitung dieser Werte, müssen Arbeitsschutzmittel getragen werden. Das Amt für Arbeitsschutz hatte bei der Norddeutschen Affinerie bemängelt, daß diese Vorschrift gegenüber den Mitarbeitern nicht eingehalten wird und entsprechende Anweisungen fehlen.

Der Skandal besteht darin, daß eine solche krebserregende Giftproduktion überhaupt zulässig ist. Mit der Aufstellung von TRK-Werten wird nur der „kosmetische" Eindruck erweckt, als wären dies Grenzwerte für den Menschen; dabei handelt es sich um Werte, die sich ausschließlich an der technischen Realisierbarkeit orientieren.

überhaupt zulässig ist. Mit der Aufstellung von TRK-Werten wird nur der „kosmetische" Eindruck erweckt, als wären dies Grenzwerte für den Menschen; dabei handelt es sich um Werte, die sich ausschließlich an der technischen Realisierbarkeit orientieren.

Und dort wo dies alles nicht ausreicht bzw. nicht eingehalten wird, werden die Grenzwerte mit Hilfe der Biologischen Arbeitsstofftoleranz in den menschlichen Körper verlagert (siehe oben).

Im internationalen Vergleich schneidet die BRD schlecht ab. Die holländischen und sowjetischen MAK-Werte schließen den „Schutz der Embryonen ausdrücklich" ein. (28) In der Sowjetunion liegen die MAK-Werte (derzeit umfaßt die Liste dort 840 Stoffe) durchschnittlich um eine Zehnerpotenz niedriger. Dies resultiert daraus, daß der Gesundheitsbegriff weiter gefaßt wird. Schädigung des Zentralen Nervensystems zum Beispiel werden, im Gegensatz zur BRD, bei der Erstellung von MAK-Werten mit berücksichtigt. In Holland z.B. wird die Unterscheidung zwischen „Gesundheitsschaden" und „Belästigung" verworfen, weil sie auf der Aufteilung des Menschen in „Körper und Seele" basiere und nicht den ganzen Menschen berücksichtige. (29)

„Die Norddeutsche Affinerie ist der sauberste Industriebetrieb Hamburgs."

Affi-Betriebsräte auf einer Bürgerversammlung der Chemiegruppe in Bergedorf.

Kein Wunder daß die MAK-Wertlisten, die die bundesdeutsche MAK-Kommission jährlich erstellt, immer widerwilliger in den Nachbarländern übernommen werden.

Östereich scherte 1979 aus und erstellt seitdem eigene Werte. Die östereichischen Gewerkschaften begrüßten diese Entscheidung, da Henschler und seine Truppe — so die Kritik — *„industriehörig"* sei und *„den Erfordernissen eines wirksamen Arbeitsschutzes nicht gerecht werde."* Man müsse festellen, *„daß die MAK-Werte vornehmlich Werte der herstellenden Unternehmen sind."* (30)

Kontrollen sind nicht vorgesehen

Die Gewerbeaufsichtsämter, die personell völlig unterbesetzt sind, können den ohnehin schon mangelhaften Arbeitsschutz und Gesundheitsschutz nur unzureichend kontrollieren. Es gilt die Faustformel, mehr Kontrollen — mehr Beanstandungen. Einige Zahlen verdeutlichen das gewollte Dilemma. 1978 wurden 352.519 Betriebe in 535.064 Besichtigungen besucht; fast 80% (!) der Betriebe wurden von der Gewerbeaufsicht nicht besichtigt! Dabei wurden 1.581.485 Beanstandungen ausgesprochen, wobei die meisten Verstöße den Unfall-, Gesundheits-, und Nachbarschaftsschutz betrafen. Doch das Sieb ist groß. Nach einer Statistik von Maßnahmen der Gewerbeaufsicht von 1980 wurden nur 28 gerichtliche Strafen verhängt (31) davon:

Beanstandungen	1.651.087
schriftl. Verwarnungen	3.533
Bußgeldbescheide	1.597
Strafanzeigen	130
verhängte Strafen	28

Durch solche „Kontrollen" ermuntert, gehen Unternehmen immer mehr dazu über, lästige Genehmigungsverfahren dadurch abzukürzen, indem sie sich ihre Neuanlagen selbst „genehmigen". Einer GAL-Anfrage zur Folge haben in den letzten Jahren 15 Hamburger Betriebe — darunter auch die NA — 20 Anlagen illegal in Betrieb genommen. Die Behörden haben dieses illegalen Treiben nachträglich geprüft und die Anlagen sanktioniert. Lediglich bei zwei illegal betriebenen Anlagen, wurde gegen die Firma Strafanzeige gestellt! (32)

Auf der anderen Seite ist man sehr genau: Der Schweißer Wilhelm Reizig hatte am 8.12.75 eine Kündigung bekommen, weil er einen besseren Gesundheitsschutz beim Schweißen von kunststoffbeschichteten Blechen forderte. Die Kündigung des Landesarbeitsgerichtes Mannheim war mit der Begründung bejaht worden, daß *„eine vom Arbeitnehmer gegen seinen gesetzwidrig handelnden Arbeitgeber erstattete Anzeige eine Kündigung rechtfertige..."*, denn, so die Arbeitsrichter, *„Der Kläger hat nämlich seine Arbeitspflicht in Form der Treuepflicht verletzt."* (33) Treupflicht bis zum Umfallen.

„An Hitzearbeitsplätzen oder bei schwerer körperlicher Arbeit steigt die eingeatmete Luftmenge pro Minute bis auf das zehnfache des Normalwertes. So kommt auch die zehnfache Schadstoffmenge in den Organismus."

Dieter Hückel in: Der Gewerkschafter 8/84

nute bis auf das zehnfache des Normalwertes. So kommt auch die zehnfache Schadstoffmenge in den Organismus."

Dieter Hückel in: Der Gewerkschafter 8/84

Die Problemstellung

Das Hauptproblem ist, daß Betriebsräte und Umweltschützer für eine bessere Umwelt nur **gemeinsam** etwas erreichen können, wenn es Bestand haben soll. Der bereits zitierte Reynolds-Betriebsrat äußert sich so:

„Es gibt durchaus Erfolge: wir haben z.B. mit der AGUI (Arbeitsgruppe gegen Unterelbeindustrialisierung — Anm. Verf.) eine ganz gute Zusammenarbeit gehabt. Wir haben Informationen gekriegt und festgestellt, daß in einer Anlage mit Chrom IV gearbeitet wird, das sehr krebserregend ist. Es wurde dann auf unsere Intervention hin eine Absauganlage gebaut, und jetzt kommen die Sachen nicht mehr direkt in die Halle, sondern in die Umwelt. Im Betrieb war das erstmal ein Erfolg. Die Belastungswerte in der Halle wurden besser und das ist für die Kollegen schon günstiger. Insgesamt war das natürlich kein Erfolg." (34)

Hieran wird deutlich, wie die Interessen von Arbeitern und der „Bevölkerung" gegeneinander abgewogen werden. Verbesserter Arbeits- und Gesundheitsschutz bedeutet **nicht** gleichzeitig eine saubere Umwelt und umgekehrt. Da diese Interessen ständig gegeneinander ausgespielt werden, ist es unsinnig sich lediglich **einseitig** für eine saubere Umwelt einzusetzen und darüberhinaus die Vergiftung am Arbeitsplatz zu „vergessen". Diese Zusammenhänge werden häufig von Umweltschützern und Grünen nicht berücksichtigt

Statt an den Folgen der Giftproduktion herumzudoktern, wäre es erforderlich, in die Richtung zu arbeiten, daß die verursachende **Industrie** dazu gezwungen werden kann, in der Öffentlichkeit die Unbedenklichkeit ihres Produktionskreislaufs nachweisen zu müssen. Ist dieser Produktionskreislauf nachweislich **nicht** unbedenklich, müßte auch das Unternehmen die Abfallbeseitigungskosten sowie alle anfal-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

lenden Gesundheitskosten tragen. Voraussetzung ist hierfür einmal die Erarbeitung eines fundierten Wissens über toxikologische Wirkung von Stoffen und zum anderen die Entwicklung eines weitergefaßten Gesundheitsbegriffes und Gesundheitsbewußtseins.

Abschließend seien die Ausführungen von R. Grießhammer, Leiter der Chemieabteilung des Ökoinstituts Freiburg, in seinem Aufsatz „Arbeitsschutz ist Umweltschutz" zu bedenken gegeben:

1) „Die Quelle der meisten Umwelt- und Gesundheitsbelastungen sind die Produktionsverfahren und die Arbeitsbedingungen, wenngleich der Verbrauch der Produkte zunehmend Probleme aufwirft.

2) Die Betroffenen sind meist identisch. Die Begriffe ‚Arbeitnehmer' und ‚Umweltschützer' legen zu leicht nahe, daß hier verschiedene Personenkreise betroffen sind. In Wirklichkeit sind gerade die Arbeitnehmer doppelt betroffen, von der speziellen Belastung am Arbeitsbereich und von der allgemeinen Umweltbelastung.

3) Das jahrelang mit Erfolg vertretene Pseudo-Argument ‚Umweltschutz contra Arbeitsplätze' hat zweierlei bewirkt: auf seiten der Arbeitnehmer eine Abwehrhaltung, die sich negativ auf das Bewußtsein über die direkte eigne Gefährdung am Arbeitsplatz auswirkte; bei den Umweltschützern nur zu oft eine Ausblendung der internen Umweltbelastungen, die auch argumentativ nicht genutzt wurde, um das wahre Ausmaß der konkreten Gefährdung aufzuzeigen. Es darf freilich nicht verkannt werden, daß im Einzelfall, im Kleinen und gerade ‚vor Ort', wo die Auseinandersetzungen um einzelne gefährdende Produktionsanlagen stattfinden, tatsächlich oft auch Arbeitsplätze gefährdet sind, erst recht, wenn es — wie z.B. bei Boehringer Hamburg oder Dynamit Nobel Rheinfelden — um Produktionsstillegungen geht. Diese allerdings sind zumeist Resultat einer jahrelangen ‚Abwehrpolitik', in der Umweltbelastungen weitgehend abgestritten werden — bis es zum großen Skandal kommt. An dieser Abwehrpolitik haben sich oft auch Gewerkschaften, vor allem aber die betroffenen Arbeitnehmer und Betriebsräte beteiligt (Beispiel Asbest/Eternit). Die Suche nach verbesserten Arbeits- und Produktionsbedingungen oder nach Ersatzprodukten bzw. einer ‚Sanften Chemie' und damit die letztliche Sicherung der Arbeitsplätze wurde dadurch blockiert." (35)

Sm, Hamburg

nach Ersatzprodukten bzw. einer ‚Sanften Chemie' und damit die letztliche Sicherung der Arbeitsplätze wurde dadurch blockiert." (35)

Sm, Hamburg

Quellen:

1) „Der Gewerkschafter", Ztg. der IG-Metall, 8/84
2) Egmont Koch, „Krebswelt", S. 177
3) „Der Gewerkschafter", 8/84
4) Rolf Kasike, „Gesundheit am Arbeitsplatz", rororo aktuell, 76, S.73 (s. auch AK 157)
5) ebenda, S.72
6) „Handelsblatt", 26.11.84
7) „Erste Zwischenergebnisse der Recherche-Kommission - NA", GAL Hamburg, 12.4.85
8) Flugblatt der IG Chemie, das am 25.3.85 vor der Affi verteilt wurde
9) „Öko-Test", April 85
10) Lehnert darf nach einem Gerichtsurteil so genannt werden
11) Fritz Kalberlah, „Acht Stunden täglich Schadstoffe u. Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz", S.44
12) Das IG Metall-Vorstandsmitglied Laubrecht auf einer „Informationstagung der IG Chemie ‚Umweltschutz' ", Nov. 78
13) „Wirtschaftswoche", 2.9.77
14) „Süddeutsche Zeitung", Sept. 79
15) Otto Rühle, „Illustrierte Kultur- und Sittengeschichte des Proletariats", Bln., S. 507. Dem Autor zufolge kamen in den Genossenschaften der Maler, Anstreicher und Lackierer Wiens in den Jahren 1894 bis 1898 auf 100 Arbeiter 32,9 Erkrankungsfälle durch Blei.
16) GAL-Umweltgruppe, „Dioxin in Hamburg", Kabel-Verlag 1984, S. 181
17) Walter L.H. Moll, „Taschenbuch für Umweltschutz", Unitaschenbuchverlag, 1973, S. 191
18) „Ratgeber Sicherheit", herausgegeben 1975 von Betriebsrat und Geschäftsleitung der NA
19) „Die Betroffenen finden Zusammenhänge, Versuch einer Arbeitermedizin", Hrsg. Gesundheitsladen Hamburg, 1984
20) ebenda, Flugblatt des HAW-Betriebsrates, S. 24
21) ebenda, S.25
22) „Ökonomie, Arbeitsplätze und Umweltschutz", Broschüre der AGUI, 5/82, über eine Diskussionsveranstaltung
23) „Gewerkschaftspost", Ztg. der IG Chemie, 1/83
24) Dr. Henschler in der DFG-Jubiläumsfestschrift, zitiert nach Kalberlah, S.33
25) Zitat nach Broschüre „Ökonomie ..." der AGUI, 5/82
26) ebenda, S.10
27) „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 25.2.81
28) Kalberlah, „Acht Stunden täglich ...", S.26
29) ebenda, S.51
30) Egmont Koch, „Krebswelt", S.202
31) Kalberlah, „Acht Stunden ...", S.89
32) Antwort der Hamburger Bürgerschaft auf eine GAL-Anfrage
33) „Stern", 50/78
34) „Ökonomie ...", Broscüre der AGUI 5/82
35) Grießhammer in „Ökomitteilungen", März 85

Die Geplante Verarmung

Das Arbeitsförderungsgesetz von 1969 - 1984

Ziel des 1969 verabschiedeten Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) ist, „daß ein hoher Beschäftigungsstand erzielt und aufrechterhalten, die Beschäftigungsstruktur ständig verbessert und damit das Wachstum der Wirtschaft gefördert wird" (§1AFG).

Durch vorbeugende Maßnahmen wie Förderung der beruflichen Aus- und Fortbildung, Umschulung und Rehabilitation soll das Entstehen von Arbeitslosigkeit möglichst verhindert werden. Der Bundesanstalt für Arbeit (BA) wurden somit Aufgaben übertragen, die eigentlich aus Haushaltsmitteln des Staates und nicht aus der Arbeitslosenversicherung zu bezahlen sind. Bereits 1970/71 zeigte sich, daß die Arbeitslosenversicherung mit den neuen Aufgaben finanziell überfordert war. Obwohl die Arbeitslosenquote nur 1,3% betrug, geriet der Haushalt der BA ins Defizit (s.Tab.). Durch die 1974/75 einsetzende Wirtschaftskrise stiegen die Arbeitslosenzahlen rapide an. 1970 waren offiziell 149.000 Arbeitslose registriert, 1975 bereits 1.074.000. Die Ausgaben der BA verfachten sich; die Ausgaben für Lohnersatzleistungen (Arbeitslosengeld, Kurzarbeitergeld usw.) stiegen anteilmäßig von 18% auf 50%. Der Ausgabenschwerpunkt verschob sich von einer „aktiven" Arbeitsmarktpolitik hin zu einer Arbeitslosenunterstützung.

Mit dem Haushaltsstrukturgesetz von 1976 wurden dann erstmalig Leistungen nach dem AFG gekürzt: Das Unterhaltsgeld für Arbeitslose, von Arbeitslosigkeit Bedrohte sowie für ungelernte Umschulungs- und Weiterbildungsteilmehmer wurde von 90 auf 80% ihres vorherigen Nettoarbeitsentgelts verringert. Arbeitnehmer, die an „arbeitsmarktpolitisch zweckmäßigen aber nicht notwendigen" Maßnahmen teilnahmen, erhielten nur noch 58%. Dadurch wurde erreicht, daß alleine im Jahre 1976 die Zahl der Teilnehmer an Maßnahmen zur Fortbildung und Umschulung um 45% zurückging.

Bis zum Ende der 70er Jahre gelang es aufgrund der Konjunkturbelebung, der von 2 auf 3% erhöhten Beiträge und der oben beschriebenen Sparmaßnahmen den Haushalt der BA wieder einigermaßen zu konsolidieren. Mit der Rezession 1980/81 bewegten sich die Arbeitslosenzahlen indes auf offiziell 2 Millionen zu. Im Jahre 1981 verzeichnete die BA ein Haushaltdefizit von 8 Milliarden DM, das durch den Bundeshaushalt gedeckt werden mußte. Die damalige SPD/FDP-Bundesregierung entschied sich für eine weitere Kürzung: Im Rahmen der Sparoperation 1982 wurde das Arbeitsförderungskonsolidierungsgesetz verabschiedet (s. Übersicht 1). Die wichtigsten Maßnahmen dieses Gesetzes waren: Verdoppelung der Anwartschaftszeiten für den Bezug von Arbeitslosengeld und -hilfe, Verdoppelung der Sperrzeit auf acht Wochen, Verschärfung der Zumutbarkeitsanordnung sowie Wegfall der Überstundenzuschläge bei der Berechnung des Arbeitslosengeldes. Nach der „Wende" im Oktober 1982 kam mit dem Haushaltsbegleitgesetz 1984 die nächste Kürzungsaktion (s. Übersicht 2). Erstmals wurde die Höhe der Lohnersatzleistungen gekürzt. Kinderlose Bezieher von Arbeitslosen-, Kurzarbeiter- und Schlechtwettergeld erhalten seit dem 1.1.1984 nur noch 63% des Nettoarbeitsentgelts (statt 68%). Bezieher von Arbeitslosenhilfe erhelten 56 statt 58% des letzten Nettoarbeitsentgelts. Diese Prozentangaben sind Durchschnittszahlen: Ein Lediger würde real ein Arbeitslosengeld in Höhe von etwa 60% des Nettoarbeitsentgelts erhalten. Gleichzeitig wurde die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes verkürzt: Mit den am 1.1.84 in Kraft getretenen Bestimmungen muß drei Jahre beitragspflichtige Beschäftigung nachgewiesen werden, um ein Jahr Arbeitslosengeld (danach gibt es eh nur noch Arbeitslosenhilfe) beziehen zu können. Bis zum 31.12.83 waren hierzu (nur) zwei Jahre erforderlich. Die Verschärfungen gehen weiter, wie am Beispiel der neuerlichen Erhöhung der Sperrfristen auf 12 Wochen bei „selbstverschuldeter" Arbeitslosigkeit ab 1.1.85 verdeutlichen. Die Forderungen des am Anfang zitierten §1 AFG sind so gut wie vergessen — die Geschichte des AFGs ist fast ausschließlich eine Geschichte der Leistungskürzungen, und so wird es vermutlich weitergehen.

R.G.,25.4.1985
Arbeitsgruppe B + G Essen/Hamm

Tabelle 2: Arbeitslosigkeit und die Finanzsituation der Bundesanstalt für Arbeit 1970–1984 — Quelle: Angaben der BA

Jahr	registrierte Arbeitslose (in 1000)	Beitragssatz (in % des Brutto-einkommens)	Einnahmen (in Mill. DM)	Ausgaben (in Mill. DM)	Überschuß (+) Defizit (−) (in Mill. DM)	Rücklagen (in Mill. DM)	Bundes-zuschüsse (in Mill. DM)	Ausgaben für Arbeitslosen-geld (in Mill. DM)	Ausgaben für Arbeitslosen-hilfe[1] (in Mill. DM)
1970	149	1,3	3 574	3 820	− 246	5 702	−	640	71
1971	185	1,3	4 032	4 928	− 896	4 807	−	868	75
1972	246	1,7	5 767	5 795	− 27	4 780	−	1 284	114
1973	273	1,7	7 469	6 807	+ 662	5 442	−	1 384	144
1974	582	1,7	7 986	10 353	− 2 367	3 075	−	3 542	320
1975	1 074	2,0	9 234	17 836	− 8 602	1 755	7 282	7 753	979
1976	1 060	3,0	14 061	15 930	− 1 869	2 876	2 990	6 889	1 542
1977	1 030	3,0	15 368	15 082	+ 286	3 163	−	6 252	1 595
1978	993	3,0	17 755	17 522	+ 232	3 395	−	6 238	1 657
1979	876	3,0	17 502	19 739	− 2 237	1 158	−	7 423	1 974
1980	889	3,0	19 010	21 675	− 2 625	373	1 840	8 094	1 903
1981	1 272	3,0	19 872	28 165	− 8 293	289	8 209	13 248	2 850
1982	1 833	4,0	26 314	33 365	− 7 051	242	7 003	17 997	5 015
1983	2 258	4,6	31 039	32 644	− 1 605	212	1 576	17 091	7 124
1984[2]	2 300[3]	4,6	33 095	34 815	− 1 720	−	1 700	17 103	8 818

1 Die Arbeitslosenhilfe wird aus Mitteln des Bundeshaushalts bestritten und ist im Haushalt der Bundesanstalt nur ein durchlaufender Posten.
2 Soll-Zahlen nach Haushaltsplan 1984
3 Schätzung

Übersicht : Sparmaßnahmen durch das Arbeitsförderungs-Konsolidierungsgesetz (AFKG)

19. Einschränkung der ABM-Förderung (u. a. grundsätzlicher Ausschluß der öffentlichen Hand als Träger, regionaler Kon-

Übersicht : Sparmaßnahmen durch das Arbeitsförderungs-Konsolidierungsgesetz (AFKG)

Gesamtentlastungsvolumen 1982: 9,608 Mrd. DM, 1983: 10,723 Mrd. DM

Übersicht über die wichtigsten Maßnahmen und ihre finanziellen Größenordnungen 1982:

	Mill. DM
(a) Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe	
1. Verlängerung der Anwartschaftszeit für den Anspruch auf Arbeitslosengeld von 6 auf 12 Monate beitragspflichtige Beschäftigung innerhalb von 3 Jahren	160
2. Nichtberücksichtigung von Mehrarbeitszuschlägen und aufgelaufener Arbeitsentgelte (z. B. zusätzliches Urlaubsgeld) bei der Bemessung des Arbeitslosengeldes und der Arbeitslosenhilfe	130
3. Aktuelle Berechnung des Nettoarbeitsentgelts bei der Bemessung des Arbeitslosengeldes	120
4. Verschärfung der Zumutbarkeitsbedingungen	150
5. Verlängerung der Sperrzeiten wegen Aufgabe einer Arbeit ohne wichtigen Grund oder wegen Ablehnung einer zumutbaren Arbeit von 4 auf 8 Wochen	250
6. Änderung der 59er Regelung (Erstattung des Arbeitslosengeldes – einschließlich Sozialversicherungsbeiträge – für ein Jahr durch den Arbeitgeber, wenn die ausgeschiedenen Arbeitnehmer mehr als 10 Jahre Betriebszugehörigkeit aufzuweisen haben. Befreiungsmöglichkeit bei „unzumutbarer wirtschaftlicher Belastung")	185
7. Einschränkung der originären Arbeitslosenhilfe. (Leistung nur noch nach einer Beschäftigungszeit von 150 [bisher 70] Kalendertagen)	210
(b) Förderung der beruflichen Bildung	
8. Kürzung des Unterhaltsgeldes von 80% auf 75% (bei Teilnehmern mit Kindern) bzw. 68% des letzten Nettoeinkommens	100
9. Umstellung des Unterhaltsgeldes bei der Zweckmäßigkeitsfortbildung auf Darlehen	445
10. Fortfall des Unterhaltsgeldes für Nichtbeitragszahler	150
11. Begrenzung des Umfanges der beruflichen Bildungsmaßnahmen durch Orientierung an den Grundsätzen der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit	300
12. Beschränkung des Einarbeitungszuschusses an Arbeitgeber auf Arbeitslose und von Arbeitslosigkeit unmittelbar Bedrohte	60
13. Kürzung der Berufsausbildungsbeihilfe auf das Niveau der vergleichbaren Bafög-Sätze	49
(c) Berufliche Rehabilitation	
14. Kürzung des Übergangsgeldes von 100% auf 90% (Behinderte mit Kindern) bzw. 75 v. H. des früheren Nettoeinkommens	60
15. Stärkere Anbindung des Anspruchs auf Übergangsgeld an vorherige Beitragszahlung (2 Jahre beitragspflichtige Beschäftigung innerhalb von 5 Jahren)	70
16. Einschränkung des Umfangs von Rehabilitationsmaßnahmen (Orientierung an den Grundsätzen der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit	250
(d) Förderung der Arbeitsaufnahme und Lohnkostenzuschüsse	
17. Herabsetzung der Höchstförderungsdauer für die Eingliederungsbeihilfe von 2 Jahren auf 1 Jahr	40
18. Begrenzung der Lohnkostenzuschüsse für die Einstellung älterer Arbeitnehmer (u. a. Ausschluß der öffentlichen Arbeitgeber, Heraufsetzung der Altersgrenze von 45 auf 55 Jahre, Absenkung des Höchstförderungssatzes von 80 auf 70%)	80
(e) Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	
19. Einschränkung der ABM-Förderung (u. a. grundsätzlicher Ausschluß der öffentlichen Hand als Träger, regionaler Konzentration, Begrenzung auf längerfristig arbeitslose Leistungsempfänger	650
(f) Kurzarbeitergeld	
20. Innerbetriebliche Saldierung von Ausfallstunden und Arbeitsstunden (einschließlich Überstunden)	40
21. Aufrechnung von Arbeitsausfall und Mehrarbeit beim einzelnen Arbeitnehmer	30
(g) Änderung von Beitragsregelungen	
22. Erhöhung des Beitrages zur BA von 3 auf 4%	5650
23. Verminderung der Beitragszahlungen der BA an die GRV infolge der Beitragssatzsenkung (auf 18%) in diesem Versicherungsbereich	200

Quelle: MitAB 1'82, S. 95/96

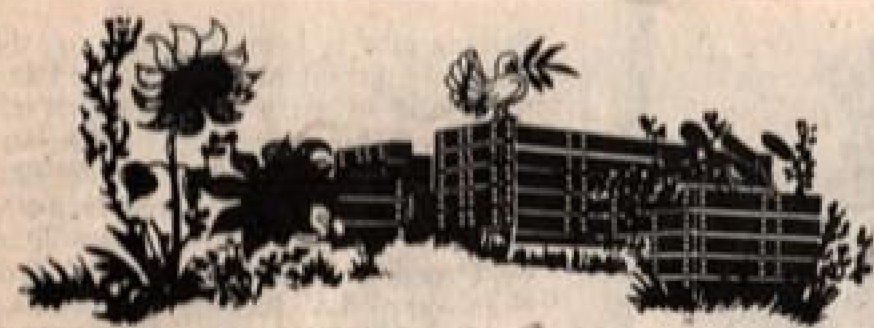
Übersicht : Sparmaßnahmen mit dem Haushaltsbegleitgesetz 1984

Leistungsänderung	Einsparungen in den Jahren (in Mill. DM) 1984	1984–1987
1. Senkung des Leistungssatzes für Arbeitslose ohne Kinder beim Arbeitslosengeld, Kurzarbeitergeld und Schlechtwettergeld von 68% auf 63% des letzten Nettoarbeitsentgelts	940	3 670
2. Senkung der Arbeitslosenhilfe für Kinderlose von 58% auf 56% des letzten Nettoarbeitsentgelts	115	490
3. Senkung des Arbeitslosengeldes unmittelbar nach abgeschlossener (Berufs-)Ausbildung von 75% auf 50% des erzielbaren Arbeitslohns (Einstieg-Facharbeiterlohns)	95	380
4. Senkung des Leistungssatzes beim „großen" Unterhaltsgeld (für Teilnehmer an „notwendigen" Bildungsmaßnahmen) für Leistungsempfänger mit Kindern oder pflegebedürftigen Ehegatten von 75% auf 70% – für alle anderen von 68% auf 63%	135	570
5. Umstellung des „kleinen" Unterhaltsgeldes (für Teilnehmer an nicht „notwendigen" Bildungsmaßnahmen) von Pflicht- auf Kann-Leistung	100	400
6. Senkung des Übergangsgeldes (für Teilnehmer an beruflichen Rehabilitations-Maßnahmen) für Leistungsempfänger mit Kindern oder pflegebedürftigen Ehegatten von 80% auf 75% – für alle anderen von 70% auf 65%	110	440
7. Übernahme der Kosten des Schlechtwettergeldes durch den Arbeitgeber für den jeweils ersten Tag in jedem Monat	100	400
8. Senkung des Förderhöchstsatzes bei Einarbeitungszuschüssen an Arbeitgeber von 80% auf 70%	30	120
9. Beschränkung bei den Mobilitätshilfen zur Förderung der Arbeitsaufnahme (u. a. Zuschüsse zu Bewerbungskosten, Reisekosten, Arbeitsausrüstung)	30	120
10. Jährliche Anpassung des Arbeitslosengeldes, der Arbeitslosenhilfe und des Unterhaltsgeldes – wie bei der Rente – nicht mehr nach dem Nominallohnanstieg der letzten drei Jahre, sondern nur noch nach dem Nominallohnanstieg des letzten Jahres	25	160
Gesamteinsparungen	1 680	6 750

Quelle: Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Soziale Sicherheit 1984, Bonn, Dezember 1983/Januar 1984, sowie Bundestagsdrucksache 10/335 vom 2. 9. 1983

Quellen:
1. Arbeitsförderungsgesetz i.d.F. von 1984
2. Balsen, Naklelski, Rössel, Winkel: Die neue Armut. Ausgrenzung von Arbeitslosen aus der Arbeitslosenunterstützung. 3.,überarbeitete Auflage-Köln: Bundverlag, 1985. (Tabelle u. Übersichten entstammen dieser Quelle)





DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG · Bundeshaus · 5300 Bonn

DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG

5300 Bonn
Bundeshaus
Fernruf 16-....7583....
Telex 885589 gruen d

Grüner Alltag in Bonn

Geschichten aus dem alltäglichen Leben des Parlamentarismus

Bangemanns Winterschlaf

Der „ungewöhnlich strenge Winter" — so Bundeswirtschaftsminister Bangemann in seinem Arbeitsmarktbericht für den Monat März — sei schuld, daß trotz wirtschaftlichem „Aufwärtstrend" die Arbeitslosenzahlen weiter gestiegen sind. Die Grünen im Bundestag sehen das anders:

„Die Katastrophenmeldung vom Arbeitsmarkt ist nicht zuletzt das Resultat einer völlig verfehlten Wirtschafts- und Finanzpolitik, die den Armen nimmt, um den Reichen zu geben, und gesamtgesellschaftliche hinter privaten Interessen zurückstehen läßt. Die Aktivitäten dieser Regierung leisten aber nicht nur keinen entschlossenen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit, sondern vernichten in vielen Bereichen Arbeitsplätze, z.B. durch die Privatisierung öffentlicher Leistungsangebote, als Folge einer rücksichtslosen Modernisierungspolitik im Stahl- und Kohlesektor, durch Stellenabbau im öffentlichen Dienst. Das Beschäftigungs‚förderungs'gesetz dient einzig dazu, das ‚hire and fire' als unternehmerisches Handlungsmodell wieder salonfähig zu machen."

Gegen „kurzatmige Beschäftigungsprogramme" setzen die Grünen den „langfristig konzipierten, jedoch umgehend einzuleitenden, ökologischen Umbau unseres Industriesystems. Hier liegen auch — neben einer durchgreifenden Arbeitszeitverkürzung — die eigentlichen Beschäftigungschancen der Zukunft: der Aufbau arbeitsintensiver, menschen- und umweltgerechter, leistungsfähiger Systeme und Verfahrensweisen z.B. im Verkehrs-, Energie- und Landwirtschaftssektor (öffentlicher Nahverkehr, dezentrale Energieversorgung, ökologischer Landbau)." (Presse-Erklärung vom 2.4.)

„Ist der Bundeswirtschaftsminister ein heimlicher Grüner?"

... fragen sich die Grünen anläßlich Bangemanns Überlegungen zur Ein-

„Ist der Bundeswirtschaftsminister ein heimlicher Grüner?"

... fragen sich die Grünen anläßlich Bangemanns Überlegungen zur Ein-

führung einer „Grundrente aus der Staatskasse":

„Die GRÜNEN IM BUNDESTAG sind dem Bundeswirtschaftsminister dankbar, daß er einen von ihnen erarbeiteten Vorschlag zur Neuordnung des Rentensystems mit einer gesetzlich garantierten Grundrente und einer eigenständigen Sicherung der Frauen zumindest in den Grundzügen kopiert hat. Leider hat Bangemann sich weder zur Höhe der Grundrente geäußert (die GRÜNEN fordern seit Jahren mindestens 1.000 DM), noch will er anscheinend an die Pfründe der Beamten und Selbstständigen heran. Diese ‚Leerstellen' demaskieren Bangemanns Vorstoß als leicht durchschaubares Wahlkampfmanöver. Dennoch werden wir Herrn Bangemann zu gegebener Zeit beim Wort nehmen." (11.4.)

Daß Bangemann von seinen eigenen Anregungen so schnell wieder abgerückt ist, bedauern die Grünen:

„Die Logik der FDP hat ihren Bangemann eingeholt und das Präsidium seinen Vorsitzenden gewaltfrei wieder auf Linie geprügelt. Drei Forderungen haben er und seine Ritter des Egoismus und der Geldsäcke in der vergangenen Woche in den Wahlkampf geschleudert: nach Lohnsenkungen unter Tarif, nach Selbstbeteiligung im Gesundheitswesen und nach einer Rentenreform mit Einheitsgrundrente. Alle drei Forderungen waren reaktionär gemeint. Doch in Sachen Rentenreform gelang Bangemann ein respektabler Versprecher: denn die staatlich finanzierte Grundrente, die allen, also auch Hausfrauen gezahlt werden soll, ist auch eine Forderung der GRÜNEN. Sie muß nach grünen Vorstellungen allerdings mindestens 1.000 DM im Monat betragen. Eine solche Grundrente ist das wirksamste Mittel gegen die Altersarmut und für eine eigenständige Alterssicherung der Frauen. Sie wäre problemlos zu finanzieren, wenn endlich die Privilegien der Beamten und Vielverdienenden abgeschafft würden." (15.4.)

SDI erhöht die Erstschlagfähigkeit der USA

In der Frage der „Strategic Defense Initiative" (SDI) gehe es der Bundesregierung „nicht mehr um das Ob,sondern um das Wie einer deutschen Beteiligung". Der in den Bundestag (und den Verteidigungsausschuß) hineinrotierte grüne Abgeordnete Torsten Lange kritisierte in seiner ersten Bundestagsrede, „daß unter militärstrategischen Gesichtspunkten ein weltraumgestütztes Raketenabwehrsystem als ein Versuch der USA begriffen werden muß, Erstschlagfähigkeit zu errüsten. Dies führt jedoch zu einer erheblichen Destabilisierung vornehmlich in Zeiten zugespitzter politischer Krisen: dann neigt die Sowjetunion aufgrund von Entwaffnungsbefürchtungen zu vorbeugenden Atomschlägen, wodurch wiederum die USA durch ihre Erstschlagfähigkeit unter Präventivdruck gerät. Der Atomkrieg wird also durch SDI noch wahrscheinlicher."

Dagegen fordern die Grünen „in Anknüpfung an die Vorschläge des schwedischen Friedensforschungsinstituts SIPRI und der französischen Regierung aus dem Jahre 1978: Eine internationale Satellitenorganisation zur Registrierung, Überprüfung und Veröffentlichung von militärischen Aktivitäten, um das Informationsmonopol der Supermächte zu durchbrechen.

Als Zwischenschritt schlagen wir die Gründung einer regionalen blocküber greifenden Behörde vor mit eigenem, unzweifelhaft zur Aufklärung geeigneten Satelliten. Dabei sollten die osteuropäischen Staaten ebenso beteiligt sein wie die westeuropäischen Länder, die Blockgebundenen ebenso wie die Neutralen." (17.4.)

Grüne mißtrauen NATO—Beschluß

ropäischen Staaten ebenso beteiligt sein wie die westeuropäischen Länder, die Blockgebundenen ebenso wie die Neutralen." (17.4.)

Grüne mißtrauen NATO—Beschluß

Zu dem Beschluß der nuklearen Planungsgruppe der NATO, sämtliche Atomminen aus der Bundesrepublik abzuziehen, erklären Roland Vogt und Henning Schierholz:

„Angesichts des Beschlusses der nuklearen Planungsgruppe betonen die GRÜNEN IM BUNDESTAG, daß sie solche Maßnahmen ausdrücklich begrüßen, wenn sie Teil einer neuen Abrüstungsstrategie sind, der der Gedanke der Politik der kalkulierten Vorleistung zugrunde liegt.

Sie äußern aber Zweifel daran, ob es sich bei dem genannten Beschluß um eine entsprechende Maßnahme handelt, denn:

1. Es handelt sich um eine Maßnahme im Rahmen der sogenannten ‚Modernisierung' einer integrierten (auch nuklearen) Kriegsführungsstrategie. Dazu gehören auch Schläge in die Tiefe des gegnerischen Hinterlandes (Fofa, Rogersplan, Airland-Battle).
2. Der Zeitpunkt der Ankündigung der nuklearen Planungsgruppe läßt vermuten, daß sie Teil einer Durchsetzungsstrategie von SDI (Strategic Defense Initiative) ist, die die Europäer geneigt machen soll, sich einer als Verteidigungsstrategie angebotenen Initiative anzuschließen. (‚star wars')
3. Bei dieser Erklärung besteht nicht die Gewißheit, daß sogenannte atomare Tornisterwaffen, die Schaden im Gebiet des Gegners anrichten sollen, zu den Waffen gehören, die mit der Ankündigung der nuklearen Planungsgruppe gemeint sind." (27.3.)

... und zweifeln an der Abrüstungsbereitschaft der USA

Roland Vogt zu Gorbatschows Moratorium und den Reaktionen der US-Regierung:

„Das Moratorium der Sowjetunion ist ein Beispiel der von den GRÜNEN wiederholt geforderten ‚Politik der kalkulierten Vorleistungen'. Die Reaktion der US-Regierung zeigt, daß sie offensichtlich nicht bereit ist, diesen Vorschlag als politisches Signal ernsthaft zu bedenken.

Die beflissene Reaktion des CDU-Abgeordneten Todenhöfer, der sofort Gleichgewicht und Stabilität gefährdet sieht und einen ‚Rüstungsvorsprung' der UdSSR von 20:1 (US-Regierung 10:1) ausgemacht haben will, zeigt die zutiefst devote Haltung, die große Teile der CDU und die Bundesregierung den USA entgegenbringen.

Das Festhalten am Gedanken des Gleichgewichts in allen Waffenarten hat dazu beigetragen, daß die Rüstung in schwindelerregende Höhen getrieben worden ist. Erst ein durch einseitige, wohldurchdachte Vorleistungen geschaffenes Vertrauen ermöglicht es, das zwanghafte Pochen auf Gleichgewicht zu verlassen und dem Gegenspieler auch innenpolitisch Spielraum für einen Rüstungsstopp zu verschaffen.

Nach Gorbatschows Moratorium ist jetzt die NATO am Zuge. Wenn sie ihrerseits einen Aufstellungsstopp der Mittelstreckenraketen beschließt, kann ein Klima entstehen, das den Einstieg in wirkliche Abrüstung begünstigt." (9.4.)

Bundeswehr—Geheimniskauf für 560 DM

Daß die Planungen der Bundeswehr keineswegs generell geheim sind, sondern — gegen Gebühr — den Rüstungsindustriellen rechtzeitig mitgeteilt werden, hat der Hamburger Abgeordnete Christian Schmidt aufgedeckt:

„Der zur Mönch-Gruppe gehörende Verlag Wehr & Wissen führt am 2.4.85 in der Stadthalle Bad Godesberg ein Sonderseminar durch, auf dem laut Ankündigung ‚BMVg-Beamte und Offiziere die Industrie über die im Parlament unter Vertraulich vorgetragene Bundeswehr-Planung' informieren.

deckt:

„Der zur Mönch-Gruppe gehörende Verlag Wehr & Wissen führt am 2.4.85 in der Stadthalle Bad Godesberg ein Sonderseminar durch, auf dem laut Ankündigung ‚BMVg-Beamte und Offiziere die Industrie über die im Parlament unter Vertraulich vorgetragene Bundeswehr-Planung' informieren.

Für 560 DM Teilnehmergebühr kann sich jeder Industrielle hier Geheimnisse über die Bundeswehr-Beschaffungsplanung 1986 kaufen, für dessen öffentliche Bekanntgabe ein Bundestagsabgeordneter mit disziplinarischen Maßnahmen zu rechnen hätte. Was den GRÜNEN immer drohend von den Koalitionsparteien vorgeworfen wird, sie würden vertrauliche Informationen aus sogenannten ‚sicherheitsempfindlichen' Ausschüssen ausplaudern, machen Beamte des Bundesverteidigungsministeriums offensichtlich für Schmiergelder von der Industrie, die als Referentenhonorare getarnt sind.

Christian Schmidt, Bundestagsabgeordneter der GRÜNEN, hat in dieser Angelegenheit schriftliche Fragen an die Bundesregierung gestellt. Schmidt will wissen, wie die Bundesregierung diesen Geheimnisverkauf beurteilt und mit welchen Weisungen die BMVg-Beamten und Bundeswehr-Offiziere für dieses ‚Behörden-Industrie-tête-à-tête' (Wehrdienst 981/85 vom 25.3.85) ausgestattet sind." (29.3.)

„8. Mai: Tag der NATO—Waffenbrüderschaft"

„Immer deutlicher zeichnet sich ab, daß der 8. Mai nach dem Willen der Bundesregierung nicht zu einer Auseinandersetzung mit der Geschichte des Faschismus in Deutschland benutzt werden soll, sondern zu einem ‚Tag der Waffen-Brüderschaft' der NATO-Staaten gegenüber dem Warschauer Pakt.

Im zivilen Bereich wird der fast zeitgleich stattfindende Weltwirtschaftsgipfel die Funktion haben, die Herrschaft der NATO-Staaten gegenüber der Dritten Welt abzusichern.

Eine Erinnerung an die vielfältigen Erscheinungsformen des Nazi-Terrors oder an die Greuel des Krieges paßt der Bundesregierung offensichtlich nicht ins Bild. Stattdessen wird ein Treffen Kohl/Reagan auf einem deutschen Soldatenfriedhof vorbereitet, auf dem auch SS-Angehörige begraben wurden. Gleichzeitig wird geduldet, daß sich alte und neue Nazis zu braunen Jubelfesten versammeln. Der Kanzler will im Juni ein Schlesier-Treffen mit kaum verhüllten revanchistischen Parolen durch seine Anwesenheit aufwerten." (Heinz Suhr am 16.4.)

Die Grünen, die von der Bundesregierung das „Verbot aller Treffen ehemaliger SS-Einheiten", das „Verbot aller NS-Tarnorganisationen" und eine „geistige und politische Auseinandersetzung mit allen Formen nationalsozialistischer Ideologie, ihren Wurzeln und ihren Erscheinungsformen" fordern, setzen sich von dem offiziellen NATO-Kampftag auch räumlich deutlich ab:

„Eine Gruppe der GRÜNEN wird am 8. Mai das Konzentrationslager Auschwitz besuchen. An der Delegation werden 80 Mitglieder der GRÜNEN Bundestagsfraktion, des Bundesvorstandes der GRÜNEN, aber auch Mitglieder aus Orts- und Kreisverbänden und Gäste teilnehmen.

Die GRÜNEN hatten diese Reise auf ihrer Klausurtagung im Januar beschlossen, um damit zu dokumentieren, daß sie den 8. Mai als einen Tag der Befreiung vom Faschismus begreifen, der für die Deutschen auch eine Begegnung mit der eigenen Vergangenheit bedeutet.

Auschwitz liegt in Polen, und diese Reise soll auch ein Stück Versöhnung mit einem Land darstellen, das im Krieg gegen das nationalsozialistische Deutschland ungeheure Opfer gebracht und heute einen berechtigten Anspruch auf sichere Grenzen hat." (3.4.)

Antrag auf ein Entschuldungsprogramm für die ärmsten Länder der Welt

Während die Regierungspolitiker zum „Tag für Afrika" nur „medienwirksame Almosen" (Grünen-MdB Ludger Volmer) spenden, haben die Grünen anläßlich des Weltwirtschaftsgipfels einen Antrag an die Bundesregierung gestellt, ein Programm „für eine ‚qualifizierte, selbsthilfeorientierte Entschuldung der Länder südlich der Sahara' durchzuführen:

— Ab sofort soll die Rückzahlung von Krediten aus der finanziellen Zusammenarbeit für drei Jahre ausgesetzt werden.

— In dieser Zeit soll über die vollständige Streichung der Schulden verhandelt werden.

— Die geschuldeten Beträge sollen dabei zur Finanzierung von eigenständigen Entwicklungswegen verwendet werden, die auf die Befriedigung der grundlegenden Lebensbedürfnisse der

werden.

— In dieser Zeit soll über die vollständige Streichung der Schulden verhandelt werden.

— Die geschuldeten Beträge sollen dabei zur Finanzierung von eigenständigen Entwicklungswegen verwendet werden, die auf die Befriedigung der grundlegenden Lebensbedürfnisse der

armen und ärmsten Schichten abzielen.

Die GRÜNEN haben damit ein Programm vorgelegt, das den Ländern südlich der Sahara, die zu den ärmsten der Welt gehören und Schauplatz ungeheurer Hungerkatastrophen sind, eine gezielte Hilfe bieten soll. Wir wenden uns gegen die von der Bundesregierung vertretene Auffassung, daß der Internationale Währungsfonds (IWF) durch seine Auflagenpolitik die Integration der Länder Schwarzafrikas in den Weltmarkt fördern müsse. Auch die Vorstellungen der SPD, über eine langfristig angelegte Umschuldung die Situation der Schuldnerländer zu entspannen, lehnte Volmer als nicht weitgehend genug ab. Den Entwicklungsländern sei durch eine Steigerung ihrer Exporte nicht entscheidend zu helfen. Dies führe nur zu weiteren Verknappungen auf den Binnenmärkten und verschärfe das soziale Elend." (15.4.)

Grünes Sofortprogramm „Nationaler Rückenschauer"

Die Pressestelle der Grünen im Bundestag teilt mit:

„Die GRÜNEN IM BUNDESTAG sind enttäuscht über die Konzeptionslosigkeit, mit der die Gremien von ARD und ZDF das neue deutsche Liedgut (und hier insbesondere das ‚Lied der Deutschen') einfach an ihre Programme hängen wollen. Hier zeigt sich ein bedenklicher Mangel an staatspolitischem Verantwortungsbewußtsein."

In den ersten Wochen soll der Hymnenausstrahlung eine belehrende Schrifttafel vorangeschickt werden:

„1. Ein optimales Miterleben der Feierstunde ist nur in korrekter bürgerlicher Kleidung und mit freigelegtem linken Ohr möglich! Pellen Sie sich daher aus Ihren Wolldecken, legen — wenn nötig — statt Ihres Schlafgewandes nochmals den Straßenanzug oder das kleine Schwarze an (Offiziere: Ausgehanzug; andere Beamte: Dienstrobe, Uniform, Schirmmütze oder Armbinde)!
2. Wecken Sie auf jeden Fall eingeschlafene vaterlandslose Schnarcher!
3. Schaffen Sie vor Abspielen der Nationalhymne Salzstangen, leere Bierdosen und Aschenbecher in die Küche, lüften kurz durch und bringen Sie schlichten, aber geschmackvollen Zimmerschmuck an! Vorschlag: frischer Eichenbruch (in der Vorweihnachtszeit reicht der Adventskranz).
4. Verfolgen Sie dann das Abspielen der Nationalhymne in konzentrierter, jedoch zeitgemäß entspannter aufrechter Stellung! An Werktagen kann, an Sonntagen muß mitgesungen werden!
5. Besonders ansprechend wäre eine kleine, gemeinsame nationale Hymnenstunde einmal im Monat (etwa des gesamten Wohnblocks). Hierzu könnte von einem eigens eingestellten HYMNENWART eingeladen werden, der dann auch gleich die Sangesfreude überprüfen dürfte.
6. Vergessen Sie bitte beim Singen nicht unsere Brüder und Schwestern in der ‚DDR'!

Nach Ansicht der GRÜNEN IM BUNDESTAG geben nur diese Sofortmaßnahmen die Garantie für den er-

der dann auch gleich die Sangesfreude überprüfen dürfte.
6. Vergessen Sie bitte beim Singen nicht unsere Brüder und Schwestern in der ‚DDR'!

Nach Ansicht der GRÜNEN IM BUNDESTAG geben nur diese Sofortmaßnahmen die Garantie für den er-

wünschten nationalen Rückenschauer. Zur Hebung der Moral empfehlen wir außerdem ein Preisausschreiben für besonders eifrige Mitsinger.

1. Preis: Eine Woche mit Heino in Deutsch-Südwest." (24.3.)



Hamburger Tagung: Prostitution

Das Geschäft mit der Liebe — und die Rechtlosigkeit der Frauen

Seit über einem Jahr reißt die Diskussion um die soziale und gesellschaftliche Situation der Hamburger Prostituierten nicht ab. Sperrgebietsverordnungen werden vom Hamburger Senat verschärft, Bußgeldverfahren, die sich ausschließlich gegen die Prostituierten richten, steigen drastisch in die Höhe. Stadtsanierung und „Bürgerbelästigung" dienen der Polizei als Vorwand, um die staatliche Kontrolle über die ca. 4.000 registrierten Hamburger Prostituierten auszuweiten. Die Folge: Die Frauen vom Straßenstrich gehen unter zunehmend schlechteren sozialen Verhältnissen ihrer Arbeit nach. Der größte „Frauenbetrieb" Hamburgs erfährt Repression und Kriminalisierung durch die Spitzen der Gesellschaft, die sich selbst gern bedienen lassen im „Privaten". Offiziell aber heucheln sie Anstand und Sitte.

Die repressive Politik der Polizei im Bereich der Prostitution treibt nicht nur Frauenprojekte und betroffene Frauen zum Protest. Auch Hamburger Behörden, wie die „Leitstelle Gleichstellung der Frau" und die Sozialbehörde „Amt für Jugend" sehen sich gezwungen, mehr zu tun, als behördenintern aufzumucken. Auf einer zweitägigen Fachtagung am 24./25.4., vorbereitet von den beiden Behörden, Frauenprojekten und vereinzelten Betroffenen sollte diese Problematik diskutiert werden. Ziel der Tagung war die Erfassung der sozialen und gesellschaftlichen Probleme in der Prostitution. In fünf Arbeitsgruppen zu Sperrgebieten, Aussteigen, Kinder von Prostituierten, gesundheitliche Versorgung und Minderjährige auf dem Straßenstrich wurde umfassend diskutiert und nach Lösungen gesucht. Die Betroffenen blieben, soweit sie überhaupt anwesend waren, im Hintergrund. Stattdessen stritten sich die zuständigen Behörden, darunter auch die Polizei, engagierte Frauen und Fachleute aus Berlin, Bremen, Nordrhein-Westfalen und Hamburg.

„Hamburgs Wahrzeichen: Prostitution"

In alter sozialdemokratischer Tradition wird die Tagung von Eva Rühmkorf, Leiterin der „Leitstelle Gleichstellung der Frau", mit dem Altgenossen Bebel eingeleitet. Wieder einmal stellte frau fest, schon vor 100 Jahren hat Bebel in seinem Text „Die Prostitution — eine notwendige soziale Institution der bürgerlichen Welt" alle Probleme erfaßt, die heute diskutiert werden und die seither keine wesentliche Veränderung erfahren haben. Die tution der bürgerlichen Welt" alle Probleme erfaßt, die heute diskutiert werden und die seither keine wesentliche Veränderung erfahren haben. Die Identität der Probleme damals und heute wurden von Eva Rühmkorf benannt, wenngleich sie zugeben mußte, daß die ‚Leitstelle' eigentlich nicht richtig an den Problemen dran ist, vielmehr findet die Vermittlung über die Frauenprojekte statt, wie die „Kaffeeklappe", die auf St. Pauli Beratungsarbeit macht oder das 4. Hamburger Frauenhaus, das speziell für Prostituierte einen Zufluchtsort bietet. Der Ton von Frau Rühmkorf war moderat, „auf der Tagung soll zunächst kritisch hinterfragt werden", denn die Vollzieher der repressiven Praxis gegen die Frauen auf dem Straßenstrich „sind eben auch nur Bürger unser Stadt".

Im ersten der folgenden drei Grundsatzreferate warf Susanne von Paczensky die Frage auf: „Prostitution in unserer Gesellschaft — Wem nützt sie und wem schadet sie?" Sie bezeichnete die Prostitution als das älteste Gewerbe der Frau, das immer noch Millionen Umsätze in der Gastronomie bringt. Mehr Männer als Frauen profitieren von der Prostitution, der Löwenanteil der Gelder fließt in die Taschen der Männer. Auch der Hamburger Senat hat ein wirtschaftliches Interesse an den „Freudenvierteln". Die Steuereinnahmen sind nicht ohne. Dennoch, in der Hamburg-Werbung ist kein Wort über Prostitution zu lesen. Dennoch bleibt „Hamburg das Wahrzeichen der Prostitution". Die Männer verdienen, während sich vor allem die Frauen vom Straßenstrich immer wieder Repressionen ausgesetzt sehen. Bei der Prostitution wird in Wissenschaft, Psychologie und Religion immer nur über Charakterzüge der Prostituierten gesprochen, über die Freier, die Männer ist hingegen nichts zu lesen. So wird z.B. der häufig wechselnde Geschlechtsverkehr nur bei den Frauen mit „vielen Schäden" quittiert, Männer hingegen brauchen dieses „Ventil". Die Gesellscahft akzeptiert die Begierde des Mannes, eine Freierin, die sich des Männerstrichs bedient, muß sich dagegen schämen. Ehemänner, die sich der Prostitution bedienen, werden auch nicht verurteilt, vielmehr kriegen die Ehefrauen dies wieder ab, weil sie sich angeblich zuwenig um ihre Männer kümmern oder weil sie „frigide" sind. Dann haben sie auch noch den Griff in die Haushaltskasse zu verschmerzen.

Wem also nutzt die Prostitution? die Prostituierten haben keine Rechte, keine soziale Absicherung, werden stigmatisert, ja sogar die Frage, ob eine Prostituierte vergewaltigt werden kann oder nicht, ist juristisch umstritten. Ihre Gesundheit leidet schweren Schaden. Männer, seien sie aus der Gastronomie, Journalisten, Forscher, Polizisten, Freier oder Menschenhändler, sie alle haben ein Interesse an der Beibehaltung der Prostitution.

Staatliche Sanktionen — staatliche Kontrolle

Staatliche Sanktionen — staatliche Kontrolle

Prof. Friedrich W. Stallberg von der Universität Dortmund gab einen allgemeinen Einblick in die staatliche Kontrolle der Prostitution. Die Praxis der BRD bezeichnete er als „besonders liberal", hat doch der Staat ein Interesse daran, die „überflüssige Sexualität" in geordnete Bahnen zu leiten. Die Form der staatlichen Kontrolle hängt von der Größe und dem Umfang der Stadt und der Prostitution ab. Auch Stallberg bedauert, daß vor allem die Frauen Sanktionen, Knast und Bußgeld zu verkraften haben. Daß die staatliche Kontrolle vor allem über die Sperrgebiete und die gesundheitlichen Zwangsmaßnahmen laufen, ist seit 1927 geltende Regulierungspraxis, die allerdings „fortschrittlich" gehandhabt wird, meint Stallberg. Er ist der Meinung, daß die repressive Praxis gegen die Frauen aufgehoben werden sollte und „staatliche Kontrolle durch soziale Sicherung ergänzt" werden sollte, sieht aber in der Aufhebung der Sperrgebiete keine Alternative. Kritisch vermerkt Stallberg zu den Sperrbezirken, daß sie eine Berufsaussperrung für viele Prostituierte bedeutet und gezwungenermaßen zu Ordnungsverstößen führt, darüberhinaus sieht er eine zunehmende Kriminalisierung der Prostitution, während der Menschenhandel in der BRD kaum verfolgt wird. „Prostitution gilt noch immer als bekämpfenswert und wird schweigend geduldet; eine doppelbödige Moral", meint Stallberg.

In der Arbeitsgruppe „Staatliche Kontrolle" wird die Hamburger Situation diskutiert. Erst im vergangegen Jahr hat der Hamburger Senat seine repressive Praxis gegen die Prostituierten verschärft, im Stadtteil St. Georg, im Gegensatz zu St. Pauli der weniger durchorganisierte Straßenstrich, ist Sanierung um die Prostitution zu vertreiben. Die Anwendung der Sperrgebietsverordnung kann schon auf bloßen „Sichtverdacht" eines Polizisten kommen. Wer sich innerhalb des „Sperrbezirks zum Geschlechtsverkehr gegen Entgelt anbietet", — „ein solches Anbieten liegt schon beim Herumstehen oder Herumfahren mit einem Auto vor", — wird mit Verhaftung und Bußgeldverfahren zu rechnen haben. Natürlich sind es die Frauen vom Straßenstrich, die die Auswirkungen zu verkraften haben, der Freier oder Zuhälter ist davon nicht betroffen. Darüber hinaus wendet die Hamburger Polizei Methoden an wie die Kameraüberwachung und stundenlanges Wegsperren der Frauen. Allein 1983 registrierte die Innenbehörde 610 Anzeigen. Für die Frauen, die mehrmals erwischt wurden, staffelt sich die Strafe auf mehrere Tausend Mark. Was bleibt, ist meistens die Flucht der Prostituierten ins Eros-Center, wo sie den organisierten Zuhälterringen in die Hände fallen. Die Kontroverse in der Arbeitsgruppe zeigt, die Polizei bleibt bei ihrer restriktiven Praxis, die sie auch noch „demokratisch" nennt Hände fallen. Die Kontroverse in der Arbeitsgruppe zeigt, die Polizei bleibt bei ihrer restriktiven Praxis, die sie auch noch „demokratisch" nennt, weil die Bürgerschaft es so beschlossen hat. Die Behördenvertretung ist unsicher, wie weit der offene Konflikt mit der starken Innenbehörde gesucht werden sollte, Betroffene und die Frauenprojekte fordern eindeutig die Aufhebung der Sperrgebiete.

Auf der abschließenden Podiumsdiskussion der Tagung erklärt Herr Murck aus der Innenbehörde: „Ich verkenne nicht, daß die Bußgelder die Arbeit erschweren, die Innenbehörde sieht auch, daß die Bevölkerung sich vor allem durch die Freier gestört sieht und nicht durch die Mädchen, man sollte neu überlegen, was gegen die Freier unternommen werden kann." Einer „Lösung", der sofort mit den Erfahrungen aus England widersprochen wird, wo vorwiegend Ausländer, Schwarze, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger als Freier zur Buße gebeten werden. Ein typisches Vorgehen der Polizei, die Sozialschwachen werden belangt, während die Reichen sich in vornehmen Hotels austoben.

Gesundheitliche Versorgung

Eine weitere Arbeitsgruppe zur staatlichen Kontrolle über das Gesundheitswesen, arbeitet die Unterschiede der Handhabung von Zwangsmaßnahmen im Bundesgebiet heraus. Während in Berlin und Bremen eine relativ liberale Praxis vorherrschend sein soll, gibt es in Hamburg sogar polizeiliches Eingreifen gegen die Prostituierten, wenn sie sich nicht den Zwangsuntersuchungen gestellt haben. Demgegenüber gibt es in Hamburg seit einem Jahr einen Begördenbeschluß, nach dem die Registrierstelle keine Befugnisse hat, Informationen an andere Behörden weiterzugeben. In Berlin und Bremen darf dies noch immer geschehen. Die Abschaffung der Zwangsmaßnahmen und Datensammlungen wird bis in die Gesundheitsbehörde hinein unterstützt.

Die gesundheitliche Versorgung der Prostitutierten ist sehr unterschiedlich in der BRD. So sind in Hamburg eine, in Bremen zwei und in Berlin sogar 20 Sozialarbeiterinnen für die Beratung der Prostituierten angestellt. Darüberhinaus arbeiten die Beratungsstellen in Berlin und Bremen auch für andere Menschen, die mit Geschlechtskrankheiten konfrontiert sind, eine Entstigmatisierung, die für Hamburg auch ansteht.

Das Hauptproblem in der gesundheitlichen Versorgung ist immer noch die Krankenversicherung. Freiwillige Versicherung ist für Prostituierte bei den Krankenkassen nicht möglich und die Krankenscheine werden immer noch in den Sozialämtern und nicht in den Beratungsstellen vergeben. Die Forderung der Betroffenen und der Frauenprojekte, die Prostitution wie alle anderen Berufe anzuerkennen, damit die Frauen in die gesetzliche Kran- Forderung der Betroffenen und der Frauenprojekte, die Prostitution wie alle anderen Berufe anzuerkennen, damit die Frauen in die gesetzliche Kran-kenversicherung aufgenommen werden, ist weiter umstritten. Die Behörden wollen den Prostituierten in den Krankenkassen den Status der Künstler vermitteln, oder, so Eva Rühmkorf (Leitstelle), die Prostituierten sollen Angestellte bei Hotelbesitzern werden, damit die Abgabe der Unternehmer gewährleistet ist. Diese Position trifft auf Kritik, weil die Frauen aus den Projekten zurecht sagen, das Geld müssen die Prostituierten wieder eintreiben.

Mädchen in der Prostitution

Aus Berlin berichtet Birgit Kramon über die Forschungsarbeit mit 40 jugendlichen Mädchen, die der Prostitution nachgehen. Die Drogenabhängigkeit liegt im Schnitt bei 80%. Oftmals sind es Mädchen aus dem Mittelstand, wo keine materielle Not vorherrschte. Keine Aufklärung, rigide sexuelle Erziehung und Vereinsamung sind oft die Hintergründe.

Der Einstieg in die Prostitution erfolgt meist nicht von heute auf morgen, sondern über Liebesbeziehungen mit großer Abhängigkeit. Der Gang in die Diskotheken, schöne Klamotten, Alkohol, Drogen und Schulden verführe dazu, das „schnelle Geld" zu machen. Zuhälter, die sich in bestimmten Diskotheken herumtreiben, führen die Mädchen „behutsam" in das Geschäft ein, oft sind die Mädchen erstaunt, weil sie „gar nicht viel machen brauchten mit ihren Freiern".

Die Mädchen sind besonders gefährdet, Erfahrungen fehlen, meist sind sie isoliert, ohne Ausbildung und Job. Auch wenn es in Berlin keine Sperrbezirke gibt und viele Frauen ohne Zuhälter arbeiten, sind es doch gerade die Jugendlichen, die das „Zuhälterschutzsystem" nutzen, um den bedrohlicheren Zugriffen der Polizei zu entfliehen. Birit Kramon fordert die Polizei zu einem „tolerierenden Verhalten" auf, „weil jugendliche Prostituierte ein starkes Freiheitsethos haben". Sie berichtet, daß Berlin ein ganzes Netz von Hilfsangeboten für jugendliche Prostituierte anbietet, die anders als die Polizei helfen können.

Anders sieht dies in Hamburg aus. Bislang gibt es keine Einrichtung, die sich um jugendliche Prostituierte kümmert. Die Arbeitsgruppe, die sich mit diesem Thema befaßte, diskutierte hauptsächlich ein Konzept für die Einrichtung einer Beratungsstelle im Kerngebiet St. Georg, wo viele Jugendliche der Prostitution nachgehen. Den Mädchen soll nichts „serviert" werden und der Druck zum Ausstieg soll unterbleiben. Vielmehr sollen die Mitarbeiterinnen der Beratungsstelle auf die Bedürfnisse der Mädchen eingehen, ihr Selbstvertrauen stärken und wenn es darum geht dabei helfen, die schönen Klamotten vielleicht selbst zu nähen. Fähigkeiten entwickeln und dort helfen, wo die Mädchen dies auch wirklich wollen, soll ein Grundpinzip der Arbeit sein. Die Mädchen, die ihr Leben hauptsächlich im gewalttätigen Milieu verbringen, brauchen eine Zufluchtstätte, wo sie Vertrauen entwickeln können. Eine Behördenvertreterin vom „Amt für Jugend" forderte, daß diese Beratungsstelle „Sperrgebiet für die Polizei" sein müsse. Die anwesenden Polizisten in der Arbeitsgruppe wollten davon allerdings nichts wissen, „rechtsfreie Räume" gäbe es nicht. Sie wollen eine Zusammenarbeit mit der Beratungsstelle, um besser an die Zuhälter ranzukommen, „die ja von den Mädchen angezeigt werden können". Allgemein wird dies von der Arbeitsgruppe zurückgewiesen, weil so eine vertrauensvolle Arbeit nicht möglch ist. Ein Konflikt mit der Polizei, der noch auszutragen sein wird.

Die „Dollen Dirns" in Hamburg, die Beratungsarbeit für mißhandelte Mädchen durchführen, machten auf den wichtigen Zusammenhang zwischen sexuellem Mißbrauch und Prostitution aufmerksam und forderten mehr Präventivmaßnahmen und Öffentlichkeit zu diesen Problemen.

Ausstieg aus der Prostitution

Bemerkenswerterweise wird der Ausstieg aus der Prostitution heute verhaltener und an den Interessen der Frauen orientiert diskutiert. Kein Wunder, ist doch die wirtschaftliche Situation allen in Form von Arbeitslosigkeit und mangelnden Ausbildungsmöglichkeiten für Frauen gegenwärtig. Das betont sogar die Polizei. Frauen die aus der Prostitution aussteigen wollen, sind oft hinterher Sozialhilfeempfängerinnen, Alternativen hat der Staat nicht zu bieten. Eine Untersuchung unter Prostituierten zeigt, daß die wirtschaftliche Not an erster Stelle bei den Gründen steht, warum Frauen nicht aussteigen. Die Betroffenen und Frauenprojekte tuierten zeigt, daß die wirtschaftliche Not an erster Stelle bei den Gründen steht, warum Frauen nicht aussteigen. Die Betroffenen und Frauenprojekte fordern die Absicherung der Kranken- und Rentenversicherung in der Prostitution.

Darüberhinaus ist die Gewalt im Milieu ein wesentliches Hindernis für die Frauen, auszusteigen. Von der Polizei kann der Zeugenschutz nicht geleistet werden, so daß viele Frauen ihre Anzeigen zurückziehen, weil der Druck aus dem Milieu zu stark ist. Helga aus dem Frauenhaus für Prostituierte berichtet, daß „die Frauen, die ins Haus kommen sich nichts zutrauen — ‚einmal Nutte — immer Nutte' ". Sie fordert eine Einrichtung auf St. Pauli, die nachts geöffnet ist, wo Betroffene Zuflucht finden und Selbsthilfegruppen eingerichtet werden.

Prostituierte und ihre Kinder

Nur wenige Prostituierte leben mit ihren Kindern zusammen, die nächtlichen Arbeitsbedingungen, die Angst vor der Diskriminierung der Kinder, die Eingriffe der Behörden, macht ein Zusammenleben unmöglich. In Hamburg haben sich die Geburten bei Prostituierten um 50% reduziert. Ein Netz von Verwirrung und Lügen muß die Prostituierte aufbauen, die mit ihrem Kind zusammenwohnt. Der Druck kommt von allen Seiten. Die Zuhälter wollen oft nicht, daß die Frauen Kinder haben, und die Behörden kommen mit dem Jugendschutz, so daß die Prostituierte oft ihren Ausstieg signalisiert, aber nicht vollzieht. Das Vorurteil steht: Prostituierte mögen zwar ihre Kinder lieben, aber sie sind schlechte Mütter. Auf längere Sicht scheint sich hier nichts zu verändern, die Behörden denken zwar gerade darüber nach, ob nicht Nachtmütter oder stadtteilnahe Einrichtungen her müssen, aber das Nachdenken dauert berkanntlich bei den Behörden immer etwas länger.

„Fast jede Prostituierte träumt davon in Ruhe und mit ihren Kindern zusammenzuleben, unsere Wünsche sind ganz friedlich und so harmlos wie man es sich nur vorstellen kann. Die Wünsche und Vorstellungen unterscheiden sich in nichts von anderen Frauen" (Barbara: Die geteilte Frau).

U., Hamburg

Die Frauenbewegung hat ein neues Thema
Über die Auseinandersetzung um Gen- und Reproduktionstechnik

Vom 19. - 21.4. fand in Bonn der erste internationale Frauenkongreß „Gegen Gentechnik und Reproduktionstechnik" statt. Veranstalterinnen waren der Arbeitskreis Frauenpolitik der Grünen im Bundestag und der Verein Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen aus Köln. Die Veranstalterinnen wie auch die Besucherinnen selbst waren wohl sehr erstaunt über das rege Interesse, das dieses Kongreßthema in der Frauenbewegung findet: In zahlreichen Arbeitsgruppen diskutierten Referentinnen aus den USA, Großbritannien, aus der Schweiz, Indien und der Bundesrepublik mit über 1500 Frauen aus mehreren europäischen Ländern.

Die Zusammensetzung war kunterbunt, Frauen der Praxis und Frauen der Theorie, sehr viele junge Frauen und einige ältere, viele neue und viele alt-bekannte Gesichter.

In ihrer Einladung hatten die Veranstalterinnen geschrieben, daß sich die Folgen der Gentechnik und der Reproduktionstechnik besonders gegen Frauen richten und eine neue Form von Gewalt darstellen. *„Während Computertechnik die Abwertung und Vernichtung weiblicher Erwerbsarbeit zur Folge hat, geht es bei Gen- und Reproduktionstechnik um die Zerstückelung und Kommerzialisierung der außermenschlichen Natur und des weiblichen Körpers. Die Technik der Neukombinierung von Erbsubstanzen (,Gentechnik') greift gewaltsam und unveränderlich in das Leben a l l e r betroffenen Lebewesen ein. Durch die Möglichkeit der genetischen ,Verbesserung des Erbgutes' besteht die Gefahr, daß diese Technik die Tradition der alten und neuen Eugenik weiterführt. Mit den Reproduktionstechniken (Retortenbabys durch Reagenzglasbefruchtung, Mietschwangerschaften usw.) werden die Frauen noch mehr als bisher der Kontrolle über ihren Körper beraubt: Ärzte als Reproduktionsingenieure werden entscheiden, welche*

fruchtung, Mietschwangerschaften usw.) werden die Frauen noch mehr als bisher der Kontrolle über ihren Körper beraubt: Ärzte als Reproduktionsingenieure werden entscheiden, welche

Frauen überhaupt Kinder empfangen dürfen (nämlich weiße, heterosexuelle in den Industrieländern) und welche Frauen nicht. Und welche Kinder haben dürfen (,gesunde', weiße, angepaßte Knaben) und welche Frauen nicht. Nach vorheriger Geschlechtsbestimmung durch Fruchtwasseranalyse (Amnizentese) werden heute schon in Indien und China weibliche Föten systematisch abgetrieben. Werden diese Reproduktionstechniken in der dritten Welt bevölkerungspolitisch legitimiert, so werden sie bei uns mit dem Recht ,unfruchtbarer' Frauen auf ihr ,eigenes' Kind gerechtfertigt. Bei all diesen Methoden geht es um eine umfassende Abwertung des weiblichen Lebens überhaupt. Bereits heute werden bei weiblichen Nutztieren Reproduktionstechniken angewandt. Eine Welt, in der das Patriarchat diese Techniken zur Profitmaximierung auch bei Frauen einsetzt, ist greifbar nahe. Ebenso die Version einer Welt, in der es das Lebendige in seinem Wildwuchs nicht mehr geben wird — verwandelt in katastrophenanfällige lebende Maschinen der Gen-Ingenieure. Nichtmenschliche Lebewesen wären zu Produktionsmaschinen, Frauen zu Gebärmaschinen abgewertet. Und sollten die Reproduktionsingenieure die künstliche Gebärmutter entwickeln, wären die Frauen sogar völlig ersetzbar. Dann wäre der uralte Traum der Männer vom ,Selbstgebären' Wirklichkeit."

Soweit die etwas gekürzte Einladung der Veranstalterinnen. Ist das übertrieben? Wen betrifft das denn? Wieweit ist die Entwicklung schon fortgeschritten? Können wir überhaupt noch etwas dagegen unternehmen?

Unter fünfzehn Leitthemen ist in ungefähr dreißig Arbeitsgruppen auf dem Kongreß über diese brisanten Fragen diskutiert worden. Die Manipulation der nichtmenschlichen Natur spielte auf dem Kongreß eine untergeordnete Rolle. Das betrifft die Bereiche der imperialistischen Nahrungsmittelproduktion, z.B. die Züchtung nicht fortpflanzungsfähiger Getreide- und Gemüsesorten, damit Länder der Dritten Welt keine Saatgutreserven anlegen können.

Pflanzen und Tiere werden genetisch manipuliert, um mehr „Ertrag" zu bringen. Bakterien werden genetisch verändert für kriegerische Zwecke, neue Krankheiten werden kreiert, gegen die es keine Impfstoffe gibt. Undsoweiter.

Im Vordergrund der Diskussionen standen all die Fragen, die sich um die künstliche und die natürliche Fortpflanzungsbiologie des Menschen ranken, politisch, ethisch und psychologisch und sehr persönlich betrachtet.

Weibliche Identität und Kinderwunsch

gisch und sehr persönlich betrachtet.

Weibliche Identität und Kinderwunsch

Gut besucht waren die Arbeitsgruppen **„Weibliche Identität und Kinderwunsch"**. Die Diskussion um den sogenannten Kinderwunsch tauchte übrigens in fast allen Arbeitsgruppen auf.

In diesen unseren „aufgeklärten" westlichen Ländern spielt die Kinderfrage nicht mehr die entscheidende Rolle für die gesellschaftliche Wertschätzung einer Frau. Verhütungsmittel stehen zur Verfügung, Abtreibung ist bedingt möglich, die Religion ist nicht mehr die Schere im Kopf. In streng patriarchalischen Kulturen wie zum Beispiel der Türkei fällt eine kinderlose Frau über 30 schon aus der „Rolle". Wir können uns Zeit lassen. Medizinisch ist hier einiges machbar, auch für „alte Erstgebärende", wie es im Fachjargon heißt. Immer mehr Frauen entscheiden sich hier dafür, ohne eigene Kinder zu leben. Die sinkende Geburtenrate in der BRD ist ein Thema auf den politischen Etagen. In unseren weißen Industrieländern muß der Wunsch nach einem eigenen Kind gesellschaftlich produziert werden. Das Aufziehen nicht selbst geborener Kinder wird erschwert durch strenge Adoptionsgesetze. Wie gehen wir Frauen mit den Normen um, die diese Gesellschaft uns diktiert? Wir sollen in einer Kleinfamilie leben und uns als Frau selbstverwirklichen, indem wir ein „eigenes" Kind bekommen, denn die biologische Verwandtschaft sei Notwendigkeit für die Herausbildung einer positiven Eltern-Kind-Beziehung. Beruf und Kind? Karriere oder Kind? Will eine Frau kein Kind haben, dann wird sie gefragt, für was hast Du denn gelebt? Hast Du wenigstens im Beruf etwas zustande gebracht? In einer Leistungsgesellschaft muß auch eine Frau etwas leisten!

Da saßen sie nun zusammen, die vielen intellektuellen Frauen mit guten Berufen, die Studentinnen, aber auch arbeitslose Frauen, und fragten sich, warum will ich ein Kind? Die meisten Frauen dieser Erde können sich diese Frage nicht stellen, die kriegen nämlich die Kinder ungefragt oder ungewollt. Wir sind privilegiert! Wir haben Zeit und Geld, diese Fragen auf einem Kongreß zu erörtern! Keine sagte, ich will einen Menschen heranwachsen sehen, seine Eigenheiten zulassen, jeden Entwicklungsstand akzeptieren. Zuviele sagten, sie wollten das Kind für sich. Sie wollen all das an Zärtlichkeit und Zuwendung, was sie von ihren Partnern nicht bekommen. Das war der erste kleine Schock für mich auf diesem Kongreß, aber es gab ja noch mehr Arbeitsgruppen.

Alte und neue Eugenik — zur Kontinuität von Auslesen und Ausmerzen

Alte und neue Eugenik — zur Kontinuität von Auslesen und Ausmerzen

Nicht die Welt sollen wir verändern, sondern wir sollen passend gemacht werden für diese Zustände! Eine solche Verwertbarkeit des Menschen erfordert eine Gesundheit im Sinne einer Funktionstüchtigkeit, die mit Sicherheit nicht bestimmt wird durch unsere Vorstellungen von Leben. In den USA gibt es vor allem in Chemiebetrieben schon eine neue Form der Einstellungs praxis. Nicht mehr die Zeugnisse des Arbeiters sind entscheidend für seine Einstellung, sondern seine Widerstandskraft gegen bestimmte im Werk produzierte Chemikalien. Diese Widerstandsfähigkeit wird auf dem Weg einer genetischen Untersuchung ermittelt.

Es wird wieder sehr viel Wert auf *„gesunde Gene"* und *„ein gesundes Erbgut"* gelegt. Dort, wo ein Anderssein, ein Kranksein existiert, wird zunehmend die Genetik bemüht, um Erklärungen zu liefern und „Heilung" zu versprechen („Wahnsinn", Krebs ...). **„Keine Eltern werden in Zukunft das Recht haben, die Gesellschaft mit verunstalteten oder schwachsinnigen Kindern zu belasten."** Dies sagte Bentley Glass, der Präsident der „Amerikanischen Vereinigung zur Förderung der Wissenschaften" in seiner Antrittsrede 1971.

Was die deutschen Faschisten an „Rassenhygiene", „Erbgesundheitslehre" und Euthanasie betrieben haben, findet ansatzweise seine heimliche Fortsetzung in der heutigen Forschung. Heute gibt es keine staatlich verordnete Tötung behinderter Menschen. Heute wird eine medizinische Technologie aufgebaut, die das Gesundsein ermöglichen soll. Die Schuld an Abweichungen vom „Normalsein" wird dem einzelnen Menschen zugeschoben.

Auf diesem Kongreß waren sehr viele behinderte Frauen anwesend. In vielen Arbeitsgruppen tauchte auch immer wieder die Frage auf, was ist, wenn ich ein behindertes Kind bekomme? Alle Frauen waren der Meinung, daß es nicht länger ein Problem sein dürfe, ein behindertes Kind zu haben. Die Gesellschaft müsse geändert werden, weg von der Leistungsorientierung. Es wurde die Frage aufgeworfen nach einer Definition von „Behinderung", wer ist in einer vergifteten, industrialisierten Streßgesellschaft „behindert", vielleicht schon das Kind, das eine Nährungsmittelallergie hat, oder das Kind mit Pseudo-Krupp-Husten oder oder oder?

Die behinderten Teilnehmerinnen des Kongresses wandten sich gegen die Einteilung in „gute" und „schlechte" Kinder in der pränatalen Diagnostik. Die pränatale Diagnostik umfaßt alle vorgeburtlichen Untersuchungen, wie z.B. Ultraschall- und Fruchtwasseruntersuchungen (Amniozentese). Die Fruchtwasseruntersuchung wird durchgeführt, um genetische Untersuchungen zu machen, man kann auch dadurch das Geschlecht des Kindes feststellen lassen. Viele Föten werden während dieser Fruchtwasseruntersuchungen verletzt. Viele Kinder werden erst durch die medizinische Maschinerie zu „Behinderten" gemacht. Viele Kinder werden erst durch Komplikation während des Geburtsvorgangs für ihr Leben geschädigt.

rie zu „Behinderten" gemacht. Viele Kinder werden erst durch Komplikation während des Geburtsvorgangs für ihr Leben geschädigt.

Die Arbeitsgruppe **„Alte und neue Eugenik"** rief dazu auf, die pränatale Diagnostik nicht in Anspruch zu nehmen. Zu dieser Forderung gab es allerdings viel Widerspruch, vor allem von den Frauen aus der „Praxis". Eine Ärztin legte offen, daß sie erhebliche Probleme hätte, einer Frau über 35, die eine Amniozentese durchführen lassen will, davon abzuraten. Wer mag die Verantwortung auf sich nehmen?

Die Grundstimmung dieses Kongresses — nämlich gegen sämtliche Technologien zu sein, die irgendetwas mit der Fortpflanzungsbiologie zu tun haben — fand in dieser Arbeitsgruppe ihren Ausdruch darin, daß kaum eine Frau sich wagte, zu sagen, daß sie kein behindertes Kind haben möchte. Ich finde, jede Frau hat das Recht zu sagen: Ich möchte kein behindertes Kind haben! Dieser Wunsch darf nicht ausgespielt werden gegen Forderungen nach einer behindertenfreundlichen Gesellschaft!

Zurück zur Natur?

Einerseits wurde auf dem Kongreß immer wieder darauf hingewiesen, daß sich die Forschung nicht damit beschäftigt, die krankmachenden Ursachen in unserer Gesellschaft zu beseitigen, sondern daß dem Individuum an die Gene und damit der ganzen menschlichen Evolution an den Kragen gegangen wird! In der öffentlichen Diskussion über Retortenbabys, Leihmutterschaft und künstliche Befruchtung wird über die Ursachen der wachsenden *„Sterilität"* nicht diskutiert. Das *„Leiden an der Kinderlosigkeit"* bietet den legitimatorischen Hindergrund für die neuen Gebärtechnologien. Andererseits gab es eine starke Strömung in der Diskussion, der „Natur" wieder freien Lauf zu lassen. Das klingt merkwürdig aus dem Mund der Frauen einer Industriegesellschaft, in der von „Natur" kaum noch die Rede sein kann. Das Wissen der Hexen ist uns leider schon seit Jahrhunderten abhanden gekommen bzw. genommen worden; da nützt es uns wenig, wenn wir versuchen, Indianerkulturen zu imitieren.

Maschinenstürmerei?

Maria Mies, eine der Podiumsteilnehmerinnen und Mitautorin der „Beiträge zur feministischen Therorie und Praxis" Nr. 14/85, verstieg sich zu der These: *„Die neuen Technologien sind faschistisch!"* Eines der Ergebnisse des Kongresses, festgehalten in einer Abschlußresolution, war die generelle Ablehnung der Inanspruchnahme aller medizinischen Leistungen, die auf gentechnologischen Methoden basieren.

Eine Arbeitsgruppe war sogar zu der Aufforderung gekommen, die Krebsvorsorgeuntersuchungen nicht mehr zu besuchen, da dies Männertechnologien seien, die den Frauen einmal im Jahr Todesangst einjagen.

Ich bin der Meinung, daß die gesamte Problematik von Gentechnologie und Reproduktionstechnologie viel zu komplex ist, um sie jetzt, zu Beginn der Diskussion, rundweg abzulehnen. Es gibt bestimmt medizinische Technologien, die wir für uns nutzbringend anwenden können. Die Frage ist doch immer, *wie* wir und die Ärzte unseres Vertrauens mit diesen Techniken um-

logien, die wir für uns nutzbringend anwenden können. Die Frage ist doch immer, *wie* wir und die Ärzte unseres Vertrauens mit diesen Techniken um-

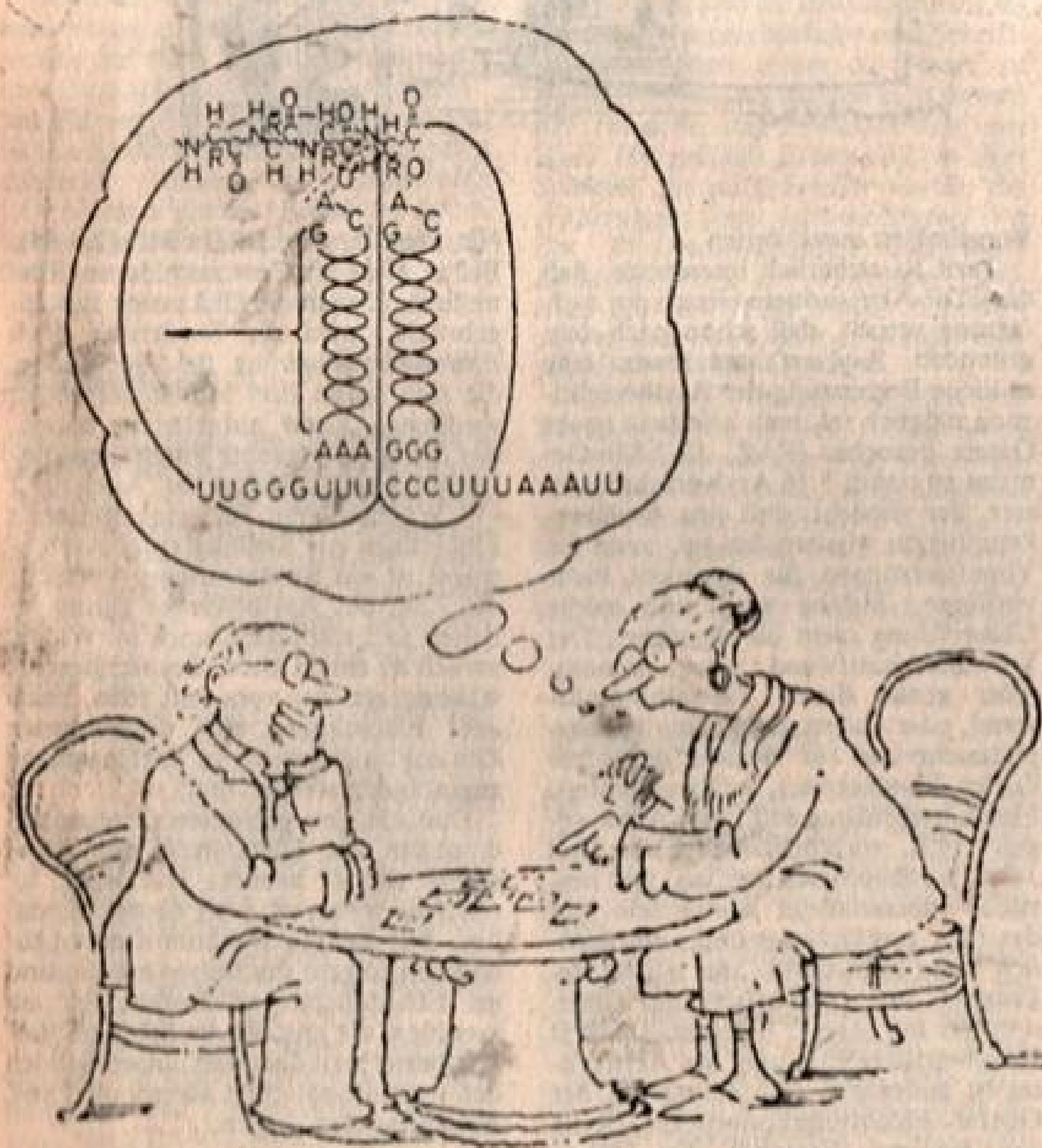
gehen. Die Frauenbewegung bindet sich die Hände, wenn sie die Technik als solche zum Dämon erklärt. *„Die Aufforderung nach Forschungsstop wird ins Leere laufen, da diese Forderung die gesellschaftlichen Bedingungen nicht antastet, die diese Reproduktionstechniken möglich machen."*
(Silvia Kontos, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Nr. 14/85)

In der Arbeitsgruppe, in der es um die Frage einer zunehmenden sozialen Kontrolle der Frauen durch die medizinischen Techniken ging, wurde diskutiert, daß die ganze Entstehung und Entwicklung von Leben einer lückenlosen Kontrolle (durch Männer) unterworfen wird: Eine Frau wird schwanger. Um dies festzustellen, wurden Tests entwickelt. Dann geht es los mit der Einrichtung eines Mutterpasses, in den alle Untersuchungsergebnisse eingetragen werden, Ultraschall, eventuelle Fruchwasseruntersuchungen, Herztonfrequenzen, Wehentätigkeit. Wurden Wehenhemmer eingesetzt oder Wehenauslöser, alles ist bekannt vor der dann durchgeführten programmierten Geburt. Welche Frau traut sich in unserem Land noch, ohne eine einzige Untersuchung ein Kind zu gebären? Andererseits bieten aber all diese Techniken viele Möglichkeiten, die Schwangerschaft und Geburt (es muß nicht eine programmierte sein!) angstfreier zu überstehen und eventuell kindliches und mütterliches Leben zu retten.

Meines Erachtens geht es nicht darum, den Dämon Technik abzulehnen oder sich diesem Dämon einfach unhinterfragt auszuliefern, sondern sich mit den *„Göttern in Weiß"* auseinanderzusetzen, die die Frauen weitgehend in Unkenntnis über Gefahren der Technik lassen.

Wir müssen lernen, uns nicht einschüchtern zu lassen, Fragen zu stellen, selbst zu entscheiden. Wir müssen uns informieren, Selbstbewußtsein gewinnen und z.B. nicht allein zum Arzt gehen!


aus: Spiegel Nr.31, 1978



Vladimir Renčin

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Die Dämonisierung der Technologien in all den Diskussionen verstellt den Blick für die Politik, die mit diesen Technologien verfolgt wird. Es geht nicht um die Ausmerzung der Frauen auf der Welt, wie auf dem Kongreß gesagt wurde, sondern es geht um Geld! Die Pharmakonzerne kämpfen international um Marktanteile.

In Indien werden heute weibliche Föten durch Fruchtwasseruntersuchungen entdeckt und dann abgetrieben. Aber die weibliche Geburtenrate wurde in Indien schon immer in Schach gehalten. Früher hat man die weiblichen Babys gleich nach der Geburt getötet. Die gesellschaftlichen Bedingungen müssen bekämpft werden, die diese Zustände möglich machen, so banal es klingt, und nicht die Technik, die auf dem Boden so einer Gesellschaft Anwendung findet!

Und wieder: Wann beginnt Leben ...?

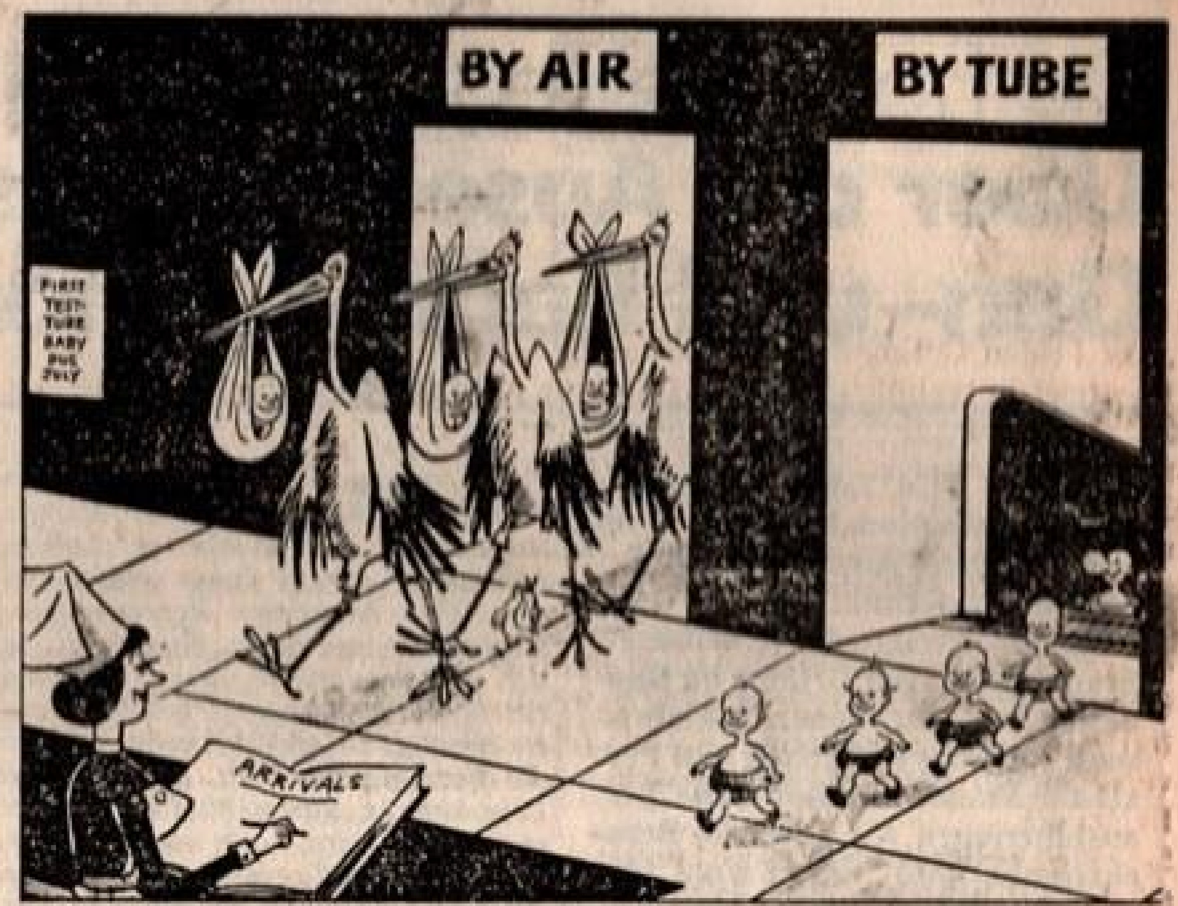
Eine weitere Frage ist, ob frau alle Fragen, die sich hinter den beiden Schlagworten *,,Gentechnik''* und *,,Reproduktionstechnik''* verbergen, in einen Topf werfen kann. Wir müssen die Fragen entwirren und jede für sich diskutieren und abwägen.

Medizinische Versorgung und Beratung steht noch auf einem anderen Blatt als die Versuche an befruchteten Menscheneiern. Befruchtete Eier werden eingefroren, wieder aufgetaut, mit Chemikalien getestet, zerteilt, zu ,,Zwillingen'' gemacht usw. Dies sind Versuche an menschlichem Erbgut, aber noch keine *,,Menschenversuche''*. Ich denke, zu dieser Art von Versuchen muß ein Standpunkt entwickelt werden, nicht nur von Frauen. Manipulationen am Erbgut des Menschen sollten untersagt werden, egal wie alt der Zellhaufen ist. Ein Embryo ist zwischen dem Tag der Befruchtung und dem Tag der Einnistung in einem rechtlosen Zustand. Deshalb sind heute Manipulationen an diesen Zellen möglich, ohne daß juristisch jemand dagegen einschreiten kann. Auf dieser Grundlage ist z.B. das Verhütungsmittel ,,Spirale'' überhaupt ethisch zugelassen worden. Unter Umständen findet jeden Monat eine Befruchtung statt, das Ei kann sich aber nicht einnisten, da die Spirale im Uterus sitzt. Unter dem Aspekt, daß ein Embryo vom ersten bis zum fünfzehnten Tag ,,ohne Rechte'' ist, wurde auf dem Kongreß die Frage aufgeworfen, ob nicht die Diskussion, wann Leben beginnt, neu aufgerollt werdem müsse und ob frau nicht auch den § 218 neu diskutieren müsse! Die Frauenbewegung muß aufpassen, daß sie nicht die reaktionären ,,Lebensschützer'' mit ihrem Vorpreschen noch einholt.

Aber wir wecken keine schlafenden Hunde, wenn wir uns auf unsere einzig wichtige und entscheidende Forderung zur Abtreibung besinnen: **Unser Selbstbestimmungsrecht über unser Leben und unseren Körper!** Jede Frau weiß, daß in ihr keine Gänseblümchen wachsen ...

Silvia Kontos hat Thesen zum Kongreßthema entwickelt (zu finden in oben zitierter Ausgabe, S. 75 f.). Diese Thesen sollten Eingang finden in die Diskussionen innerhalb der Frauenbewegung: *,,Die neuen Fortpflanzungstechnologien sind nur im Rahmen einer Gesamtanalyse der Reproduktionsverhältnisse unserer Gesellschaft adäquat zu fassen sowie im Kontext der historischen Auseinandersetzungen zwischen den Geschlechtern um die Kontrolle der Reproduktion. Es geht also nicht um einen Kampf gegen die ,Reproduktionstechnologie', wie es im Kongreßtitel heißt, sondern um den Kampf für die Reproduktionsautonomie von Frauen, und die medizinisch-technischen Entwicklungen müssen unter dieser Perspektive analysiert werden. Die Auseinandersetzung mit der Reproduktionsautonomie von Frauen hat in der Frauenbewegung eine charakteristische Entwicklung durchgemacht.*

Haben wir am Anfang, im Rahmen der § 218-Bewegung, die positiven Aspekte der Mutterschaft verdrängt und Autonomie allein in der Freiheit von Mutterschaft sehen können, so scheint sich jetzt eher eine Verdrängung ihrer negativen Konsequenzen anzubahnen. Reproduktionsautonomie scheint nur durch eine Rückbesinnung auf die ,natürliche' Produktivität der Frau gesichert zu sein, die technische Beherrschbarkeit der weiblichen Gebärfähigkeit eine ,Sünde' wider die Natur der Frau (...) Ich denke, es gälte, die Kategorie der ,Natur' im Zusammenhang mit der Mutterschaft insgesamt ad acta zu legen, sich auf Natur weder im Sinne eines Zwangsmoments noch im Sinne einer Befreiungsperspektive zu berufen, sondern sich endlich darauf zu verständigen, daß Empfängnis, Verhütung, Schwangerschaft, Geburt und Mutterschaft soziale Konstrukte sind, deren konkrete Organisationsformen daraufhin zu untersuchen sind, inwieweit sie die Selbstbestimmung und die soziale Durchsetzungsfähigkeit von Frauen fördern oder behindern (...)''



aus: Sun (London 1978)

Zum Schluß sagt sie, daß das individuelle Selbstbestimmungsrecht der Frauen so lange zu bestehen hat, solange Frauen nicht selbstverständlicher Teil dieser Gesellschaft sind. Das schließe das Recht auf Abtreibung und Mutterschaft genauso ein wie das Recht, sich als Leihmutter bezahlen zu lassen.

Dies ist nur ein winziger Ausschnitt aus der hitzigen Debatte um die Fragen von Genetik und Fortpflanzungstechnologien. Wir wollen Einzelaspekte herausgreifen und in den folgenden AKs genauer untersuchen.

gu., Hamburg

Asylrecht — Die Demontage geht weiter

Das Asylrecht steht seit einigen Monaten wieder zur Debatte. Berlins Innensenator Lummer (CDU) behauptet nach alt bekannter Manier, die BRD sei *,,nunmehr an der Grenze ihrer Aufnahmefähigkeit und Belastbarkeit ihrer Bürger''* angelangt. (Welt, 11.2.85)

Man spricht wieder von ,,Flüchtlingsströmen'', ,,Fluten'' und von einer ,,nicht mehr tragbaren Entwicklung''. Franz-Josef Strauß: *,,Es strömen die Tamilen zu Tausenden herein, und wenn sich die Situation in Neukaledonien zuspitzt, dann werden wir bald die Kanaken im Land haben.''* (Spiegel, 18.2.85) Änderungen im Asylrecht seien notwendig, um die BRD *,,vor einer Überflutung zu schützen''*. (Lummer, Spiegel, 18.2.85) Auch die baden-württembergische Landesregierung sieht sich *,,gezwungen, auf mehreren Ebenen entschlossene Vorkehrungen zur Eindämmung des Asylbewerber-Zustroms in Angriff zu nehmen.''* (Spiegel, 18.2.85)

Hintergrund dieser wieder aufgenommenen Debatte ist der ,,Asylantenstrom'', der wieder ,,extrem und vorhersehbar'' angestiegen sei. (F.J. Strauß; Welt, 7.2.85) Verglichen wird die Zahl der Asylbewerber von 1984 (35.278) mit der Zahl von 1983 (19.766). Bundesweit habe sich somit die Zahl fast verdoppelt. Für 1985 werden Asylbewerber-Zahlen von 60 -70.000 vorhergesagt. (FAZ, 2.3.85).

Blickt man jedoch einige Jahre zurück, ergibt sich ein anderes Bild: 1982 z.B. lagen die Asylbewerberzahlen mit 37.423 etwa genauso hoch wie 1984. Das Asylverfahrensgesetz von 1982 hat seine Wirkung getan: 1983 waren die Asylbewerberzahlen um die Hälfte niedriger als 1982. Angesichts der bisher höchsten Zahl von ca. 107.000 Asylbewerbern 1980 heute von ,,Überflutung'' zu sprechen, ist reine Stimmungsmache zur Vorbereitung weiterer Einschränkungen des Asylrechts. Dies belegen auch die internationalen Vergleichszahlen: Die BRD schneidet mit ca. 0,15 % Asylbewerbern im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung gegenüber Österreich mit 0,35 % und der Schweiz mit 0,75 % Asylbewerbern schlecht ab. Sie steht bei der Asylgewährung vor Norwegen an letzter Stelle in Europa.

Pläne zu Gesetzesverschärfungen gehen von Grundrechtsänderungen bis hin zu weiteren Verschärfungen des Asylverfahrensgesetzes von 1982. So erörterte der Berliner Senat im Dezember 1984 die Möglichkeit einer Änderung des Art. 16 GG (Asylrecht) durch Hinzufügung eines ,,Gesetzesvorbehaltes'', der Beschränkungen des Grundrechts auf Asyl durch gesonderte Gesetze erlauben würde.

Der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU Bundestagsfraktion Laufs vertrat die Auffassung, die Änderung des Grundgesetzartikels 16 dürfe ,,kein Tabu'' sein. (FR, 2.4.85) Auch wenn die für eine Grundgesetzänderung notwendige 2/3 Mehrheit derzeit kaum zustande gebracht werden dürfte, zeigt diese Diskussion die Richtung zukünftiger Maßnahmen mit hinreichender Eindeutigkeit an.

Anfang März brachten sowohl Berlin als auch Bayern zusammen mit Baden-Württemberg Gesetzentwürfe zur Änderung des Asylverfahrensgesetzes und des Arbeitsförderungsgesetzes in den Bundesrat ein. Mit diesen Vorschlägen von Lummer, Strauß und Späth wird eine weitere Abschreckung der ausländischen Flüchtlinge beabsichtigt.

Gesetzesentwürfe Bayern + Baden-Württemberg

1. Geplante Verschärfungen des Asylverfahrensgesetzes:
— Bei 3monatigem Aufenthalt in einem Staat, der den Asylbewerber nicht politisch verfolgt, soll davon ausgegangen werden, daß er dort Schutz vor Verfolgung gefunden hat.
— Ein Asylantrag ist unbeachtlich, wenn offensichtlich ist, daß der Ausländer nur aus wirtschaftlichen Gründen oder um einer allgemeinen Notsituation oder kriegerischer Auseinandersetzung zu entgehen, eingereist ist.
— Überprüfung der Voraussetzungen der Asylanerkennung nach 3 Jahren bei individueller Verfolgung und nach 2 Jahren bei Gruppenverfolgung.
2. Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes AFG § 19
— Eine Arbeitserlaubnis darf bis zur unanfechtbaren Anerkennung als Asylberechtigter nicht erteilt werden.

Nach wie vor (trotz des Asylverfahrensgesetzes von 1982) ist den Herrschenden die BRD zu ,,attraktiv''. (Bayr. Sozialminister Neubauer; FR 21.3.85) Einerseits wird von ,,Asylmißbrauch'' geredet, dessen Zunahme an den höheren Asylbewerberzahlen festgemacht wird. Ein Begriff, der den Asylbewerbern unterstellt, aus ,,asylfremden'' Gründen in die BRD zu kommen. Nach amtlichen Schätzungen sollen 1984 die Hälfte der Asylbewerber aus ,,wirtschaftlichen'' Gründen eingereist sein. Andererseits wird betont, daß die Bundesrepublik ,,nicht alle Probleme der Welt'' auf ihrem Rücken austragen könne (Neubauer; FR, 21.3.85). Dies führt eher zum Kern der Sache: 20 % der Asylbewerber im Jahre 1984 stammen aus Sri Lanka. Diese Tamilen werden auch überwiegend als politische Flüchtlinge anerkannt. Außerdem sind unter den Antragstellern viele (ca. 25 %), die schon seit Jahren in der BRD leben, aber wegen veränderter politischer Lage im Heimatland erst jetzt um Asyl nachsuchen (z.B. iranische Studenten).

Also doch kein ,,Mißbrauch'' von Seiten der Flüchtlinge, sondern ein Aushöhlen des Asylrechts: Die CDU-regierten Bundesländer möchten den ohnehin schon geringen Flüchtlingsanteil in der BRD noch weiter reduzieren. Zur Verhinderung des ,,Asylmißbrauchs'' und zur Verringerung der Zahl der Flüchtlinge aus der 3. Welt ist in den Gesetzentwürfen vorgesehen, daß Anträge, die aus ,,wirtschaftlichen Gründen'' gestellt werden, oder um einer allgemeinen Notsituation oder kriegerischer Auseinandersetzung zu entgehen, als ,,offensichtlich unbegründet'' abzulehnen sind. Mit der Ausdehnung des Arbeitsverbotes auf die gesamte Dauer des Asylverfahrens soll verhindert werden, daß Asylbewerber in der BRD Fuß fassen und nicht mehr so leicht auszuweisen sind. Auf der anderen Seite wird über die Belastung der Sozialhilfe-Haushalte gestöhnt. Doppelte Moral!

Die Befristung der Asylanerkennung auf zwei Jahre und ihre erneute Überprüfung ist der wesentliche Auseinandersetzungspunkt um die Einschränkung des Asylrechts. Ansonsten ist außer von den Wohlfahrtsverbänden, dem UN-Flüchtlingskommissariat und amnesty international keine Kritik an der Propaganda gegen angeblich zu viele Asylbewerber zu hören. Es scheint für alle Politiker ein ,,Asylantenproblem'' zu geben, nur über die Lösung gibt es unterschiedlich harte Auffassungen.

Gesetzentwurf Berlin

Geplante Verschärfungen des Asylverfahrensgesetzes:
— Ein asylsuchender Ausländer soll innerhalb von 2 Wochen nach Einreise seinen Asylantrag stellen. Bei Verspätung gilt der Antrag als unbeachtlich.
— Zwei Jahre nach Eintritt der Unanfechtbarkeit der Anerkennung soll von Amts wegen geprüft werden, ob die Voraussetzungen der Anerkennung noch vorliegen. Die Prüfung ist zweimal, jeweils nach 2 Jahren zu wiederholen.
— Asyl ,,offensichtlich unbegründet'' werden Asylanträge eingestuft, die aus wirtschaftlichen Gründen gestellt werden, oder um einer allgemeinen Notsituation oder kriegerischer Auseinandersetzung zu entgehen.

Der Bremer Bürgermeister Koschnik (SPD) hält eine Befristung der Asylgewährung für nicht gut, weil sie die Menschen *,,auf Dauer auf den gepackten Koffern''* sitzen lasse (FR, 2.3.85). Man solle vielmehr die bestehenden Vorschriften ausschöpfen.



Dazu ist sicherlich interessant, daß der FDP-Abgeordnete Hirsch die Auffassung vertrat, daß schon nach dem geltenden Asylverfahrensgesetz eine zeitliche Begrenzung der Asylberechtigung möglich sei, man also kein neues Gesetz brauche. (FAZ, 13.2.85) Gemeint ist damit § 16 Asylverfahrensgesetz, der vorsieht, daß eine Asylanerkennung zu wiederrufen sei, wenn die Voraussetzungen für sie nicht mehr vorliegen. Bislang wird eine solche Überprüfung nicht durchgeführt. Der Verwaltungsaufwand wäre immens. Aber genau dieser Verwaltungsaufwand, oder anders gesagt eine Arbeitsplatzsicherung für Beamte des Zirndorfer Bundesamtes, ist beabsichtigt. Eine Überprüfung soll ,,von Amts wegen'', d.h. vorschriftsmäßig alle zwei Jahre vorgenommen werden. Der hessische Innenminister Winterstein hält das für *,,geschichtslos und unmenschlich''* und sieht darin *,,das offene Bekenntnis zur Abschaffung des Grundrechtes auf Asyl''*. (Spiegel, 18.2.85) Eine befristete Erteilung des Asylrechtes ist außerdem unvereinbar mit der Genfer Flüchtlingskonvention (René van Rooyen, Vertreter des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen in der BRD; FR 12.4.85). Bisher nicht als Gesetzesänderung formuliert, aber in die Diskussion miteingebracht, wird die Forderung nach Einreiseverweigerung für Flüchtlinge, die sich schon drei Monate in einem westlichen Land aufgehalten haben, das die oben genannte Flüchtlingskonvention unterschrieben hat. Auch die 2 - 4 Wochen Frist für neueinreisende Flüchtlinge zur Stellung eines Asylantrages ist ein formalistischer Versuch, die Zahl der Asylbewerber gering zu halten und steht dazu noch im Widerspruch zu einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom Juli 1984, nach dem Flüchtlingen eine angemessene Zeit zur Orientierung im Zufluchtsland zugestanden werden muß.

Daß mit den geplanten Gesetzesänderungen die Demontage des Asylrechts vorerst beendet sein wird, ist nicht zu erwarten. Alles deutet darauf hin, daß weitere Debatten und Maßnahmen folgen, um insbesondere auch im EG-Maßstab zu Regelungen zu kommen, die anstelle des Schutzes von Asylbewerbern dem maximalen Schutz der westeuropäischen Metropolen vor Asylsuchenden dienen.

AG Ausländer

Die große Abrechnung

Zu den Urteilen gegen die RAF in Düsseldorf und Stammheim

„Die beiden Gefangenen sind schuldig:
1. dreier in rechtlich in einer Handlung begangener Morde (Buback),
2. des Mordes in Tateinheit mit versuchter Geiselnahme und versuchtem erpresserischen Menschenraub (Ponto),
3. des versuchten Mordes in fünf rechtlich zusammentreffenden Fällen und zugleich der versuchten Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion sowie zweier tateinheitlicher Freiheitsberaubungen (Granatwerferanschlag),
4. vierer durch dieselbe Handlung begangener Morde in Tateinheit mit Geiselnahme, erpresserischem Menschenraub, zwei rechtlich zusammentreffenden Nötigungen eines Verfassungsorgans sowie zwei tateinheitlich versuchten schweren räuberischen Erpressungen (Schleyer und Begleiter),
5. eines weiteren Mordes (Schleyer),
6. des versuchten Mordes in vier rechtlich zusammentreffenden Fällen und zugleich der Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion (Kroesen),
7. jeweils gemeinschaftlich und in rechtlich einer Handlung begangen durch die Angeklagte Mohnhaupt als Rädelsführerin, durch den Angeklagten Klar als Mitglied einer terroristischen Vereinigung. Der Angeklagte Klar ist weiter schuldig des versuchten Mordes in zwei Fällen (Schweizer Grenze)." (SZ vom 3.4.85).

— so der Urteilsspruch im Wortlaut, den der 5. Senat des Oberlandesgerichts Stuttgart am 2.4.85 nach 84 Verhandlungstagen in der Stammheimer „Mehrzweckhalle" gegen Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar verkündete, und der in allen Punkten exakt der Anklage entspricht. **Das Strafmaß — jeweils fünfmal lebenslänglich plus 15 Jahre — übertrifft alle bisherigen Urteile in Prozessen gegen die RAF.** Die Bundesanwaltschaft hatte sogar achtmal lebenslänglich für Christian Klar und sechsmal lebenslänglich für Brigitte Mohnhaupt gefordert.

Wenige Tage zuvor, am 13.3.85, war das Urteil im Düsseldorfer Parallelver-

längllch für Brigitte Mohnhaupt gefordert.

Wenige Tage zuvor, am 13.3.85, war das Urteil im Düsseldorfer Parallelver-

fahren gegen Adelheid Schulz und Rolf-Clemens Wagner (nach 126 Verhandlungstagen) gefällt worden: **dreimal lebenslänglich für Adelheid Schulz** wegen Mitwirkung als führendes Mitglied der RAF an der Entführung und Tötung von Schleyer und seiner Begleiter (am 18.10.77) sowie der Erschießung von Ponto (am 30.7.77), **zweimal lebenslänglich für Rolf-Clemens Wagner**, dem nur der Schleyer-Komplex zur Last gelegt werden konnte. Die Schweiz, wo Rolf-Clemens Wagner 1980 bereits zu einmal lebenslänglich verurteilt worden ist, hatte an seine Auslieferung u.a. die Bedingung geknüpft, daß er nicht wegen § 129a angeklagt werden darf.

Das Urteil in Stammheim soll einen klaren Schlußstrich unter die Auseinandersetzung zwischen Staat und RAF markieren; mit dem „Paukenschlag einer hohen Verurteilung" soll signalisiert werden, „das war's jetzt, jetzt ist Schluß mit dem Ganzen". (Brigitte Mohnhaupt in ihrem Schlußwort.

Durch die Presse ging denn auch ein erleichtertes Aufatmen bei der Feststellung, daß nunmehr die meisten RAF-Leute voraussichtlich auf immer und ewig hinter Betonmauern verbannt sind.

Doch die Hexenjagd wird weitergehen. Vertreter der Bundesanwaltschaft weisen auf die „verstärkte internationale Zusammenarbeit der Terroristen" hin (SZ vom 3.4.85), und seit neuestem ist ja ein neues Terrorismus-Phänomen entdeckt worden, der sogenannte „Öko-Terrorismus". Rebmann & Co. werden jedenfalls nicht so schnell arbeitslos werden.

Null Beweise ...

Einzig und allein die **„Kollektivitätsthese"**, nach der sämtliche Aktionen der RAF von allen Mitgliedern nach Konsensprinzip diskutiert und gemeinsam durchgeführt worden sein sollen (bzw. werden sollen) in Verbindung mit Aussagen hinlänglich bekannter Kronzeugen machte diese Urteile überhaupt möglich.

Nach konkreten Tatnachweisen sucht mensch in beiden Verfahren vergeblich. So konnte etwa im Fall Buback der eigentliche Todesschütze nicht ermittelt werden, *„jedoch, ‚wie bei der RAF üblich', so die Bundesanwaltschaft, wurden die Aktionen der RAF ‚gemeinsam erörtert, gemeinsam durchgeführt', allerdings ‚in der bei der RAF charakteristischen Form der Arbeitsteilung'."* (taz, 14.3.85)

Es konnte auch nicht festgestellt werden, ob Brigitte Mohnhaupt **überhaupt** an der Ponto-Aktion beteiligt war. Nach BAW-Lesart besteht jedoch kein Zweifel an ihrer Mittäterschaft, da es „ihrer Autorität zuzuschreiben (sei, Anm. AK), daß die von der RAF als ‚Offensive 77' bezeichneten Aktionen eingeleitet worden" sind (TSP vom 3.4.85).

Zu Christian Klars angeblicher Beteiligung an der Buback-Aktion kam das bemerkenswerte Ermittlungsergebnis zustande, daß er entweder Fahrer oder Beifahrer des Motorrads gewesen sei, von dem aus Buback erschossen worden war, er hätte aber auch den Wagen gesteuert haben können, mit dem die Täter geflüchtet sind (!).



Christian Klar

Die Verwertung von dubiosen Zeugenaussagen und die Beweisführung etwa durch Fingerabdrücke und Schriftanalysen lassen einem die Haare zu Berge stehen. *„So wurden zum Beweis der Tatsache, daß Christian Klar den Audi 100 gekauft haben soll, in dem Schleyer tot aufgefunden wurde, die Äußerungen eines Autoverkäufers von der Bundesanwaltschaft angeführt. Danach konnte der Verkäufer Christian Klar ‚nicht als Käufer indentifizieren, aber auch nicht als Käufer ausschließen'."* (taz, 15.3.85).

Ähnliches gilt für ein Schriftstück im Zusammenhang mit dem Anschlag auf die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe 1977, bei dem nicht ausgeschlossen werden konnte, daß es von Brigitte Mohnhaupt stammt, das ihr aber auch nicht eindeutig zugerechnet werden konnte. Fazit: Brigitte Mohnhaupt gilt als Mittäterin.

... plus Legenden ...

Die „Meistersänger" Volker Speitel und Hans-Joachim Dellwo waren auch diesmal wieder Hauptbelastungszeugen, ohne überhaupt im Prozeß aufzutreten.

Die Konstruktion, nach der Brigitte Mohnhaupt zur „Rädelsführerin" gemacht wurde, basiert in der Hauptsache auf den Aussagen dieser „Zeugen". Für den Senat steht fest, daß sich Brigitte Mohnhaupt nach ihrer Haftentlassung Anfang 1977 *„aufgrund ihrer Kontakte zu den in Stammheim einsitzenden Andreas Baader und Ulrike Meinhof Achtung und Autorität verschafft und Einfluß ausgeübt"* hat (VB vom 3.4.85), was im Klartext wohl heißen soll, daß sie als neue „RAF-Führerin" im Auftrag der Gefangenen die „Offensive 77" gestartet habe. Bis heute habe sie die Führungsrolle inne, was die Erklärung zum letzten Hungerstreik (vom 4.12.84) beweise, die aus Stammheim kam.

Daß die Erschießung von Ponto Brigitte Mohnhaupt angelastet werden konnte, ist ebenfalls den „Meistersängern" zu verdanken. *„Kurier Hans Joachim Dellwo will am Tattag Brigitte Mohnhaupt in einer konspirativen Wohnung getroffen und beobachtet haben, wie sie einen ‚beigen oder gelben Hosenrock oder Rock und eine gleichfarbene Jacke' angezogen habe."* (taz, 27.3.85)

Wie die Glaubwürdigkeit dieser von der Bundesanwaltschaft gekauften Kronzeugen zu bewerten ist, ist aus vielen vorangegangenen Prozessen gegen die RAF bekannt. Sie wurden in nahezu allen Verfahren als Belastungszeugen eingesetzt, und aufgrund ihrer Aussagen wurden u.a. Sieglinde Hofmann und Stefan Wisniewski zu zweimal lebenslänglich und Peter Jügen Boock zu mehr als dreimal lebenslänglich verurteilt.

Die Verteidiger von Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt belegten die Unglaubwürdigkeit der beiden noch einmal eindrücklich in ausführlichen Bweisanträgen. Z.B. wurde der Auslieferungsantrag an Jugoslawien für Peter Jürgen Boock, Sieglinde Hofmann, Brigitte Mohnhaupt und Rolf Clemens Wagner (im November 1978) erst durch gezielte (Falsch-) Aussagen von Speitel möglich, der behauptete, Rolf Clemens Wagner habe die Schleyer-

Wagner (im November 1978) erst durch gezielte (Falsch-) Aussagen von Speitel möglich, der behauptete, Rolf Clemens Wagner habe die Schleyer-

Aktion mitgeplant und durchgeführt. Ein Jahr zuvor hatte er gegenüber der Bundesanwaltschaft ausgesagt, er kenne Rolf Clemens Wagner überhaupt nicht.



Brigitte Mohnhaupt

Auch unter dieses Kapitel — die Legenden der Kronzeugen — sollte im Stammheimer Verfahren ein Schlußstrich gezogen werden. Sie haben ihre Aufgabe auch weitgehend erfüllt, wobei der Senat in Stammheim alles unternahm, um ein weiteres Mal das Auftreten dieser Hauptbelastungszeugen zu verhindern, wie schon im Prozeß gegen Knut Folkerts und Peter Jürgen Boock. Die Bundesanwaltschaft und der Senat wehrten die Forderung nach einer Vernehmung von Speitel und Dellwo mit der schlichten Begründung ab, *„die vorgetragenen Beweistatsachen (in den Beweisanträgen der Verteidigung, Anm. AK) können so behandelt werden, als wären sie wahr."* (taz, 27.3.85) Zu diesen Beweistatsachen zählte die Behauptung, daß Speitel *„keine Lust mehr hat, der Kronzeugenrolle zu entsprechen"*, wie auch die 50.000 DM Starthilfe für seine Aussagen (beides hat Speitel in einem Interview mit dem ‚Stern' im August 1981 zugegeben, allerdings mit der Einschränkung, daß er das Geld nicht für seine Aussagen bekommen habe, und auch nicht wisse, von wem es stammt). Das alles änderte für das Gericht nichts an seiner Glaubwürdigkeit. Ein solches Vorgehen des Senats *„hätte in jedem normalen Strafverfahren den Prozeßverlauf auf den Kopf gestellt. Nach einem Beschluß des Bundesgerichtshofs aus dem Jahre 83 ist das ‚willkürliche Zurückhalten eines Zeugen unzulässig'."* (taz, 27.3.85).

... plus illegale Abhöraktionen ...

Im Prozeß gegen Adelheid Schulz und Rolf Clemens Wagner in Düsseldorf wurde das Urteil auf der Grundlage einer ähnlich dünnen Beweislast gefällt. Bemerkenswert sind allenfalls die z.T. recht „unkonventionellen" Methoden der Beweischaffung. Rolf Clemens Wagner war von der Anklage der als Sprecher des „Kommando Siegfried Hausner" (das Schleyer entführt und erschossen hatte) aufgebaut worden. Er soll die Gespräche geführt haben, durch die während der Entführung Kontakt aufgenommen worden war — einerseits zu Bekannten und Verwandten von Schleyer und andererseits zu dem als Vermittler zwischen Entführungskommando und Krisenstab fungierenden Genfer Anwalt Payot. Das Problem bestand somit darin, die Stimme von Rolf Clemens Wagner zu identifizieren.

Am 25.8. 1983 (also noch vor Beginn des Hauptverfahrens) erging ein Beschluß des Senats, ein „auditivlingui-

identifizieren.

Am 25.8. 1983 (also noch vor Beginn des Hauptverfahrens) erging ein Beschluß des Senats, ein „auditivlingui-

stisches Gutachten" zu erstellen, was praktisch so ablief: kurz nach dem Beschluß hörten BKA-Spezialisten und als JVA-Bedienstete getarnte Sprachsachverständige ein Gespräch zwischen Wagner und einem Justizbeamten bei seiner Verlegung nach Köln-Ossendorf ab. Ca. zwei Monate später, zu Beginn der Hauptverhandlung, fragte der Vorsitzende Richter Arend, ob während der Verhandlung Tonbandaufnahmen gemacht werden könnten, was die Angeklagten natürlich ablehnten. Der Senat stimmt der Ablehnung ohne viel Federlesen zu, was im Nachhinein nicht überrascht, hatte er das Material doch schon in der Tasche.

Am 31.10.83 hielt es das Gericht dann offenbar für angemessen, auch die Angeklagten und ihre Verteidiger von dieser Abhöraktion zu unterrichten. Der daraufhin gestellte Befangenheitsantrag sowie die Forderung nach sofortiger Vernichtung der Tonbandaufzeichnungen wurden abgelehnt; der Befangenheitsantrag diene der Prozeßverschleppung, **und daß der Angeklagte ohne sein Wissen und gegen seinen Willen als Zeuge gegen sich selbst eingesetzt worden war, stelle „keinen schwerwiegenden Eingriff in die Persönlichkeitsrechte" dar.**

... macht 15 mal lebenslänglich plus 30 Jahre

In ihrem letzten Einstellungsantrag (vom 13.12.84) führen die Verteidiger von Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar aus: *„Es (das Verfahren) verstößt insbesondere gegen tragende Grundsätze des Völkerrechts, welche in der BRD unmittelbar Geltung beanspruchen können. Dieses Gericht hier hat in den letzten Monaten hartnäckig dieses völkerrechtswidrige Konzept betrieben und jede Behandlung der Fragen um die es für eine ‚Wahrheitsfindung' über die Aktionen der RAF, insbesondere 1977, gehen müßte, verhindert."* Z.B. wurden *„Beweisanträge der Verteidigung zum Nachweis, daß 1977 nach der Schleyer-Entführung tatsächlich der Ausnahmezustand u.a. durch Einrichtung diverser ‚Krisenstäbe' praktiziert wurde"*, vom *„Gericht abgelehnt, weil das ‚ohne rechtliche Bedeutung' sei, obwohl Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt auch ‚versuchte Nötigung von Verfassungsorganen' ... vorgeworfen wird und die Krisenstäbe eben keine Verfassungsorgane, sondern verfassungswidrig waren."* (Politische Berichte, 7/85).

Zeugen, die zu den Gesprächen in den Krisenstäben sicherlich Interessantes zu berichten gehabt hätten, wurden vom Gericht entweder nicht geladen, wie der ehemalige Flick-Generalbevollmächtigte Eberhard von Brauchitsch, oder sie konnten ihre Aussagen auf rhetorische Floskeln beschränken, wie ein anderes Mitglied des großen Krisenstabes, der Ex-Vorstandsvorsitzende der Daimler Benz AG, Prof. Joachim Zahn, die jedoch allein schon aufschlußreich genug waren. Seiner Aussage zufolge sind bereits schon bei der ersten Sitzung des großen Krisenstabes (am 6.9.77) die *„Vorentscheidungen gefallen"* (zit. nach taz vom 24.11.84). Man sei sich schon zu diesem Zeitpunkt einig gewesen, den Forderungen des Kommandos nicht nachzukommen, sondern auf Zeitgewinn zu spekulieren.

Wie diese Vorentscheidungen im Einzelnen auch immer ausgesehen haben mögen, sei dahingestellt. Fest steht, daß die Regierung zu keinem Zeitpunkt bereit war, auch nur den geringsten Anschein von Verhandlungsbereitschaft zu erwecken. Stattdessen endete die Aktion in einem Blutbad: Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe, drei der elf Gefangenen, die freigepreßt werden sollten, waren tot.

Das Urteil in Düsseldorf, insbesondere aber das in Stammheim, symbolisieren die endgültige Sanktion des staatlichen Vorgehens im Herbst 1977. gleichzeitig wird damit das ganze Instrumentarium, das sich die Staatsschutzjustiz in den letzten zehn Jahren aufgebaut hat, festgeschrieben, angefangen mit dem Sondergesetzpaket („Lex RAF") 1975, über die neu geschaffenen Straftatbestände § 129a, der absurden Konstruktion der „Fortsetzung der RAF aus der Haft heraus" mit der daraus resultierenden „kalten Kontaktsperre", der Einführung der Trennscheibe 1978 bis hin zur Erfindung des „illegalen Info-Systems und neben dem Verbot der Mehrfachvertei-

Kontaktsperre", der Einführung der Trennscheibe 1978 bis hin zur Erfindung des „illegalen Info-Systems und neben dem Verbot der Mehrfachvertei-

digung weiteren Einschränkungen der Verteidigerrechte. Mit diesen Konstruktionen werden auch die Haftbedingungen neu gerechtfertigt.

Mit der Behauptung des „Fortbestands der RAF" in den Gefängnissen wurde die „Offensive 77" zur Aktion erklärt, die auf einer „einheitlichen Planung" von Gefangenen und der RAF beruht haben soll (Zellensteuerung). Darauf basierte (nicht nur in diesen beiden Verfahren) die Anklage im wesentlichen.

Der letzte Versuch auf dieser Grundlage war die Behauptung, auch der letzte Hungerstreik sei eine „Aktion" der RAF (i.S. des § 129a) gewesen, womit nicht zuletzt der Eindruck in der Öffentlichkeit geweckt werden soll, daß sich hierbei nicht Gefangene im Hungerstreik befinden, die seit Jahr und Tag voneinander isoliert sind, sondern eine terroristische Vereinigung im Knast.

„Bis zum Zusammenbruch des Weltbildes" (so die Studie des Bundesjustizministeriums, 1983) soll die Schraube der Isolation immer fester angeschraubt werden, durch die immer schärfere Kriminalisierung ihrer Verwandten, Freunde, ihrer Verteidiger und zuletzt durch die Kriminalisierung der Gefangenen selbst.

Vor diesem Hintergrund bedeuten die Urteile in Düsseldorf und v.a. in Stammheim nichts anderes als Mord auf Raten. Sie machen — sowohl vom Verfahrensablauf wie vom Ergebnis — erneut den unbedingten Vernichtungswillen des Staates deutlich.

Denn es ist nicht absehbar, daß sich an den Haftbedingungen entscheidendes ändert, geschweige denn, daß die Forderung der Gefangenen nach Zusammenlegung erfüllt wird. Beim letzten Hungerstreik hat der Staat erneut klar zu verstehen gegeben, daß er eher Tote in Kauf nimmt, als auch nur ein Jota von seiner Position aufzugeben.

Die Höhe des Stammheimer Urteils hat wie keines bisher deutlich gemacht, daß es darum geht, jegliche Hoffnung, daß die Gefangenen jemals wieder rauskommen, zunichte zu machen.

Auch dafür gibt es eine rechtliche Handhabe, in diesem Fall in Form einer Gesetzeslücke. Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts muß eine lebenslange Haft nach 15 Jahren von der zuständigen Strafvollstreckungskammer überprüft werden. Nach dieser Prüfung kann der Gefangene entlassen werden, sofern nicht die besondere Schwere der Schuld die weitere Inhaftierung gebietet und entsprechende Gutachten und Stellungnahmen der Staatsanwaltschaft, der Anstaltsleitung und des Justizministeriums vorliegen. Die Freilassung ist jedoch nicht zwingend.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

„Da es bei einer Verurteilung wegen Mordes nach dem Gesetz keine Gesamtstrafenbildung geben kann, ist dort ein rechtsfreier Raum entstanden, wo jemand wegen mehrfachen Mordes zu mehrfach lebenslanger Haft verurteilt worden ist." (taz, 3.4.85)

Rebmann weiß die Lücke auszunützen. Er hat das anhand von Peter Jürgen Boocks Urteil vorgerechnet, der zu dreimal lebenslänglich und 15 Jahren verurteilt wurde. Mit seiner Entlassung müsse er (Rebmann, Anm. AK) sich frühestens im Jahre 2040 befassen, indem er nämlich die Mindeststrafe von dreimal lebenslänglich addierte und zwei Drittel der zusätzlichen Zeitstrafe dazu, was eine Mindeststrafe von insgesamt 55 Jahren ausmacht. Für Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar bedeutet diese Rechnung Haftende frühestens im Jahre 2070.

Anti-Repressions Kommission KB/Westberlin

Im Anschluß dokumentieren wir das sogenannte „24-Punkte-Programm", ein Haftstatut, das für nahezu alle RAF-Gefangenen gilt.

Das „24-Punkte-Programm"

1. Die Unterbringung des Beschuldigten gemeinsam mit anderen Untersuchungs- oder Strafgefangenen in demselben Raum ist ausgeschlossen.
2. Die Tür des Haftraumes des Beschuldigten ist mit einem zusätzlichen Schloß zu versehen.
3. Das Fenster des Haftraumes des Beschuldigten ist mit einer Schutzvorrichtung — z.B. Fliegendrahtgitter oder Lochblech — zur Vermeidung unkontrollierter Kontaktaufnahme zu versehen, wobei ausreichende Sicht, ausreichender Lichteinfall und ausreichende Belüftung gewährleistet sein müssen.
4. Der Haftraum des Beschuldigten darf nicht über die in der Justizvollzugsanstalt vorgeschriebene und für andere Gefangene geltende Zeit hinaus beleuchtet werden. Die Benutzung anderer Lichtquellen, wie Stehlampen, Taschenlampen, Kerzen u.ä. ist untersagt.
5. Die Teilnahme an Veranstaltungen der Justizvollzugsanstalt und am Gottesdienst ist ausgeschlossen. Im übrigen darf der Beschuldigte bei Vorführungen und zum Baden nicht mit anderen Gefangenen zusammengebracht werden.
6. Die Ausgabe von Mahlzeiten erfolgt einzeln durch zwei Beamte der Justizvollzugsanstalt. Die Selbstverpflegung durch Vermittlung der Justizvollzugsanstalt im Rahmen von § 50 Abs. 2 UVollzO wird nicht verwehrt.
7. Die Bewegung im Freien ist als Einzelfreistunde durchzuführen, deren Dauer der jeweiligen Freizeit der anderen Untersuchungsgefangenen entspricht. Die Einzelfreistunde ist sofort
abzubrechen, wenn der Beschuldigte
spricht. Die Einzelfreistunde ist sofort
abzubrechen, wenn der Beschuldigte sie zu Störungen mißbraucht, insbesondere bei Nichtbefolgung von Anweisungen, Beleidigungen von Anstaltsbediensteten und Begehung von Körper- und Sachschäden.
8. Der Beschuldigte darf sich die vom Anstaltsleiter zugelassenen Zusatznahrungsmittel und Genußmittel sowie Gegenstände des persönlichen Bedarfs, soweit diese nicht durch richterliche Anordnung ausgeschlossen sind, über den Anstaltseinkauf beschaffen. Der Beschuldigte darf dabei die für die Untersuchungsgefangenen geltenden Regelgeldbeträge überschreiten, und zwar jeweils zu einem monatlichen Höchstbetrag von 300,- DM.
9. Dem Beschuldigten ist es untersagt, eigene Oberbekleidung zu benutzen. Soweit aus medizinischen Gründen das Tragen anderer als anstaltseigener Kleidung erforderlich ist, entscheidet über die Zulassung im Einzelfall der Anstaltsleiter nach Absprache mit der Bundesanwaltschaft.
10. Stücke der Habe, die sich zum persönlichen Gebrauch oder zur Ausstattung des Haftraumes eignen, können vom Anstaltsleiter nach Absprache mit der Bundesanwaltschaft dem Beschuldigten überlassen werden.
11. Der Beschuldigte, sein Haftraum und die darin befindlichen Sachen sind täglich zu durchsuchen. Kenntnisnahme vom Inhalt der als Verteidigerpost gekennzeichneten Schriftstücke ist nicht zulässig.
12. Der Beschuldigte ist bei Tag und Nacht unauffällig zu beobachten.
13. Der Beschuldigte darf den Hörfunk über die Gemeinschaftsanlage der Justizvollzugsanstalt so wie sie auch den anderen Untersuchungsgefangenen zugänglich ist, empfangen. Der Beschuldigte darf ein Rundfunkgerät ohne UKW- und KW-Empfangsteil benutzen, das durch Vermittlung der Vollzugsanstalt zu beziehen ist. Wird das Gerät durch Dritte beschafft, so ist es vor der Erstaushändigung durch Beamte des Bundeskriminalamtes oder des zuständigen Landeskriminalamtes darauf zu untersuchen, ob es den vorgenannten Empfangsbedingungen entspricht und ob in ihm nicht Gegenstände enthalten sind, die zu ihrer Einbringung in die Anstalt der Genehmigung bedürfen.
14. Der Beschuldigte darf bis zu vier deutschsprachigen Tageszeitungen durch Vermittlung der Justizvollzugsanstalt beziehen. Durch Vermittlung der Justizvollzugsanstalt darf der Beschuldigte ferner bis zu vier deutschsprachige Wochen- und Monatszeitungen oder -zeitschriften, die im allgemeinen Handel erhältlich sind, beziehen. Weitere Druckschriften sind dem für die Haftkontrolle zuständigen Gericht vorzulegen.
15. Der Beschuldigte darf jeweils bis zu zwanzig Bücher in seinem Haftraum aufbewahren.
16. Zur Vorbereitung und Durchführung seiner Verteidigung darf der Beschuldigte in seinen Hafträumen eine eigene Schreibmaschine benutzen. Wird die Maschine nicht durch Vermittlung der Anstalt, sondern durch Dritte beschafft, so ist sie vor der Erstaushändigung durch Beamte des Bundeskriminalamtes oder des zuständigen Landeskriminalamtes darauf zu untersuchen, ob in ihr nicht Gegenstände enthalten sind, die zu ihrer Einbringung in die Anstalt der Genehmigung bedürfen.
— In jedem Fall ist vor der Erstaushändigung eine Schriftprobe anzufertigen.
17. Der Beschuldigte darf nach Maßgabe der jeweiligen Einzelgenehmigung Besuch empfangen. Mehrere Personen werden nur ausnahmsweise zum gemeinschaftlichen Besuch zugelassen. Die allgemein gültige Besuchszeit von 30 Minuten kann nur bei Gestattung der jeweiligen Einzelgenehmigung überschritten werden. Der Besuch ist unverzüglich abzubrechen, wenn er vom Besucher oder dem Beschuldigten mißbraucht wird (z.B. durch Nichtbefolgung von Weisung der überprüfenden und überwachenden Beamten, Übergabe von Sachen, Mitteilung verschlüsselter oder verschleierter Nach-
Übergabe von Sachen, Mitteilung verschlüsselter oder verschleierter Nach-
richten, Gespräche über kriminelle Aktivitäten in der „Terroristenszene" oder in den diese unterstützenden Gruppen, Gespräche über Widerstand in Vollzugsanstalten einschließlich „Hungerstreik")..
18. Den Besuchern ist es nicht gestattet, dem Beschuldigten Nahrungs- und Genußmittel sowie andere Gegenstände auszuhändigen. Soweit die Besucher dem Beschuldigten Nahrungs- und Genußmittel zuwenden wollen, steht es ihnen frei, den entsprechenden Geldbetrag auf das Konto des Beschuldigten bei der Justizvollzugsanstalt einzuzahlen. Von diesem Geld darf der Beschuldigte durch Vermittlung der Justizvollzugsanstalt Obst, Süßwaren und Zigaretten in der anstaltsüblichen Menge kaufen, und zwar über den ihm sonst zur Verfügung stehenden Einkaufsbetrag hinaus.
19. Pakete mit anderem Inhalt als Druckschriften sind unmittelbar der jeweiligen Justizvollzugsanstalt zu übersenden, deren Leiter zunächst über die Aushändigung in eigener Zuständigkeit entscheidet.
20. Besucher des Beschuldigten sind vor jedem Besuch zu durchsuchen, und zwar durch Abtasten über der Kleidung und Durchsuchung der mitgebrachten Behältnisse.
21. Der Beschuldigte ist vor und nach jedem Besuch bei völliger Entkleidung und Umkleidung zu durchsuchen.
22. Verteidiger dürfen vor jedem Besuch durch Abtasten der Kleidung und Durchsicht der Behältnisse auch unter Zuhilfenahme eines Metalldetektors auf nicht der Verteidigung dienende Gegenstände durchsucht werden. Es ist ihnen nicht gestattet, Diktiergeräte, Tonbandgeräte u.ä. einschließlich Zubehör in den Sprechraum mitzunehmen. Schriftstücke oder andere Gegenstände der Verteidiger sind vor Aushändigung an den Beschuldigten dem zuständigen Richter zur Prüfung vorzulegen. Sie sind zurückzuweisen, sofern sich der Absender oder derjenige, der sie unmittelbar übergeben will, nicht damit einverstanden erklärt, daß sie zunächst dem zuständigen Richter vorgelegt werden.
23. Bei akuter Gefahr für Leib oder Leben des Beschuldigten kann der Anstaltsleiter auch ohne richterliche Zustimmung über die Ausführung entscheiden.
24. Soweit durch die vorstehenden Einzelanordnungen Regelungen nicht getroffen sind, finden die Bestimmungen der Untersuchungshaftvollzugsordnung Anwendung.

Europa-Parlament bestätigt Immunität für Benny Härlin und Michael Klöckner



Mit einer schönen Bauchlandung endete am 16. April der Versuch des Kammergerichts Westberlins, die Aufhebung der Immunität der beiden Europa-Parlamentarier der Grünen, Benny Härlin und Michael Klöckner zu erreichen.

Beide waren am 1. März 84 zu je zweieinhalb Jahren Gefängnis ohne Bewährung allein wegen der *„Verbreitung"* der Zeitschrift „Radikal" verurteilt worden. Laut Richter Phalhoffs Urteilsbegründung hat die Tatsache, daß Benny und Michael Mitglieder der „Zeitungskooperative" (einem Trägerverein der „Radikal") gewesen sind, zur Verurteilung wegen *„Unterstützung einer terroristischen Vereinigung"* (129 a StGB) ausgereicht.

Nach dem Urteil machten die „Grünen" den beiden das Angebot, auf einem sicheren Listenplatz zur Europawahl zu kandidieren. Mit dem Einzug ins europäische Parlament im Juli 84 unterlagen dann beide der Immunität, der Zugriff der Westberliner Justizbehörden auf sie war nicht mehr möglich. Ebenso ruht seither die von beiden eingelegte Revision vor dem Bundesgerichtshof.

Die Tatsache, daß Michael Klöckner und Benny Härlin nicht in den Tegeler Knast verbracht werden konnten, ließ Westberlins obersten politischen Staatsanwalt Przytarski und mit ihm das Kammergericht nicht ruhen. Auf Betreiben von Przytarski stellte das Kammergericht noch im Sommer 84 den Antrag auf Aufhebung der Immunität in Straßburg.

Doch schon bei der Beratung über das Begehren der Westberliner Richter im Rechtsausschuß des Straßburger Parlaments sah es
ner Richter im Rechtsausschuß des Straßburger Parlaments sah es
schlecht für diese aus. *„Zahlreichen Abgeordneten — so das grüne Rechtsausschußmitglied Frank Schwalba-Roth gegenüber der TAZ — scheine die ‚Absurdität wegen Mitgliedschaft im Trägerverein der „Radikal" von Werbung für den Terrorismus zu sprechen, offenkundig zu sein."* (Taz, 1.3.85) Das endgültige Aus für das kammergerichtliche Begehren kam dann vom Plenum des Europäischen Parlaments am 16.4.85. *„Das Europäische Parlament stellte sich auf den Standpunkt, daß der der Anklage zugrunde gelegte Sachverhalt in sehr engem Zusammenhang mit den typischerweise von Abgeordneten ausgeübten politischen Aktivitäten stehe. Die Herausgabe von Zeitungen in rechtlicher und materieller Hinsicht zur Bereicherung der Presselandschaft gehören zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung gerade in den in der EG zusammengeschlossenen demokratischen Ländern."* (FR, 17.4.85)

So ist diese Entscheidung eine schallende Ohrfeige für die Westberliner Justiz. Wie der Bundesgerichtshof auf dieses Straßburger Votum reagiert, wenn er über die Revision zu entscheiden haben wird, bleibt abzuwarten. Im Fall der Agit-Drucker, denen allein aus dem Drucken des „Info-Bug" — einer Zeitschrift, in der auch Erklärungen der RAF zu lesen waren — hatte der BGH jedenfalls grundsätzlich den Kurs der Westberliner Justiz bestätigt, die die Drucker wegen „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" am 13.2.79 zu Gefängnisstrafen zwischen 9 und 12 Monaten ohne Bewährung verurteilt hatte, änderte aber das ebenfalls zur Revision vorgelegte Urteil auf „zur Bewährung" ab.

Benny Härlin und Michael Klöckner sehen mit der Straßburger Entscheidung ihre dortige Mission als erledigt an, wollen aber in jedem Fall noch über den diesjährigen 8. Mai im Parlament bleiben, an dem Ronald Reagan dort sprechen soll.

Hans-Jörg Schuhmacher

Ebenfalls Auswirkungen könnte die Straßburger Entscheidung für Hans-Jörg Schuhmacher haben. Hans-Jörg Schuhmacher lebt seit 84 in Amsterdam im Exil. Dort stellte er am 18.10.84 einen Antrag auf politisches Asyl. Ihm wird Beteiligung an der Erstellung der „Radikal" bei mindestens einer Nummer vorgeworfen, also ebenfalls „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung". Anfang dieses Jahres haben die Westberliner Justizbehörden Hans-Jörg Schuhmachers Auslieferung zur Durchführung eines Strafverfahrens von den Niederlanden verlangt.

Am 19.3. vertagte das Gericht in Amsterdam die Entscheidung über das Auslieferungsbegehren, um einen Rechtsvergleich BRD-Niederlande in bezug auf den Anklagevorwurf der Westberliner Staatsanwaltschaft vornehmen zu können.

„Das Gericht, so meldet ANP (Niederländische Presseagentur) sah sich außerstande, am ersten Verhandlungstag zu beurteilen, welche niederländischen Straftatbestände denen entsprechen, die Schuhmacher in der Bundesrepublik zur Last gelegt werden, weil sie das zentrale Kriterium im deutsch-niederländischen Auslieferungsabkommen berührt, wonach die Niederlande nur dann zur Auslieferung verpflichtet sind, wenn Schumacher nach deutschem Recht zur Last gelegte Straftaten auch nach holländischem Recht strafbar sind." (Taz, 20.3.85) Die Entscheidung wurde auf den 16. Mai vertagt. Wir drücken die Daumen!

Anti-Repressionskommission KB Westberlin

Bericht von Christian Klar über seine Haftbedingungen

Die Grundlage meiner Haftbedingungen war von Anfang an bis heute das 24-Punkte-Programm. Mit zwei Abweichungen, bzw. Ergänzungen:
1. Beschränkung des Briefverkehrs auf 20 Seiten pro Woche und generelles Verbot von Kopien-Versendung.
2. Seit Stammheim Angebot, mit einer Gruppe von sozialen Gefangenen Hofgang zu machen (mit vorher und nachher Ausziehen-Durchsuchen- was anderes Anziehen und verstärkter Überwachung).
Im einzelnen:
Frankenthal, ca. 3 Wochen nach der Verhaftung im November 1982. Spezialhof mit besonders kleinen Ausmaßen. Kreis von ca. 15 m im Durchmesser. Sinnlose Anweisung, 5 m Abstand zur Wand zu lassen. Besonders terroristische Überwachung. Militarisierter Ablauf: raus aus der Zelle, an die Wand mit erhobenen Händen stellen. Abtasten. Im Laufschritt durch die Gänge, die immer von allen anderen Gefangenen leergeräumt waren. Ich verlangte, auf den großen Hof zu gehen, was abgelehnt wurde. Darauf blieb ich 24 Stunden in der Zelle.
Straubing, Dez. 1982 bis Dez. 1983, Toter Trakt. D.h. ein Trakt, in dem ich alleine untergebracht war, der nachträglich zwischen zwei Flügel des Knastes gebaut wurde. Man kommt vom Knastflur durch eine Stahltür in den Vorraum des Knastes, in den schon keine anderen Gefangenen mehr reinkommen. Von dem Vorraum gehen 5 Türen ab. 2 Zellen (eine leer, eine ich), Dusche, ein Abstellraum, ein Überwachungsraum für die Schließer. In die Zelle kommt man durch eine doppelte Stahltür. In der Zelle alle Einrichtungsgegenstände (Tischplatte, Sitz, Bett) in die Wand betoniert. Weitere Besonderheiten in der Zelle: Sichtblende aus Lochblech. Scheibe aus Milchglas. Fenster nur leicht schräg zu stellen. Effekt: schlechte Luft und den ganzen Tag dämmerig, bzw. künstliches Licht notwendig. Fenster zu hoch, um rauszuschauen. Extreme Stille.
Beim Hofgang die Anweisung, daß sofort abgebrochen wird, wenn ich versuche, mit anderen Gefangenen an ihren Zellenfenstern zu sprechen. Wüste Beschimpfungen anderer Gefangener, wenn sie mich grüßen. Einer wurde verlegt, nachdem er mich wiederholt beim Hofgang gegrüßt hatte.
Stammheim, Seit Dez. 1983 (Prozeßbeginn am 1.2.1984) Hier ist das Angebot des Hofgangs mit einer Gruppe sozialer Gefangener daran gebunden, vorher und nachher mich vollständig aus- und umzuziehen. Ich hatte diesen Hofgang abgelehnt und habe seither keinen (Einzelhofgang/Nichtumziehen wird abgelehnt) (Anm.: Seit Beginn des Hungerstreiks bis heute hat Christian Klar den Hofgang mit anderen Gefangenen gemacht). Unterbringung im 7. Stock, HS-Trakt, abgeschottet von allen anderen Gefangenen. Zusätzlich zu den täglichen kurzen Zellenkontrollen und den pro Woche ein bis zwei Zellendurchsuchungen, bei denen alles Material und die Gegenstände gefilzt werden, und die 45-60 Minuten dauern, werde ich in Stammheim ca. alle 2 Wochen in eine andere Zelle verlegt.
Februar 1985

Freiheit für Otelo de Carvalho!

„Die Unterzeichner dieses Textes, aufrechte Freunde des aus der Aprilrevolution 1974 hervorgegangenen demokratischen Portugals, sind angesichts der Festnahme, der Haft und der Perspektive eines Prozesses gegen Otelo de Carvalho erstaunt, beunruhigt und entrüstet.

Otelo de Carvalho war einer der bedeutendsten Totengräber des portugiesischen Faschismus und lange ein Symbol für die gesamte europäische und internationale Linke. Die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen, in Portugal eine „terroristische" Bewegung ins Leben gerufen und geführt zu haben, entbehren jeglicher Grundlage.

Seine Festnahme zum zehnten Jahrestag der Aprilrevolution stellt eine Herausforderung an die gesamte Linke dar und erfüllt uns mit Sorge über die Zukunft der seit April 1974 verwirklichten demokratischen Errungenschaften.

Wir fordern, daß dieser Skandal beendet wird und Otelo de Carvalho und seine Genossen auf freien Fuß gesetzt werden."

Ergreift ähnliche Initiativen, schickt Resolutionen an:
Botschaft der Portugiesischen Republik, Urbierstraße 78, 5300 Bonn 2
Kopie an das Solidaritätskomitee: Natercia de Campos, Rua Passidonio da Silva, 62, 5e Esq.

Vorwort zu: Freiheit für Otelo

Portugal, 25. April 1974. Die Bewegung der Streitkräfte (MFA) stürzt die Caetano-Diktatur. Wichtigster Führer der jungen Offiziere: Otelo de Carvalho. Der Militärputsch öffnet schnell eine revolutionäre Dynamik, das portugiesische Volk greift aktiv in die Entwicklung ein, es bilden sich Arbeiter-, Stadtteil- und Soldatenräte. Die Landarbeiter im Süden besetzen brachliegendes Land und bilden Kooperativen. Der Sturz der Diktatur ermöglicht die Unabhängigkeit der portugiesischen Kolonien. Für die Linke in ganz Europa ist dies nach dem Mai '68 ein neuer Beweis für die Möglichkeit einer sozialistischen Revolution in Europa.

Doch auch die portugiesische „Nelken-Revolution" scheitert. Die Fehler der radikalen Linken erleichtern es den portugiesischen Sozialisten unter Führung von Mario Soares, den revolutionären Prozeß abzublocken. Bei den Präsidentschaftswahlen 1976 erhält Otelo als „Symbol der Revolution" noch 16,5 Prozent der Stimmen. Zehn Jahre nach dem 25. April 1974, im Juni 1984, wurde dieses „Symbol" gemeinsam mit rund 50 weiteren Mitgliedern seiner Organisation FUD, einer legalen politischen Gruppe der extremen Linken, ins Gefängnis gesteckt. Vorwurf: Mitgliedschaft und Anführung der „Volkskräfte des 25. April" (FP-25), der mehrere terroristische Anschläge und Morde angelastet werden.

Das „Symbol" der Revolution hinter Gittern, die Lage in Portugal weitgehend „normalisiert". Was sind die Hintergründe dieser Entwicklung?

Noch bei den Parlamentswahlen 1983 erhält die Linke eine Mehrheit: 36 Prozent für die Sozialisten, 18 Prozent für die moskau-treue KP. Doch diese parlamentarische Linke ist gespalten, jede Seite trägt auf ihre Weise dazu bei, die Neuentstehung einer breiten, einheitlichen Volksbewegung auf Klassengrundlage zu verhindern. Soares hält an dem Bündnis mit den bürgerlichen Sozialdemokraten der PSD fest und befolgt die Anweisungen des Weltwährungsfonds, um Portugal aus der Wirtschaftskrise zu manövrieren. Über 12 Prozent Arbeitslosigkeit, eine Inflationsrate von 34 Prozent und eine Außenverschuldung von 20,9 Milliarden Dollar 1983. Die PS/PSD-Regierung weiß dafür nur das klassische bürgerliche Rezept: Verringerung der Massenkaufkraft, Abbau der Errungenschaften der April-Revolution (Reprivatisierung bestimmter Sektoren wie der Banken und Versicherungen, Veränderung der sozialen Gesetzgebung zur Vereinfachung von Entlassungen usw.), Revision der Agrarreform ...

Die Inhaftierung Otelos wenige Monate vor dem Eintritt Portugals in die EG steht in diesem Zusammenhang. Sie soll die Wirksamkeit des Gesetzes über die „Innere Sicherheit" beweisen, das von Justizminister Rui Machete, dem derzeitigen Vorsitzenden der PSD, ausgearbeitet wurde. Sie erfolgt auch zu einem Zeitpunkt, wo die fortschrittlichen Militärs der MFA im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen Ende 1985 eine neue Partei ins Leben gerufen haben: die Partei für die Demokratische Erneuerung (PRD). Will Soares mit der Inhaftierung Otelos die fortschrittlichen Militärs, die die Errungenschaften der Revolution verteidigen, insgesamt diskreditieren, um sich den Wahlsieg zu sichern?

Die Journalisten des Politik- und Wirtschaftsressorts der Lissabonner Tageszeitung „Journal de Noticias" haben am 31. Dezember 1984 Otelo zum Mann des Jahres gewählt. Warum? Weil Otelo, wie die Journalisten erklären, unabhängig von seinen politischen Funktionen die Freiheit und die Hoffnung jener symbolisiert, die vor zehn Jahren die Ereignisse des 25. April miterlebt haben. „Wir haben es also getan, weil er dies symbolisiert und auch wegen der Unklarheit des Verfahrens, das ihn ins Gefängnis gebracht hat; in diesem Orwell-Jahr, und weil dieser Fall internationale Auswirkungen haben wird, die notwendigerweise die portugiesische Demokratie beeinträchtigen werden."

Von der internationalen und linken Öffentlichkeit weitgehend unbeobachtet, wartet Otelo auf seinen Prozeß, dessen Eröffnung von Monat zu Monat verzögert wird. Sorgen wir dafür, daß die Mauer des Schweigens gebrochen wird!

H.G., Gruppe Arbeiterselbstverwaltung

»Es ist ein Komplott«

Interview mit Otelo de Carvalho

Folgendes Interview wurde heimlich in der Gefängniszelle Otelos aufgenommen und im März 1985 in der Sendung „Resistances" vom 2. französischen Fernsehen ausgestrahlt. Die Antworten Otelos wurden in verschiedenen Sequenzen in die Reportage eingeblendet, wobei die Fragestellung meistens wegfiel. Das Interview hat daher den Charakter einer Aneinanderreihung von Stellungnahmen.

Otelo: Es ist ein Komplott. Man hat mich so wenige Tage nach dem Jahrestag der Revolution vom 25. April 1974 verhaftet. Als man mich hier inhaftiert hat, hat mich das an den 26. April 1974 erinnert. Ich war damals verrückt vor Erregung und Freude in dieser Festung von Caxias, wo ich gerade die Terroristen von damals befreit hatte, jene, die gegen das diktatorische Regime gekämpft hatten. Heute bin ich hier, und werde als Terrorist, als Subversiver, dargestellt, während diejenigen, die an der Macht sind, vor 10 Jahren nach Portugal zurückkehren konnten dank der Militäraktion vom 25. April 1974, die ich vorbereitet und geführt hatte.

Sind sie verbittert?

Es ist wirklich das letzte. Ich bin sehr verbittert, denn am 25. April 1974 hatten es sich die jungen Offiziere der MFA zum Ziel gesetzt, den Lebensstandart der benachteiligtsten Klassen zu verbessern und ihre schwerwiegenden Wohnungs-, Gesundheits- und Bildungsprobleme möglichst schnell zu lösen. (...)

Heute, zehn Jahre danach, sind sich alle Fachleute darüber einig, daß die materielle Lage der großen Mehrheit der Portugiesen noch schlimmer ist als vorher. Der große Traum, von dem wir 1974 getragen waren, die großen Probleme des Landes zu lösen — dieser Traum hat sich nicht verwirklicht. Ganz im Gegenteil, denn das Volk, besonders die benachteiligten Schichten, lebt noch schlechter als vorher. Es ist daher normal, daß wir von einem Gefühl der Verbitterung befallen sind. (...)

Wenn man anfängt, ohne richterliche Erlaubnis Telefone abzuhören, Wohnungen zu durchsuchen, den Postverkehr zu überwachen, dann handelt es sich um Formen der Einschüchterung von seiten eines Staates, der sich auf dem Weg zu einem terroristischen Staat befindet. Die Einschüchterung richtet sich nicht gegen den Unternehmer, den Großkapitalisten, sondern den einfachen Bürger. Das ist für mich Staatsterrorismus. Die Inhaftierung von Mitgliedern der FUP und von mir selber ist ein Akt der Einschüchterung, der darauf abzielt, eine legale Organisation zu zerstören. Nach meiner Verhaftung habe ich viele Freunde verloren, die es nie gewagt haben, bei mir zu Hause anzurufen, aus Angst, der Verbindung mit den FP-25 verdächtigt zu werden.

Das sind Akte der Einschüchterung. Das ist Terrorismus.

Ich bin hier, weil ich nach offizieller Darstellung der Gründer, Förderer und Führer einer terroristischen Organisation, der FP-25, bin. Das ist völlig falsch. Diese Anschuldigungen sind das Ergebnis einer Denunzierung durch einen „Reuigen", der sich von der Polizei bestechen ließ und mit ihr zusammenarbeitet. Es ist diese völlig verleumderische Denunzierung, die es dem umstrittenen Untersuchungsrichter Almeida Cruz ermöglichte, mich in Caxias einzusperren, wo ich jetzt seit langer Zeit sitze. Diese Anschuldigungen sind völlig falsch, und ich bin in der Lage, vor Gericht zu beweisen, daß sie eine totale Lüge sind. Ich bin hier sehr ruhig. Ich habe eine terroristische Organisation nicht gegründet, ich habe nie vorgehabt, Mitglied einer solchen Organisation zu sein, und hoffe, daß ich es nie sein werde. (...)

Die Frage ist, warum ich in der gegenwärtigen politischen Lage des Terrorismus verdächtigt werde und man mich einsperrt, mich und die Führung einer legalen politischen Organisation. Die Antwort auf diese Frage ist kompliziert, sie verlangt viel Zeit. Man müßte sich beispielsweise fragen, wer die politischen Kräfte sind, die ein Interesse daran haben, daß ich mich vor den Wahlen im Gefängnis befinde.

Westeuropäisches Kriminalamt geplant

Ein Gespenst geht um in Westeuropa: der „Euro-Terrorismus". Die, die es beschwören, brauchen dieses Gespenst, das, obwohl lebendiger als das Ungeheuer von Loch Ness, vor allem als Vorwand für die Bourgeoisie und ihre Polizeistrategen dient, um den Aufbau einer einheitlichen EG-Gesetzgebung und entsprechender Verfolgungsorgane vorantreiben zu können. Ein weit handfesterer Grund als die Attentate und Bombenanschläge der letzten Monate ist die sozial und politisch instabile Lage in den neuen EG-Mitgliedstaaten Spanien und Portugal. Die Möglichkeit weiterer Zuspitzungen läßt es Westeuropas Kapitalisten geraten erscheinen, neue Wege für den internationalen Klassenkampf von oben zu öffnen.

Für den inzwischen sicheren EG-Beitritt Spaniens war es eine wichtige Voraussetzung, daß sich im Dezember 1983 die Regierungen Spaniens und Frankreichs über die Auslieferungen von ETA-Mitgliedern von Frankreich nach Spanien einigen konnten. Frankreich, das inzwischen mehrmals ETA-Mitglieder ausgeliefert hat, brach damit mit seiner — gemessen am EG-Standart — verhältnismäßig liberalen Handhabung des Asylrechts politisch Verfolgter. Dennoch sah Frankreich sich im Februar 1985 Attacken aus der BRD und Italien ausgesetzt, „ein Refugium für den internationalen Terrorismus" darzustellen, weil es „durch die Verweigerung der Auslieferung Exilterroristen praktisch ein De-facto-Asyl" gewähre. Als „noble Geste" an den Staatsgast Craxi leitete Frankreichs Justiz dann im Februar gleich mehrere Auslieferungsverfahren gegen angebliche Mitglieder der Roten Brigaden ein.

Eine weit intensivere Zusammenarbeit ist inzwischen der westdeutschen und der französischen Polizei anvisiert. Dieser Prozeß wurde entgegen landläufiger Meinung nicht nach den Morden an General Audran und MTU-Chef Zimmermann, sondern im Jul 1984 mit dem Abkommen über den schrittweisen Abbau der Kontrollen an der französisch-westdeutschen Grenze eingeleitet. Kernpunkte des Abkommens:

— grundsätzliche Kontrolle aller Angehörigen von Nicht-EG-Staaten;
— Kontrolle EG-Reisender nach Auffälligkeiten, „nach den der Sicherheitslage angepaßten Fahndungsschwerpunkten" und stichprobenweise. Die anfangs recht zahlreichen Proteste gegen dieses Verfahren sind zwischenzeitlich verstummt, denn die Erfahrungen des Jahres 1984 haben eine erheblich größere Zahl von Festnahmen und Verfhaftungen an den Grenzen gezeigt. Dafür ist weniger ein Wandel des Berufsbildes vom Kontrollbeamten zum „Grenzdetektiv" als vielmehr eine Ausdehnung aller Möglichkeiten der Sachfahndung verantwortlich.

Im Oktober 1984 wurden auf dem französisch-westdeutschen Regierungsgipfel weitere „Ausgleichsmaßnahmen" vereinbart: „*— Im Fahndungsbereich soll mit dem Ziel der Verlagerung der Fahndungskontrollen an die Außengrenzen eine Bestandsaufnahme über die gesamten, gegenwärtig in jedem der beiden Staaten verwendeten Polizeidateien erstellt werden, um die Harmonisierung der bestehenden Systeme voranzutreiben.*
— Im Bereich der Personenfahndung soll geprüft werden, ob die Justiz Ausschreibungen zur Festnahme im nationalen Bereich grundsätzlich auf den Nachbarstaat ausdehnen kann."
— Eine Erleichterung des Auslieferungsverkehrs wird derzeit geprüft. Hier hat die BRD nicht zuletzt die Unterstützung des Europa-Parlaments, das 1982 forderte, den „Begriff des politischen Tatmotivs oder des politischen Delikts in den Rechtsvorschriften über die Auslieferung innerhalb der Gemeinschaftsgrenzen" zu verbannen.
— Der Informationsaustausch von bedeutsamen Nachrichten „für die Verbrechensbekämpfung präventiver und repressiver Art" soll verbessert werden.

Als dritter Schritt soll bis Ende 1986 eine Rechtsangleichung inbesondere im Ausländerrecht, im Betäubungsmittelrecht und im Recht des Waffenverkehrs erarbeitet werden.

Ein schnelleres Schritt-Tempo wurde im Februar d.J. eingeschlagen, als sich die BRD und Frankreich auf eine „Einheitsfront gegen den Terrorismus" einigten und eine bilaterale „Einsatzgruppe" schufen, die die gemeinsame Fahndung verbessern soll und so zum Prototyp der angestrebten „Fahndungsunion" werden könnte.

Die für die „innere Sicherheit" zuständigen Politiker der BRD streben noch weit mehr an: Sie wollen die Bildung eines „Europäisch - polizeibeamntes". Einige - le Voraussetzungen dafür sind bereits geschaffen, andere geplant. So existieren die EG-Arbeitsgemeinschaft TREVI (Terrorismus, Radikalismus, Extremismus, Gewalt, International) der Innenminister und hoher Polizeifunktionäre, die EG-interne Datenbank TRAVI (Informationsnetz Terrorismus, Radikalismus und internationale Gewalt) mit Zentralsitz in der BRD, der für „Terrorismus"-Fragen ebenfalls zuständige „Wiener Club" (BRD, Italien, Frankreich, Österreich und die Schweiz), die aus 14 westeuropäischen Ländern bestehende „Pompidou-Gruppe" zur Rauschgift-Bekämpfung. Soweit sie die BRD betreffen, bestehen darüber hinaus verschiedene Möglichkeiten der EDV-unterstützten internationalen Zusammenarbeit. Zwischen der BRD und Belgien und der BRD und Italien sind in beiden Richtungen Fernabfragen von Sachfahndungsbeständen realisiert; einseitig können zusätzlich auf das westdeutsche System Inpol zurückgreifen: Großbritannien, Belgien, Luxemburg, Frankreich, Spanien, Italien, Jugoslawien, Österreich, Niederlande und Schweden, für Teilsektoren besteht zwischen der BRD und Österreich ein Austausch von Datenbeständen; mit Schweden und der Schweiz werden Fahndungsdaten im Kfz-Bereich abgeglichen und mit Italien ist eine Kommunikationsbeziehung über den Austausch personenbezogener Daten hergestellt worden. Den nächsten multilateralen Schritt könnte die Einrichtung eines Regionalbüros Europa von Interpol sein.

Realismus trotz dieser hochfliegenden Pläne beweist BKA-Präsident Boge, wenn er darauf setzt, „*vielleicht zunächst nur auf bilateraler Basis Planungen in Angriff (zu) nehmen, um sukzessive eine leistungsfähige europäische Institution oder Polizei mit Aufgaben der Nachrichtensammlung und -auswertung, Planungs- und Koordinationsbefugnissen und vielleicht einmal der Ermittlungssteuerung bei schwerwiegenden internationalen Delikten zu schaffen.*" Neben den im französisch-westdeutschen Abkommen geplanten Schritten fordert Boge das Recht des Polizeieinsatzes auf fremdem Staatsgebiet, die Einführung „einheitlicher, moglichst fälschungssicherer Ausweise (und die) Abstimmung von Einsatztaktiken". Diesem letzten Punkt dient u.a. der länderübergreifende Austausch von Polizisten im Rahmen der Aus- und Fortbildung und regelmäßige Tagungen der Leiter der Polizei-Führungsakademie der EG-Staaten.

Schwerer noch als auf dem Sektor der Rüstungskooperation läßt sich für die Politik der „Inneren Sicherheit" auf EG-Ebene ein Fazit ziehen, da wir es hier mit einem Bereich zu tun haben, der großer Geheimhaltung unterliegt und in dem vieles ad hoc und ohne institutionelle Absicherungen geschieht. Nach dem Augenschein ist die multinationale praktische Koordination bei der „Inneren Sicherheit" um einiges geringer als bei der Militärpolitik.

fo., Bremen

Quellen:
Kriminalistik 1/85, 2/85; Die Polizei 12/80; Neue Zürcher Zeitung 9., 14., 18. und 24.2.1985; Süddeutsche Zeitung 6., 13.2.85; Frankfurter Rundschau 1.3.85; Dokumentation zum Verfahren gegen Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar vor dem OLG Stuttgart. Einstellungantrag der Verteidigung vom 13.12.1984; Bericht über den europäischen Rechtsraum, Europa-Parlament-Drucksache 1-318/82 vom 14.6.1982

Frankreich

1984 Rekord an Waffenverkauf



Noch nie hat die französische Rüstungsindustrie solche Zahlen erreicht: Für 61,8 Milliarden Francs hat Frankreich im vergangenen Jahr Waffen verkauft und Bestellungen angenommen (zum Vergleich 1982: 41,6 Milliarden F.). Die Aufschlüsselung:

— 76,6 % im Maghreb, Nahen- und Mittleren Osten;
— 10 % in West-Europa und Nordamerika;
— 9 % im Fernen Osten;
— 2,2 % in Lateinamerika und in der Karibik;
— 1,6 % in Afrika sowie 0,6 % „Verschiedene" ...

Davon sind 70,6 % Bodenwaffen inklusive Luftabwehrsysteme, 25,7 % sind Luftwaffen und 3,7 % Kriegsmarine-Ausrüstung.

Insbesondere lieferte Frankreich Saudi-Arabien ein Luftabwehrsystem, d.h. Luft-Boden-Raketen, im Werte von 30 Milliarden Francs und dem Scheichtum Abu-Dhabi 18 Kampfflugzeuge des Typs Mirage 2000.

Frankreich-Kommission

10 Jahre ist es her:

1. Mai — Saigon ist frei



Es wurde die erste militärische Niederlage in der Geschichte der USA —der Vietnam-Krieg (1964 bis '73). 13 Jahre nach dem US-Truppenrückzug stellt Präsident Reagan die Lernfähigkeit seiner Regierung unter Beweis: „Wenn 50.000 Amerikaner das äußerste Opfer bringen, um das Volk eines kleinen schutzlosen Landes in Südostasien gegen die kommunistische Tyrannei zu verteidigen, dann ist das ein kollektiver Akt moralischer Größe und nicht ein Beispiel moralischer Armut."(„Zeit", 1.2.85)

Die Last der über Vietnam abgeworfenen Bomben betrug nahezu 7 Mio. Tonnen, also mehr als im 2. Weltkrieg insgesamt eingesetzt wurde. Nur 7% davon galt militärischen Zielen. Weihnachten 1972 wurden allein auf Hanoi 40.000 Bomben abgeworfen.

Der US-Imperialismus machte Vietnam zum gigantischen Testfeld für neue, barbarische Waffen. Er erprobte die Wirkung solcher Vernichtungsmittel wie Napalm, Kugelbomben, rotierender Geschosse und und und...

Ganze Landstriche wurden verseucht. Die überwiegend eingesetzten Gifte waren „Defoliatoren" (Entlaubungsmittel), auch „tree-killer" genannt, wie Agent Orange und Agent White. Zur Vernichtung der Reispflanzen wurde Desiccant Agent Blue eingesetzt.

In Vietnam sind mindestens 170kg, wenn nicht 500kg Dioxin versprüht worden. Zum Vergleich: In Seveso wurden 0,2kg freigesetzt. Auch Kampfgase wie CN, CS und DM wurden eingesetzt.

Bundesdeutsche Unternehmen waren am chemischen Krieg der USA beteiligt: Zum Beispiel Boehringer, wo Bundespräsident v. Weiszäcker zwischen 1963 und '67 der Geschäftsführung angehörte. Die Firma lieferte *„hunderte Tonnen Tetrachlorbenzol und Phenolatlauge, Ausgangsstoffe für die Produktion von 2, 4, 5t. ‚Solange der Vietnam-Krieg andauert', schrieb 1967 ein Boehringer-Mann, ‚sind keine Absatzschwierigkeiten zu erwarten'."*(1)

Zum Beispiel Rheinmetall mit der Lieferung von Schnellfeuergewehren im Wert von 296 Mio. DM im Jahr 1966. Zum Beispiel auch die IG Farben-Nachfolger BASF und Bayer Leverkusen. Die BRD rückte nach den USA zum zweiten Hauptfinancier des Saigoner Regimes auf.

Bundeskanzler Ehrhard erklärte gegenüber Präsident Johnson: *„Ich schäme mich des geringen deutschen Beitrages zum Vietnam-Krieg im Vergleich zu der Anstrengung, die Sie selbst leisten."*(2) 1966 erreichte die Gesamtsumme der westdeutschen Lieferungen 533 Mio. DM, die der Kredite 255 Mio. DM. 1967 beteuerte Bundeskanzler Kiesinger, daß die BRD *„große Achtung vor dem amerikanischen Beitrag zur Verteidigung der Freiheit in diesem Teil der Welt"* habe. (3)

Aber auch ein Willy Brandt versicherte bereits 1965 die USA *„seiner vollen moralischen Unterstützung für die Politik von Präsident Johnson in Südostasien"*(4). Zur Zeit der großen Koalition betonte SPD-Minister Leber, *„die Priorität des Bündnisses mit einer vorbehaltlosen Unterstützung der Position der USA im Vietnamkrieg"* stehe außer Zweifel (5). Die SPD-Abgeordneten Jaksch, Erler und Schmidt (Carlo) vertraten die Ansicht, in Vietnam würde die „Freiheit Berlins" verteidigt.

Weder die BRD noch die USA haben die versprochenen Wiederaufbauhilfen in Höhe von 89 Mio. DM bzw. 3,25 Mrd. Dollar an Vietnam gezahlt. Begründet wurde die Weigerung mit dem vietnamesischen Einsatz in Kampuchea...

30 Jahre Widerstand

1884 geriet Vietnam unter französische Kolonialherrschaft; 1893 wurde das französische „Protektorat Indochina" errichtet, welches Laos und Kambodscha einschloß. 1925 wurde u.a. von Ho Chi Minh die Liga der revolutionären Jugend Vietnams gegründet, Keimzelle der 1930 gebildeten KP Indochinas.

1940 überfielen die Japaner das Land. Im gleichen Jahr entstand die Befreiungsbewegung Viet-minh. Sie trat für die Vertreibung der Besatzer, die Ausrufung einer unabhängigen Republik, für Amnestie, Agrarreform und allgemeine Wahlen ein.

Im August 1945 wurde in Hanoi und Saigon der Aufstand ausgerufen, im September die Demokratische Republik Vietnam (DRV), in der nach allgemeinen Wahlen Ho Chi Minh zum Präsidenten bestimmt wurde. Die französischen Kolonialisten starteten eine neue Offensive (mit dabei beispielsweise der Fremdenlegionär Peter Scholl-Latour). Laut Truppen-Kommandeur General Leclerc sollte Vietnam innerhalb von 10 Wochen besetzt und „befriedet" werden. 1951 standen schon 175.000 französische Soldaten im Land. Der „10 Wochen"-Krieg endete 1954 mit der französischen Kapitulation nach der Schlacht von Dien Bien Phu.

Die Genfer Indochina-Konferenz beschloß 1954 die Unabhängigkeit von Vietnam, Laos und Kambodscha, den Abzug der französischen Truppen (deren Kriegskosten zu 80% von den USA getragen wurden) sowie — nach einer

friedet" werden. 1951 standen schon 175.000 französische Soldaten im Land. Der „10 Wochen"-Krieg endete 1954 mit der französischen Kapitulation nach der Schlacht von Dien Bien Phu.

Die Genfer Indochina-Konferenz beschloß 1954 die Unabhängigkeit von Vietnam, Laos und Kambodscha, den Abzug der französischen Truppen (deren Kriegskosten zu 80% von den USA getragen wurden) sowie — nach einer

provisorischen Teilung Vietnams entlang des 17. Breitengrades — die Abhaltung freier Wahlen im ganzen Land spätestens 1956.

Das Abkommen wurde von den USA nicht unterzeichnet. Wie die Imperialisten ihre eigene Position im Lande einschätzten, wird an einem Eisenhower-Zitat deutlich: *„Ich habe niemals mit Leuten, die mit den Indochina-Verhältnissen vertraut waren, gesprochen oder korrespondiert, die nicht übereinstimmend der Meinung gewesen wären, daß bei Wahlen möglicherweise 80% der Bevölkerung für den Kommunisten Ho Chi Minh gestimmt hätten."*(6) Die USA errichteten in Südvietnam eine Marionetten-Regierung.

1960 schloß sich die nationale Befreiungsbewegung FNL unter der Hauptparole zusammen: *„Den Süden befreien, den Norden verteidigen, die Wiedervereinigung des Vaterlands erreichen"*. Im Genfer Abkommen waren den USA 685 „Berater" in Südvietnam zugestanden worden — 1963 waren es bereits 16.000 und die US-Militärhilfe betrug 600 Mio. Dollar. Das war Kennedys Politik.

Im August 1964 ermächtigte der US-Kongreß den damaligen Präsidenten Johnson zu *„allen notwendigen Maßnahmen, um jedweden bewaffneten Angriff auf die Streitmächte der USA zurückzuweisen und so einer weiteren Aggression vorzubeugen"*. Vorausgegangen war der sog. Zwischenfall im Golf von Tonkin: Im Juli 1964 war der US-Zerstörer Maddox in die Hoheitsgewässer der DRV eingedrungen. Die amerikanischen Medien zogen eine Regierungs-Kampagne durch, wonach das Kriegsschiff in internationalen Gewässern mutwillig von Schnellbooten der DRV angegriffen worden sei. Dies bedeute eine ungeheure Herausforderung der USA.

Kurz darauf begann die Bombardierung Nordvietnams. Der damalige Kriegsminister McNamara begründete das so: Erstens hätten die USA aufgrund ihrer Bündnisverpflichtungen einem Hilfeersuchen der südvietnamesischen Regierung nachkommen müssen; zweitens müßten die USA die strategische Gefahr beseitigen, die ein kommunistisches Südostasien bedeuten würde; drittens müßten sie am Beispiel Vietnam demonstrieren, daß die sog. freie Welt in der Lage sei, jeden als „kommunistische Aggression" bezeichneten Befreiungskampf niederzuschlagen.

Indessen war der barbarische Luftkrieg schon lange vorbereitet worden. Ganz abgesehen davon, daß die US-Regierung den Franzosen schon bei der Schlacht von Dien Bien Phu einen Atombomben-Einsatz „angeboten" hatte, schrieb die „New York Times" drei Wochen vor dem angeblich auslösenden Tonkin-Zwischenfall: *„In Washington und Saigon sind detaillierte Pläne für Bombenangriffe auf nordvietnamesisches Gebiet vorbereitet. Es handelt sich um Listen mit insgesamt 400 Angriffszielen."*(7)

Ende 1966 flog die US-Luftwaffe täglich etwa 300 Einsätze gegen Nordvietnam; 1967 wurden (nach Auskunft von McNamara selber) in einigen Monaten bis zu 12.000 Einsätze geflogen. Auf dem Höhepunkt des Krieges, 1968, waren 550.000 GIs in Vietnam stationiert. General Westmoreland wollte das Land „in die Steinzeit zurückbomben" und forderte immer mehr Leichen. Die GIs verübten Massaker, die die westliche Öffentlichkeit zunächst kaum glauben wollte — bis die Bilder aus dem Dorf My Lai vom 16. März 1968 bekannt wurden.

„Experimentierfeld war Vietnam für die Erprobung ‚verbesserter Methoden' der kolonialen Ausrottung, wie z.B. die Methode der freien Tötungszonen (in denen ohne weitere Ankündigung oder Prüfung alles Leben vernichtet werden durfte), und für die Erprobung neuer Waffen: Nerven-, Brech- und Tränengase, Splitter- und Kugelbomben mit verheerender Wirkung." (Peter Brückner)

„Diese Provinzen wurden pulverisiert, Quadratkilometer für Quadratkilometer wird alles verbrannt, zerschrotet, zerstückelt, vergiftet und ertränkt, was die Erde bewohnbar macht: Menschen, Häuser, Staudämme, das Vieh, die Ernte... Die Angriffe tragen Vernichtungscharakter. Sie sind, ihrem Ausmaß und ihren Absichten nach, als genocide Aktionen zu bezeichnen." (Peter Weiss)

1971 weiteten die USA den Krieg auf Kambodscha und Laos aus; der legendäre „Ho Chi Minh-Pfad", die Nachschublinie der FNL, wurde mit Napalm und dem Giftstoff Agent Orange belegt. Trotzdem: Im Januar 1973 wurde das Waffenstillstands-Abkommen unterzeichnet; die amerikanischen Truppen verliessen das Land. Aber die USA übergaben dem Thieu-Regime im Süden ihre Stützpunkte, Waffen und Militärberater und finanzierten es weiter zu 83%; der Krieg sollte „vietnamisiert" werden.

Im März 1975 begann die Volksarmee ihre Schlußoffensive. Thieu setzte sich nach Taiwan ab. Am 30. April erhoben sich die Anhänger der FNL in Saigon; die FNL besetzte den Regierungspalast und weitere wichtige Zentren. Saigon erhielt den Namen „Ho Chi Minh-Stadt".

Die Bilanz des Krieges:
— über zwei Millionen tote Vietnamesinnen und Vietnamesen,
— über 58.000 tote Amerikaner,
— Hunderttausende verstümmelter, verbrannter, vergifteter Menschen;
— 10 Millionen Bauern mußten ihre durch die Bomben vernichteten Dörfer verlassen.

Nach den Maßstäben des Nürnberger Tribunals hätten die Kriegstreiber und -verantwortlichen hängen müssen, erklärte Noam Chomsky (8).

E.

Quellen:
(1) „Supergift Dioxin", rororo 1984 (S. 79f)
(2) „Vietnam 1945-1970", D. Weidemann/R. Wünsche, 1971 (S. 188)
(3) ebda., S. 189
(4) „AIB", Dritte Welt Zeitschrift, Nr.4/April '85 (S. 37)
(5) ebda.
(6) wie (2), S. 96
(7) ebda., S. 169
(8) „taz", 23.4.85





„Vietnamkrieg nicht auf dem Schlachtfeld verloren"

Reagan: Kongreß hinderte Regierung an Hilfe für Saigon

WASHINGTON, 19. April (AP). US-Präsident Ronald Reagan hat am Donnerstag die Auffassung geäußert, daß die USA den Vietnamkrieg nicht auf dem Schlachtfeld verloren hätten, sondern durch den Bruch ihres „Regierungsversprechens", Südvietnam gegen die Vertragsverletzungen Nordvietnams zu unterstützen. Reagan sagte dies bei einem Mittagessen mit Journalisten im Weißen Haus, als er nach seinen Gedanken und Erinnerungen anläßlich des zehnten Jahrestages der Beendigung des Vietnamkrieges gefragt worden war: „Die Wahrheit ist, daß wir einen Sieg davongetragen haben. Wir sprechen fortgesetzt davon, daß wir den Krieg verloren haben. Wir haben diesen Krieg nicht verloren. Wir haben tatsächlich jeden Kampf gewonnen." Die gegnerische Tet-Offensive 1968 zum Beispiel sei in den Medien „verzerrt" dargestellt worden. Tatsächlich aber sei „ein Sieg für unsere Seite" daraus geworden.

Bei der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens hätten die USA der südvietnamesischen Regierung das Versprechen gegeben, sie für den Fall mit Waffen und anderem militärischen Gerät zu versorgen, daß der Waffenstillstand von Nordvietnam gebrochen werden sollte, sagte Reagan. Nachdem Nordvietnam den Vertrag gebrochen habe, sei die Regierung jedoch durch den Kongreß daran gehindert worden, das gegebene Wort einzulösen. „Damit haben wir als Regierung unser Wort gebrochen. Den Krieg haben wir (aber) nicht verloren." Der sei erst mit der Heimkehr der Soldaten verlorengegangen.

Als „große Tragödie" bezeichnete es Reagan, daß die US-Soldaten nach Vietnam geschickt worden seien, obwohl „niemand die Absicht hatte, sie gewinnen zu lassen". „Ich denke, wenn wir eines daraus gelernt haben, dann dies: Niemals wieder darf eine Regierung der Vereinigten Staaten jungen Männern befehlen, hinauszuziehen und zu kämpfen und für eine Sache zu sterben, die sie nicht zu gewinnen bereit ist." Den Soldaten, die im Vietnamkrieg gekämpft haben, bescheinigte Reagan Selbstlosigkeit und Heldentum. (Siehe auch Seite 3)

Dolchstoßlegende-Legende 1985 (FR, 20.1.85)



Südafrika: Die Entwicklung der Befreiungsbewegung



Fordarbeiter feiern ihren Sieg nach der Wiedereinstellung ihres Streikführers Thozamile Botha im November 1979

Die Konfrontation zwischen dem rassistischen Regime und dem Widerstand in Südafrika ist in den letzten Monaten härter geworden. Trotz massiver Repression sieht es nicht so aus, als könnte in absehbarer Zeit wieder Ruhe in diesem Land hergestellt werden. Spontan aufflammende Aufstände in den schwarzen Townships und militante Aktionen einzelner Gruppen bestimmen zum einen das Bild; zum anderen sind neue Organisationen entstanden, darunter ein Anti-Apartheit-Bündnis von noch nie dagewesener Breite und Anziehungskraft; die Gewerkschaftsbewegung ist offensiver geworden. Der ANC, Südafrikas älteste und heute wieder stärkste Befreiungsbewegung, sieht die Zeit für gekommen, von der Phase der „bewaffneten Propaganda" (i.w. Sabotageakte) einen Schritt weiter in Richtung Volkskrieg zu gehen und wird voraussichtlich noch in diesem Jahr — das erstemal seit 1969 — mit einer Konferenz über die Perspektiven des Kampfes an die Öffentlichkeit treten.

In den vergangenen 20 Jahren seiner Untergrundarbeit hatte der ANC immer wieder vor verfrühten Erhebungen gewarnt und die Orientierung auf einen Volkskrieg abgelehnt. So sind die aktuellen Äußerungen auch nicht als Signal zum allgemeinen Aufstand zu verstehen, sondern als erste Schritte zu ei-
nal zum allgemeinen Aufstand zu verstehen, sondern als erste Schritte zu ei-
ner neue Phase.

Dahinter steht die Erfahrung der blutigen Niederschlagung der Massenproteste von Sharpeville 1960 und Soweto 1976, die maßlos hohe Opfer gekostet hatten. Darüberhinaus ist der südafrikanische Widerstand seit jeher von tiefgreifenden Differenzen über die besonderen Bedingungen des Kampfes geprägt. Auseinandersetzungen über die nationale Frage, das Verhältnis von Rassismus und Kapitalismus, den Charakter der Revolution und die daraus abzuleitenden Strategien und bündnispolitischen Schritte hatten vielfach zu Lähmungen und Spaltungen geführt. Auch wenn heute vieles überholt ist, sich neue Konstellationen entwickelt haben und Annäherungen stattfinden, spiegeln sich diese Kontroversen beispielsweise in den neuen Oppositionsbündnissen „United Democratic Front" und „National Forum" wieder. Vereinfacht gesagt, lassen sich die beiden großen Strömungen mit den Schlagworten „Multirassismus" und „Afrikanischer Nationalismus" bezeichnen, die jeweils wiederum verschiedene Ausprägungen hervorgebracht haben.

„Multirassismus" und „Afrikanischer Nationalismus"

Der ANC steht hinter der Parole „Südafrika gehört allen, die darin leben, schwarz und weiß..." (1). Er tritt für eine Gleichberechtigung aller Rassen in einem befreiten Südafrika ein (was de facto aufgrund der Mehrheitsverhältnisse die Führung durch die Schwarzen bedeutet, eine Beteiligung anderer Rassen an der Macht aber nicht generell ausschließt). Die Revolution werde eine „national-demokratische" sein und erfordere ein Bündnis aller fortschrittlichen Kräfte einschließlich von Teilen der Weißen. Es wird eine Nationalisierung der Wirtschaft und eine neue Verteilung des Landes angestrebt; eine weitergehende sozialistische Entwicklung hänge von der Stärke und dem Bewußtsein der Arbeiterklasse ab. Die von seinen Kritikern häufig angegriffene Auffassung, der Kampf könne nicht allein an der Rassenfrage geführt werden, begründet der ANC mit der besonderen gesellschaftlichen Entwicklung Südafrikas, die nicht mit den klassischen Kolonien vergleichbar sei. Südafrika „*ist keine Kolonie, hat dabei für die überwältigende Mehrheit seiner Bevölkerung alle Charakteristika der klassischen Kolonie. ... Während es auf der einen Seite ein ‚unabhängiger' Nationalstaat ist, ist es auf der anderen Seite ein Land, das von einer in der Minderheit befindlichen Rasse unterjocht wird. Was seine Struktur einzigartig und die Situation so kompliziert macht, ist, daß die Ausbeuternation nicht wie in den klassischen imperialistischen Verhältnissen in einem geographisch entfernten Mutterland, sondern innerhalb der Landesgrenzen wohnt. Zudem hat das herrschende Volk durch seine mehr als drei Jahrhunderte dauernde Anwesenheit in unserem Land Wurzeln geschlagen. Es ist also nur noch historisch gesehen ein Fremdkörper.*" (Der Anteil der Weißen an der Gesamtbevölkerung beträgt ca. 15%). Anders als beispielsweise in den benachbarten Frontstaaten, in denen
der Gesamtbevölkerung beträgt ca. 15%). Anders als beispielsweise in den benachbarten Frontstaaten, in denen
der Aufschwung des Befreiungskampfes einherging mit dem Zerfall der alten Kolonialmächte, hat es die südafrikanische Befreiungsbewegung mit einem Gegener zu tun, der nicht nur die Ausbeutung und den Zugriff auf die Reichtümer aufrechterhalten will, sondern mit allen Mitteln um den Besitz „seines eigenen Landes" kämpfen wird. (Es ist charakteristisch, daß die Nachkommen der ersten Siedler und heute politisch Herrschenden, die Buren, sich „Afrikaaner" nennen. Bis heute gehört der kollektive Wahn, man sei als selbst Verfolgte und Unterdrückte von Gott in ein unbewohntes Land gewiesen worden, zur offiziellen Staatsdoktrin.)

Dieser Doppelcharakter der südafrikanischen Gesellschaft, nämlich daß die Rassisten einerseits eine Art Kolonisierung betreiben, indem sie große Teile der Schwarzen in den „homelands" völlig unterentwickelt halten, sich andererseits ein vollentwickelter kapitalistischer Staat herausgebildet hat, bedeutet, daß weder die schwarze Nation ‚an sich', noch die Arbeiterklasse ‚an sich' Hauptträger der Revolution sein kann. Diese Elemente müssen sich verbinden. Eine wichtige Rolle spielt ebenso die Gewinnung der indischen und farbigen Minderheiten und einer kleinen schwarzen Mittelschicht, die mit Privilegien an das System gebunden werden sollen. Dazu gehören auch Bündnisangebote an oppositionelle Weiße. Obwohl der ANC realistisch die Tendenz sieht, daß die Weißen eher zusammenrücken, hofft er doch, daß zunehmender Druck auch Brüche im weißen Block hervorrufen wird.

Mit der Kritik an einer angeblichen Dominanz der Weißen und der Ablehnung der Bedeutung des Klassenkampfs (was sich damals i.w. an der Zusammenarbeit mit der südafrikanischen KP entzündete, die zu 3/4 schwarze Mitglieder, aber eine weiße Führung hatte), trennte sich 1959 eine Gruppe radikaler Nationalisten vom ANC und gründete den PAC (Pan Africanist Congress). Nach ihrer Auffassung seien die Schwarzen einer europäischen Kolonialherrschaft unterworfen wie in den anderen afrikanischen Ländern auch. Die Schwarzen müßten sich allein und aus eigener Kraft befreien. Dabei müsse der Schwerpunkt auf die Frage des Landraubs und die Mobilisierung der Landbevölkerung liegen. Eine Zusammenarbeit mit Weißen, aber auch Indern und Farbigen würde die alten Herrschaftsstrukturen in das neue Afrika mithineintragen. Zwar sprach sich der PAC nicht für eine Vertreibung der „Europäer" aus, betonte aber, daß die Afrikaner allein eine wirkliche Demokratie gewährleisten könnten. Diese Positionen trugen ihm den Vorwurf des „schwarzen Rassismus" ein. Dem ANC wurde wiederum ein „Ausverkauf an die SACP" (South African Communist Party) (2) vorgeworfen, als er 1969 beschloß, nicht nur in seinen militärischen Flügel, sondern auch in seine Exilorganisation (nicht in Südafrika selbst) Weiße, u.a. auch Mitglieder der SACP aufzunehmen.

Bewaffneter Kampf

Bewaffneter Kampf

Diese unterschiedlichen Einschätzungen bestimmten auch die Aufgabenbestimmung des bewaffneten Kampfes, den beide Organisationen begannen, nachdem sie 1961 im Zuge des Massakers von Sharpeville verboten worden waren. Der PAC und sein bewaffneter Arm Poqo (‚nur wir') orientierte sich am chinesischen Modell des „langandauernden Volkskrieges", wobei der natürliche Stützpunkt die ländliche Bevölkerung sein müsse. Nach der Schaffung von befreiten Gebieten solle dann eine zweite Front in den Städten eröffnet werden. Ohnehin schlecht vorbereitet und ohne nennenswerte Verankerung in der Landbevölkerung, muß diese Strategie als völlig gescheitert gelten. (Zwar soll es heute noch einige kämpfende Poqo-Einheiten geben, es ist dahinter aber kein Konzept zu erkennen).

Der ANC hielt die Bedingungen für einen Volkskrieg für längst nicht gegeben und lehnte die Einbeziehung der Massen in militärische Aktionen als verantwortungslos ab. Er sah die Hauptaufgabe weiterhin in der politischen Mobilisierung und Organisierung, solange nicht die Mehrheit des Volkes die bewaffnete Strategie unterstütze und solange es keine politische Führung gebe, die die Fähigkeit und Erfahrung besitze, diesen Kampf auf allen Ebenen zu leiten. Die Gründung von Umkhonto we Sizwe (Speer der Nation) sollte der langfristigen Vorbereitung auf einen Guerillakrieg dienen; Umkhonto ist bis heute dem politischen Flügel streng untergeordnet. Der Schwerpunkt auf Sabotageaktionen wurde eher als Teil der Propaganda verstanden und sollte das Regime einschüchtern und dem Volk die Angreifbarkeit des Gegners demonstrieren. Südafrikanische Militärs sprachen bisher von einem „low intensive war" (Krieg auf niedriger Stufe), der im Griff zu halten sei.

Exilpolitik

Infolge der ungeheuren Repression nach Sharpeville, die auch der ANC in dieser Schärfe nicht vorhergesehen hatte (so wurde 1963 fast die gesamte Führung verhaftet, die großenteils noch heute im Gefängnis sitzt), gelang es jedoch jahrelang nicht, die politische Arbeit auf Massenebene wieder aufzubauen. Zahlreiche Verhaftungen und Prozesse zeugten immer wieder von vorhandenen Aktivitäten, aber es fehlte ein organisierendes Zentrum.

Beide Organisationen verlegten den Schwerpunkt auf die Exilsarbeit. Infolge mehrfacher Spaltungen verkam der PAC nahezu zur Bedeutungslosigkeit. Der ANC konnte, auch wenn die Untergrundarbeit in Südafrika nicht besonders erfolgreich war, einige Stützpunkte in den Frontstaaten aufbauen und eine verstärkte internationale Unterstützung erreichen. Verschiedene, auch von der OAU vehement geforderte Versuche, wieder zu einer Einheit zu kommen, scheiterten. Den Vorschlag des PAC, eine Einheitsfront zu bilden und sich durch intensive Diskussion einander anzunähern, lehnte der ANC ab. Er versteht sich selbst als Bündnis verschiedener revolutionärer und nationalistischer Strömungen. Eine Ver-
verschiedener revolutionärer und nationalistischer Strömungen. Eine Ver-
bindung mit dem PAC hätte dieses Bündnis wohl eher eingeschränkt. Zudem könne eine Einheit nicht durch Diskussionen unter Organisationen entstehen, sondern nur in der Aktion der Massen aufgebaut werden.

Entgegengesetzte außenpolitische Orientierungen spielten ebenfalls eine Rolle. Der PAC wurde von China und einigen afrikanischen Staaten unterstützt. Der ANC hingegen lehnte spätestens seit der Aggression gegen Vietnam eine Verbindung mit China ab. Er wies die Kritik an Einmischungsabsichten Moskaus zurück und betonte die Bedeutung der Existenz des realsozialistischen Blocks. Er bemühte sich um diplomatische Beziehungen zu westeuropäischen Ländern (3) und um den Aufbau von Solidaritätsgruppen; der Weltkirchenrat wurde eine diplomatische Stütze.

Das Black Consciousness Movement (BMC)

Zu Beginn der 70er Jahre war mit der BCM, der treibenden Kraft der Soweto-Aufstände, eine neue radikalnationalistische Strömung entstanden. Sie war i.w. eine von Intellektuellen, Schülern und Studenten getragene kulturrevolutionäre Bewegung, die sich neben der allgemeinen Verschlechterung der Lebensbedingungen an der von den Rassisten verstärkt vorangetriebenen „Politik der getrennten Entwicklung" (Bantustanisierung, Homeland-Politik, minderwertige Bildung) entzündete. Mit ihrer Parole „Black man, you are on your own" (Schwarzer, du bist auf dich allein gestellt) ging es ihr vor allem um die Stärkung des schwarzen Selbstbewußtseins, um Würde und Identität gegen alle Formen weißer Bevormundung. Folgerichtig wurde jegliche Zusammenarbeit mit Weißen abgelehnt; Verweigerungsaktionen und Boykottkampagnen waren die wichtigsten politischen Ausdrucksformen. Die Betonung des Zusammenhangs von kultureller, politischer und ökonomischer Befreiung verlieh der Bewegung ihre Anziehungskraft. Es gelang ihr jedoch in der kurzen Zeit ihrer legalen Existenz nicht, klare Analysen und langfristige Strategien zu entwickeln. Der Grundsatz der „Gleichheit der Erfahrungen aller Schwarzer" unter Betonung der Rassenfrage als übergeordnet, mit dem die Kluft zwischen Intellektuellen und Arbeitern überbrückt werden sollte, reichte nicht aus, um zu wirkungsvollen, gemeinsamen Handeln zu kommen (auch wenn sich einige Gewerkschaften diese Orientierung zueigengemacht hatten).

Der ANC stand der BCM anfangs skeptisch gegenüber und sah mit Entsetzen die Niederschlagung der Aufstände voraus. Kontaktversuche mit den Exilsvertretern scheiterten zunächst. Infolge des Verbotes des gesamten BCM-Spektrums schloß sich jedoch später ein Großteil derer, die das Land verließen um im Untergrund weiterzuarbeiten, dem ANC an. Dies dürfte mit dazu beigetragen haben, daß sich in den neuen Massenorganisationen die Fronten sehr gelockert haben. Ein anderer Teil der BCM gründete die AZAPO (Azanien Peoples Org.) (4), der sich Reste des PAC und anderer kleiner linker Gruppen angeschlossen haben. Sie vertritt heute eine Verbindung von BCM-Philosophie mit radikal sozialistischer Perspektive unter alleinigem Bezug auf die schwarze Arbeiterklasse. (Daneben existiert noch ein BCM-Exilflügel, der sich offiziell bündnispolitisch bedeckt hält).

UDF und NF

Die „United Democratic Front" und das „National Forum" sind zwei nationale Bündnisse, die im Herbst 1983 ins Leben gerufen wurden. Auch wenn sie nicht miteinander konkurrieren und etliche Organisationen beiden Allianzen angehören, stellen sie zumindest
sie nicht miteinander konkurrieren und etliche Organisationen beiden Allianzen angehören, stellen sie zumindest
politische Kontraste entlang der alten Kontroversen dar. Es sind aber auch Annäherungen zu erkennen. Die UDF entstand als gemischt-rassiges Aktionsbündnis gegen die neue Verfassung und für die Abschaffung sämtlicher Apartheidgesetze. Ihr Programm enthält Anklänge an die Freiheitscharta, beinhaltet aber wenig politische Festlegungen, um eine breite Beteiligung aller Apartheidgegner/innen zu ermöglichen. Die führende Rolle der Arbeiterklasse wird zwar anerkannt, es wird aber die klassenübergreifende Zusammenarbeit aller Feinde der Apartheid in den Vordergrund gestellt (teilweise werden auch Verhandlungen mit „liberalen" Kapitalisten nicht ausgeschlossen). Entsprechend haben alle der mittlerweile 700 Mitgliedsorganisationen der UDF ungeachtet ihrer Rasse, ihres Glaubensbekenntnisses und ihrer Mitgliederstärke einen gleichberechtigten Status. Die UDF muß aus Sicherheitsgründen ihre Gewaltfreiheit und ihre Abrenzung zum ANC demonstrativ betonen.

Der ANC hingegen hat die Gründung der UDF massiv begrüßt. Und es ist bemerkenswert, daß neben den großen indischen Parteien und einigen unabhängigen Gewerkschaften, zu den tragenden Kräften der UDF viele Gruppierungen gehören, die der BCM-Tradition entstammen, sich aber inzwischen ANC-Positionen angenähert haben, wie z.B. die großen Schüler- und Studentenverbände COSAS und AZASO und etliche Repräsentanten der Kirchen und der autonomen Selbstverwaltung der Townships. Allan Boesak (Vorsitzender des Weltbunds Reformierter Kirchen), ehemals engagierter BCM-Vertreter und einer der Initiatoren der UDF, kennzeichnete die Situation mit den Worten: „*Der ANC kann es sich leisten, zuzugestehen, daß auch andere Bewegungen neue Elemente und Schwerpunkte in den Kampf mit einbringen.*"

Die Beschränkung ihrer programmatischen Aussagen auf den Minimalkonsens der Anti-Apartheid ist einer der Hauptpunkte des „National Forum", eines kleineren Zusammenschlusses. Das NF entstand ungefähr zur gleichen Zeit wie die UDF, versteht sich aber nicht als Aktionsbündnis, sondern eher als Diskussionsforum über die Perspektiven des Widerstands. Es wird wesentlich getragen von AZAPO (linkes BCM-Spektrum) und der „Cape Action League" (einer Vereinigung linker Aktivisten und kleinerer Zirkel),

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

die eine eindeutige sozialistische Orientierung wollen. Obwohl das NF etliche Kampagnen der UDF unterstützt hat und ein Teil Mitglied beider Bündnisse ist, will es sich der UDF nicht direkt anschließen, solange diese mit Weißen, aber auch mit indischen Farbigen und schwarzen Mittelschichtsgruppen zusammenarbeitet. Eine weitere Kritik ist die (wohl aber eher taktisch begründete) Forderung der UDF nach einer „Nationalen Konvention", d.h. Verhandlungen des Regimes mit den schwarzen Repräsentanten.

Was das Verhältnis zum ANC angeht, so hat das NF die Vorstellung einer zukünftigen Einheitsfront, in der der ANC „als einer der Hauptkräfte der Befreiungsbewegung" anerkannt wird und „als versöhnender und vereinheitlichender Faktor" eine wichtige Rolle spielen solle (nach issa 2/85).

Die Gewerkschaftsbewegung

Die meisten Gewerkschaften haben die Gründung von UDF bzw. NF begrüßt, aber inwieweit es zu einer näheren Verbindung von Bürgerrechts- und Arbeiterbewegung kommen wird, ist gegenwärtig offen. Viele Gewerkschaften hatten sich an der Kampagne gegen die Verfassung beteiligt. Im November vergangenen Jahres stand nach einem Aufruf zum „stay away" in der Provinz Transvaal zwei Tage lang fast alles still ... Vor einem Anschluß an die politischen Organisationen steht aber die eigene Stärkung und Vereinheitlichung im Vordergrund. Dazu muß mensch wissen, daß die südafrikanische Gewerkschaftsarbeit mit der hiesigen nicht zu vergleichen und nichts Selbstverständliches ist. Jede Gewerkschaft muß sich ihre Anerkennung auf der Ebene der Einzelbetriebe gegen von Staat und Unternehmern kontrollierten „Industrieräten" erst erkämpfen. Ist sie anerkannt, kann sie dennoch nur begrenzt agieren, wird streng beaufsichtigt und darf sich nicht politisch äußern. Vor allem in den 70er Jahren ist eine Fülle von kämpferischen, aber zersplitterten neuen Gewerkschaften entstanden. Neben vielen ungebundenen Einzelgewerkschaften existieren heute die großen Dachverbände FOSATU (Federation of South African Trade Unions) und CUSA (Council of Unions of South Africa).

FOSATU ist gemischtrasssig und vertritt ein offensives Ausnutzen der (wenigen) staatlichen Spielräume (weshalb sie bei einigen ungebundenen auf Skepsis stößt). Sie hat inzwischen alle Gewerkschaften, die in derselben Industrie tätig sind, zusammengelegt und damit eine stärkere Verhandlungsposition erreicht. CUSA ist rein schwarz und ein lockerer Bund, der seinen Einzelmitgliedern Hilfestellungen gibt, aber weniger Wert auf die Entwicklung gemeinsamer Strategien legt.

Wichtigster Streitpunkt war in den vergangen Jahren die Frage der offiziellen Registrierung. Registrierung bedeutet die Gefahr einer stärkeren Kontrolle und Anbindung an die staatlichen „Spielregeln", aber auch bessere legale Ausgangspositionen. Nach dem neuen Arbeitsgesetz hat der Staat jedoch alle Gewerkschaften ebenso wie jegliche Organisationen, die sich mit Fragen der Arbeit befassen, unter die gleiche rigide Gesetzgebung gestellt. In den heutigen Auseinandersetzungen um die weitere Vereinheitlichung stehen Strukturfragen im Vordergrund. FOSATU und einige andere streben den zügigen Aufbau eines nationalen Verbandes aller Industriegewerkschaften an. Die sog. allgemeinen Gewerkschaften, die nicht industriespezifisch organisiert sind und mehr Gewicht auf eine Zusammenarbeit mit den Bürgerrechtsorganisationen legen, befürworten dagegen den Aufbau der Einheit von unten, durch regionale Komitees. CUSA ist für beide Vorschläge, d.h. unentschlossen.

Trotz dieser Differenzen wird der nationale Zusammenschluß noch in diesem Jahr erwartet. Die Möglichkeiten, die Verhandlungen offen und auf breiter Basis zu führen, werden jedoch massiv durch die Repression der Rassisten bestimmt. Ähnlich wie bei der UDF sind Verhaftungen von Gewerkschaftsführern an der Tagesordnung.

Diese wachsende Bereitschaft, sich zu organisieren, wäre noch vor zwei Jahren kaum denkbar gewesen. Welchem weiteren Terror der Widerstand noch standhalten muß, ist gegenwärtig kaum abzusehen. Im Gegensatz zu früheren Jahren hat der ANC in seiner letzten Stellungsnahme offensiv zur Stärkung von Umkhonto und den Untergrundeinheiten aufgerufen. Es ist zu hoffen, daß eine erneute Niederschlagung der Massenbewegung den Rassisten diesmal nicht so leicht gelingen wird.

bt., Hamburg

Anmerkungen:

1) Mit diesen Worten wird die sog. Freiheitscharta eingeleitet, ein 1955 verabschiedetes Manifest der „multirassischen" Strömungen. Es wird noch heute darüber gestritten; sie gilt als Synonym für die Orientierung am ANC.

2) Der Einfluß der SCAP, der Moskauorientierten Nachfolgeorganisation der ehemaligen KP, wird je nach politischem Standort verschieden eingeschätzt. Die „gewöhnlich gut unterrichteten Kreise" meinen, daß sie in den Auslandsvertretungen eine gewisse Rolle spiele, in Südafrika hingegen immer weniger. Von einer Dominanz des ANC kann jedenfalls keine Rede sein. Sie tritt nicht eigenständig in Erscheinung.

3) Der Großteil der militärischen und sonstigen Unterstützung für den ANC kommt aus den Ostblock-Staaten. Aber auch Schweden, Norwegen, Österreich, die Niederlande und Italien gewähren beachtliche offizielle Hilfe.

4) Azania ist der schwarze Name für Südafrika. ANC und Umfeld lehnen den Gebrauch dieses Namens ab, solange Südafrika nicht befreit ist. Der Gebrauch bzw. Nichtgebrauch dieses Namens galt lange als Erkennungszeichen für die jeweiligen Strömungen. In den Exilgruppen und bei deren Sympathiesanten trifft dies größtenteils noch zu, kann aber heute angesichts der Zuwendung von BCM-Gruppen zu ANC-Positionen in Südfrika nicht mehr ohne weiteres gelten.

Quellen:

R. Falk/P. Wahl: Befreiungsbewegungen in Afrika — Politische Programme; Pahl-Rugenstein 1980.

H. Orbon: Die Lage der Schwarzen in Südafrika/Azania und ihr politischer Widerstand im 20. Jahrhundert; Oberbaumverlag 1980

Arbeiter gegen Apartheid; Hrsg.: edition südliches afrika, 1984

issa, Nr. 2/1985

Südafrika in den achtziger Jahren, Studie des Katholischen Instituts für Internat. Beziehungen, London (2. erweiterte Auflage), Hrsg. Ev. Missionswerk, 1984

Oppenheimer-Gruppe schwenkt auf harten Kurs ein

14.000 Bergarbeiter wurden am 25.4. von der „Anglo American Cooperation of South Africa" entlassen — eine Zahl, die selbst in Südafrika ihresgleichen sucht. (Die Anglo American ist trotz ihres Namens kein US-Multi, sondern ein in Südafrika ansässiger Bergbauriese, wichtigster Investor Afrikas, an der Spitze steht der weltmarktbeherrschende Diamantenkonzern DeBeers). Dies ist insofern bemerkenswert, als die Anglo American bis jetzt als „linksaußen" innerhalb der „liberalen" Unternehmen galt. Seit Jahren war sie über begrenzte Reformen hinaus für umfassende politische Rechte für die Schwarzen eingetreten; der milliardenschwere „Diamantenkönig" Harry Oppenheimer hatte immer wieder höchstpersönlich an Kommissionen und Verhandlungen teilgenommen. Noch vor wenigen Wochen hatte sie wütende Forderungen an die Regierung gestellt, nachdem ihr die Gewerkschaftsführer vom Verhandlungstisch wegverhaftet worden waren. Offensichtlich geht die Anglo American nunmehr davon aus, daß mit sozialpartnerschaftlichen Methoden keine Änderungen zu erreichen sind.

Anlaß für die Massenentlassungen war ein Streik, mit dem eine 10%ige Lohnerhöhung für **alle schwarzen** Arbeiter, nicht nur für die qualifizierten, durchgesetzt werden sollte. Dabei sind 10% in Anbetracht der südafrikanischen Inflationsrate eine fast bescheidene Forderung. Die 14.000 Bergarbeiter haben nicht nur ihre Arbeit verloren, sondern auch die südafrikanische Staatsbürgerschaft und müssen sich jetzt in die „homelands" abschieben lassen, wo es für sie garantiert keine Arbeit gibt. Betroffen sind weitere zehntausende Familienangehörige, die keine Möglichkeit haben, sich selbst zu versorgen. Manch eine/r von ihnen wird in den Untergrund gehen.

Nicaragua 1985:
Por la paz, todos contra la agresion!
Der defensive Charakter des sandinistischen Volksheeres

Die kürzlich von Reagan in die Welt gesetzte „Friedensinitiative" für Mittelamerika zielt darauf ab, daß die Sandinisten aufgeben und die Macht abtreten. Kernpunkt des Reagan-Vorstoßes sind die Verminderung des nicaraguanischen Militärpotentials, die Ausweisung aller ausländischen (sprich: kubanischen) Militärberater und Verhandlungen mit der Contra. Also: die Entwaffnung der Revolution! Die „Friedensintiative" Reagans kam gerade „rechtzeitig" vor der letzten Contadora-Runde (11./12.4.) in Panama.

Reagan wollte sowohl den vorangehenden Friedensvorschlägen der Sandinisten, die Daniel Ortega anläßlich der Amtseinführung des uruguayischen Präsidenten Sanguinetti unter Befürwortung zahlreicher lateinamerikanischer Länder gemacht hatte (Abzug von 100 kubanischen Militärberatern im Mai, Waffenmoratorium), neutralisieren, als auch die Contadora- und mittelamerikanischen Staaten auf seine politische Linie festlegen. Gleichzeitig mit der Zustimmung einzelner lateinamerikanischer Länder zu Reagans „Friedensplan" wurde bekannt, daß diesen — total verschuldeten Ländern — neue Kredite aus den USA gewährt wurden (z.B. Ecuador erhielt sofort nach seiner Unterstützungserklärung 200 Mio. Dollar).

Die Neutralisierung der Contadora-Initiative durch die USA zeigt sich im Ergebnis des letzten Treffens: es kam nur die Bildung einer albernen Kommission ohne Kompetenz zustande, die die Waffensysteme und die in Mittelamerika anwesenden ausländischen Militärberater überprüfen und kontrollieren soll (Comisión de Verificación y Control). Gestützt durch die Reagan-Initiative hat kein weiteres mittelamerikanisches Land seine Bereitschaft erklärt, seine Militärberater abzuziehen.

Wir dokumentieren im folgenden (leicht gekürzt) einen von uns übersetzten Artikel des nicaraguanischen Verteidigungsministers Humberto Ortega Saavedra, in dem er über den Charakter des sandinistischen Volksheeres informiert (aus „Barricada", 13.4.1985)
U. + U., León

1. Charakter der Verteidigung

Unser System der militärischen Landesverteidigung, dessen zentraler Kern das sandinistische Volksheer ist, hat einen äußerst defensiven Charakter und zielt nicht auf die Realisierung von militärischen Aktionen außerhalb unseres Territoriums. Der defensive Charakter wird durch eine Reihe von Faktoren bestimmt, die ich im folgenden erläutern werde:

2. Ökonomische Einschränkungen und Nachhut

Die ökonomischen und materiellen Bedingungen des Landes erlauben es uns nicht, irgendwelche interventionistischen Aktionen gegen unsere Nachbarländer oder andere der mittelamerikanischen Region durchzuziehen.

Nicaragua hat eine unterentwickelte Wirtschaft, deren industrielle Basis sehr dürftig und grundlegend vom Ausland abhängig ist. Das gesamte Erdöl, wichtigste Energiequelle der nationalen Wirtschaftsaktivitäten, wird importiert. Das Erdöl spielt für einen Interventionskrieg eine vitale Rolle. Für seine Rohölversorgung besitzt Nicaragua nur einen wichtigen Hafen, der in einem Krieg durch das Angreiferpotential vollständig neutralisiert werden würde und so das Land ohne Versorgungsfähigkeit ließe. Die ökonomischen Beschränkungen bedingen auch, daß der größte Teil des militärisch genutzten Transportvolumens — mehr als 50% — gleichzeitig im wirtschaftlichen Bereich gebraucht wird. Das Transportwesen ist außerdem dadurch beeinträchtigt, daß es für Nicaragua sehr schwierig ist, Ersatzteile zu bekommen. Wenn wir zusätzlich zum Faktor Erdöl in Rechnung stellen, daß wir kein unabhängiges Transportwesen zur Verfügung haben, ist es offensichtlich, daß Nicaragua keine strategischen Interventionsaktionen durchführen kann, die die Sicherheit irgendeines Nachbarlandes in Gefahr brächten. Auch wenn sich Teile der Streitkräfte außerhalb unseres Territoriums begeben würden, könnten sich diese versorgungsmäßig dort nicht halten. Dazu kommt noch, daß unsere Lufttransport-Möglichkeiten sehr beschränkt sind. Ihr faktisches Nichtvorhandensein würde bedingen, daß unsere Streitkräfte ohne logistische Unterstützung festsäßen

Ein offensiver Interventionskrieg erfordert strategische Reserven in großem Umfang und Vorratslager, um unser Heer mit Lebensmitteln zu versorgen. Nicaragua besitzt keine großen Vorratslager, um Treibstoff und andere notwendige Materialien für solche Unternehmungen aufzubewahren. Die viehwirtschaftliche Produktion ist nicht in der Lage, industriell verarbeitet zu werden, um Kaltrationen und andere Büchsenprodukte herzustellen, die jedes Heer für ein Unternehmen dieser Art braucht. Unsere schwache Wirtschaft ist zum großen Teil vom Ausland abhängig. Wenn unsere beiden Feinde unsere Häfen blockieren, würde Nicaragua vollständig lahmgelegt, und zwar nicht nur, was die Aufrechterhaltung eines Interventionsheeres, sondern auch des Lebens des gesamten Landes angeht. Ein Interventionsheer benötigt nicht nur Nahrungsmittel und Treibstoff, sondern auch Uniformen, Stiefel, Ausrüstungsgegenstände und Proviant generell, die im Falle von Nicaragua prekärerweise zum Teil in den gleichen Industrien hergestellt werden, die durch die Rohstoffblockade gelähmt werden würden.

Die medizinische Versorgung ist auch vital für ein Interventionsheer. Die Kapazitäten der medizinischen Versorgung Nicaraguas sind sehr mangelhaft, sowohl in Bezug auf die materiellen Ausstattungen als auch die militärmedizinischen Qualifikationen. Sie reicht kaum aus, um die Bedürfnisse des Volkes zu decken. Es existiert praktisch kein militärmedizinisches System. Zum großen Teil handelt es sich um zivile Ärzte, die ihren Dienst in Militärstrukturen ableisten.

Ein Interventionskrieg erfordert außerdem eine Militärindustrie. Es müssen Miunitionsartikel für die Infanterie, landgestützte Artillerie und Luftabwehr sowie andere Militärbereiche produziert werden. Unsere Industrie kann weder Munition noch Ersatzteile für das Heer produzieren. Im Kriegsfalle können diese Güter nicht importiert werden und große Vorräte können nicht angelegt werden. Zusammenfassend können wir sagen: Unser politischer Wille besteht darin, von Grund auf ein System mit defensivem nationalem Charakter aufzubauen und uns vor allen Dingen dem Wiederaufbau unseres armen Landes zu widmen.

Aus den vorher genannten Gründen kann Nicaragua keine militärische Drohung mit offensivem interventionistischem Charakter darstellen, weder für unsere unmittelbaren mittelamerikanischen Nachbarn noch viel weniger für die große Militärmacht USA.

3. Einschränkungen im Bereich menschlicher Ressourcen

In fünf Jahren haben wir es geschafft, Offiziere mit einer mittleren Qualifikation auszubilden. Da der militärische Bereich sehr komplexe und anspruchsvolle Qualifikationen erfordert, war es uns unmöglich, ein höheres Niveau zu erreichen. Das bedeutet, daß die Ausbildung der Befehlshabenden des EPS eine Ausführung komplizierter militärischer Aktionen nicht zuläßt. Ihr gegenwärtiges Niveau reicht aus zur Aufrechterhaltung der Organisation und Disziplin in unserem Heer, in der Reserve und in den Milizen auf unserem Territorium. Jeder gewiefte Militär weiß nur allzu genau, daß für die Strukturierung und höhere Ausbildung der Kommandantur und des Generalstabs eines Heeres in jedem Land ein Prozeß von vielen Jahren notwendig ist; nicht nur im wirtschaftlichen und personellen Bereich, sondern auch in der praktischen Übung, in der Struktu-

Fortsetzung nächste Seite



In Erwartung der Rückkehr eines Bataillons aus den Bergen — Nicaragua 1983 (Foto: Bertien van Manen)

Fortsetzung von vorheriger Seite

rierung und Koordination, die die unterschiedlichen Aufgaben eines Heeres erfordert. Unsere geringe Bevölkerungsdichte und der wirtschaftliche und kulturelle Rückstand unseres Landes bedingen, daß das Heer, das wir aufbauen, weder kurz- noch langfristig die Möglichkeiten eines Offensivheeres annehmen wird.

4. Plan der nationalen Verteidigung

Eingedenk der objektiven wirtschaftlichen und geographischen Bedingungen, sowie der Bevölkerungsstruktur hat das nicaraguanische Heer ein Verteidigungskonzept entwickelt, aus dem sich ein einheitlicher Plan der nationalen Verteidigung ableitet. Dieses Konzept sieht die Schaffung eines Heeres vor, das in der Lage ist, überall auf unserem Territorium jedweden Angriff größeren oder kleineren Umfangs durch reguläre oder irreguläre Truppen zurückzuschlagen. Der militärische Plan legt fest, daß unsere Streitkräfte ihre Verteidigungsfunktionen grundlegend zu Land ausführen. Die Landtruppen stützen sich vor allem auf die Infanterie und werden unterstützt durch die Artillerie und Panzerfahrzeuge. Es stimmt, daß Nicaragua Panzer besitzt, aber diese dienen zur Verteidigung unserer Städte. Sowohl die Panzerstreitkräfte als auch die Artillerie sind zur Unterstützung der Infanterie konzipiert mit dem Ziel, unsere Position zu verteidigen. Weder die Kanonen noch die Panzer, die wir haben, können für sich genommen als kriegerischer Rückhalt dienen, um ein anderes Land anzugreifen.

Bleiben wir beim Thema der Panzer, die Gegenstand der entstellenden Propaganda durch den Feind sind. Abgesehen von der Tatsache, daß unser Land nicht die Mittel besitzt, um sie außerhalb unseres Territoriums zu versorgen, muß hier gesagt werden, daß es sich um Modelle T-54 und T-55 handelt, die die US-Militärs sehr gut kennen: Sie wissen, daß es sich nicht um moderne Panzerfahrzeuge handelt, die die Streitkräfte des Warschauer Paktes benutzen und auch nicht vergleichbar sind mit denen der NATO-Länder.

Als Ergänzung gibt es eine im Aufbau begriffene Kriegsmarine mit geringer Kapazität, um unsere Küsten zu überwachen. Diese hat jedoch weder Mittel noch ausgebildetes Personal, das irgendeine offensive Aktion zulassen würde. Die wenigen Einheiten umfassen: Küstenwache, Patrouillenboote und einige Minensuchboote, um der Verminung unserer Häfen entgegenwirken zu können. Aber keine dieser Einheiten kann weit auf das offene Meer hinausfahren und noch viel weniger außerhalb unserer Hoheitsgewässer operieren.

Unsere Kriegsmarine besitzt keine Marineinfanteristen, keine Ausrüstung für Landemanöver und keine Luftunterstützung. In Wirklichkeit erfüllt sie komplementäre Funktionen, indem sie das landgestützte Heer durch Übernahme von Informations- und Überwachungsaufgaben unterstützt.

Ein weiteres ergänzendes Element ist die Luftwaffen-Abwehr. Gleich nach dem Sieg haben wir sie, als wir noch nicht so viel Erfahrung hatten, „Sandinistische Luftwaffe" (FAS) genannt. Im Laufe der Zeit haben wir unsere realen Möglichkeiten besser einschätzen gelernt, daß wir keine unabhängige Luftwaffe aufbauen können, sondern ein defensives Luftabwehrsystem zur Unterstützung des allgemeinen Verteidigungsplanes.

Dieses basiert auf folgenden Elementen:

a) Auf der Luftabwehr-Artillerie;

b) Ausrüstung einiger Lufttransporter für taktische Operationen zur Unterstützung der Landtruppen. Es handelt sich um einige Transportflugzeuge und Hubschrauber, die, wie jeder Militär weiß, einen beschränkten Aktionsradius haben. Wir besitzen auch einige Raktensysteme von niedriger Reichweite, wie z.B. die SAM-7. Dieses sind tragbare Systeme, die die Landetruppen transportieren und haben einen äußerst defensiven Charakter. Wir sind dabei, einige Voraussetzungen zu schaffen, wie z.B. der Bau eines Militärflugplatzes und die Ausbildung zur Bedienung von Maschinen, über die Nicaragua im Moment noch nicht verfügt, wie z.B. Abfangjäger, die auf jeden Fall eine defensive Rolle spielen sollen.

Gegenwärtig versuchen unsere Gegner, den Bau eines Militär-Flugplatzes zu attackieren. Nicaragua besitzt nur einen wichtigen Flughafen in der Hauptstadt (Augusto C. Sandino), auf dem sich auch die Einrichtungen der Luftwaffe befinden. Das hat den Nachteil, daß sie die Anlagen auch mit dem zivilen Flughafen teilen müssen, wo täglich hunderte von Besuchern eintreffen.

Um die Verleumdungen der US-Administration zu widerlegen, muß gesagt werden, daß der Militär-Flugplatz in seiner Anfangsphase noch während der letzten Jahre der Somoza-Diktatur mit technischer Beratung der US-Amerikaner entworfen wurde. Wir sind jetzt nur dabei, diese Arbeit zuende zu führen, weil es für die Luftabwehr des Landes und die künftigen Abfangjäger notwendig ist. Die Verleumder Nicaraguas haben in ihrer Propaganda das Gespenst der MIG heraufbeschworen. In Wirklichkeit ist es kein Problem der Fabrikate, seien es nun MIG oder MIRAGE, denn das Entscheidende ist ihr Einsatz. In diesem Sinne betonen wir, daß wir versuchen, unser Luftabwehrsystem zu vervollständigen, indem wir Maschinen in vernünftiger Anzahl und im Verhältnis zu unserer Wirtschaftskapazität anschaffen. Auf alle Fälle, selbst wenn wir sie bekommen würden, wären sie immer noch weniger als die Flugzeuge dieser Art, die z.B. unser Nachbar Honduras besitzt.


Neue Mitglieder der Brigades de Lucha irregulares (Irreguläre Kampfbrigaden)

Unser Ziel ist es, das ganze Volk auf effektive Weise militärisch auszubilden, um uns gegen jeden Fremden zu verteidigen, der es wagt in Nicaragua einzufallen. Und wenn wir in diesem Verteidigungssystem alle drei Millionen Nicaraguaner organisieren könnten, würden wir es tun. Somit ist alos klar, daß der Umfang unseres Heeres unseren Bedürfnissen angemessen ist und daß die massive Beteiligung des Volkes an der Verteidigung nicht bedeutet, daß wir ein riesiges Heer haben, sondern es zeigt den patriotischen Willen der Nicaraguaner, Fußbreit für Fußbreit unser Territorium gegen die Angreifer zu verteidigen.

6. Ausländische Berater

Zweck und Probleme der Umsiedlung

Honduras besitzt.

6. Bewaffnetes Volk und das Heer: Ein großes Volksheer!

Unsere Militärdoktrin basiert auf der moralischen und politischen Stärke des Volkes, das massiv zu den Waffen greift, um sein Land und seine Revolution zu verteidigen. Massiv bedeutet hier, daß sich Hunderttausende von Bürgern — Männer, Frauen, Jugendliche, Kinder und Alte — in die Milizen und die Reserve integriert haben. Es bedeutet nicht, daß Nicaragua über ein reguläres Heer verfügt mit tausenden von Offizieren und Soldaten, Technik und Mittel, die nur entwickelte Länder wie die USA und andere haben können.

Das Volk Nicaraguas hat sich massiv militärisch organisiert um den Stützpfeiler der regulären Streitkräfte, dem EPS, das nicht mehr als 50.000 Aktive umfaßt. Wegen der Bewaffnung der Milizen und Reserven, wegen ihrer militärischen Ausbildung, wegen des Fehlens logistischer Mittel und jedweder Transportmöglichkeiten und Absicherung offensiver Operationen, taugen sie nicht zu interventionistischen Aktionen, sondern verwandeln sich vielmehr in eine fantastische und unbesiegbare militärische Kraft in der Verteidigung der unterschiedlichen Gebiete unseres nationalen Territoriums gegen eine eventuelle Invasion und solche Angriffe, wie wir sie gegenwärtig zurückschlagen. Unsere Milizen und Reserven bilden ein vitales Element in unserem Verteidigungsplan und erfüllen eine komplementäre Funktion zum stehenden Heer. Jeder bewaffnete Bürger bedeutet nicht mehr als die Möglichkeit, auf moderne oder primitive Art jedes Stück unseres nationalen Territoriums zu verteidigen.

Wir haben ein mittleres Heer aufgebaut, das sich aus Freiwilligen zusammensetzt. Dies könnte man auch freiwilligen Militärdienst nennen (Servicio Militar Patrotico), der in unserem Land zwei Jahre lang abgeleistet wird.

6. Ausländische Berater

Unsere Feinde haben die falsche Vorstellung verbreitet, daß es in unserem Land die Anwesenheit von ausländischen Truppen gibt. Dies läßt sich leicht widerlegen. Die Geheimdienste der USA wissen, daß dies alles Lüge ist. Nicaragua macht Gebrauch von seinem souveränen Recht, Zusammenarbeit zu suchen auf wirtschaftlichem, wissenschaftlichen, kulturellen und militärischen Gebiet. Wir haben unsere Bereitschaft gezeigt, diese Art von Zusammenarbeit mit verschiedenen Streitkräften der ganzen Welt zu verstärken. Eines der Länder, das positiv auf die Anfrage Nicaraguas reagiert hat, ist Kuba. Diese Zusammenarbeit bedeutet nicht die Anwesenheit kubanischer Truppen in unserem Land, sondern es sind hunderte von Ausbildern, Lehrenden und Spezialisten, die uns bei Aufgaben geholfen haben, die zu tun haben mit militärischer Organisation, Wissenschaft und Kriegsführung. Dies ist sehr unterschiedlich zur Situation in anderen Ländern, wo es sehr wohl die Anwesenheit von ausländischen Truppen gibt, Militärmanöver und Interventionsübungen durch umfangreiche US-Militärstreitkräfte und dies nicht als Ausdruck einer vorübergehenden Situation, sondern etwas was ständig über der mittelamerikanischen Region schwebt.

In Diesem Zusammenhang ist es nützlich, daran zu erinnern, daß Nicaragua seine Bereitschaft erklärt hat, den Contadora-Vertrag zu unterschreiben, der beinhaltet, daß Nicaragua bereit ist alle Waffenimporte einzufrieren, Abzug der ausländischen Militärs einschließlich der Berater in ganz Mittelamerika.

Wirkliche Sorgen sollte man sich machen über die Anwesenheit von US-Truppen in Mittelamerika, über den Aufbau von Militärbasen in Honduras, über ihre Militärmanöver und ihre übertriebene Aufrüstung, die die reaktionärsten Kreise der Reagan-Administration vorantreiben.



Alle Waffen dem Volk

Zweck und Probleme der Umsiedlung

In den vergangenen zwei Monaten hat die Regierung Nicaraguas im Krieg gegen die Contra eine neue Taktik eingeschlagen. Teil dieser Taktik ist eine umfangreiche Umsiedlungsaktion im Norden Nicaraguas, um eine Situation zu schaffen, in der zum einen der Contra der „Schutzschild" der dort lebenden Bevölkerung entzogen wird, und zum anderen die Menschen vor den Übergriffen der Contras geschützt werden sollen. Von dieser Umsiedlungsaktion, ihren Zielen und Auswirkungen haben Brigadistinnen und Brigadisten aus Nicaragua uns in einem Brief berichtet. Wir wollen daraus auszugsweise zitieren.

Die Informationen über diese Umsiedlungsaktion haben die Brigadistinnen und Brigadisten von Verantwortlichen der AMNLAE für die Zone von Pantasma, sowie durch Gespräche mit Mitgliedern der FSLN und Vertretern der MINVAH/Matagalpa gewonnen (MINVAH = Wohnungsbauministerium).

(...) Vor dem Hintergrund des seit 4 Jahren andauernden und von Jahr zu Jahr verschärften Krieges der US-Söldner in den Bergen Nicaraguas haben verschiedene Organisationen und staatliche Institutionen einen Plan ausgearbeitet, der im Laufe des Jahres 1985 in der Region I (Nueva Segovia, Madriz, Esteli) und Region VI (Matagalpa, Jinotega) durchgeführt werden soll - wobei letztere Region hauptsächlich betroffen sein wird. Es geht darum, die in den umkämpften Gebieten leben Menschen an die Sraßen umzusiedeln. (...)

Seit Beginn des Krieges besteht ein Ziel der Contra darin, ein größeres Gebiet inclusive einer Stadt einzunehmen, dort ein sog. „befreites Gebiet" und eine Gegenregierung auszurufen. Von dieser soll dann militärische Hilfe von den USA angefordert werden. Bisher konnte das sandinistische Heer (EPS) dies immer verhindern, abgeschrieben hat die Contra diese Strategie jedoch nie. So stellte die CIA zuletzt (der Brief wurde Ende März 85 geschrieben) *ein Ultimatum an die FDN, dieses Ziel bis Mitte April 85 zu erreichen, die FDN hat zugesagt, wenn im Gegenzug die darauf folgende Hilfe der USA garantiert ist. (...)*

Militärische Ziele der Umsiedlungsaktion: Da Nicaragua den zermürbenden Krieg — allein schon aus wirtschaftlichen Gründen — nicht mehr lange verkraften kann, hat die Regierung entschieden, jetzt alle verfügbaren Kräfte einzusetzen, um die Contra 1985 entscheidend zu schlagen. Die Taktik der Contra macht es aber für das sandinistische Heer notwendig, dazu die umkämpften Gebiete systematisch durchzukämmen. Die Umsiedlung der Bevölkerung aus diesen Gebieten verfolgt in erster Linie den Zweck, Bedingungen für den Einsatz von Artillerie in den Kriegszonen zu schaffen. Bisher war eine Kriegsführung mit Artillerie Rücksicht auf die in jenen Zonen weit verstreut lebende Bevölkerung kaum möglich. Nur durch eine qualitative Verbesserung der Kriegsführung besteht überhaupt eine Chance, die Contra auf nicaraguanischem Territorium zu schlagen. — Das Versorgungsnetz der Contra soll zerstört werden: Durch die Aussiedlung der Bevölkerung wird es der Contra wesentlich schwerer fallen, sich in den Bergen zu halten. Da die Umsiedlung auf freiwilliger Basis durchgeführt werden soll, wird sie mehr oder weniger zwangsläufig zu einer Differenzierung führen zwischen der aus Überzeugung mit der Contra kooperirenden Campesinos und solchen, die aus Angst oder aufgrund militärischen Zwangs handeln. (...)

Politische Konsequenzen: Klar ist, daß eine Umsiedlungsaktion in dieser Größenordnung — zumal da sie im Charakter an die umstrittene Miskito-Umsiedlung erinnert — möglicherweise gefährliche politische Konsequenzen nach sich ziehen wird. (...)

Was die militärische Situation betrifft, sind wir davon überzeugt, daß nur eine Veränderung der militärischen Strategie eine reale Chance bietet, die Contra zu schlagen und dem permanenten Krieg gegen das nicaraguanische Volk ein Ende zu bereiten. Die Aussiedlung der Bevölkerung aus den umkämpften Gebieten ist notweniger Bestandteil dieser veränderten Strategie. Die Frage ist nur, in wie weit die gute Absicht diese Maßnahmen rechtfertigt. (...)

Es steht außer Zweifel, daß für den Großteil der betroffenen Bevölkerung die Umsiedlung eine große psychische und meist auch ökonomische Belastung mit sich bringen wird. Sie müssen von ihrem angestammten Stück Land weg — was der nicaraguanischen Campesino-Bevölkerung gewöhnlich sehr schwer fällt — müssen sich von der Individualwirtschaft auf ein Leben in einer Dorfgemeinschaft umstellen. Sie gehen das Risiko ein, im Tausch weniger oder schlechteres Land zu bekommen, zumindest während der Übergangszeit in provisorischen Hütten zu leben etc. Selbst wenn von den Verantwortlichen zugesichert wird, daß niemand mit Gewalt umgesiedelt werden soll, so kann man natürlich auch nicht gerade von Freiwilligkeit reden: Schon die Ankündigung, daß für das Leben aller in den Kriegszonen verbleibender Menschen von seiten der Regierung keine Verantwortung übernommen wird, läßt der Bevölkerung kaum eine andere Wahl als die Umsiedlung mitzumachen. (...)

Politische Probleme bei der Umsetzung des Planes: Auch wenn man von der prinzipiellen Notwendigkeit des Umsiedlungsplans ausgeht, sind einige Probleme hinsichtlich der politischen Konsequenzen zu bedenken, die zunächst einmal bei den Betroffenen selbst, im nicaraguanischen Volk insgesamt, und dann auch auf internationaler Ebene auftreten werden.

Offen ist z.B. die Frage, ob das Kalkühl der FSLN und der Regierung, durch die Ansiedlung der Campesinos an den Straßen bessere Voraussetzungen zur politischen Arbeit unter ihnen zu schaffen, aufgeht. D.h. es ist nicht abzusehen, in welchem Ausmaß die Umsiedlungsaktion selbst Vorbehalte der Bauernbevölkerung gegenüber den Sandinisten fördert oder verursacht, die die beabsichtigte politische Arbeit wieder ungleich schwerer machen würde. Ob es den Sandinisten gelingen wird, ein Vertrauensverhältnis zu der betroffenen Bevölkerung herzustellen, wird in starkem Maße davon abhängen, mit wieviel Ernst, Geduld und Ehrlichkeit sie die notwendige Überzeugungsarbeit angehen werden. Schon jetzt können wir beobachten, daß ungeheure Anstrengungen unternommen werden, um diese Ziele zu erreichen, z.B. die Mobilisierung von Brigaden, die politische und Betreuungsarbeit machen werden. (...)

Bei der Durchführung des Umsiedlung konnten wir auch schon eigene Erfahrungen machen. Aus El Ventarba/-Pantasma (ca. 10km von den Ort entfernt, in dem die Brief-Schreiber/innen lebten) *wurden vor vier Wochen die letzten 40 dort lebenden Bauernfamilien evakuiert. Vier von ihnen waren vorübergehend hier in Loma Alta untergebracht. Wir konnten erfahren, daß Vertreter/innen von FSLN und AMNLAE vorher ausgiebig und ehrlich mit ihnen über das Ziel der Aktion, über ihre Möglichkeiten und Alternativen geredet hatten und daß keiner zwangsweise evakuiert wurde. Sie konnten sämtlichen Besitz, teilweise auch das Baumaterial, mitnehmen. Nach zwei Wochen löste die FSLN ihr Versprechen ein und stellte den Familien drei große Fincas, die der Staat kurz vorher von Privatleuten gekauft hatte, zur Verfügung. Sie konnten frei entscheiden, ob sie dort wohnen oder eine individuelle Lösung suchen wollten.*



Ein Brief aus Chile über
Repression, Kampf und Hoffnung

Santiago, 5.4.85

Liebe Alle,

eigentlich wollte ich Euch in Ruhe und ausführlich über die Vorbereitungen und Ergebnisse des Protesttages am 27. März schreiben, aber dann haben sich die Ereignisse mal wieder überschlagen, die ich jetzt einfach der Reihe nach aufschreibe.

Vorweg (damit Ihr weiterlest) die gute Nachricht:

Die Kriegsgerichte finden nicht statt!

Die Eingabe der Anwälte auf Nichtzuständigkeit des Militärrichters in Kriegszeiten wurde angenommen, alle 5 Betroffenen werden jetzt vor ,,normale'' Militärgerichte in Friedenszeiten zitiert. (Dazu aber noch weiter unten).

Die erste Aufregung gab's am 18. März, als die Nationalmannschaft im Stadion gegen Ecuador um die Qualifikation zur Fußballweltmeisterschaft spielte. Vorher lagen schon überall kleine Flugblätter herum, die zum Besuch im Stadion aufforderten. Gefälschte Eintrittskarten wurden verteilt und das Stadion war rammelvoll. Während des Spiels wurde dann ein Strommast ,,gefällt'' in der zentralen Leitung zum Stadion. Das Flutlicht fiel 15 Minuten lang aus, das Spiel und die Fernsehübertragung mußten unterbrochen werden. Das Publikum blieb — nach offiziellen Verlautbarungen — ruhig und ohne Panik und vertrieb sich die Zeit mit Rufen und Singen. Was gerufen und gesungen wurde, könnt Ihr Euch denken. Flugblätter wurden geworfen und nach dem Spiel auch Miguelitos (Krähenfüße) auf den umliegenden Straßen. Deswegen und wegen Eintrittskartenfälschung wurden einige Leute verhaftet.

Am nächsten Sonntag wollten wir unbedingt ins Stadion zum Spiel gegen Uruguay, aber selbst auf dem Schwarzmarkt war keine Karte mehr zu haben. Das Spiel war auch wieder reichlich turbulent, aber mehr im reinen ,,Fußball-Sinn''. Der Schiedsrichter bekam eine Flasche oder so was an den Kopf und war eine Zeitlang K.O., aber Chile gewann schließlich. Jetzt weiß ich nicht, für wen ich beim entscheidenden Spiel in Montevideo dieses Wochenende halten soll. Hier sind viele der Ansicht, daß es eine Katastrophe wäre, wenn Chile sich für die WM qualifiziert, weil dann monatelang in allen Zeitungen und Köpfen der Fußball regiert. Andererseits finde ich es massenfeindlich, gegen Chile zu halten — aber objektiv gesehen ist Uruguay ja wirklich schlicht besser ... Aber zurück zu den wichtigen Dingen. (Es soll ja bei Euch auch Leute geben, die sich nicht für Fußball interessieren).

Am 26.3., einen Tag vor dem angekündigten Protest, wurde in Concepcion das Regierungsfernsehen, Television Nacional, 1 1/2 Std. lang von Radio Liberacion interferiert. Schon vorher gab es in Conce Flugblätter und Mauerparolen, die aufforderten, Tele-

Am 26.3., einen Tag vor dem angekündigten Protest, wurde in Concepcion das Regierungsfernsehen, Television Nacional, 1 1/2 Std. lang von Radio Liberacion interferiert. Schon vorher gab es in Conce Flugblätter und Mauerparolen, die aufforderten, Tele-

vision Nacional zu gucken. Die Übertragung selber soll sehr gute Qualität gehabt haben, verständlich und deutlich. Bei einer so langen Übertragung gelang es der Polizei, den Sender zu orten: in einem Hotel in Conce. Sicherheitskräfte stürmten das Hotelzimmer und wollten das Tonband ausschalten. Dabei ging eine Bombe hoch, die 2 Carabineros tötete. Von den Tätern fehlt bis heute jede Spur.

Zwei weitere Anschläge, ebenfalls am 26.3., in Santiago. Vor dem Verlagshaus von La Nacion (Zeitung der Ultrarechten) und vor dem ,,Alamcen de Paris'' (Feines Kaufhaus in Providencia) wurden Autos abgestellt, die dann in die Luft gingen. Mehrere Leute wurden leicht verletzt. Der Sachschaden war riesig.

Der Protesttag am 27.3. fiel trotz langer und mühevoller Vorbereitungen nicht besonders erfolgreich aus.

Es hatte zahlreiche Versuche gegeben, die gesamte Opposition zum Protestaufruf zu bewegen, es gab verschiedene Treffen des Nationalen Komitees für Protest und Demokratie und anderer Arbeitsgruppen, die bis zum Ausnahmezustand die Protesttage gemeinsam vorbereitet hatten. Einig waren sich schließlich die MDP, ein Teil des sozialistischen Blocks und die ,,Langhaarigen'' (= der linke Flügel) der Demokratischen Allianz und riefen zum 27.3. als Protesttag auf. Dies ist auch das Spektrum, das sich seit der Verhängung des Ausnahmezustandes im November 84 mehr und mehr als die radikale Opposition herauskristallisiert, die konsequent festhält an den Forderungen: Weg mit Pinochet, kein Dialog mit diesem Regime usw. Diese Kräfte sind gerade dabei, ein gemeinsames Forderungsdokument oder eine Art Plattform zu verabschieden, um eine längerfristige Zusammenarbeit zum Sturz der Diktatur zu entwickeln. Dazu gehören außer der MDP Teile der Radikalen Partei (Anibal Palma), die Christliche Linke (IC) einige Flügel der Sozialistischen Partei (diese waren alle ursprünglich im sozialistischen Block organisiert), außerdem der linke Flügel der Christdemokraten (chascones) und Persönlichkeiten der Demokratischen Allianz. Dieser Zusammenschluß der ,,Kompromißlosen'' (Intransigentes) wird von der MDP als wichtiger Schritt auf dem Weg zur weiteren Vereinheitlichung der Opposition gesehen. Zwar umfaßt die Gruppe der ,,Kompromißlosen'' tatsächlich nur die radikalen Teile der vorhandenen Parteien, die politische Mitte ist hier noch nicht einbezogen; aber mit dieser Zusammenarbeit ist ein Anfang gemacht — Ergebnis der Polarisierung der politischen Parteien nach der Verhängung des Ausnahmezustandes. Dieser Polarisierungsprozeß ist noch nicht abgeschlossen und insbesondere durch die weiteren Barbareien des Regimes (siehe unten) ergeben sich die Bedingungen (und die Notwendigkeit) für eine engere Zusammenarbeit auch mit den politischen Mittelkräften.

Die bürgerliche Opposition insgesamt (vor allem die Teile, die dafür plädieren, das Ende des Ausnahmezustandes abzuwarten und die meinen, ohne Verhandlung mit dem Regime sei keine Veränderung möglich) war nicht bereit, zum 27.3. als Protesttag aufzu-

Die bürgerliche Opposition insgesamt (vor allem die Teile, die dafür plädieren, das Ende des Ausnahmezustandes abzuwarten und die meinen, ohne Verhandlung mit dem Regime sei keine Veränderung möglich) war nicht bereit, zum 27.3. als Protesttag aufzu-

rufen, sie wollten den 29. März zum ,,Tag der Solidarität'' mit den Opfern des Erdbebens machen. Dadurch entstand wieder Konfusion, obwohl die Linken sich dem Aufruf zum 29. auch anschlossen. Offensichtlich ist, daß die rechte Opposition die Vorbereitungen zum Protest am 27. stören und behindern wollte. Natürlich ist das nur ein Grund (und wahrscheinlich nicht der wichtigste), warum der Protest nicht besonders groß und wirksam wurde. Das Hauptproblem ist nach wie vor, daß die Leute zwar bereit sind zu protestieren, es aber sehr schwierig ist, angesichts der starken Militärpräsenz in den Vierteln, des Belagerungszustandes und der Ausgangssperre ,,machbare'' Protestformen zu entwickeln.

In verschiedenen Teilen Santiagos gab es am 27.3. abends Barrikaden, einige Geschäfte schlossen vorzeitig, in meinem Viertel trafen sich Jugendliche auf der Straße und sangen Protestlieder, aber viel mehr passierte nicht, auch nicht in den Provinzen.

Am 28.3. wurden die Brüder Rafael und Eduardo Vergara in einem angeblichen ,,enfrentamiento'' auf der Straße erschossen, als sie — wie es heißt — einen Überfall auf einen Supermarkt begehen wollten. Die beiden, 18 und 20 Jahre alt, waren Söhne von einer Mitarbeiterin der Vikaria. Sie wurden am Sonntag (31.3.) begleitet von einem Demonstrationszug von Tausenden beerdigt. Die Zeitung schrieb hinterher, sie seien Mitglieder einer der radikalsten politischen Bewegungen in Chile gewesen, bei der Beerdigung seien die Parolen dieser Bewegung gerufen worden und der Priester Rafael Maroto habe gesprochen (auf diese Weise werden hier die Nachrichten umschrieben, aber immerhin, man weiß, was gemeint ist).

Am 28.3. abends wurde das Kommunikationsbüro der Lehrergewerkschaft AGECH von Zivilisten überfallen. 4 Lehrer wurden entführt eine Nacht und einen Tag mit verbundenen Augen in einem unbekannten Ort festgehalten, gefoltert und nach führenden Mitgliedern der AGECH befragt. In der nächsten Nacht wurden sie an verschiedenen Punkten Santiagos freigelassen. Das Büro wurde demoliert.

Am 29.3. wurden morgens um 8.30 Uhr der Lehrer und Vorsitzende der AGECH Region Santiago, Manuel Guererro, und der Mitarbeiter der Vikaria, Jose Manuel Parada, entführt. Guererro ist Lehrer am Colegio Latinoamericano de Integracion (eine Schule mit demokratischer Tradition) und nahm wie an jedem Morgen seine Schüler am Schultor in Empfang. Jose Manuel Parada brachte seine Kinder in die Schule, als ein Auto ohne Kennzeichen vorfuhr, drei bewaffnete Zivilisten raussprangen und Guererro und Parada ins Auto zerrten. Der Lehrer Leopoldo Munoz, der die Entführung verhindern wollte, wurde angeschossen und liegt bis heute lebensgefährlich verletzt im Krankenhaus. Am folgenden Tag wurden die Leichen von Guererro und Parada außerhalb Santiagos gefunden. Ein dritter Toter, der am selben Ort gefunden wurde, wurde als der Maler Nattino identifiziert, der am Tage vorher auf dem Weg zum Arztbesuch ,,verschwunden'' war. Er hatte nichts mit der AGECH zu tun, war

rerro und Parada außerhalb Santiagos gefunden. Ein dritter Toter, der am selben Ort gefunden wurde, wurde als der Maler Nattino identifiziert, der am Tage vorher auf dem Weg zum Arztbesuch ,,verschwunden'' war. Er hatte nichts mit der AGECH zu tun, war

aber ehemaliger Mieter des Kommunikationsbüros der AGECH gewesen.

Am Sonntag, den 31.3. warteten Hunderte von Lehrern im AGECH-Büro auf die Ankunft des Sarges von Manuel Guererro, der dort aufgebahrt werden sollte, als 3 Lehrer und ein Student von Zivilisten und Polizei aus der Tür heraus verhaftet wurden.

Zur gleichen Zeit fand in der Kathedrale die Palmsonntagsmesse statt, in der zugleich der Toten, d.h. der letzten Opfer des Regimes, gedacht werden sollte. Hunderte von Leuten, die vor der Kathedrale Parolen riefen und Transparente ausbreiteten, wurden von der Polizei verprügelt und vom Wasserwerfer auseinandergejagt (das Wasser ist hier zwar nicht mit Tränengas, dafür aber mit Scheisse und Abwässern angereichert, was auch nicht gerade angenehm ist).

Am 1.4. fand das Begräbnis für Guererro und Parada statt, an dem mindestens 15.000 Menschen teilnahmen (meine Schätzung), es war ein riesiger kämpferischer Zug mit Transparenten, Fahnen, Parolen, keine Mauer am Wege, die nicht bemalt und beschriftet wurde, sogar die Internationale wurde gesungen. Die Polizei hielt sich zurück, der Skandal war sowieso schon zu groß.

Am 2.4. wurde der Maler Nottino begraben. Die AGECH hatte für diesen Tag zu einem Streik, bzw. zum Langsam-Arbeiten aufgerufen, viele Eltern schickten ihre Kinder gar nicht erst in die Schule. Nach ersten Auswertungen war in 50 Schulen Santiagos der Unterrichtsbetrieb total lahmgelegt, insgesamt sollen rund 60% des Unterrichts ausgefallen sein.

Fast unglaublich sind die Reaktionen des Regimes auf diese Vorfälle. Der Chef der Carabineros, General Mendoza, hat inzwischen eine ,,perfekte'' Argumentationskette geliefert:

Wer hat ein Interesse daran, das Land in Schwierigkeiten zu bringen und zu destabilisieren? — Der internationale Marxismus.

Wer waren die Getöteten? Hohe Führer des Kommunismus, die vergeblich versucht haben, Proteste und Aufruhr im Lande zu verbreiten, womit sie aber kläglich gescheitert sind. So etwas verzeiht der internationale Marxismus nicht. Deswegen hat er Agenten geschickt, die die Schuldigen liquidierten. Dies wurde natürlich so eingerichtet, daß die Regierung als Schuldige erscheint. — So was wird hier allen Ernstes in Nachrichten und Zeitungen verbreitet.

Interessant ist, daß — bis hin zur Regierung selber — niemand bestreitet, daß die Diktatur ihre Finger in diesem schmutzigen Spiel hat. In seiner ersten Stellungnahme bedauerte der Innenminister z.B. die Vorfälle. Man stelle sich vor, was in Europa los wäre, wenn einer Regierung unterstellt würde, daß sie mit Entführung und Mord zu tun hat. Hier war diese Unterstellung implizit in allen Reporterfragen enthalten, und es gibt keinen Skandal und empörte Zurückweisungen, sondern man ,,bedauert'' die Vorfälle und spricht von einer ,,rein polizeilichen Angelegenheit''. (Dies nur um das politische Klima etwas zu verdeutlichen, hier hätte an die ,,Selbstmorde'' von Baader und Ensslin niemand

empörte Zurückweisungen, sondern man ,,bedauert'' die Vorfälle und spricht von einer ,,rein polizeilichen Angelegenheit''. (Dies nur um das politische Klima etwas zu verdeutlichen, hier hätte an die ,,Selbstmorde'' von Baader und Ensslin niemand

geglaubt).

Nach mehreren Kabinettssitzungen ist die Regierungsformel jetzt klar: Der Terrorismus, diese Welle von Gewalt, die mit dem kaltblütigen Mord an zwei Polizisten in Concepcion begann, die mit den Bomben von Santiago unschuldiges Leben gefährdet hat, wird entschieden zurückgewiesen. Ein besonderer Untersuchungsrichter wurde zur Aufklärung der Entführungen und Morde eingesetzt (Nebenbei: die Ermordung von Tucapel Jimenez, dem Gewerkschaftsvorsitzenden, der 1983 auf offener Straße und am hellichten Tage erstochen wurde — was einen ähnlichen Skandal wie heute hervorrief — ist bis heute nicht aufgeklärt).

Unbestreitbar ist, daß die Vorfälle — zu schwerwiegend, um sie zu vertuschen — der Regierung eigentlich nicht ins Konzept passen können. Der Skandal und die Beunruhigung im Land selber sind enorm, und auf internationaler Ebene leidet das Image der Diktatur, die doch eigentlich zur Zeit versucht, sich zu ,,institutionalisieren'', d.h. den Gesetzesapparat so auszubauen, daß die Unterdrückung der Opposition mit ,,legalen'' Mitteln möglich ist.

Deswewgen vermutet man hier, daß die Widersprüche innerhalb der Diktatur womöglich doch größer sind als angenommen. Offensichtlich versucht ein Teil des herrschenden Blocks (bzw. der Militärs) über den Ausbau von Todesschwadronen, die gezielte Liquidierung linker Führungspersönlichkeiten zu betreiben. Die jetzigen Vorfälle sind jedenfalls in dieser Häufung und Präzision lange nicht vorgekommen. Die ,,Verschwundenen'' und Ermordeten der letzten Zeit waren Opfer der CNI (,,Unglücksfälle'' bei der Folter) oder wurden von Sicherheitskräften ,,legal'' auf der Straße erschossen. Die jetzigen Aktionen tragen mehr die Handschrift einer regelrechten Todesschwadron, die so massiv bisher in Chile nicht tätig war (auch die ACHA, die antikommunistische Allianz, hat sich mehr durch Drohung, Einschüchterung und Anschläge hervorgetan als durch gezielten Mord). Bisher ist unklar, wer tatsächlich dahintersteckt. Die ,,El Salvadorianisierung'' bedeutet auf jeden Fall eine weitere Behinderung der Arbeit der Linken (noch mehr Vorsicht, noch mehr Sicherheitsmaßnahmen etc.), sie bedeutet aber unter Umständen auch eine neue Etappe im Kampf gegen die Diktatur. Die Chilenen (deren Stolz auf ihre demokratische Tradition enorm ist — das wird in allen Gesprächen immer wieder deutlich: daß es eine Schande sei, 11 Jahre Diktatur in einem demokratischen Land, wo es nie Putsche und Barbareien gegeben habe) haben einfach genug von Mord und Grausamkeiten. Dies zeigte sich z.B. bei den Beerdigungen, an denen trotz der Spannung in der Luft so viele Menschen teilnahmen. Möglich ist natürlich auch, daß die Diktatur jetzt doch noch ernst macht und anfängt, auf ,,kaltem Wege'', aber gezielt die Linke zu liquidieren, bzw. zumindest zu ,,enthaupten''.

Für den 11. April ist ein Protesttag unter dem Motto ,,Tag für das Leben'' im Gespräch, zu dem offensichtlich alles aufrufen wird, was Rang und Namen hat, bis hin zur Demokratischen Allianz.

Weiterhin in der Diskussion ist auch der zweite nationale Streik, den die MDP gern für Ende April ausrufen würde. Bisher steht aber noch kein Datum fest. Das Problem ist, daß alle Planungen und Versammlungen unter dem Ausnahmezustand schwer durchzuführen sind. So hat z.B. Cofasin (der Delegiertenrat der CNT, nationales Arbeiterkommando) in diesem Jahr erst einmal getagt. Ein Streik muß aber, wenn er Erfolg haben soll, von diesem Gremium, das viel direkter und breiter die Basis repräsentiert als der ständige Ausschuß der CNT, einberufen werden. Außerdem waren die christdemokratischen Gewerkschaftsführer bezüglich eines Streiks — insbesondere nach dem Erdbeben — unentschlossen. Bustos forderte z.B. eine ,,Waffenruhe'' für 30 Tage, um zunächst die Erdbebenprobleme zu lösen. Diese Positionen werden sich jetzt durch die letzten Ereignisse verändert haben. Die MDP arbeitet mit aller Kraft (nneben der Schaffung breiterer politischer Bündnisse auf Führungsebene — siehe oben) an der Zusammenfassung und Koordination der Masseorganisationen und Gewerkschaften. Zum Beispiel gab es kürzlich (ich glaube zum ersten Mal) eine Koordinationssitzung aller Pobladoresorganisationen in Santiago, an der 150 Vertreter aus allen Stadtteilen und Vierteln teilnahmen. Zum Beispiel hat sich im Norden Santiagos eine regionale Koordination der CNT (nationales Arbeiterkomitee) gebildet, an der alle gewerkschaftlichen und politischen Kräfte beteiligt sind.

teilnahmen. Zum Beispiel hat sich im Norden Santiagos eine regionale Koordination der CNT (nationales Arbeiterkomitee) gebildet, an der alle gewerkschaftlichen und politischen Kräfte beteiligt sind.

Ja, in diesem Sinne geht es hier weiter.

Gut wäre es auf jeden Fall, wenn Ihr (GAL, Grüne, Einzelpersonen) in Schreiben an die Botschaft in Bonn und an den hiesigen Innenminister die rückhaltlose Aufklärung der Vorfälle fordern könntet. Unbedingt machen muß das die GEW. Es wäre schon ein Erfolg, wenn mal Schuldige gefaßt würden (aus Prinzip, aber auch um die Verbindungen und Strukturen, die dahinterstecken, klarer zu bekommen).

Apropos Erfolg: Jetzt habe ich die Kriegsgerichte vergessen. Alle hier sprechen ihren Dank aus an die internationale Solidarität, die gemeinsam mit dem langen Kampf der Anwälte und den zahllosen mutigen Aktionen im Land dazu beigetragen hat, die consejos de guerra zu verhindern. Natürlich ist das Leben der Angeklagten damit noch nicht gerettet. Auch ein Militärgericht in Friedenszeiten kann und wird die Todesstrafe fordern. Es bleibt aber jetzt ein bißchen mehr Zeit und mehr rechtliche Möglichkeiten, um diese zu verhindern. Aber auch dazu sind viele weitere Solidaritätsaktionen aus dem Ausland notwendig.

Tut mir leid, daß es doch wieder so lang und viel geworden ist, aber das liegt an der Lage hier.

Abrazos und Grüße, M.

So was ,,Harmloses'' wie den Überfall aufs CODEPU-Büro vor 14 Tagen vergesse ich bei all den Vorkommnissen schon ganz. Eine Gruppe Zivilisten stürmte das Büro, beschmierte die Wände, machte Einrichtungsgegenstände kaputt, verprügelte die Anwesenden, klaute Geld und Schreibmaschinen und verschwand wieder. ,,Verhaftet'' wurde niemand.

CIA 1947 - 1956

Die Entstehungsgeschichte der CIA ist untrennbar verbunden mit dem ,,Kalten Krieg''. Ihre Operationen nahmen ihren Ausgangspunkt im Herzen Europas. In den ersten zehn Jahren US-Geheimdienstaktivitäten nach Ende des 2. Weltkrieges stand der Kampf gegen die kommunistische Gefahr in Europa im Zentrum. CIA und ihre Vorläufer sammelten hier ihre Basiserfahrungen beim Aufbau von geheimen bewaffneten Banden, in der psychologischen Kriegsführung und der Beeinflussung der Politik anderer Länder zwischen 1945 und 1956. Dabei bedienten sich die USA bewußt und vorsätzlich wichtiger Teile des deutschen Nazi-Apparats, deren antisowjetische Kampferfahrung sie sowohl im Aufbau eines deutschen Geheimdienstes im Dienste der USA, als auch in der Anwerbung zahlloser Experten in ganz Europa nutzten. Mitte der 50er Jahre waren die Hoffnungen, mittels Geheimoperationen Osteuropa sturmreif zu machen, gescheitert. Aufgrund zahlreicher Schwierigkeiten, speziell in der Sowjetunion, Fuß zu fassen, wurden die nachrichtendienstlichen Mittel technisch so weiterentwickelt, daß z.B. Spionageflugzeuge anstelle von Agenten eingesetzt wurden. Dieser Teil nachrichtendienstlicher Tätigkeit wurde zunehmend von der militärischen NSA übernommen. Die CIA blieb verantwortlich für das ganze Arsenal der 'dirty tricks', der politischen, ideologischen, wirtschaftlichen und militärischen geheimen Außenpolitik der USA.

Mit den in Europa gesammelten Erfahrungen begann die CIA ihren Kreuzzug durch die Welt: Guatemala, Vietnam, Iran, Sudan, Cuba, Chile... Nicaragua und Afghanistan heute. Mit dem Scheitern militärischer Geheimoperationen in Europa waren die CIA-Operationen hier jedoch beileibe nicht zu Ende. Psychologische Kriegsführung, Manipulationen von Parteien und Organisationen, Finanzierung von Pressekonzernen und anderen Medien sorgten weiterhin dafür, daß die Nationalen Interessen der USA in den westeuropäischen Gesellschaften tief verwurzelt blieben. Und das hat sich bis heute nicht verändert.

Nachstehende Artikel beschreiben die Entstehungsgeschichte der CIA und schildern Episoden aus den ersten Jahren ihrer geheimen Tätigkeit.

MINSK, Winter 1943

Seit zweieinhalb Jahren halten deutsche Truppen große Gebiete der Belorussischen Sowjetrepublik besetzt. Auf der Linie Warschau, Minsk, Smolensk führten die Truppen der Wehrmacht und SS ihren Vormarsch Richtung Moskau. Weißrussland, seit Jahrhunderten von wechselnden Mächten beherrscht, 1921 im Vertrag von Riga zwischen Polen und der UdSSR aufgeteilt, ist nicht nur militärisch ein wichtiges Gebiet für den faschistischen Krieg. Nach Ostpolen, Weißrussland und in umliegende Gebiete hatten sich die Juden vor der europäischen Verfolgung zurückgezogen. Bis zum deutschen Einmarsch hat dieses Gebiet den höchsten Anteil jüdischer Bevölkerung in Europa. Für die Vernichtungspläne Eichmanns ist das die Region, in die Juden aus Westeuropa deportiert, wo sie ermordet werden sollen.

höchsten Anteil jüdischer Bevölkerung in Europa. Für die Vernichtungspläne Eichmanns ist das die Region, in die Juden aus Westeuropa deportiert, wo sie ermordet werden sollen.

Im Winter 1943 ist von den knapp 400.000 jüdischen Einwohnern in Minsk nur noch jeder Dritte am Leben. Die Juden in Minsk, Baranovitche und Borrisow waren die ersten Opfer. Borrisow diente als ,,Testfall''. Die Hälfte der 15.000 Einwohner waren Juden. Unmittelbar nach dem Einmarsch deutscher Truppen wurden sie in ein Ghetto gezwungen und eine Mauer darum errichtet. Am Morgen des 20. Oktober 1941 wurde das Ghetto umstellt, die Bewohner in Autos verladen und aus der Stadt gefahren. Dort waren bereits Massengräber ausgehoben, in die die Opfer springen mußten. Von oben wurde auf sie geschossen. 7000 Menschen wurden so an einem Tag umgebracht.

Das ,,Besondere'' an dem Massaker von Borrisow war, daß nicht die SS die Mörder stellte. Die brutalen Mörder waren Kollaborateure, Mitglieder einer weißrussischen 'Polizeitruppe' unter dem Kommando von Stanislav Stankievich.

Eine größere Gruppe antisowjetischer Weißrussen, die seit der Revolution und der Teilung im Beliner Exil von einer Regierungsübenahme träumten, hatte sich schon in den 30er Jahren den Nazis angeschlossen. Vor dem Einmarsch in die UdSSR waren sie als willkommende Ortskundige in die Einsatzgruppe B eingeteilt worden. Alfred Six, Chef des ,,Vorkommandos Moskau'' der Einsatzgruppe B hatte 1940 mit Führern der weißrussischen Exilbewegung, unter ihnen Stanislav Stankievich, Emanuel Jasiuk und Radislav Ostrowsky verhandelt.

Für ihre Dienste als Führer und Denunzianten wurde den weißrussischen Kollaborateuren eine Beteiligung an der Besatzungsmacht versprochen. Zusammen mit dem Vorkammando der Einsatzgruppen, deren Aufgabe die Liquidation von Kommunisten, Partisanen und Saboteuren war, marschierten die Kollaborateure. Sie leisteten ihgre Dienste bei der Auswertung der vorgefundenen Polizeiakten, dem Aufspüren und Ermorden kommunistischer Gegner, Partisanen und Widerstandskämpfer. Immer zwei von ihnen wurden in den besetzten Gebieten zu Stadtverwaltern und Polizeichefs ernannt. Und sie erfüllten ihre Aufgaben zur Zufriedenheit ihrer Verbündeten.

Auf Borrisow folgte Minsk. Am 15. November 1941 umstellte die weißrussische Polizei unter Leitung von Franz Kushel das dortige Ghetto. Diesmal besorgte die SS das Morden selbst. 42.000 Tote meldete der Wochenbericht nach Berlin. Die Vernichtung der ansässigen jüdischen Bevölkerung sollte Platz für die aus dem Westen Deportierten schaffen: 1942 sterben 50.000 Juden in Minsk bei der Erprobung der fahrbaren Gaskammer. Die Ghettos von Minsk und Baranovitche sind als Auffanglager für Deportierte gedacht. Später geht die SS dazu über, die Ju-

Juden in Minsk bei der Erprobung der fahrbaren Gaskammer. Die Ghettos von Minsk und Baranovitche sind als Auffanglager für Deportierte gedacht. Später geht die SS dazu über, die Ju-

den direkt aus den Waggons in die Todes-LKWs zu verladen.

Das harte Regiment der Besatzer und ihrer russischen Verbündeten ruft in der Bevölkerung Widerstand hervor. Nach Stalingrad wird die Lage für die faschistischen Truppen immer schwieriger. Partisanen und Widerstandsgruppen machen den Besatzern zu schaffen.

Der Chef der Abteilung Fremde Heere Ost im Oberkommando der Wehrmacht, Reinhard Gehlen, hatte schon 1942 vorgeschlagen, SS-Truppen aus Nicht-Deutschen zu bilden und Kollaborateure so den Kampf gegen den antifaschistischen Widerstand zu effektivieren. In den folgenden Monaten wurden SS-Divisionen aus verschiedenen Nationalitäten aufgestellt.

In Weißrussland erhält Radislav Ostrowsky im Dezember 1943 die Genehmigung zur Bildung einer weißrussischen Regierung unter der Bedingung, die 20.000 Mann starke weißrussische Heimwehr unter Franz Kushel in die SS zu überführen. Unter Franz Kushel wird die SS-Brigade Belarus der 30. Grenadierdivision der Waffen-SS angegliedert. Eine sechsmonatige ,,Probezeit'' läuft im Juni 1944 zur Zufriedenheit aus, Ostrowsky und seine Mitkämpfer rufen eine Belorussische Regierung aus. Doch schon Ende de Monats ist der Spuk vorbei: 800 getreue Kollaborateure fliehen mit ihrn deutschen Freunden in Sonderzügen vor der Roten Armee nach Berlin.

Die SS-Brigade Belarus zieht mit der 30. Grenadierdivision westwärts, um in Elsaß-Lothringen ihre Erfahrung im Anti-Partisanenkampf einzusetzen.

In Berlin sammelt sich die Exil-Regierung. General Skorzeny trainiert in Dahlem Freiwillige für den Einsatz hinter den sowjetischen Linien.

Die Führer der antisowjetischen Weißrussen halten es nur bis zum Frühjahr 1945 in Berlin aus. Sie machen ihren Weg in die britische und amerikanische Zone, nicht ohne zuvor je einen Boten zur amerikanischen Counterintelligence geschickt zu haben, um dort ihre antisowjetischen Dienste anzubieten.

FORT HUNT (USA), Frühjahr 1946

Reinhard Gehlen,Ex-Chef der Abteilung Fremde Heere Ost im Oberkommando der Wehrmacht, sitzt als Verhandlungspartner den Chefs der drei US-Militärgeheimdienste gegenüber. Statt auf seinen Kriegsverbrecherprozeß zu warten, macht Gehlen ein zukunftssicherndes Geschäft: Er wird seine Erfahrung in Spionage, Sabotage und psychologischer Kriegsführung in Osteuropa in den Dienst der USA stellen. Um sich den Westalliierten anbieten zu können, hatte Gehlen vorgesorgt und sich mit 50 Stahlkoffern voller Papiere und Mikrofilme sowie einer kleinen Gruppe von Mitarbeitern rechtzeitig aus Berlin abgesetzt. Die USA zögerten nicht lange, dieses Angebot anzunehmen und flogen Gehlen im Sommer 1945, mit einer Uniform der US-Army bekleidet, in die Staaten.

Nach Abschluß der Geheimverhandlungen beginnt Gehlen in Oberursel in enger Nachbarschaft mit dem Europäischen Verhörzentrum des US-Army-Geheimdienstes G-2 seine Arbeit. Ein erster Mitarbeiterstamm von ca. 50 Leuten ist aus dem Kreis alter Kameraden schnell gefunden. Ihr Konzept sieht vor, Agenten in den Osten zu schicken.

Zu diesem Zweck startet die Organisation Gehlen mit Unterstützung der US-Army die Operation Hermes. In den Flüchtlingslagern der amerikanischen Zone werden Heimatvertriebene und rückkehrende Wehrmachtsoldaten ausgehorcht und als Agenten geworben. Gehlens Mitarbeiter geben sich als Sozialarbeiter oder schlicht als Historiker aus, um die Menschen in den Lagern zum Reden zu bringen. Die so gewonnenen Detailinformationen, zu Berichten an Washington verarbeitet, bilden jahrelang die Hauptquelle des US-Geheimdienste über Osteuropa.

Die Weißrussen sind eine der Exil-Gruppen, auf die Gehlen sich in den Lagern stützt. Ihre Reorganisation wird von der Organisation Gehlen

Die Weißrussen sind eine der Exil-Gruppen, auf die Gehlen sich in den Lagern stützt. Ihre Reorganisation wird von der Organisation Gehlen



Gehlen-Mitarbeiterin behört Rußland-Heimkehrer

nach Kräften gefördert. Weißrussische Kriegsverbrecher avancieren zu Essensverteilern, Lagersprechern oder erlangen andere privilegierte Posten. Die Belarus-Männer finden sich in Regensburg und Michelsdorf, wo Franz Kushel sie — getarnt als Pfadfindergruppen und Freizeitvereine — zu militärischem Training führt. Stanislav Stankievich führt im Lager Osterhofen das Regiment als Lagersprecher.

Die Netzwerke der antisowjetischen Bewegungen leisten für den Aufbau des Agentennetzes wertvolle Dienste. Russisch sprechende Agenten werden in die SBZ geschleust, um von dort Informationen aus erster Hand zu übermitteln.

Doch neben der Sammlung von Informationen stehen Subversion, psychologische Kriegsführung und Sabotage von Anfang an auf dem Auftragszettel für die Organisation Gehlen. Der US-Army-Geheimdienst G-2, unter dessen Kommando sie vorerst steht, beginnt in der European Command Intelligence School (EUCOM G-2) mit der Ausbildung von Freiwilligen, hauptsächlich Urkainern, in Guerilla-Techniken.

Getarnt als ,,Süddeutsche Industrieverwertungs-GmbH'' zieht die mittlerweile auf 400 Leute angewachsene Organisation Gehlen Weihnachten 1947 in die Gebäude der ehemaligen Wohngemeinschaft Rudolf Hess am Rande des Münchner Vororts Pullach. Drei Millionen Dollar haben die USA für den Umbau des Gebäudekomplexes springen lassen, und nach dem Umzug expandiert das Unternehmen kräftig. Ein Netz von Generalvertretungen und Filialen wird aufgemacht, ein zweiter Hauptsitz in München eingerichtet. Bis Ende 1948 sind bereits 4000 Agenten und V-Leute engagiert. Die USA zahlen (1948 z.B. mindestens 600.000 Dollar, bis 1956 ca. 200 Millionen).

Bis zur Übernahme der Organisation Gehlen als Bundesnachrichtendienst (BND) durch die Bundesregierung 1956 haben die USA durch Gehlen einen weit gefächerten Geheimdienst aufgebaut, der neben den klassischen Spionageabteilungen in den Bereichen von Geheimoperationen wie Fälschungen, Schwarzer Propaganda, Fertigung von Explosionsstoffen und militärischer Ausbildung firm ist.

KARS (Nordosttürkei), 1951

Ausgerüstet mit Radiosendern und Fahrrädern (hergestellt in der DDR) starten zwei aus Osteuropa stammende, in der Bundesrepublik ausgebildete Agenten der CIA zum Fallschirmabsprung in die Sowjetunion. Ihr Schicksal ist schnell besiegelt: wie viele andere vor ihnen, die als Guerillas in die Sowjetunion starteten, werden auch sie sofort enttarnt.

Aufklärungsflüge über dem Territorium der UdSSR waren von den Westalliierten seit Kriegsende durchgeführt worden, und nicht lange danach begann das Einschleusen von Agenten und Guerillas. Von seiten der USA und Großbritanniens wurde dabei ein geheimer Kriegsplan verfolgt. Die vereinzelt gegen die Rote Armee kämpfenden Grüppchen antisowjetischer Banden wurden als Keimzellen zukünftiger Volksaufstände angesehen.

Waren noch kurz nach Kriegsende in den USA Pläne, einen außenpolitischen Geheimdienst aufzubauen, am Protest gegen eine ,,amerikanische Gestapo'' gescheitert, hatten sich bis 1947

Waren noch kurz nach Kriegsende in den USA Pläne, einen außenpolitischen Geheimdienst aufzubauen, am Protest gegen eine ,,amerikanische Gestapo'' gescheitert, hatten sich bis 1947

die Strategen des Kalten Krieges durchgesetzt. Der Kongreß gab mit dem National Security Act grünes Licht für den Aufbau einer geheimen Abteilung der neugegründeten CIA für politische, ökonomische und militärische Auslandsoperationen.

Das ,,Office of Policy Coordination'' (OPC), wie es vornehm genannt wurde, erhielt den eindeutigen Auftrag, einen geheimen Krieg gegen die Sowjetunion und den Kommunismus zu führen. Chef der Organisation wurde der Anwalt Frank Wisner, ein glühender Anti-Kommunist, dessen Geheimdienstkarriere im Krieg beim Office of Strategic Studies (OSS) begonnen hatte. 1942 wurde er als OSS-Missionschef in Warschau eingesetzt. Das Kriegsende erlebte er zusammen mit Allan Dulles in Wiesbaden und war danach als Sekretär für die besetzten Gebiete im US-Außenministerium tätig. Frank Wisner und das OPC erhielten in den folgenden Jahren ihre Aufträge zumeist von den Oberkommandierenden der Streitkräfte unter der Generallinie einer unmittelbaren Kriegsvorbereitung. Ein geheimes Netz von Kommandoeinheiten sollte aufgebaut werden, die den Aufbau des Sozialismus sabotieren, Unruhe schüren und sich auf direkte Sabotage im Hinterland für den Fall einer militärischen Offensive der Westalliierten vorbereiten sollten.

Es lag nicht fern, für diese Aufgaben Nazis und Nazi-Kollaborateure aus den Exil-Bewegungen als ‚Spezialisten' einzukaufen, und so führte Wisners Weg zu Reinhard Gehlen. Von diesem erhielt er nicht nur eine Liste möglicher Freiwilliger für die Guerilla-Ausbildung aus den Lagern, sondern es wurden ihm auch Ausbilder vorgeschlagen. General Lucius D. Clay, noch Oberkommandierender der US-Besatzungsmacht, sorgte für die Tarnung der OPC-Gruppen und die militärische Ausbildung der Freiwilligen in der EUCOM-G-2-Schule und in Trainingslagern der US Air Force in der

Fortsetzung nächste Seite

Fluchthilfe

Klaus Barbie, der ,,Schlächter von Lyon'' erreichte mit seiner Familie im April 1951 Bolivien. Zur Flucht aus Augsburg, wo er seit 1946 als Agentenführer im Sold des US-Geheimdienstes gestanden hatte, verhalfen ihm amerikanische Geheimdienste, die über ein gut eingespieltes Fluchthilfesystem verfügten.

Für die USA und Großbritannien gab es nach Kriegsende viele Gründe, Nazi-Verbrecher der Verfolgung zu entziehen und sie sich als ,,Spezialisten'' für eigene Zwecke zu sichern. Das Pentagon hatte bereits 1945 in der Operation Paperclip 118 führende Atom- und Raketenspezialisten, unter ihnen Wernherr von Braun und Arthur Rudolph, zur Entwicklung der amerikanischen Raumfahrttechnologie in die USA geschafft. Bis 1948 folgten zwei weitere Schübe von belasteten deutschen Wissenschaftlern, deren Einreise in die USA mit den Operationen Crossbow und Overcast organisiert wurde.

Von den 400.000 Flüchtlingen, die nach dem 1948 verabschiedeten Displaced Person Act zur Einwan-

bow und Overcast organisiert wurde.

Von den 400.000 Flüchtlingen, die nach dem 1948 verabschiedeten Displaced Person Act zur Einwan-

derung in die USA ausgewählt wurden, waren letztlich auch ca. 10.000 Nazis.

Die Spezialisten, deren Dienste in antikommunistischen Operationen in Europa nützlich waren, wurden vor Auslieferungsbegehren der UdSSR und vor juristischer Verfolgung so lange wie möglich geschützt und — als dies unmöglich wurde — im Ausland in Sicherheit gebracht.

So neben Klaus Barbie und Walter Rauff, dem Erfinder der fahrbaren Gaskammer, auch Adolf Eichmann und viele andere.

Zur Fluchthilfe nach Lateinamerika wurde zumeist die sogenannte Rattenlinie benutzt, die vom US-Geheimdienst in Österreich gemeinsam mit katholischen Geistlichen und osteuropäischen Emigranten über Italien führte. Traditionell gute geheimdienstliche Beziehungen hatten die USA mit dem Vatikan seit den Zeiten der OSS. Das gemeinsame Interesse, den ,,Vormarsch des Kommunismus'' zu stoppen, hatte sich während der ersten CIA-Kampagne in Italien anläßlich der Wahlen 1948 gefestigt. Unter den erklärten Nazis im Vatikan befanden sich Alois Hudal (ein enger persönlicher Freund des Papstes) und Guiseppe Siri. Hudal und Siri vermittelten im Rahmen der Rattenlinie ein großes Geschäft mit Argentiniens Staatschef Peron, der für 800 Mio. Dollar eine große Anzahl Blanko-Ausweise verkaufte. Gezahlt wurde aus Washington. Neben den US-Geheimdiensten und dem Vatikan beschäftigten sich das Internationale Rote Kreuz und die Organisation der ehemaligen SS-Angehörigen, ODESSA, mit Fluchthilfe für Nazis. Letztere steht in dem Ruf, vom britischen Geheimdienst kontrolliert zu sein.

Fortsetzung von vorheriger Seite

US-Zone. Die Organisation Gehlen stellte Ausbilder aus dem Kreis der faschistischen Rußland-Experten. Unter ihnen auch Alfred Six, der als einziger Einsatzgruppenchef beim Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß nach Intervention der CIA nicht zum Tode verurteilt wurde und 1952 — vom Besatzungskommandanten McCloy begnadigt — in Gehlens Dienste trat.

Innerhalb von zwei Jahren wuchs die Geheimarmee auf 5000 Freiwillige an. Polen, Balten, Jugoslawen, Albaner, Georgier, Ukrainer, Weißrussen und weitere Emigranten-Gruppen wurden trainiert und ins Gefecht geschickt. Ihre Überreste verschmolzen später mit jenen Abteilungen der US-Army, die als „Green Berets" zu blutigem Ruhm gelangten.

BACKNANG (bei Stuttgart), Sommer 1949

Auf ihrem letzten europäischen Kongreß beschließen Mitglieder der weißrussicshen Exilbewegung, „die gesamte Organisation in die Vereinigten Staaten zu überführen". Bis dahin waren bereits ca. 300 ihrer Anhänger in die USA übergesiedelt.

Die CIA hatte einen Plan aufgestellt, die Ausbildung der antisowjetischen Geheimarmee auch direkt in US-Militäreinrichtungen in den USA fortzusetzen. Über die Kriegsverbrechen osteuropäischer Nazi-Kollaborateure gab es allerdings zu dieser Zeit sowohl in den Kriegsverbrecherlisten der Westalliierten, als auch in der Weltöffentlichkeit so viele Informationen, daß eine legale Einreise in die USA unmöglich war.

Frank Wisner und das OPC nutzten die Erfahrungen, die die US-Regierung zuvor bei den Operationen Paperclip, Crossbow und Overcast gewonnen hatten: Ein halbes Tausend belasteter Wissenschaftler, Atom- und Raketenspezialisten, waren vom Pentagon unter Umgehung der Einwanderungsbestimmungen in die USA geschafft worden.

Kompliziert wurde die Einreise und Einbürgerung von europäischen Flüchtlingen durch das 1948 beschlossene Displaced Person Act. 400.000 Menschen solten die Erlaubnis zur Einreise erhalten. Daß darunter keine Nazi-Verbrecher und Kollaborateure eingeschmuggelt werden, sollte ein kompliziertes Auswahl- und Prüfungsverfahren sicherstellen. Doch schon unter denjenigen, die die Kandidaten für die Reise aussuchten, sind Leute wie Franz Kushel und andere CIA- und Organisation Gehlen-Mitarbeiter. Unter den osteuropäischen Emigranten fanden sich Geistliche, die nach Bedarf Geburts- und Heiratsurkunden ausstellten. In den Fällen, in denen es nicht ausreichte, die Entdeckung durch die Kriegsverbrecherlisten z.B. mit veränderten Lebensläufen und Namensänderungen zu vermeiden, halfen CIA und US-Militär.

Bis zum Jahre 1950 jedenfalls befanden sich die Zentren der europäischen Exilbewegungen in New York, ihre wichtigsten Führer waren auf dem Weg, ordentliche US-Staatsbürger zu werden. Einer von ihnen war Franz Kushel, dessen Aufgabe es war, nun unter den Emigranten in den USA





Antisowjetische Demo russischer Emigranten in München

Freiwillige für die CIA-Geheimarmee anzuwerben. Er wurde in New York Leiter des neugegründeten Instituts zur Erforschung weißrussischer Kultur und Geschichte.

Ab 1949 erlaubte ein Hundred Person Act der CIA, jährlich 100 ausländische Agenten unter Umgehung der Einwanderungsgesetze in die USA zu bringen, und 1953 schaffte das Parole Power Act mit der Erlaubnis für die CIA, selbst Visa zu erteilen (die „so normal wie möglich" aussehen sollten), schließlich sämtliche Hindernisse aus dem Weg.

Das Netzwerk der CIA für den geheimen Krieg gegen Osteuropa erfuhr so eine weitere Ausdehnung: Über die Exileinrichtungen in den USA zu den Trainingslagern und Agentennetzen der Organisation Gehlen in der Bundesrepublik bis zu den Verbindungsgruppen innerhalb der osteuropäischen Länder.

In den 50er Jahren wurde von General Lucius D. Clay und anderen das AMCOMLIB (American Comitee for Liberation from Bolshevism) mit den Rundfunksendern Radio Liberation und Radio Free Europe initiiert — zusätzliche wirksame Propagandawaffen für die CIA. Als Teil der Kampagne Crusade for Freedom („Kreuzzug für die Freiheit") wurden über die Radios Unterstützer des CIA-Feldzuges aus dem privaten Unternehmertum gewonnen. US-amerikanische Radioproduzenten lieferten verschiedene Ausrüstungsgegenstände, Sendeanlagen etc. an Wisner Geheimarmee; zu ihren öffentlichen Förderen gehörte neben dem späteren US-Präsidenten Eisenhower auch ein Hollywoodschauspieler namens Ronald Reagan.

Die Radios wurden bis 1971 mit mindestens 35 Millinen Dollar jährlich zu 90% von der CIA aus ihrem Geheimfond finanziert, die das Geld über verschiedenste Stiftungen und über Forschungsinstitute der Exilbewegung nach Europa leitete. Für die Organisation Gehlen waren die Sender von Anfang an ein wichtiges Betätigungsfeld, Hand in Hand mit den zahlreichen von der CIA gesponsorten Heimatvertriebenenverbänden wurde München zu einem Zentrum der Subversion gegen die osteuropäischen Staaten aufgebaut.

WIEN, Winter 1956

Frank Wisner, inzwischen zum Chef der gesamten Geheimabteilung (Clandestine Service) der CIA avanciert, befindet sich auf einer Inspektionstour der europäischen CIA-Stationen, als er vom Aufstand in Ungarn erfährt. In Wien erlebt er das Scheitern der von der CIA erhofften osteuropäischen Volkserhebung. Die Unruhen in Ungarn bilden vorläufig die letzte einer Kette von Niederlagen der CIA-Geheimoperationen zum Aufrollen des „Eisernen Vorhangs".

Wie zuvor in Albanien, Polen, der Ukraine und in Berlin (DDR) müssen die westlichen Planer des geheimen Krieges ihr Scheitern konstatieren. Weder die Einschleusung von Agenten, noch das Training einer geheimen Armee und die Begleitmusik der Radio-Stationen, deren Hetze weit in die UdSSR hinein gesendet wurde, hatten den gewünschten Erfolg.

Die meisten Geheimoperationen waren auch daran gescheitert, daß die Sowjetunion über sie bescheid wußte, z.B. durch den als Verbindungsmann des britischen Secret Service längere Zeit in den USA für die CIA-Operationen in Osteuropa zuständigen Kim Philby, der sich 1961 nach Moskau absetzte, und durch den engen Mitarbeiter Gehlens, Hans Felfe. Die UdSSR verfügte auch über Informanten in der Exilszene und konnte sich so auf die verschiedenen Aktionen vorbereiten.

Zudem waren trotz CIA-Vorbereitungen die Unruhen in Osteuropa von der US-Regierung nicht mehr als Zeichen zum Losschlagen aufgegriffen worden, seitdem auch die Sowjetunion über die Atombombe verfügte. So hatte z.B. die Organisation Gehlen sich in der Operation Juno monatelang auf die Unruhen in Berlin (DDR) im Juni 1953 vorbereitet. Als es losging, erhielt der CIA-Stationschef in Berlin aus Washington nicht die gewünschte Erlaubnis, die Aufständischen mit Waffen zu versorgen.

Auch die verzweifelten Hilferufe aus Ungarn an Radio Liberation blieben unbeantwortet. Auf der Strecke blieben die von der CIA trainierten Freiwilligen, die von ihr aufgestachelten Aufständischen, und auch Frank Wisner wurde ein Opfer seiner eigenen Strategie. Enttäuscht vom Mißlingen seines Lebensplans verfiel er nach 1956 zunehmend psychischen Krankheiten und beendete sein Leben freiwillig in den 60er Jahren.

Sein Mitarbeiter Gehlen, als „Jahrhundertspion" gefeiert, sah ebenfalls einem nicht ungetrübten Ende seiner Karriere entgegen. Beide hinterließen jedoch Geheimdienste, die in der ganzen Welt weiterhin auf das in Europa erprobte Konzept setzen sollten.

s.

Quellen/Literaturhinweise:

Es mag verziehen werden, daß zugunsten der Lesbarkeit auf Fußnoten im Text verzichtet wurde, Wer trotzdem auf Quellenarbeit nicht verzichten will oder schlicht neugierig auf weitere Informationen ist, dem sei im folgenden einiges Material ans Herz gelegt.

Weißrussen:
The Belarus Secret. John Loftus. 1982 im New Yorker Knopf-Verlag erschienen. Inzwischen erhältlich in einer englischen Taschenbuchausgabe bei Penguin. Diese Ausgabe enthält einen Anhang über den Fall Barbie mit der interessanten These, Barbie sei vor allem ein Agent Großbritanniens gewesen.

Org Gehlen/BND:
Gehlen, Spy of the Century. E.H. Cookridge. 1971. Eine lobende, detailreiche Darstellung verfaßt von einem britischen Geheimdienstexperten.

Pullach intern. Hermann Zolling und Heinz Höhne, 1971.Eine für bundesdeutschen Geschmack bereinigte Geschichtsschreibung des BND.
Nicht länger geheim. A. Charisius/J. Mader. 1980, Militärverlag der DDR. Sehr empfehlenswert, aber leider z.Zt. vergriffen.

Nazi-Verbrecher:
Klaus Barbie, Schlächter von Lyon. Tom Bower, Rotbuch 1984. Der englische Journalist Bower hat vor allem auf Grundlage des „Ryan-Reports" die Beteiligung der USA im Fall Barbie untersucht. Etwas verwirrend bleibt, für welchen US-Geheimdienst Barbie in Augsburg gearbeitet hat. Das von Bower angeführte Counter Intelligence Corps (CIC) hat tatsächlich neben seiner eigentlichen Aufgabe, Nazi-Verbrecher zu verfolgen, auch eigene antikommunistische Aufklärungsgruppen gebildet. Gleichzeitig jedoch waren CIA-Gruppen unter militärischer Tarnung tätig, so daß es sich bei Barbies Gruppe auch um eine Einheit der CIA (OPC) oder des militärischen G-2 gehandelt haben könnte. Nicht ausreichend bewiesen ist die CIA-Tätigkeit Barbies in Bolivien.
Une guerre inachevée. Le scandale de la dispersion nazi dans le tiers monde. Le Monde diplomatique VII/VIII 1983. Teilweise übersetzt von Klaus Croissant in der taz, 19.3.1984.

Vatikan:
La Vista Report. La Vista 1947. Der geheime Bericht eines Regierungsbeamten über die Organisierung der Fluchthilfe in Rom. Abgedruckt in Intelligence & Parapolitics, VII-VIII 1984

Their Will be Done. Martin A. Lee in der US-Zeitschrift Mother Jones, Juli 1983. Eine gründliche Untersuchung über die Verflechtungen des Vatikans mit der CIA und der US-Politik. Sehr empfehlenswert.

CIA-Aufbau:
CIA. Thomas Powers, Bastei Verlag 1983. Ein Buch, das eigentlich über Richard Helms geschrieben ist, dabei aber alle wichtigen Stationen des Aufbaus der CIA und ihrer Geheimoperationen beleuchtet. Etwas mühsam zu lesen aufgrund zahlreicher Anekdoten aus dem Leben des CIA-Chefs, jedoch sehr empfehlenswert angesichts der nur spärlich in deutscher Sprache verfügbaren Überblicksliteratur zur CIA.

CIA & the Cult of Intelligence, Marcks/Marchetti, Jim Knopf-Verlag 1972. Ein Klassiker der CIA-Literatur, von zwei langjährigen CIA-Mitarbeitern. Leider verhindern zahlreiche weiße Stellen ein lustvolles Studium.

Neben den genannten — und den Veröffentlichungen Philip Agees — gibt es noch eine Reihe von Erinnerungen von CIA-Mitarbeitern im Ruhestand, die allesamt eher unergiebig sind, da sie bemüht sind, vermeintliche Geheimnisse zu bewahren und deshalb auf Detailinformationen fast vollständig verzichten.

Europäische Geheimarmee gegen den Kommunismus

Das US-amerikanische Office of Strategic Studies (OSS) wurde 1942 mit Unterstützung des erfahrenen britischen Secret Service und des MI 6 aufgebaut. Bis dahin hatten die USA keinen zivilen außenpolitischen Nachrichtendienst. Das OSS, für den Krieg geschaffen, hatte neben der Sammlung und Analyse von Informationen auch die Aufgabe, durch Geheimoperationen zum Sieg der Alliierten beizutragen. Chef der OSS wurde der wohlhabende Wall Street-Anwalt William („Wild Bill") Donovan, zu seinen Außendienstmitarbeitern gehörten u.a. die späteren CIA-Chefs Allan Dulles und Richard Helms (aber auch Linksintellektuelle und Marxisten wie Marcuse, Sweezy u.a. arbeiteten in Forschungsprojekten für das OSS).

Im November 1944 legte Donovan Präsident Roosevelt einen Vorschlag zur Bildung eines Nachrichtendienstes für die Nachkriegszeit vor. Roosevelt brachte daraufhin Anweisungen zur Errichtung eines „allgemeinen Nachrichtendienstes" zu Papier, die durch gezielte Indiskretion des um seinen Einfluß fürchtenden FBI-Chefs Hoover der Presse zugespielt wurden. Nach Veröffentlichung des Roosevelt-Papiers ging ein Aufschrei gegen eine „amerikanische Gestapo" durch die US-amerikanische Öffentlichkeit und Roosevelt zog offiziell seine Vorschläge zurück.

Nach seinem Tod beeilte sich sein Nachfolger, Harry S. Truman, die OSS zum 1. Oktober 1945 aufzulösen, nicht ohne jedoch seine Abteilungen wohlbehalten auf Außen- und Kriegsministerium zu verteilen. Dem State Department wurde die Abteilung für Forschung und Analyse samt aller Akten zugeschlagen, das Pentagon erhielt die Secret Intelligence Abteilung des OSS und verschmolz diese mit der eigenen Abteilung für Gegenspionage zur Strategic Service Unit (SSU).

Vier Monate später, im Januar 1946, hob Truman die Central Intelligence Group (CIG) aus der Taufe und schuf damit den ersten Nachfolger der OSS. Die CIG, obwohl zur Zeit ihres Aufbaus nur eine kleine Gruppe von ca. 100 Mitarbeitern, die bis zum Ende 1946 auf 400 anwuchs, bekam die alten OSS-Abteilungen zurück: Vom State Department die Aktensammlung, und vom Pentagon die verstärkte SSU, in der immerhin 1.000 Leute auf sieben Außenstationen arbeiteten. Mit der Umbenennung von SSU in Office of Special Operation (OSO) wurde die direkte Vorläuferin der CIA geschaffen. Struktur und Mitarbeiterstamm der OSO waren aus OSS-Zeiten erhalten, so arbeitete z.B. Helms in Europa unter demselben Vorgesetzten wie 1944/45.

Im Jahre 1946 gab US-Kriegsminister Patterson eine Studie zur Möglichkeit psychologischer Kriegsführung gegen die Sowjetunion in Auftrag. Ein gemeinsamer Ausschuß von Außen-, Kriegs und Marineministerium arbeitete in den folgenden Monaten an ersten Richtlinien für verdeckte Operationen (Covert Actions). Das Hauptproblem dieser, unter strengster Geheimhaltung erfolgenden Debatten, war die Frage, wer im Falle einer Entdeckung die Verantwortung für solche Untergrundaktionen übernehmen sollte. Das Außenministerium weigerte sich mit Hinweis auf den möglichen Schaden in der internationalen Diplomatie. Im Sommer 1947 meinte man endlich eine Lösung gefunden zu haben: Der Kongreß verabschiedete ein National Security Act (Gesetz zur nationalen Sicherheit), das neben der Umgliederung der Streitkräfte (Zusammenfassung von Navy und Army im Department of Defense, Bildung einer eigenständigen US-Air Force) die Bildung eines National Security Council (NSC), und eine Central Intelligence Agency (CIA) als dessen außenpolitischer Arm vorsah. Im NSC waren neben dem US-Präsidenten und seinem Stellvertreter die Chefs des Außen- und des Verteidigungsministeriums und dem Director of Central Intelligence (DCI, CIA-Chef) verschiedene Fachleute versammelt. Obwohl als Hauptaufgabe der neuen CIA die Koordination der nachrichtendienstlichen Tätigkeit der verschiedenen US-Regierungsstellen und das Erstellen von Berichten und Studien festgelegt war, enthielt das Gesetz einen, auf besonderen Antrag von Allan Dulles im Kongreß verabschiedeten Zusatz, der der CIA erlaubte, auch andere Aufgaben zu erfüllen, soweit vom NSC dazu beauftragt.

Nur zwei Jahre nach Ende des Krieges war von einer „amerikanischen Gestapo" nicht mehr die Rede. Schon in der 1. Sitzung des NSC, kurz vor Weihnachten 1947, wurde beschlossen, die CIA als wirksame Waffe im Kalten Krieg einzusetzen. Mit der Direktive NSC 4/A wurde die CIA beauftragt, einen Wahlsieg der Kommunisten in Italien zu verhindern. Zur Durchführung dieser Operation wurde eine Special Procedures Group (SPG) gebildet, die mit 10 Millionen Dollar ausgerüstet die Wahlen in Italien erfolgreich zugunsten der Christdemokraten entschied.

Mit diesem Erfolg im Rücken schlug Staatssekretär George F. Kennan im Mai 1948 die Einrichtung einer Gruppe nach Vorbild der SPG für die ganze Welt vor. Im Juni wude die Direktive NSC 4/A durch die NSC 10/2 ersetzt, das Office for Policy Coordination (OPC) aus der Taufe gehoben. Bis zur Umorganisierung der CIA Anfang der 50er Jahre hatte das OPC eine doppelte Anbindung: Geld und Leute kamen von der CIA, die Kontrolle lag beim Außen- und beim Verteidigungsministerium. Vom letzteren erhielt die OPC auch die meisten Aufträge. Chef der OPC wurde Frank Wisner.

OPC und OSO arbeiteten in den folgenden Jahren als zwei unabhängige Bestandteile der CIA. Als 1950 General Walter B. Smith Chef der CIA wurde, versuchte er beide Gruppen zu integrieren, im folgenden Jahr wurden OSO und OPC zu einer Plans and Operation Devision unter Allan Dulles als Deputy Director of Plans (DDP) zusammengefaßt. Diese Abteilung der CIA, auch Clandestine Service genannt, bildete die noch heute operierende Geheimabteilung der Agency (in den 50er Jahren und später wurden lediglich kleinere organisatorische Änderungen vorgenommen).

Die Direktive NSC 10/2 formulierte als Aufgaben der OPC im Kampf gegen die „bösartigen geheimen Operationen der UdSSR, ihrer Satellitenstaaten und kommunistischen Gruppen, deren Absicht es ist, die Ziele und Aktivitäten der Vereinigten Staaten und anderer Westmächte zu diskreditieren". Sie zählt als CIA-Aufgaben auf: „Propaganda, wirtschaftliche Kriegsführung, direkte Präventivmaßnahmen wie Sabotage, Sabotageabwehr, Demontage und Evakuierungsmaßnahmen, Unterstützung von im Untergrund arbeitenden Widerstandsgruppen und antikommunistischen Elementen in den bedrohten Ländern der freien Welt". Bei ihrer Arbeit soll — so die Direktive — das OPC darauf achten, daß Operationen „so geplant und ausgeführt werden sollen, daß nicht-autorisierte Personen die Verantwortlichkeit der amerikanischen Regierung nicht erkennen können und daß die amerikanische Regierung für den Fall, daß solche Aktivitäten bekannt werden, jede Beteiligung dementieren kann ..."

Immer wieder auftretende Zweifel über die Nützlichkeit derartiger Geheimoperationen räumte die von Präsident Eisenhower 1953 zur Überprüfung des OPC eingesetzte Doolittle-Kommission aus dem Weg: „Solange es nationale Politik ist, ist eine aggressiv, verdeckt, psychologisch, politisch und paramilitärisch operierende Organisation ein dringendes Erfordernis. Sie muß effektiver, einfallsreicher, und, wenn nötig, erbarmungsloser als die des Gegners sein. Niemandem sollte es erlaubt sein, sich der schnellen, gründlichen und sicheren Erfüllung dieser Mission in den Weg zu stellen. Es ist nun klar, daß wir einem unerbittlichen Feind gegenüberstehen, dessen offen eingestandenes Endziel die Weltherrschaft ist — gleichgültig mit welchen Mitteln und zu welchen Kosten. In solch einem Spiel gibt es keine Regeln. Bisher gültige Normen des menschlichen Verhaltens können nicht angewendet werden. Wenn die Vereinigten Staaten überleben sollen, müssen alte amerikanische Konzepte des „Fair-Play" neu überdacht werden. Wir müssen wirksame Spionage- und Spionageabwehrdienste aufbauen, und wir müssen lernen, unseren Gegner mit geschickteren, anspruchsvolleren und wirksameren Verfahren, als sie gegen uns verwendet werden, zu erschüttern, zu sabotieren und zu zerstören. Es kann notwendig werden, daß das amerikanische Volk sich an diese grundsätzlich widersprüchliche Philosophie gewöhnt, sie versteht und unterstützt."

Die Verbände des Kapitals

Teil 2

Im letzten ARBEITERKAMPF wurden die wichtigsten Strukturen und Organisationen des kapitalistischen Verbandssystems der BRD vorgestellt. Der zweite Teil des Beitrages beschäftigt sich mit den Institutionen und Einflußkanälen, derer sich die kapitalistische Verbandsmacht zur Durchsetzung ihrer Ziele gegenüber Gesellschaft, Staat und Parteien bedient.

Zum besseren Verständnis des nachfolgenden Textes wird der in AK 257 erschienene Teil 1 dieses Artikelkomplexes zur vorherigen Lektüre empfohlen.

H.C., KB/Gruppe Hamburg

Politisch-ideologische Leitstelle des Großkapitals: Das Institut der deutschen Wirtschaft

Bei der politisch-ideologischen Durchdringung der Gesellschaft, ihrer wichtigen Medien, der ,,geistig-politischen'' Aufrüstung der Kapitalistenklasse sowie für die Strategiebildung der Monopolbourgeoisie spielt das in Köln ansässige **,,Institut der deutschen Wirtschaft'' (IW)** eine entscheidende Rolle. Diese Denkfabrik und Propagandazentrale des westdeutschen Großkapitals war im Jahre 1951, damals noch unter der Bezeichnung ,,Deutsches Industrieinstitut'', gemeinsam von BDI und BDA gegründet worden. Diese beiden Dachverbände gelten laut Satzung mit 37 weiteren Unternehmerverbänden als ordentliche Mitglieder des IW (30).

Das Institut der deutschen Wirtschaft unterhält einen hauptamtlichen Apparat von ca. 200 zumeist akademisch vorgebildeten Mitarbeitern, denen eine der besten Spezialbibliotheken für wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Literatur zur Verfügung steht. Von Bedeutung ist auch die Mitgliedschaft des IW in insgesamt 18 wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Organisationen (z.B. im Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, in der Deutschen-Statistischen Gesellschaft, im Verein für Socialpolitik, im Institut Finanzen und Steuern u.a.). Außerdem kann sich das IW auf die Presse- und Public-Relations-Abteilungen fast aller größeren Unternehmen und Verbände stützen.

Für die Strategiediskussion und -findung sind u.a. die sog. ,,wissenschaftlichen Foren'' bedeutsam, die vom IW unter Hinzuziehung auch internationaler Kapazitäten durchgeführt werden. 1982 fand das 6. Wissenschaftliche Forum des IW zu dem Thema ,,Leitbilder und Strategien für die Wirtschaftspolitik der achziger Jahre'' statt, auf dem auch die Wirtschafts- und Sozialpolitik Ronald Reagans und Margret Thatchers zur Debatte standen, deren Auswirkungen vom IW damals allerdings insgesamt eher skeptisch beurteilt wurden (31).

Dem Institut der deutschen Wirtschaft sind der Deutsche Instituts-Verlag, die ,,edition agrippa'', die Deutsche Industriefilmzentrale und eine Audiovisionszentrale angeschlossen. Neben Publikationen, die unregelmäßig oder in größeren Abständen erscheinen, verfügt das IW über eine Reihe zumeist wöchentlich erscheinender Informationsdienste, die sich zu allgemeinen Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik an verschiedene Gruppen der Bevölkerung wenden. Es sind dies der ,,Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft'' (IWD), ,,iw-eil'', ,,Gewerkschaftsreport'', ,,Informationen zur berufli-

sind dies der ,,Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft'' (IWD), ,,iw-eil'', ,,Gewerkschaftsreport'', ,,Informationen zur berufli-

chen Bildung'', ,,Rundfunkspiegel'' (täglich), ,,Medienspiegel'', ,,Vortragsreihe'' und ,,Audiovisionszentrale-Informationen''.

Neben dem Institut der deutschen Wirtschaft gibt es eine große Anzahl weiterer Einrichtungen, die sich im Interesse des Kapitals mit wirtschafts-, sozial- und allgemein gesellschaftspolitischen Fragen ebenso wie mit bestimmten Spezialdisziplinen oder Teilfragen beschäftigen. Ein auch nur annähernd erschöpfender Überblick hierzu ist im Rahmen dieses Beitrages nicht möglich. Aus der Vielzahl dieser Einrichtungen sollen daher beispielhaft nur die folgenden genannt werden:

— Die 1959 gegründete **Walter-Raymond-Stiftung**, die der BDA angeschlossen ist (benannt nach dem ersten Präsidenten der BDA). Aufgabe dieser Stiftung ist die Koordinierung der Bildungs- und Informationsarbeit der Mitgliedsverbände. Zugleich soll sie *,,in gemeinsamen Besprechungen und Arbeitstagungen Gespräche und Begegnungen zwischen Vertretern der Bundesvereinigung und den für die gesellschafts- und sozialpolitische Bildung in der Deutschen Bundesrepublik bedeutsamen Kräften, insbesondere ... Vertretern der Schulen, Hochschulen, der Kirchen, der Volkshochschulen und sonstiger Einrichtungen der Erwachsenenbildung sowie den Jugendorganisationen stattfinden''* lassen (32).

,,Themen und Diskussionsmaterial für die Bildungs- und Informationsarbeit der Walter-Raymond-Stiftung werden von einem eigens eingerichteten wissenschaftlichen Beirat erarbeitet, dem u.a. bis zu seinem Tode im Frühjahr 1976 der vor 1945 als Amtsleiter der faschistischen Dozentenschaft an der Universität Leipzig tätige Philosoph Prof. Arnold Gehlen angehörte'' (33).

— Das **,,Frankfurter Institut für wirtschaftspolitische Forschung e.V.''** in Bad Homburg, über das die im sog. **,,Kronberger Kreis''** zusammengeschlossenen und durcheg kapitalhörigen Wirtschaftswissenschaftler ihre neuesten Erkenntnisse publizieren. Diesem Kreis gehören u.a. **Prof. Wolfram Engels**, Herausgeber der zur Verlagsgruppe ,,Handelsblatt'' gehörenden Zeitschrift ,,Wirtschaftswoche'', sowie der Präsident des Hamburger Instituts für Wirtschaftsforschung, **Prof. Armin Gutowski** an.

Die Vorschläge des ,,Kronberger Kreises'' werden vorzugsweise auch von der Springer-Presse publiziert. So veröffentlichte die ,,Welt am Sonntag'' in ihren Ausgaben vom 29.1. bis 4.3.1984 eine Artikelserie dieses Kreises, in der sich kritisch mit der ,,Bonner Wende'' auseinandergesetzt und der Bundesregierung u.a. ,,Konzeptionslosigkeit'' in der Sozialpolitik

Kreises, in der sich kritisch mit der ,,Bonner Wende'' auseinandergesetzt und der Bundesregierung u.a. ,,Konzeptionslosigkeit'' in der Sozialpolitik

vorgeworfen wurde. Gefordert werden vom ,,Kronberger Kreis'' stattdessen spürbar schärfere Einschnitte ins soziale Netz, ein zügiger Abbau ,,investitionshemmender Steuern'', Abbau des Kündigungsschutzes, Beseitigung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, eine deutliche Senkung der Reallöhne insbesondere für unqualifizierte Tätigkeiten u.v.a.m. sowie eine ,,Vermögungsbildungspolitik'', die den Unternehmen billiges Eigenkapital bescheren und das kapitalistische System auf Dauer stabilisieren soll, denn wenn *,,der Konflikt zwischen Arbeit und Kapital erst einmal in der Brust jedes einzelnen ausgetragen wird, hat die Selbstzerstörung durch Klassenkampf ein Ende''* (34).

— Die **,,Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik''** mit dem ihr angeschlossenen Forschungsinstitut, das bei der Ausarbeitung der längerfristigen strategischen Konzeptionen der BRD eine gewichtige Rolle spielt. Ehrenpräsident dieser Gesellschaft ist der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete **Kurt Birrenbach** (Thyssen AG); Mitglied im Präsidium sind außerdem Alt-Bundeskanzler **Helmut Schmidt**, **Hans L. Merkle** (Bosch, Deutsche Bank, BDI-Präsidiumsmitglied), **Hans Friderichs** (bis vor kurzem Vorstandssprecher der Dresdner Bank, Mitglied des Vorstandes des Bundesverbandes deutscher Banken), **Berthold Beitz** (Krupp), **F.W. Christians** (Deutsche Bank), Bundeswirtschaftsminister **Bangemann**, DGB-Chef **Ernst Breit**, DIHT-Präsident **Otto Wolff von Amerongen**, Bundesfinanzminister **Stoltenberg**, Bundesinnenminister **Zimmermann**, **Joachim Zahn** (Daimler Benz, BDI-Präsidiumsmitglied), **Hans Apel** (SPD) u.a.m. (35).

— Die 1958 durch die Siemens Halske AG und Siemens Schuckertwerke AG (heute in der Siemens AG zusammengefaßt) gegründete **,,Carl Friedrich von Siemens-Stiftung''** in München. 1964 wurde der militant konservative Publizist und Politikwissenschaftler **Armin Mohler** Geschäftsführer dieser Stiftung, was deren Standort und Aufgabenstellung einigermaßen verdeutlichen dürfte: Mohler ist am rechten Rand der CSU in der Braunzone zwischen Konservatismus und Neofaschismus einschlägig aktiv (36); sein politisches Hauptinteresse gilt der Rehabilitierung und Erneuerung des deutschen Konservatismus, der wegen seines beträchtlichen Anteils an der Zerstörung der ,,Weimarer Republik'' sowie seiner Verquickung mit dem Nazismus lange Zeit in der BRD als nicht mehr gesellschaftsfähig galt (37).

Medienmacht und privater Gewaltapparat

Medienmacht und privater Gewaltapparat

Der umfangreiche publizistische Apparat, mit dem das ,,Institut der deutschen Wirtschaft'' direkt oder indirekt über die Massenmedien die öffentliche Meinung beeinflußt, wurde bereits kurz dargestellt. Neben dieser Leitstelle für kapitalorientierte Propaganda bestehen bei den einzelnen Kapitalistenverbänden Abteilungen für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, die im Sinne der jeweiligen Verbandspolitik nach außen wirken.

Von den Dachverbänden betreibt die BDA die aktivste und umfangreichste Öffentlichkeitsarbeit: *,,Obwohl die Abteilung für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der BDA bezüglich ihrer Größe weit hinter dem IW zurücksteht, sagt das nichts über den Einfluß und die Reichweite dieser Abteilung aus. Denn neben ihr besteht der BDA-Ausschuß für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, dem 57 Abgesandte, unter anderem von Zeitungs- und Zeitschriftenverlagen sowie aus betrieblichen Presseabteilungen, angehören. Darüber hinaus hat sie die Unterstützung der Presse- und Informationsabteilungen der vielen Mitgliedsverbände, mit denen bei Bedarf Kontaktgespräche stattfinden. Außerdem kann sich die BDA vor allem auf zwei ihrer Mitgliedsverbände, nämlich den Bundesverband Druck e.V., Sozialausschuß mit 11 regionalen Unterverbänden, und den Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger e.V. mit 9 regionalen Untergliederungen stützen''* (38).

Die Massenmedien werden von der BDA regelmäßig mit zwei Informationsdiensten versorgt, dem ,,Pressedienst der Deutschen Arbeitgeberverbände'' (PDA), der jährlich mit etwa 40-80 Ausgaben erscheint sowie mit dem zweimal wöchentlich publizierten ,,Kurz-Nachrichten-Dienst'' (KND). Diese Informationsdienste gehen jeweils an rund 3.000 Agenturen, Journalisten und Presseabteilungen und erreichen dabei eine oftmals ungeheure Multiplikatorenwirkung: 1984 wurden z.B. die insgesamt 42 PDA-Ausgaben von weit über 1.000 Zeitungen in einer Auflage von 160 Millionen Exemplaren teilweise oder ganz übernommen (39). Außerdem gibt es im Bereich der BDA noch über 400 periodisch erscheinende Werkszeitschriften, mit einer Auflage von über 5 Millionen Exemplaren. Die gesellschaftspolitische Vereinheitlichung dieser Publikationsorgane wird u.a. durch regelmäßige Treffen der Werkzeitungsredakteure im Rahmen der Arbeitskreise der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Werkredakteure erreicht, in denen auch Vertreter der BDA-Presseabteilung mitarbeiten. Direkt und indirekt präsent ist der Einfluß der BDA auch in den öffentlich-rechtlichen Medien, wobei die Einführung des Privatfernsehens den propagandistischen Spielraum der Kapitalistenverbände nochmals erweitern wird. Die im Gemeinschaftsausschuß der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft zusammengeschlossenen kapitalistischen Dachverbände (ausgenommen die BDA) betreiben außerdem gemeinsam die nach eigenen Angaben bedeutendste Wirtschaftsnachrichtenagentur des Kontinents, die in Frankfurt a.M. ansässige Gesellschaft ,,Vereinigte Wirtschaftsdienste'' (VWD), an der sie neben dpa und der britischen Reuters-Nachrichtenagentur zu einem Drittel beteiligt sind.

Bei den Kapitalistenverbänden gibt es ebenfalls diverse Arbeitskreise, Gremien u.a.m., die sich konzeptionell und koordinierend mit der Ausrichtung und Führung der privatwirt-

es ebenfalls diverse Arbeitskreise, Gremien u.a.m., die sich konzeptionell und koordinierend mit der Ausrichtung und Führung der privatwirt-

schaftlichen Sicherheitsorgane beschäftigen. Insgesamt umfaßt der private Gewaltapparat des Kapitals ca. 100.000 Wach- und Schutzmänner aller Art, die in den größeren Betrieben als werkseigene Werkschutz- bzw. Werkselbstschutzeinheiten fungieren. Sie sind neben Schußwaffen auch mit chemischen Kampfstoffen ausgerüstet und unterhalten engen Kontakt zur Kriminalpolizei, zum Verfassungsschutz, MAD usw.

Auf diesen höchst interessanten Sektor kapitalistischer Verbandsarbeit kann hier allerdings nicht näher eingegangen werden; dies wäre Aufgabe einer noch zu leistenden Untersuchung und Darstellung, die — um diesem Thema auch nur annähernd gerecht zu werden — einen eigenständigen Beitrag in dieser Zeitung erfordern würde.

Darauf hingewiesen werden soll lediglich, daß sich die wesentlichen Kapitalistenverbände in der **,,Arbeitsgemeinschaft Zivilschutz der Spitzenverbände der gewerblichen Wirtschaft''** (ZAGW) eine Koordinierungsstelle geschaffen haben, in der alle Grundsatzfragen der ,,Zivilverteidigung'' und des Katastrophenschutzes behandelt werden.

Das Verhältnis der Kapitalverbände zu den etablierten Parteien

Um ihren Interessen in Staat und Gesellschaft entsprechend Geltung zu verschaffen, unterhalten die führenden und mächtigsten Kapitalistenverbände stets enge Beziehungen zu den etablierten Parteien. Dies ist allein schon wegen des herausragenden Stellenwertes unumgänglich, der den Parteien in der bürgerlich-demokratischen Staatsform zuwächst (Monopol der Regierungsbildung u.a.), wobei sich in der Vergangenheit gezeigt hat, daß die maßgeblichen Unternehmerverbände keinesfalls nur auf eine bzw. nur auf die jeweils an der Regierung beteiligten Parteien setzen, sondern ebenso bemüht waren (und sind), das etablierte Parteienkartell insgesamt für ihre Zwecke einzusetzen und funktionsfähig zu erhalten.

Der politische Kurs von CDU/CSU, FDP und SPD wird von den Verbänden des Kapitals, insbesondere von deren mächtigen Dachverbänden (BDI, BDA, DIHT) maßgeblich, z.T. sogar entscheidend beeinflußt. Damit soll durchaus nicht behauptet werden, daß die Führungen dieser Parteien den Kapitalverbänden durch ein reines Befehlsempfängerverhältnis verbunden wären; in der Tat ist das System bürgerlicher Herrschaftsausübung wesentlich komplexer und widersprüchlicher strukturiert, zumal es ja selbst den Unternehmerverbänden in der Vergangenheit durchaus nicht immer gelungen ist, einheitlich aufzutreten und interne Widersprüche oder Rivalitäten auszuschalten. Erst recht kommt es natürlich vor, daß führende Parteiorgane z.B. zwecks Wahrung ihrer gesellschaftlichen Integrationskraft in einzelnen Fällen Entscheidungen fällen, die den Interessen der Kapitalistenverbände partiell zuwiderlaufen, dort auch auf entsprechende Proteste stoßen, sich aber vom Gesamtinteresse bürgerlicher Herrschaftssicherung her dennoch als unumgänglich oder zumindest sinnvoll erweisen können.

Die etablierten Parteien würden die Bezeichnung ,,etabliert'' natürlich nicht verdienen, wenn es jenseits aller

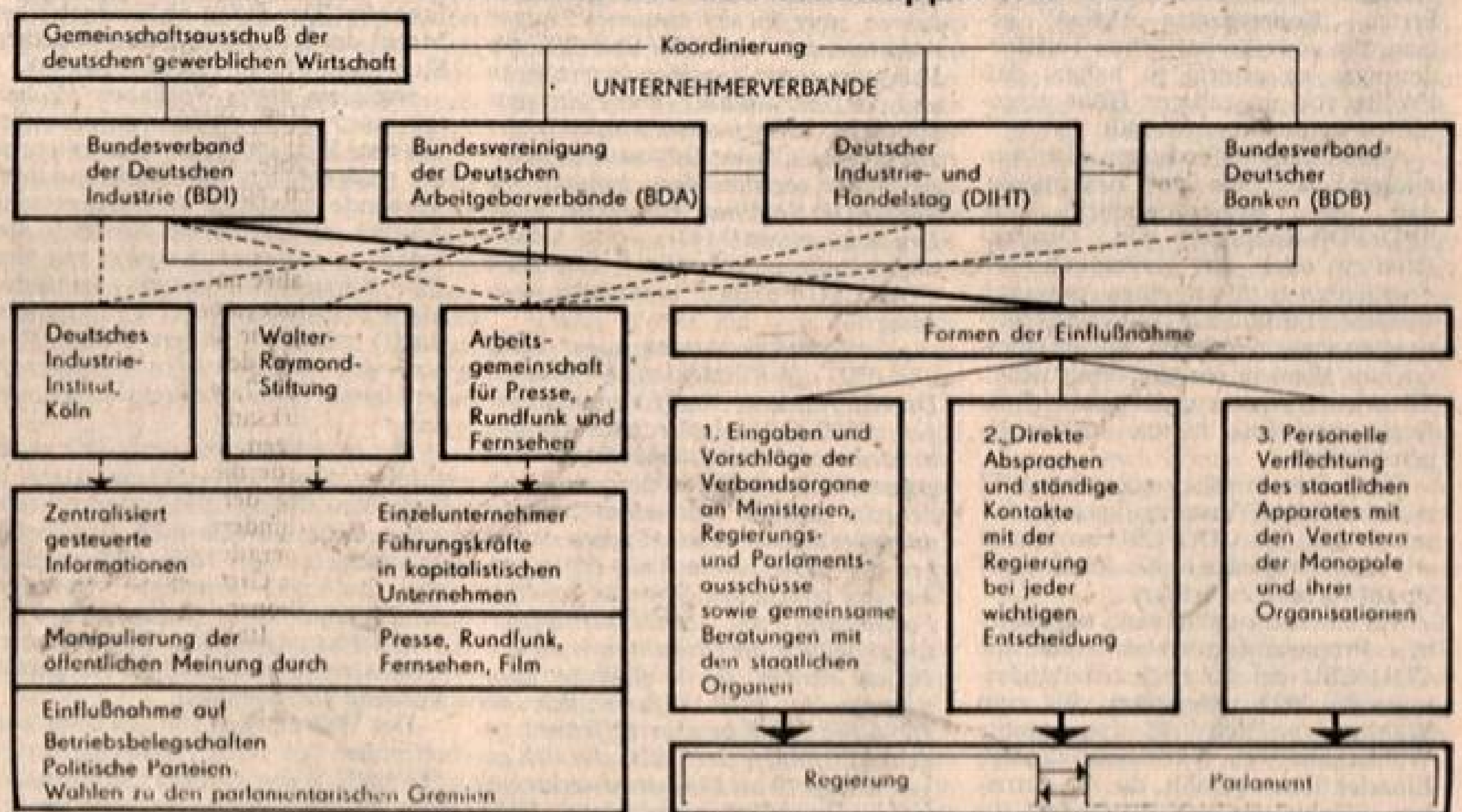
unumgänglich oder zumindest sinnvoll erweisen können.

Die etablierten Parteien würden die Bezeichnung ,,etabliert'' natürlich nicht verdienen, wenn es jenseits aller

Querelen in vergleichsweise untergeordneten Fragen nicht den alle verbindenden Grundsatz gäbe, die kapitalistische Ordnung nach Kräften zu fördern und zu verteidigen. Und hierin sind letzten Endes die engen und dauerhaften Beziehungen dieser Parteien zu den Unternehmerverbänden ihrem Wesen nach begründet, hierin liegt die Ursache für den nicht abreißenden Strom finanzieller Unterstützungsleistungen seitens der Kapitalverbände (über die ,,Staatsbürgerliche Vereini-

Fortsetzung nächste Seite

Einfluß der Unternehmerverbände auf den Staatsapparat in der BRD



Quelle: Der Imperialismus der BRD, Frankfurt a.M. 1972, S. 194

Fortsetzung von vorheriger Seite

gung'', die ,,staatspolitische Gesellschaft'' u.a. Einrichtungen), mit der sich die Öffentlichkeit in jüngster Vergangenheit detailliert beschäftigen konnte, so daß dieser Aspekt in diesem Beitrag nicht weiter vertieft werden muß.

Die dominierende Stellung kapitalistischer Verbandsinteressen ergibt sich unabhängig vom sonstigen Beziehungsgeflecht allein schon deshalb, weil der unumstößliche Wille der maßgeblichen Parteiorgane, an der kapitalistischen Eigentumsordnung ,,in diesem unseren Lande'' festzuhalten, ohnehin keine grundlegende politische Weichenstellung erlaubt, die ohne Beteiligung und ohne Zustimmung der Monopolbourgeoisie durchführbar wäre. Die imperialistische Politik der etablierten Parteien und des von ihnen geführten Staatsapparates liegt begründet im kapitalistischen Fundament dieser Gesellschaft; Formen der unmittelbaren Korrumpierung durch die Monopolbourgeoisie spielen dabei zwar eine Rolle, sind insgesamt aber nur von sekundärer Bedeutung.

CDU/CSU

Die CDU/CSU hat sich seit 1949 zur Hauptpartei der Bourgeoisie entwickelt. Als sie 1969 nach 20jähriger Regierungszeit von der neugebildeten SPD/FDP-Koalition aus den höchsten Staatsämtern verdrängt wurde, führte dies in den maßgeblichen Kreisen des Monopolkapitals zunächst zu unterschiedlichen Reaktionen.

Einerseits war offensichtlich geworden, daß das von der CDU/CSU vertretene Regierungskonzept nicht mehr den zwischenzeitlich eingetretenen Veränderungen der innen- und außenpolitischen Situation entsprach. Das Festhalten an der noch von Positionen des ,,Kalten Krieges'' geprägten außenpolitischen Strategie (,,Hallstein Doktrin'') zu einem Zeitpunkt, als sich andere kapitalistische Staaten incl. der imperialistischen Hauptmacht USA schon lange auf ein flexibleres Vorgehen verständigt hatten, beschwor für die BRD die Gefahr einer zunehmenden internationalen Isolierung herauf. Der vorangegangene Regierungseintritt der SPD in die ,,Große Koalition'' unter dem CDU-Kanzler Kiesinger hatte zwar zu Kurskorrekturen geführt, der

die BRD die Gefahr einer zunehmenden internationalen Isolierung herauf. Der vorangegangene Regierungseintritt der SPD in die ,,Große Koalition'' unter dem CDU-Kanzler Kiesinger hatte zwar zu Kurskorrekturen geführt, der

an sich fälligen Neuorientierung insgesamt aber nicht zum Durchbruch verholfen. Außerdem hatte sich diese Regierung zunehmend auch als unfähig erwiesen, auf innenpolitische Veränderungen — v.a. auf das als bedrohlich empfundene Anwachsen der außerparlamentarischen Opposition — mit einer adäquaten Eindämmungs- bzw. Befriedungsstrategie zu reagieren.

Demgegenüber konnte sich die Bourgeoisie von der 1969 gebildeten SPD/FDP-Regierung eine Erweiterung ihres außenpolitischen Spielraums versprechen (,,Neue Ostpolitik'') sowie innenpolitisch eine noch stärkere Anbindung der Gewerkschaften an den Staat und eine Integration der stark angewachsenen und sich radikalisierenden außerparlamentarischen Opposition.

Ihre prinzipielle Tauglichkeit für dieses Geschäft hatte die SPD spätestens in der vorangegangenen ,,Großen Koalition'' unter Beweis gestellt, wo es angesichts der ersten bedeutenden Krise der BRD-Wirtschaft in der Nachkriegsperiode mit Hilfe der 1967 installierten **,,Konzertierten Aktion''** gelang, die gewerkschaftlichen Tarifforderungen so niedrig zu halten, daß Profite von ungeahnter Höhe eingefahren werden konnten (40).

Andererseits befürchteten nicht unmaßgebliche Teile der Bourgeoisie, daß der Regierungsantritt der SPD/FDP-Koalition den Gewerkschaften oder gar antikapitalistisch orientierten Kräften einen praktisch wirsamen Einfluß auf die Bundesregierung ermöglichen würde, wobei Gefahren vor allem in sozialreformistischen Theorien gesehen wurden, die auf die Regierungspolitik hätten durchschlagen können.

Diese führte insbesondere bis 1972 zu erheblichen Anstrengungen in diesem Lager, die CDU/CSU so schnell wie möglich wieder in die Regierungsverantwortung zu bringen.

Mit einem bis dahin nicht dagewesenen Propagandaaufwand wurde die CDU/CSU bei der nächsten Bundestagswahl 1972 unterstützt. Bis zum Wahltag wurden 42 sogenannte Wählerinitiativen, 8 kostenaufwendige Einzelaktionen gezählt, die mit Anzeigen, Flugblättern und Broschüren für die Unionsparteien in Erscheinung traten. Fast alle diese Aktionen ließen sich dabei auf drei Institutionen zurückführen: Auf den Wirtschaftsrat der CDU, die CDU/CSU selbst und auf die Axel Springer AG (41). Am meisten engagierte sich hierbei der Wirtschaftsrat der CDU e.V., dessen Aufgabe und Bedeutung gleich noch ausführlicher dargestellt werden soll. Er umfaßte zu dieser Zeit etwa 80 Prozent jener rund 1.000 Unternehmen, die ungefähr die Hälfte des Gesamtumsatzes der BRD bestritten. Die großen kapitalistischen Dachverbände, deren Spitzen selbst Mitglieder des CDU-Wirtschaftsrates oder sogar seines Vorstandes waren, hielten sich bei dieser Kampagne allerdings im Hintergrund und überließen dem parteinahen Unternehmerverband die Initiative. Auch wenn es offensichtlich war, daß einflußreiche Teile der Kapitalistenverbände die von der CDU/CSU eingeschlagene Konfrontationsstrategie zur Ablösung der SPD/FDP-Regierung v.a. bis 1972 in erheblichem Umfang unterstützten, kann andererseits nicht behauptet werden, daß sich die Monopolbourgeoisie insgesamt auf ein derartiges Konzept festgelegt und andere Möglichkeiten nicht erwogen oder verfolgt hätte.

Ablesbar ist dies auch an entsprechenden personellen Weichenstellungen, die zu jener Zeit in den kapitalistischen Dachverbänden erfolgten: Präsident des DIHT wurde der Vorsitzende des ,,Ostausschusses der deutschen Wirtschaft'', **Otto Wolff von Amerongen**, der sich in beiden Funktionen insbesondere für die Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der BRD und den RGW-Staaten einsetzte und schon von daher eine ,,neue Ostpolitik'' befürwortete. An der Jahreswende 1969/70 wurde der Flick-Gesellschafter **Otto Andreas Friedrich** zum Präsidenten der BDA gewählt, der über gute Beziehungen zur SPD-Spitze verfügte. Nicht zum Zuge kam der ebenfalls für dieses Amt gehandelte Strauß-Intimus und Ex-Atomminister Siegfried Balke. ,,*Auch der Repräsentant eines ultrakonservativen ,Herr im Haus' Konzepts, Fritz Berg, wurde abgelöst. An seine Stelle als BDI-Präsident trat zu Beginn des Jahres 1972 Hans-Günther Sohl, Chef des Thyssen-Konzerns*'' (42).

Der in diesem Beitrag bereits häufiger zitierte DDR-Wissenschaftler Horst van der Meer kommt in der Bewertung des Verhältnisses der Kapitalistenverbände zur CDU/CSU während der Phase der SPD/FDP-Koalition zu folgendem Ergebnis:

,,*Summiert man die widersprüchlichen Beziehungen zwischen Monopolverbänden und CDU/CSU in den 70er Jahren, so ergibt sich zweierlei: Erstens erwartete man von CDU und CSU die Beilegung ihrer Auseinandersetzungen und die Überwindung ihrer Führungsschwäche. Und zweitens wurden in der Zwischenzeit beide Oppositionsparteien immer gezielter dazu benutzt, die SPD/FDP-Koalition von rechts unter Druck zu setzen*'' (43), wobei keineswegs alle Vorstöße führender CDU/CSU-Politiker unterstützt wurden:

,,*Gelegentlich wurden sogar CDU und CSU offen attackiert. So wies der DIHT-Präsident, Wolff von Amerongen, 1976 CDU-Äußerungen zurück, in denen wirtschaftliche Sanktionen gegen die Sowjetunion gefordert wurden. Im gleichen Jahr wandte sich der damalige BDA-Präsident gegen Aussagen der CDU, wonach die Unternehmer aus politischen Gründen bei einer Fortsetzung der SPD/FDP-Regierungskoalition die Investitionen zurückhalten würden. Im Vorfeld der Bundestagswahl 1980 äußerte sich der BDA-Präsident in aller Offenheit gegen Aktivitäten der CSU, die sich gegen den DGB als Einheitsgewerkschaft richteten. Ein geplanter CSU-Gewerkschaftskongreß mußte abgesetzt werden*'' (44).

Der Wirtschaftsrat der CDU e.V.

Der 1963 gegründete Wirtschaftsrat der CDU ist seiner Satzung nach k e i n e Parteigliederung, sondern ein formell unabhängiger Kapitalistenverband, allerdings mit der ausschließlichen Zielsetzung, auf die Politik der CDU einzuwirken und diese zu unterstützen. In der Gründungsversammlung dieses Verbandes wurden folgende Aufgaben festgelegt:

,,*Der Wirtschaftsrat hat die notwendigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen so früh wie möglich vorzudenken und mit den Belangen der Wirtschaft abzustimmen, die gewonnenen Erkenntnisse und Unterlagen an die Fachausschüsse der Partei, an die CDU-geführten Ministerien und an den Parteivorstand und die Bundestagsfraktion zu geben, die als richtig erkannten und notwendigen Maßnahmen, die von der Regierung oder den Gesetzesorganen durchgeführt werden, in der unternehmerischen Wirtschaft zu vertreten*'' (45).

Die Mitgliederzahl des CDU-Wirtschaftsrates schwankt zwischen 5.000 und 6.000; Mitte 1983 sollen es 5.500 gewesen sein.

Bis zu seiner Gründung hatte der bis dahin unbestritten führende Kapitalistenverband BDI seinen Einfluß v.a. direkt über den langjährigen BDI-Präsidenten Fritz Berg geltend gemacht, den ein besonders inniges Verhältnis zum damaligen CDU-Vorsitzenden und Bundeskanzler Konrad Adenauer verband. Nach dem Abtritt Adenauers aber auch weil sich zeigte, daß es unter den kapitalistischen Dachverbänden aufgrund der sich verändernden politischen Situation häufiger zu Widersprüchen kam, sollte mit dem Wirtschaftsrat der CDU nun ein neues politisches Koordinierungsorgan des unternehmerischen Verbändesystems geschaffen und die Position der CDU/CSU als führende Monopolpartei hierdurch zugleich gestärkt werden. Entsprechend zahlreich waren Vertreter der großen kapitalistischen Dachverbände und von Monopolunternehmen im Vorstand dieser Organisation vertreten. Dennoch hat die Entwicklung seit 1969 gezeigt, daß der CDU-Wirtschaftsrat seine Koordinierungsfunktion wirksam lediglich in Verbindung mit außerökonomischen Zwang, nämlich nur solange die CDU/CSU die Regierung führte, auszuüben vermochte. Seinen zuletzt größten Einfluß besaß dieser Unternehmerverband Anfang der 70er Jahre als maßgeblicher Motor der Kampagne zum versuchten Sturz der SPD/FDP-Koalition (46).

Nachdem dieses Vorhaben gescheitert war, wurde es zunehmend stiller um den Wirtschaftsrat. Das Interesse der maßgeblichen Monopole und ihrer Verbände an dieser Vereinigung ging deutlich zurück, da sie ihre Ziele viel besser im direkten Kontakt mit den FDP-Wirtschaftsministern (zunächst Hans Friderichs, später Graf Lambsdorff), mit den Ministern anderer Ressorts und dem damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt durchsetzen konnten.

Der Wirtschaftsrat der CDU geriet infolge dieser Entwicklung sogar in Schulden, die bis 1981 aufgrund zeitweise nicht ausreichender finanzieller Zuschüsse auf 3,9 Mio. DM anwuchsen und den damaligen Hauptgeschäftsführer dazu zwangen, 30 Prozent der hauptamtlichen Mitarbeiter zu entlassen und eine radikale Ausgabenkürzung vorzunehmen.

Der 1983 neu ins Amt gewählte Vorsitzende des CDU-Wirtschaftsrates, **Heinrich Weiss** von der Schloemann-Siemag AG, schätzte die Situation seiner Organisation damals folgendermaßen ein:

,,*Verständlich oder nicht — die Großen sahen ganz offenkundig nicht die Notwendigkeit, ständig per Wirtschaftsrat die reine Lehre der Marktwirtschaft zu beten. Das hat dazu geführt, daß sich im Wirtschaftsrat das mittelständische Element verstärkt hat. Eines meiner Ziele wird sein, auch die Großindustrie wieder in den Wirtschaftsrat hereinzuholen*'' (47).

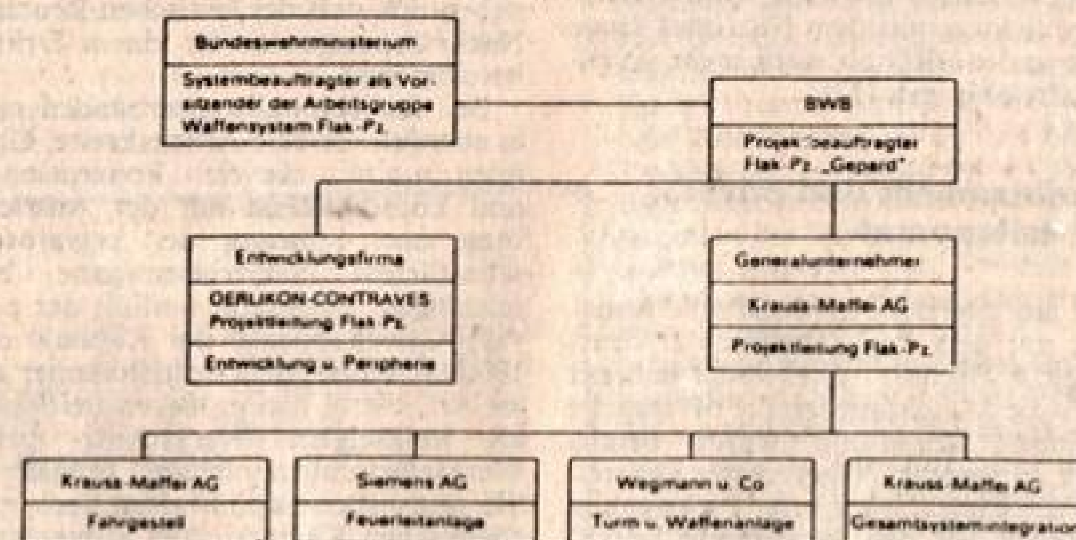
Seit dem Regierungswechsel von 1982 sind Vorschläge und Forderungen des Wirtschaftsrates wieder häufiger in der Öffentlichkeit zu hören gewesen. Ob er seine einstmals starke Stellung jetzt wieder zurückgewinnt, ist derzeit noch nicht absehbar aber zumindest insofern zweifelhaft, als die nicht parteinahen führenden kapitalistischen Dach- und Spitzenverbände gerade in den letzten 15 Jahren ihren unmittelbaren politischen Einfluß auf staatliche Entscheidungen erheblich ausbauen und institutionalisieren konnten.

Neben dem Wirtschaftsrat der CDU unterhält auch die CSU einen parteinahen **,,Wirtschaftsbeirat der Union e.V.''** mit Sitz in München, der bereits seit 1948 existiert, in der Öffentlichkeit allerdings kaum in Erscheinung tritt.

Fortsetzung nächste Seite

Verflechtung von Staatsorganen und Monopolen bei der Rüstungsproduktion am Beispiel der Produktion des Flak-Panzers „Gepard"

Verflechtung von Staatsorganen und Monopolen bei der Rüstungsproduktion am Beispiel der Produktion des Flak-Panzers „Gepard"



Beiträge des IMSF 6/II, S. 479

Einige Beispiele zur personellen Verflechtung zwischen Regierung, Parlament und Kapital

Eine systematische Darstellung der personellen Verflechtung zwischen Staat, Unternehmerverbänden und Großkapital ist hier aus verständlichen Gründen nicht möglich. Einige Beispiele sollen genügen:

Als ,,Erbhof'' der Wirtschaftsverbände gilt traditionell das Wirtschaftsministerium. Der ehemalige Wirtschaftsminister **Hans Friedrichs** amtierte von 1959 bis 1963 als Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer in Mainz; nach seinem Ausscheiden aus der Bundesregierung wechselte er als Vorstandssprecher in die Dresdner Bank über und wurde außerdem Vorstandsmitglied im Bundesverband Deutscher Banken. Diese Karriere hat im Sumpf des Parteispendenskandals vorerst ein jähes Ende gefunden. Ebenso bei dem Friedrichs-Nachfolger **Otto Graf Lambsdorff**, der vor seinem Regierungsamt u.a. als Generalbevollmächtigter einer Privatbank wirkte und 1971 in den Vorstand der Victoria Rückversicherungs AG eintrat. Friedrichs sozialdemokratischer Staatssekretär **Rohwedder** war vorher Gesellschafter einer Treuhandgesellschaft, die diverse Großunternehmen — darunter alle in der BRD vertretenen US-Mineralölkonzerne — bilanztechnisch beriet. Später wechselte Rohwedder dann aus dem Wirtschaftsministerium in den Hoesch-Vorstand über.

Der andere Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, **Martin Grüner**, blieb bis heute in diesem Amt. Grüner war von 1968 bis 1972 Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Deutschen Uhrenindustrie.

Der Anteil des inzwischen verstorbenen Pegulan-Fabrikanten **Fritz Ries** am politischen Aufstieg von **Helmut Kohl** ist hinlänglich bekannt. (1) Kohls neuer Kanzleramtschef **Wolfgang Schäuble** ist seit 1983 Mitglied im Aufsichtsrat des Pharma-Konzerns Ciba-Geigy.

Finanzminister **Stoltenberg** war 1965 sowie 1969/70 bei Krupp als Direktor in Lohn und Brot. Sein sozialdemokratischer Amtsvorgänger, **Manfred Lahnstein**, ist jetzt Vorstandsmitglied beim Medienkonzern Bertelsmann. Der ehemalige Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, **Karl-Otto Pöhl**, war von 1969 bis 1970 Geschäftsführer beim Arbeitgeberverband des privaten Bankgewerbes. Heute bekleidet Pöhl den Posten des Bundesbank-Präsidenten.

Auch umgekehrt scheinen ehemalige Staatssekretäre und Minister dazu prädestiniert, führende Positionen in Kapitalverbänden zu übernehmen: Der ehemalige Atomminister **Siegfried Balke** wurde nach seinem ausscheiden aus der Regierung im Jahre 1964 zum BDA-Präsidenten gewählt. Ebenfalls bei **Fritz Neef** vollzog sich der Übergang vom Staatssekretär zum geschäftsführenden Präsidialmitglied des BDI relativ nahtlos. Der ehemalige Staatssekretär unter Wirtschaftsminister Schiller, **Johann B. Schöllhorn**, wurde vom Institut der deutschen Wirtschaft als Fachmann für internationale Währungsfragen engagiert. **Siegfried Mann**, vormals Staatssekretär im Verteidigungsministerium, fungiert seit 1978 als Hauptgeschäftsführer des BDI.

zum geschäftsführenden Präsidialmitglied des BDI relativ nahtlos. Der ehemalige Staatssekretär unter Wirtschaftsminister Schiller, Johann B. Schöllhorn, wurde vom Institut der deutschen Wirtschaft als Fachmann für internationale Währungsfragen engagiert. Siegfried Mann, vormals Staatssekretär im Verteidigungsministerium, fungiert seit 1978 als Hauptgeschäftsführer des BDI.

Im Ministerium für Bildung und Wissenschaft residierte einst **Klaus von Dohnanyi**, vorher leitender Ford-Manager und späterer Mitgesellschafter des Markt- und Meinungsforschungsinstituts ,,infratest''. Heute versieht K.v.D. seinen Job als 1. Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg zur vollen Zufriedenheit der hier ansässigen Großindustrie.

Die derzeitige Ressortministerin, **Dorothee Wilms**, hat ihre Brötchen von 1977 bis 1982 als Leiterin der Forschungsstelle bildungs- und gesellschaftspolitische Entwicklung beim Institut der Deutschen Wirtschaft verdient. Von 1955 bis 1973 hatte sie schon einmal in den Diensten des IW — damals noch ,,Deutsches Industrieinstitut'' — gestanden.

Mit dem SPD-Unternehmer **Philipp Rosenthal** hatte der frühere Finanzminister **Alex Möller** (SPD) sogar ein damaliges BDI-Präsidiumsmitglied in die Bundesregierung geholt. Er empfahl auch dem damaligen ,,Verteidigungs''minister Helmut Schmidt den Thyssen-Direktor **E.W. Mommsen** für den Staatssekretärsposten. Mommsen ging nach seinem Job im Kriegsministerium wieder in die Industrie, nämlich zu Krupp, wo er die Leitung der Firmengeschäfte übernahm.

Finanzminister Möller hatte sich für seinen Regierungsposten ebenfalls als kapitalistischer Manager qualifiziert: Er war zuvor als Generaldirektor bei der zum Allianz-Konzern gehörenden Karlsruher Versicherungs AG tätig gewesen, zugleich auch noch Funktionsträger beim DIHT.

Ex Landwirtschaftsminister **Josef Ertl** (FDP), immer noch Mitglied des Bundestages, wurde der Abschied aus dem Amt durch einen Aufsichtsratsposten bei der Klöckner AG vergoldet, den er seit Oktober 1983 einnimmt.

Mit dem jetzigen Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, **Jürgen Warnke** (CSU), sitzt ein weiterer ehemaliger Kapitalverbandsfunktionär in der Bundesregierung: Warnke war 1962 Geschäftsführer des Verbandes der chemischen Industrie in Bayern, 1964 - 1982 Hauptgeschäftsführer des Verbandes der keramischen Industrie in Selb und der Arbeitsgemeinschaft Keramische Industrie in Frankfurt.

MdB **Haimo George**, bis 1976 Bundesgeschäftsführer des CDU-Wirtschaftsrates, ist gleichzeitg Hauptreferent für internationale Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialfragen im Siemens-Konzern. Außerdem hat er den Vorsitz der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU-Bundestagsfraktion inne. Auch der Flick-Konzern verfügt selbstverständlich über eigene Bundestagsabgeordnete, z.B. über **Reinhold Kreile** (CSU), Vorsitzender des Aufsichtsrates der Friedrich Flick Industrieverwaltung sowie Mitglied von Aufsichtsräten und Beiräten zahlreicher anderer Firmen. Kreile sitzt außerdem im Finanzausschuß des Bundestages und ist Vorsitzender der Arbeitsgruppe Finanzen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Vorsitzender des Bundestagsaussusses für Wirtschaft ist **Hermann Josef Unland** (CDU), von 1967 - 1978 Huaptgeschäftsführer des Bundesverbandes Bekleidungsindustrie e.V.

Und wenn neuerdings von einem ,,wirtschafts-'' und einem ,,sozialliberalen'' Flügel in der FDP die Rede ist, sollte hierbei schon beachtet werden, daß auch die ,,sozialliberalen'' Exponenten als kapitalistische Verbandsfunktionäre und Manager einschlägige Erfahrungen gesammelt haben. Ex-Bundesinnenminister **Gerhardt Rudolf Baum** war z.B. von 1962 - 1972 Mitglied der Geschäftsführung der BDA, MdB **Burkhard Hirsch**, vormals Innenminister in NRW, war von 1960 - 67 in der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrtie tätig, von 1967 - 71 als Justitiar in der Walzstahlkontor West GmbH sowie von 1973 - 1975 als Direktor bei der Mannesmann AG.

Bereits ein flüchtiger Blick ins Handbuch des Deutschen Bundestages zeigt, daß sich diese Aufzählung noch seitenfüllend fortsetzen ließe.

Anm.: 1) Zur Beziehung Ries — Kohl siehe u.a. Bernt Engelmann, Schwarzbuch: Strauß, Kohl 8 Co., Köln 1976.

Fortsetzung von vorheriger Seite

Beide Vereinigungen arbeiten eng zusammen und sind personell miteinander verzahnt. Vorsitzender des CSU-nahen Wirtschaftsbeirates ist der jetzige Bundesverkehrsminister **Werner Dollinger**, der gleichzeitig auch im geschäftsführenden Vorstand des CDU-Wirtschaftsrates sitzt.

Versuche der anderen etablierten Parteien, sich ebenfalls derartige Verbindungsorgane zur Bourgeoisie zuzulegen, sind in der Vergangenheit gescheitert. So plante der ehemalige SPD-Schatzmeister Alfred Nau Anfang der 70er Jahre die Einrichtung eines SPD-Wirtschaftsrates, der u.a. Treffs der bedeutendsten Wirtschaftsführer mit dem damaligen Bundeskanzler Willy Brandt und dessen Ministern organisieren sollte. Dieses Unternehmen schlug ebenso fehl, wie entsprechende Versuche des damaligen FDP-Generalsekretärs Karl Hermann Flach.

Anteil wachstumsschwacher Indus… …n und au… unterdurchschnittliche Entwicklung der Wachstumsbranchen zurückzuführen.

Die von der Landesvertretung erarbeitete Analyse „HAMBURGS INDUSTRIE 1960–1982" fand große Beachtung und Zustimmung. Sie hat u. a. zu einer großen Anfrage der CDU im Landesparlament geführt, und der Senat hat sich inzwischen den Ergebnissen der ivh-Untersuchungen weitgehend angeschlossen. Die Landesvertretung ist inzwischen ein gefragter Gesprächspartner, Informant und Ratgeber für Politik und Wirtschaft geworden. In zahlreichen Gesprächen und Stellungnahmen hat sie ihre Position insbesondere zur Frage der Überwindung der industriellen Schwäche dargestellt.

So hat die Geschäftsführung zur Frage der Zweckmäßigkeit der Gründung einer Wirtschaftsförderungsgesellschaft eine umfangreiche Ausarb… …vorgelegt

BDI-Landesvertretung Hamburg gefragter Gesprächspartner von Senat und CDU

Quelle: Jahresbericht 1982 - 84 des BDI

SPD

Das Verhältnis der Kapitalistenverbände zur SPD wurde in wichtigen Punkten bereits dargestellt. Die wechselseitigen Kontakte waren besonders seit dem 1966 erfolgten Eintritt der SPD in die „Große Koalition" mit der CDU/CSU intensiviert worden. Dabei hatte die SPD seit dieser Zeit „*entscheidenden Anteil daran, daß die Stellung der Monopolverbände in der Staatsordnung der BRD wesentlich gestärkt wurde. Gesetzliche Maßnahmen wie das Stabilitätsgesetz mit der in ihm verankerten ‚konzertierten Aktion', die Notstandsgesetze und andere Rechtsakte wie die ‚kleine Parlamentsreform' im Bundestag* (48) *und die ‚sozialpolitische Gesprächsrunde' beim Arbeitsminister und verschiedene andere Gesprächskreise, die sämtlich die Rechte der Monopolverbände im Staatsgefüge der BRD aufwerteten, wurden auf Initiative oder unter maßgeblicher Beteiligung der SPD-Führung verabschiedet*" (49).

Die Kontakte zu Spitzenvertretern der Monopolbourgeoisie und ihrer Verbände wurden kontinuierlich auf- und ausgebaut. Dies erfolgte einerseits auf Regierungsebene, insbesondere durch regelmäßige Beratungen des Bundeskanzlers mit den Führungen aller wichtigen kapitalistischen Verbände, was in dieser Form durchaus neu war, da bis dahin von CDU-Kanzlern nur einzelne Verbandsvertreter, zudem sehr sporadisch, konsultiert wurden.

Darüber hinaus spielte die „**Friedrich-Ebert-Stiftung**" eine wesentliche Rolle für das Zusammenwirken zwischen Monopolbourgeoisie und SPD-Spitze. Seit 1972 lud sie monatlich Unternehmer, Spitzenmanager, Minister und führende SPD-Funktionäre zu Gesprächen über wirtschafts- und sozialpolitische Fragen ein. Mitten in der Krise 1974/75 kamen in der Friedrich-Ebert-Stiftung z.B. 40 Vertreter von Unternehmer, Spitzenmanager, Minister und führende SPD-Funktionäre zu Gesprächen über wirtschafts- und sozialpolitische Fragen ein. Mitten in der Krise 1974/75 kamen in der Friedrich-Ebert-Stiftung z.B. 40 Vertreter von US- und BRD-Monopolen sowie von Parteien und Gewerkschaften zusammen, wobei auf diesem Treffen v.a. die Politik gegenüber den Staaten der „Dritten Welt" thematisiert wurde. „*Welch illustrer Kreis hier versammelt war, zeigt folgende Liste von Firmen, die prominente Teilnehmer entsandt hatten: Deutsche Bank, Dresdner Bank, Siemens, VW, Henkel, VEBA und Daimler-Benz aus der BRD; die USA-Konzerne Texaco, Exxon, Mobil Oil, Honeywell, IBM, General Motors und Litton. Als politische Repräsentanten waren neben Bundeskanzler Schmidt und Gesprächsleiter Mommsen anwesend: von der SPD E. Bahr, H. Apel, H. Matthöfer, K.O. Pöhl (späterer Bundesbank-Präsident); vom DGB H.-O. Vetter, E. Loderer und K. Hauschild sowie O. Graf Lambsdorff von der FDP und W. Leisler-Kiep von der CDU*" (50).

Mehrfach trafen 1975 auch BDI-Vertreter unter Leitung des damaligen BDI-Geschäftsführers **Fritz Neef** in dem bei Bonn gelegenen Hotel Schloß Auel mit den SPD-Bundestagsabgeordneten **Herbert Ehrenberg, Antje Huber, Helmut Lenders und Hermann Rappe** (heute Chef der IG Chemie) zusammen, um mit diesen vertrauliche Einzelheiten zum „SPD-Orientierungsrahmen '85" zu besprechen.

Gegenüber der von der SPD/FDP-Koalition v.a. in ihren Anfangsjahren propagierten „Reformpolitik" („Mehr Demokratie wagen") warteten die Kapitalistenverbände insgesamt mit einer flexiblen Strategie auf, indem sie „*gegenüber den neuen sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Erfordernissen, die der Wandel der Industriegesellschaft aufgibt*" einerseits „*konstruktive Offenheit*" anboten, andererseits ein „*Doppel an Härte und Widerstand*" gegen die „*ordnungspolitische Gefahr eines demokratischen Sozialismus in Raten*" ankündigten, also gegen jegliche Versuche, die allein durch ihren Besitz legitimierte Macht der Bourgeoisie einzuschränken (51). Sofern man der SPD-Spitze überhaupt unterstellen will, daß sie Ambitionen in diese Richtung hatte, ist es den Kapitalistenverbänden jedenfalls weitestgehend gelungen, derartige Bestrebungen zu ersticken. Deutlich sichtbar wurde dies u.a. am Schicksal der vom DGB geforderten „paritätischen Mitbestimmung" in Großunternehmen, von der nach zäher Intervention der Kapitalistenverbände nichts mehr übrig war, als 1976 das Mitbestimmungsgesetz durch den Bundestag ging. Anstelle „paritätischer Mitbestimmung" wurde die Stimmenmehrheit der Kapitalseite in den Aufsichtsräten gesetzlich sanktioniert, was der BDA freilich immer noch nicht ausreichte, so daß sie vors Bundesverfassungsgericht zog. Das BVG erklärte daraufhin das Mitbestimmungsgesetz zwar für verfassungsgemäß, dies aber mit einer Begründung, über die die Unternehmerverbände nur hochzufrieden sein konnten: Es wurden hierin nämlich jegliche Versuche, den Kapitalisten die alleinige Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel zu entziehen, für nicht verfassungsgemäß erklärt (52).

Als 1974/75 der Kapitalismus weltweit in eine ökonomische Krise geriet, sich eine Verschärfung des internationalen Konkurrenzkampfes sowie enorme Anforderungen an die Kapitalakkumulation in Zusammenhang mit der Nutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts (Mikroelektronik, „Neue Technologien") ankündigten, war endgültig Schluß mit der Propagierung „sozialer Reformen". Angesagt ist seitdem die „Reformierung des So- schen Fortschritts (Mikroelektronik, „Neue Technologien") ankündigten, war endgültig Schluß mit der Propagierung „sozialer Reformen". Angesagt ist seitdem die „Reformierung des So- zialstaats", eine sog. „angebotsorientierte" Wirtschaftspolitik, deren Aufgabe es ist, gesetzliche Hindernisse zu beseitigen und finanzielle Mittel freizuschaufeln, um die Konkurrenzfähigkeit der heimischen Industrie zu sichern und zu erhöhen. Die SPD hat ihr mögliches getan, umfangreiche Streichungen sozialer Ausgaben veranlaßt, um der Monopolbourgeoisie hierbei zu Diensten zu sein. Spätestens aber nach den Bundestagswahlen 1980 wurde sichtbar, daß die Sozialdemokratie diesen Kurs auf Dauer nicht ohne schwere Beeinträchtigung ihrer Integrationsfähigkeit durchhalten würde. Die seitens der Unternehmerverbände in sie gesetzten Erwartungen konnten ohne erheblichen Schaden für die SPD und das etablierte Parteienkartell insgesamt nicht mehr befriedigt werden, weshalb sich die Widersprüche im Regierungslager zusehends derart verschärften, daß der BDI im Mai 1982 feststellte: „*Was angesichts unterschiedlicher ordungs- und prozeßpolitischer Vorstellung in den beiden Koalitionsparteien noch als ‚konsensfähig' gilt, entspricht nicht entfernt dem, was seit langem wirtschaftspolitisch geboten ist*" (53). Der Regierungswechsel noch im Herbst gleichen Jahres war die logische Konsequenz.

FDP

Vom Verhältnis führender Kapitalisten und Spitzenvertreter der Unternehmerverbände zur FDP ist allgemein bekannt, daß es sich hierbei um ein sehr inniges handelt. Der Wert der FDP ist mit Geld zu bezahlen und ergibt sich daraus, daß es mit Hilfe dieser Kleinpartei in den vergangenen Jahren stets möglich war, fällige Kurskorrekturen und Regierungswechsel auf parlamentarischem Wege durchzusetzen. Dies Ende der 60er Jahre, als es darum ging, eine neue innen- und außenpolitische Strategie zu etablieren, ab 1974 in der Schmidt/Genscher-Regierung, als verstärkt die sog. „Bremserrolle" der FDP zur Geltung gebracht wurde (von der „Reformpolitik" zur „Sparpolitik") bis hin zum Regierungswechsel 1982, der durch die Existenz dieser Partei ohne entsprechendes Wählervotum ermöglicht wurde.

Bereits in einer 1980 verfaßten internen Studie des BDI wurde der FDP eine fast vollständige Übereinstimmung mit den Positionen von CDU und CSU bescheinigt. Die „Frankfurter Rundschau" schrieb dazu damals: „*In dem BDI-Positionspapier zur Bildungspolitik, zur Energie-, Finanz- und Steuerpolitik, zur Forschungs- und Technologiepolitik sowie zur Mittelstands- und Strukturpolitik heißt es immer wieder, daß zwischen den Einstellungen von CDU/CSU und der FDP zu den jeweiligen Forderungen Identität oder Übereinstimmung beständen; die SPD würde demgegenüber entgegengesetzte Positionen vertreten*" (54). Vor allem der damalige Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff, vormals Vorstandsmitglied der Victoria Rückversicherungs-AG, befand sich mit seinen Ansichten weitgehend im Einklang mit den einflußreichsten Kapitalistenverbänden. Lambsdorff war es schließlich auch, der am 9. September 1982 jenes Wirtschafts- und Sozialprogramm vorlegte, das vollinhaltlich den konzeptionellen Überlegungen des BDI entsprach und nun auch öffentlich die Bereitschaft der FDP-Spitze signalisierte, den Regierungswechsel zu vollziehen.

Die Kapitalisten sind sich der besonderen Rolle und Möglichkeiten der FDP immer bewußt gewesen und haben es in der Vergangenheit überwiegend abgelehnt, sich an den bisweilen Die Kapitalisten sind sich der besonderen Rolle und Möglichkeiten der FDP immer bewußt gewesen und haben es in der Vergangenheit überwiegend abgelehnt, sich an den bisweilen aus Kreisen der CDU/CSU inszenierten Vernichtungsfeldzügen gegen diese Partei zu beteiligen. So flossen nach dem Regierungswechsel von 1969 bereits nach kurzer Unterbrechung wieder entsprechende Unterstützungsgelder an die FDP, z.B. über die „Staatsbürgerlichen Vereinigungen", deren Spendenpolitik vom BDI zentral gesteuert wird. Ex-BDI-Präsident Rodenstock war und ist dabei für die Mittelvergabe in Bayern zuständig und sorgte dafür, daß die FDP jährlich regelmäßig 360.000 DM erhielt.

Auch heute ist das Interesse an der FDP ungebrochen — allein schon, um der Regierung Kohl ihre parlamentarische Mehrheit zu erhalten. Entsprechend stießen neuerliche Versuche im Vorfeld der Bundestagswahlen 1983 — insbesondere von F.J. Strauß —, die FPD aus dem Bundestag zu verdrängen, bei führenden Propagandisten des Großkapitals auf harsche Ablehnung. Das publizistische Flaggschiff dieser Kreise, die „Frankfurter Allgemeine Zeitung", lobte z.B. ausdrücklich den Austritt der FDP-Minister aus der Regierung Schmidt und wandte sich gleichzeitig in selten scharfer Form gegen Strauß, der die Pendler-Partei ihrer sozialliberalen Vergangenheit wegen mit Vorwürfen überschüttete: „*Sie* (gemeint sind die FPD-Minister, Anm. AK) *brauchen sich deshalb diese Schuld von dem notorischen Intriganten aus München nicht täglich vorhalten lassen, der, wie man weiß, sein Leben lang stets recht hatte, nur leider — wie er sagt — selten recht bekam: historisch wohl kein Zufall*" (55).

Es verspricht also spannend zu werden für den Fall, daß die FDP 1987 aus dem Bundestag verschwinden sollte und gleichzeitig die CDU/CSU die absolute Mehrheit verfehlt...

Staatsmonopolistischer Kapitalismus

Der Staat ist das zentrale Instrument jeder Klassenherrschaft. Seit Eintritt des Kapitalismus in sein imperialistisches Stadium hat sich der staatliche Einfluß auf den gesellschaftlichen Gesamtprozeß immer mehr ausgeweitet. „*Während in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Aufgabe des Staatsapparates vorrangig darin bestand, den Schutz des Privateigentums an Produktionsmitteln mittels staatlicher Zwangsinstrumente, wie Polizei, Militär und Justiz zu sichern, zwangen die mit der wissenschaftlich-technischen Entwicklung und der allmählichen Herausbildung des Monopolkapitalismus nach 1870 auftauchenden Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals den Staat zu einer sukzessiven ökonomischen Intervention. Dieser staatliche Funktionszuwachs war die Folge der fortgeschrittenen Vergesellschaftung der Produktion, die zur Ursache immer neuer und tieferer Wirtschaftskrisen wurde. Es ging darum, nun mittels des Staates die Kapitalverwertung gesellschaftlich abzusichern. Unter den Bedingungen des Monopolkapitals erforderte dies die Bereitstellung eines den Monopolinteressen entsprechenden Gesetzesapparates, und zwar sowohl für den Produktions- wie für den Realisierungsbereich*" (56).

Der Staat greift heute mit ökonomischen und außerökonomischen Mitteln in den kapitalistischen Verwertungsprozeß ein, der ohne ihn — allein durch den Marktmechanismus — im erforderlichen Umfang nicht mehr funktioniert. Diese Eingriffe geschehen nicht gelegentlich, sondern permanent, wobei sich derartige staatliche Interventionen immer häufiger nicht nur auf kurzfristige Ergebnisse richten, sondern ebenso an mittel- und langfristigen Interessen der Monopolbourgeoisie orientiert sind.

Der Anteil des Staatshaushaltes (einschließlich Sozialversicherung) am Sozialprodukt der BRD umfaßt gegenwärtig einen Anteil von 45-47 Prozent; darauf zu achten, daß dieses gewaltige Potential in ihrem Sinne eingesetzt wird, ist ein zentrales Anliegen der großen Kapitalistenverbände. Ist dies im Grundsatz angesichts offensichtlicher Loyalität der Staatsführung und der maßgeblichen Teile der Staatsbürokratie gegenüber dem imperialistischen System ohnehin gesichert, so sind die großen Konzerne, wirtschafts- und sozialpolitischen Verbände gleichwohl daran interessiert, ihren unmittelbaren Einfluß durch zahlreiche Verbindungs- und Vertrauensleute auf verschiedenen Ebenen der Exekutive und Legislative geltend zu machen.

Hierbei wird zwar auch weiterhin noch der „klassisch"-parlamentarische Lobbyismus gepflegt, er hat in seiner Bedeutung aber stark abgenommen, wie zutreffend schon 1966 die Wo- Hierbei wird zwar auch weiterhin noch der „klassisch"-parlamentarische Lobbyismus gepflegt, er hat in seiner Bedeutung aber stark abgenommen, wie zutreffend schon 1966 die Wo- chenzeitschrift „Das Parlament" feststellte: „*Es ist bekannt, daß die Verbandsfunktionäre als Lobbyisten in den Wandelhallen des Parlaments auf die Abgeordneten einreden, damit sie für oder gegen ein Gesetz stimmen, Abänderungsanträge stellen oder neue Gesetzesanträge einbringen. Dieser Weg der Einflußnahme auf die Gesetzgebung ist nur einer von mehreren — und nicht einmal der bedeutendste. Aus guten Gründen bevorzugen die Verbände heute den Zugang zu der Ministerialbürokratie, zum Ressortminister und sogar zum Bundeskanzler...Den besten Beweis liefert die geringe Zahl von Eingaben, die an das Parlament und seine Mitglieder gerichtet werden: Der Bundesverband der Deutschen Industrie reichte beispielsweise im Jahre 1962 von insgesamt 100 als ‚wichtig' bezeichneten Eingaben nur 4 beim Bundestag ein, dagegen 96 bei den zuständigen Bundesministerien*" (57).

Dieser Trend hat sich fortgesetzt: Von insgesamt über 1000 Eingaben, die der BDI 1972/73 bis 1976/77 an staatliche Stellen richtete, gingen 775 an die Bundesregierung, aber nur 105 an den Bundestag und seine Ausschüsse. Dies verhält sich bei anderen Kapitalistenverbänden ähnlich und illustriert die Tatsache, daß die wesentlichen staatlichen Entscheidungen in der Exekutive vorbereitet und getroffen werden, nicht aber im Parlament.

Erste Adresse für Spitzenvertreter der Monopolbourgeoisie ist der Bundeskanzler selbst, was sich schon aus seiner verfassungsmäßigen Stellung ergibt. Er allein besitzt Richtlinienkompetenz, seine Entscheidungen sind für die Bundesminister verbindlich. Zwar heißt es in der Geschäftsordnung der Bundesregierung, daß der Kanzler Abordnungen nur in „besonderen Fällen" empfängt; aber die Vergangenheit hat gezeigt, daß die jeweiligen Regierungschefs — durchaus im beiderseitigen Interesse — stets die nötige Zeit erübrigt haben, um sich mit führenden Vertretern des Großkapitals zu beraten.

Bei der Herausbildung dieser Praxis spielten die engen Verbindungen Konrad Adenauers zum langjährigen Präsidenten des Bundesverbandes des privaten Bankgewerbes (heute: Bundesverband Deutscher Banken), Robert Pferdemenges, und zum damaligen BDI-Präsidenten Fritz Berg eine besondere Rolle (58). Hieran knüpften alle Amtsnachfolger an, ob sie nun Erhard, Kiesinger, Brandt oder Schmidt hießen. Der letztgenannte hat aus dieser Tatsache auch öffentlich nie einen Hehl gemacht, wenn er z.B. freimütig äußerte, „*daß eine Reihe von Bankiers, von kleineren Privatbankiers bis hin zu Vorstandsvorsitzenden der Großbanken, mit einem gewissen Recht von sich sagen können, daß sie mein Denken im Laufe der Jahre beeinflußt haben*" (59). Und die Zeitschrift „Capital" bescheinigte Schmidt damals sogar: „*Inzwischen aber pflegt der sozialdemokratische Kanzler ein so inniges Verhältnis zu Konzernherrn und Großbankiers wie kein christdemokratischer Kanzler zuvor*" (60). Ein besonders „inniges Verhältnis" bestand dabei zu Krupp-Chef **Ernst Wolf Mommsen** (vorher Staatssekretär im Verteidigungsministerium, davor Thyssen-Direktor und früher leitender Funktionär im „Reichsverband der Deutschen Industrie"), ebenso zum damaligen Vorstandssprecher der Dresdner Bank, **Jürgen Ponto**.

Dem kann und will auch ein Helmut Kohl nicht nachstehen: Er traf am 4.11.82, also kurz nach seiner Wahl zum Bundeskanzler, bereits zu einem zweiten informellen Gespräch mit namhaften Kapitalisten zusammen, an dem auch die führenden Unternehmerverbände beteiligt waren.

Das permanente Zusammenwirken von kapitalistischen Verbänden, Regierung und Parlament ist keineswegs eine Erscheinung, die sozusagen nur „inoffiziell" stattfindet. Tatsache ist vielmehr, daß die Geschäftsordnungen der Bundesministerien und des Bundestages vorsehen, bei der Ausarbeitung von Gesetzentwürfen Vertreter „sachlich interessierter" Verbände hinzuzuziehen. Dabei ist diese Art von Kontaktpflege generell auf Spitzen- und Dachverbände beschränkt, so daß aus dem Bereich des kapitalistischen Verbändewesens vornehmlich nur die von Vertretern der Monopolbourgeoisie beherrschten zentralen Führungsgremien konsultiert werden. Da die Exekutive ganz überwiegend die wesentlichen Entscheidungen trifft — so kommen durchschnittlich 80% der vom Bundestag verabschiedeten Gesetze aus der Bundesregierung — konzentriert sich das Interesse der Kapitalistenverbände vornehmlich auf Kontakte zu den Ministerien und zur Ministerialbürokratie. Hierbei hat sich seit langem eine Praxis entwickelt, die schon 1964 von der „Frankfurter Rundschau" so beschrieben wurde: „*Die wichtigsten Re-* nisterien und zur Ministerialbürokratie. Hierbei hat sich seit langem eine Praxis entwickelt, die schon 1964 von der „Frankfurter Rundschau" so beschrieben wurde: „*Die wichtigsten Re-* *ferentenentwürfe für geplante Gesetzesvorhaben werden in den Studierzimmern der Verbandsbürokraten, Fachausschüssen und Studienkommissionen der Verbände bereits durchberaten, auseinandergenommen, in ihrer Wirkung berechnet und mit Änderungsvorschlägen versehen, bevor die Abgeordneten überhaupt ahnen, daß es sie gibt*" (61).

Auch Hans Dichgans, bis 1973 geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie, danach Hauptgeschäftsführer des BDI und von 1961-1972 CDU-MdB, hat diesen Zustand bestätigt: „*Die Bundesregierung hat soviel Vertrauen zu den Verbänden, daß sie ihnen frühzeitig auch vertrauliche Unterlagen überläßt. Das hat gelegentlich zu Beschwerden von Abgeordneten geführt, die von Gesetzgebungsplänen der Bundesregierung erst später erfuhren als die Verbände*" (62). Der Bundestag, eigentlich das höchste gesetzgebende Organ, ist in den meisten Fällen nur noch damit beschäftigt, bereits anderswo beratene und ausgehandelte Beschlüsse zu ratifizieren; er ist in seiner Gesamtheit tatsächlich die von Lenin beschriebene „Schwatzbude", während die maßgeblichen Entscheidungen auf anderer Ebene, in anderen Gremien fallen — allenfalls noch in den Bundestagsausschüssen, wo — zumindest in den wichtigsten — kapitalistische Verbandsvertreter ebenfalls stark repräsentiert sind und ihnen Ministerialbeamte als Regierungsvertreter zur Seite stehen, die jederzeit Zutritt zu diesen nicht-öffentlich tagenden Organen haben.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Neben nicht-institutionalisierten Beratungen vollzieht sich die Zusammenarbeit zwischen Unternehmerverbänden und Ministerialbürokratie in Form von Beiräten, die den jeweiligen Ministerien angegliedert sind. ,,*Die Aufgaben der Beiräte lassen sich mit den Stichworten Beratung und Vermittlung umschreiben. Sie beraten die Ministerialverwaltung, ohne jedoch Mitentscheidungsbefugnisse zu besitzen*'' (63), wobei es auch hiervon wichtige Ausnahmen gibt (z.B. üben die Verwaltungsräte verschiedener Bundesbehörden — Bundesbahn, Bundespost usw. — auch beschließende Funktionen aus).

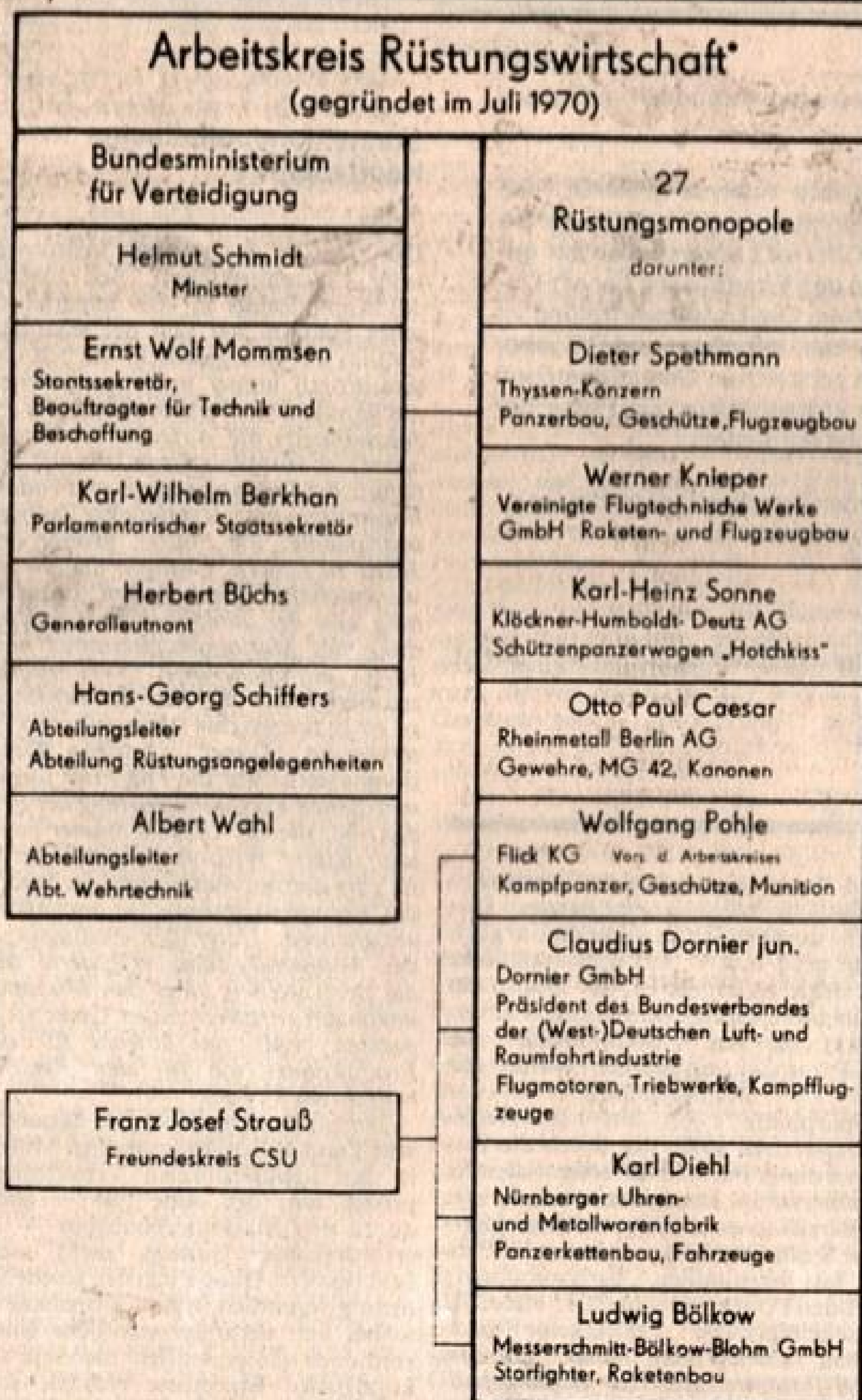
Nach einer offiziellen Mitteilung der Bundesregierung existierten 1969 206 solcher Beiräte bei den Ministerien mit insgesamt 4.368 Mitgliedern. Einer Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institutes (WSI) des DGB zufolge saßen 1976 etwa 1.000 Verbandsvertreter aus Industrie und Wirtschaft in 276 beratenden Ausschüssen bei verschiedenen Bundesministerien (64). Der enge Kontakt zur Ministerialbürokratie erlaubt dabei nicht nur die Mitwirkung bei Gesetzesvorhaben, den Einfluß auf sonstige Regierungsentscheidungen, sondern ebenso auch auf die ebenfalls nicht unwesentliche Frage, wie einmal beschlossene Gesetze umgesetzt und ggf. auch wieder verwässert werden können. Die Bedeutung des letztgenannten, von Parlamentsentscheidungen gänzlich unbeeinflußten Punktes zeigt sich allein schon am immensen Umfang der Verordnungspraxis der Verwaltung: Die 2.841 vom Bundestag zwischen 1949 und 1973 verabschiedeten Gesetze wurden im gleichen Zeitraum von 5.038 Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften ergänzt.

Die Kapitalistenverbände haben ihre traditionelle ,,Hausmacht'' im Bereich des Bundeswirtschaftsministeriums, wo sie in etwa 50 Fachausschüssen vertreten sind; stark engagiert sind Beauftragte der Unternehmerverbände daneben aber natürlich auch im Finanz-, Landwirtschafts-, Verkehrs-, Innen- und Außenministerium, im Arbeits- und Sozialministerium, beim Bildungs- und Wissenschaftsministerium, beim Ministerium für Forschung und Tech-

ben aber natürlich auch im Finanz-, Landwirtschafts-, Verkehrs-, Innen- und Außenministerium, im Arbeits- und Sozialministerium, beim Bildungs- und Wissenschaftsministerium, beim Ministerium für Forschung und Tech-

nologie usw. Gerade das letztgenannte Ministerium hat für das Großkapital in den vergangenen Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen, dies insbesondere in Zusammenhang mit der Erforschung und Anwendung neuer Technologien (Mikroelektronik, Atomtechnologie u.a.) sowie bei der Rohstoff- und Energiepolitik. ,,*Auf den drei Gebieten Mikroelektronik, Kernenergie und Rohstoff/Energiesicherung besteht ein hoher Finanzierungsbedarf für die Forschung und die Einführung kostenaufwendiger neuer Technologien. Ohne riesige staatliche Subventionen sind selbst solche Monopolgiganten wie der Siemens-Konzern nicht in der Lage, ihre internationalen Konkurrenzpositionen auf diesen Gebieten zu behaupten, geschweige denn zu verbessern. Bisher wurden deshalb 430 öffentliche Finanzierungsprogramme der Bundes- und Landesregierungen vor allem von den großen Konzernen genutzt. Zu den Hauptprofiteuren gehört die Siemens AG, die sich allein 1979 141 Vorhaben mit einem Umfang von insgesamt 411 Mio. DM vom Forschungsministerium finanzieren ließ. Einer anderen Quelle zufolge erhielt Siemens in den Jahren 1967 bis 1979 von den 3,5 Mrd. DM Subventionen aus dem BRD-Staatshaushalt für die Datenverarbeitung allein etwa 1 Mrd. DM. Das war ungefähr ein Viertel der eigenen Ausgaben für Forschung und Entwicklung, die insgesamt 4,3 Mrd. DM betrugen*'' (65).

Die Verflechtung zwischen Kapitalistenverbänden und Forschungsministerium hat dabei Ausmaße angenommen, die ohne weiteres zu dem Schluß berechtigen, daß diese Verbände — v.a. der BDI — faktisch unmittelbar über die Verwendung staatlicher Gelder entscheiden. So hat allein das Forschungsministerium 1979 1.100 ,,Berater'' ausgewiesen — das Vierfache (!) der Anzahl eigener Ministerialbeamten. Auf Initiative des BDI wurden die vom Großkapital beherrschte ,,Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen'' (66), der ,,Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft'' (67) und die Wagnisfinanzierungsgesellschaft als Selbstverwaltungsorgane für die staatliche Forschungssubventionierung eingesetzt. Wie und für wen hierbei verteilt wird, ist nicht schwer zu erraten: Von den vom Bundesministerium für Forschung und Technologie zwischen 1973 und 1982 vergebenen Fördermitteln entfielen 60% an nur 10 große Konzerne, etwa 25% allein an den Siemens-Konzern (68).



Quelle: Der Imperialismus der BRD, S. 488

Außerordentlich eng und fortgeschritten ist auch die Zusammenarbeit in Rüstungs- und

Außerordentlich eng und fortgeschritten ist auch die Zusammenarbeit in Rüstungs- und

,,Verteidigungs''-Fragen, wo der Staat über das Kriegsministerium als Hauptauftraggeber der Industrie fungiert. Auf Initiative des ehemaligen Staatssekretärs für Wehrtechnik und Beschaffung, E.W. Mommsen, der vom damaligen ,,Verteidigungs''-Minister Helmut Schmidt ins Ministerium geholt wurde, entstand 1970 z.B. der **,,Rüstungswirtschaftliche Arbeitskreis''**, in dem der BDI, der ihm angehörende ,,Bundesverband der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie'' sowie die maßgeblichen Rüstungskonzerne den Ton angeben. Dieser offizielle Beraterkreis des Bundes,,verteidigungs''ministeriums hat sich bisher u.a. mit den folgenden Themen beschäftigt: Managementprobleme (Generalunternehmer), Kapazitätsauslastung, Unterstützungsgesellschaften, Neuordnung des Rüstungsbereichs, Rüstungsexport/-import, Preisgestaltung, Finanz- und Zahlungsfragen bei internationalen Gemeinschaftsvorhaben, langfristige Materialplanung, technische Zukunftsprogramme u.a. (69).

Daneben und darüber hinaus gibt es ein umfangreiches nationales und internationales Geflecht gemischt staatlicher und privatkapitalistischer Institutionen im Bereich von Kriegsproduktion, Bundeswehr und NATO. Zu nennen wären z.B. die Nato Industrial Advisory Group (NIAG), der westeuropäische Dachverband der Unternehmen der Luft- und Raumfahrtindustrie (AECMA), die Gesellschaft für Wehrkunde, die Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik und v.a.m.

Hierbei finden zahlreich auch ehemalige und pensionierte Offiziere der Bundeswehr in der Industrie Verwendung. Der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr, General Schnez, avancierte z.B. zum Direktor bei Klöckner-Humboldt-Deutz sowie zum Vorsitzenden der **Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik**, die bei der Ausarbeitung des rüstungs- und militärpolitischen Konzeptes der BRD eine herausragende Stellung einnimmt. An ihren Arbeitstagungen beteiligen sich Vertreter Bonner Ministerien, wichtiger staatlicher Behörden, Mitglieder des Bundestages, führende Persönlichkeiten der Bundeswehr ebenso wie Abgesandte der wichtigen Rüstungskonzerne und des BDI. Die Gesellschaft ist außerdem Mitglied des Rüstungswirtschaftlichen Arbeitskreises beim Bundes,,verteidigungs''ministerium.

Als Hauptgeschäftsführer des BDI fungiert eit 1978 mit **Siegfried Manns** jemand, der sich in diesem Bereich ausgezeichnet auskennt: Er hat bis 1976 16 Jahre im ,,Verteidigungs''ministerium gearbeitet, zuletzt als zuständiger Staatssekretär für den gesamten Sektor der Rüstung.

gezeichnet auskennt: Er hat bis 1976 16 Jahre im ,,Verteidigungs''ministerium gearbeitet, zuletzt als zuständiger Staatssekretär für den gesamten Sektor der Rüstung.

Das Beziehungsgeflecht zwischen Staat und Monopolbourgeoisie ist stellenweise derart umfassend, daß selbst eine formelle Unterscheidung zwischen staatlicher und privatkapitalistischer Entscheidungssphäre oftmals kaum noch möglich erscheint. Nicht zuletzt wurden auch zahlreiche, an sich staatliche Aufgaben, den Kapitalistenverbänden offiziell übertragen, wofür im Laufe dieses Beitrages mehrfach Belege gebracht wurden. Dies gilt selbst für den Bereich der Außenpolitik, was sich insbesondere für die Zeit vor der Wende zur ,,neuen Ostpolitik'' an der Rolle des **,,Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft''** zeigte, der 1953 von DIHT, BDI, dem Bundesverband Deutscher Banken, dem Bundesverband des deutschen Groß- und Außenhandels und anderen Kapitalistenverbänden gegründet wurde. Der ,,Ost-Ausschuß'' wurde mit amtlicher Legitimation als Vertreter der BRD gegenüber staatlichen Organen und amtlichen Delegationen osteuropäischer Länder und Chinas tätig. ,,*Er verhandelte mit den osteuropäischen und chinesischen Abordnungen anläßlich der Genfer Konferenzen der UN-Wirtschaftskommission für Europa; er begann Gespräche über Handelsabkommen zwischen Rumänien, der UdSSR, China und der Bundesrepublik und beschloß auch 1954 ein Waren- und Zahlungabkommen mit der rumänischen staatlichen Außenhandelsgesellschaft Agroexport und 1957 nach Verhandlungen in Bern, Ostberlin und Peking eine Vereinbarung über den Warenaustausch mit dem China-Committee for the Promotion of International Trade ab. Schließlich errichtete der Ostausschuß im Einvernehmen mit der rumänischen Regierung eine eigene Vertretung in Bukarest... Die Geschäftsführung bzw. Vertreter des Ostausschusses gehörten auch Delegationen an, die unter der formellen Führung des Bundesministeriums für Wirtschaft oder des Auswärtigen Amtes standen, sie konnten sich auch an Regierungsverhandlungen beteiligen, die in Bonn, Genf, Wien oder den jeweiligen osteuropäischen Ländern stattfanden*'' (70).

Daß Spitzenvertreter kapitalistischer Verbände offizielle Mitglieder von Regierungsdelegationen sind, wird auch bei anderen Gelegenheiten immer wieder deutlich: So gehörte z.B. der ehemalige BDA-Präsident Hanns-Martin Schleyer einer von Bundesaußenminister Genscher angeführten Regierungsdelegation an, die sich im November 1975 zu Gesprächen mit der brasilianischen Regierung über das deutsch-brasilianische Nuklearabkommen traf...

Weitere Beispiele für das unmittelbare Zusammenwirken von Monopolbourgeoisie und Staat ließen sich noch beliebig anführen, ebenso vergleichbare Strukturen der Einflußnahme und Verflechtung in weiteren, hier nicht näher untersuchten Ministerien und Staatsorganen.

Derartige Erscheinungen sind für die BRD wie für jeden anderen imperialistischen Staat charakteristisch. Sein Funktionieren ist ohne die Tätigkeit der Unternehmerverbände nicht mehr denkbar. Wer innen- wie außenpolitisch über die kurz-, mittel- und langfristigen politischen Ziele, Absichten und Möglichkeiten des BRD-Imperialismus orientiert sein will, wird daher nicht umhinkommen, die Tätigkeit zumindest der einflußreichsten Kapitalistenverbände und ihrer ,,Denkfabriken'' sorgfältig zu beobachten. Entsprechende Untersuchungen in dieser Zeitung sollen deshalb folgen.

Anmerkungen:

30. Bei den meisten Mitgliedsverbänden des IW neben BDI und BDA handelt es sich um industrielle Spitzenverbände, die zugleich auch Mitglieder des BDI sind.
31. vgl. v.d. Meer, S. 7
32. Schriftenreihe der BDA: 10 Jahre BDA, Heft 22, Köln 1959, S. 43; zit. b. Simon, a.a.O., S. 120
33. Simon, a.a.O., S. 120;

immer noch im wissenschaftlichen Beirat der Walter-Raymond-Stiftung tätig ist Prof. Karl C. Thalheim, früher Mitarbeiter des nationalsozialistischen Staatssicherheitsdienstes (SD) und „wissenschaftlicher Begründer" der faschistischen „Lebensraum- und Großraum-Theorie".

Nach 1945 gehörte er dem beim Bundesministerium für „Gesamtdeutsche Fragen" angesiedelten „Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung" an, in dem die Annexionspläne zur Einverleibung der DDR bis ins Detail hinein ausgearbeitet wurden. Ebenfalls noch im wissenschaftlichen Beirat dieser Stiftung vertreten ist Dr. Fritz Arlt, der von der Volksrepublik Polen wegen seiner Verantwortung für millionenfachen Judenmord als Gauamtsleiter und Leiter des „Rassenpolitischen Amtes" der NSDAP im Gebiet Krakow als Kriegsverbrecher gesucht wird (vgl. graubuch, Berlin/DDR 1967, S. 51 ff. und S. 174).

34. Wolfram Engels, Auf Kosten der Arbeitsplätze entstehen Schlafplätze, in: Die Wende, Eine Bestandsaufnahme der deutschen Wirtschaftspolitik, v. W. Engels, A. Gutowski, W. Stützel, C.C. v. Weizsäcker u. H. Willgerodt, Bad Homburg 1984, S. 17

wird (vgl. graubuch, Berlin/DDR 1967, S. 51 ff. und S. 174).
34. Wolfram Engels, Auf Kosten der Arbeitsplätze entstehen Schlafplätze, in: Die Wende, Eine Bestandsaufnahme der deutschen Wirtschaftspolitik, v. W. Engels, A. Gutowski, W. Stützel, C.C. v. Weizsäcker u. H. Willgerodt, Bad Homburg 1984, S. 17

35. vgl. Die internationale Politik 1981-1982, München 1984
36. Der gebürtige Schweizer Mohler, Jahrgang 1920, ging 1942 illegal nach Deutschland, um in die SS einzutreten, kehrte aber wieder in die Schweiz zurück. 1949-1953 war Mohler Privatsekretär von Ernst Jünger, bis 1961 Korrespondent verschiedener Zeitungen („Die Zeit", „Christ und Welt"), 1964 Gründungsmitglied des „Demokratisch-Konservativen Kreises" und Mitarbeiter der „Demokratisch-Konservativen Korrespondenz" (die als Zulieferorgan für NPD-Blätter galt).

Nach 1965 Kolumnist in „Welt" und „Welt am Sonntag"; u.a. unter dem Pseudonym „Nepomuk Vogel" Autor im „Bayernkurier" der CSU, unter dem Pseudonym „Michael Hintermwald" Autor der faschistischen „Deutschen National-Zeitung"; 1967 „Adenauer-Preisträger" der rechtsextremen, CSU-nahen „Deutschland-Stiftung", Autor im neofaschistischen Monatsmagazin „Nation Europa", Mitglied im internationalen Redaktionskomitee der MSI-nahen Zeitschrift „La Destra" und v.a.m.; vgl. wer mit wem?, Braunzone zwischen CDU/CSU und Neonazis, Hamburg 1981, S. 122 f.

37. Der Konservatismus-Forscher Ludwig Elm schreibt hierzu u.a.: „*Das Bemühen Mohlers um die Rehabilitierung des Konservatismus der Jahre vor 1933-45 als Voraussetzung für heutige Ansprüche der konservativen Ideologen, Politiker, Institutionen und Organisationen beschränkt sich nicht auf die apologetische Entflechtung des konservativen und des hitlerfaschistischen Stranges. Vielmehr stellte er das letztere Ziel seit Beginn der sechziger Jahre in den Dienst eines grundsätzlicheren Zieles, das von ihm als Motiv bereits im Vorwort zur Buchveröffentlichung seiner Dissertation von 1950 genannt worden war. Es handelt sich um seinen Beitrag zur fortschreitenden Revision und angestrebten Liquidierung des antifaschistischen Geschichfsbildes...*

Folgerichtig engagierte sich Mohler entschieden für die seit 1978 in mehreren Auflagen im Propyläen-Verlag des Springerkonzerns erschienene ‚Geschichte der Deutschen' des Erlanger Historikers Hellmut Diwald und gegen die von ihm so genannte ‚Anti-Diwald-Kampagne', d.h. gegen die demokratischen und liberalen Kritiker dieser dem neueren großdeutschen Nationalismus zuzuordnenden, auf eine weitgehende Rehabilitierung der reaktionären Reichstradition und insbesonderes des Hitlerfaschismus gerichteten Veröffentlichung. Die ‚Carl Friedrich von Siemens Stiftung' reihte sich mit einer konservativ-nationalistischen Vortragsreihe im Oktober 1979...unmittelbar in solche Bemühungen ein";
Ludwig Elm (Hrsg.), Leitbilder des deutschen Konservatismus, Köln 1984, S. 242 f.
38. Simon, a.a.O., S. 145
39. vgl. Jahresbericht der BDA v. 1984, S. 107
40. Während die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen 1968 um 22% stiegen, lag der Zuwachs der Nettolöhne und -gehälter bei nur 5,2%. Erstmals seit 1945 war die Lohnquote am Volkseinkommen 1968 um über 2% zurückgegangen; vgl. J. Huffschmid, Die Politik des Kapitals, Frankfurt/M. 1969, 7. Aufl. v. 1971, S. 166; an der sog. „Konzertierten Aktion" nahmen neben Vertretern der Bundesregierung, der Deutschen Bundesbank und des Sachverständigenrats folgende Verbände teil: DGB, DAG, BDA, BDI, DIHT, Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels, Zentralverband des Deutschen Handwerks, Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, Deutscher Bauernverband, Deutscher Sparkassen- und Giroverband, Deutscher Beamtenbund, Bundesverband Deutscher Banken und Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherberbände; vgl. Weber, a.a.O., S. 277
41. vgl. H. Abromeit/K. Burkhardt, Die Wählerinitiativen im Wahlkampf 1972, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage der Wochenzeitung Das Parlament, Bonn, 15.9.1973, S. 12, Zit. b. v.d. Meer, a.a.O., S. 81
42. Schirmeister, a.a.O., S. 27
43. v.d. Meer, a.a.O., S. 82
44. Ebenda, S.81
45. Zit. b. Anita Scholze/Horst van der Meer, Der Wirtschaftsrat der CDU e.V., in: IPW-Berichte Nr.11/84, Berlin/DDR, S. 59
46. Einer 1976 erschienenen Veröffentlichung des „Presseausschuß Demokratische Initiative" (PDI) ist zu entnehmen, daß u.a. Vertreter folgender Großunternehmen zu jener Zeit dem Vorstand des CDU-Wirtschaftsrates angehörten: BASF, Rheinbraun-Konzern, Karstadt, Deutsche Bank, Siemens, Gutehoffnungshütte, Thyssen, Degussa, Salzgitter AG, Bayer, Springer-Konzern, Burda, BP, Klöckner-Konzern, Preussag, ESSO, Allianz Versicherungs AG, AEG-Telefunken, Horten-Konzern und Daimler-Benz; vgl. Karl-Heinz Hansen, Demagogie als Methode, PDI-konkret 5, München/Hamburg 1976, S. 24 ff.
47 Manager-Magazin 7/1983, S. 22; zit. b. A. Scholze/H.v.d. Meer, a.a.O., S. 59
48. Bestandteil der „kleinen Parlamentsreform" v. 18.6.1969 sind Festlegungen über die Regeln zur Durchführung von Anhörungen vor Bundestagsausschüssen (Hearings), zu denen Vertreter der Kapitalistenverbände, der Gewerkschaften sowie anderer Organisationen und außerparlamentarischer Gruppierungen geladen werden können.
49. v.d. Meer, a.a.O., S. 83
50. Ebenda, S. 84
51. Handelsblatt, Düsseldorf, 6.12.74, Zitate aus einer Grundsatzerklärung der BDA von 1974; zit. b. v.d. Meer, a.a.O., S. 49
52. In seiner Urteilsbegründung führte das BVG zum Mitbestimmungsgesetz u.a. aus: „*Der Gesetzgeber hält sich jedenfalls dann innerhalb der Grenzen zulässiger Inhalts- und Schrankenbestimmung, wenn die Mitbestimmung der Arbeitnehmer nicht dazu führt, daß über das im Unternehmen investierte Kapital gegen den Willen aller Anteilseigner entschieden werden kann, wenn diese nicht aufgrund der Mitbestimmung die Kontrolle über die Führungswahl im Unternehmen verlieren und wenn ihnen das Letztentscheidungsrecht überlassen bleibt*". Zit. b. H.J. Krysmanski, Gesellschaftsstruktur der Bundesrepublik, Köln 1982, S. 161
53. v.d. Meer, a.a.O., S. 41
54. Frankfurter Rundschau, 14.11.80; zit. b. v.d. Meer, a.a.O., S.86
55. Frankfurter Allgemeine, 1.10.82; zit. b. v.d. Meer, a.a.O., S. 77
56. Simon, a.a.O., S. 161
57. Das Parlament, 9.2.1966; zit. in: Der Imperialismus der BRD, Frankfurt/M. 1972, S. 198
58. Hierzu erschien 1961 folgende Charakterisierung: „*Während der vergangenen zwei*

55. Frankfurter Allgemeine, 1.10.82; zit. b. v.d. Meer, a.a.O., S. 77
56. Simon, a.a.O., S. 161
57. Das Parlament, 9.2.1966; zit. in: Der Imperialismus der BRD, Frankfurt/M. 1972, S. 198
58. Hierzu erschien 1961 folgende Charakterisierung: „Während der vergangenen zwei

Jahre ist der Bundeskanzler mehr und mehr dazu übergegangen, die großen Verbandssprecher zu unmittelbarem Vortrag zu empfangen. Das hat seine persönliche Autorität nicht geschmälert, sondern nur verstärkt — allerdings auf Kosten anderer, des Parlaments und vor allem der Minister...

Die Praxis des Bundeskanzlers, über den Kopf der Ressortminister hinweg, entscheidende Verhandlungen zu führen, den Verbänden Zusagen zu machen, für deren Einlösung der an der Sache unbeteiligte Ressortminister haftbar gemacht wird, hat dazu geführt, daß die politische Verantwortung sich immer mehr verflüchtigt, beziehungsweise — was im Effekt aufs gleiche herauskommt — sich in EINER Person konzentriert, die anzugreifen die Sache nicht lohnt oder völlig aussichtslos ist." (W. Hennis, Verfassungsordnung und Verbandseinfluß, in: Politische Vierteljahresschrift, 1/1961; zit. b. Schirmeister, a.a.O., S. 40). Diese Praxis wurde soweit entwickelt, daß sie oft auch zur Ausschaltung der zuständigen Minister durch Unternehmerverbände und Bundeskanzler führte. Dies bekam z.B. der damalige Bundeswirtschaftsminister Erhard zu spüren, als die BDI-Führung mit einem Projekt seines Ministeriums nicht einverstanden war. Fritz Berg, damals Präsident des BDI, erklärte daraufhin gegenüber Journalisten, er brauche nur zu Adenauer zu gehen, um Erhards Pläne vom Tisch zu fegen. Und so geschah es denn auch, „*er fegte — in dieser Woche nämlich — als Erhards Pläne sang- und klanglos in die ministeriellen Schubladen entschwanden...*" (Süddt. Zeitung v. 19./20.11.1960; zit. b. Schirmeister, a.a.O., S. 40).
59. UZ, 1.3.75; zit. b. v.d. Meer, a.a.O., S. 67
60. Capital, 12/1977, S. 100; zit. ebenda
61. Frankfurter Rundschau v. 12.12.64; zit. b. W. Dickhut, Der staatsmonopolistische Kapitalismus in der BRD, Bd II, Stuttgart 1979, S. 89
62. Hans Dichgans, Stahl und Politik, Düsseldorf 1974, S. 65; zit. ebenda, S. 90
63. Weber, a.a.O., S. 274
64. vgl. v.d. Meer, a.a.O., S.68
65. v.d. Meer, a.a.O., S. 71
66. Die Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen ist die Dachorganisation industrieller Forschungseinrichtungen. Sie vertritt die Interessen der z.Zt. 79 ihr angehörenden Forschungsvereinigungen, darunter 61 eigene Forschungsinstitute.

Der AIF angeschlossen sind BDI, DIHT, die Fraunhofer-Gesellschaft, der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft u.a. Die AIF ist Mitglied in der „Deutschen Forschungsgemeinschaft", der die meisten Hochschulen und Forschungseinrichtungen angehören und die bei der Vergabe von Fördermitteln eine zentrale Rolle spielt.
67. Der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft ist Dachverband wissenschaftlicher Stiftungen, die sich v.a. in privatkapitalistischer Hand befinden; er hat ca. 5.500 Mitglieder, darunter Einzelpersonen, Unternehmen und Wirtschaftsverbände.
68. vgl. Frankfurter Rundschau v. 2.3.85, S. 5
69. vgl. M. Eihsen/Arno Gottschalk, Rüstung und Militär-Industrie-Komplex im staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD, in: Beiträge des IMSF 6/II, Frankfurt a.M. 1982, S. 483
70. Kurt P. Tudyka, Ökonomische Dimensionen auswärtiger Beziehungen, in: Atomzeitalter, Zeitschrift für Sozialwissenschaften und Politik, Nr. 6/7,1968; zit. b. Simon, a.a.O., S. 199 f.

Was ist los mit der Faschisierung?

Kritische Überprüfung der These von der »Schrittweisen Faschisierung von Staat und Gesellschaft«

Teil 3:

Die »Essentials« der These aus heutiger Sicht

1972 warnte der KB vor einem drohenden neuen Faschismus in der BRD. Die SPD/FDP-Regierung wurde als Wegbereiter der „schrittweisen Faschisierung von Staat und Gesellschaft" gesehen, eine mögliche neue CDU/CSU-geführte Regierung als deren Vollstrecker.

Nach nunmehr zweijähriger Regierungszeit der neuen CDU/CSU-geführten Regierung muß im Rückblick auf die letzten 15 Jahre politischer Entwicklung in der BRD gesagt werden: Eine Faschisierung in dem vom KB erwarteten Sinne ist nicht eingetreten, sehr wohl aber eine relative Stabilisierung der gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse und eine enorme präventive Hochrüstung des Staates. Wenn dies keine Faschisierung in dem vom KB erwarteten Sinne war, was war es dann?

Diese Situation macht eine Überprüfung der Faschisierungsthese und erneute Analysen unter der Frage „Was hat sich entwickelt und was kommt auf uns zu?" unumgänglich.

Darstellung von Entstehung, Entwicklung und Veränderung der „These" von 72 bis heute, einschließlich einer zusammenfassenden Systematisierung der „essentilas" der „These", waren Gegenstand von Teil 1 und Teil 2 dieser Artikelserie in AK 256 und 257. In diesem dritten und letzten Teil sollen die „essentials" aus heutiger Sicht überprüft werden.

Zu ergänzen ist noch: Ich gehöre selbst zu denen, die die „These" mitentwickelt, praktisch mitverbreitet und - im Rahmen der Antifa-Kommission - analytisch mitausgebaut haben. Jede Kritik an den „Thesen" geht also auch an meine Addresse.

Im übrigen ist diese Serie „wie auch die zur „Strategie des Staates" (siehe Kasten), auch wenn sie auf kollektive Diskusssionsprozesse wie den der seit ca. 3 Jahren betriebenen Schulungsarbeit ua. zurückgreift, nicht die Meinung „des" KB, „der" Schulungskommission, „der, Antifa-Kommission usw., sondern ein individuelles Arbeitsergebnis von mir.

Ich verstehe die kritische Überprüfung der „These" meinerseits als These , die zur produktiven Entwicklung der Diskussion und der weiteren Untersuchung der z.Z. offenen Fragen linker Einschätzung und Strategie beitragen soll.

F.

Ich habe mich bemüht, diesen dritten Teil der Artikelserie so abzufassen, daß er auch für sich selbst zu lesen ist.

Für eine genauere Auseinandersetzung ist aber die Lektüre von Teil 1 „Vorstellung und Ursprung der These" (AK 256, S. 37) und Teil 2 „Beschleunigte Faschisierung" und andere Veränderungen" (AK 257, S.32) unerläßlich.

Darüberhinaus gehört die Artikelfolge „Strategie des Staates" Teil 1, 2, 3 als analytische Vorarbeit direkt zum Thema. Sie liefert notwendiges empirisches Material und dessen Aufbereitung, das in der jetzigen Serie nicht noch einmal en détail aufgearbeitet werden konnte:

— „Strategie des Staates gegen die Friedensbewegung" Teil 1 (AK 246, S.11) liefert am Beispiel „heißer Herbst"/Staat eine Analyse von Entstehung, Funktion und Wirkung aktueller staatlicher De-Eskalationsstrategien.

— „Stabilität forever?",Teil 2 von „Strategie des Staates" (AK 247, S.14) führt den historischen Nachweis, daß die aktuelle De-Eskalationsstrategie nur die zeitgenössische Variante der Präventionsstrategien des BRD-Imperialismus seit 1945 ist und skizziert die Bedingungen, unter denen solche Strategien greifen konnten und können.

— „Bilanz der Wende", Teil 3 der Folge (AK 250, S.12) führt den Nachweis, daß sich die gegenwärtige CDU/CSU-Politik trotz Verschärfung des früheren SPD-Regierungskurses in der Sache doch bisher darum bemüht, in der politischen Umsetzung eine Konfliktvermeidungslinie und nicht etwa die bei der „Wende"-Ankündigung erwartete Konfrontationslinie zu fahren.

Aus Platzgründen wurde der Artikel geteilt. Die Fortsetzung zu den Stichworten „präventive Aufrüstung", „Formierung der Rechten", „Abwehrfront/Aktionseinheit", „theoretische Ableitung" und „Facit" liegt vor und folgt im nächsten AK.

Zur Erinnerung: Die Stationen der „These"

Zur Erinnerung: Die Stationen der „These"

Fangen wir damit an, noch einmal die Stationen der Entstehung und Wandlung der „These" ins Gedächtnis zu rufen:

1972 rief der KB zum Kampf gegen die „schrittweise Faschisierung" auf. Obwohl zunächst nur als Diskussionsbeitrag zur Klärung anstehender strategischer Fragen der Nach-APO-Linken vorgestellt, bekam die „These" doch sehr bald programmatischen und tendenziell sogar den dogmatischen Charakter einer verbindlichen Doktrin für den KB. In den folgenden Jahren wurde sie zu einem wesentlichen Bestandteil des politischen Grundkonsenses des KB.

Nach dem Kanzlerwechsel von Brandt zu Schmidt im Mai 74 wurde in den Analysen des KB aus der „schrittweisen Faschisierung" die „beschleunigte Faschisierung und Militarisierung."

Nach der Niederlage der CDU/CSU in der Bundestagswahl 1976 konstatierte der KB - allerdings ohne das als Korrektur seiner Einschätzung zu kennzeichnen - eine „ungebrochene Stabilität des bürgerlichen Parlamentarismus und damit letztenendes des Kapitalismus in der BRD". In der Kontroverse um die nach der Wahl von Strauß kurzfristig vorgenommene Aufkündigung der Fraktionsgemeinschaft von CDU/CSU wurde erstmals ein „dogmatisches Verständnis" der „Thesen" kritisiert.

In Auswertung des „deutschen Herbstes" 1977 wie auch angesichts der sich abzeichnenden Ansätze eines „sozialistischen Parteibildungsprozesses" standen sich auf dem 1. KB-Kongress 1979/80 der Versuch, die „Thesen" in ihrer ursprünglichen Form zu einer „vereinheitlichten" Doktrin zu restaurieren, einerseits und der Antrag, sie als unbrauchbar zu kippen, andererseits gegenüber. Die Kontroverse blieb offen. Seitdem gilt die „Faschisierungsthese" im KB unwidersprochen als ein „schillernd Ding".

Nichtsdestoweniger bekräftigte der KB auf seinem 2. Kongress 1981/82 nach der Niederlage von Strauß als Kanzlerkandidat im Oktober 1980 erneut die seiner Meinung nach durch die Entwicklung seit 1969 bestätigte Richtigkeit der „Faschisierungsthese" und betonte ausdrücklich, auch in Zukunft an der „These" als wesentliches Element des KB-Grundkonsenses festhalten zu wollen.

Nach dem durch die FDP-Koalitionsaufkündigung von oben vollzogenen Regierungswechsel von der SPD/FDP-Koalition auf die der CDU/CSU/FDP im Herbst 82 und die im März 83 folgende Bestätigung dieses Machtwechsels durch eine Mehrheit

onsaufkündigung von oben vollzogenen Regierungswechsel von der SPD/FDP-Koalition auf die der CDU/CSU/FDP im Herbst 82 und die im März 83 folgende Bestätigung dieses Machtwechsels durch eine Mehrheit

des Wahlvolks erwartete der KB eine zügige Verschärfung der innenpolitischen Konfrontation unter dem Stichwort „Wende"-Politik. Diese Prognosen haben sich bisher nicht erfüllt, obwohl die CDU/CSU/FDP-Regierung sehr wohl in der Sache, innenpolitisch wie außenpolitisch, eine Verschärfung des vorherigen SPD/FDP-Kurses beteibt, nicht zuletzt auch in der Sozialpolitik.

Obwohl also nach wie vor hochgehalten, ist heute keineswegs vereinheitlicht, was denn nun der Inhalt der „Faschisierungthese" und damit die Erwartung des KB in die zukünftige gesellschaftliche Entwicklung der BRD konkret ist. (1)



Helm ab ...

(Foto: Horst E. Schulze, 1945)

Gegenstand der Überprüfung: Die „essentials".

Aus der Entstehungs- und Entwicklungssgeschichte der „Thesen" seit 72 bis zum Beginn ihrer Amputationen und dogmatischen Verzerrung nach 76 lassen sich allerdings einige „essentials" destillieren, die aus heutiger Sicht überprüft, analytisch weiter entwickelt und, wenn nötig, korrigiert werden können.

Hier eine Zusammenfassung, zitiert aus Teil 1 dieser Artikelfolge. Die „essentials" waren:

„— Die Erwartung einer schnellen Zuspitzung der globalen Widersprüche des Imperialismus bis hin zu seinem nicht allzufernen Zusammenbruch;

— die Erwartung einer Offensive des BRD-Imprialismus im Zuge dieser globalen Krisenentwicklung fü eine Neuordnung der Welt zu seinen Gunsten, insbesondere eine aggressive Politik gegenüber den Ländern des „realen Sozialismus";

— die Erwartung einer raschen Verelendung der Arbeitermassen im Zuge der „Abwälzung der Krise auf die arbeitende Bevölkerung" und daraus folgende zügige Verschärfung der Klassenkonfrontationen und Massenunruhen, Stichwort: „Kommende Kämpfe";

— die Erwartung einer Formierung der Kapitalistenklasse für die Entwicklung eines bewußt und planmäßig umzusetzenden Vorbeugungsprogramms, sein Inhalt: Die Zurückdrängung der Arbeiterbewegung und Erstickung revolutionärer Perspektiven im Keim durch eine Kombination von integrativen Maßnahmen und gezieltem Terror. Dabei überwog die Erwartung des Terrors;

— die Erwartung einer präventiven Aufrüstung des Staatsapparats und seiner repressiven Organe wie Polizei, Geheimdienst, Militär u.a. Im Zusammenhang damit Einschränkung demokratischer Freiheiten in dem Bemühen, die Bevölkerung an die Repression als Alltag zu gewöhnen;

— die Erwartung einer rektionären bis faschistischen Formierung der Rechten und Ideologisierung der Bevölkerung über die sozialdemokratischen Krisenlösungsversuche hinaus für das „offensive Gegenprogramm gegen den Sozialismus";

— die Propagierung einer antifaschistisch-antikapitalistischen Aktionseinheit aller demokratischen Kräfte als Abwehrfront zur Verteidigung des sozialen Lebensniveaus und der politischen Rechte der Bevölkerung unter der Führung einer neu aufzubauenden kommunistischen Partei;

— die Ableitung der empirischen Einschätzungen aus der Definition des Faschismus als „extremster Ausdruck der grundsätzlichen Tendenz des Imperialismus zur gesteigerten Reaktion" in der Form der „offenen, terroristischen Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals" und aus der Definition der „Faschisierung" als „akuter Angriff", der über eine Reihe von Vorbereitungsetappen „unmittelbar" den Machtantritt des Faschismus fördert.

Zur theoretischen „Ableitung" gehört ebenfalls die These von der „besonderen Aggressivität" des BRD-Imperialismus, obwohl sie in der BRD-Presse nirgendwo ausdrücklich als These oder gar als Theorie begründet wurde."

Last not least - zwar nicht als „essential" der „These" selbst, aber als tragende Motivation des antifaschistischen Engagements einer großen Mehrheit der APO-Generation - muß noch ergänzt werden: Die Kritik des „nie ganz vollzogenen Bruchs" des BRD-Staates und seiner Gesellschaft mit dem Herrschaftsapparat und der gesellschaftlichen Tradition des Faschismus; die Kritik der Restauration des BRD-Imperialismus, seiner Repressionsapparate und der neuerlichen Entfaltung einer antidemokratischen und antikommunistischen Hexenjagd auf dieser Grundlage; die Kritik an der herrschenden Tendenz, den Faschismus als „Betriebsunfall der Geschicte" verharmlosen zu wollen. (2)

Bruch oder Kontinuität

Eine Überprüfung der „Faschisierungsthese" muß notwendigerweise mit der Frage nach „Bruch oder Kontinuität" beim Übergang vom Faschismus zur Gründung der BRD beginnen. Von Re-Faschisierung oder auch Faschisierung zu reden macht ja nur Sinn, wenn tatsächliche Entwicklungen von - wenigstens - relativ demokratischen Verhältnissen in Richtung auf faschistische stattfinden. Das gilt für die Entwicklung nach 1945. Das gilt entsprechend auch für die nach 1967.

Gegenwärtig bemüht sich die bürgerliche Propaganda wieder einmal, das Kriegsende 1945 wie das Gründungsjahr der BRD 1949 in einem Zuge als „historischen Neuanfang", als „Geburtsstunde der Demokratie" zu verkaufen. Demgegenüber bemühen sich Teile der Linken, u.a. der KB, darum, herauszuarbeiten, daß langfristige Zielsetzungen des deutschen Imperialismus die Niederlage des Faschismus überdauerten und die Gründung der BRD bestimmten, daß Teile des faschistischen Staatsapparates, politischer Tradition, personeller Kontinuität und Ideologie des Faschismus sich in Staat und Gesellschaft der BRD fortsetzen konten, bzw. restauriert wurden. Dies war auch die Aussage der „Faschisierungsthese".

Tradition, personeller Kontinuität und Ideologie des Faschismus sich in Staat und Gesellschaft der BRD fortsetzen konten, bzw. restauriert wurden. Dies war auch die Aussage der „Faschisierungsthese".

Daran ist nicht nur nichts zu korrigieren. Es kann gegenüber allen Versuchen, die BRD vom faschistischen Erbe weißzuwaschen, auch in Zukunft nicht genügend herausgearbeitet und im öffentlichen Bewußtsein festgehalten werden...

Ich will darauf jedoch im Rahmen dieses Artikels nicht weiter eingehen, sondern mich auf solche Aspekte beschränken, die von unmittelbarer Bedeutung für das engere Thema der Überprüfung der „Faschisierungsthese" sind, d.h. Hinweise auf Kontinuität oder Bruch bzgl. der Nach-67er-Entwicklung liefern.

Das ist zum einen die Frage der Rehabilitierung der BRD, bzw. in diesem Falle genauer des BRD-Imperialismus, von dem Vorwurf seiner besonderen Verantwortung für den 2.Weltkrieg und den Faschismus. Es ist die schrittweise Wiederanerkennung und Eingliederung ins imperialistische Bündnissystem der Nachkriegszeit und die schrittweise Wiederherstellung seiner außen- und innenpolitischen Souveränität seit 1945.

Die Eckdaten auf diesem Weg sind bekannt. Ich erinnere nur daran:

— 1949 mit Gründung der BRD zugleich Einstellung der Nürnberger Prozesse, Wiederzulassung militaristischer und faschistischer Soldatenverbände bis hin zur SS-„Hilfsgemeinschaft" HIAG;

— 1951 Aufstellung der Bundeswehr, Gründung des BKA u.a.m.;

— 1956 Eingliederung der Bundeswehr in die NATO.

Mit der Eingliederung in die NATO war ein vorläufiger Höhepunkt dieser Entwicklung erreicht. Wesentliche Schritte auf dem Weg der Restauration der Souveränität der BRD als eigenständigen und gleichberechtigten Partner der anderen imperialistischen Staaten waren damit bereits gesetzt, andere Schritte wie die Verabschiedung von



(Foto: Richard Peter sen., 1945)

... zum Trümmer ...

Fortsetzung von vorheriger Seite

en Herrschaftsmethoden auf der Grundlage heutiger Bedingungen des west-deutschen Imperialismus nicht zu

Notstandsgesetzen oder der Wieder-

Fortsetzung von vorheriger Seite

Notstandsgesetzen oder der Wiederaufbau einer nach 45 verbotenen Geheimpolizei lagen noch in der Zukunft.

Die Rehabilitierung des BRD-Imperialismus vom Faschismus spiegelte sich innenpolitisch in reihenweiser Rückkehr von Alt-Nazis in Amt und Würden, der Verharmlosung des Faschismus, der Verschleppung von NS-Prozessen, der Entstehung einer Unzahl von neo-nazistischen Organisationen — ungeachtet des Feigenblatt-Verbots der „Sozialistischen Reichspartei" (SRP) 1951. Auch diesbezüglich waren die frühen 50er heiße Jahre.

Das war zum anderen die mit Gründung der BRD durchgeführte Politik des Containments, d.h. der Eindämmungspolitik gegenüber dem Sozialismus. Nach außen hieß das Ausbau der BRD im Interesse und mit Unterstützung der USA zum antikommunistischen Bollwerk gegen die SU. Nach innen hieß das Durchführung einer gezielten Isolations- und Kriminalisierungspolitik gegenüber der KPD und antifaschistisch-demokratischen Kräften. Höhepunkt dieser Entwicklung war 1956 nach systematischer Vorbereitungszeit das Verbot der KPD und aller Ersatz- und Nachfolgeorganisationen, d.h. auch demokratisch-antifaschistischer Organisationen.

Mit dem Verbot der KPD kam neben der außenpolitischen Geltung im imperialistischen Bündnis auch die innenpolitische Stabilisierung der BRD zu einem vorläufigen Höhepunkt. Das KPD-Verbot führte zu einer politischen Friedhofsruhe, die dem westdeutschen Kapital den nötigen ruhigen Hintergrund für die weitere relativ ungestörte Steigerung seiner ökonomischen Potenzen erlaubte.

Bedingungen dieser Stabilität waren die durch ein stetiges Wirtschaftswachstum gegebenen Möglichkeiten zur Befriedung der Masse der arbeitenden Bevölkerung durch wirtschaftliche Zugeständnisse und sozial-staatliche Sicherheits-„Garantien" auf der einen bei gleichzeitiger Isolierung der revolutionären, bzw. wenigstens radikalen Linken und Ausschaltung ihrer Organisationen auf der anderen Seite. Diese Lage des westdeutschen Imperialismus ist als „Modell Deutschland" in den politischen Sprachgebrauch eingegangen.

Das „Modell Deutschland" trug mit der Zerschlagung der KPD, der Rehabilitierung alter Nazis, der Restauration von Teilen des ehemaligen Staatsapparates u.ä. die unverkennbaren Kennzeichen der über die Niederlage des Faschismus hinausreichenden Kontinuität des (west)deutschen Imperialismus.

Andererseits enthielt es auch Elemente, die gerade nicht aus der Kontinuität, sondern aus dem Zusammenbruch des Faschismus resultierten. Dies sollte mensch genauestens beachten, um die Entwicklung von evtl. neuen Herrschaftsmethoden auf der Grundlage heutiger Bedingungen des west-deutschen Imperialismus nicht zu übersehen.

Ein solches neues Element, das den BRD-Staat der späten 50er und frühen 60er Jahre entschieden von früheren Staatsformen auf deutschem Boden, insbesondere aber vom Faschismus unterschied, war seine Legitimation aus der „freiesten demokratischen Grundordnung, die wir je hatten", die sich unter einem Kanzler Ehrhard 1963/64 immerhin bis zur berüchtigten „wehrhaften Demokratie" steigerte. Darin muß die ökonomische wie politische „Sicherheit" einer Mehrheit, die in Ruhe gelassen werden will, gegen eine Minderheit von „Pinschern", wie Ehrhard es nannte, und intellektuellen Querulanten verteidigt werden.

In der „wehrhaften Demokratie" trat eine für einen deutschen Staat neue Qualität von Behandlung der Bevölkerung zutage, die ihn von dem des Faschismus unterschied, nämlich: Die präventive Ruhigstellung und politische Neutralisierung der Mehrheit der Bevölkerung ohne Entwicklung von Terror gegen M a s s e n und ohne a k t i v e Mobilisierung der Massen auf der Grundlage des Sozialstaats- und „Sicherheits"-Konsens und der exemplarischen Kriminalisierung der Linken. Darin kam eine außerordentlich starke Integrationskraft der neuen westdeutschen Demokratie nach Machart des „Modell Deutschland" zum Ausdruck.

In der Krise 66/67 stießen der Wachstumsprozeß des westdeutschen Kapitals und die darauf basierende Stabilität des CDU/CSU-geführten „Modells Deutschland" dann erstmals seit 1945 an ihre Grenzen, verstärkt durch die gleichzeitige globale Krise der übrigen imperialistischen Länder. Eine ökonomische und politische Destabilisierung war die Folge, die der BRD-Imperialismus durch eine ökonomische und politische Offensive aufzufangen suchte.

Von diesem Charakter der Krise 66/67 als Wachstumskrise und dem hohen Grad der klassenversöhnenden Integration, die in den frühen 60ern die gesellschaftliche Situation der BRD kennzeichneten, muß jede Beurteilung der Nach-67-er politischen Entwicklung ausgehen. (3)

Stichwort: Baldiger Zusammenbruch

Augenscheinlich trat die nach der Krise 66/67 erwartete schnelle Zuspitzung der globalen und innerimperialistischen Widersprüche, die einen baldigen Zusammenbruch des Imperialismus erwarten lassen könnten, nicht ein, wenn es auch mit der Krise des Weltwährungssystems, speziell des Dollar-Verfalls, nach Beendigung des Vietnam-Abenteuers und als Zeichen tiefer Erschütterung der Hegemonie des USA-Imperialismus starke Kräfteverschiebungen im innerimperialistischen Zusammenhang gab und weiterhin Verschiebungen stattfinden. (Dabei steht Vietnam hier nur exemplarisch für die Phase der vorübergehenden Schwächung des Imperialismus und der zeitweisen Offensive der Befreiungsbewegungen der „3.Welt" in den 60ern und noch in den frühen 70ern).

Vielmehr konnten die imperialisitischen Mächte, allen voran die USA, aber auch die BRD an der Spitze der EG und Japan, um die Hauptkonkurrenten zu nennen, die Erschütterungen auffangen und teils sogar für die notwendig gewordenen Veränderungen nutzen. Ihre Krisenpolitik erwies sich als Manöver auf dem Weg zu neuer Stabilität.

Ökonomisch geschah das durch Intensivierung der imperialistischen Binnenmärkte, in bescheidenerem Maße durch die Erschließung neuer Märkte und durch die Überschuldung der „3. Welt".

Die Krisen 1966/67, 1974/75 und 1980/81, in denen sich das Ende der besonderen Akkumulationsphase des internationalen Kapitals im Zuge der ökonomischen Restauration nach dem 2. Weltkrieg als Struktur- und Stagnationskrisen niederschlug, führten zwar zu Umgruppierungen innerhalb des imperialistischen Lagers, auch zu verstärkten Spannungen zwischen den einzelnen imperialistischen Ländern, aber keineswegs zu einer Schwächung des imperialistischen Gesamtgefüges, sondern im Gegenteil zu seiner Stärkung.

Dies findet in Bezug auf die BRD seinen Ausdruck im Aufstieg der BRD an die Spitze der EG zum Junior-Partner der USA. Die BRD ging aus allen Krisen der letzten Jahre ökonomisch gestärkt hervor (Exportsteigerung auf dem Weltmarkt, Erweiterung und Stabilisierung des EG-Binnenmarktes, florierender „Osthandel" im Zuge der „neuen Ostpolitik").

Ähnliches gilt für Japan und seinen Handelsraum.

und Stabilisierung des EG-Binnenmarktes, florierender „Osthandel" im Zuge der „neuen Ostpolitik").
Ähnliches gilt für Japan und seinen Handelsraum.

Zwar führten die Beschränkungen des ohnehin engen Weltmarktes durch die politische Grenze der Länder des „realen Sozialismus" und anderer sozialistischer Länder sowie durch den inzwischen erreichten Grad der Verschuldung der Länder der „3.Welt" zu erhöhtem Druck innerhalb des imperialisitischen Lagers. Auf absehbare Zeit ist aber nicht erkennbar, daß dies zu einem Bruch des innerimperialistischen Konsens" führen wird, eher schon zu einer gemeinsamen Strategie der politischen Erschließung bzw. Reaktivierung dieser Märkte.

Auch politisch hat sich das imperialistische Lager nach der vorübergehenden Krise in den 60ern wieder stabilisiert. Die sog. „Nach-Vietnam-Politik" des US-Imperialismus führte seit Mitte der 70er zu einer neuen strategischen Offensive gegenüber den Ländern der „3.Welt" und denen des „realen Sozialismus", der VR China u.a.m. In diesem Zusammenhang stehen die strategischen Neuorientierungen und Bündnis-Umgruppierungen, die zu einer Ablösung von Überbleibseln des klassischen Kolonialismus (Portugal) sowie Elementen des Neo-Kolonialismus nach „klassichem" Zuschnitt (Vietnam) durch Dollar, bzw. auch DM- oder YEN-Imperialismus. Diese Ablösung des klassischen Kolonialismus bedeutet in erster Konsequenz: ein militärischer Kampf der imperialistischen Konkurrenten untereinander um Kolonien ist nicht länger notwendig, in zweiter Konsequenz: es bildet sich die Vorherrschaft einer „rechtsstaatlichen" Abhängigkeit heraus, die sich ganz bürgerlich via Ökonomie durchsetzt.

Als weiteres Element der strategischen Umorientierung wirkte die „Neue Ostpolitik", d.h. die Ablösung der Konfrontationspolitik der Ära des „Kalten Krieges" durch die Politik des „Wandels durch Handel". Es ist vor allem der Versuch der ökonomischen und in diesem Zuge politischen Durchdringung und De-Stabilisierung der unterschiedlichen sozialistischen Länder und des „realsozialistischen" Blocks als aktuelle Variante zur „Erschließung" dieses für den Imperialismus zweifellos verführerischen „endlosen Raumes".

Daß dies letztlich nur über die politische oder militärische Schwächung, tendenziell Liquidierung der politischen Eigenständigkeit des „realsozialistischen Blocks" ggfls. auch der VR-China und anderen vergleichbaren Staaten geht, liegt auf der Hand. Damit sind die Konfliktlinien gezogen. Aber wie der Konflikt von seiten der imperialistischen Staaten konkret entwickelt wird, ist offen — zumal es in dieser Frage erstens unterschiedliche Interessen z.B. zwischen den USA und der BRD bzw. EG gibt und zweitens die Konfliktlinie zur UdSSR, der VR-China und anderen nicht nur ökonomisch, sondern auch durch politische Gegensätze bestimmt ist. Vor allem für die Politik der USA, deren ökonomische Verbindung zur UdSSR geringer ist als die der Europäer, speziell der BRD, spielt dies eine ziemliche Rolle.

Es bleibt die Feststellung, daß sich der imperialistische Konsens bisher als stark genug erwiesen hat, die relative Stabilität der Imperialisten untereinander wie auch gegenüber den Ländern des „realen Sozialismus" und anderen vergleichbaren Ländern aufrechtzuerhalten.

Zu fragen bleibt: Was sind die Stützen, was sind die möglichen Bruchlinien dieses Konsenses? Was sind heute Ziele und Bedingungen imperialistischer Kriegführung? Es müßte der Versuch gemacht werden, die Geschichte des Imperialismus in ihren Hauptlinien nach 1945 zu analysieren, vor allem auch die Existenz der Atombombe und anderer u n k a l k u l i e r b a r e r Massenvernichtungsmittel als neue materielle Bedingung dieser Geschichte und der weiteren Entwicklung.

Die imperialistischen Staaten sehen sich gezwungen, im Interesse der Durchsetzung ihrer aggressiven Ziele fieberhaft nach Mitteln und Wegen der Kontrolle über die verfügbaren Massenvernichtungsmittel zu suchen, um das eigene Vernichtungsrisiko unterhalb der Risikozone zu halten, die sie für sich selbst akzeptieren können. Nur so können sie den Krieg im großen Stil für sich wieder — mit Gewinn — führbar machen. Das gilt, schon aus geographischen Gründen, besonders für die BRD und EG und schafft somit nicht unerhebliche Widersprüche für die NATO-Strategie. Das jedenfalls ist die Dialektik der gegenwärtigen relativen Stabilität der globalen Lage: Je kalkulierbarer das atomare Vernichtungsrisiko (bzw. das anderer Massenvernichtungswaffen) für die imperialistischen Staaten wird, um so größer wird die Möglichkeit und damit wohl auch Wahrscheinlichkeit eines neuen globalen Krieges. Dies ist jedoch eine offene strategische Situation, die keine

stischen Staaten wird, um so größer wird die Möglichkeit und damit wohl auch Wahrscheinlichkeit eines neuen globalen Krieges. Dies ist jedoch eine offene strategische Situation, die keine

konkretere Prognose in Jahreszahlen zuläßt, zumal entsprechende Entscheidungen auch von nationalen Sonderinteressen, politisch-ideologischen Motivationen sowie und schließlich sogar noch von technischen Zufälligkeiten abhängen können.

Bleibt bei alledem nur, den tatsächlichen Stand und den absehbaren Gang der Entwicklung so präzise und so aktuell wie möglich zu verfolgen und nicht einmal gewonnene Einschätzungen und historisch gewachsene Kategorien unhinterfragt in die Zukunft hinein zu verlängern.

Genau dies aber geschah mit der „Faschisierungsthese": Spätestens nachdem der BRD-Imperialismus auch aus der Krise 1974/75 gestärkt hervorging und nach der Einleitung der „Nach-Vietnam-Offensive" des US-Imperialismus, in die die BRD aktiv mit einbezogen war, wäre eine Korrektur möglicher Zusammenbruchserwartungen seitens des KB nötig und möglich gewesen. Immerhin spiegelte sich die Erkenntnis der wieder gefestigten Stabilität des Imperialismus z.B. in der Wahleinschätzung des KB nach der Niederlage der CDU/CSU 1976 wider. In entsprechenden Artikeln beschrieb der KB die „Nach-Vietnam-Politik" des US-Imperialismus ebenso wie die neue Phase einer offensiven, von der BRD forcierten EG-Politik.

Eine Schlußfolgerung in Bezug auf die möglichen Konsequenzen der neuen Situation für die Einschätzung der „Faschisierungsthese" wurde aber nicht gezogen. (4)

Stichwort: aggressive Neuordnung Europas, „Neue Ostpolitik"

Die Erwartung, daß sich die BRD aus ihrer von Strauß in seinem Buch „Entwurf für Europa" 1966 beklagten Rolle, ein „ökonomischer Riese, aber politischer Zwerg" zu sein befreien und sich als Führungsmacht an die Spitze der EG setzen würde, hat sich bestätigt. Diesen Vorgang kann mensch mit Fug und Recht als inzwischen schon weit vorangeschrittenen Prozeß der politischen Neu-Ordnung Europas nach dem 2. Weltkrieg bezeichnen, der dem deutschen Imperialismus in der Form des in die EG eingebundenen BRD-Imperialismus nunmehr im dritten historischen Anlauf den erhofften ökonomischen und politischen Spielraum verschafft.

Ebenso bestätigt hat sich, daß dabei die Entwicklung einer „Neuen Ostpolitik", speziell des dadurch ermöglichten „Osthandels" eine erhebliche Rolle für die BRD (1982 6,8% ihres Außenhandels) aber auch für die übrigen EG-Mitglieder spielt.

Nicht bestätigt hat sich allerdings zum einen die Erwartung, daß die BRD sich dabei als reaktionärer Zuchtmeister der übrigen EG-Partner einer insgesamt die Klassenkonfrontation erheblich verschärfenden EG hervortun werde.

Vielmehr erweisen sich die direkten und indirekten zahlreichen Interventionen der sozialdemokratischen BRD-Regierung in die Angelegenheiten anderer EG-Partner, assoziierter Mitglieder und europäischer Nicht-Mitgliedstaaten der EG von heute aus gesehen als weitgehend gelungene Stabilisierung in Form einer Sozialdemokratisierung, vor allem Südeuropas (Griechenland, Portugal, Spanien).

Die SPD-Regierung exportierte keineswegs etwa eine „Faschisierung", weder eine „schrittweise", noch eine „beschleunigte" in die EG, sondern förderte die Ablösung der faschistischen und reaktionären Überbleibsel

neswegs etwa eine „Faschisierung", weder eine „schrittweise", noch eine „beschleunigte" in die EG, sondern förderte die Ablösung der faschistischen und reaktionären Überbleibsel

der europäischen Nachkriegsordnung sowie der Krisenprodukte der 60er Jahre. Zugleich stoppte sie damit, und das sehr gezielt und bewußt (wie z.B. in Portugal), die revolutionäre Entwicklung dieser Ablösungsprozesse.

Zwar exportierte die BRD durchaus, wie es im damaligen Sprachgebrauch nicht nur des KB, sondern der gesamten Linken hieß, das „Modell Deutschland" nach Europa, aber dieses Modell war eben das spezielle westdeutsche Nachkriegs- und in dessen aktualisierter Fassung das Nach-67er-Modell der sozialstaatlichen respressiven Befriedungsstrategie: d.h. gezielter Terror gegen isolierte Linke bei gleichzeitiger Integrationspolitik gegenüber linken Massen.

Die auch für den europäischen Export bereitstehende und in mehreren Putschversuchen ausprobierte Strategie der Spannung seitens der BRD-Rechten á la Strauß und Co. wurde erst einmal abgedrängt.

Im Endergebnis ist die politische Situation im Sinn eines ruhigen Hinterlandes für die Produktion der EG-Imperialisten, speziell der Führungsmacht BRD, heute erheblich stabiler als Anfang der 70er. Wie weit der gegenwärtige, in der Hauptlinie integrationistische Konsens der EG-Imperialisten Ungleichmäßigkeiten der inneren Entwicklung der EG-Imperialisten, evtl. regionale oder nationale Unruhen

Fortsetzung nächste Seite



(Foto: Erich Höhne, 1945)

... räumen ...

Fortsetzung von vorheriger Seite

sowie globalen Konkurrenzdruck im imperialistischen Dreieck USA-Japan-EG in der Zukunft aushält, ist eine offene Frage, die in Aktualisierung der 72er und 75er Analysen des KB zur EG-Entwicklung untersucht werden muß. Insbesondere dürfte die Frage interessant sein, ob und an welchen Punkten die CDU/CSU/FDP-Regierung die vormalige Linie der sozialdemokratischen Europapolitik fortsetzt oder nicht.

Nicht bestätigt hat sich bisher auch die Erwartung, daß die „Neue Ostpolitik" nur die geschicktere Einleitung für einen Neu-Anlauf der aggressiven Politik des BRD-Revanchismus gegenüber der UdSSR und DDR sein würde.

Vielmehr hat sie trotz aller Vorbehaltsklauseln bzgl. der vertraglichen und politischen „Offenhaltung der deutschen Frage" einen faktischen Gewöhnungsprozeß an die Anerkennung der Normalisierung der Beziehungen zwischen BRD und DDR, BRD und Polen, CSSR, UdSSR usw. eingeleitet. Zwar versuchen die Revanchistenverbände der BRD traditionsgemäß das politische Bewußtsein der BRD-Bevölkerung zur „deutschen Frage" durch politische Provokationen wie z.B. zum aktuellen Schlesiertreffen dieses Jahres wachzuhalten. Zwar werden sie dabei von dem rechten CDU/CSU-Flügel offen provokatorisch, von der übrigen Partei stillschweigend unterstützt, andererseits betont die CDU/CSU als regierende Partei die Gültigkeit der Ostverträge, die Unverletzlichkeit der Grenzen in dem Sinne, daß die BRD als BRD keinerlei Gebietsansprüche erhebe u.a.m.

Vor diesem Hintergrund kann die „Neue Ostpolitik" nicht „allein und nicht hauptseitig als eine Variante eines aggressiven westdeutschen Revanchismus interpretiert werden, sondern sie repräsentiert eine neue außenpolitische Orientierung, die aus dem definitiven Scheitern des Revanchismus resultierte."(5d)

Hauptziel der „Neuen Ostpolitik" war und ist selbstverständlich — insofern ist sie eine Anpassung des alten Revanchismus an das heute Mögliche — die „Auflockerung" des RGW, d.h. der Vesuch, die RGW-Staaten von
fern ist sie eine Anpassung des alten Revanchismus an das heute Mögliche — die „Auflockerung" des RGW, d.h. der Vesuch, die RGW-Staaten von
der SU zu lösen und in eine europäische Struktur zu integrieren. Von seiten der BRD beinhaltete die „Neue Ostpolitik" bei ihrer Einleitung eine zumindest mittelfristige Zurückkstellung ihrer eigenen ursprünglichen revanchistischen Absichten zugunsten einer gemeinsamen Außenpolitik der EG-Mächte (Schwächung der SU, Stärkung Westeuropas gegenüber den USA).

Es ist offensichtlich, daß mit der „Neuen Ostpolitik" keineswegs die Politik „nach Art des Hitler-Faschismus" (5c) gegenüber der SU und dem RGW, ja nicht einmal die der Anenauer-Ära fortgesetzt wurde und wird.

Ob, wie fest und wie lange westdeutscher Revanchismus in den Konsens einer gemeinsamen Politik der europäischen „Neuen Ostpolitik" eingebunden bleibt, ist allerdings wie die gesamte gegenwärtige integrationistische Linie europäischer Politik eine Frage der Stabilität des Konsenses der europäischen Mächte. 40 Jahre Nachkriegsgeschichte, davon 36 Jahre getrennte Entwicklung von DDR und BRD (und der heute polnischen ehemaligen „Ostgebiete") sind ein starkes Argument für diese Einbindung. Jedes weitere Jahr vertieft diese Realität. Die Wahrscheinlichkeit eines westdeutschen Alleingangs in dieser Frage ist z.Z. gering. Die Beurteilung der Neu-Ordnungs-Politik der BRD im Rahmen der EG als schlichte Fortsetzung des aggressiven Revanchismus mit neuen Mitteln war — wie die Beurteilung der gesamten Entwicklung des Imperialismus — eine einseitige Verlängerung der historischen Erfahrung mit dem Revanchismus der Weimarer Zeit und dem der Adenauer-Ära. Sie übersah die ökonomische, gesellschaftspolitische und militärische Tiefe der Spaltung Deutschlands und deren sich abzeichnende historische Verfestigung bei Abbruch der Politik des „Kalten Krieges". Sie übersah die daraus resultierende Notwendigkeit einer tatsächlichen Neu-Ordnung Europas nach dem 2. Weltkrieg für den BRD-Imperialismus.

Eine zukünftige Analyse kann sich nicht mit der traditionellen Charakterisierung der „Neuen Ostpolitik" als nationalstaatlicher Revanchismus zufrieden geben, sondern sie muß darüberhinaus ihre Bedeutung als Instrument der europäischen Neuordnung herausarbeiten.

Ob und wenn, in welcher Form die nicht zu leugnende historische Dynamik des speziellen Rest-deutschen Revanchismus unter den Bedingungen einer denkbaren zukünftigen De-Stabilisierung des jetzigen Konsens der europäischen Mächte dennoch durchschlagen könnte, gehört zu einer solchen Untersuchung dazu. (5)

Stichwort: rasche Verelendung, „kommende Kämpfe"

Die rasche Verelendung der arbeitenden Massen in der BRD ist nicht eingetreten, wenn auch die Schere zwischen den Gewinnen des Kapitals und dem Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung als Ganzes weiter geöffnet wurde.

Heute müssen wir feststellen:

Die Krisen 66/67, 74/75, 80/81 wurden zwar auf die arbeitende Bevölkerung der BRD abgewälzt (Senkung der Produktionskosten durch Lohnleitlinien, Umverteilung des Bruttosozialprodukts durch Steuergesetzgebung und Sparprogramme etc.). Diese Politik wurde von der SPD/FDP-Regierung bereits 1972 begonnen, gesteigert nach der Krise 75, dann noch einmal 81, danach verschärft durch die
steigert nach der Krise 75, dann noch einmal 81, danach verschärft durch die
neue CDU/CSU/FDP-Regierung und ist gegenwärtig wieder Kernstück der Regierungsanstrengungen; das geschah jedoch nicht in dem erwarteten Maße.

An den Kernbestand der sozialen Sicherung des „Modell Deutschland" und an die Kernschichten der arbeitenden Bevölkerung ist auch die jetzige CDU/CSU/FDP-Regierung bisher nicht frontal herangegangen. Der Prozeß wird vielmehr differenziert betrieben: bei bisher durchaus noch gewährleisteter Aufrechterhaltung des Lebensstandards für die Mehrheit der arbeitenden Bevökerung, besonders der Industriearbeiterschaft, wird die tatsächliche Verschlechterung bis hin zu effektiver Verelendung auf gesellschaftliche Randgruppen und schwächere Teilgruppen gelenkt (Ausländer, Frauen, Jugendliche, Alte). Statistisch und tendenziell wird damit zweifellos das Lebensniveau der gesamten arbeitenden Bevölkerung nach unten gedrückt. Individuell und aktuell entwickelt sich der Prozess in der Hauptsache aber z. Z. als Spaltung zwischen Noch-Gut-Verdienenden und Arbeitslosen bzw. Sozialhilfebedürftigen und unter den Arbeitenden selbst.

Trotz absolut steigender Arbeitslosenzahl und seit Antritt der CDU/CSU/FDP-Regierung im Herbst 82 auch rascher zunehmendem Sozialabbau im Lande selbst ist die soziale Lage der arbeitenden Bevölkerung der BRD im globalen Vergleich privilegiert. Selbst im Vergleich der imperialistischen Industrienationen, speziell auch Europas ist sie eine der besten (relativ hohes Lohnniveau, relativ niedrige Arbeitslosenziffer, sozialstaatlich entwickeltes soziales Sicherungssystem).

Seit dem Aufflackern der spontanen Streiks im September 69, den politischen Streiks zur Unterstützung der SPD-Regierung in der Wahl 72, die von SPD/DGB mit initiiert wurden, und schließlich der bisher letzten größeren spontanen Streikwelle im Sommer 73, gegen die die Regierung mit Polizeigewalt, Entlassungen, Gewerkschaftsausschlüssen etc. vorging, halten sich die sozialen Unruhen heute hierzulande nach wie vor im Rahmen des durch das Stabilitätsdreieck Kapital-Regierung-Gewerkschaft kontrollierten Lohnkampfes. Eine Aufkündigung des Sozialstaatskonsenses ist — wie auch die Auseinandersetzungen um die 38,5-Stunden-Woche gezeigt haben — z.Z. weder von der Kapitalseite noch von der Regierung noch von der des DGB her sichtbar, ebensowenig wie etwa durch größere Klassenkonfrontationen außerhalb der gewerkschaftlichen Kontrolle.

Massenunruhen, sofern sie sich in den letzten Jahren entwickelt haben, entstanden außerhalb der Arbeitskämpfe und tendenziell klassenunspezifisch an ökologischen und anderen gesellschaftspolitischen Fragen (AKW, Frauen, Frieden, Volkszählung u.a.m.) und werden zweifellos weiter daran entstehen.

Sie waren durchaus erhebliche Hindernisse gegen die reibungslose Durchsetzung von Zielen des Kapitals, der Bundes- oder Länderregierungen und veranlaßten die herrschenden Kräfte nach oft heftigen Auseinandersetzungen auch zum politischen, hier und dort in geringen Maßen sogar zum sachlichen Einlenken. Sie trugen und tragen immer auch den von den „Sicherheitsexperten" des Staates für die 90er Jahre immer wieder beschworenen Keim des „Flächenbrandes" in sich. Auf Grund ihrer jeweils begrenzten sachlichen oder politischen Zielsetzungen, aufgrund ihrer heterogenen sozialen und politischen Zusammensetzung im Sinne von „Volksbewegungen" (wie z.B. die Friedensbewegung), sowie aufgrund ihrer realen, materiel-
gen" (wie z.B. die Friedensbewegung), sowie aufgrund ihrer realen, materiel-
len Machtlosigkeit waren diese Bewegungen jedoch bisher nicht in der Lage, in diesem Staat die Machtfrage zu stellen, geschweige denn zu beantworten.

... und Wiederaufbau ...

(Foto: Ruth Hallersleben, 1957)

Die „Machtfrage" wurde vielmehr vom Ausgang der APO an in resignativer Einschätzung gegenüber der Kampfbereitschaft der „Massen" — stellvertretend — von der RAF (und später anderen bewaffneten Gruppen) gestellt.

Die RAF gab ihre Antwort des „bewaffneten Kampfes in Westeuropa", der hier und heute zur Unterstützung der Kämpfe in den Ländern der „3.Welt" als „bewaffnete Propaganda" zur Aufrüttelung des hiesigen „Metropolen-Proletariats" aus dem Untergrund geführt werden müsse und könne.

Dieser Versuch endete vorläufig mit der Liquidierng der RAF-Führungsspitze in Stammheim 1977. Statt einer gewachsenen Bereitschaft für den bewaffneten Aufstand hinterließ die Niederlage dieses Abenteuers eine gestärkte Front der Ablehnung gegen revolutionäre Gewalt als verabscheuungswürdige „terroristische Methoden" im Bewußtsein der Bevölkerung. Auch Teile der „ML"-Bewegung und der undogmatischen Linken versuchten die Frage der „revolutionären Gewalt" immer wieder, besonders bei Entstehen der AKW-Bewegung, „konkret" zu stellen. Militärisch gesprochen blieb es bei Scharmützeln mit der Polizei, die zwar unterhalb der Schwelle des Schußwaffeneinsatzes massivst gegen diese Versuche (Brokdorf, Kalkar, Startbahn-West, Hausbesetzungen) aufmarschierte, aber zu keiner Zeit die Kontrolle verlor, auch wenn ihre Pressekampagnen dies zu suggerieren trachteten. Politisch blieben diese und andere Versuche, die Notwendigkeit revolutionärer Gewalt „konkret" zu propagieren, gegenüber der Masse der Bevölkerung, speziell der Arbeiterschaft, trotz zeitweiser Ausweitung der Auseinandersetzung wie z.B. bei der Startbahn-West, isoliert und fielen bei der Mehrheit der Bevölkerung zudem noch mit in die schwarze Kiste des durch die RAF-Verfolgung produzierten Anti-Terrorismus.

Aus der Konstellation: „relativ ruhige Arbeiterbewegung — radikalisierte Linke" entwickelte die SPD/FDP-Regierung die noch heute unter der neuen CDU/CSU/FDP-Regierung vorherrschenden Konfliktvermeidungsstrategie.

Diese Strategie bemüht sich, die integrative Aufrechterhaltung und die ideologische Pflege des Sozialstaats-Konsens mit der politischen und polizeilichen Isolierung und tendenziell exemplarischen Ausschaltung der Gegner dieses Konsenses — als angebliche Gefährdung des Konsens und der darin liegenden ‚Sicherheit' — aktuell sowie vorbeugend zu kombinieren und so eine relative Ruhe herzustellen.

Relative Ruhe bedeutet: es gibt zwar Proteste und es war auch eine allmähliche Verbreiterung der Proteste in den letzten Jahren zu beobachten, aber es sind bisher weder entscheidende Brüche in diesem Sozialstaats-Konsens erkennbar, noch eine Vereinigung der sozialen und gewerkschaftlichen Kämpfe mit denen der verschiedenen Protestbewegungen und Gruppen, speziell auch den GRÜNEN als einen aktuellen Ausdruck dieser Bewegungen. Der Grad sozialer Befriedung ist heute trotz Arbeitslosigkeit höher, das staatliche Machtmonopol im Bewußtsein der Bevölkerung stabiler als nach der Krise 1966/67.

Es hat sich gezeigt:

— daß materielle Einschränkungen, sofern es sie gab, keineswegs automatisch zu einer Radikalisierung der Arbeiterbewegung führten;
— daß die Demontage des Sozialstaates zwar durchaus tendenziell und partiell, aber bisher jedenfalls nicht grundsätzlich angesagt ist;
— daß Bruchlinien in der Gesellschaft zunächst an anderen Widersprüchen, nicht an sozialen - oder Arbeitskämpfen, auftreten;
— daß alle großen Streiks in Kompromisse überführt werden konnten, die Radikalisierungen unterbanden.

Dies ist — entgegen allen anderen Erwartungen — nach 15 Jahren SPD-Politik der Inhalt des „Modell Deutschland": die Erhaltung eines möglichst konfliktfreien Hinterlandes für die Sicherung der Konkurrenzfähigkeit des BRD-Imperialismus auf dem Weltmarkt.

Parallel zur Fehleinschätzung der Krisenentwicklung des Imperialismus mußte sich die Erwartung des KB somit auch in Bezug auf „kommende Kämpfe", die „ansteigende Linie der Klassenkämpfe" u.ä. durch die Entwicklung der Realität korrigieren lassen — eine Korrektur, die sich übrigens (naturgemäß ?) deutlicher auch in den strategischen Einschätzungen (Mai-
wicklung der Realität korrigieren lassen — eine Korrektur, die sich übrigens (naturgemäß ?) deutlicher auch in den strategischen Einschätzungen (Mai-
Plattformen u.ä.) nierderschlug als die bzgl. der Entwicklung des Imperialismus.

Vor allem die Fähigkeit zur Sicherung des „Sozialstaatskonsens" trotz krisenhafter Entwicklung ist vom KB eindeutig unterschätzt worden.

Mensch muß dazu sagen, daß sich der KB mit seiner damaligen Fehleinschätzung des Krisenverlaufs und seiner Folgen vielleicht nicht in guter, aber nachhaltig wirksamer Gesellschaft befand: Vertreter der Kapitalverbände, bürgerliche Politiker, Strategen der „Inneren Sicherheit" orientierten seit Ende der 60er in geradezu hysterischer Weise auf die „heißen 80er Jahre!" Wie weit dies Zweckpropaganda oder tatsächlich eigene Hysterie angesichts der ersten großen Krise des BRD-Kapitals nach 1945 war, muß offen bleiben, vermutlich eine Mischung von beidem.

Auf der anderen Seite verkündete eine sich radikalisierende Schar organisierter linker Berufsoptimisten die bevorstehende rrrrrevolutionäre Offensive des Volkes...,womit sie nur einer durchaus allgemeinen Hoffnung der damaligen Linken Ausdruck gaben. Der KB setzte sich zwar in harten Auseinandersetzungen von den unrealistischen Erwartungen dieser Gruppen ab, war aber — wie sich zeigt — bei aller Skepsis letzendlich doch selbst Träger dieser Hoffnungen.

Eine analytische Grundlage hatten die damaligen Hoffnungen nur ansatzweise. Auch eine auswertende Analyse der Kurve der Klassenkämpfe von damals bis heute, aus der mögliche zukünftige Bruchlinien des „Modell Deutschland" sichtbar würden, wurde bisher m.W. trotz vieler bereits unternommener mühsamer Einzelarbeiten weder vom KB, noch von anderen Linken hergestellt.

Ich denke, daß eine solche Analyse, die zugleich herauszuarbeiten hätte, welche inneren sozialen Faktoren und potentiellen Bruchlinien bei möglicher internationaler Erschütterung der relativen Stabilität des BRD-Imperialismus unter welchen Umständen und in welchen Zeiträumen aktualisierbar sein könnten, sehr nützlich für die Entwicklung der Strategie einer zukünftigen linken Politik sein kann, wenn nicht gar unverzichtbar.

Neben der Analyse der möglichen Bruchlinien selbst, muß vor allem Gegenstand der Untersuchung sein, wie sich die Erwartung kommender Entwicklungen in den strategischen „Optionen" der Kräfte des BRD-Imperialismus und seiner Strategen niederschlägt, um denkbare Veränderungen der jetzigen Befriedungs-Strategie rechtzeitig und in ihren Konsequenzen zu erkennen. (6)

Stichwort: Offensives Gegenprogramm

Mit der Betonung der bewußten Entscheidung der herrschenden Kräfte des BRD-Imperialismus für eine Strategie der vorbeugenden Eindämmung von zukünftigen Klassenkämpfen lag die „Faschisierungsthese" richtig. Zwar hatten die Kapitalisten sicher keine „Angst", aber sie waren beunruhigt durch die erste Große Krise nach 1945 und die damit verbundenen Unwägbarkeiten der globalen und nationalen Entwicklungen. Der in den Jahren nach der Krise von oben vollzogene Taktikwechsel von einer CDU/CSU geführten auf eine SPD-Regierung zur Bewältigung der Krise bei gleichzeitiger Verabschiedung der Notstandsgesetze offenbarte diese Entscheidung.

Offensichtlich zutreffend ist auch die Feststellung des KB, daß sich innerhalb des BRD-Imperialismus damit die Kreise durchsetzten, deren Lehre aus „Weimar" und aus der Adenauer-Zeit darin bestand, nach der Zerschlagung der Arbeiterbewegung und ihrer Organisationen durch den Faschismus und der endgültigen politischen Liquidierung der überlebenden Reste durch Adenauer, nunmehr frühzeitig dafür Sorge zu tragen, daß jegliche Wiederentstehung revolutionären Bewußtseins und revolutionärer Organisiertheit, die zukünftigen Klassenkämpfen eine für ihre Herrschaft gefährliche Effektivität geben könnte, im Keim erstickt wird, bevor sie neu entstehen und sich verankern könnte.

Als keineswegs richtig allerdings erwies sich die Behauptung der „These", die Besonderheit der Politik der BRD-Bourgeoisie bestehe heute gerade darin, Maßnahmen zu treffen, die in keinem realen Verhältnis zum Stand der Klassenkämpfe stünden und aus dieser angeblichen Besonderheit die „Faschisierung" der BRD zu begründen.

Tatsache ist zum einen — und dies wird auch gerade von den „Thesen" gründlich vorgeführt — daß sowohl die Einführung des italienischen wie auch des deutschen Faschismus in den
gründlich vorgeführt — daß sowohl die Einführung des italienischen wie auch des deutschen Faschismus in den
zwanziger Jahren präventiv zur Zeit abflauender Klassenkämpfe stattfand. Tatsache ist zum zweiten, daß eine im Unverhältnis zum Stand der realen Klassenkämpfe durchgeführte präventive Eindämmungspolitik ein Charakteristikum der BRD seit ihrem Bestehen ist. Ihre Gründung ist im Wesen davon bestimmt. Schließlich gilt es im Vergleich zu anderen imperialistischen Staaten festzustellen, daß lang angelegte Versuche präventiver Eindämmungspolitik dieser Art geradezu ein Charakteristikum des hochentwickelten imperialistischen Staates der Gegenwart sind.

Die Besonderheit der Politik des BRD-Imperialismus nach der Krise 67 zeigte sich keineswegs in der Tatsache, daß er Vorbeugung betrieb, sondern wie dies geschah, nämlich mit den Mitteln der sozialstaatlichen Befriedungsstrategie, also der Integration durch Entwicklung sozialstatlicher Existenzsicherungsangebote zum einen und Isolierung der potentiellen „Störer" dieser Sicherheit mit Mitteln des gezielten ideologischen und auch polizeistaatlichen Terrors zum anderen — nunmehr als reformistische Variante ausgelegt. Die De-Eskalations-Strategie gegenüber der Friedensbewegung während des sog. heißen Herbstes, die aktuelle Konfliktdämpfungslinie der CDU/CSU/FDP-Regierung sind der aktuelle Ausdruck dieser Politik. Diese Politik trägt der besonderen Tatsache Rechnung, daß die Bevölkerung der BRD nach zwei verlorenen Weltkriegen und dem Faschismus konfliktscheu ist und ihre Ruhe und Sicherheit haben will.

Diesen besonderen Charakter der von der SPD schon bei Regierungseintritt, dann in vollem Umfang mit Regierungsübernahme eingeleiteten Präventionsprogrammes des BRD-Imperialismus hat der KB derzeit nicht richtig erkannt. Vielmehr klassifizierte er das seitens der Kapitalstrategen von der SPD geforderte „politisch offensive Gegenprogramm der vernünftigen Gesellschaft und der soliden Reform" als Formierungsabsicht für einen neuen Faschismus.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Dies erwies sich nicht nur als Fehleinschätzung der damaligen taktischen Wende des BRD-Imperialismus, der eine außenpolitische und innenpolitische Wende tatsächlich für eine produktive Bewältigung seiner ersten großen Nachkriegskrise brauchte, sondern auch als eine schematische Überschätzung des Grades der Formiertheit „der" Bourgeoisie sowie der Planbarkeit ihrer strategischen und taktischen Zielsetzungen.

Heute können wir, müssen wir aber auch, differenzieren:

— Wir haben offensichtlich die Kräfte des Imperialismus unterschätzt, die nach der Krise 66/67 und dem definitiven Scheitern der Politik des „Kalten Krieges" tatsächlich interessiert daran waren, die entstandene Isolation der BRD durch eine Politik der europäischen Neuordnung und Entspannung, d.h. expansiven Öffnung für den Weltmarkt, zu ändern. Wir haben die Möglichkeiten des BRD-Imperialismus dazu unterschätzt und die konkreten Ergebnisse dieser Entwicklung nicht ausreichend registriert, die der SPD/FDP-Koalition die Möglichkeit gaben, sich gegenüber den Roll-back-Versuchen der CDU/CSU-geführten Kräfte zu behaupten.

— Überschätzt haben wir dagegen die damaligen Bemühungen der konservativen Kräfte des Kapitals, die sich gegen die mit dieser Öffnung ihrer Darstellung nach verbundenen außenpolitischen und innenpolitischen Konzessionen an „Entspannung" und „Liberalisierung" sperrten. Aus damaliger Sicht war eine solche Fehleinschätzung angelegt in der zugespitzten Krisensituation, in der für die Kapitalvertreter und bürgerlichen Politiker und folgerichtig erst recht für die Linke keineswegs ausgemacht war, ob und wie die neue Strategie des Kapitals zur Krisenbewältigung taugen würde.

In der politischen Konfrontation zu der rechten Roll-back-Hysterie und in Polarisierung zur einseitigen Jubelpropaganda von SPD und DKP über die angeblich endlich angebrochenen herrlichen Zeiten von Friedenssicherung und Entspannung wurden die wütenden Angriffe der Rechten gegen die Politik der SPD/FDP ebenso einseitig zum Programm „der" BRD-Imperialisten erklärt — und sogar die eindeutig

den Angriffe der Rechten gegen die Politik der SPD/FDP ebenso einseitig zum Programm „der" BRD-Imperialisten erklärt — und sogar die eindeutig

integrationistische Forderung nach dem „vernünftigen Gegenprogramm der soliden Reformen" wurde derart in eine ideologische Offensive nach Art von Hitlers „Mein Kampf" umgebogen. Spätere Relativierungen führten auch in diesem Punkt nicht zu einer Korrektur der „Thesen".

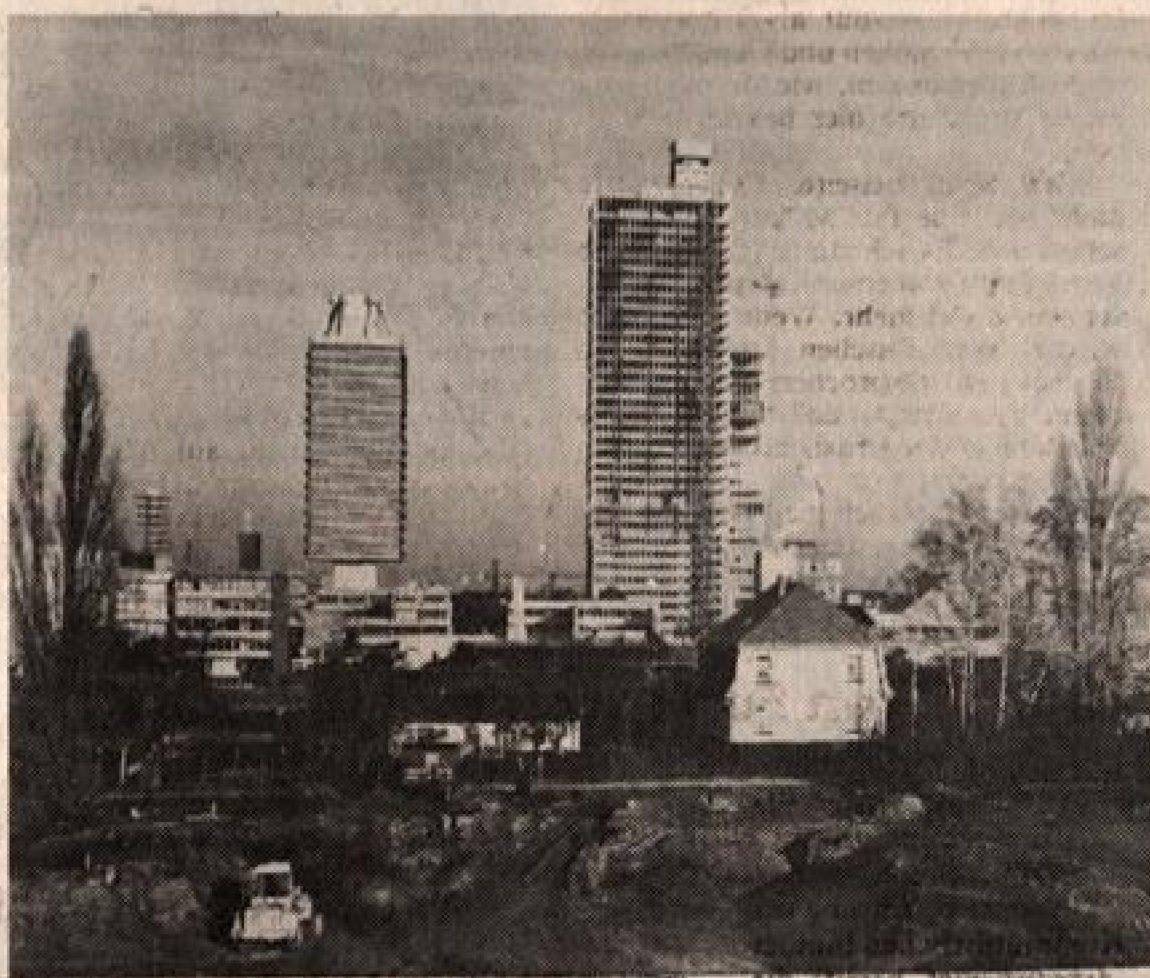
Die „Thesen" förderten — trotz verschiedentlicher Differenzierungsversuche (siehe z.B. die Auseinandersetzung um die Kreuther Fraktionsaufkündigung durch Strauß nach der Bundestagswahl 1976) — die falsche Vorstellung von bürgerlicher Politik als Drahtzieher-Akt oder Marionetten-Theater. Nicht nur in der täglichen Agitation und Propaganda, sondern auch bei der Theoriebildung wurde der Plan dieses oder jenes prominenten Reaktionärs (wie es in der Kritik an diesen Vorstellungen 1976 im AK formuliert war) flugs zur Politik „der" Bourgeosie.

Solche Vorstellungen von „dem" Plan „der" Bourgeoisie als langfristig planender und die Planung einheitlich umsetzender B l o c k muß nicht nur generell, sondern auch konkret in Bezug auf die Realität der BRD korrigiert und differenziert werden: zwar setzte sich innerhalb des BRD-Kapitals und seines Staates schon Mitte der 60er offensichtlich die dann von der SPD/FDP-Regierung ausgetragene außen- und innenpolitische Krisenbewältigungslinie als politische „Option" im wesentlichen durch. Die konkrete Ausformung der Politik aber mußte sich in einem trial- and- error-Verfahren mit der konservativen Opposition zum einen, der organisierten und unorganisierten Arbeiterschaft und der Linken zum anderen herausbilden.

Ich will auf die nochmalige Darstellung der einzelnen Stationen dieses Prozesses an dieser Stelle verzichten. Erinnert sei z.B. nur an die auf die Liberalisierung von 68/69 folgende Verschärfung der innenpolitischen Konfrontation um und nach 72, andererseits die erneuten „Liberalisierungen" ab 77/78.

Im Ergebnis hatten sich jedenfalls die großen Parteien SPD und CDU/CSU bis zum Herbst 82 in ihren politischen Programmen und der von ihnen vertretenen innenpolitischen Strategie soweit angenähert, daß seit der Ablösung der SPD/FDP-Regierung durch die CVDU/CSU/FDP-Regierung im Herbst 82 zwar Kontinuität und hier und dort quantitative Verschärfungen des vormaligen SPD-Kurses, aber keine qualitativen Sprünge festzustellen waren.

Einerseits hat die SPD/FDP im Laufe ihrer ca. 15 Regierungsjahre das innenpolitische Konfliktpotential im genannten Sinne befriedet — was man als Rechtsentwicklung bezeichnen kann, genauer allerdings als Herstellung einer neuen innenpolitisschen Stabilität und weitgehende Neutralisierung der Linken bezeichnen sollte. Andererseits ist die ehemals lautstark auf Konfrontationslinie abonnierte CDU/CSU nach diversen Niederlagen 1972, 1976, noch einmal mit ihrem Kanzlerkandidaten Strauß 1981 z.Z. in die unter der SPD-Regierung entwickelte Strategie der Konfliktdämpfung und Befriedungspolitik eingestiegen — was nichts über die tatsächlich von ihr betriebenen sachlichen Verschärfungen auf den verschiedensten Gebieten aussagt. Das Wort vom „Aussitzen" der Konflikte



... zu neuer Größe

(Foto: Reinhard Matz, 1977)

durch den gegenwärtigen Kanzler kennzeichnet zweifellos über die mora-

durch den gegenwärtigen Kanzler kennzeichnet zweifellos über die mora-

linsaure Dümmlichkeit dieses Kanzlers hinweg vor allem die taktische Linie der gegenwärtig herrschenden Kräfte. Festzuhalten bleibt: die Kräfte des BRD-Imperialismus, die Mitte der 60er und später für eine Konfrontationslinie in der Außen- und Innenpolitik, vielleicht gar für eine Faschisierung eintraten, haben sich nicht durchgesetzt. Dieses Ergebnis war selbstverständlich auch für die langfristigen Planer „der" Bourgeoisie nicht mit Sicherheit vorhersehbar, ebensowenig wie für die Linke. Es ist ein Produkt des konkreten Verlaufs der globalen und innenpolitischen Auseinandersetzungen. Es ist in diesem Zusammenhang durchaus reizvoll darüber nachzudenken, welchen Einfluß die Linke auf diese Entwicklung hatte — gerade auch durch ihre antifaschistisch orientierte Mobilisierung. Diesem Gedanken will ich aber hier nicht weiter nachgehen.

Klar ist aber eins: die Entwicklung der Präventionslinie der SPD-FDP-Regierung zu der konkreten Form der heutigen Konfliktdämpfungspolitik der CDU/CSU/FDP-Regierung hatte und hat einen expandierenden BRD-Imperialismus zur Bedingung, der trotz Krisenmanagement zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung noch immer in der Lage ist, den Sozialstaats-Konsens aufrechzuerhalten.

Was geschieht, wenn dies in Frage gestellt wird, ist offen, offen nicht nur für die Linke, sondern ebenso für die Herren bürgerlichen Strategen der Präventionsplanung. Sowenig Mitte der 60er, Anfang der 70er mit Sicherheit ausgemacht war, daß und wie die von der SPD/FDP verkörperte Variante der Konflikteindämmung und Krisenbewältigung in Zukunft greifen würde, sowenig ist heute sicher, welche Wandlungen die imperialistische Krisenbewältigungsstrategie ggfls. nehmen wird, welche Kräfte sich mit welchen Vorstellungen u.a.U. durchsetzen werden. Eine differenzierte Analyse der verschiedenen „Optionen" zukünftiger Kapitalstrategien ist daher dringend geboten — wenn mensch sich nicht durch eine wiederum einseitige Verabsolutierung e i n e r Variante kapitalistischer Strategien, diesmal der aktuellen Befriedungspolitik, einlullen lassen will. (7)

Stichwort: präventive Aufrüstung des Staatsapparats

Die präventive Aufrüstung des Staatsapparats zur Eindämmung, ggfls. auch unmittelbar terroristischen Unterdrückung aktueller, vor allem aber potentieller Unruhen hat stattgefunden. Die Bevölkerung einschließlich der Linken hat sich, wie von den „Sicherheits"-Strategen gewollt und von der Linken, speziell dem KB in seinen „Thesen" befürchtet, daran als Alltag gewöhnt.

Augenscheinlich ist der BRD-Herrschaftsapparat unter den imperialistischen Herrschaftsapparaten heute einer der best- und hochgerüsteten, wenn nicht gar d e r bestgerüstete — im Sinne der erreichten aktuellen und potentiellen Fähigkeit zu einer der jeweiligen Lage angepaßten Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnung, d.h. optimaler Produktions- und Ausbeutungsbedingungen für die Kapitale. Das Stichwort „Sicherheitsstaat" ist dafür die ideologische Klammer, die z.Z. von der großen Mehrheit der Bevölkerung akzeptiert wird. Wesentliches Kennzeichen dieser international

völkerung akzeptiert wird. Wesentliches Kennzeichen dieser international

von Imperialismus und Co anerkannten besonderen Qualität des BRD-„Sicherheitsapparats" und als „know how" gefragt ist das heute für diesen Apparat als politisches und technisches Leitprinzip formulierte Prinzip eines (wie ich es mal in Anlehnung und zugleich Abgrenzung an den bekannten Begriff des Leninismus nennen möchte) dynamischen Zentralismus. Das Stichwort der neueren Polizeidogmatik lautet: „Einheitliche Führung bei differenziertem Einsatz." Die Schaffung dieses dynamischen Zentralismus der „Sicherheitsorgane" ist im apparativen Bereich über die quantitative personelle und technische Aufstockung hinaus das besondere Ergebnis der 15jährigen „Reform der Inneren Sicherheit" durch die SPD.

Seine Bestandteile waren und sind:

1) Die Schaffung eines Systems zentralisierter einheitlicher, computergestützt und wissenschaftlich arbeitender Führungsebenen in Form der nach Bundes-, Länder-, Kommunal- und „ad hoc"-Ebenen gestaffelten Einsatz-Lagezentren und entsprechender Führungsstrategien einerseits, die dazu gehörende Differenzierung der Einsatzmethoden, -kräfte und -mittel andererseits.

Im Unterschied zu den Zeiten vor der Reform agieren die verschiedenen Spielarten des „Sicherheitsapparats" (von den Polizeizentralen des BKA und der LKAs über die Geheimdienste bis ggfls. zur kommunalen Verwaltung und Kräften der zivilen Hilfsdienste u.ä.) in den Lagezentren nicht mehr vertikal nebeneinander, sondern — auf der jeweils opportunen Einsatzebene — horizontal in Abstimmung miteinander. Sie sind sozusagen „quergeschaltet" — vorausgesetzt es gibt bei den konkreten Einsätzen, bzw. generell die erwünschte einheitliche politische Führung!

2) Der Ausbau der kasernierten Polizeitruppen wie BGS und Bereitschaftspolizeien für den Einsatz gegen Massen, darüberhinaus die Erhöhung der allgemeinen Polizeidichte von vormals 1:500 auf 1:200 und mehr. Nicht vergessen werden darf in diesem Zusammenhang die erhebliche Stärkung von Geheimdiensten und Werkschutz.

3) Der Wiederaufbau eines außerhalb der „normalen" Polizeistruktur mit Sondervollmachten, Sonderausbildung, Sonderauftrag und Sonderdisziplinarrecht agierenden Zweiges einer Geheimpolizei, der heute weitgehend installiert, wenn auch nicht gesetzlich legitimiert ist.

Mit dem Wiederaufbau dieser neuen Geheimpolizei schloß die SPD/FDP-Regierung jene „Sicherheitslücke", die seit dem Verbot der GeStaPo durch die alliierten Kontrollratsbeschlüsse nach 1945 für den BRD-Herrschaftsapparat im Unterschied zu anderen imperialistischen Staaten noch bestand.

Diese drei Bereiche bilden eine integrierte Einheit im Konzept der „Inneren Sicherheit" von 68/69 bis heute, dessen Stufen im Wesentlichen sind: a) generelle präventive Überwachung, b) allgemeine Einschüchterungspräsenz durch die stehenden Polizeitruppen und allgemeine Polizeidichte c) speziel-le Greif- und Geheimtrupps zur (ggfls. auch terroristischen) Ausschaltung (militanter) Minderheiten, bzw. als solcher ausgegebener Gruppen.

Das System der Lagezentren ermöglicht das Zusammenspiel dieses weit ausdifferenzierten Instrumentariums. Es bot somit die materielle Grundlage für die polizeiliche Umsetzung der von mir im Artikel „Stabilität forever?" im AK 247 analysierten „De-Eskalationsstrategie" als aktuelle Variante der Präventionsstrategie des BRD-Imperialismus, deren Wesen ja eben die Differenzierung zwischen „schwarzen" und „weißen" Schafen ist.

Zur Verdeutlichung dieses Polizeikonzepts zitiere ich aus diesem Artikel: „*Strategisch zielt die gewünschte innenpolitische Entwicklung, oder um es mit einem Modewort zu sagen: die bevorzugte „Option" der Strategen des westdeutschen Imperialismus auf eine präventive Normierung der Bevölkerung vor dem Hintergrund einer angedrohten, exemplarisch, demonstrativ, in der Vergangenheit und auch in der Gegenwart immer neu vorgeführten, jederzeit ausweitbaren, aber nach Möglichkeit zu vermeidenden, unmittelbaren Repression. Notwendiger Bestandteil der allgemeinen präventiven Normierung der Bevölkerung, die als ihr strategisches Optimum auf eine vorweggenommene Selbstnormierung und Zurückhaltung zielt, ist dabei die Selektion unliebsamer Minderheiten und ihre exemplarische Isolierung, Abstrafung und ggfls. auch Liquidierung.*"

Mit der Schaffung des Systems der Lagezentren ist über ihre aktuelle Funktion hinaus auch die Grundlage für die weitere zukünftige Integration verschiedener Teile des BRD-

Mit der Schaffung des Systems der Lagezentren ist über ihre aktuelle Funktion hinaus auch die Grundlage für die weitere zukünftige Integration verschiedener Teile des BRD-

Herrschaftsapparates, in Perspektive auch eines Groß-Europäischen, gegeben, die jetzt noch entsprechend der Verfassung der BRD, bzw. dem Stand der europäischen Entwicklung, getrennt agieren.

Als Beispiele seien genannt: Die Rationalisierung und Computerisierung des allgemeinen kommunalen sowie sonstigen Verwaltungsapparats (Stichwort: computerlesbare Personalkarte) und die schon jetzt mit Macht angesteuerte „on-line"'-Verkoppelung dieses Bereichs mit den Sicherheitsorganen"; die zunehmende Unterordnung der Justiz unter die Polizei als Hilfsorgan polizeilicher Beweisdokumentation und Prävention; die wachsende Kooperation zwischen zivilen und militärischen Stellen des Herrschaftsapparats; die enger werdende personelle und apparative Verflechtung der EG-Polizeistrukturen in der „Terroristenbekämpfung", bei Interpol uam.

Dies alles weist — neben nicht Genanntem — in die Richtung einer tendenziellen Aushöhlung von Gewaltenteilung, Föderalismus und individuellen Freiheitsrechten und -spielräumen der parlamentarischen Demokratie durch die zunehmende Unkontrollierbarkeit und Allgegenwart dieses „Sicherheitsverbunds".

Gegenwärtig werden diesem Prozess politische Schranken auferlegt, die von der CDU/CSU trotz Zappelei mitgetragen werden. So z.B. in Sachen Volkszählungsurteil. Tendenziell bzw. unter anderen politischen Umständen als denen der gegenwärtigen und absehbaren relativen inenpolitischen Stabilität können die Strukturen dieses Apparats jedoch die der parlamentarischen Demokratie ohne neue Anstrengungen wesentlich einschränken, bzw. Grundlage faschistischer Herrschaftsausübung werden.

Hier sind Elemente faschistischer Strukturen (im Sinne der gewaltsamen Aufhebung von Organisations- und Meinungsfreiheit für die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung), die ggfls. für die Installierung einer faschistischen Herrschaft nutzbar sind, deutlich erkennbar.

Das gilt für Ideologie und Technik polizeilicher Präventionsstrategien, in deren Perspektive sich die gegenwärtige Befriedungsstrategie zur präventiven Normierung der Mehrheit der Bevölkerung einerseits und Selektion unliebsamer Minderheiten andererseits verlängert.

Das gilt für Ideologie, Methoden und Struktur der neuen Geheimpolizei, die schon in den letzten Jahren ihre Bereitschaft zur terroristischen Ausschaltung militanter oder unliebsamer Gruppen bewiesen hat. Unter anderen Bedingungen können sie zu einem Instrument der Selektion und Liquidation politischer und anderer Minderehiten im großen Stil werden.

Das gilt für das bereitgestellte Potential kasernierter Bürgerkriegstruppen, die notfalls mit offener Gewalt gegen Massen vorgehen sollen und auch können.

Wohlgemerkt aber, um Mißverständnisse zu vermeiden: Es sind Elemente solcher Strukturen, die unter Umständen für eine faschistische Herrschaftsausübung genutzt werden k ö n n e n, keineswegs aber müssen.

Aktuell ist eine solche Wendung der Dinge nicht absehbar und kann auch die bisherige Entwicklung des Staatsapparats seit der Krise Mitte der 60er nicht als Faschisierung bezeichnet werden — wenn Faschisierung das unmittelbare Vorbereiten der terroristischen Unterdrückung der arbeitenden Bevölkerung bedeuten soll.

Eher schon lassen sich die Maßnahmen staatlicher Aufrüstung und seine Präventionspolitik als Prozess des Abbaus von Einschränkungen bezeichnen, mit der die BRD sich bzgl. der Organisiertheit ihres Herrschaftsapparats dem allgemeinen Niveau der hochentwickelten imperialistischen Staaten der Phase nach dem 2. Weltkrieg angeglichen hat. Das wird z.B. an der Verabschiedung der Notstandsgesetze 1968 deutlich, wie auch an der Wiederentwicklung einer Geheimpolizei, womit die BRD keineswegs eine besondere Entwicklung einleitete, sondern im Gegenteil eine Besonderheit westdeutscher Geschichte aufhob, bzw. aufzuheben bemüht ist. Das macht die Maßnahmen selbst nicht besser, kennzeichnet aber ihre strategische Bedeutung.

Die Besonderheit der Entwicklung der BRD in den letzten Jahren ist eben vielmehr in der Fähigkeit des BRD-Imperialismus zu sehen, seinen Herrschaftspparat nach der Krise 66/67 zu stabilisieren, o h n e auf die NS-Gesetze zurückgreifen zu müssen.

Wann und unter welchen Umständen auf die Notstands-Gesetze ggfls. zugegriffen und mit welchen „Sicherheitsoptionen" die neu entwickelten Potenzen des BRD-Herrschaftsapparats weiter entwickelt und ggfls. eingesetzt werden sollen, ist eine Frage, an

zugegriffen und mit welchen „Sicherheitsoptionen" die neu entwickelten Potenzen des BRD-Herrschaftsapparats weiter entwickelt und ggfls. eingesetzt werden sollen, ist eine Frage, an

der weiter und neu gründlich gearbeitet werden muß. Neue Fragestellungen können vielleicht auch dazu beitragen, die inzwischen eingetretene Gewöhnung gegenüber diesem Apparat zu durchbrechen. (8)

Anmerkungen:

Ein nochmaliges Aufrollen der Quellen, die ich bereits in Teil 1 und 2, sowie in den drei Folgen von „Strategie des Staates" angegeben habe, erschien mir überflüssig und unpraktikabel. Ich habe mich daher über die Verweise auf diese Arbeiten hinaus diesmal auf wenige besondere Hinweise beschränkt. Sofern andere als KB-Quellen zugrundeliegen, habe ich sie erwähnt.

1) siehe Teil 2 der Serie, AK 257;
2) siehe Teil 1 der Serie, AK 256;
3) siehe AK 247, S. 15 „Stabilität forever?"
4) siehe u.a.;
a) Internes Schulungsinfo des KB, Nr. 7, 8, 9, Frühjahr und Sommer 1982: Auseinandersetzung mit der Imperialismustheorie Lenins und anderer;
b) Internes Schulungsinfo des KB, Nr. 11 „Krisentheorie", „Die Krisengeschichte des deutschen Imperialismus";
c) Internes Schulungsinfo des KB, Nr. 13, „Monetarismus und Keynesianismus", „Das Innere des Monsters BRD";
d) AK 257, S. 31:„Der Mythos des freien Welthandels";
e) AK 256, S. 28:„Dollarkurs und Staatsverschuldung — eine Anleihe auf den kommenden Krieg";
f) AK 252, S. 36/AK 253, S. 30:„Zur Weltwährungskrise des Kapitals", Teil 1 und 2;
g) AK 248, S. 40:„Nord-Süd-Dialog nach imperialistischer Art";
h) AK 63, S. 3/AK 64, S. 19:„Die sog. Nach-Vietnam-Politik des US-Imperialismus — noch aggressiver", Teil 1 und 2;
5) siehe u.a.:
a) AK 25/28/32/41:„EG-Großmachtpläne der europäischen Kapitalisten", Teil 1 - 4;
b) AK 73, S. 11/74, S. 8/75, S.9: „BRD-Imperialismus auf dem Vormarsch";
c) Unser Weg, März 72:„Der Osthandel — politische Waffe des BRD-Imperialismus";
d) siehe Internes Bulletin des KB, Nr. 23:„Thesen zu „Neue Ostpolitik und Osthandel";
e) siehe AK 258, S. 10: „Revanchismusstreit — Ruhe vor dem Sturm";
6) siehe AK 250, S. 12:„Bilanz der 'Wende'-Regierung";
7) siehe u.a.:
a) „Unser Weg", Nr. 19;
b) AK 94, S. 1:„Strauß läuft Amok";
c) AK 98, S. 14:„Können Sträuße Amok laufen?"
d) siehe Teil der Serie, darin:„Schrittweise Faschisierung' — ein Begriff wird geprägt";
8) siehe AK 247, S. 14:„Stabilität forever!"

Betrachtungen der Geschichte der KPD(ml)

Vor und nach dem V. Parteitag: Neuer Schwenk — Neues Glück?

Hiermit setzen wir die Dokumentation einer Auseinandersetzung mit der Politik der KPD(ml) fort. Der Verfasser ist langjähriges Mitglied der KPD(ml). Der erste Teil erschien im AK 257.

1. Das Scheitern der Linie des IV. Parteitags

Ich erspare mir die genaue Nachzeichnung der Politik, die wir 5 Jahre lang gemacht haben. Ich möchte nur auf die prägenden Grundzüge der Entwicklung in den Jahren nach 1978 hinweisen.

Ich habe bereits auf die der „Transmissionsriemen"-Linie des IV. Parteitags innewohnende Dialektik hingewiesen, wonach sich diese Linie selbst ad absurdum führt, wenn man sie anwendet. Und so war unsere Entwicklung damals auch sehr widersprüchlich.

Ich kann von mir sagen, — und das gilt sicher auch für die meisten von Euch: Ich habe noch nie so viel gelernt wie in diesen Jahren. Politisch sind wir sehr viel reifer geworden. Wahlkämpfe, Betriebsratswahlen, gemeinsame Listen, Volksfrontgruppen, mit anderen zusammen Widerstand leisten und organisieren — das hat einen geprägt.

Viele Fragen des politischen Lebens haben wir neu eingeschätzt. Wir haben in der Frage der Aktionseinheit und der Behandlung der DKP/SEW einen Schritt nach vorn gemacht (ohne jedoch die Frage des Aufbaus im Kampf gegen den modernen Revisionismus aufzuarbeiten). Wir haben in der Verstaatlichungsdebatte, vor allem im Schiffsbau- und Stahlbereich, hautnah

gegen den modernen Revisionismus aufzuarbeiten). Wir haben in der Verstaatlichungsdebatte, vor allem im Schiffsbau- und Stahlbereich, hautnah

an der Realität gearbeitet. Wir haben die SPD-Frage, die Frage der Wahlen, der Wende und des Parlamentarismus positiv weiterdiskutiert. Unser Eingreifen in Kämpfe besserte sich.

Was lernten wir am meisten dabei? Wir lernten, uns besser einzubringen in Bewegungen, wo wir sonst immer nur besserwisserisch von außen unseren Senf zugegeben haben. Wir lernten, daß die aktuellen Fragen und Kämpfe gar nicht so leicht zu führen sind. Wir lernten, daß man froh sein muß über jeden Mitkämpfer gegen das Kapital, egal wo er nun politisch organisiert ist. Ich jedenfalls lernte, daß vor den Prinzipien, vor der großen Linienauseinandersetzung etwas anderes kommt: das Zusammenhalten, die Solidarität, das gegenseitige Stützen. Ich lernte, daß man sich seine politischen Freunde nicht danach aussucht, was sie gerade theoretisch vertreten und welche Prinzipien sie gerade hochhalten, sondern zuerst einmal danach, mit wem ich im praktischen Kampf und Leben zusammenstehe.

Es erhebt sich die Frage: — wenn das alles sich so kontinuierlich und prima anließ, warum blühte dann die Partei und ihre „Massenorganisationen" nicht auf? Warum war die Bilanz auf dem V. Parteitag, — obwohl da noch viel kompromißlerisch beschönigt wurde, so mies?

Was der Tätigkeitsbericht an Statistik brachte, war schlimm:

Der Mitglieder r ü c k g a n g betrug ca. 30 %. Mehr als die Hälfte der Mitglieder haben Abitur, gehören also zur Bildungselite. Die Partei verzeichnete einen gewaltigen Durchlauf. Über die Hälfte der Genossinnen und Genossen, die zur Zeit des IV. Parteitags dabei waren, waren inzwischen ausgetreten. Gegenüber 1978 hatten sich die Betriebs- und Betriebsaufbauzellen halbiert. RGO und VF waren schon lange in der Krise und entwickelten sich überhaupt nicht so, wie es die bereits reduzierten Konzepte vorsahen.

Der Zustand der Partei selber war von großer Zerrissenheit geprägt. Während seliger Propagandaparteizeiten schmorten wir im eigenen Saft. Nun passierte das Gegenteil, — sie zerflätterte in alle Richtungen.

Wie ist dieser Widerspruch zwischen positiven Erfahrungen und politischer Reifung einerseits und Parteisiechtum und organisatorischem Niedergang andererseits zu erklären?

Er ist erstens damit zu erklären, daß die Linie falsch war. Alle unsere Erfahrungen sprachen gegen unsere Konzepte und Projekteschmiedereien. Unsere politischen Erfahrungen, Enttäuschungen, aber auch Erfolge mit anderen zusammen entlarvten unsere Vorhut-Ideale. Gerade weil die einzelnen Parteimitglieder sich politisch entwickelten, kam die dogmatische, aufgesetzte und wirklichkeitsferne Parteiausrichtung in die Krise.

Er ist zweitens damit zu erklären, daß die Grundhaltung, dieses ererbte Gespinst aus Lebenslügen, in den Köpfen war. Wer von einer überheblichen, d o g m a t i s c h - t r a d i t i o n a l i s t i s c h e n Grundhaltung nicht abging, war nicht in der Lage, Selbstkritik zu leisten, war nicht in der Lage, die guten Erfahrungen wirklich zu verwerten, weil er Angst vor möglichen Schlußfolgerungen haben mußte, die das zurechtgezimmerte Kartenhaus „KPD — revolutionärer Faktor Nr. 1" vom Tisch fegen könnten. Es ist gewissermaßen die Tragik von Dogmatikern, die subjektiv ehrlich im Kampf herangehen, daß das Leben ihnen die Dogmen zerschlägt und sie zwingt, diese Erfahrungen zusammenzufassen; — und so mußte natürlich irgendwann die Diskussion um die alte Linie in irgendeiner Form verschärft kommen.

Mit dem traditionalistischen Dogma von Einheitsfrontpolitik/Transmissionsriemen ging zugleich die ganze E x i s t e n z g r u n d l a g e von der bolschewistischen Kampfpartei, wie sie auf dem IV. Parteitag geträumt worden war, kaputt! Was ich selber auf dem V. Parteitag (ich war Delegierter) noch nicht klar hatte, ist, daß wir, indem wir über die RGO/VF-Existenz stritten, eigentlich längst **über die Existenzberechtigung der Partei selber** die Auseinandersetzung führten! Das starre Festhalten der Mehrheit des Parteitags, an dem objektiv gescheiterten Massenorganisations-aufbaukonzept

Auseinandersetzung führten! Das starre Festhalten der Mehrheit des Parteitags, an dem objektiv gescheiterten Massenorganisations-aufbaukonzept

war irgendwo diktiert von der Angst um unsere schöne Partei. Genauso erklärt sich auch der tiefe Graben, den diese, eigentlich taktischen Angelegenheit durch die Partei riß.

Es ist sicher jedem Genossen deutlich, daß sich die Partei in den letzten beiden Jahren merklich verändert hat. Was es mit diesen Veränderungen aber wirklich auf sich hat, was sich wirklich in unseren Reihen abgespielt hat, hat wohl keiner sich bisher so richtig klargemacht.

Ich selber beschwerte mich vor dem Parteitag in meinem Diskussionspapier (nun laßt mich doch!! Jeder möchte sich doch mal selber zitieren):

> „Die Partei hat es nicht verstanden, das Problem von mangelnder Disziplin und Verbindlichkeit, der Durchführung von Beschlüssen, der Zerrissenheit und des Liberalismus in den eigenen Reihen selbstkritisch anzugehen und sich zu überlegen, woran das liegt."

Was ich noch nicht begriffen hatte, war, daß es nicht anders kommen kann, wenn eine stramme „bolschewistische Kampfpartei" heutzutage mit dem wirklichen Leben aneinandergerät. Da bleibt eben nicht das Leben, sondern die zurechtgestrickte Kampfpartei auf der Strecke.

Politisch und auch organisatorisch war die Kampfpartei des IV. Parteitags bereits vor ca. 2 Jahren g e s c h e i t e r t.

2. Ein ganzes Weltbild ist am Ende

Auf der alten, falschen ideologischen Grundlage war bereits die kulturrevolutionäre, intellektualistische Propagandapartei gescheitert. Nun war die, die Millionenmassen führende Kampfpartei den Bach hinunter. Guter Rat war damals, 1982/83 für das ZK sicher teuer. Wohin sollte die Reise gehen? Ernst machte sich damals an die Arbeit und schrieb seinen Diskussionsbeitrag „Wohin soll sich die Partei entwickeln?" Dieser Beitrag hat einige Weichen gestellt, — im wesentlichen f a l s c h. Zu tief saßen auch bei Ernst die Lebenslügen der Partei, sie standen für ihn außer Zweifel. Damals schon, und erst recht heute lautet die Alternative für uns:

Entweder wir räumen radikal mit allem überholten Ballast auf und arbeiten weiter *auf einer ganz neuen Grundlage*, oder wir versuchen weiterhin die „Quadratur des Kreises", d.h. basteln auf alten, falschen Grundlagen weiterhin *an neuen Drehs und Linienschwenks.*

Ernst damals, der V. Parteitag und das jetzige Zentralkomitee taten und tun *letzteres*, obwohl vor allem auch der Genosse Hotschi dabei ist, über unseren alten Schatten zu springen, — was ihm im übrigen prompt den Vorwurf des „Revisionismus" eingebracht hat. In *diesen Punkten* (Partei, Massen, Führungsanspruch, Streikrecht im Sozialismus, Relativierung überirdischer Prinzipien ...), die er leider meiner Meinung nach noch nicht zu Ende gedacht hat und was zu sehr widersprüchlichen Positionen und Haltungen führt, — in *diesen* Punkten hat er meine vollste Unterstützung und ich teile gern mit ihm den „Revisionismus-Vorwurf" aus der dogmatischen Parteiecke. Was bei mir noch hinzukommt zum „Revisionismus" ist das „Liquidatorentum" — nur als Tip gedacht für die Genossinnen und Genossen, die jetzt drüber brüten, wie sie mich und meine Broschüre hier bekriegen können.

Aber Spaß beiseite. Es scheiterte nicht nur eine falsche und unrealistische Linie: Es scheiterte nicht nur die Vorstellung von einer Kampfpartei. **Es scheiterte viel mehr:** Wenn ich immer wieder von falschen ideologischen Grundlagen gesprochen habe, dann meine ich damit, daß **unser ganzes Weltbild** in der Praxis aus den Fugen geraten war.

Wie tief eigentlich die Probelme gingen, von welcher ungeheuren historischen Tragweite sie sind, haben wir alle bisher noch nicht richtig erfaßt, — auch die Genossen nicht, die den heutigen Weg der Partei kritisieren. Wir haben alle bisher mehr gespürt, daß wir — und andere auch, — in einem historischen Umbruch steckten.

Ich möchte dazu hier meine Zusammenfassung der Erfahrungen vortragen. Zusammenfassung der Erfahrungen — das ist ja die Verarbeitung gemachter Erfahrungen, ihr Messen an herrschenden Maßstäben und die Entwicklung neuer theoretischer Erkenntnisse, mit dem Ziel, die dem gesellschaftlichen Gang innewohnenden Gesetzmäßigkeiten, den „Roten Faden" klarzubekommen.

Ich stelle das nicht zur „Belehrung" noch mal fest, sondern weil ich weiß, w a s ich einem KPD-ler zumute mit dem, was ich zu sagen habe und weil wohl keiner von uns frei ist von emotionalen Reaktionen, die wir nun bei der Klärung der vorliegenden Fragen überhaupt nicht gebrauchen können.

Unser bisheriges Weltbild, unsere Grundauffassungen habe ich wiederholt als traditionalistisch bezeichnet. Die Eckpfeiler dieses Weltbildes sind identisch mit denen des Leninismus, bzw. dem, was der Genosse Stalin als Leninismus zusammengefaßt hat. Es sind die Positionen, auf denen, „als letzter der Mohikaner", heute die albanischen Genossen stehen. Und wenn wir heute bereits, wie der Bericht von Törk zeigte, echte Verständigungsprobleme mit den Albanern haben, nachdem über Jahre hin in verschiedenen Fragen Gräben aufbrachen, dann zeigt das, daß wir schon länger in einem Prozeß sind, der von überholten Plattformen wegführt, — jawohl, ich unterstütze ausdrücklich die Positionen des ZK und habe Angst darum, daß Albanien irgendwann als „historisches Fossil" scheitert.

Unser bisheriges Weltbild vom proletarischen Klassenkampf war bestimmt von einem *Dualismus* auf allen Ebenen. Es standen sich gegenüber:

Masse, Klasse — Vorhutpartei;
spontaner Kampf — strateg. u. takt. Kampf. Revolut./Sozialismus;
Spontaneität — Bewußtheit;
bürgerl. Ideologie/Tradeunionismus — wissenschaftlicher Sozialismus;
geführte, unbewußte Masse — führende Kraft, Führungsanspruch;

Die „rechte Seite" wird zur bolschewistischen Führung im Klassenkampf durch zwei Dinge:

a. sie verfügt über den wissenschaftlichen Sozialismus, den sie außerhalb der spontanen Arbeiterbewegung, außerhalb der „Sphäre des ökonomischen Kampfes" ausarbeitet und in die Arbeiterbewegung hineinträgt.
b. sie gewinnt die „Besten des Proletariats" für die Partei des wissenschaftlichen Sozialismus, die dann als parteiorganisierter Teil ihrer Klasse vor allem dafür garantieren, daß die Linie der Partei „die Massen ergreift".

Ich glaube, so kann man in Kurzfassung unser ehernes Weltbild umreißen. Auf dieser Grundlage spielte sich bisher die gesamte Parteientwicklung ab. Auf dieser Grundlage sind alle Linien-

GIM zu den Fusionsplänen mit der KPD

Nr. 404 vom 25.4.1985

GIM zu den Fusionsplänen mit der KPD

Nr. 404 vom 25.4.1985

Warum GIM und KPD diskutieren

ANTWORT AN DEN „ARBEITERKAMPF"

Mit der Schlagzeile „Trotzki und Stalin — Paar des Jahres?" freute sich die Zeitung des Kommunistischen Bundes „*Arbeiterkampf*" bereits, die skandalträchtigste Story für 1985 gefunden zu haben. Der Kern des „Skandals": GIM und KPD haben begonnen, Gespräche über die programmatisch-politischen Grundlagen einer gemeinsamen Organisation revolutionärer Sozialisten und Sozialistinnen in der BRD zu führen.



Klaus Dräger

Ihren Ausgangspunkt nahm diese Entwicklung ausnahmsweise nicht zuerst in der theoretischen Diskussion, sondern in der gemeinsamen Aktivität beider Organisationen in konkreten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Im Streik für die 35-Stunden-Woche entwickelte sich eine fruchtbare Zusammenarbeit in Kreisen kämpferischer Gewerkschafter, in der bereits sehr viel Übereinstimmung zwischen beiden Organisationen in Fragen der Mobilisierungsarbeit und der Kampfführung deutlich wurde.

Im Marsch gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit, in dem unsere beiden Organisationen eine aktive Rolle spielten, konnten die positiven Erfahrungen der Zusammenarbeit bereits ausgebaut werden.

Programmatische Diskussion

Richtig ist, daß eine Übereinstimmung in — wenn auch noch so wichtigen Tagesfragen — allein nicht Grundlage für eine Vereinigung zweier revolutionärer Organisationen sein kann. Gleichzeitig jedoch befindet sich die KPD (früher: KPD/ML) in einem Prozeß der Neubestimmung vieler ihrer programmatischen Aussagen.

Wurde in früheren Zeiten die Frauenunterdrückung eher als „Nebenwiderspruch" bezeichnet, so gibt es heute bei der KPD eine Öffnung für feministische Ideen. Am spektakulärsten jedoch ist die Neubestimmung des sozialistischen Ziels: eine sozialistische Demokratie mit Räten, Mehrparteiensystem, Presse-, Versammlungs-, Organisations-Freiheit, Streikrecht und Gewerkschaftsfreiheit. Anders als andere Organisationen ehemals maoistischer Tradition (KPD, „Rote Fahne", KBW) stellt die KPD in ihrem programmatischen Neubestimmungsprozeß nicht die Rolle der Arbeiterklasse als Subjekt gesellschaftlicher Umwälzungsprozesse und die Notwendigkeit des revolutionären Wegs in Frage.

Angesichts dieser Entwicklung bei der KPD schlug die GIM vor, über die bereits bestehende Zusammenarbeit in praktischen Fragen hinaus eine programmatische Diskussion zwischen beiden Organisationen zu führen, um die Grundlagen für eine mögliche Vereinigung beider Organisationen auszuloten.

Dieser Vorschlag der GIM stieß bei der Leitung der KPD auf ein positives Echo und wird in den kommenden Monaten in eine Diskussion über ein programmatisches Grundlagendokument einer gemeinsamen Organisation revolutionärer Sozialistinnen und Sozialisten in der BRD münden.

Eine neue Organisation?

Das Ziel der Vereinigungsdiskussion ist nicht lediglich die Zusammenfassung von KPD und GIM unter einem gemeinsamen Dach, sondern die Schaffung einer *neuen* Organisation, in der die westdeutschen Unterstützer der IV. Internationale bis zu einem vereinbarten Zeitpunkt die Frage der internationalen Organisierung der neuen Organisation als Strömung aufwerfen können. Gerade wenn zwei etwa gleichstarke Organisationen mit sehr gegensätzlicher Tradition eine solche Diskussion führen, steht nicht das „Hinüberziehen" der anderen Organisation zur eigenen „Tradition" im Mittelpunkt des Interesses. Eine tragfähige Grundlage einer neuen Organisation muß zwei elementare Punkte umfassen:

- eine Einschätzung der politischen Situation und der Aufgaben, vor denen revolutionäre Sozialistinnen und Sozialisten in der Bundesrepublik und international stehen;
- der Charakter der neuen Organisation und ihr demokratisches Funktionieren im internen Bereich wie nach außen.

Die bloß denunziatorische Herangehensweise des „*Arbeiterkampfs*" stellt sich erst gar nicht der Aufgabe, bestehende Einigungsmöglichkeiten der sozialistischen Linken heute zu nutzen, um einen sozialistischen Pol aufzubauen, der in noch weit größeren Differenzierungsprozessen in der Arbeiterbewegung und den Grünen aktiv auf den Neuaufbau einer sozialistischen Massenströmung in der Bundesrepublik hinarbeiten kann.

Westdeutsche Linke

Fortsetzung von vorheriger Seite

schwenks und Neuausrichtungen gelaufen. Verzerrt wurde das Bild lediglich durch einige antiautoritäre, kulturrevolutionäre Varianten. Aber auch, — und gerade auch der Maoismus ist stark geprägt von diesem Dualismus Massen — Vortänzer, die die Weisheit mit Löffeln gefressen haben.

Gemessen an diesem Grundschema sind wir absolut gescheitert. Seht Euch die „rechte Seite" an:

Wir sind nicht und waren nie eine „Vorhutpartei". Nachdem unsere taktischen Projekte gescheitert sind, stellten wir vor noch gar nicht so langer Zeit fest, daß wir auch strategisch, programmäßig den heutigen Kampf mit seinen Fragen *nicht im Griff haben*. Das bedeutet, daß wir auch nicht wirklicher Träger des wissenschaftlichen Sozialismus sind, denn von früher abschreiben und zurechtbasteln können andere auch. Das bedeutet weiter, daß wir auch nicht das bewußte, kommunistische Element der westdeutschen Arbeiterklasse sind, jedenfalls nicht mehr und nicht weniger als alle möglichen anderen linken Kräfte auch. Das bedeutet last not least, daß wir keinerlei Berechtigung auf irgendeinen Führungsanspruch, egal gegenüber wem, haben.

Diese Erkenntnisse widersprechen noch nicht unserem Weltbild an sich. Denn man kann, wie wir es immer gemacht haben, das durchaus akzeptieren und den Schluß ziehen, daß wir nun eben verstärkte und neue Anläufe machen müssen, um all dieses zu werden.

Aber das war ja bisher auch nur eine Seite der Medaille. Wie sieht es denn nun mit der anderen, der „linken Seite" aus? Gerade auf dem Gebiet haben wir nach dem IV. Parteitag, bei unseren Massenorganisationsversuchen und im praktischen Kampf viel lernen können.

a. Über die „spontane Bewegung"

Unter spontaner Bewegung der Massen verstehen wir gemeinhin Klassenkämpfe, die nicht das kapitalistische System gefährden, die sich im Rahmen bürgerlich-reformistischer Zielsetzung bewegen. Unsere, vom Genossen Ernst immer wieder vorgetragene Vorstellung ist, daß die unbewußten Massen, durch Not und Unterdrückung zu objektiv revolutionärem Handeln gedrängt werden, daß die spontane Bewegung sich bis zu Entscheidungskämpfen in revolutionären Situationen steigert, bei denen dann der Sieg von der Vorhutpartei abhängt.

Ich meine, daß die Frage, — zumindest heute — so nicht steht.

Die „spontane Arbeiterbewegung", die *von außen* den wissenschaftlichen Sozialismus hineingetragen bekommen muß, gibt es nicht mehr. Ich glaube, — und unsere Erfahrungen bestätigen das, — daß die Arbeiterbewegung heu-

Sozialismus hineingetragen bekommen muß, gibt es nicht mehr. Ich glaube, — und unsere Erfahrungen bestätigen das, — daß die Arbeiterbewegung heu-

te einen Grad der Reife erreicht hat, wo derartige alte Konzepte und Kategorien einfach nichts mehr erklären.

Schauen wir uns den politisch aktiven Teil der Arbeiterbewegung an, so sehen wir, daß es ein sehr breites Spektrum linker, klassenkämpferischer Kräfte gibt. Man wird dem überhaupt nicht gerecht, wenn man das, wie wir früher, schlicht als ideologische Verwirrung und Spaltung ansieht. In der Breite der klassenkämpferischen Kräfte drücken sich vor allem Erfahrungen und Strömungen aus, die sich gerade aus der Beschäftigung der Arbeiterbewegung mit Fragen des Kampfes und des Sozialismus ergaben. Die Arbeiterbewegung hat eine lange Geschichte von politischen Auseinandersetzungen und Richtungsstreits hinter sich, sie ist voll von sozialistischen Impulsen. Die kann man nun alle für falsch halten, die Eurosozialisten, Selbstverwaltungssozialisten, realen Sozialisten, revolutionären Sozialisten, demokratischen Sozialisten, die christlichen Sozialisten und was der Sozialisten mehr sind. Auf Gewerkschaftsschulen kann man teilweise heute marxistische Ökonomie studieren. Wie dem auch sei, es ist doch einfach betriebsblind zu behaupten, diese Bewegung mit diesen Strömungen, Denkansätzen, Theorien etc. sei „spontan". Da müsse man den wissenschaftlichen Sozialismus reintragen. Das ist heute alter Käse aus der Zeit um die Jahrhundertwende. **Die Arbeiterbewegung ist heute allein in der Lage, ihren Weg zu bestimmen!** Sie braucht keine Mentoren von außen.

Und vor allem hat sie heute das nötige Selbstvertrauen, alle *abblitzen zu lassen*, die sich als solche aufschwingen wollen, — und das haben wir nun wirklich schmerzlich am eigenen Leibe gespürt.

Aber nicht nur der „bewußte" aktive Teil der Arbeiterbewegung, auch die „unbewußte Masse" hat heute eine ganz andere Qualität als früher. Hotschi hat sehr klug zwischen heutigem mangelndem Klassenbewußtsein und gewachsenem persönlichen Selbstbewußtsein des Arbeiters unterschieden. Natürlich liegt die Gewerkschaftsbewegung heute ziemlich tief am imperialistischen Boden, sind die Kollegen bildzeitungsgeschädigt. Aber das ist nur die eine Seite; die andere ist, daß die Menschen doch meist klare politische Standpunkte haben; daß sie sich selbständig organisieren können. Daß heute Komitees, eigene Listen, ja sogar Betriebsbesetzungen gegen Bonzenwillen ablaufen, ja, daß es soziale Bewegungen geschafft haben, u.a. durch maßgebliches Mitwirken linker, klassenkämpferischer Kräfte, eine eigene Partei, — die Grünen — gegen alle etablierten Widerstände als Machtfaktor zu schaffen. Da mag man nun zu den Grünen stehen wie man will, aber diese Leistung einer sozialen Massen- und Selbstorganisierungsbewegung steht erst einmal da.

Die Reife der (schon der Ausdruck ist eine Diskriminierung) „spontanen Millionenmassen" zeigt sich auch in anderen Trends, in denen politische und historische Erfahrungen ihren Ausdruck finden. Diese Trends sind zu umreißen mit Begriffen wie Staatsverdrossenheit, ein gründliches Mißtrauen gegen jede Form von Berufspolitikertum, eine große Empfindlichkeit gegen Führungsansprüche und politische Ausschlachtungsversuche. Vor allem die Jugend hat da sehr starke Antennen.

Ich glaube, daß die Bewegung (und das gilt auch für die klassenkämpferische Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung) sich heute nicht mehr, und zwar bewußt aus Erfahrung heraus nicht mehr so einfach etwas vorschreiben läßt, und schon gar nicht von außen.

Der sozialistische Gehalt der linken Bewegung ist heute sehr breit. Ich glaube, man kann behaupten, daß jeder klassenkämpferisch eingestellte Kollege auch irgendwo auf sozialistischen Positionen steht, denn in diesem imperialistischen Land mit dieser imperialistischen Bourgeoisie kann man eigentlich nicht mehr auf klassenkämpferischen Positionen stehen, ohne sich zugleich mit der aus Erfahrung resultierenden Überlegung zu beschäftigen, daß dieses Kapital, diese herrschende Klasse ganz weg muß von den Schalthebeln der Macht und der Wirtschaft.

Noch ein wichtiger Aspekt sei erwähnt, was die Organisationsfrage der heutigen breiten linken Bewegung angeht. Auf diesem Gebiet besteht heute eine gewaltige Diskrepanz. Bei Wahlen, etwa Bundestagswahlen, wurschtelt jede Verästelung der westdeutschen linken, klassenkämpferischen Bewegung in einer anderen Ecke, untersützt ein anderes Wahlbündnis, Mutterpartei, Liste, geht nicht wählen, etc.

Im praktischen Kampf spielt diese unterschiedliche Organisiertheit immer weniger eine Rolle, bzw. wird ganz be-

Im praktischen Kampf spielt diese unterschiedliche Organisiertheit immer weniger eine Rolle, bzw. wird ganz be-

wußt in den Hintergrund gedrängt. Es ist eine ausgezeichnete geschichtliche Entwicklung, daß praktisch alle Teile der linken Bewegung in den letzten Jahren gelernt haben, zusammen zu arbeiten und zu kämpfen, im gewissen Sinne zu vertrauen, ohne sich zu zerfleischen. Unabhängig und neben ihrer jeweiligen politischen Organisiertheit kämpfen und organisieren sich die Menschen im Kampf um ihre Interessen heute in Strömungen, Initiativen, Listen, Personenkomitees, Erstunterzeichnerlisten, lockeren Bundesverbänden, etc. Das ist gut so und sehr wichtig. Eines steht jedenfalls fest:

Den „wissenschaftlichen Sozialismus" von außen in die spontane Arbeiterbewegung hineintragen und dann sich von ihm „ergreifen lassen", — Parteien, Führer und Persönlichkeiten als große Vorbilder im strahlenden Blick — *das ist nicht mehr!*

Alles das bedeutet für unser Weltbild: Den oben aufgezeigten Dualismus im proletarischen Klassenkampf gibt es so nicht mehr. Und daß es ihn so nicht mehr gibt, **ist ein Zeichen der Reife der Bewegung.**

Umgekehrt war es natürlich ein Zeichen der historischen *Unreife* der Arbeiter- und revolutionären Bewegung früher, etwa in der Weimarer Zeit und vorher, daß dieser Dualismus gebraucht wurde und natürlich seine vorwärtstreibende Rolle, etwa in der Oktoberrevolution, erfüllte, aber eben auch gewaltige Gefahren in sich barg, die in der Verselbständigung und im Abheben von Parteien und Führungen und Führern lag.

b. Die historische Dimension unserer Probleme

Wenn wir also festhalten müssen, daß unser ganzes altes Grundkonzept, unser ererbtes Weltbild für die heutige Zeit nicht mehr taugt, daß es historisch überholt zu sein scheint, — zumindest in den imperialistischen und auf eine lange Tradition der Arbeiterbewegung zurückblickenden Ländern, dann gilt das nicht nur für unsere Partei. Es bleibt zu untersuchen, in welchen Spielarten alle Abteilungen der westdeutschen linken Bewegung an diesen Tatsachen herumlaborieren und von i h r e n jeweiligen traditionellen Konzepten schwer loskommen.

So zeigen sich heute selbst in der DKP Risse, die in eine ähnliche Richtung zu deuten scheinen. Ich habe bereits an anderer Stelle angedeutet, daß die DKP aus dem gleichen traditionellen Stall kommt, auf den wir uns berufen. Jetzt wird vielleicht noch deutlicher, was ich meine:

Die modernen Revisionisten, die DKP hat **genau das gleiche bornierte Weltbild,** wie ich es gerade für uns kritisiert habe. Es fußt auf den gleichen traditionellen Konzepten, die sich in vieler Form abwandeln lassen bei gleichem ideologischen Kern.

Und weil das so ist, mußten wir auch scheitern im „Aufbau gegen den modernen Revisionismus"; weil das so ist, hatten wir den modernen Revisionisten auch nur erst den Maoismus und dann eben einen „unverfälschte Bolschewismus" entgegenzusetzen gehabt.

Dieses dualistische, traditionelle und heute bei uns unbrauchbare Weltbild scheint mir jenes der **ersten, gescheiterten Entstehungsetappe der sozialistischen Gesellschaftsformation zu sein.** Das Weltbild der KPdSU Stalins, der Komintern, Ernst Thälmanns, das Weltbild der Entstehung des Sozialistischen Lagers, des Sieges über den Faschismus, — aber eben auch das Weltbild, auf dem und mit dessen Hilfe sich der Sozialismus wandelte, pervertierte, entartete, wo „realer Sozialismus" in einer abstoßenden Form von kapitalismusähnlicher Ausbeutung sich präsentiert, wo dieser Dualismus extrem und ausgeformt und penetrant als bloße Hülle und Fassade übelsten Politgangstertums fungiert.

ausgeformt und penetrant als bloße Hülle und Fassade übelsten Politgangstertums fungiert.

Aber andererseits hat gerade diese Entwicklung und Erfahrung die Unbrauchbarkeit des dualistischen, kommunistischen Bildes vom proletarischen Klassenkampf und proletarischen Staat offenbart.

Wenn ich von einer Entstehungsetappe der sozialistischen Gesellschaftsformation gesprochen habe, bedeutet das, daß sie irgendwo abgeschlossen ist und neue Wege zu beschreiten sind.

Es steht immer noch die ungelöste Aufgabe an, die letzten 50 Jahre der Arbeiterbewegung wirklich zusammenzufassen. Genau darum geht es, wenn wir als Partei heute davon sprechen, die Ursachen der revisionistischen Entartung zu erfassen. Diese Ursachen liegen, wie gesagt in der Richtung der Kritik am „dualistischen Weltbild", was einer noch naiven, noch nicht über heutige Erfahrungen verfügenden Epoche des proletarischen Klassenkampfes gegen den Imperialismus entspricht.

Diese Aufgabe ist Grundlage für alle weitere linke, sozialistische Entwicklung im Land. Diese Aufgabe ist auch entscheidend für die Frage der Organisierung.

Denn eines ist klar. Wenn unser altes Grundschema nicht mehr gültig ist, ist es natürlich auch aus mit der bolschewistischen Vorhutpartei, — und zwar nicht nur in der Praxis sondern auch in der Theorie vom Klassenkampf.

Um die historische Dimension noch einmal auf den Nenner zu bringen, egal wer dabei vom Hocker fällt:

Aus allem, was ich hier angedacht habe und was sich aus meiner Nachzeichnung der Parteigeschichte und unseren Erfahrungen abzeichnet, geht es um **die historische Einordnung und Relativierung wesentlicher Grundlagen des Leninismus und Stalinscher, bzw. Kominterngrundsätze.**

Und in dieser Aufgabenstellung liegt das Geheimnis begründet, das Geheimnis

a. der wirklichen Antwort auf den modernen Revisionismus und

b. der Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus.

c. Über den Parteibildungsprozeß

Die Erkenntnis des historischen Scheiterns des „dualistisch-bornierten" Herangehens an die Arbeiter- und revolutionäre Bewegung hat natürlich entsprechende Folgen für die Fragen des Parteibildungsprozesses, an dem sich die „anti-revisionistischen Linken" im Lande nun schon ewig abmühen.

Eines kann man schon sicher sagen. Beide, bisher vorrangig gegebenen Antworten sind *unbrauchbar.*

a. Die eine Richtung war unsere eigene und setzte auf Abspaltung und Hervorgehen aus der entarteten Partei über Neugründung, neue Linie und Massen gewinnen.

b. Die andere Richtung setzte auf Zirkelgründungen, die erst die Massen gewinnen wollten, um sich dann zur Partei zu verschmelzen und einander anzunähern.

Beide Konzepte fußen auf Vortänzertum und auf Hineintragen von außerhalb der Bewegung.

Noch relativ vage und unscharf sehe ich den Weg so: Natürlich steht für mich weiterhin außer Frage, daß sich die Arbeiter- und revolutionäre Bewegung organisieren muß, daß die Arbeiterklasse objektiv die entscheidende Kraft ist. Es ist aber offenbar nicht mehr so, daß sich eine politische Kraft, Partei, Organisation, wie auch immer sich der Arbeiterklasse vorstellt, mit ihr kämpft, ihr Vertrauen gewinnt und dann die Führung ist.

Vielmehr müssen wir auch weiterhin mit sehr vielen politischen, auch sozialistischen Strömungen rechnen, wo es kein Vorteil ist, wenn sich die Zahl der Strömungen durch Zusammenschlüsse

listischen Strömungen rechnen, wo es kein Vorteil ist, wenn sich die Zahl der Strömungen durch Zusammenschlüsse

an verschiedenen Ecken der sozialistischen Bewegung reduziert und diese sich dann politisch bekämpfen um die Vorherrschaft. Ich gehe vielmehr davon aus, daß der gemeinsame Kampf, die gemeinsame Organisierung aller Sorten im direkten praktischen Kampf heute die Grundlage der Zukunft sein muß. Ich gehe davon aus, daß die jetzige Organisiertheit der linken Bewegung überholt ist und den praktischen Erfordernissen und den bereits gemachten Erfahrungen widerspricht. Ich gehe davon aus, daß das Bedürfnis nach immer engerer Verbindung der linken, klassenkämpferischen und sozialistischen Kräfte wachsen wird und daß sich daraus auch etwas Parteimäßiges entwickeln kann und entwickeln sollte, — etwas Parteimäßiges, was eine Reihe von positiven Zügen der Grünen, die mir für die heutige Zeit typisch zu sein scheinen, beinhalten wird: vor allem, daß diese breiteste sozialistische Organisation ein politischer Arm einer wirklich existierenden, kämpfenden sozialistischen Arbeiterbewegung ist.

Ich glaube, daß diese sozialistische Bewegung heute schon vorhanden ist, — in vielfältiger und verwirrender, vereinzelter, betriebsbornierter oder gewerkschaftlicher Fraktionsform vorhanden ist.

Ein positiver Einfluß, ein integrierender Einfluß wird von uns auf diese Bewegung auch weiterhin nur punktuell und über Einzelgenossen, nicht aber von uns als Organisation ausgehen, solange wir unsere Organisationsform als KPD, als bolschewistischer Vorhutpartei, als Partei der Kieler Rede, als maoistische Rödel- und Pöbelpartei mit uns rumschleppen, solange wir nicht offen, ehrlich und total mit unserer gescheiterten Vergangenheit brechen.

Es spielt dabei überhaupt keine Rolle, daß ein Dutzend anderer Organisationen genau vor der gleichen Aufgabe der Vergangenheitsbewältigung stehen. Wir sollten da mit gutem Beispiel vorangehen. Und schon wieder stolpern wir über die Dialektik: Der „beste Ansatz" im Land werden wir dadurch, daß wir diesen „besten Ansatz" selbständig, organisiert und mit Perspektive von der Tagesordnung der Geschichte *absetzen.*

3. Die Linie wurde geändert

Ich habe mich in den letzten zwei Jahren des öfteren gefragt, wo eigentlich die Meinungsverschiedenheiten in der Partei verlaufen. Das Bild war verworren. Unter den oben ausgeführten Gesichtspunkten des Weltbildes jedoch bekommt die neueste Entwicklung ihre Systematik.

In allen politischen Fragen finden sich heute bei uns Elemente des *Konservierens* des alten falschen Weltbildes und Elemente der *Weiterentwicklung.* Und so sind eigentlich alle Genossinnen und Genossen für Einheitsbestrebungen mit anderen politischen Kräften, n u r mit welchem Ziel, mit welchen Kräften, in welchen Formen ist umstritten. Niemand hat prinzipiell etwas dagegen, Fragen des Sozialismus zu diskutieren, nur zu welchem politischen Zweck, auf welche Art und Weise, darüber gehen die Meinungen auseinander. Denn eines muß klar sein, auch wenn man in der Partei auch anderes hört: Niemand strebt Vereinigungen „an sich" an, weil sie „an sich" gut sind; niemand diskutiert die Grundfragen der Sozialismusdiskussion ohne politische „Hintergedanken", ohne mit der Partei irgendwo hinzuwollen, nur so „an sich", weil es „an sich immer gut ist," so etwas zu diskutieren. Die Frage ist also eindeutig: Auf welcher L i n i e arbeitet die Partei heute eigentlich? Denn die Linie des IV. Parteitags ist es offenbar nicht mehr, — und der V. Parteitag hat weder mit der alten Linie aufgeräumt, noch offen eine neue abgeleitet. Dieser V. Parteitag, laßt mich das einmal bemerken, war vor allem „kein Parteitag der schnellen Entscheidungen" sondern „ein Parteitag der Vergrößerung der Probleme durch Konservieren eines falschen Selbstverständnisses".

Ich sagte bereits, daß seit 2 Jahren für uns massiv die Frage steht: Zusammenfassung der Erfahrungen, Selbstkritik, Umdenken, das falsche, dogmatische Weltbild in Frage stellen, o d e r sich an das alte, falsche Grundschema klammern, der Selbstkritik aus dem Wege gehen und sich — basierend auf dem falschen Grundschema — nach der Propagandapartei und der Kampfpartei nun etwas Neues auszudenken. Nur das ist sehr schwierig, weil es da eigentlich nichts mehr in der ml-Trickkiste gibt.

Aber genau in diesem Hin- und Her zwischen Aufgabe der alten Grundlagen und Konservieren selbiger **liegt die momentane Zerreißprobe in der Partei!!** Und auch genauso ordnen sich die zu erkennenden Hauptströmungen ein.

momentane Zerreißprobe in der Partei!! Und auch genauso ordnen sich die zu erkennenden Hauptströmungen ein.

Aber noch mal: Auf welcher Linie arbeiten wir heute und wann und wie ist sie eigentlich entstanden? Mal ehrlich, wer kann das eigentlich sagen, es sei denn, er ist der irrsinnigen Meinung, wir würden noch die Ziele des IV. Parteitags in verfeinerter Form verfolgen?

Das Suchen nach einem neuen Liniendreh setzte etwa Mitte 1982 ein und zwar so, wie ich es in meinem Diskussionsbeitrag zum V. Parteitag kritisierte:

„Das letzte Jahr (also 1982) ist stark geprägt durch unvermitteltes Hereintragen von „Ausrichtungen durch die Hintertür". Damit meine ich Ausrichtungen, die nicht vernünftig begründet sind, die plötzlich da sind, ohne daß eine gründliche Aufarbeitung und Analyse von Fehlern vorgelegt wird, aus der sich die Notwendigkeit neuer Wege ergibt.

Das ging los mit der Diskussion über die Umstellung der Zellenarbeit. Da wurden plötzlich organisatorische Probleme gewälzt und über Kader- oder Mitgliederpartei geredet. Die Voraussetzung für so etwas kann aber nur die parteipolitische Diskussion, die Kritik und Selbstkritik zum Punkt „Kampfpartei" sein, wie wir antraten, welche Erfahrungen gemacht wurden, was für eine Partei wir unter heutigen Umständen brauchen. Das alles lief nicht, die Diskussion war höchst unbefriedigend — einschließlich der damaligen Mitgliederversammlungen."

Was drückte sich in dieser Kader- oder Mitgliederparteifrage aus? Der IV. Parteitag ging eindeutig von einer Kaderpartei als Führerin der „Millionenmassen" mit Hilfe von großen Massenorganisationen aus. Diese „großen Massenorganisationen" mußten wir uns nun aus dem Kopf schlagen. Um aber doch das „Millionenmassen-Führungskonzept"

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

beibehalten zu können, mußte theoretischer Ersatz heran. An die Stelle der ,,großen Massenorganisationen'' sollte nun offenbar die breite Mitglieder- und Massenpartei treten. Genau das steckte hinter der Diskussion und Ausrichtung über die Umstellung der Zellenarbeit. Diese Ausrichtung war bereits ein *indirektes Eingeständnis* des Scheiterns beim Aufbau der ,,mächtigen Transmissionsriemen''. Es liegt auf der Hand, daß ohne die von mir in dem Zitat vermißte Zusammenfssung der Erfahrungen zum Thema ,,Kampfpartei'' eine solche Ausrichtung albern sein muß. Mit dem Aufbau von breiten Massenorganisationen ist man nicht klargekommen. Wie konnte da so einfach die Gewinnung einer Vielzahl von Menschen direkt für die Partei überhaupt ernsthaft in Erwägung gezogen werden? Die alte Borniertheit und Realitätsferne ließ grüßen!

Richtig los ging es jedoch mit dem Diskussionsbeitrag des Gen. Ernst auf dem ZK-Plenum im März '83 unter dem Titel: ,,In welche Richtung muß sich die Partei entwickeln?'' — auch wenn es Ernst nicht als Ausrichtungspapier gedacht hatte. Es wurde als Vorbereitungspapier Richtung V. Parteitag in die Partei gegeben.

Dieses in der Tat bemerkenswerte, und in gewissem Sinne einmalige Dokument muß ich genauer behandeln. Es wirbelte ziemlichen Staub in der Partei auf — zu Recht, denn mit diesem Dokument fand, von allen unbemerkt — ein *Linienschwenk* statt.

Auf den ersten Blick machte der Dis-

merkt — ein *Linienschwenk* statt.

Auf den ersten Blick machte der Diskussionsbeitrag den Eindruck eines Sammelsuriums, bei dem sich jeder bedienen kann und wo alter Kaffee aufgewärmt wurde. Diese Erscheinungsform ging damals vielen auf den Geist und rief in der Partei ziemlich heftige, auch persönlich gefärbte Kritik hervor, brachte Emotionen in Wallung, was ein Zeichen für stark vorhandene Widersprüche war, die aber nicht aufgehellt wurden. Auf jeden Fall stellten sich eine Reihe von Genossinnen und Genossen, u.a. ich selber, aber auch die Siemens-Wittener, etwas ganz anderes vor unter dem Thema ,,In welche Richtung muß sich die Partei entwickeln?'' Die notwendige Kritik unserer Grundlagen stand eben objektiv bereits an.

Aber dennoch entwickelt Ernst in seinem Beitrag eine neue Ausrichtung, ,,überwindet er'' den IV. Parteitag. Wie?

Um keine Zweifel aufkommen zu lassen, setzte Ernst an den Anfang seiner Ausführungen unsere dualistisch-dogmatische Klassenkampfauffassung, die bereits dem IV. Parteitag zugrunde lag: Verschärfte Klassenkämpfe — revolutionäre Situation — Sieg nur möglich mit marxistisch-leninistischer Vorhutpartei — Stalin und seine und unsere 12 Thesen.

Auf dieser Grundlage hatte dann der IV. Parteitag die ,,Transmissionsriemen''-Linie aufgebaut. Und das fällt nun ersatzlos weg, das gibt es einfach nicht mehr in Ernst's Überlegungen. An einer Stelle wird zwar noch mal gesagt: schön weiter Massenorganisationen aufbauen. Aber ansonsten: Einheitsfrontfrage nicht behandelt, RGO-Frage nicht behandelt, Volksfrontfrage nicht behandelt, die Widersprüche in der Partei dazu und die praktischen Erfahrungen — nicht behandelt.

Die interessante Frage ist nun: Was setzt Ernst nun auf die alte, dogmatische, dualistische Grundlage als neue Ausrichtung drauf?

Denn wenn das IV. Parteitag-Draufgesetzte wegfiel, war ja nun die große Frage, *wie wir nun* eigentlich zum ,,revolutionären Faktor Nr. 1'' zum ,,Vorhutzünglein an der Waage in der revolutionären Situation'' zu werden gedachten. Ernst gab darauf in seinem Beitrag eine Antwort.

a). *Neu war:* Wir brauchen eine *Massenpartei*, anstatt einer Kaderpartei mit Transmissionsriemen. Folglich wurden Fragen des Statuts und der Aufnahmebedingungen diskutiert, als ob das ein wesentlicher Punkt für das Splitterdasein der Partei war.

b.) *Neu war* vor allem auch: die Notwendigkeit eines neuen Programms! Nun war ja eigentlich die Programmfrage für uns kein Thema seit dem III. Parteitag gewesen, es galt als ausgearbeitet. Wenn man nun, nach 15 Jahren ,,Parteiaufbau im Kampf gegen den modernen Revisionismus'' sich vornimmt, doch mal die Ursachen der revisionistischen Entartung ,,streng wissenschaftlich'' zu klären, und wenn man nach 15 Jahren angeblich immer wieder ,,konsequenter Ausrichtung auf das Industrieproletariat'' feststellt, man müsse das Ziel des Kampfes, den Sozialismus, so ableiten, daß es ,,die Massen ergreift'' — dann, ja dann liebe Genossinnen und Genossen, sollten wir uns wohl doch schon mal fragen, **ob wir nicht auf einem ganz falschen Dampfer fahren.** Das kam aber für uns, zumindestens damals, überhaupt nicht in Betracht. Ernst stellte bereits damals die Aufgaben, die sich heute in der Sozialismusdebatte wiederfinden, oder *fast* wiederfinden:

— die Ursache der revisionistischen Entartung der Länder des ,,realen Sozialismus'' zu untersuchen und
— das Ziel des Kampfes, den Sozialismus, lebendig ableiten.

Ich sage ,fast', denn es soll ja vorerst nicht um diese historischen Grundlagen sondern um die Bestandsaufnahme des Bestehenden gehen. Nur, nach dem bisher von mir Dargelegten, ist es wohl kein Zufall, daß gerade der Punkt mit den Ursachen erst mal aufgeschoben worden ist, denn da kann bei wissenschaftlicher Betrachtungsweise wohl nur genau **die Kritik des dualistischen Klassenkampfbildes** herauskommen. Genau dasselbe passierte schließlich beim Fahrplan für die Sozialismusdebatte: Nicht nur bei der Betrachtung von heute in die Geschichte zurück, auch bei der Aufarbeitung der Grundlagen bei Marx/Engels/Lenin **bricht die Betrachtung an dem Punkt ab** (1923 etwa), wo es für unser ehernes dualistisches Weltbild gefährlich werden kann.

Und so kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Sozialismusdiskussion manipuliert wird zu dem Zweck, unsere dogmatischen Grundlagen zu retten! Das ist die einzige Erklärung dafür, genau den Zeitraum auszusperren, in dem es um die historischen und praktischen Erfahrungen mit der Bolschewisierung und der bolschewistischen Kampfpartei ging.

Zurück zu Ernst. *Neu* an der Linie war die Ausrichtung: **Programm, Strategie, Theorie** ausarbeiten!

c.) *Neu war;* die **Einheit der revolutionären Sozialisten in einer Partei.** Das Konzept ,,von der kleinen Kaderpartei zur großen Massenpartei'' hatte also 2 Seiten: Erstens eine massenverständliche theoretische, programmatische Linie und die Verbreiterung der Partei durch Zusammenschlüsse.

Obwohl dafür der Führungsanspruch der Partei heruntergeschraubt werden mußte (Ernst tat es, indem er mehrere kommunistische Parteien im Land ausmachte), bleibt das nur Taktik, denn wie heißt es an anderer Stelle bei ihm?

> ,,Natürlich sind wir noch immer der Meinung, daß unsere Partei die beste, die erfahrenste, die bolschewistischste und damit die Vorhutpartei, die Avantgarde des Proletariats ist.''

Also, ich bin schon lange nicht mehr dieser Meinung. Bolschewistisch - bolschewistischer - am bolschewistischsten — mit dieser Don - Quichoterie muß endlich Schluß gemacht werden!

Fassen wir den Linienschwenk von damals, der vom V. Parteitag zementiert wurde und heute gilt, zusammen, ergibt sich **eine neue Methode, etwas zu werden, was aller Erfahrung nach im heutigen Klassenkampf überholt ist.**

Auf jeden Fall muß man wohl festhalten, daß sich seit vor bald zwei Jahren, als Ernst seinen Beitrag brachte, die Partei weiter auseinanderdividiert hat. Hatten wir damals noch mehr oder weniger das Grundverständnis von der Vorhutpartei KPD akzeptiert und somit auch den Linienschwenk zu Sozialismus-Diskussion und Einheit der revolutionären Sozialisten, so stehen wir heute mit der Partei schon vor einem relativ großen Trümmerberg an zerbröckelter Grundauffassung. Heute hält nur noch alte Treue, das Fehlen einer organisatorischen Alternative und eine Theoriediskussion die Partei zusammen, während der Dreh mit der Einheit der revolutionären Sozialisten auf ,,höchster Ebene'' sich abspielt oder in einer gespenstisch an Studentenbewegungszeiten erinnernden gemeinsamen Beilage in Zentralorganen.

4. Zur Einheitsfrage

Die Einheitsfrage ist nicht eine Frage der in konkreten Kämpfen geschmiedeten Einheit, auch wenn immer wieder gemeinsame Wahlkämpfe strapaziert werden. Es wird die Einheit derjenigen angestrebt, die das **prinzipiell gleich falsche Grundverständnis haben.**

Die Einheit der revolutionären Sozialisten ist die Fortsetzung der Einheit der Marxisten-Leninisten, ist ein Aufguß früher gescheiterter Einheitsversuche von Organisationen, die sich als Avantgarde, als Vordenker und Vortänzer der Arbeiterbewegung verstehen, — um es mal sehr scharf zu formulieren.

Ich habe nichts gegen eine Zusammenarbeit mit der GIM oder dem BWK, genauso, wie ich nichts gegen Zusammenarbeit mit der DKP oder linken Sozialdemokraten habe. Ich habe auch nichts dagegen, mit den Genossen dieser Organisationen zu diskutieren.

Ich habe allerdings etwas dagegen, wenn das mit dem Anspruch passiert, nun endlich, nach 15 Jahren, doch noch die Vorhutpartei, das bewußte Element, das den wissenschaftlichen Sozialismus in die Arbeiterbewegung trägt, erschaffen zu können. Was hier sich vereinigen will, ist nicht eine kommunistische Arbeiterpartei, sondern ein linker **Superzirkel** in der Nachfolge der alten ml-Bewegung.

Ich habe in den Dokumenten gesucht, um einmal genau festzustellen, was der revolutionäre Sozialismus im Lande eigentlich ist. Ich hatte große Probleme dabei. Offenbar ist dieser Begriff von Ernst erfunden worden und dankbar in der Bewegung aufgegriffen worden.

Von der *Herkunft* her leitet Ernst in seinem Beitrag die Organisationen der revolutionären Sozialisten von den Resten der ml-Bewegung ab, die nicht kaputt gingen, weil sie ,,auf die Arbeiterklassen orientierten''. Auch andere hatten da wohl ihre Lebenslügen. Geänderte Situationen heute lassen, wie Ernst ausführte, einen ,,neuen Versuch zur Herstellung der Einheit'' geraten sein. Es stelle sich die

> ,,Aufgabe, die Einheit der Marxisten-Leninisten oder besser, um den Begriff nicht von vornherein einzuengen, der revolutionären Sozialisten in einer Partei anzustreben.''

Von unserem Selbstverständnis her steht die ,,Einheit der revolutionären Sozialisten'' von anfang an unter falschem Vorzeichen.

Enver Hodja's letzten Worte: »Wir sind marxistisch-leninistische Stalinisten«

Anläßlich der Feiern zum 40. Jahrestag der Befreiung Albaniens im vergangenen Dezember gab Enver Hodja dem Präsidenten der französisch-albanischen Freundschaftsgesellschaft das folgende Interview. Professor Milliez war darüberhinaus seit zwanzig Jahren Hodjas ärztlicher Berater.

Bekanntermaßen gab Hodja sehr wenige Interviews. Dieses erschien in ,,Le Monde'' (13.4.85; Übersetzung Frankreich-Kommission).

Frage: Herr Generalsekretär, Sie sind eine große Persönlichkeit. De Gaulle vertraute mir seinerzeit an, er bewundere zwei Personen, Enver Hodja und Boumedienne, obwohl der Letztere sein Feind war. (Boumedienne war von 1965 bis 1978 algerischer Staatschef, Anm. AK).

Antwort: Wir haben viele Freunde, in Frankreich und in anderen Ländern, wir zählen auf ihre Freundschaft. Wir haben aber auch Feinde.

Es ist normal, daß Sie Feinde haben. Das Schlimmste wäre, keine zu haben.

Die Außenpolitik unseres Landes war richtig und wird auch in Zukunft richtig bleiben: eine unabhängige, freie, souveräne und ehrliche Politik. Wir haben unsere Meinungen über die Ereignisse in der Welt frei ausgedrückt und drücken sie frei aus, aber dies gefällt nicht allen.

Ihre jugoslawischen Feinde reden schlecht über Sie.

Sie sind uns extrem feindselig und behaupten Dinge über uns, die kein Mensch glauben kann. So behaupten sie beispielsweise, wir wollten die Entstabilisierung Jugoslawiens, während wir nie ein solches Ziel anvisiert oder formuliert haben. Sie behaupten darüberhinaus, wir hätten die Ereignisse im Kosovo 1981 provoziert, aber das stimmt überhaupt nicht. Die einzigen Verantwortlichen und Autoren der tragischen Ereignisse im Kosovo sind die Jugoslawen selber.

Was uns betrifft, haben wir immer offen und auch offiziell unsere Position zugunsten der gerechten Forderungen unserer kosowischen Brüder bekräftigt, die mit der jugoslawischen Verfassung konform gehen.

Westeuropa beginnt, mit einigen Schwierigkeiten, Ihre Politik zu begreifen. In Paris scheint man die Haltung Großbritanniens, was Ihr Gold betrifft, für ungerecht zu halten.

Seit 40 Jahren warten wir, daß die Engländer uns das Gold zurückgeben, das sie uns gestohlen haben. Wire bedanken uns für die französische Unterstützung in dieser Frage. Was die Amerikaner betrifft, haben sie überhaupt keine Skrupel. Sie fordern uns dazu auf, ihnen die Reichtümer der albanischen Residenten in den USA zu übergeben, die, ihrer Meinung nach, einen Wert von rund 1.900.000 Dollar erreichen sollen. Wir haben ihnen aber gesagt: Gebt uns Beweise, mit Dokumenten, über eure amerikanischen nationalisierten Reichtümer bei uns, damit wir das Problem konkret untersuchen können.

Die Engländer haben ebenfalls ein unkorrektes Verhalten gegenüber unserem Land und unserem Volk. Die von ihnen erfundene Geschichte mit den Minen im Korfu-Kanal, auf welche ihre Kriegsschiffe gestoßen sind, ist ohne jede Grundlage. (Im Oktober 1946 explodierten zwei britische Destroyers im Korfu-Kanal. 44 Menschen starben. Die englische Regierung warf der albanischen vor, dort Minen verlegt zu haben. Das Ganze wurde vor den Internationalen Gerichtshof in Den Haag getragen, der Albanien verurteilte, Anm. AK).

Damals besaßen wir weder Minen noch irgendwelche Versenkungsmittel. Die Minen, durch welche ihre Schiffe explodierten, die im übrigen nach Saranda wollten (südalbanischer Hafen), waren von den Deutschen während des Krieges dort gelegt worden. Dennoch haben wir, als dieser Zwischenfall passierte, Rettungsboote geschickt. Die Engländer tarnen die Wahrheit ab und verleumden uns ununterbrochen.

Wir kritisieren die Deutschen für ihr Verhalten gegenüber unserem Land, und wir stützen diese Kritik auf Dokumente. Dennoch stellen wir auch in ihrem Verhalten eine Veränderung fest. Ihre Presse ist uns gegenüber nicht so verbittert, wie diejenige einiger westlicher Länder.

Wir wollen gute Verhältnisse zur Bundesrepublik Deutschland herstellen, wir wollen aber gleichzeitig die Kriegsentschädigungen bekommen, die sie uns schuldet.

In Ihrem Land sagt man, ohne Enver Hodja gäbe es kein Albanien.

In bin nur Mitglied der Partei der Arbeit und diene nur meinem Volke. Jeder Erfolg bei uns stützt sich auf die eigenen Kräfte, alles wird gemeinsam mit dem Volk und in Verbindung mit ihm getan. Die Feinde unseres Volkes sagen, ich sei ein Diktator. Eine einzige Person kann weder handeln noch arbeiten mit der notwendigen Kraft, wenn sie nicht von Freunden und Genossen umgeben ist.

Sie haben viel geschrieben, insbesondere über den Islam.

Solange ich Kraft habe, werde ich nicht aufhören, für mein Volk, für meine wahren Freunde zu schreiben, damit diese den Kampf unseres Volkes für die Freiheit, für die Unabhängigkeit und den Sozialismus kennen.

Jedes Land führt seine Politik, mit welcher es seine legitimen Rechte verteidigt. Nun gibt es im Ausland Kreise und Individuen, die uns vorwerfen, Moscheen und Kirchen zerstört zu haben. Diesen Verleumdern sagen wir: Wir haben uns in die Angelegenheiten fremder Länder nicht eingemischt und wünschen es auch nicht. Wir wollen aber auch nicht, daß Andere sich in unsere Angelegenheiten einmischen. Was die Religion betrifft, können wir nicht erlauben, daß in unserem Land, mitten im Volke, ein ,,Staat'' existiert, der einer fremden Macht verbunden ist, wie es der Vatikan ist, der vom Imperialismus abhängig ist. Andererseits haben wir niemanden gezwungen und zwingen niemanden über administrative Wege zum Verzicht auf seine religiösen Anschauungen. Die Religion ist eine Frage des persönlichen Bewußtseins. Heute repräsentiert der griechische orthodoxe Klerus die reaktionärsten Kreise gegen unser Land. Er behauptet, alle Orthodoxen bei uns seien Griechen. Dieser Klerus scheut keine Mühe, den Weg zur Festigung der Freundschaft zwischen unserem und dem griechischen Volk, mit dem wir mehr als einmal gemeinsam gekämpft haben, zu blockieren. Er stellt sich sogar gegen Papandreou, dessen Politik gegenüber unserem Land er ablehnt. Aber alles wird für das Gemeinwohl getan werden und den richtigen Weg gehen, unabhängig vom Treiben der Reaktionäre.

Sie haben Vertrauen?

Ja, wir haben Vertrauen und auch Geduld. Die engen Beziehungen zum Volk sind für uns von großer Bedeutung. Lange Zeit haben wir zahlreiche Schwierigkeiten überwunden und unter vielen Opfern gelitten, aber niemals haben wir eine Opposition seitens unseres Volkes festgestellt. Im Gegenteil, es ist zufrieden und sich darüber bewußt, daß, wenn Regierung und Staat nicht mehr für es getan haben, es nicht anders möglich gewesen ist.

Unsere Feinde sagen, Albanien stünde alleine, sei isoliert, betreibe keinen Handel mit anderen Ländern. Wir haben aber einen Handelsaustausch mit allen Ländern, die es wünschen, auf der Basis des gegenseitigen Vorteils, ohne uns in fremde Angelegenheiten einzumischen. Wir haben erklärt, daß wir weder Unterstützung noch Kredite von außen brauchen, wir haben beschlossen, vorwärtszugehen auf der Grundlage unserer eigenen Kräfte, und so handeln wir auch. Für die Jugoslawen ist das unnormal. Nun hat unsere Wirtschaft nie den Stand gehabt, den die jugoslawische Wirtschaft kennt, unser Land war nie von Auslandsverschuldungen oder -krediten abhängig. Und so wird es für immer bleiben, im Gegensatz zu dem, was die Jugoslawen für ihr Land getan haben und weiter tun.

Weshalb hat, Ihrer Meinung nach, Stalin nicht seine Nachfolge vorbereitet?

Stalin hat daran gedacht. Auf dem 19. Kongreß hat er das Zentralkomitee und das Politbüro erweitert, um die Parteiführung nach seinem Tode zu stärken. Aber, ähnlich wie de Gaulle, war er von getarnten Feinden umgeben, die ihm ständig falsche Berichte ablieferten. Er hatte ihnen gesagt: ,,Nach meinem Tode werdet ihr die Sowjetunion verkaufen''; es gelang ihm aber nicht, sie rechtzeitig zu bekämpfen.

Stalin war ein großer Mensch. Ich habe ihn von Nahem gekannt, ich habe fünf Treffen mit ihm gehabt. Er war ein weiser und gemäßigter Mensch. Er hat die Feinde der Sowjetunion und des Kommunismus bekämpft.

Stalin hat die militärischen, politischen und ökonomischen Positionen der Sowjetunion gestärkt, vor und nach dem zweiten Weltkrieg. Er hatte festgestellt, daß man sein Land unterminierte, und, in der Tat, es wurde schwer unterminiert. Chruschtschow und Mikojan haben mir selber mit eigenem Mund gesagt, sie hätten ein Komplott gegen Stalin vorbereitet und würden beabsichtigen, ihn durch ein Attentat zu töten; es gelang ihnen aber nicht, weil sie Angst vor dem Volk bekamen. Eine solche Art von Kriminellen und Verbrechern waren sie. Sogar nach dem Tode Stalins riefen sie weiter: ,,Es lebe Stalin!'' und sagten ,,Stalin war ein großer Mensch'', aber zu einem gegebenen Zeitpunkt, nach dem Ausbau ihrer Positionen, haben Chruschtschow und Freunde das gegen ihn getan, was einschlägig bekannt ist. Sie haben Stalin sämtliche Verbrechen und Fehler vorgeworfen, die sie selber begangen hatten. Das haben wir nie akzeptiert, und wir haben es anläßlich der Konferenz der 81 kommunistischen Parteien in Moskau, 1960, öffentlich erklärt.

Deshalb wirft man uns vor, Stalinisten zu sein. Aber wir sind marxistisch-leninistische Stalinisten, und wir tun alles zum Wohl des Sozialismus in Albanien.

Den Namen Lenins haben sie im übrigen behalten, um ihr konterrevolutionäres Treiben zu tarnen.

Wie man sieht, versuchen die neuen sowjetischen Führer heute, den Westen einzuschüchtern mit Andeutungen einer ,,Rehabilitierung'' Stalins, aber Fakt ist, daß sie die gleichen konterrevolutionären Meinungen von ihm haben. Deswegen kann uns ihr Treiben zu einer ,,Rehabilitierung'' Stalins nicht täuschen; es kann nicht nur uns nicht täuschen, sondern noch gar nicht mal den Westen.

Chile

Consejos de Guerra finden nicht statt

— Brief aus dem Gefängnis in Santiago —

Die berüchtigten Consejos de Guerra, die Militärgerichte unter Kriegsrecht, bei denen der Angeklagte in wenigen Tagen ohne Recht auf Verteidigung und Revision abgeurteilt werden kann, finden vorerst nicht statt. Die Verteidiger haben einen langen Weg mit 'zig juristischen Eingaben, Widersprüchen, Anträgen usw. hinter sich. Der Antrag an den Obersten Gerichtshof, die Conejos de Guerra für verfassungswidrig zu erklären, wurde erst im Februar dieses Jahres abgelehnt. Der Antrag auf Nichtzuständigkeit des Richters war eine der letzten möglichen Maßnahmen der Verteidiger, die nun auch Erfolg hatte.

Offenbar hält es die Diktatur doch nicht für günstig, angesichts des großen internationalen Protestes und der Unruhe im Lande selber, die Consejos de Guerra tätig werden zu lassen. Das Leben der Angeklagten ist trotzdem weiter bedroht. Auch ein Militärgericht in Friedenszeiten — das jetzt für die betroffenen Angeklagten zuständig ist — kann zum Tode verurteilen. Die Fälle der anderen 15 Gefangenen, gegen die von ,,normalen'' Militärgerichten die Todesstrafe beantragt wird (und in zwei Fällen schon in erster Instanz gefällt wurden) zeigen das sehr deutlich. Die (inter-)nationale Solidarität hat also leider noch keinen Grund, sich in dieser Sache zur Ruhe zu setzen.

Der Dankesbrief, den wir für die Überweisung einiger Spenden aus der Penitenceria (Gefängnis in Santiago) erhielten, beschreibt die Organisation und die politischen Aufgaben der Gefangenen. Er wurde geschrieben von Guillermo Rodriguez, der selber 1981 von einem Consejo de Guerra zu lebenslanger Haft verurteilt worden war. 1982 versuchte man, ihn mit vergifteten Lebensmitteln umzubringen. Nach langer Krankheit überlebte er den Anschlag, hat aber seitdem fast keine Stimme mehr.

Liebe Genossinnen und Genossen

im Namen der politischen Gefangenen des Volkswiderstandes möchte ich Euch für die materielle Hilfe danken (200 Dollar), die bei uns angekommen ist und die nicht nur den internationalistischen Charakter der Spender zeigt, sondern die uns auch erlaubt, eine Reihe von Aufgaben zu erfüllen. Deshalb halte ich es für wichtig, Euch einen Eindruck von unserer Arbeit zu vermitteln.

Heute gibt es in den Gefängnissen einen wichtigen Kern von Miristas (Genossen des MIR — Anm. AK), die Erfahrungen zusammentragen, sowohl intern für die Partei als auch nach außen als Kämpfer und Vertreter des bewaffneten Kampfes und zum Teil auch der Massenarbeit. Daraus ergeben sich die speziellen Aufgaben der Miristas in den Gefängnissen; zum einen, die Gefängnisse in einen Ort der politischen, ideologischen und militärischen Ausbildung zu verwandeln, in einen Ort des Erfahrungsaustausches, der Reflexion, der Mitarbeit an der Parteilinie. Zum anderen geht s darum, die Miristas im Gefängnis zu einer aktiven Vorhut des Massenkampfes zu machen sowohl über die Arbeit der Familienangehörigen (Agrupacion der Familienangehörigen von politischen Gefangenen) als auch in der direkten Arbeit mit Organisationen in den Kommunen und Poblaciones.

Außerdem richtet sich die Aktivität der Miristas im Gefängnis auf die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung des Widerstands, der Gruppen „Agitation und Propaganda", der Selbstverteidigungsmilizen. Diese Aktivitäten werden entwickelt, um Widerstandsgruppen zu reorganisieren und zu stärken, die nach repressiven Schlägen oder nach Verhaftung ihrer Führungsmitglieder „eingefroren" (d.h. ohne Verbindung zur Partei) zurückbleiben. In diesem Rahmen übernehmen die Miristas in den Gefängnissen zum Teil die Rolle einer Hilfsgruppe, um von der Repression getroffene Kräfte zu schützen, wieder aufzubauen und zu reaktivieren. Gleichzeitig haben die Miristas auch eine eigene Kampfline. Der Kampf für die Menschenrechte, die Forderungen zur Verteidigung des Lebens der Gefangenen, Anerkennung unseres Status' als politische Gefangene, dies alles um politischen Spielraum im Gefängnis zu erobern, die Repression öffentlich zu machen und Rechte zu erobern, wie das Recht auf Verteidigung, auf angemessene Behandlung, Gesundheit, Erziehung, Sport, das Recht auf Arbeit. Dies alles wird gemeinsam mit anderen politischen Kräften durchgeführt, die ebenfalls im Gefängnis funktionieren: KP, verschiedene Fraktionen der PS, Frente Patriotico Manuel Rodriguez, Christliche Linke, Mapu.

Der MIR hat in den wichtigsten Gefängnissen eine gemeinsame Leitung, aufgebaut nach den Prinzipien des demokratischen Zentralismus. Jedes Gefängnis hat darüberhinaus seine eigene Parteiorganisation und Leitung und spezielle Aufgaben, sei es in Bezug auf die Organisation, die Selbstverteidigung, die Menschenrechtsarbeit der politischen Gefangenen, die Massenarbeit, oder den Widerstandskampf draußen. In jedem Gefängnis arbeiten Miristas außerdem parallen in der gemeinsamen Front der politischen Gefangenen. Diese gemeinsame Front hat einen

beit, oder den Widerstandskampf draußen. In jedem Gefängnis arbeiten Miristas außerdem parallen in der gemeinsamen Front der politischen Gefangenen. Diese gemeinsame Front hat einen

Exekutivrat, verschiedene Arbeitskommissionen (Kultur, Massenarbeit, Wohlergehen der Gefangenen usw) und ist auf der Grundlane der Gefangenenversammlung [illegible] Knastabteilung oder Ga[illegible] organisiert.

In Bezug auf das Leben im Gefängnis selber ist ein Hauptproblem die Repression durch das Wachpersonal, das mit allen Mitteln versucht, die oben beschriebenen Aktivitäten zu verhindern. Andeŕerseits gilt es, innerhalb der Gemeinschaft der „normalen" Gefängnisinsassen zu überleben, die nur auf eine Schwäche warten, um uns zu Opfern von Überfällen, Raub oder anderen Aggressionen zu machen (s. Anm.).

Die nach draußen gerichteten Aktivitäten machen wir mit Hilfe unserer Organe: „Carcel y Pueblo", die gemeinsame Zeitung aller politischen Gefangenen; „El Arbol" (Der Baum), Kulturzeitschrift der politischen Gefangenen; und „La Muralla" die spezielle Zeitung des Widerstands (des MIR).

Ohne Zweifel kann all diese Arbeit durch mehr Unterstützung — so wie ihr sie geleistet habt — verstärkt werden, wir bedanken uns hiermit nochmals herzlichst

fraternalmente
G.Rodriguez

Anmerkung AK:

Die (hier) genannten ,,gemeinen'' Gefangenen werden oft vom Wachpersonal zur Schikanierung der ,,Politischen'' eingesetzt. Es gibt darüberhinaus Banden und Bandenkämpfe innerhalb des Knastes, was es für die politischen Gefangenen sehr kompliziert macht, normale und solidarische Verhältnisse zu den anderen Gefangenen zu entwickeln. Trotzdem wird das ständig über gemeinsamen Sport, Fußball etc. versucht.

Lateinamerika Kommission

Spendenkonto:
E. Hafner
PSchA Hmb, BLZ 200 100 20
Konto: 5709 80-209
Stichwort: Libertad

Inhalt

aktuell

Kriegsdienstverweigerung
Im Grundgesetz sind 15 = 20 ....S. 19
Strauß: Strategische Verteidigungsinitiative der Westeuropäer nötig ....S. 19

